C 21734 D



Polen: Arbeiterklasse und „realer Sozialismus" S.42

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.186 7.10.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 3,- Förderpreis DM 5,-

Bundestagswahl: Alles bleibt, wie es war

Die Bundestagswahl am 5. Oktober endete mit der erwarteten deutlichen Bestätigung der SPD/FDP-Regierung. Für die Bevölkerung heißt das:

+ **Es wird weiter eine an den Interessen des Finanzkapitals orientierte Wirtschafts- und Steuerpolitik betrieben.**
+ **Es werden weiter Milliarden in eine nicht bloß sinnlose, sondern hochgefährliche Kriegsrüstung gepumpt.**
+ **Es werden weiter Atomkraftwerke gebaut und die Projektierung der „Wiederaufbereitungsanlage" in Gorleben wird fortgesetzt.**
+ **Es bleibt bei den Berufsverboten im Öffentlichen Dienst, die sogar dem geschriebenen Wortlaut des Grundgesetzes widersprechen.**
+ **Es bleibt beim zügigen Ausbau des Polizeistaats und bei der skandalösen Tolerierung nazistischer Banden.**

lösen Tolerierung nazistischer Banden.

Es ließen sich noch viele weitere Vorzüge der SPD/FDP-Regierung nennen, die durch das Wahlergebnis bestätigt wurden. Freilich, die Auswahl war von vornherein nicht groß: Die einzige ernsthafte Konkurrenz, die CDU/CSU, präsentierte weitgehend dasselbe Programm wie die Regierungskoalition – nur alles noch etwas unsozialer, noch undemokratischer, noch abenteuerlicher. Diese Ausgangsstellung sicherte der Regierungskoalition auch die Stimmen d e r j e n i g e n, die eigentlich lieber etwas mehr Demokratie, etwas mehr Politik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, etwas weniger AKW's usw. haben würden.

Das Wahlergebnis hat bestätigt, was ohnehin alle Umfragen seit Monaten bekundeten: Wer trotz massiver Unzufriedenheit diesmal wieder SPD oder FDP gewählt hat, „um Strauß zu verhindern", hat seine Stimme v e r s c h e n k t. „Um Strauß zu verhindern", waren diese Stimmen überflüssig. Als klares Protestvotum (für die Grünen oder für eine der linken „Splitterparteien") hingegen hätten diese Stimmen politisch etwas sichtbar machen können. So aber haben sie sich unauffindbar im Meer der SPD/FDP-Stimmen aufgelöst.

Alle etablierten Parteien erklären das Wahlergebnis zum Erfolg. Das entspricht erstens alter Tradition ist zweitens aber auch berechtigt. Daß rund 98 % der Wähler bereit waren, die Auswahl zwischen den unverschämtesten Angeboten seit Bestehen der Bundesrepublik zu akzeptieren, muß a l l e n Etablierten gefallen. Für sie stehen damit die Zeichen gut, in vier Jahren dem Wahlvolk erneut die Auswahl zwischen einem Teller Scheiße und einer Tasse Jauche anbieten zu können, ohne einen Einbruch in die etablierte „Parteilandschaft" befürchten zu müssen.

Auch jede für sich genommen, haben die etablierten Parteien einigen Grund zur Zufriedenheit:

+ Die SPD als Hauptpartei der Regierung hat sogar noch leicht dazugewonnen. Ein Abbruch auf der linken Seite des SPD-Wählerpotentials hat nicht stattgefunden – was wirklich sehr erfreulich ist, wenn man bedenkt, daß spätestens seit Anfang der 70er Jahre die Illusion bankrott ist, man könne die SPD v o n i n n e n nach links entwickeln.
+ Die FDP sieht sich gleich als d e n „großen Gewinner" der Wahl, weil sie 2,7 % (über eine Million Stimmen) dazugewinnen konnte, vornehmlich auf Kosten der SPD. Durch das Wahlergebnis erhölt sich der Einfluß der FDP in der Regierung, was wahrscheinlich als Begründung für eine weitere Rechtsentwicklung der Regierungspolitik herhalten wird.

Fortsetzung Seite 2







Wir glauben nicht an Einzeltäter!

„Es gibt nicht den geringsten Anlaß zu glauben, daß es sich hier um eine
Einzeltäter, der Mörder von Martin Luther King war ein Einzeltäter, Jo-
hält und immer noch über mögliche Verbindungen zur Hoffmann-Bande

„Es gibt nicht den geringsten Anlaß zu glauben, daß es sich hier um eine Tat gehandelt hat, die von der WSG Hoffmann vorbereitet, organisiert und durchgeführt wurde". (Bayerns CSU-Innenminister Tandler zum Massaker von München, laut „Frankfurter Rundschau vom 30.9.).

„Nach den bisherigen Ermittlungen spricht alles dafür, daß es sich um die Tat eines Einzelnen gehandelt hat. Der Versuch, die Tat als organisiertes Verbrechen der Wehrsportgruppe Hoffmann zu konstruieren und gleichzeitig der Staatsregierung vorzuwerfen, diese Organisation verharmlost und nicht nachdrücklich genug beobachtet zu haben, ist in sich zusammengebrochen". (Kommunique der bayrischen Regierung, laut „Welt" vom 1.10.).

Die Devise, Bombenleger Köhler sei als „Einzeltäter" zu behandeln, hatte Tandler schon am Tag nach dem Attentat ausgegeben. Tandler befindet sich damit in guter Gesellschaft, denn die Mär vom Einzeltäter mußte schon oft herhalten, wenn Dreck unter den Teppich gekehrt werden sollte: Der Mörder von Präsident Kennedy war ein Einzeltäter, der Mörder seines Bruders war ein Einzeltäter, der Mörder von Martin Luther King war ein Einzeltäter, Josef Bachmann (der 1968 auf Rudi Dutschke schoß) war ein Einzeltäter, Ekkart Weil (der in Berlin einen sowjetischen Wachposten durch Schüsse schwer verletzte) war ein Einzeltäter ...

Eine alte Faustregel besagt: Dort, wo am lautesten die Einzeltäter-Version hinausposaunt wird, befinden sich oft die Komplizen oder Auftraggeber, zumindest aber die geistigen Wegbereiter der Tat.

Das kommt für Tandler selbstverständlich nicht in Frage, der als Demokrat über jeden Verdacht erhaben ist. Aber seltsam mutet es ja doch an, wenn ein Landesinnenminister derart massiv und zu einem derart frühen Zeitpunkt der Ermittlungen auf der Einzeltäterschaft beharrt und Verdachtsmomente gegen die Bande, zu der der Täter immerhin Beziehungen unterhielt, selbstherrlich für „zusammengebrochen" erklärt. **Warum dieser auffallende Übereifer?** Will Tandler etwa in die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft eingreifen, die nach eigenen Angaben die Einzeltäterschaft von Köhler durchaus nicht für bewiesen hält und immer noch über mögliche Verbindungen zur Hoffmann-Bande ermittelt?

Dabei ist doch bei einem Bombenanschlag dieser Größenordnung nach aller Erfahrung eine Einzeltäterschaft sehr unwahrscheinlich. Zumindest muß es ja Personen geben, die Köhler die Bombe (bei der es sich um eine serienmäßige Flugzeugbombe oder Artillerie-Granate gehandelt haben soll) beschafft haben.

Aber es tun sich ganz erstaunliche Dinge: Hoffmann und 5 Angehörige seiner Nazi-Bande wurden am Tag nach dem Attentat festgenommen. Bei einem der Festgenommenen fand die Polizei *„ein Kilo Sprengstoff, drei Granaten vom Kaliber 10,5 Zentimeter, eine Tellermine und weitere Materialien zur Herstellung von Bomben"* („Frankfurter Allgemeine"/FAZ, 29.9.). **Da drängt sich natürlich der Verdacht auf, daß die drei gefundenen 10,5 cm-Granaten etwas mit der Bombe von München zu tun gehabt haben könnten, bei der es sich ja möglicherweise gleichfalls um eine 10,5 cm-Granate gehandelt haben soll.** Aber trotzdem: Der Nazi, bei dem dieses prächtige Waffenarsenal gefunden wurde, war zwei Tage später wieder auf freiem Fuß. Begründung: Das Waffenarsenal sei für einen Haftbefehl nicht ausreichend gewesen, da der Besitzer deswegen sowieso nur eine *„relativ geringfügige Strafe"*, zu erwarten habe („Frankf. Rundschau", 1.10). Da fragt man sich doch, w i e v i e l Sprengstoff, Granaten und Tellerminen so ein Nazi eigentlich im Haus haben muß, damit es wenigstens für einen Haftbefehl ausreicht?

Vom Einzeltäter zur Weltverschwörung

Anscheinend fürchten Strauß und Tandler, mit ihrer „Einzeltäter"-Legende dem Volk noch nicht genung zugemutet zu haben. Jedenfalls phantasieren sie gleichzeitig auch noch über Verbindungen zur DDR, zum KGB und zur PLO, die sich mit der behaupteten Einzeltäterschaft von Köhler doch überhaupt nicht zusammenreimen.

Strauß machte den Anfang: *„Viele Hoffmann-Leute kommen aus der ‚DDR'"* („Bild", 29.9.). Dadurch solle *„die Aufmerksamkeit vom Linksradikalismus abgelenkt, die Bundesrepublik in der Welt diffamiert und die CDU/CSU mit dem Rechtsradikalismus in Verbindung gebracht werden"* (ebenda).

Die CSU-nahe „Deutsche Tagespost" („Katholische Zeitung für Deutschland") stieß nach: *„Wurde Bombenattentat von München gemeinsam von PLO und KGB geplant?"* (3./4.10.). Beweis: Hoffmann habe Beziehungen zur palä-

Fortsetzung Seite 2

Eskaliert der Krieg am Golf?

Mitte September wurde der offene Konflikt zwischen Irak und Iran durch den Irak mit militärischen Mitteln fortgesetzt. Irakische Militäreinheiten drangen in den Iran ein und halten bis heute Gebiete besetzt. Am Morgen des 5. Oktober stellte der Irak die Kampfhandlungen vorläufig ein. Schon Tage vorher hatte der Irak einen viertägigen Waffenstillstand angeboten, der allerdings von der iranischen Regierung abgelehnt wurde. Dieses Waffenstillstands„angebot" soll zunächst einmal davon ablenken, daß der Irak die Konflikte bis zum Krieg eskaliert hat. Es ist gleichzeitig Ausdruck der Tatsache, daß der Irak seine kurzfristigen militärischen Ziele erreicht hat, andererseits aber auch nicht in der Lage ist, diesen Krieg gegenwärtig mit gleichbleibend hoher Schlagkraft fortzusetzen. Durch die Besetzung von iranischen Gebieten ist jedoch der Irak in der besseren Verhandlungsposition. Anders der Iran, der nur durch eine Fortsetzung des Krieges eine bessere Position erreichen kann.

Gleichzeitig ist dieses „Angebot" ein Zugeständnis an die Tatsache, daß das erklärte Ziel, Sturz des Regimes in Iran, mit dem „Blitzkrieg" nicht erreicht worden ist und aktuell auch nicht mehr erreicht werden kann. Das iranische Regime sieht hinter dem Angriff Iraks eine Verschwörung des US-Imperialismus. Richtig hieran ist vor allem, daß es in der wesentlichen Frage eine Interessenidentität zwischen Irak und USA gibt: dem Sturz des herrschenden Regimes in Iran. Darüberhinaus verfolgt Irak aber auch eigene Interessen: Das Khomeini-Regime propagierte nicht nur die Islamisierung der ganzen Welt, sondern speziell den Sturz des irakischen Regimes.

Unabhängig vom weiteren Verlauf des Krieges und möglicher Verhandlungen, tritt der Imperialismus als eindeutiger Gewinner hervor. Die inneren Widersprüche im Krisenherd Naher Osten haben sich weiter verschärft, womit die Möglichkeiten für ein militärisches Eingreifen der Imperialisten weiter „verbessert" wurden. Darüberhinaus wurde und wird der Iran weiter geschwächt und so für eine imperialistische Intervention (Putsch und/oder militärische Aggression) vorbereitet.

Fortsetzung Seite 7

beim probeweisen Experimentieren mit einem Sprengsatz im Sommer 1978 beide Beine und

Bundestagswahl: Alles bleibt, wie es war

Fortsetzung von Seite 1

+ Die CDU/CSU hat zwar 4,1 % verloren, kann sich aber freuen, stärkste Bundesfraktion geblieben zu sein. Mit d i e s e m Kanzlerkandidaten ist das wirklich ein stolzes Ergebnis. Daß immerhin 44,5 % der Wähler für einen Kanzler Strauß votierten, kann von der CDU/CSU als relativer Erfolg ihrer Provokation und Ermunterung zur Fortsetzung dieses Kurses registriert werden. Hitler kam bei den Reichtagswahlen am 5. März 1933 (nach Reichtagsbrand und Verbot der Linken) nur auf 44 % ! ...

Das Abschneiden der kandidierenden linken Alternativen bei dieser Wahl muß kläglich eingeschätzt werden. Die Grünen, als größter unter den Zwergen, haben im Verglich mit den Europa-Wahlen 1979 (3,2 %) die Hälfte verloren und sind selbst unter ihre bescheidensten Prognosen gefallen. Für die Grünen als Bundespartei könnte das bereits das ‚AUS' bedeuten; auf jeden Fall ist zu befürchten, daß dieses Wahlergebnis die Chancen grüner oder bunter/alternativer Listen bei den nächsten Landtags- und Kommunalwahlen negativ beeinflussen wird.

Die DKP ist von 0,3 % (1976) noch ein Stück tiefer auf 0,2 % gefallen. Bei nunmehr 72.000 (Erst-) Stimmen und bei einem offiziellen Mitgliederstand von 45.000 ist offensichtlich, daß die DKP kaum über ihren unmittelbaren familiären Bereich hinausgekommen ist. (Zum Vergleich die Grünen: 568.000 Stimmen bei 16.000 Mitgliedern). Wenn man die Verluste der DKP an die Grünen sowie die weiteren Diskreditierung der DKP in Zusammenhang mit den Streiks in Polen und bei der Reichsbahn in Westberlin einrechnet, kann die DKP sogar froh sein, daß sie nicht noch stärker verloren hat.

Entäuschend ist das Abschneiden der KPD/ML-Wahlorganisation „Volksfront". Obwohl diese Liste [illegible] einen recht aufwendigen, inhaltlich gar nicht so üblen Wahlkampf führte, landete sie in der Größenordnung einer ML-Sekte. Bezeichnend ist, daß in vielen Wahlbezirken die „Volksfront" sogar weniger Stimmen bekam als der KBW – der seinerseits nur noch etwa halb soviel Stimmen bekam wie 1976.

Die „Wahl" zwischen Schmidt und Strauß hat bestätigt, daß es allerhöchste Zeit ist, dem Teufelskreis des „kleineren Übels" zu entkommen. Das kann nur bedeuten, daß verstärkt weiter an der Schaffung einer parlamentarischen linken Alternative gearbeitet werden muß. Das magere Abschneiden der Grünen und der „Splitterparteien" ist dabei selbstverständlich kein gutes Sprungbrett, sondern eher ein Hindernis. Andererseits ist jetzt – nachdem das Gespenst Strauß erst einmal gebannt ist – eine gute Gelegenheit, um d i e j e n i g e n Linken in die Pflicht zu nehmen, die diesmal wieder „zähneknirschend" SPD gewählt haben und die dies nun wirklich zum allerletzten Mal getan haben sollten!

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als Förder-Abo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,–; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die Grünen nach der Wahl – „Mord und Totschlag"?

Daß die Grünen am 5.10. die berüchtigte 5%-Hürde nicht schaffen würden, war seit Monaten jedem klar, der rechnen konnte. Wer sich bei den Grünen ganz realistisch geben wollte, sprach von einem erwarteten Ergebnis „um 3%" – und wer unterhalb von 2,5% spekulierte konnte schon als ganz schlitzohriger Zweckpessimist gelten. Das wirkliche Ergebnis freilich – knapp 1,5% – untertraf die schlimmsten Erwartungen. Der Schwund des grünen Breitenspektrums, die vermutete Chancenlosigkeit und die Furcht vor Strauß dürften bei diesem traurigen Ergebnis zusammengekommen sein, das eine Halbierung des Ergebnisses der Euro-Wahlen 1979 (3,2%) bedeutet. Verglichen mit den vorausgegangenen Landtagswahlen nimmt sich das jetzige Ergebnis sogar noch elender aus.

Analysiert man die unterschiedlichen Ergebnisse in den einzelnen Bundesländern, so haben sich die Grünen in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen (2,3% und 2,7%) noch am respektabelsten aus der Affäre gezogen. Auf der anderen Seite hat es am Schlimmsten die Grünen Baden-Württembergs um Hasenclever erwischt: Zwar liegen sie mit 1,8% noch über dem Bundesdurchschnitt, aber verglichen mit ihrem herausragenden Landtagswahlergebnis von 5,3% ist hier der Absturz am tiefsten. Der Hasenclever-Crew scheint es geschadet zu haben, daß sie ihr Potential bisher eher in der „konservativen Mitte" hatte, die mit dem seit Saarbrücken eher linken Image der Grünen schwer zu halten war.

Umgekehrt konnten die Grünen in Hamburg mit einem betont links geführten Wahlkampf an die „Tradition" der Bunten Liste anknüpfen, die bei den Bürgerschaftswahlen 1978 3,5% bekommen hatte. Rechnet man die damaligen 1,0% der GLU hinzu, so stellt freilich auch in Hamburg das jetzige Ergebnis ungefähr eine Halbierung der damaligen Stimmen dar. Die Hamburger Grünen zeigen dar. Die Hamburger Grünen zeigen weitgehend eine ähnliche Stimmenverteilung wie die Bunte Liste 1978: „Hochburg" blieb Eimsbüttel mit 3,0% (1978: 4,9% Bunte plus 1,1% GLU), gefolgt von Altona mit 2,6% (1978: 4,0% Bunte plus 1,2% GLU).

In Bremen mußten die Grünen den Wahlkampf g e g e n die Crew des bisherigen örtlichen Grünen-Gurus Dinne (BGL) führen. Mit 2,7% wurde das beste Bundeslands-Ergebnis erreicht.

Am schlechtesten schnitten die Grünen ab im Saarland (1,1% – Euro-Wahl: 2,3%), in Nordrhein-Westfalen (1,2% – 3% bei den Landtagswahlen im Mai) und in Bayern (1,3% – 1,7% für die Grünen – Bündnis von AUD und der GAZ von Gruhl bei den Landtagswahlen 1978). Unterdurchschnittlich ist auch das Ergebnis in Schleswig-Holstein mit 1,4% (2,4% bei der Landtagswahl). Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Landtagswahl eine Alleinkandidatur der r e c h t e n Grünen (GLSH) war, während diesmal der Wahlkampf allein von den l i n k e n Grünen (nach Abspaltung der GLSH) geführt wurde.

Der Dortmunder Parteitag der Grünen im Juni hatte einen gewissen Waffenstillstand innerhalb des Grünen Spektrums bis zum Wahltermin gebracht. An diesen Waffenstillstand hielten sich weitgehend auch die inzwischen abgespaltenen rechten Grünen: Die meisten von ihnen vermieden Attacken, die ihnen nach der Wahl den Ruf hätten eintragen können, daß sie für das miese Wahlergebnis mitverantwortlich seien.

Dieser Waffenstillstand ist jetzt abgelaufen. Zu erwarten ist also, daß nunmehr die Schlacht um die Neugruppierung des grünen Spektrums, um materiellen Besitz und politische Machtpositionen, voll entbrennen wird.

Wahlbeteiligung 1980 88,7 Prozent	1980			1976			1972	
	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
SPD	16 262 096	42,9	218	16 099 019	42,6	214	45,8	230
CDU/CSU	16 900 370	44,5	226	18 394 801	48,6	243	44,8	224
FDP	4 030 608	10,6	53	2 995 085	7,9	39	8,4	42
Grüne	568 265	1,5	—	—	—	—	—	—
DKP	72 230	0,2	—	118 581	0,3	—	0,3	—
NPD	67 798	0,2	—	122 661	0,3	—	0,6	—
Sonstige	41 085	0,1	—	92 353	0,3	—	—	—

ein *„nur in wirklichen Ausnahmesituationen"* geben. („Grüne Briefe", Oktober). Besonders interessant ist, daß sich als Gaststar in den „Grünen Briefen" auch Sonny Hasenclever (Chef des Landesverbandes Baden-Württemberg i n der Grünen Partei) einfindet, um seine Unzufriedenheit darüber mitzuteilen, daß *„die Grünen als Partei besonders in den norddeutschen Regionen nicht die eigentlich notwendige Zusammenfassung aller ökologisch gesinnten Kräfte geleistet haben"* (gemeint sind offensichtlich Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen). Hasenclever plädiert deshalb für die Idee eines „Grünen Büros" o d e r einer „Ökologischen Föderation".

Diese zu schaffende Instanz solle nicht K o n k u r r e n z , sondern P a r t n e r der Grünen Partei sein, *„Alle grünen Gruppen, Vereinigungen, Parteien und Einzelpersönlichkeiten, die die bekannten Grundwerte grüner Politik anerkennen, sollten sich dieser überparteilichen Verbindung anschließen. Offen und ehrlich und ohne den Problemdruck anstehender Wahlen sollten wir eine Plattform schaffen ..."* (Es gibt ja schon das Saarbrückener Programm, aber das scheint ihm noch nicht zu reichen.)

Die GAZ hat schon vor längerem erklärt, daß nach der Bundestagswahl die „Entscheidungsschlacht" um das grüne Potential anstehe. In einem Rundschreiben vom 2.9. teilte Gruhl seinen Lieben mit, die GAZ halte sich bis zur Wahl bewußt zurück, denn sonst *„hätte man uns den Vorwurf der Spaltung des Wählerpotentials machen können. Jetzt wird sich viel deutlicher herausstellen, wieviel Wähler hinter dieser Partei DIE GRÜNEN stehen, so wie diese sich jetzt darstellt.* **Wir warten bis zur Wahl ab. Danach sind wichtige Entscheidungen zu treffen".**

„Abwarten bis zur Wahl" – um dann mit dem erwarteten miesen Resultat im Rücken loszuholzen, das ist auch das Konzept von Olaf Dinne: Bei einem Treffen mit den ganz Rechten von der Hamburger GLU versprach er, daß man „noch am Wahltag" mit einer Gegenstrategie zur Spaltung der Grünen Partei und zu einer rechten Formierung loslegen werde.

Aus den Mitteilungen der GLU Hamburg geht hervor, daß die Rechten („Grüne Föderation") für die Zeit nach der Bundestagswahl die Unterwanderung von Kreisverbänden der Grünen Partei planen. *„Diese Arbeit in den Kreisverbänden muß dann allmählich bundesweit zusammengefaßt werden. Dazu soll auch ein Entwurf zum ‚Politischen Standort der GRÜNEN FÖDERATION' als gedankliche Stütze beitragen".*

Die rechten Formierungsversuche von a u ß e r h a l b der Grünen Partei werden i n n e r h a l b der Partei tatkräftig unterstützt.

– Da ist zum einen der skurile „Achberger Kreis" („Weder Kapitalismus noch Sozialismus"), der sich bisher noch nicht von der Grünen Partei getrennt hat, aber stark zu einem rechteren Zusammenschluß tendiert. Geplant scheint aus diesem Kreis heraus zunächst die Gründung einer „Union Demokratischer Christen" (auf Achberg-Kurs), die der Verbreiterung des Spektrums (nach rechts) dienen soll.

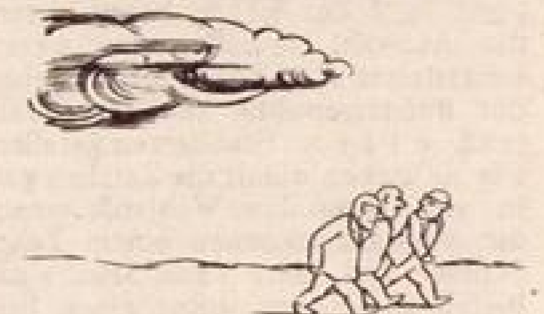
– Da ist weiter ein großer Teil der Baden-Württemberger Grünen um Hasenclever, die nach dem für sie besonders niederschmetternden Wahlergebnis zu einer rechten Neuformierung geneigt sein könnten.

– **Da sind schließlich auch Kräfte bis hinein in den Bundesvorstand der Grünen Partei, die schon v o r der Wahl ankündigten, daß nach dem 5.10. „aufgeräumt" werden müsse und daß dann „Mord und Totschlag" in der Partei herrschen würde.**

Diese Schlacht läuft zum Teil a u ß e r h a l b der noch bestehenden grünen Bundespartei ab:

– Bereits vor ein paar Monaten haben sich die GLSH (Springmann), die GAZ (Gruhl), die BGL (Dinne) und die besonders rechtslastige Hamburger GLU zu einer „Grünen Föderation" zusammengeschlossen. Sie geben einen Rundbrief („Grüne Briefe") heraus. Dort ruft z.B. Gruhl dazu auf, **„dem Bürger künftig klar (zu) machen, daß es hier auch um Verzichte geht"**, nämlich um Festfrieren des Lebensstandards *„auf heutigem Niveau"*. Dinne widmet sich mehr der organisatorischen Seite des Unternehmens: Leute sollen sich zusammentun, die einander kennen und vertrauen. Demokratische Mehrheitsbeschlüsse (laut Dinne: **„Fetisch aller Spinner"**) dürfe es in dem neuen Verbund nicht geben; Entscheidungen soll es

Es ist demnach zu erwarten, daß die „Schlacht" jetzt in aller Schärfe innerhalb und außerhalb der Grünen Partei entbrennen wird. Die Linken sind dabei, auch aufgrund des insgesamt negativen Wahlergebnisses, in einer ungünstigen Ausgangsposition. Ihre einzige Chance könnte darin bestehen, den Weg zu ihrem Ausgangsstandpunkt, den bunten und alternativen Listen, zurückzufinden.



Wir glaubèn nicht an Einzeltäter!

Fortsetzung von Seite 1

stinensischen PLO gehabt, die ihrerseits mit dem KGB zusammenarbeite. Daß die Hoffmann-Bande laut Tandler und bayerischer Landesregierung mit dem Münchener Attentat gar nichts zu tun haben soll, ist freilich ein Schönheitsfehler dieser Version.

Das muß wohl auch den Verantwortlichen für diese Volksverdummung aufgefallen sein. Jedenfalls erschien Springers „Bild am Sonntag" am Wahltag, dem 5.10., mit einer etwas überarbeiteten Fassung. Zwar spricht auch die „BamS" noch von *„Libanon-Kontakten"* der Hoffmann-Bande, behauptet aber gleichzeitig, Köhlers *„Draht zur ‚Wehrsportgruppe Hoffmann', die zunächst mit dem Münchener Blutbad in Verbindung gebracht wurde, war längst abgerissen"*. Um trotzdem PLO und KGB ins Spiel bringen zu können, tischt die „BamS" nun die Legende auf, Köhler s e l b s t sei *„im Herbst 1979"* im Libanon gewesen und dort *„in einem Palästinensercamp im Südwesten von Beirut"* gesehen worden. „BamS" beruft sich für diese Geschichte, von der in den Ermittlungen bisher überhaupt nicht die Rede war, auf *„Geheimdienstexperten"*. So heißt es immer, wenn irgendein Mist unters Volk gebracht werden soll. Kann sein, daß hier wirklich Geheimdienst-Kreise gezielte Desinformation betreiben, kann aber auch sein, daß die „Bams" Redakteure sich die Geschichte ganz frech mal eben aus den Fingern gesogen haben, um Herrn Strauß am Wahltag noch etwas Schützenhilfe zu geben. Bekanntlich gibt es ja kein Gesetz, das derartige Lügen zwecks Volksverdummung verbietet. Da erscheint die „BamS" also genau am Wahltag mit der Schlagzeile **„Die wahren Hintermänner des Massakers" – „Spur führt zu Palästinensern".**

Ja, zu wem denn sonst ...? Und „BamS" spricht von einem **„teuflischen Pakt"**. Die von Hitler und Goebbels dauernd strapazierte „jüdisch-bolschewistische Verschwörung" wurde abgelöst durch die „arabisch-kommunistische Verschwörung" KGB-PLO-Ghaddafi. Ansonsten ist alles beim alten geblieben: Es wird gelogen und phantasiert, daß sich die Balken biegen!

Die Legende vom „Einzeltäter" Köhler und die Legende von der weltweiten Verschwörung Moskau-Beirut als Auftraggeber des Münchener Anschlags widersprechen einander natürlich so total, daß es eigentlich auch der Allerdümmste merken müßte. Beide Legenden ergänzen einander aber auch, denn beide dienen demselben Zweck: Möglichst weit abzulenken von den tatsächlichen Verantwortlichen für das Blutbad von München. Das verbindet den Reichstagsbrand von 1933 mit dem Oktoberfest-Massaker.

AK-Redaktion

Demonstration „Gegen Rüstung und Atom" in Nordhorn-Lingen

Am 6.9. und am 4.10. fanden zwei weitere Treffen zur Vorbereitung der Demonstration am 25. Oktober in Nordhorn/Lingen statt. Diese wird unter dem Motto: „Gegen ein atomares Emsland" durchgeführt und wendet sich sowohl gegen die militärische als auch die „zivile" Atomaufrüstung.

Der Aufruf wird bisher von über 60 Organisationen und Bürgerinitiativen getragen. Das Spektrum umfaßt den BBU, die DFG/VK, die Falken und eine Reihe von örtlichen Initiativen. Die linken Bürgerinitiativen, die dieses Bündnis bedauerlicherweise frühzeitig verlassen hatten (siehe hierzu AK-Berichterstattung), rufen jetzt teilweise mit eigenen Aufrufen zur Teilnahme auf, sind so aber nicht an der Leitung der Aktionen beteiligt.

Nach dem bisherigen Stand soll die Aktion folgenden Ablauf haben:

1. Fahrraddemonstration von Nordhorn nach Lingen, wobei Aktionen am Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range diskutiert werden
2. Demonstration auf/am AKW-Bauplatz in Lingen und anschließende Demo nach Lingen; evtl. auch Bau eines Freundschaftshauses
3. Kundgebung mit Umwelt- und Friedensfest.

Diese Aktionen sind geeignet, im norddeutschen Raum örtliche Bündnisse zur Unterstützung zu initiieren. Die Unterstützung des Aufrufs kann noch bis Mittwoch (8.10.) angemeldet werden bei:

BBU, Hellbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21, Tel.: 0721/574248

„Einzeltäter" oder Strategie der Spannung?

Nazis haben in München in der Nacht vom 26. auf den 27. September den schwersten und gemeinsten Bombenanschlag in der Geschichte der Bundesrepublik verübt. Der Vergleich mit dem Anschlag auf den Bahnhof von Bologna vor kaum drei Monaten drängt sich sofort auf. Hier wie dort war es das Ziel der Bombenleger, „die Bevölkerung" zu treffen, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Durch Einschüchterung und Verunsicherung der Bevölkerung sollen reaktionäre, polizeistaatliche Entwicklungen gefördert werden.

12 Menschen fielen dem Anschlag unmittelbar zum Opfer, ein dreizehnter starb inzwischen im Krankenhaus, für sieben weitere besteht unmittelbare Lebensgefahr, 218 sind verletzt, davon gelten 18 als schwerverletzt. Über 90 Menschen sind noch im Krankenhaus.

Die Berichterstattung der bürgerlichen Presse ist inzwischen auf „Sparflamme" reduziert worden. Die Bundesanwaltschaft hat nach einer einmaligen Pressekonferenz am Sonntag, 28.9., inzwischen faktisch eine Nachrichtensperre verhängt. Man/frau vergleiche dies mit der gigantischen, wochenlangen Fahndungs- und Razzienkampagne, die die demokratischen und linken Kräfte 1977 nach der Schleyer-Entführung und bei ähnlichen Gelegenheiten über sich ergehen lassen mußten.

Es ist unschwer zu erkennen, daß gegenwärtig keineswegs alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Verantwortlichen des Münchener Massakers aufzuspüren. Vielmehr hat es den Anschein, als ob wieder einmal eine systematische Verdunkelungskampagne zugunsten der Nazis abläuft. Der bisher als Täter identifizierte Gundolf Köhler soll als „Einzeltäter", „Spinner", „Wahnsinniger" hingestellt werden; die von einem zunehmend organisierten nazistischen Untergrund ausgehende Gefahr soll verharmlost und geleugnet werden.

Sehr frühzeitig konzentrierten sich die Ermittlungen der 83köpfigen, aus BKA und LKA Bayern zusammengesetzten Sonderkommission auf Gundolf Köhler als vermutlichen Täter: Köhlers Leiche wurde mit abgerissenen Armen, verbrannter Gesichtshaut und Schmauchspuren am Körper in so unmittelbarer Nähe des Explosionsherdes gefunden, daß der Verdacht aufkam, er habe die Bombe in den Händen gehalten, als sie explo-

in den Händen gehalten, als sie explo-

dierte, oder zumindest gerade abgelegt. Die sofortige Überprüfung seines in der Nähe der Leiche gefundenen Personalausweises im BKA-Computer in Wiesbaden ergab: Über Köhler lag eine Akte vor, er war bekannt als Anhänger der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und als langjähriger Bombenbastler. Bereits 1975 nahm er an „WSG"-Übungen teil. 1978 fing der MAD einen Brief aus der Immendorf-Kaserne von ihm ab, in dem er Hoffmann um Unterstützung beim Aufbau einer heimischen „WSG"-Gruppe bat. Das LKA Baden-Württemberg bestätigte ebenfalls, Köhler lange wegen seiner „WSG"-Zugehörigkeit gekannt, aber keinen Grund für Maßnahmen gegen ihn gesehen zu haben.

Nach offizieller Darstellung soll die Identifizierung der Toten gegen 9.15 h am Samstag-Morgen abgeschlossen gewesen sein; gegen 9.30 h sei man sich über die Täterschaft von Köhler im Klaren gewesen; gegen 10.15 h habe die Information vorgelegen, daß Köhler zum Umfeld der Hoffmann-Bande gehörte (Nach „Fahndungsprotokoll der Polizei", in der „Quick" vom 2.10.).

Im Gegensatz dazu meldete die „Badische Zeitung", Köhler habe bereits 41 Minuten nach der Explosion als Täter festgestanden. Gegen 4.15 h morgens sei in seinem Heimatort Donaueschingen die Polizei mit Blaulicht vor der Wohnung seiner Eltern vorgefahren. (Dort wurden Nazi-Material und Chemikalien zur Sprengstoffproduktion gefunden).

Nazis verhaftet — und gleich wieder freigelassen!

Jedenfalls wurde erst um 17.00 h **(also mindestens 7 Stunden nach Abklärung des politischen Hintergrundes von Köhler!)** die Fahndung nach möglichen Mittätern G. Köhlers aus den Kreisen der „Wehrsportgruppe Hoffmann" begonnen. 5 Mitglieder wurden an der österreichischen Grenze festgenommen wegen des Verdachtes der Beteiligung an einem Sprengstoffvergehen, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und unerlaubtem Waffenbesitz. Angeblich waren sie mit einem Konvoi gebrauchter Militärfahrzeuge auf dem Weg zum Libanon, um sie dort zu verkaufen. Nach unterschiedlichen Meldungen sollen zwischen 20 und 40 weitere Überprüfungen und Hausdurchsuchungen bei „WSG"lern vorgenommen worden sein, dabei wurde neben kleinerem militärischem Gerät **bei einem der Nazis auch 1 Kilo Sprengstoff, 3 Granaten, eine Tellermine „ und weitere Materialien zur Herstellung von Bomben"** gefunden („FAZ", 29.9.).

Bereits am Sonntag, 28.9., wurden 5 der Nazis wieder freigelassen, *„weil ihnen keine Straftat nachgewiesen werden konnte"*. Man habe, so die Bundesanwaltschaft, „geprüft", ob die Hoffmann-Bande als kriminelle/terroristische Vereinigung einzustufen sei. Das sei jedoch nicht der Fall. *„Wehrsport als solches ist nicht strafbar"*.

Am folgenden Tag wurde auch noch der sechste Nazi freigelassen, bei dem man Sprengstoff etc. gefunden hatte — mit der sagenhaften Begründung, das bei ihm gefundene Waffenarsenal habe **„nicht zur Begründung eines Haftbefehls ausgereicht, da (er) deswegen nur relativ geringfügige Strafe zu erwarten hätte"** („FR", 1.10.80).

Überhaupt scheinen die Ermittlungsbehörden in der Verfolgung von

lungsbehörden in der Verfolgung von

Spuren, die auf einen organisierten Täterkreis hinter, um oder gar unabhängig von Köhler hinwiesen, keine besondere Dringlichkeit zu sehen. Im Gegenteil stellt sich der bayerische Innenminister Tandler inzwischen auf den Standpunkt, es gebe „keinerlei Hinweise" auf einen organisierten Täterkreis; der Verdacht gegen die Hoffmann-Bande sei „zusammengebrochen"; Köhler sei ein „Einzeltäter".

Viele offene Fragen

Die Behörden sind auf eine Reihe von Fragen, die auf den organisierten Hintergrund des Münchner Massakers verweisen, die Antwort bisher schuldig geblieben:

– So wurden die über siebzig Anrufe, in denen nach der Explosion die Tat beansprucht wurde, ausdrücklich nicht weiter verfolgt.
– Unklar ist, was es mit der radebrechenden jungen Französin (?) auf sich hat, die per Telefon behauptete, die Bombe sei von den „Rechten von Bologna".
– **Es gibt Zeugen, die gesehen haben, daß in dem nahe bei dem Explosionsort abgestellten Auto G. Köhlers zuvor mehrere Personen gesessen hatten.**
– **Mehrere Zeugen haben beobachtet, wie kurz v o r der Explosion eine rote, kurz danach eine weiße Leuchtrakete aufstieg; ein weiterer Zeuge will gesehen haben, wie Köhler kurz vor der Explosion etwas in die Luft warf.**
– Nach der Ausstrahlung des Tagesschau-Interviews mit Hoffmann und „WSG"-Mitgliedern am Sonntag, 28.9., meldete sich ein Nürnberger Zeuge, der in einem der in dem Film gezeigten Jugendlichen einen „WSG"ler wiedererkannte, der am Donnerstag vor dem Anschlag neben ihm an der Theke des Nürnberger Cafes „Treffpunkt" stand. Der Zeuge: **„Ich habe gehört, wie dieser junge Mann zu seiner Freundin sagte, ‚Morgen fahren wir nach München auf das Oktoberfest, da lassen wir ein Ding steigen, da geht's rund' ".** Das Mädchen kam in dem Tagesschau-Film ebenfalls vor. Sie trug eine Hoffmann-Uniform.
– Inzwischen gibt es zwei Versionen über die Art der Bombe. In beiden Fällen sind die Behörden die Erklärung schuldig, wie ein Einzelgänger mit diesen Bomben zurechtkommen sollte.

Zwei Versionen über den Bomben-Typ

In der ersten Version, die auf der Pressekonferenz am 28.9. von Rebmann ausgegeben wurde, handelte es sich um eine selbstgebastelte Rohrbombe, wie sie auch von der Roederbande verwendet wurden. Laut Pressemeldungen (z.B. „Bild" vom 29.9.) sei diese Rohrbombe zur Verstärkung der Mordwirkung *„zur Hälfte mit Nägelköpfen, Schrauben und Flügelmuttern gefüllt"* gewesen. „Bild" berief sich bei dieser Darstellung auf „Sprengstoff-Experten vom Münchner Landeskriminalamt".

Als gültige Version wird inzwischen gehandelt, daß es sich um eine serienmäßige Kriegswaffe gehandelt habe. Die Versionen darüber schwanken noch im Detail: Eine 10,5 cm-

habe. Die Versionen darüber schwanken noch im Detail: Eine 10,5 cm-

Granate der Bundeswehr (dieser Verdacht soll laut „Quick", 2.10. bereits am Vormittag des 27.9. bei der Polizei aufgekommen sein!!); oder aber eine Flugzeug-Bombe „englischer Herkunft" mit einem Durchmesser von 10,5 cm („Welt", 1.10); oder eine Werfergranate (Artilleriegeschoß) mit Kaliber 10,7 cm („FAZ", 3.10.).

Einig gehen sich alle Versionen aber darin, daß die Bombe planmäßig durch Fernsteuerung gezündet werden sollte. Die Fernzündung war von Köhlers PKW aus auszulösen, der nahebei abgestellt war. Der Autoschlüssel wurde bei Köhlers Leiche gefunden.

Offen bleibt, ob die Bombe durch irgendein Versehen (beim Bau bzw. der Einstellung der Bombe oder beim Ablegen der Bombe) zu früh explodierte — oder ob weitere Tatbeteiligte a b s i c h t l i c h eine Frühzündung der Bombe besorgten, um Köhler als Mitwisser zu „liquidieren".

Fragwürdig ist, daß die Polizei zunächst einen solchen Irrtum (Verwechslung einer Kriegswaffe mit einer selbstgebastelten Rohrbombe) begangen haben soll, obwohl sich doch diese Bombentypen nach den aufzufindenden Resten, nach der Wirkung an den Opfern und den in diesen gefundenen Splittern deutlich genug unterscheiden müßten. —

Ohne Antwort blieb die Meldung der „Bild", wonach die Leiche des Engländers Richard Vere Hodge bisher nicht freigegeben sei, weil untersucht werde, ob Hodge gleichfalls als Tatbeteiligter in Frage komme. Hodge habe längere Zeit in Fürstenfeldbruck in einer einsamen Mühle gewohnt. Die Bombe stamme aus englischen Beständen, der englische Geheimdienst sei eingeschaltet. Von der Hand zu weisen wäre eine i n t e r n a t i o n a l e Zusammensetzung einer Attentatsbande dieses Kalibers keineswegs: Bundesinnenminister Baum persönlich hat gerade jetzt wieder auf die guten Kontakte der Nazis in die USA, nach Italien, Belgien und Frankreich hingewiesen. Bekannt ist auch die Teilnahme von „WSG"-Mitgliedern und anderen Nazi-Gruppen bei paramilitärischen Übungen belgischer Nazis in Diksmuide.

Köhlers Kontakte in der Nazi-Szene

Schließlich spricht auch die Person Köhlers selbst deutlich gegen die Annahme, er könne ein Einzeltäter sein. Zwar beschreiben ihn seine Donaueschinger Bekannten als „verschlossenen Sonderling". Tatsache ist aber, daß Köhler nicht nur jahrelangen Kontakt mit Hoffmann hatte, sondern ganz offenbar zugleich auch noch zu dessen Intimus, dem Tübinger *Axel Heinzmann*, Chef des *„Hochschulrings Tübinger Studenten"* (*HTS*) — und damit zugleich zu den beiden bekanntesten Figuren desmilitanten Nazi-Untergrunds im süddeutschen Raum.

Immerhin war Köhler dem MAD bereits 1978 und ebenfalls dem VS von Baden-Württemberg die Anlage von Dossiers und ihre Weitergabe an den

Computer des BKA wert. Statt nun der Linken selbst — nicht mehr zu

Computer des BKA wert. Statt nun aber diesen Hintergrund auszuleuchten und damit dem organisierten Nazismus samt seiner Verfilzung mit den rechten Ecken der CSU (Heinzmann ist CSU-Vorsitzender in Erlangen) zu Leibe zu rücken, liefert Tandlers Version des „Einzelgängers", „Spinners" uam. den in Bedrängnis kommenden Nazis Hoffmann und Heinzmann exakt d a s politische Stichwort, mit dem sie sich aus der Affäre zu ziehen versuchen können. Nicht nur Hoffmann distanzierte sich von dem Spinner Köhler — auch Axel Heinzmann meldete sich, und zwar ungerufen und ohne durch äußeren Zwang dazu genötigt zu sein, um zu bekunden, daß er Köhler zwar lange kenne, mit ihm politisch aber nicht auf einen Nenner gekommen sei, da Köhler Flugblätter und Infostände zu wenig gewesen seien.

Was bezweckt die „Einzeltäter"-Legende?

Die hektischen Bemühungen der CSU, allen voran Strauß und Tandler, das Massaker von München als Tat eines „Wahnsinnigen", „Spinners" und vor allem „E i n z e l t ä t e r s" hinzustellen, gleichzeitig aber über Verbindungen zum KGB, zur DDR, zur PLO und zu Ghaddafi zu spintisieren (obwohl Köhler doch „Einzeltäter" gewesen sein soll?!) und polternd nach mehr Staat zu schreien — g e r a d e dieser Übereifer läßt neben den bisher gehandelten Versionen noch eine weitere — gar nicht so neue — als möglich erscheinen: **Das Massaker könnte weder das Werk eines Einzeltäters, noch allein des neonazistischen Untergrunds, sondern eine aus dem nazistischen Untergrund heraus betriebene gezielte Provokation der Geheimdienste gewesen sein, die mit einer Strategie der Provokation und Spannung günstigere Voraussetzungen für eine schärfere reaktionäre Gangart in der westdeutschen Politik schaffen wollen.**

Beispiele für eine solche Provokationsstrategie von Geheimdiensten und reaktionären bzw. faschistischen Kräften gibt es genug:

Angesichts der Verharmlosung und versuchten Schuldverschiebung nach dem Attentat von München fühlt frau/man sich fatal erinnert an die Manöver der Nazis und des Staatsapparats nach dem Reichstagsbrand vom 27.2.33, die von der Lubbe als spinnerten Einzeltäter präsentierten — der von den Kommunisten angestiftet worden sei. In Wirklichkeit war die Brandstiftung eine von den Nazis o r g a n i s i e r t e P r o v o k a t i o n, um den Vorwand für einen massiven Schlag gegen die Linke zu produzieren.

„Strategie der Spannung?"

Am 12.12.68 ging eine Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank hoch. Es gab 16 Tote. Die Schuld wurde zunächst bei der Linken gesucht; als das — vor allem durch die Ermittlungen der Linken selbst — nicht mehr zu halten war, wurden einzelne Faschisten vor Gericht gebracht. Trotz aller Vertuschungsversuche wurde deutlich, daß das Attentat von Mailand Bestandteil einer in mehreren Geheimbesprechungen zwischen Faschisten, Geheimdienstlern und putschwilligen Militärs ausgehandelten „Strategie der Spannung" war, die ein diktatorisches Rechtsregime an die Macht bringen sollte. Es zeigte sich, daß wichtige Träger dieser Bombenpolitik in den faschistischen Zirkeln selber Polizei- oder Geheimdienstagenten waren.

Nicht vom selben Kaliber, aber von ähnlicher Machart war die Aktion des Professors Berthold Rubin, der 1971 seine Entführung vortäuschte, um — wie er später zugab — den Ausgang der Schleswig-Holsteiner Wahl zugunsten der CDU zu beeinflussen. Komplizen seiner Entführung waren Plökkinger und Metzinger — bekannte Provokateure der damaligen (Westberliner) Naziszene (Schüsse über die DDR-Grenze, Anschlag auf einen sowjetischen Wachsoldaten durch E. Weil 1970 uam.). Rubin selbst war ua. Vorsitzender der „Aktion Oder-Neiße" (AKON). Die Provokationslinie dieser Leute war gegen die „Neue Ostpolitik" der SPD/FDP gerichtet und sollte Voraussetzungen für ein Roll back der CDU/CSU schaffen. Rubin war außerdem Vorsitzender des bundesweiten „CSU-Freundeskreises".

Beispielhaft ist auch das Wirken von Karl Friedrich Grau, ein „Grenzgänger" zwischen NPD/CDU/CSU und einflußreichen Kräften im Grenzland zwischen Kapital und Geheimdiensten. Grau trat verschiedentlich als Propagandist und Provokateur in CDU/CSU-Wahlkämpfen auf: so 1972 als Organisator einer stark finanzierten Hetzkampagne gegen die Ostpolitik der SPD/FDP, so kürzlich mit gefälschten Juso-Aufklebern: „Lieber die Russen in Bonn als Strauß als Kanzler". Selbst nachdem Grau als Produzent dieser Kleber aufgeflogen ist, benutzt die CDU/CSU die Fälschung immer noch zur Hetze gegen die Jusos!

Fortsetzung nächste Seite

AZ lokales N Mittwoch, 1. Oktober 1980 Seite 13



CHRISTOPH BAUMANN

„In München lassen wir ein Ding steigen"

Wies'n-Attentat in Nürnberger Café angekündigt

Nürnberg (AZ) — Gibt es vom schrecklichen Oktoberfest-Attentat nicht doch mehrere Mitwisser? Die Zeugenaussage eines Nürnbergers jedenfalls läßt darauf schließen: Der Mann erkannte in einem Tagesschau-Film über die Wehrsportgruppe Hoffmann des Nürnberger Fernsehreporters Christoph Baumann einen Jugendlichen, der letzten Donnerstag neben ihm an der Theke des Nürnberger Cafés „Treffpunkt" stand. Der Zeuge: **„Ich habe gehört, wie dieser junge Mann zu seiner Freundin sagte ‚Morgen fahren wir nach München auf das Oktoberfest, da lassen wir ein Ding steigen, da geht's rund.'"**

Der Zeuge weiter: „Ich erinnerte mich erst wieder an diesen Satz, als ich nach dem Attentat den Tagesschaufilm über die Wehrsportgruppe Hoffmann sah. Da erkannte ich den Mann von der Theke wieder, als er auf einer Veranstaltung von Wehrsport-Hoffmann gezeigt wurde. Den Satz über den Oktoberfest-Besuch sagte der junge Langhaarige zu einem blonden Mädchen, das neben ihm an der Theke stand. Dieses Mädchen kam in dem Tagesschau-Film auch vor; sie trug so eine Hoffmann-Uniform!"

Um letzte Sicherheit zu haben, führte TV-Reporter Christoph Baumann dem Zeugen gestern im Fernsehstudio Nürnberg diesen Tagesschaufilm nochmals vor. Der Zeuge, der nicht genannt sein will, erkannte den Kaffeehausbesucher auf dem Streifen zweifelsfrei wieder. **Inzwischen ist auch die Abteilung Staatsschutz der Nürnberger Polizei eingeschaltet.**

Der Hoffmann-Anhänger, der im Café den Oktoberfest-Besuch mit den schrecklichen Folgen ankündigte, erklärte in dem Film auf die Frage des Interviewers, was er denn „gegen die Linken zu tun gedenke": „Das kann ich nicht sagen, weil ich sonst 'ne Anzeige kriege!"

Aber Hallo! Ist Strauß ein KGB-Agent?

Bekanntermaßen sind alle führenden Rechtsradikalen eingeschleuste Ost-Agenten vom sowjetischen Geheimdienst KGB und vom „Staatssicherheitsdienst" (StaSi) der DDR. Ihr Auftrag: Kräftig auf die Kacke hauen, um die BRD als ein Land hinzustellen, in dem Neonazis Narrenfreiheit genießen.

Diese Erkenntnis hätte schon längst den Verdacht auf Franz Josef Strauß lenken müssen: Kein Zweiter hat so wie Strauß durch abenteuerliche Eskapaden zur Versauung des bundesdeutschen Ansehens im Ausland beigetragen. Darüber hinaus hat Strauß seit Jahren an führender Stelle dafür gesorgt, daß die Neonazis hierzulande die Narrenfreiheit behalten, die sie nach dem Willen ihrer verschlagenen Auftraggeber in Pankow und Moskau haben sollen.

Sobald es KGB-/StaSi-Agenten wie Hoffmann ans Leder gehen sollte, breitete Strauß seine schützende Hand über sie: Diese Leute seien harmlose Spinner, die „Hysterie" um den Rechtsradikalismus sei „lächerlich", usw.

Ist der Verdacht gegen Strauß absurd? Nun ja... **Immerhin wird seit Jahren schon gemunkelt, daß Strauß 1945 Aufnahmeantrag in die KPD gestellt habe.** – Sollte etwa die Kanzlerkandidatur von Strauß der direkte Griff Moskaus nach der Macht in Bonn gewesen sein?

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Von besonderer Bedeutung und – angesichts der Münchner Ereignisse – einer erschreckenden Aktualität, ist der Fall Lepzien:

Lepzien wurde vor ein paar Tagen im Prozeß gegen den Bombenbauer Paul Otte und dessen Nazi-Bande als VS-Agent enttarnt. Als „Sicherheitschef" der Otte-Bande hat er sich seit langem f ü h r e n d an der Entwicklung der Provokationsstrategie des westdeutschen Nazi-Untergrunds beteiligt (Artikel dazu in diesem AK). Angesichts seines Wirkens und angesichts früherer Fälle von agents provokateurs des VS in der militanten Nazi-Szene, bekommen die Aussagen führender Innenminister (Baum, Rau, Tandler) und ihrer „Sicherheits"chargen, man habe „die Szene fest im Griff", eine makabre Bedeutung: Wieweit sind die „Sicherheitskräfte" a k t i v an der Entwicklung der Provokationsstrategie des westdeutschen Nazi-Untergrunds beteiligt? Ob sie von dem bevorstehenden Anschlag in München gewußt haben oder gar selbst die Finger mit im Spiel hatten, ist eine offene Frage.

Antifa-Kommission und AK-Redaktion

„Das Märchen vom bösen Wolf"

Die „Bombenbastler" sind bekannt

Es ist beileibe k e i n Zufall, daß zahlreiche Nazi-Attentate der letzten Jahre mit d e m s e l b e n Bombentyp verübt worden sind: Seit längerem kursiert in Nazi-Kreisen eine genaue Anleitung zum Bau derartiger Bomben, zum Bau von Molotow-Cocktails, von Thermik-Bomben etc.

Diese Schrift kursiert unter dem Titel „Das Märchen vom bösen Wolf" seit mehr als einem Jahr in der einschlägigen Szene. Verschickt wurden sie u.a. von **Wilhelm Wübbels** aus Bocholt, bei dem sie Mitte 79 beschlagnahmt worden war. Wübbels hatte 1975 unter der Tarnbezeichnung „Schießclub Bocholt" Teile der
nung „Schießclub Bocholt" Teile der
damaligen Nazi-Szene versammelt, um eine neue „NSDAP" zu gründen. Im Vorwort dieser Mordanleitungsschrift wird ausdrücklich darauf hingewiesen, eine Anleitung zum Bombenbau sei nötig geworden, damit sich die „Kameraden" bei ihren Experimenten nicht mehr selbst in die Luft sprengten (derartiges ist öfters passiert). Über die Qualität der dort getroffenen Anleitungen meint der niedersächsische VS, sie sei geeignet, *„terroristische Vereinigungen zu gründen, deren Tätigkeit sich besonders auf Straftaten gegen das Leben, auf Brandstiftung und auf das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen richten"*.

Die Schrift tauchte zu einem Zeitpunkt auf, als der „NSDAP"-Führer Lauck (USA, Nebraska) dazu aufforderte, von der „Theorie zur Aktion" überzugehen, „um diesem System aus dem Untergrund heraus das Leben zur Hölle zu machen"; auch Roeder hatte im September 79 seine Anhänger aufgefordert, den „Polizeistaat" zu zerschlagen, mit dem man sich im „Kriegszustand" befinde, und eine „grundlegende Strategie des Widerstands und der Befreiung" zu entwickeln.

Ein Exemplar dieser Mordanleitungsschrift, die eine genaue Anleitung für den Bau von Bomben enthält, wie sie **zuerst vom Kreis um den Braunschweiger Otte und den VS-Agenten Lepzien** erprobt wurden - ein Exemplar eben dieses „Märchens vom bösen Wolf" wurde anläßlich des Verbots der „Wehrsportgruppe Hoffmann" am 30.1.80 bei Hoffmann gefunden! (Mitteilungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes vom 2.6.80).

Keiner der für die Verfolgung von Nazis Verantwortlichen, kein bayerischer Innenminister, kein Bundesanwalt und kein Minister Baum soll sagen, er habe nichts von möglichen Bombenanschlägen aus der Hoffmann-Ecke und anderer Nazi-Banden gewußt! Keiner dieser Herren soll außerdem behaupten, er sei von den erneuten Waffenfunden bei dieser Bande (u.a. eine Tellermine!) überrascht gewesen : Hierzu meinte schon kurz nach der Verbotsaktion gegen Hoffmann im Januar der Nürnberger Polizeipräsident Krauß, die „Blitzaktion" habe nicht den „erhofften Erfolg" gebracht. **„Vielmehr sei davon auszugehen, daß ein größeres Waffenlager unentdeckt geblieben sei, da bei der Observation, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt habe, das Vorhandensein funktionsfähiger Waffen zweifelsfrei festgestellt worden sei" (NZ, 31.1.80).**

Daten zur „Hoffmann-Bande"

1956 gab es bei Karl-Heinz Hoffmann die erste Hausdurchsuchung. Damals war er gerade drei Jahre in Nürnberg, nachdem er sich 1953 aus der DDR abgesetzt hatte. Beschlagnahmt wurden mehrere Schußwaffen. Es folgte jedoch keine Strafe, sondern lediglich eine „Verwarnung" — und obendrein bekam der „Waffensammler" einen Waffenschein ausgestellt („Stern", 28.2.74).

In den folgenden Jahren entwickelte Hoffmann ein reges Waffengeschäft. Im Herbst 1963 wurde er mit einem Komplizen in Ankara verhaftet, weil sie, in einem „Wehrmachts"-Kübelwagen angereist, Waffen zum Verkauf eingeschmuggelt hatten. Zu dieser Zeit war Hoffmann *„bereits mehrmals wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz bestraft worden"* („Nürnberger Nachrichten", 13.7.63).

1968 organisierte Hoffmann in Nürnberg ein Faschistentreffen, mit Nazi-Uniformen und ähnlichem Drum und Dran („extra-dienst", 17.6.75). Das ihm von der Stadt Nürnberg 1970 k o s t e n l o s zur Verfügung gestellte Schloß Almoshof wurde von Hoffmann als Hauptquartier seiner zielstrebig im Aufbau befindlichen Bande ausgestaltet. Seit 1974 trat der Trupp als „Wehrsportgruppe" (WSG) auf. Zuweilen als harmlos menschenfreundliche Jugendgruppe auftretend, entpuppte sich die Bande doch zunehmend als Schläger- und Terror-Vereinigung.

- Im Mai 1974 explodierte die Bombe eines WSG'lers, mit der der US-Sender AFN München in die Luft gesprengt werden sollte, zu früh; das WSG-Mitglied wurde schwer verletzt.
- Im Dezember 1976 überfiel ein WSG-Trupp unter Hoffmanns Leitung — und zusammen mit dem Tübinger HTS-Chef Heinzmann — auf brutalste Weise eine Gruppe Studenten in Tübingen, die gegen eine prosüdafrikanische Veranstaltung des HTS protestierten.
- Damals schon hatte die Bande ein Militärarsenal mit verschiedenen Fahrzeugen aller Art, Uniformen, Schuß-, Stich- und Hiebwaffen und diversen Nazi-Utensilien angelegt. Als im Januar 1980 ein Teil der WSG-
im Januar 1980 ein Teil der WSG-
Ausrüstung beschlagnahmt wurde (u.a. im inzwischen neuen Hauptquartier, Schloß Ermreuth), füllte er 18 Lastwagen; hinzu kamen die Fahrzeuge der WSG, darunter ein Schützenpanzer und eine 2-cm-Flak in *„gebrauchsfertigem Zustand"* („NN" und „NZ", 31.1./1.2.80; siehe AK 171, S. 27).

Mit paramilitärischen „Wehrsport-Übungen" und zahlreichen Schlägereinsätzen ab 1974 (u.a. als „Ordner" für die NPD — siehe AK 64) machte Hoffmanns Truppe sich einen „Namen" in der Neonazi-Szene. Von Nürnberg aus erstreckten sich die WSG-Aktionen bald in alle Bundesländer; WSG-Ableger (so in Hessen, Neuburg/Donau, Tübingen, Köln, Bonn u.a.) oder einzelne WSG-Faschisten traten bald in der ganzen BRD in Erscheinung. Hinzu kommt der



„WSG-Freundeskreis", mit dem weitere Kontakte geknüpft werden. Hoffmann kooperiert nicht nur mit der NPD und dem DVU/„Wiking-Jugend"-Kreis um „National-Zeitung"-Chef Frey (der für Hoffmann eine 8.000 DM-Strafe bezahlte), sondern ebenso mit militant-nazistischen Organisationen und Ideologen, wie dem Roeder-Christophersen-Schönborn-Kreis und der Hamburger ANS/Hansa-Bande (Kühnen & Co.) mit den
sa-Bande (Kühnen & Co.) mit den
„Volkssozialisten" Busses (aus München) etc.

In der internationalen Faschistenszene sind es insbesondere nazistisch-paramilitärische Organisationen, mit denen Hoffmanns WSG seit Jahren in Verbindung steht — so nahmen WSGler mehrfach an paramilitärischen Trainingslagern der belgischen VMO-Faschisten teil („Neue", 16.10.79; NDR-Bericht laut „FR", 30.9.80).

Seit Bestehen seiner Truppe hat Hoffmann kaum ein Blatt vor den Mund genommen. Beispielsweise: *„Der ganze uferlose Parlamentarismus muß weg"* (laut VS-Bericht 74), oder: *„Es wäre doch ganz einfach töricht zu leugnen, daß Adolf Hitler genial war, und daß er zweifellos sehr viele Dinge hier gemacht hat, wo wir heute langsam wieder darauf kommen, sie wieder zu tun"* („Panorama", ARD, 11.3.74). In diesem Sinne trieb die seit Januar 78 erscheinende WSG-Zeitschrift „Kommando" militaristische und nazistische Propaganda.

Diese Propaganda allein schon, aber auch der Charakter der WSG als bewaffnete, uniformierte Bande („bewaffneter Haufen") kennzeichnet die Wehrsportler eindeutig als kriminelle Vereinigung.

Hoffmann als Chef dieser Bande ist damit längst reif für den Knast. Tatsächlich aber konnte Hoffmann seit 1956 und seit dem WSG-Aufbau Anfang der 70er Jahre weitgehend u n g e s t ö r t agieren. Unter den Augen von Behörden, Polizei, VS und Justiz und sogar mit deren Mithilfe (kostenlose Schloß-Vermietung, Waffenschein, Polizei-Schutz für Hoffmann-Provokationen) konnte sich die Terror-Bande entwickeln. Deckung verschaffte die politische Verharmlosungslinie, die sich bis zu den jüngsten Äußerungen von Strauß, Tandler und Konsorten hinzieht.

Das — bis heute nicht rechtskräftige — WSG-Verbot von Anfang dieses Jahres wurde von Innenminister Baum zwar als „Signal" und von Tandler als „nachhaltiger Schlag" gefeiert (siehe AK 171, S. 27). Das Treiben der WSG ist dadurch jedoch n i c h t beendet worden: Nach wie vor ist die WSG aktiv — so war Hoffmann mit einigen WSGlern am 8.3.80 in Nürnberg in eine Schlägerei mit der Polizei verwickelt („NN", 10.3.80), so baut die WSG weiterhin ihr Waffenarsenal aus („FR", 3.10.80), und so hält sie an ihren paramilitärischen Unternehmungen fest, wie die Fahrt der fünf WSGler, wenige Stunden nach dem Münchner Bombenanschlag, in zwei Kübelwagen nach Österreich (mit Ziel Libanon?) schlagend beweist.

Video-Film über Hoffmann-Bande

Laufzeit: 35 Minuten.
Der Film wurde produziert von der antifaschistischen AG Freiburg und der Medienwerkstatt. Er beinhaltet die jahrelange Verharmlosung der Hoffmann-Bande sowie die Oberflächlichkeit des Verbots der Gruppe im Januar. Im Anhang wird mitgeliefert ein Mitschnitt aus den aktuellen Fernsehsendungen zum Anschlag in München.
Der Film ist zu beziehen bei der Medienwerkstatt.
Tel.: 0761/709757

Hoffmann-Bande nicht kriminell?

Als die 5 festgenommenen Hoffmann-Anhänger und ihr Chef nach 1-2 Tagen U-Haft anläßlich des Münchner Anschlages wieder freigelassen wurden, gab Rebmanns Sprecher Prechtel bekannt: Man habe „sorgfältigst" geprüft, ob die Hoffmanns „WSG" etwa als kriminelle und/oder terroristische Vereinigung anzusehen sei. Man sei aber zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Straftat auf die „WSG" nicht zuträfen. (Nach „Frankfurter Rundschau", 1.10.).

Diese Einschätzung der nach Links hin gar nicht zimperlichen Bundesanwaltschaft bietet einen seltsamen Kontrast zu einem genau gleichzeitigen Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH). Der VGH stellte nämlich fest: **„Es kann keinen vernünftigen Zweifel geben, daß Hoffmann bei ihm günstig erscheinender Gelegenheit seine Truppe einsetzt und dabei selbstverständlich Waffen benützt, denn einen anderen Sinn kann seine Truppe nicht haben".** Das ist einer der seltenen und umso schöneren Fälle, wo sich mal ein bundesdeutsches – und gar ein bayrisches ! – Gericht im Einklang mit dem gesunden Menschenverstand befindet. Und weiter befand der VGH: **„Es versteht sich von selbst, daß diese Ziele (von Hoffmann – Anm. AK) nur durch einen gewaltsamen Umsturz, der die Demokratie in der Bundesrepublik beseitigt, erreicht werden können und daß bei einem solchen Vorgang Waffen mißbräuchlich ... eingesetzt werden". „ Das gesamte Tun Hoffmanns einschließlich der Auftritte in der Öffentlichkeit habe nur einen Sinn, nämlich den Zusammenhalt der eigenen Truppe zu festigen und die Öffentlichkeit auf ihren Einsatz vorzubereiten". „Angesichts dieser bis in die jüngste Zeit fortgesetztenTätigkeit Hoffmannsist davon auszugehen, daß er die in seinen Händen befindlichen Waffen zu einem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt im offenen Kampf mit politischen Andersdenkenden einsetzen will ...".** (Nach „Nürnberger Nachrichten", 2.10.80).

Und d a s soll keine kriminelle Bande sein? Wo haben Sie bloß Ihre Augen, Herr Rebmann? Klar, l i n k s, wo denn sonst?! ...

Nazi-Brandanschlag in Bielefeld

Drei NPDler haben in der Nacht vom 27.9. (einen Tag nach dem Münchner Massaker!) einen Brandanschlag auf ein Bauernhaus bei Bielefeld verübt, in dem sie eine „linke Kommune" vermuteten. Es handelt sich dabei um Josef Böhle (25, stellvertr. NPD-Kreisvors. in Paderborn und bekanntes Mitglied der berüchtigten „Harting-Bande"), das NPD-Mitglied Manfred Linnenbrügger (25, Bielefeld) und den vor einem halben Jahr aus der NPD ausgetretenen Helmut Pauquot (25, Paderborn).

Nach eigenen Angaben vor der Staatsanwaltschaft wollen sich die Faschisten während des Klebens von NPD-Wahlplakaten („Ausländer raus - Deutschland den Deutschen") spontan entschlossen haben, „den Linken einen Denkzettel zu verpassen". Mit zwei selbstgebastelten Molotow-Cocktails zielten sie auf eine Dachluke des Kottens, verfehlten sie aber glücklicherweise, so daß die Bewohner die Flammen schnell löschen konnten. Ziel dieses Mordanschlags (Oberstaatsanwalt Maaß im Westfalenblatt vom 30.9.80: **„Hier hätten Menschenleben in Gefahr gebracht werden können"**) war ein vor zwei Monaten ausgezogenes Studentenehepaar, das der Gruppe „Alternatives Leben" angehört.



Linnenbrügger Pauquot

Die von Augenzeugen alarmierte Polizei konnte das Nazi-Trio unweit des Tatorts festnehmen. Die Täter sind geständig und sitzen zur Zeit in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Bielefeld ermittelt wegen versuchter gefährlicher Brandstiftung (Mindeststrafe: ein Jahr). Auf den Posthauptschaffner Böhle wartet ausserdem ein beamtenrechtliches Disziplinarverfahren.

Die Staatsanwaltschaft prüft ausserdem, ob Böhle noch an weiteren Anschlägen beteiligt war. So wurde im Juni in Schloß Neuhaus, dem Postzustellbezirk Böhles, ein PKW in Brand gesetzt und dicht an das Haus einer Wohngemeinschaft geschoben. Ein Übergreifen der Flammen konnte nur knapp verhindert werden. Die WG-Mitglieder vermuteten schon damals eine NPD-Täterschaft.

An diesem Anschlag wird erneut deutlich, daß die Grenzen innerhalb des Nazi-Terrorismus zwischen illegal operierenden Nazi-Banden und der „seriösen", legalen NPD fließend sind. So ist es gerichtsnotorisch, daß das Schulungszentrum der NPD/JN-„Harting-Bande" in Kamen auch der paramilitärischen Ausbildung dient. Und spätestens seit dem 1.2 79, als im Raum Höxter die „NS-Kampfgruppe Ostwestfalen–Lippe" des Rolf Gebser (Stahle) samt umfangreichem Waffenlager ausgehoben wurde, werden Verbindungen und personelle Überschneidungen zwischen beiden Banden vermutet. Die Aktivitäten Böhles sind dafür ein weiteres Indiz.

Auch auf die Behörden wirft dieses Attentat ein bezeichnendes Licht. So gibt die Polizei gelassen zu, daß Böhle und Linnenbrügger für sie keine „unbeschriebenen Blätter" sind und „schon wiederholt auffällig wurden" (WB 30.9.80), natürlich ohne daß etwas gegen sie unternommen worden wäre. Auch dem Postamt Paderborn sind schon des öfteren Hinweise von Antifaschist/inn/en zugegangen, daß Böhle NPD-Mitglied und an Schlägereien beteiligt ist. Mehrere Anhörungsverfahren blieben allerdings folgenlos.

Wer weitere Angaben über Anschläge im Raum Bielefeld/Paderborn und insbesondere über die uns unbekannten Nazis Linnenbrügger und Pauquot machen kann, möge sie uns bitte über das Bunte-Liste-Büro (Elsa-Brandström-Str. 13, 48 Bielefeld 1) zukommen lassen.

Antifaschistischer Arbeitskreis Bielefeld

Die Bomben der Nazis: Was hat der VS damit zu tun?

Nach dem Massaker von München versicherten Landes- und Bundesinnenminister einstimmig, wie gut die „Sicherheitskräfte", insbesondere der VS, die Nazi-Szene im Griff haben. Bayerns Innenminister Tandler behauptete, man wisse über jede Bewegung der „Wehrsportgruppe Hoffmann" Bescheid und habe daher sofort gewußt, wo zuzugreifen sei. Baden-Württembergs Innenminister beeilte sich zu versichern, daß man die „WSG"-Szene (zu der G. Köhler Kontakt hatte) genau und schon lange kenne. Bundesinnenminister Baum ließ verlauten, die diversen internationalen Kontakte der Rechtsradikalen würden genauestens beobachtet... Was man/frau sich darunter vorzustellen hat, wurde drei Tage nach dem Attentat von München schlagartig erhellt: Am 30.9. platzte nämlich in dem Prozeß gegen die Braunschweiger „NSDAP"-Bande um Paul Otte eine Bombe ganz besonderer Art: Der Mitangeklagte Hans-Dieter Lepzien erklärte, er sei als Informant des niedersächsischen Verfassungsschutzes in die Bande eingeschleust worden. Innenminister Möcklinghoff bestätigte umgehend, daß Lepzien dem VS wertvolle Informationen geliefert habe und daß die Aushebung der Bande im wesentlichen seinen Angaben zu verdanken sei.

In diesem Prozeß wird Lepzien beschuldigt, u.a. gemeinsam mit Otte im Frühjahr 1977 in der Schweiz den Sprengstoff beschafft zu haben, der

Frühjahr 1977 in der Schweiz den Sprengstoff beschafft zu haben, der

dann für eine ganze Reihe von Rohrbomben verwandt wurde. Eine dieser Bomben war im Haus von Paul Otte gefunden worden. Eine zweite detonierte Ende 1977 vor dem Amtsgericht Flensburg, wo gerade eben der Prozeß geführt wurde, in dem *Roeder* zum ersten Mal zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, vor deren Antritt er aber sich ins Ausland absetzte. Dieser Anschlag wird *Heinrich Eisermann* zur Last gelegt, dessen Verfahren vom Prozeß gegen Otte abgetrennt ist.

Eine dritte Bombe detonierte im Oktober 1977 vor dem Amtsgericht Hannover; sie wird *Oliver Schreiber* und *Volker Heidel* angelastet; beide sind Mitglieder des Hannoveraner Ablegers der „NSDAP", mit engsten Kontakten zur Hansa-Bande.

Hansa-Chef Kühnen gab im Bückeburger Prozeß gegen die „Hansa-Bande" nach mehreren Zeugenaussagen zu, auf einem „Kameradschaftsabend" in der Wohnung von Lepzien in Peine, auf der Otte mehrere Bomben, u.a. an Eisermann verteilt und deren Funktionsweise erklärt hatte, eine Bombe an sich genommen zu haben; er habe sie allerdings durch Sprengung an einem sicheren Ort unschädlich gemacht.

Belastet wurde Kühnen wie auch die anderen im Bückeburger Prozeß u.a. von *Ernst-August Möller*, zumindest ehemaliger NPD-Funktionär aus Tönning. Auch auf Möllers Hof war neben Waffen, mehreren Bombenzündsätzen und weiterem Material eine derartige Bombe gefunden worden.

Im März 1979 wurde an der Bundesstraße zwischen Hastede und Hildesheim eine weitere Rohrbombe gefunden, die nach Presseberichten von eben dem Typ gewesen sein soll, wie sie auch Otte hatte: In ein Rohr wurde neben dem Sprengstoff auch noch ein zweites, kleineres Rohr gebracht; gezündet werden sollte die Bombe mit einem batteriebetriebenen Wecker.

Nach Presseberichten wurden in der Wohnung des VS-Agenten Lepzien von der Bande noch weitere Anschläge geplant: Ein Attentat auf Stoltenberg, für dessen Vorbereitung die beiden Braunschweiger Mitglieder der Otte-Bande, *Klaus-Dieter Hewicker* und *Kurt Wolfgram*, Otte selbst, außerdem die Kieler Nazis *Gunnar Pahl* und *Heinrich Stubbemann* sowie *Christian Worch* (Hansa-Bande) sich zu verantworten hatten. Ein Brandanschlag auf die Hamburger Freimaurerloge in der Moorweidenstraße konnte in letzter Minute verhindert werden.

VS-Agent Lepzien und seine Freunde

Der VS-Agent Lepzien ist in Nazi-Kreisen wahrlich kein Unbekannter. Zusammen mit dem Mitangeklagten *Wolfgang Sachse*, ebenfalls aus Peine, war er schon seit 1968 Mitglied der NPD. Die Braunschweiger Bande um Otte soll Lepzien von Anfang an mitaufgebaut haben. Innerhalb der „NSDAP", in der Otte so etwas wie den „Stellvertreter" des Exil-Führers Gary Rex Lauck (USA) ist, brachte es Lepzien zu einer Art „Sekretärsposten" bei Otte und wurde im Bückeburger Naziprozeß als „Abwehrchef" der „NSDAP" eingeführt.

Wie aus den Informationen eines ebenfalls zwischen „NSDAP"- und VS-Kreisen hin- und herpendelnden „Grenzgängers" hervorgeht, war Lepzien eifriger Reisekader, der Kontakte zwischen den einzelnen Banden hielt („taz", 14.6.79).

Auch wenn man/frau diesem weiteren „Grenzgänger" nicht so ohne weiteres Glauben schenkt, bleibt doch

eins offensichtlich: Von Anfang an

weiteres Glauben schenkt, bleibt doch

eins offensichtlich: Von Anfang an war Lepzien Mitglied der Otte-Gruppe und führend in der Gesamtorganisation der „NSDAP"-Banden tätig. Wie lange Lepzien gleichzeitig Agent des VS gewesen ist, bleibt unklar. Klar dagegen ist, daß bei Lepziens diesbetreffenden Aussagen im Braunschweiger Prozeß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde und die Verteidiger nur „unter besonderer Verpflichtung zur Verschwiegenheit" („FR", 1.10.80) Einsicht in eine „besondere Akte" nehmen konnten.

VS-Agent Lepzien befindet sich, zusammen mit seinem alten Freund *Wolfgang Sachse*, auf freiem Fuß, während alle übrigen Bandenmitglieder inhaftiert sind. Sachse stammt ebenfalls aus Peine und soll den von Otte und Lepzien beschafften Sprengstoff zumindest mitverarbeitet haben.

Das dritte Mitglied der Peiner Gruppe um Lepzien schließlich ist *Armin Peil:* Offenbar war er es, der im Bückeburger Prozeß in Sachen Bomben als Hauptbelastungszeuge auftrat. Peil wurde in „konkret" (5/79) als Nazi-Kader in Schleswig-Holstein genannt (offenbar aufgrund des Materials des schon erwähnten „Grenzgängers"); auf Peils Aussagen gehen die Waffenfahndungen zurück, die Anfang 1980 vor allem in Niedersachsen im Raum Hannover/Harz durchgeführt wurden („Hannoversche Neue Presse", 14.2.80). Peil sei angeblich aus Angst aus der Nazi-Szene ausgestiegen...

Es wäre dringend geboten, daß der niedersächsische Verfassungsschutz die Geheimakte Lepzien der Öffentlichkeit vorlegt und seine eigene Rolle dabei untersuchen läßt.

Weitere VS-Agenten

Daß der VS zahlreiche Agenten in der terroristischen Nazi-Szene unterhält, wurde auch 1979 im Prozeß gegen die Westberliner Ortsgruppe der „NSDAP" deutlich. Dort war ein 44jähriger Journalist über zwei Jahre lang tätig und lieferte gleichzeitig dem VS Informationen. Im Prozeß stellte sich dann heraus, daß der ermittelnde Oberstaatsanwalt ein Belastungsdokument gegen den Hauptangeklagten *Wolfgang Rahl* an diesen z u r ü c k g e g e b e n hatte. Und noch eine zweite Einzelheit dieses Prozesses wirft ein Schlaglicht auf die guten Kontakte zwischen VS und Nazi-Szene: Es stellte sich nämlich heraus, daß ein angebliches Todesurteil eines „Gaugerichts" der „NSDAP" gegen den Aktivisten *Günter Bernburg* von einem Agenten des VS auf einer von einem Nazi „ausgeliehenen" Schreibmaschine verfaßt worden war — so jedenfalls berichteten es Zeugen. Von diesem Vorwurf hat sich der Westberliner VS-Chef nur insoweit distanziert, als er angab, das Pamphlet sei nicht i n seiner Dienststelle geschrieben worden; im übrigen sei er nicht der Ansicht, „daß mit dem Zeugen die Phantasie durchgegangen wäre" („taz", 31.7.79).

Auch *Michael Borchardt* aus Hamburg, erst Mitglied der KPD/ML, dann Chef der „Faschistischen Front", der jahrelang in skandalöser Weise von der Justiz geschont wurde, tauchte nach einer Pause von einem Jahr (Mitte 77 - Mitte 78) plötzlich wieder als Zeuge der A n k l a g e in einem Prozeß gegen *Wolf-Dieter Eckart*, einen langjährigen Hamburger NS-Aktivisten, wieder auf. In Nazi-Kreisen kursierte damals das Gerücht, B. habe „ausgepackt".

Das tollste Beispiel, wie der VS von Anfang an in Nazi-Banden durch Agenten mit dabei ist und solche Banden sogar mitaufbaut, ist K r a h b e r g, der führend die 1970 ausge-

b e r g, der führend die 1970 ausge-

hobene terroristische „Europäische Befreiungsfront" aufgebaut hatte, im Prozeß gegen die Bande dann alle Schuld auf sich nahm und selbst straffrei ausging. Seine damalige beschränkte Aussagegenehmigung trug wesentlich dazu bei, daß der gesamte Hintergrund der EBF-Aktivitäten, ihre Verbindungen zur NPD etc. fast völlig aus dem Prozeß herausgehalten wurden.

Wie sehr sich bei solchen Operationen Nazi-Szene und „Sicherheitsorgane" miteinander vermengen, zeigt das Beispiel des schon erwähnten VS-Agenten L e p z i e n : Er wurde, wie es ausdrücklich heißt, *„gezielt auf die Gruppe um Otte angesetzt und 'eingeschleust"* („Frankfurter Allgemeine", 2.10.80) – er ist also nicht etwa ein nachträglich „umgedrehter" Überläufer. Angeklagt ist VS-Agent Lepzien jetzt wegen Beihilfe zu Sprengstoffverbrechen und Verstößen gegen das Waffengesetz.

Die Beteiligung des VS-Agenten an den Verbrechen der Otte-Bande muß also e r h e b l i c h sein, da sonst die Anklage gegen ihn schon im Vorwege zwischen Justiz und VS wegmanipuliert worden wäre. Nun bestätigt sich aber auch in diesem Prozeß die alte Regel: Wenn ein Geheimdienst-Agent direkt kriminell tätig wird, muß er das selbstverständlich ganz ohne Wissen seiner Vorgesetzten getan haben. *„Lepzien habe dem Verfassungsschutz nie berichtet, daß er sich bei der Ausführung seines Auftrags etwa strafbar gemacht habe"* („FAZ", 2.10.). Aber selbstverständlich doch! Und von seinen a n d e r e n „Informanten" in der Nazi-Szene hat der VS natürlich auch nicht erfahren, was der pflichtvergessene Agent Lepzien heimlich Böses angestellt hat. Dabei behaupten VS, Bundesinnenministerium usw. doch immer, sie hätten die Nazi-Szene „voll unter Kontrolle"? Man muß das nun wohl so präzisieren: Der Staat hat zwar die Nazi-Szene voll unter Kontrolle, nicht aber seine eigenen Agenten in dieser Szene. Unter denen, die das glauben, werden „Die Märchen der Gebrüder Grimm" ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

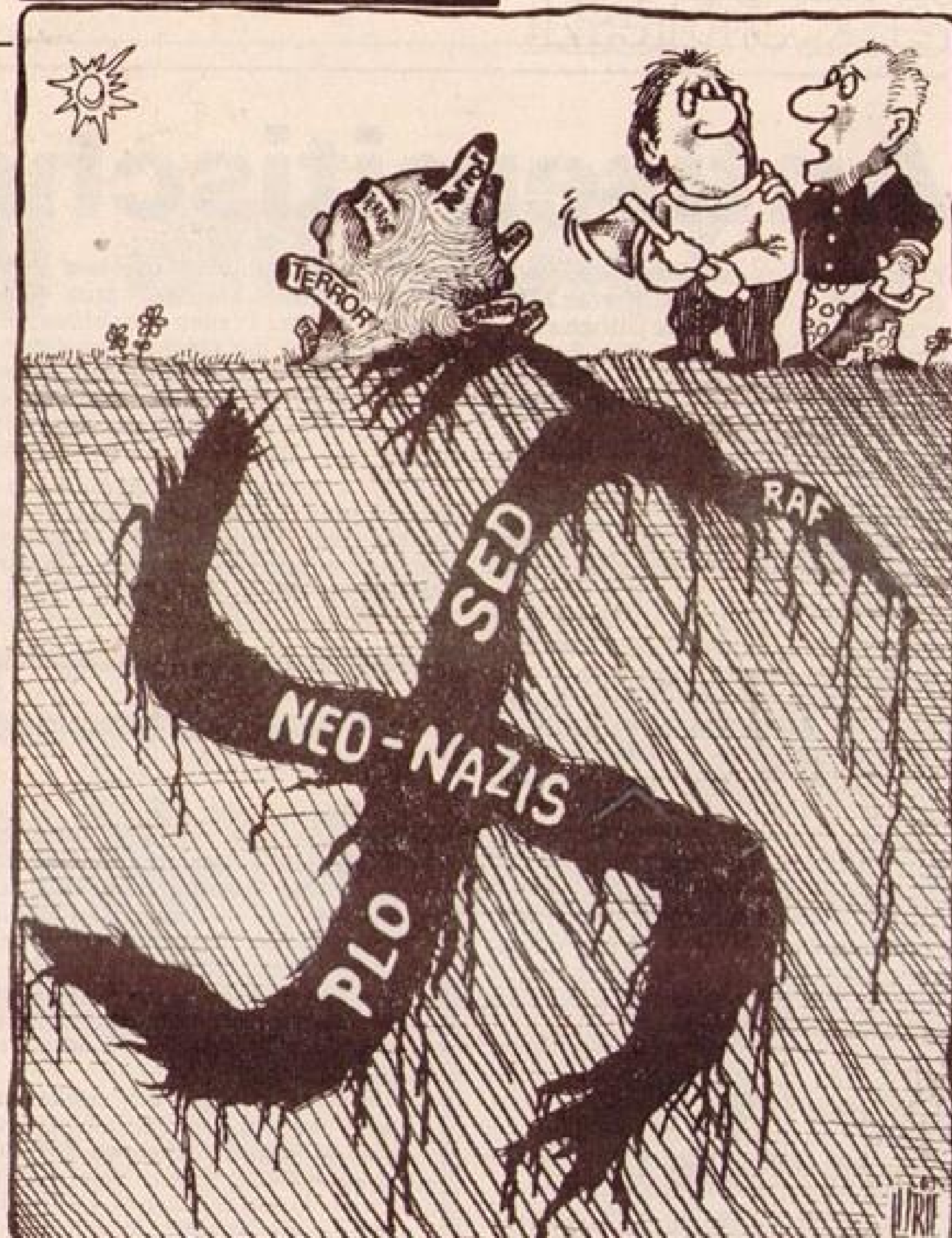
Bomben von dem Typ, wie sie von der Otte-Bande **unter Beteiligung des VS-Agenten Lepzien** in Umlauf gebracht und teilweise gezündet wurden, wurden auch von Roeders „Deutschen Aktionsgruppen" bei ihren Anschlägen in Esslingen, Filderstadt, Lörrach, Zirndorf und Hamburg (Janusz Korcak-Schule am Bullenhuser Damm) verwendet. (Der Mord an den beiden Vietnamesen wurde mit einem Molotow-Cocktail verübt). In diesem Zusammenhang gab die Bundesanwaltschaft Ende September 3 weitere Festnahmen bekannt. 2 von ihnen sollen gestanden haben, Sprengstoff in der Schweiz - dort hatten auch Otte und Lepzien sich eingedeckt - beschafft zu haben, insgesamt 2-3 Kilo, die dann an einen Weiteren (vermutlich den Bombenbauer und Mörder Hoernle) weitergegeben wurden („Süddeutsche Zeitung, 23.9.80). Eine Woche später wurden drei Bombenrohlinge, d.h. Bomben ohne Zünder und Sprengstoff, aus einem See zwischen Kirchheim/Teck (Wohnort von Hoernle) und Göppingen (im Uhinger See) gefunden, die denen der „Deutschen Aktionsgruppen" aufs Haar glichen.

Bomben-Sammler und Hobby-Bastler

Es ist in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen, daß die Polizei auf Leute stieß, die die Wohnung voller Waffen hatten, aber sich beim besten Willen nicht in die „RAF"-Szene einordnen ließen. Da hieß es dann, die betreffenden seien „Waffensammler", „Waffennarren", „Ein Zusammenhang mit rechtsextremistischen Gewalttaten konnte nicht festgestellt werden" etc. pp. Ein Höhepunkt dieser staatstragenden Rechtsblindheit dürfte freilich der Vorfall darstellen, von dem die gutbürgerliche „Frankfurter Allgemeine" (selbstverständlich als gut versteckte Kleinstnotiz) eine Woche vor dem Münchner Massaker berichtete. Wahrscheinlich gibt es jetzt schon Leute, die bloß so aus Spaß in ihrer Freizeit Rohrbomben basteln wie andere Leute Modellflugzeuge...? Am Ende war auch der Bombenleger Köhler bloß ein harmloser, unpolitischer Hobby-Bastler, dem ein kleines Mißgeschick unterlaufen ist ? ...

> „FAZ", 20.9.80
>
> **Beim Hantieren** mit einer selbstgebastelten **Rohrbombe** sind auf einem Schrottplatz in Bielefeld zwei zwanzig Jahre alte Männer schwer verletzt worden, als der Sprengkörper plötzlich explodierte. Die beiden hatten außerdem eine große Menge von Patronen und anderer Munition aus Bundeswehr Beständen bei sich. Die Polizei nimmt nicht an, daß die Sprengkörper für terroristische oder andere Anschläge vorgesehen waren. (dpa)

So sieht es Lurie



Und was ist mit den Wurzeln?

aus Springers „Welt", 1.10.80

Das Märchen vom KGB

„Strauß: Ich habe gestern von einem sachkundigen Mitarbeiter einer Bundesbehörde den Hinweis bekommen, daß in die 'Wehrsportgruppe Hoffmann' und auch andere rechtsradikale Vereinigungen eine nicht unerhebliche Zahl ehemaliger DDR-Bürger eingesickert sind. Darunter auch solche, die mit viel Geld freigekauft worden sind. Es ist ja bezeichnend, daß die DDR-Behörden die Strafregisterauszüge der zu übergebenden Häftlinge nicht mitliefern.

Wenn man die Kriegsführung des KGB und der verwandten Dienste — dazu gehört auch der Staatssicherheitsdienst' kennt, dann kann man mit Sicherheit davon ausgehen, daß man versucht, rechtsextremistische Vereinigungen nicht nur zu infiltrieren, sondern auch für provokative Zwecke zur Diffamierung der Bundesrepublik zu mißbrauchen" („Abendzeitung", München, 30.9.80).

Das Strickmuster dieses Ablenkungsmanövers von Strauß ist seit langem bekannt: Faschistische Banden und ihr Terror seien Machwerke östlicher Geheimdienste. Die DDR/KGB-infiltrierten oder aufgebauten Gruppen führen Aktionen durch, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken sollen, es gebe in der BRD eine neue neofaschistische Bewegung. Der Aufbau dieser Gruppen finde unter dem Schutz des „Unsicherheitsministers" Baum statt; die Bundesregierung habe der DDR auch noch für die Freilassung der StaSi/KGB-Agenten Geld bezahlt. Diese Vorarbeit von KGB und DDR-Staatssicherheitsdienst nutze die Linke in der BRD aus, um bei antifaschistischen Aktionen die linke Volksfront einschließlich linker SPD-Kreise aufzubauen. Im Interesse dieser Kräfte liege es, Hakenkreuzschmierereien, Neo-Nazis und demokratische Konservative miteinander in Verbindung zu bringen. Beliebte Ziele seien dabei u.a. Strauß, Löwenthal, Springer. Außerdem liege es im Interesse der DDR und Kommunisten/Sozialisten aller Art, die BRD als „Hort des Neofaschismus" zu diffamieren, um Deutschland zu verteufeln und seine Isolierung auf internationaler Ebene zu betreiben ...

Diese Argumentation ist beileibe nicht neu. Ihr Ursprung liegt in den Hakenkreuzschmierereien Weihnachten 1959 an der Kölner Synagoge, die den Auftakt zu einer ersten Serie solcher Schmierereien bildete. Über Gehlens BND wurde damals sofort die Version „KGB-gesteuert" verbreitet. Mehrere Kommunisten wurden in Haft genommen, später aber sang- und klanglos wieder frei gelassen, während die wirklichen Täter aus dem Umfeld der rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei" kamen.

Zu dieser Geschichte, die bis heute Kronzeuge aller derartigen Versionen ist, bemerkte der ehemalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günter Nollau, in seinem Buch „Das Amt — 50 Jahre Zeuge der Geschichte": *„Unser Amt untersuchte den Fall. Noch ehe wir fertig waren, behauptete Gehlens Organisation* (BND — Anm. AK), *die Hakenkreuze seien von der illegalen KPD geschmiert worden. Die politischen Ermittlungen ergaben nichts, was geeignet war, diese Informationen zu bestätigen. Meine Organisation hatte in der KPD Dutzende von geheimen Vertrauensleuten. Ich ließ alle befragen. Keiner kannte Anweisungen der Partei, Hakenkreuze zu malen ..."* (zitiert nach „PDI", 1.7.79).

Die Fälschung zog trotzdem weitere Kreise:

- In den 60er Jahren schrieb ein Jürgen Willbrand (Pseudonym) ein Buch, das, aufbauend auf Verfassungsschutz-Dokumenten, eine angebliche Zusammenarbeit von SED und Waffen-SS- und SA-Leuten zu belegen versuchte.
- 1974 berichtete der amerikanische „Nachrichtendienstexperte" John Barron in seinem Buch, der KGB organisiere neonazistische Aktivitäten in der BRD, wie z.B. am „heiligen" Abend 1959 die Beschmierung der Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen. KGB-Überläufer hätten bestätigt, *„daß der KGB auch den Hakenkreuzmalern von Köln den Pinsel geführt hatte"*.
- Die rechtsradikale Zeitschrift „Nation Europa" (12/77) bediente sich der gleichen Argumentation wie Barron und gab der NPD den Rat, sich vor „Provokateuren" (aus der DDR) zu schützen.

Anfang/Mitte 1978 erlebte das KGB-Märchen einen neuen Aufschwung: In einer mehrteiligen Artikelserie („Die seltsamen Kameraden unter dem Hakenkreuz") veröffentlichte Günter Deschner in der „Welt" eine Fülle toller Geschichten: So wußte Deschner u.a. zu berichten, Schönborn sei Anfang der 50er Jahre aus der DDR gekommen, mehrere weitere Mitglieder der NS-Szene stammten aus der DDR, in ihrer künstlich aufgebauten Lebensgeschichte ergäben sich offensichtliche Brüche etc. —

Nun, Deschner hat Recht, wenn er bemerkt, daß verschiedene führende Nazis aus der DDR kommen. Schönborn, Hoffmann selbst, Priem und mindestens ein weiterer Westberliner Nazi kommen aus der DDR, die beiden letzten sind sogar freigekaufte DDR-Häftlinge. Inwiefern dies aber ein B e w e i s für StaSi- und KGB-Aktionen sein soll, bleibt nach wie vor offen. Vielleicht gefällt es diesen Leuten auch nur besser in der BRD, wo Nazis Narrenfreiheit geniessen — was in der DDR ja nicht gerade der Fall ist.

Deschners Artikel machte in der Folgezeit in interessierten Kreisen Furore:

— In das gleiche Horn stieß der Coburger CSU-Abgeordnete Regenspurger: *„Alle Rechtsradikalen seien ‚in Wirklichkeit vom Osten eingeschleust'"* („PDI", 1.6./15.6.78). Der gleiche Abgeordnete schickte dem

Fortsetzung nächste Seite

Antisemitischer Terror in Frankreich

Fünf Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Paris innerhalb von 2 Tagen: Schüsse gegen eine jüdische Kinderkrippe, Schüsse auf eine Synagoge, Schüsse auf den Kindergarten und die Schule Lucien-de-Hirsch, Schüsse auf das Denkmal des „unbekannten jüdischen Opfers" – das alles am frühen Morgen des 26. September.

Und am nächsten Tag nochmal Schüsse auf eine weitere Synagoge in Paris.

Schon seit einigen Monaten läuft vor allem in Südfrankreich eine Terrorkampagne der Nazigruppen:

In diesem Sommer wurde bereits zwei Mal das Rabbinat in Nizza geplündert. In Cannes und Antibes wurden Räume der jüdischen Gemeinde verwüstet und zerstört. In Nizza wurden die Läden jüdischer Kaufleute mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen beschmiert.

Die „Bewegung gegen Antisemitismus und Rassismus" (MRAP) erhielt eine Liste sogenannter prominenter Juden, die laut Absender alle umgelegt werden sollen.

Daß damit nicht nur verbal eingeschüchtert werden soll, beweist die Ermordung eines 17-jährigen jüdischen Schülers, David Kuhan, am 27. Juli dieses Jahres auf einem Schulausflug in Antwerpen.

Verantwortlich für diese Anschläge zeichnet die „FNE", „Europäischer Nationalistischer Bund", gegründet am 11. Juli, jetzt Nachfolgeorganisation der am 3. September aufgelösten „FANE" (siehe auch AK 183, „Bologna und die französischen Faschisten").

Ein kurzer Rückblick

Im Zusammenhang mit Bologna wurde in Nizza der Italiener **Marco Affatigato** festgenommen. Mittlerweile wurde er nach Italien ausgeliefert.

Marco Affatigato war Verbindungsmann zwischen französischen und italienischen Faschisten.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang wurde der französische Polizeiinspektor **Paul Durand** vom Dienst suspendiert, mittlerweile auch aus der Polizei ausgeschlosssen.

Durand war Mitglied der Leitung der Ex-„FANE" und dort Verantwortlicher für „Italien-Kontakte". Vom 12. bis 14. Juli dieses Jahres war er in Bologna.

Die „FANE" wurde 1966 gegründet als Fusion zweier Gruppen, die aus der verbotenen Gruppe „Occident" stammten. Gründer war **Marco Frederiksen**, ehemaliger Freiwilliger im Algerienkrieg. Die „FANE" gab eine Zeitschrift heraus: „Notre Europa" (Unser Europa), die im Kopf die Parole „Freiheit für Rudolf Hess" sowie ein ähnliches Emblem wie die spanische „Falange" trug (ein Kreis, von drei Pfeilen durchkreuzt). Erklärtes Ziel der Gruppe war (bzw. ist...), *„die Verteidigung der westlichen Werte und der rassischen Einheit der europäischen Nation"* sowie die Bekämpfung des *„KZ-Mythos"*. Aufgelöst wurde die Gruppe – nach 14-jähriger Existenz – durch einen Ministererlaß: aufgrund der *„gewalttätigen Aktionen dieser Bewegung, deren Ziel in der Errichtung eines neuen Nazi-Regimes besteht"*, sowie aufgrund der *„paramilitärischen Organisierung der Gruppe und ihrer Aufforderung zur rassischen Diskriminierung"* („Journal Official", 4.9.80).

Wohl vorbeugend gründeten die Nazis am 11. Juli gleich zwei neue Organisationen, die „FNE" und das „Zentrum Europäischer Kultur"(CCE). Quasi parallel zur Auflösung der „FANE" begann am 19. September in Paris ein Prozeß gegen den Herausgeber der ehemaligen „FANE"-Zeitschrift, „Notre Europa", Marc Frederiksen. Verschiedene antifaschistische Gruppierungen haben diesen Prozeß angestrengt wegen Kriegsverherrlichung und Aufforderung zum Rassenhaß.

Der Prozeß

Auf den Auflösungserlaß reagierten die Nazis mit verschärften Drohungen. Frederiksen erklärte, er wolle gegen die Entscheidung einen Prozeß führen und kündigte an: *„Wir werden unseren politischen Kampf nicht abbrechen"* („Le Monde", 5.9.). Drohend fügte er hinzu: *„Wenn uns auch die Regierungsentscheidung behindert und erstaunt, so kann sie uns letztendlich auch nützlich sein. Sie zwingt uns, unsere Aktionsformen und unsere Strukturen zu ändern"* (ebda.).

Einen Tag nach der Auflösung erhielt die „MRAP" eine Liste von 67 Repräsentanten politischer jüdischer Organisationen aus dem südfranzösischen Raum. Die Liste war begleitet von einem Drohbrief, unter-
französischen Raum. Die Liste war begleitet von einem Drohbrief, unter-
zeichnet mit „Neue faschistische Generation" und „verziert" mit Hakenkreuzen und dem Emblem der „FANE". Text des Briefes:

„Auflösung oder nicht: wir kämpfen weiter. Keiner wird uns zum Schweigen bringen ! Unsere Aktionen werden immer mehr zunehmen und immer gewalttätiger sein ! Eines Tages werden wir Blut fließen lassen ! Ein einziger Gott: Adolf Hitler !" („Le Monde", 5.9.).

Kurz nach der Auflösung erschien in Nizza ein Exemplar der lokalen Zeitung der „FANE" („Nice-Enchaine") mit einem Appell an die „Juden in Nizza": *„......Hört auf, euch in Angelegenheiten einzumischen, die euch nichts angehen......Ihr sollt euch daran erinnern, daß ihr hier nicht zuhause seid. Handelt dementsprechend ! Begeht nicht wieder die Fehler eurer Ahnen, die so lange Haß unter den Deutschen gesät haben, bis sie die Opfer davon wurden. Es könnte gut sein, daß eines Tages auch die Franzosen aus ihrem Schlaf erwachen !"* („Le Monde", 5.9.). Ebenfalls im Vorfeld des Prozesses ließ ein sogenanntes „Kommando Mario Tuti" (1) ein Flugblatt vertreiben mit der Ankündigung, daß im Falle einer Verurteilung von Frederiksen eine gewisse Zahl von Personen umgebracht werden solle. Unter den Bedrohten sind: Jean-Pierre Bloch, Präsident der „LICRA"; Albert Levy, Generalsekretär der „MRAP", und Rechtsanwalt Serge Klarsfeld („Le Monde", 27.9.).

Bislang hat nur eine Sitzung des Prozesses stattgefunden. Was Frederiksen dort von sich gab, macht jeden Kommentar überflüssig. Gefragt, wie er dazu käme, zu behaupten,es habe nie einen Massenmord an Juden unter der NS-Herrschaft gegeben, sagte Frederiksen mit extremem Zynismus: *„Komisch....gerade neulich haben sich Juden in Baton-Rouge(2) versammelt. Man erzählt doch immer, sie wären alle vergast worden."* Oder: *„Die Zeit war doch viel zu knapp, um 6 Millionen Menschen zu eleminieren. Wenn es Tote gab, war es aufgrund des Krieges, der Hungersnot, aber die „Endlösung", das ist eine Erfindung der Juden, um von den Deutschen Wiedergutmachungsgelder zu bekommen".*

Die Rechtsanwälte der Anklage haben sich zum Ziel gesetzt, die „schwarze Internationale" während dieses Prozesses aufzudecken – denn *„es gibt hier zuviele Abwesende"* (RA Rappoport,Anwaltder „MRAP"). Gemeint sind z.B. **Paul Durand**; **Michel Tenier**, ebenfalls Mitglied der Ex-„FANE", Organisator von Jugendlagern, wo uniformierte jugendliche Nazis Kampfübungen abhielten; **Marco Affatigato**; **Mario Tuti**, verantwortlich für den Anschlag auf den Zug „Italicus" 1974, ebenfalls ein guter Freund von „FANE"; sowie **Giorgio Freda**, verantwortlich für den Anschlag auf der Piazza Fontane in Mailand 1969.

Die Rechtsanwälte arbeiten nicht ungefährlich: ebenfalls von einem „Kommando Mario Tuti" unterzeich-
ungefährlich: ebenfalls von einem „Kommando Mario Tuti" unterzeich-
net, haben auch sie einen Drohbrief erhalten: *„Die Anwälte, die im Prozeß des 19. September gegen die Rechtsextremen und gegen die „FANE" reden werden, werden alle verfolgt, identifiziert und in die Luft gepregnt werden"*(„Le Monde", 19.9.).

Darauf folgte gleich eine erste Tat: auf die Wohnung von Henri Nougueres, Präsident der „Menschenrechts-Liga", sowie auf die Wohnung seiner Tochter wurden in Paris in der Nacht vom 21. September Brandanschläge verübt.

Einen Tag später, ebenfalls im Zusammenhang mit dem Prozeß, wurde versucht, eine jüdische Gesellschaft, „Etablissements Milgrom", in Brand zu setzen...... Die Täter ließen überall als Erkennungszeichen Hakenkreuze und antisemitische Parolen („Tod den Juden" u.a.) zurück.

Wieviele Komplizen innerhalb der französischen Polizei?

Die Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur" veröffentlichte in ihrer vorletzten Ausgabe 30 Namen von Polizeibeamten, die Mitglieder in Naziorganisationen sein sollen!

Die „Nationale autonome Gewerkschaft der Polizisten in Zivil"(SNAPC) hat dazu zunächst eine parlamentarische Untersuchung beantragt. Sie beschwerte sich auch, daß im Falle Durand (der vom Dienst ausgeschlossene Polizeiinspektor) *„zahlreiche Dokumente, die die internationalen Kontakte des Betroffenen beweisen"*, der Ermittlungskommission nicht zur Verfügung gestellt wurden („Le Monde", 19.9.).

Nun ist die Polizei insgesamt bei der Aufklärung der Naziattentate mehr als träge. So vergingen zum Beispiel zwei ganze Stunden, bevor die Polizei in der Nacht vom 26. September „aktiv" wurde!

Zwar erklärte Präsident Giscard d'Estaing am Morgen des 26. September seine „größte Empörung", aber erst am Abend des 26.9. wurden der Polizei überhaupt „Instruktionen" gegeben!

Daraufhin wurden ca. 10 Wohnungen und das ehemalige Büro der „FANE" durchsucht. 6 Personen wurden zwar festgenommen, vier von ihnen aber gleich wieder freigelassen.

In der folgenden Nacht empfindet es die Polizei wieder als überflüssig, die jüdischen Einrichtungen in irgendeiner Weise zu schützen...

Die Eltern der Schule „Lucien-de-Hirsch" klagen an: *„Die Schulleiterin hat ununterbrochen Schutz beantragt. Man hat ihr gesagt, dazu reichen die Kräfte der Polizei nicht aus. Aber wenn Schülereltern das Rektorat besetzen, dann ist im Laufe einer halben Stunde der erste CRS-Bus da"* („Le Monde", 30.9.).

Auch die jüdischen Kaufleute in der Pariser „Rue du Sentier" und „Rue des Rosiers" haben vergeblich Polizeischutz beantragt.

Von daher wächst natürlich die Stimmung für die Organisierung von jüdischen Selbstverteidigungsgruppen.

Für diese „Laxheit" hat Innenminister Christian Bonnet persönlich seine Absegnung gegeben:

Die Attentate seien *„das Werk eines kleinen Grüppchens"*, man solle der *„Affäre nicht mehr Bedeutung geben, als sie es verdient"*. Im übrigen solle man sich keine vorschnellen Hoffnungen machen: *„Die Ermittlungen werden langandauernde Anstrengungen kosten. ... Die Polizei brauchte ja auch ein ganzes Jahr, um auf die Spur von ,Action directe' zu kommen"* („Le Monde", 30.9.). (Action directe: gilt im Polizeijargon als linke „Terroristen"-Gruppe).

Was mit den 30 Bullen, Mitglieder der ehemaligen „FANE", geschehen sollte, dazu verlor Bonnet noch kein Wort, allerdings dementierte er auch nichts.

Es ist von daher mehr als zynisch, wenn die „FAZ" in einem Artikel vom 29.9. sich vor allem bemüht, die Gefährlichkeit von jüdischen Selbstverteidigungsorganisationen herauszustellen, wobei freilich die Aktivitäten der Nazis „ganz neutral" kommentiert werden.

Reaktionen und Proteste

Der „Rat der jüdischen Institutionen in Frankreich" (CRIF) hat seine Mitglieder „zur größten Wachsamkeit" aufgerufen. *„Alle notwendigen Sicherheitsmaßnahmen sind zu treffen, ohne in die Falle der Provokation hineinzutappen"*. Dabei erklärte der „CRIF": *„Inaktivität auf diesem Gebiet wäre nur eine Ermutigung zur Gewalt. Das einzige Mittel, diesem sich verschlimmernden Klima ein Ende*
einzige Mittel, diesem sich ver-schlimmernden Klima ein Ende
zu setzen, besteht in der Unschädlichmachung dieser Gruppen. Es ist die Aufgabe der öffentlichen Behörden, dem so schnell wie möglich nachzukommen".

Eine weitere Organisation „Jüdische Erneuerung" sagt: *„Es ist ganz klar, daß diese Leute der Polizei bekannt sind, daß sie dort vielleicht sogar Komplizen haben, da ja auch eine Gewerkschaft der Polizei dazu eine öffentliche Ermittlung gefordert hat. Es ist höchste Zeit, daß die Behörden ihre Verantwortung wahrnehmen... Es hängt vom Verhalten der Behörden ab, ob die Verantwortlichen innerhalb der jüdischen Gemeinden eventuell und rasch selber notwendige Maßnahmen treffen werden, um den Schutz der jüdischen Kinder zu organisieren... Wir können nicht hinnehmen, daß einzelne Geisteskranke, Hitlerfans und Kriminelle frei rumlaufen können"* („Le Monde", 30.9.).

In einer früheren Erklärung rief der „CRIF" dazu auf, *„der Angstpsychose nicht nachzugeben"*, und appellierte an die französischen Mitbürger, *„gemeinsam die Wachsamkeit zu verstärken, um gleichzeitig den Weg der kriminellen Versuchungen der Grüppchen zu stoppen und um von den Behörden rasche Maßnahmen zu fordern"* („Le Monde", 24.9.).

Ob PS, KPF, Menschenrechtsverbände und die beiden Gewerkschaften CFDT und CGT, alle stellen die „Gefälligkeit" des Staates gegenüber den Nazi-Gruppen in den Vordergrund.

Dazu eine Zahl: Vom Juni 1977 bis zum September 1980 sind nach Angaben der „Gesellschaft Henri Curiel" 160 faschistische und rassistische Attentate verübt worden. Daß in diesem Zeitraum irgend ein Prozeß gegen Urheber dieser Anschläge stattgefunden hätte, ist uns unbekannt...

Ob in München, Nizza, Paris oder Bologna: Kampf den Nazis überall!

Frankreich-Kommission

Faschistischer Mordanschlag auf Juden in Paris

Am Freitagabend, den 3.10., explodierte vor einer Synagoge während des Sabbatdienstes eine Bombe. Innerhalb der Synagoge befanden sich zu dieser Zeit 400 Menschen, darunter 100 Kinder. Die Bombe explodierte wohl zehn Minuten „zu früh" – noch vor dem Ende des Gottesdienstes. So traf die Explosion die zufällig vor der Synagoge stehenden Passanten.

Drei waren auf der Stelle tot. Zwölf weitere wurden schwer verletzt. In der Zwischenzeit hat sich die Ex-Fane in einem Telefonanruf zu dem Attentat bekannt. Das ist der zweite Nazi-Anschlag innerhalb von wenigen Monaten gegen französiche Juden. Am 27. Juli wurde der 17 jährige Davi Kohan auf einem Schülerausflug im belgischen Antwerpen von den gleichen Tätern ermordet.

Unmittelbar nach dem Mordanschlag in Paris fand eine Protestdemonstration statt. Ziel der Demonstration war das Regierungsgebäude, wo die Demonstranten empfangen werden wollten. Einige westdeutsche Autos auf der Avenue Champs Elysee mußten daran glauben ...

Am Samstag, den 4. Oktober, wurde zu drei verschiedenen Demonstrationen aufgerufen: die Pariser jüdische Gemeinde rief zu einer Versammlung vor der betroffenen Synagoge auf. Einige Stunden später fand eine Demonstration mit mehreren zehntausend Teilnehmern statt; aufgerufen hatten alle Organisationen der Linken, Gewerkschaften, die jüdischen Gemeinden, MARP, LICRA (Bewegungen gegen Antisemitismus und Rassismus) u.v.a.m. ... Die Vereinigung der „Sozialistischen, zionistischen Studenten Frankreichs" rief noch zu einer weiteren Demonstration auf. Für Dienstag, den 7.10., haben die Gewerkschaften zu Arbeitsniederlegungen in ganz Frankreich aufgerufen. Auf einer Demonstration wurde die Ministerin Simon Weil wegen der Haltung ihrer Regierung angegriffen. Wohl nur unter Polizeischutz gelang es ihr, das Weite zu suchen. Von der autonomen Polizeigewerkschaft wurde eine Pressekonferenz veranstaltet, wo u.a. erklärt wurde:. *Ein Fünftel der Militanten der EX-Fane arbeiten heute für die Polizei. Systematisch werden Nazis für die Bekämpfung der extremen Linken rektrutiert"* (nach *„France-Inter", 4.10.).*

Einheitlich wurden auf sämtlichen Demonstrationen folgende Parolen getragen: „Rücktritt von Innenminister Bonet". „Anwendung des Gesetzes von 1936" (Auflösung aller faschistischen Gruppen). Parallel dazu haben sämtliche jüdischen Gruppen angekündigt, daß sie nun selbst ihre Verteidigung organisieren wollen. Einer der Präsidenten der LICRA, J.P. Bloch, erinnerte an alttestamentarische Prinzipien: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Vielfach wurde auf den Demonstrationen gerufen; „Les juifs sounis, c'est fini" („Die unterwürfigen Juden – das ist vorbei").

Die Haltung des französischen Staates ist in der Tat skandalös: Innenminister Bonet erklärte noch vor wenigen Tagen, man sollte den Nazigruppen keine übermäßige Bedeutung beimessen. Zwar versprach er Polizeischutz für alle jüdischen Institutionen – aber wie man sieht w i e d e r umsonst. Die Ähnlichkeiten zum westdeutschen Staat sind offensichtlich. Aber es gibt auch einen wesentlichen Unterschied: Während hier der DGB schändlicherweise nichts sagt, nichts tut (vergleiche dazu seine Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Tode von Schleyer), rufen die französischen Gewerkschaften zu Protestaktionen auf. Während hier auch unsere fortschrittlichen Journalisten nichts sagen und nichts tun, hat z.B. am Samstag, den 4. Oktober, der französische staatliche Sender seine Programme dem Thema Antisemitismus und Rassismus gewidmet. Alle Demonstrationen wurden ausführlich dargestellt, den ganzen Tag wurden zahlreiche Interviews übertragen. Eine ganze Reihe bürgerlicher Zeitungen erstellen jetzt Sonderausgaben zum Thema Nazigruppen in Frankreich.

KB/Gruppe Frankfurt in Zusammenarbeit mit einem französischen Genossen.

neuinszenierte NS-Welle". Immerhin

Fortsetzung von der vorherigen Seite

4. **Afrikaseminar** des rechtsradikalen „Hilfskomitee Südliches Afrika" des NPD-**Faschisten** Peter Dehoust lt. „Neue Presse" eine Grußbotschaft.
— Am 25./26.5.78 fand ein Symposion „Sozialwissenschaftliche Kritik am Begriff und an der Erscheinungsweise des Faschismus" in Würzburg statt, das vom Lehrstuhl für Soziologie I der Uni Würzburg und vom „Institut für Demokratieforschung" (Lothar Bossle) organisiert wurde. Neben Strauß sowie diversen Professoren nahm u.a. auch Mario Tedechi, Senator, Herausgeber der MSI-nahen Zeitschrift „Il Borghese", teil.

Lt. Helmut Bärwald, der früher beim BND unter der Nummer „Sonderverbindung SV-55207" geführt wurde und Mitglied des SPD-„Ostbüros" war, und heute Leiter des „Arbeitskreises Bonn der Deutschlandstiftung e.V." sowie Abteilungsleiter des „Instituts für Demokratieforschung ist, das dieses Symposion organisierte, wurde beim Einleitungsabend über den „Buhmann" Neofaschismus phantasiert.
— Später legte Deschner mit den „reden zur zeit 28" (herausgegeben vom „Institut für Demokratieforschung") eine Rede vor, die er zum gleichen Zeitpunkt, am 25.5.78, bei einem Journalistengespräch des „Instituts..." gehalten hatte. Die Schrift soll ebenfalls die These belegen, der Neo-Nazismus sei ein Werk östlicher Geheimdienste.
— Als direktes Ergebnis des Seminars bezeichnete Bärwald einen Artikel, der zum gleichen Thema im ‚Deutschland-Magazin' (Kurt Ziesel) (Juni/Juli 1978) erschien.
— Ein ebenso direktes Ergebnis dieses Symposions bzw. des Deschner-Artikels dürfte ein Artikel von Dietrich Pfähler in der rechtsreaktionären Zeitung „student" in dessen Mai/Juni-Ausgabe sein, mit dem Titel: „Die neuinszenierte NS-Welle". Immerhin erscheint „student" unter derselben Adresse, die auch das „Institut für Demokratieforschung" hat.
— In ihrer Juli-Ausgabe 78 griff auch die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" den so massiv ausgespielten Ball auf.

Schließlich war es Strauß selbst, der kurz nach seiner Kandidatur diese Geschichten wiederum in einem Interview im „Deutschland-Magazin" (August 79) veröffentlichen ließ — wohl wissend, daß insbesondere e r natürlich von einem Großteil der Bevölkerung mit Faschismus in Verbindung gebracht wird.

Logisch also, daß das KGB-Märchen nach dem Massaker von München wieder von CDU/CSU und Springerpresse strapaziert wurde — verbunden mit der Variante einer Beteiligung der palästinensischen PLO die selbstverständlich ihrerseits eine Agentur des KBG's und des „Sowjetimperialismus" ist.

So lebt eine Tradition frisch fort, die sich guten Gewissens auf den Reichstagsbrand von 1933 („Jüdischbolschewistische Verschwörung") zurückführen kann. Und heute wie damals scheint die Bereitschaft im deutschen Volk, einen derartigen Dreck zu schlucken, erstaunlich groß zu sein.

Dabei fehlt es dem KGB-Märchen doch ganz offensichtlich an innerer Logik: Wie kann man einerseits die Nazi-Terroristen für eingeschleuste Agenten „aus dem Osten" erklären, andererseits aber ständig beteuern, daß die Nazi-Banden „keine Gefahr" seien? Müßte es denn nicht das Ziel der CDU/CSU sein, die Nazi-Banden so rasch wie möglich zu zerschlagen, wenn sie diese w i r k l i c h für Produkte des StaSi und des KGB halten würde? Ja, m ü ß t e ! ... **Aber selbstverständlich glauben Strauß und Springer den Dreck nicht, den sie selbst produzieren.**

Antifa-Kommission Hamburg

Eskaliert der Krieg am Golf?

Fortsetzung von Seite 1

Brutalität des Krieges

Unmittelbar vor der Kündigung des Vertrages von Algier (1975) besetzten die irakischen Truppen ein etwa 200 Quadratkilometer großes Gebiet um Zein e-Qoas, das angeblich im Vertrag von Algier dem Irak zugesprochen worden war (der Vertrag wurde nie veröffentlicht). Daß es sich dann bei der Kündigung (16.9.) des Vertrages nur darum handelte, einen Anlaß für einen regulären Krieg zu finden, wird nicht nur an der Schaffung vollendeter Tatsachen mit Waffengewalt, sondern auch in den Erklärungen Saddam Husseins deutlich. Hussein prangerte die *,,andauernde Verletzung des Vertrages durch die Machthaber in Theheran an''* (er hatte im übrigen mit dem Schah den Vertrag selbst geschlossen), vor allem aber die *,,Einmischung in die inneren Angelegenheiten Iraks''* durch den Iran. Der Grenzfluß Schatt el-Arab müsse wieder voll unter irakischer Souveränität stehen. *,,Wir haben diesen historischen Entschluß gefaßt, und wir werden diesen Entschluß mit allen unseren Machtmitteln in die Tat umsetzen''* (Süddeutsche Zeitung, SZ, 17.9. und 19.9.80).

Mit der Bombardierung iranischer Flughäfen und militärischer Stützpunkte am 22.9.80 begann dann der offene Krieg. Ganz offensichtlich versuchte Irak in den ersten drei Tagen die iranische Luftwaffe zu zerstören, die wegen fehlender Ersatzteile (die USA hatten militärischen Nachschub für Iran schon vor der Geiselnahme im November 1979 gestoppt) nur teilweise einsetzbar war. Gleichzeitig marschierten irakische Truppen auf einem etwa 320 km breiten Abschnitt von Mehran bis Abadan ein, weiter nördlich wurde das Gebiet von Qasr e-Shirin besetzt.

Ganz offensichtlich hatte sich der Irak einen schnellen Sieg über Iran versprochen, wobei er sich mit Sicherheit nicht mit den immer bewußt verschwommen gehaltenen Kriegszielen zufrieden gegeben hätte: Rückgabe von 150 Quadratmeilen besetzten irakischen Bodens, Kontrolle über den Schatt el-Arab, Ende der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Iraks. Der irakische Außenminister Sadum Hammadi erklärte jedoch gleich nach Ausbruch des Krieges: Irak werde den Druck fortsetzen, weil die militärischen Gewinne nicht ausgereicht hätten, um Iran *,,zur Besinnung zu bringen''*. Gleichzeitig betonte er, Irak hätte keine Absichten bezüglich Khuzistans (iranische Ölprovinz, die das Baath-Regime noch heute Arabistan nennt) und würde sich zurückziehen, wenn die anderen Forderungen erfüllt seien. *,,Wenn die Iraner nicht unsere territoriale Integrität respektieren und unsere Souveränität über den Satt el-Arab, bedeutet es, daß sie Krieg wollen, nicht nur gegen uns, sondern gegen jedes arabische Land''* (,,The Guardian'', (TG), 29.9.80). Diese Äußerungen, die keinen Zweifel an den wahren Absichten Iraks lassen, wurden auf dem Höhepunkt des irakischen Vormarsches gemacht.

Iran, das sich im übrigen schon seit Monaten einen Propagandakrieg mit dem Irak liefert, lehnte jede Verhandlung ab, solange irakische Truppen im Lande stehen würden. Khomeiny erklärte, daß Iran bereit sei, bis zum letzten Soldaten zu kämpfen und *,,unsere Kinder in die Schlacht mit den Tyrannen zu senden''* (TG, 29.9.). Die ,,taz'' (2.10.) zitierte offizielle iranische Gesprächspartner: *,,Wie können wir denn Verhandlungen unter der Drohung von Kanonen eines Staates, der unser Land besetzt hat, akzeptieren? Ein solcher Waffenstillstand, wie er uns jetzt vorgeschlagen wird, wurde am Ende des arabisch-israelischen Krieges im Juni 1967 auch geschlossen und 13 Jahre später stehen die Truppen Israels noch immer auf arabischem Boden.''*

Die Luftangriffe Iraks auf iranische Städte führten zu einer vollständigen Massenmobilisierung im Iran. Damit mußte der Irak rechnen. Worin er sich ganz offensichtlich verrechnet hatte, war die Einsatzfähigkeit der iranischen Luftwaffe. Von Anfang an führten beide Staaten gegeneinander wahrhafte Vernichtungsbombardements, in denen weder Erdölanlagen noch zivile Einrichtungen geschont wurden.



Irans Staatschef Bani-Sadr an der Front

Eskalation des Konflikts

19.1.80 300 bis 400 Iraker greifen mit schweren Waffen Grenzposten 800 km westlich von Teheran an.

6.4.80 Irak stellt ein Ultimatum: Teheran solle *,,sofort seine Besatzungstruppen von den drei arabischen Golfinseln Groß-Tumb, Klein Tumb und Abu Mussa''* zurückziehen. Irak weist alle iranischen Diplomaten und 20.000 irakische Schiiten (bis 23. Juli 1980 40.000) aus.

8.8.80 Iran fordert die Einstellung der sowjetischen Militärhilfe an Irak.

27.8.80 Iran gibt Kämpfe an allen Grenzposten der Region um Qasr e-Shirin (Provinz Kermanschah, 600 km westlich von Teheran) bekannt.

15.9.80 Irak meldet, daß seine Truppen im Golfgebiet ein iranisches Kriegsschiff versenkt und zwei in Brand gesteckt haben. Vier iranische Grenzposten wurden ,,befreit''.

17.9.80 Iraks Präsident Saddam Hussein erklärt, daß das Abkommen von Algier (1975) *,,null und nichtig''* ist und daß *,,der Schatt el-Arab wieder unter arabische Souveränität gelangen muß''*. Am 18.9. verurteilt Teheran diese Entscheidung und beschuldigt *,,die USA und ihre Söldner''*, hinter der irakischen Aggression zu stehen.

17./18.9.80 Die Grenzzwischenfälle finden jetzt im Süden statt: lt. Irak bombardiert die iranische Luftwaffe Basra (größter irakischer Hafen) und Missane. Kämpfe finden auch in der iranischen Erdölprovinz Khuzistan statt. Iran antwortet mit einem Gegenschlag auf die irakische Bohrstelle ,,Saddam Hussein''.

19.9.80 Kämpfe in Khuzistan, an der Nord- und Nordostgrenze von Kermanschar und Somar.

20.9.80 Irans Staatspräsident Bani-Sadr beruft 150.000 Reservisten ein.

20./21.9.80 Kämpfe in der Region Schatt el-Arab. Die iranische Luftwaffe greift die irakischen wirtschaftlichen Einrichtungen auf dem Schatt el-Arab an. Irakische Artillerie bombardiert den Hafen von Khorramschar und das Erdölzentrum von Abadan.

22.9.80 Irakische Luftwaffe bombardiert mehrere Flughäfen, u.a. den von Teheran, Militäreinrichtungen in Isfahan und Abadan sowie im iranischen Khuzistan. Iran bestätigt, daß die Straße von Hormuz und das Nordufer des Golfes noch unter seiner Kontrolle sind.

23.9.80 Irak meldet, daß seine Truppen auf iranisches Gebiet vorgedrungen sind, als Antwort auf die iranische Drohung, den Schiffsverkehr in der Straße von Hormuz zu stören. Bagdad wird bombardiert, ein großer irakischer Erdölkomplex wird angegriffen.

24.9.80 Irak bombardiert Flughäfen von Täbriz, Ahwaz, Sanandaj und Shahabad, Militärbasen in Sharoukhi, Dezful und Anshan. Die iranische Luftwaffe greift irakische Wirtschaftseinrichtungen an, u.a. in Mossul und Kirkuk. Der Krieg ist voll ausgebrochen. Nicht nur Militäreinrichtungen und Erdölfelder, sondern Flughäfen, die Hauptstädte Teheran und Bagdad, u.a. auch zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser werden bombardiert. (nach ,,Le Monde'', 24.9.80)

US-Imperialismus

US-Imperialismus

Die USA nutzten den Krieg zwischen Iran und Irak, um die Kriegshetze zu steigern und als Vorwand, ihre Präsenz im Nahen und Mittleren Osten zu stärken. Gleich zu Beginn des Krieges wurde die Aufstellung eines Flottenverbandes zusammen mit den westeuropäischen Staaten, Japan, Australien und Neuseeland ins Gespräch gebracht, um der angeblichen Bedrohung der Straße von Hormuz durch den Iran vorzubeugen. Dabei beriefen sich die USA neben ihren ,,legitimen'' Interessen im Golfgebiet auch auf das internationale Seerecht, in dem die freie Passage durch internationale Meeresstraßen verankert ist. Mit dieser speziellen Argumentation sollte auch der BRD eine Teilnahme am Flottenverband ermöglicht werden, was nach dem Grundgesetz nicht möglich wäre. Fälle für den Einsatz dieser Flotte wären laut USA: Querstellung iranischer Kriegsschiffe, Handelsschiffe und Öltanker, Verminung der Straße von Hormuz durch Iran, Bombardierung durchfahrender Öltanker oder die Drohung mit einer dieser Maßnahmen, die den Schiffsverkehr zum Erliegen bringen könnten (FR, 3.10.80).

Bei diesen angeblichen Befürchtungen handelt es sich im wesentlichen um Propaganda, die die Einbeziehung der Bündnispartner bei einem möglichen militärischen Eingreifen der USA vorbereiten und der Weltöffentlichkeit eine akute Bedrohung weismachen soll. Im übrigen demonstrieren die USA schon seit langem die Stärke ihrer Flotte in der Gegend um den Golf: 31 Schiffe, darunter drei Flugzeugträger, halten sich dort ständig auf. Im übrigen haben die USA ihr Stützpunktsystem längs der Ölrouten in den letzten Jahren bis zur Perfektion ausgebaut (vgl. AK 175).

Die iranische Nachrichtenagentur PARS hat schon am 30.9. eindeutig erklärt: *,,Die Regierung der Islamischen Republik ist sich ihrer internationalen Verpflichtungen bewußt und wird keine Anstrengungen scheuen, um diesen Seeweg freizuhalten. Trotz der gegenwärtigen Beziehungen mit einer oder mehreren feindlich gesinnten Regierungen in diesem Gebiet garantiert die Islamische Republik Iran die freie Benutzung der Meeresstraße''* (FR, 2.10.80).

Nahost-Staaten

Von den reaktionären arabischen Regimes unterstützte Jordanien offen den Angriffskrieg Saddam Husseins (die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern sich laufend). Es forderte die anderen arabischen Staaten auf, geschlossen hinter Irak zu treten (NZZ, 2.10.80). Hassan von Ländern verbessern sich laufend). Es forderte die anderen arabischen Staaten auf, geschlossen hinter Irak zu treten (NZZ, 2.10.80). Hassan von Marokko ist ebenfalls mit *,,Herz und Seele''* beim Irak (TG, 26.9.80). Von Saudi-Arabien kam ein Dementi, als Radio Bagdad meldete, es habe Irak Unterstützung zugesagt. Unterstützung kam also vor allem von den Staaten, die eng mit den USA kooperieren.



,,Man verkauft ihnen Waffen und sie haben die Frechheit, sie zu benutzen''

Den Vogel schoß wieder einmal der ägyptische Präsident Sadat ab, der den USA anbot, sie könne bei der *,,Verteidigung islamischer Staaten bis hin nach Indonesien''* ägyptisches Territorium benutzen, und Iran wegen seiner *,,Hegemonie-Bestrebungen''* in der Golf-Region warnte. Auch mit der Stationierung amerikanischer Truppen in Ägypten erklärte er sich einverstanden. *,,Ich werde Amerika mitteilen, daß sie alles nach Ägypten bringen können, was zur Verteidigung Saudi-Arabiens notwendig ist.''* (FR, 3.10.80). Im übrigen rief er die USA dazu auf, einen Staatsstreich im Iran zu unterstützen.

Libyen, Syrien und die Palästinenser schlugen sich auf die Seite Irans. Südjemen verurteilte den Bruderkrieg, der nur dem Imperialismus nützt. Algerien bezeichnete den Krieg als ,,Ablenkungsmanöver'' (TG, 26.9.80 und NZZ., 2.10.80). Libyen will Iran möglicherweise Waffen liefern, während Syrien es I r a k erlaubte, seine durch Syrien verlaufende Pipeline zu benutzen.

Rechte iranische Opposition

Sadats Appell an die USA, sie möchten doch die Situation ausnutzen und einen Staatsstreich im Iran unterstützen, ist nicht aus der Luft gegriffen. Schon bei der Vorbereitung der mißglückten Intervention der USA im Iran im April dieses Jahres hatte US-Präsident Carter angedeutet, daß in solchem Schon bei der Vorbereitung der mißglückten Intervention der USA im Iran im April dieses Jahres hatte US-Präsident Carter angedeutet, daß in solchem Fall mit der Unterstützung befreundeter Offiziere zu rechnen sei. Hinweisen muß man auch auf eine Meldung der ,,New York Times'', daß für Oktober eine erneute Invasion in den Iran geplant ist/war, was mit dem Kriegstermin sicherlich nicht zufällig zusammentrifft.

Auch wenn der Krieg gegen den Iran nicht so verlaufen ist — bisher —, daß die Putschisten wie der ehemalige Ministerpräsident Bakhtiar oder iranische Militärs die Macht direkt übernehmen können (von den recht großen Armeen, die angeblich auf irakischer Seite stünden, war in den letzten Tagen nichts mehr zu hören), hat er doch zu einer weiteren Schwächung der Islamischen Republik geführt, da Iran und Irak sich gegenseitig empfindliche Zerstörungen auf wirtschaftlichem Gebiet zugefügt haben. Dies wird sich sehr schnell auf die ohnehin fast völlig daniederliegende Wirtschaft auswirken und längerfristig das Khomeiny-Regime schwächen. Insofern kann der Krieg durchaus den rechten Putschisten nützen.

Die ,,Süddeutsche Zeitung'' (16.9.) meldete die Bildung eines ,,Obersten

Fortsetzung nächste Seite



Irak: Großmachtpläne des Baath-Regimes

Lange Zeit hatte das irakische , „sozialistische" Baath-Regime als eines der fortschrittlichsten arabischen Regimes gegolten, als radikaler Vetreter gegen Zionismus und Imperialismus und finanzkräftiger Unterstützer des palästinensischen Widerstandes, insbesondere der palästinensischen Ablehnungsfront, als treuer Freund der Sowjetunion. Umgekehrt war das Baath-Regime, das 1968 mit einem Putsch an die Macht kam, für die Sowjetunion jahrelang das beste Beispiel für ihre Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg".

Die rasante Entwicklung Iraks zu einem objektiven Statthalter der US-Interessen im Nahen Osten wird gerade angesichts der Nicht-Berichterstattung in der bürgerlichen Presse hierzulande für viele Linke erstaunlich sein. Mit dem Krieg gegen Iran – seit dem Sturz des Schah-Regimes dem direkten Einfluß der US-Imperialisten entzogen – hat das iraksische Regime unter Beweis gestellt, daß von Fortschrittlichkeit praktisch nichts übrig geblieben ist. Hat sich der Charakter des irakischen Regimes in den letzten zwei Jahren verändert?

Revolution des Baath – ein Putsch

Das jetzige irakische Baath-Regime war 1968 durch einen Putsch an die Macht gekommen, nachdem es 1963 für kurze Zeit nach dem Militärputsch gegen General Kassem an der Macht beteiligt war. Staatspräsident wurde al-Bakr, der vor gut einem Jahr (Juli 1979) durch seinen Stellvertreter und Baath-Parteisekretär Saddam Hussein al-Takriti abgesetzt wurde. Saddam war schon 1968 Parteisekretär, und unter anderem war er es, der durch ein äußerst blutiges Vorgehen mit Hilfe von Parteimilizen und Geheimpolizei gegen Oppositionelle, insbesondere gegen Kommunisten und mit den Kommunisten sympathisierende Arbeiter, die Macht des „sozialistischen" Baath festigte (vgl. Horst Mahr, Die Baath-Partei, Olzog-Verlag 1971, S. 94 ff. und S. 108).

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Rates" führender militärischer, sozialdemokratischer und monarchistischer Persönlichkeiten, zu dem die ehemaligen Ministerpräsidenten Bakhtiar und Amini, General Oveissi und der erst vor einigen Monaten abgesetzte Vorsitzende der iranischen Erdölgesellschaft, Nazih, gehören. Ebenfalls eine etwas abenteuerliche Mischung. Insgesamt scheint auch die rechte Opposition recht zersplittert zu sein.

Linke Opposition

Für die Linke, die bis zum Schluß vom Khomeiny-Regime bitter bekämpft wurde (fast alle Organisationen müssen im Untergrund arbeiten, der Kampf in Kurdistan wurde auch bei Ausbruch des Krieges mit Irak weitergeführt), wird die Situation sicher nicht leichter, nachdem der Krieg erneut die Massen hinter die „Islamische Republik" gebracht hat.

Folgende Stellungnahmen sind uns bisher bekannt:

Die „Demokratische Partei Kurdistans" hat im Norden Iraks eine Offensive gegen irakische Militärstützpunkte eröffnet (Dahuk, Irbil, Mosul). Radio Teheran lobte erstmals den Patriotismus der Kurden und Peshmergas.

Die Volksfedayin (Mehrheit) rief dazu auf *„für die Verteidigung der Revolution und der Souveränität des Landes gegenüber der Invasion des faschistischen Irak mit allen Kräften zu kämpfen."* (FR, 27.9.80).

Die Tudeh-Partei verurteilte den irakischen Angriff, der *„dem Verschleiern von Staatsstreichen dient, angestiftet von den Imperialisten und in die Flucht geschlagenen Militärs und Savakis"* (LM, 25.9.).

Die Zeitung des iranischen Staatspräsidenten äußerte sich freundlich über die Volksmodjahedin, die darin noch vor kurzem als ausländische Agenten bezeichnet worden waren. Der Prozeß gegen das ZK-Mitglied Saadati, seit Monaten in Haft (vgl. AK 185), wurde verschoben (LM, 30.9.80).

Nahost-Kommission

Das Baath-Regime im Irak konnte bis heute seine Macht festigen, die Baath-Partei übt in allen Lebensbereichen (Berufsorganisationen, Armee) eine außerordentlich starke Kontrollfunktion aus. Mit Hilfe von Gesetzen, die drakonische Strafen gegen jeden vorsehen, der aus der Partei austritt oder nur andere politische Meinungen propagiert, wurde jede Opposition unterdrückt.
(vgl. AK 177, S. 45).

Oft genug wurden Oppositionelle durch Ermordung mundtot gemacht.

Das fortschrittliche Image des irakischen Baath-Regimes

Wie beispielsweise Ägypten unter Nasser und das syrische Baath-Regime bauten auch die irakischen Baathisten für die nationale k a p i t a l i s t i s c h e Entwicklung den Staatssektor aus (die schwach entwickelten Bourgeoisien und die alten Feudalcliquen waren dazu nicht in der Lage und Willens): Vier Fünftel der irakischen Wirtschaft werden noch heute vom Staat kontrolliert. Sie bedienten sich dabei in den ersten Jahren der Unterstützung der RGW-Staaten, insbeondere der Sowjetunion, u.a. ganz einfach deshalb, weil die Bedingungen, unter denen die imperialistischen Staaten Hilfe zu leisten bereit waren, eine zu große Abhängigkeit von diesen Staaten bedeutete (vgl. Assuan-Staudamm-Projekt in Ägypten). Insbesondere betraf das den Aufbau der Armee und die Ausrüstung mit militärischen Gütern. Die USA und die übrigen imperialistischen Staaten wollten gerade die Frontstaaten gegen Israel nicht so stark aufrüsten, die Sowjetunion versuchte ihrerseits auf diese Weise in der Nahostregion Einfluß zu gewinnen.

Daß der Ausbau des Staatssektors, Ansätze einer Landreform und Freundschaftsverträge mit der Sowjetunion (Irak 1972), die antiimperialitische Propaganda und die Demagogie eines dritten Weges zum spezifischen arabischen Sozialismus nicht der von der Sowjetunion vielgepriesene nichtkapitalistische Weg war, hat sich sehr schnell nicht nur an der Verfolgung der Mitglieder revisionistischer Parteien gezeigt.

Mehr oder minder schnell öffneten sich diese Regimes zunächst
revisionistischer Parteien gezeigt.

Mehr oder minder schnell öffneten sich diese Regimes zunächst wirtschaftlich den imperialistischen Staaten.

So bezog Irak schon 1975 46% aller Waren (außer Rüstungsgütern) aus den westeuropäischen Ländern (10% aus den USA) und nur 8% aus den RGW-Staaten („Neue Züricher Zeitung", 30./31. 10.77).

Heute steht Frankreich an der Spitze der westeuropäischen Handelspartner (vor allem durch große Rüstungsaufträge), gefolgt von der Bundesrepublik. Frankreich bezieht 23% seiner Ölimporte aus Irak, während es umgekehrt vor allem Waffen in den Irak liefert, bisher u.a. 90 Hubschrauber („Gazelle" und „Alouette") und 430 Panzerfahrzeuge. 60 „Mirage F-1" und 150 „Alpha-Jets" sind bestellt. Frankreich baut den Forschungsreaktor für Irak, der 1982 fertiggestellt sein soll und lieferte im September 1980 12 kg hochangereichertes Uran in den Irak. Insgesamt beträgt das Handelsvolumen jährlich 3,44 Mrd. DM („Frankfurter Rundschau". 25.9.80).

An zweiter Stelle folgt die Bundesrepublik. Die Exporte der BRD in den Irak stiegen in der ersten Hälfte 1980 um 69% gegenüber der ersten Hälfte des Vorjahres auf 1,5 Mrd. DM, die Importe haben sich um 36,7 % auf 440 Mio. DM erhöht. („Le Monde", 27.9.80).

Aufgrund seiner natürlichen Resourcen (Erdöl) und einer – vergleichsweise mit anderen Erdölländern- großen Bevölkerung (13 Mio.) waren die Bedingungen für die industrielle Entwicklung, die Entwicklung der Landwirtschaft und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen relativ gut, ebenfalls ein Faktor für die Stabilität des Baath-Regimes. In diesem Jahr beispielsweise sollten die Erdöleinkünfte 150 Mrd. französische Francs erreichen („LM", 20.9.80).

Besonders die Wortradikalität des irakischen Regimes – Auftreten gegen den zionistischen Feind, in den ersten Jahren gegen den US-Imperialismus, das Eintreten für die palästinensische Sache, die Freundschaft zur Sowjetunion – hat dem irakischen Regime außenpolitisch ein fortschrittliches Image gegeben. Irak zählte zu den fortschrittlichen arabischen Staaten.

Diese Rolle konnte Irak aber nur auf Grund der objektiven Bedingungen im Nahen Osten spielen. Irak war praktisch isoliert. Seine Nachbarn waren das proimperialistische Saudi-Arabien und der Statthalter des US-Imperialismus und die führende Militärmacht am Golf, das Schah-Regime. Besonders mit dem Schah-Regime gab es bis 1975 immer wieder bewaffnete Auseinandersetzungen um den Verlauf der Grenze, insbesondere am Schatt el-Arab. Dem stärkeren Schah-Regime beugte sich Irak im Abkommen von Algier 1975 und legte die Grenze in der Mitte des Schatt-el-Arab fest, allerdings auch deshalb, weil es innenpolitisch durch den Krieg gegen die irakischen Kurden, die vom Schah-Regime z.B. mit Waffen unterstützt wurden, unter erheblichen Druck geraten war (über die Unterdrückung der irakischen Kurden haben wir mehrfach berichtet).

Auf der anderen Seite stand das irakische Baath-Regime – auch der Panarabismus hat im wesentlichen Propagandafunktion – seit jeher in starker Konkurrenz zu Syrien, in dem ein anderer Zweig der panarabischen sozialistischen Baath-Partei an der Macht ist. Das Kräfteverhältnis in dieser Region bis Mitte der siebziger Jahre ließ dem irakischen Regime – nach dem Schah-Regime die stärkste Militärmacht – keinen Raum für die Ausdehnung seines Machtbereiches und Einflusses. Verschärft wurde dies, als Syrien durch den Einmarsch in den Libanon während des Bürgerkrieges (Juni 1976) und die faktische Besetzung des Libanon – verbunden mit der Niederwerfung der palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte – den eigenen Träumen von einem Groß-Syrien nähergekommen war.


Iranische Kriegsgefangene

In dieser Zeit profilierte sich Irak als der konsequenteste Feind gegen den Zionismus und wahrer Sachwalter der palästinensichen Interessen. Den Worten folgten allerdings nur wenige Taten. Zwar wurde der palästinensische Widerstand zweitweise finanziell unterstützt.

Während des Libanonkrieges jedoch, als die fortschrittlichen Kräfte jede materielle Unterstützung bitter benötigten, verweigerte Irak den Nachschub mit der fadenscheinigen Begründung, Syrien lasse ihn auf dem Landweg nicht durch. In dieser Zeit jedoch konnte die Haltung des Iraks von den fortschrittlichen Kräften noch teilweise ausgenutzt werden.

Camp David und die Folgen

Im November 1977 reiste Sadat nach Jerusalem, im September 1978 wurden die Abkommen von Camp David geschlossen, im März 1979 der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel unterzeichnet.

Der endgültige Übergang des ägyptischen Regimes in das Lager des US-Imperialismus führte schon unmittelbar nach dem Jerusalem-Besuch Sadats zur Gründung der Front der Standfestigkeit und Konfrontation.

Schon die erste Konferenz in Tripolis verließ das irakische Regime mit einer außerordentlich radikalen Begründung: Es könne Beschlüsse gegen das ägyptische Regime nicht mittragen, da Syrien in Wirklichkeit ebenfalls die Kapitulation vor dem Imperialismus und Zionismus wolle (außer Irak und Syrien waren Libyen, Algerien, Südjemen und die PLO beteiligt). In dieser Haltung Iraks – wirtschaftlich und militärisch stärkstes mögliches Mitglied der Front – zeichnete sich erstmals auch außenpolitisch eine Veränderung ab. Irak wollte aus seiner Isolierung heraus, indem es sich mehr den reaktionären arabischen Staaten zuwandte. Gleichzeitig konnte es damit Syrien schwächen, das im Libanon durch die Stärkung der Faschisten und die Intervention Israels unter erheblichen Druck geraten war und auch innenpolitisch großen Schwierigkeiten gegenüberstand (Opposition vor allem in Gestalt der reaktionären Muslim-Brüderschaften, außerordentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten durch die Kosten für die Stationierung der syrischen Truppen im Libanon.)

Irak beteiligte sich an weiteren Konferenzen der Front nicht mehr, sondern rief ein arabisches Gipfeltreffen in Bagdad ein (November 19 78). Alle reaktionären Staaten sollten nun in die Front gegen Israel und Ägypten einbezogen werden, was das Ende des Widerstandes gegen den Friedensvertrag auf der Ebene der arabischen Staaten war.

Saddam Hussein suchte nun einen mittleren Weg zwischen der *„kapitulationistischen Lösung, vorgeschrieben durch die Camp-David- Abkommen"* und den *„abenteuerlichen und kindischen"* Methoden der Front.

Gleichzeitig kamen jedoch etwa seit Mitte 1978 Vereinigungsbestrebungen mit Syrien in Gang. Als ihr Befürworter galt der im Juli 1979 gestürzte Staatchef al-Bakr. Zwar war vorauszusehen, daß auch diese Vereinigungsbestrebungen (wie auch die zwischen Syrien-Ägypten, Lybien-Ägypten usw.) letztlich an der Frage der Macht scheitern sollten. Der Ausgleich zwischen den beiden Erzfeinden wurde allerdings auf der Grundlage einer relativen Schwäche beider Regimes geführt: auch Irak sah sich wachsender innenpolitischer Opposition gegenüber, die mit einer der schlimmsten Repressionswellen unterdrückt wurde (ab Anfang 1978 Hinrichtung Hunderter Kommunisten und Oppositioneller, Verhaftungen und Verschleppung Tausender).

Über die Vereinigung mit Syrien bestanden offenbar starke Differenzen innerhalb der irakischen Baathisten, die letztlich zum Sturz al-Bakrs führten.

Der Sturz des Schah-Regimes

Bis zuletzt hatten die irakischen Baathisten beste Beziehungen mit dem Schah-Regime, was sich unter anderem in der Ausweisung Khomeinys aus dem Irak im Oktober 1978 ausdrückte. Darüberhinaus hatte das irakische Regime durchaus Angst vor einer Entwicklung der eigenen schiitischen Opposition (Mehrheit der Bevölkerung), hatte es in Schiitenzentren doch schon Aufstände gegen das Baath-Regime gegeben.

Die Aufstandswelle im Iran war nicht zuletzt der Grund für den Ausgleich mit Syrien. Gleichzeitig näherte sich allerdings Irak Saudi-Arabien an, mit dem es Ende 1978 ein Abkommen schloß.


Saddam Hussein

Der Irak rückte außerdem enger mit Jordanien zuammen das von Saudi-Arabien und Irak finanziell unterstütz wird (jährlich 1,3 Mrd. Dollar). Irak baut zur Zeit eine Straße von Bagdad nach Akaba (Jordanien), das von Irak als wichtigster Handelshafen benutzt wird („FR", 3.10.80).

Im Juli 1979 wurden die Vereinigungsbestrebungen mit Syrien mit dem Sturz al–Bakrs abrupt beendet. Saddam Hussein benutzte kurz danach einen angeblichen, von Syrien gesteuerten Putschversuch, um sich möglicher Kritiker vorbeugend zu entledigen. Alle möglichen Konkurrenten innerhalb der Baath-Partei wurden exekutiert.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich allerdings schon gezeigt, daß durch den Sturz des Schah-Regimes am Golf ein gewisses Machtvakuum entstanden war. Militär und Staatsapparat konnten in der „Islamischen Republik" nicht so schnell wieder aufgebaut werden. Der Imperialismus hatte seinen Einfluß im Iran fast vollständig verloren. Irak, als die nun stärkste Militärmacht am Golf, sah endlich konkrete Möglichkeiten für eine Ausdehnung seines Machtbereiches und politischen Ein-
Golf, sah endlich konkrete Möglichkeiten für eine Ausdehnung seines Machtbereiches und politischen Ein-
flusses.

Daß es mit seinem Kampf gegen die „Islamische Republik" den Einfluß der Imperialisten im Nahen Osten stärkt, liegt auf der Hand. Irak kann sich dabei auch der – zumindest stillschweigenden Unterstützung seiner neuen Freunde sicher sein, die sich ebenfalls einer wachsenden Opposition im eigenen Land gegenübersehen.

Offiziell verfolgt der Irak noch immer eine Politik der „Unabhängigkeit", gegen „beide Supermächte" gerichtet. Angegriffen wird aber grundsätzlich nur noch die Sowjetunion, die das Golf-Gebiet angeblich bedroht, während verschwiegen wird, daß die US-Imperialisten es vor einem halben Jahr zu ihrer direkten Einflußzone erklärt haben, in die sie gegebenenfalls auch militärisch zu intervenieren gedenken.

Gleichzeitig hütet sich Irak, die Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen oder den Freundschaftsvertrag zu kündigen, weil es ganz einfach von den sowjetischen Waffenlieferungen – trotz der Bemühungen, Rüstungsgüter aus Frankreich und Italien zu erhalten – noch immer fast vollständig abhängig ist.

Der amerikanische Sicherheitsberater Brzezinski konnte offen aussprechen, was Irak noch immer in seiner Propaganda verschweigen muß – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die eigene Bevölkerung –: Er sähe *„keine grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen den Interessen Washingtons und Bagdads"* („LM", 21./22.9.80).

Nahost-Kommission

Richtigstellung

Bei der redaktionellen Bearbeitung unseres Artikels zu Palästina im letzten Arbeiterkampf ist leider ein Fehler passiert: Die Zwischenüberschrift „PLO-Führung leugnet Ziele des palästinensischen Widerstandes" blieb stehen, aber der dazu gehörende Text wurde gestrichen. Wir werden demnächst erneut über die palästinensische Befreiungsbewegung berichten und dabei die weggefallenen Fakten nachtragen.

Nahostkommission

Wir wollen keine Bullenschweine

Augenzeugen berichten über den Polizei-Terror im Hamburger Karolinenviertel

Punks, die kaum noch als solche zu erkennen sind, weil sie sich zum Schutz gegen Bullenübergriffe dem Äußeren der „normalen" Jugendlichen anpassen;

Punks, die sich kaum noch ins Karolinenviertel wagen;

Punks, die dem physischen und psychischen Terror der Bullen kaum noch was entgegensetzen können und es mehrheitlich nicht einmal mehr wagen, anderen über ihre demütigenden und erniedrigenden Erfahrungen mit den Bullen zu berichten.

Knappe drei Wochen intensivsten Bullen-Terrors gegen die Punks, begleitet und abgestützt durch eine widerwärtige Hetzkampagne der Springerpresse, aber auch der „Morgenpost" (SPD-nah) haben genügt, um vorerst im Karolinenviertel „Friedhofsruhe" herzustellen.

„Jede Nacht sind sie zwischen Feldstraße und Karolinenstraße unterwegs... Spezialfahnder von der Hamburger Polizei, die im Karolinenviertel mit dem Punker-Terror aufräumen". So jubelt BILD am 24.9.. Und zur Arbeitsweise der Polizei: *„Statt Zigaretten gabs Prügel, Die Punker schrien auf,... Magenhaken. Ein metallisches Klicken: Handschellen!"*. Polizeidirektor Kruschka: *„Wir bleiben so lange im Viertel, bis endgültig Ruhe herrscht"*. (ebenda).

Er muß es wissen, denn er hat Erfahrungen auf dem Gebiet: 1973 war er als Hamburger MEK-Chef mitverantwortlich für die völlige Zerschlagung der Rocker-Szene, was damals so ablief:

„Hundertschaften der Bereitschaftspolizei, die Beamten von (Sonderkomissariat K 534) der Zentralstelle für die Bekämpfung der Gewaltkriminalität unter H. J. Wolter, sowie die Einzelkämpfer vom MEK waren den Schlägerbanden fast täglich auf den Fersen, griffen bei Gelegenheit zu und verunsicherten die Rowdys" („Spiegel", 17.2.75).

Nachdem feststand, daß sich die Punks allein durch Bullentrupps der Bereitschaftspolizei nicht einmachen ließen, griff die Polizeiführung zum schon bei der Rockerzerschlagung bewährten Rezept. Wieder war es die BILD und mit ihr die CDU-Fraktion im Rathaus, die die Eskalation des Bullenterrors propagandistisch vorbereitete; *„Arbeiter ausgeplündert - Dreher Schädel eingeschlagen - 16 Autos demoliert - jede Nacht Höllen-*
reitete, „Arbeiter ausgeplündert -
Dreher Schädel eingeschlagen - 16 Autos demoliert - jede Nacht Höllen-
lärm...

Punker - Terror: Die Leute vom Karolinenviertel trauen sich nicht mehr auf die Straße" („Bild", 10.9.).

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Perschau forderte (auf dem Höhepunkt der Polizei-Aktionen!) in der Bürgerschaft ein *„wirksameres Durchgreifen gegen das Punker-Unwesen"* („Hamb. Abendbl.", 22.9.). Diese „Sorge" um die „Bürger des Karolinenviertels" kann anknüpfen an eine tatsächliche Verärgerung vieler Leute im Viertel, was aber nicht daran hindert, einige Punks z.B. durch schnell geöffnete Haustüren ein Entkommen vor den Bullen zu ermöglichen.

Zynisch zog die „Morgenpost" am 23.9. Bilanz:

„Milde Welle bei der Polizei: Gespräche statt Gummiknüppel. Versuche im Karolinenviertel zeigen bereits Erfolge". Und am 24.9. die BILD: *„Ein Pärchen in Jeans räumt nachts bei Punkern auf"*.

Im Zuge des „Aufräumens" ist auch die zuständige, für ihre Brutalität seit langem berüchtigte Bullenwache in der Budapester Straße verstärkt worden. Welches Ausmaß die Polizei-Übergriffe gegen die Punks haben, ist bis heute – dank einer sich der Polizei-Taktik total unterordnenden Presse kaum bekannt geworden. Wir sind auch deswegen froh darüber, daß einige Punks/Punkfrauen den Mut gefunden haben, uns durch ihre Aussagen einen eindringlichen Ausschnitt dieses Terrors zu vermitteln.

Wir rufen alle, a l l e Jugendlichen und alle demokratischen Menschen auf, der systematischen Zerschlagung jeglicher eigenständiger Jugendbewegung konkret der Punks, Widerstand entgegenzusetzen und Gegenöffentlichkeit zu schaffen!

Die „Punk–Sei–Dank"–AG im KB

Tägliche Polizeibrutalität – Augenzeugenbericht A –

Ich stehe vorm Gewinde mit ein paar Punx. Drei Mannschaftswagen kommen, halten an, die Bullen stürmen mit Helm und Knüppel raus. Die Punx fangen an zu laufen, ich lauf zum Gewinde und setz mich dahin, hoffte, daß sie mich in Ruhe lassen. Ein paar Bullen kommen und schleppen mich zum Mannschaftswagen. Vor mir haben sie schon zwei andere Typen reingeschleppt. Ich soll mich auf den Boden setzen. Dann sehe ich nur, wie ein Punk von drei Bullen im Wagen zusammengeknüppelt wird. Er schrie immer nur: „Hört auf! Hört auf! Nicht auf den Köpf!". Ich mußte mich dann hinsetzen, ein Bulle stand neben mir



und drückte meinen Kopf gegen die Scheibe. Dann fuhren wir zur Wache Budapesterstraße und kamen in die Zelle. Und dann hörte ich nur noch die Schreie! Ungefähr um 3 Uhr Nachts kam ich in den Gefangenentransporter und dann fuhren wir los. Jeder wurde irgendwo anders in die Wachen gebracht. Mich fuhren sie nach Rahlstedt. Um 5 Uhr morgens haben sie mich rausgelassen.

***

Augenzeugenbericht B

Augenzeugenbericht B

...Plötzlich fingen die Zivis an, in Richtung ‚Klick' (Kino) zu laufen. Sie kamen aus allen Richtungen angelaufen, manche sprangen auch aus Wagen, insgesamt waren es ca. 30 Zivile. Ein paar Sekunden später kamen 3 Bullenwagen (VW-Busse) mit wahnsinniger Geschwindigkeit an. Die Türen der Wagen waren offen, die behelmten Bullen, die ihren Knüppel schon in der Hand hatten, sprangen zum Teil schon während der Fahrt raus. Eine Hälfte der Bullen und Zivis stürmte in das Kino, die andere Hälfte blieb vor dem Kino. Wir blieben geschockt vor dem Kino stehen, während uns einer der Zivis mit einer Knarre in Schach hielt. Zivis kommen mit einem Punk aus dem Kino, auf dem Weg zum Bullenwagen haben sie ihm noch in die Fresse gehauen, in den Wagen reingezerrt und da weiter verkloppt. Dann wurde der Nächste rausgebracht, der hat schon tierisch geblutet und wurde auch in den Wagen gezerrt. Er ist wieder rausgesprungen und abgehauen. Die Bullen sind mit gezogenen Knarren hinter ihm hergelaufen. Jetzt bedrohte uns wieder ein Zivi mit der Pistole. Der Punk, der abgehauen war, war ins Kino geflüchtet. Jetzt wurde er von den Bullen wieder rausgeschleppt und total zusammengeschlagen. Im Wagen wurde den Beiden weiter auf die Fresse gehauen. Der eine Punk hatte zwei gebrochene Finger. Beide mußten mehrere Tage im Bett bleiben, sie waren auf der Wache weiter verprügelt worden.

***

Augenzeugenbericht C

Ich wurde am Sonntag, dem 28.9. verhaftet. Wir haben da mit ein paar Leuten in der Karolinenstraße gesessen, im Hauseingang zwischen „Imbis" und „Gewinde". Wir haben da paar Bier getrunken, bißchen erzählt und so.

Vom Spielplatz sind dann 7 oder 8 Leute gekommen. Die waren so im mittleren Alter, sahen ganz normal aus, normal gekleidet. Es sah zuerst so aus, als ob sie auf die andere Straßenseite rüber wollten. Sie stellten sich dahin, haben ab und zu zu uns rübergeguckt. Auf einmal sind sie dann auf uns losgegangen." Ein paar von uns wollten abhauen, die aber gleich hinterher und haben sie festgehalten. Dann mußten wir uns an die Wand stellen, Hände an die Wand, Beine auseinander. Und dann haben die uns abgeklopft und im ziemlich rauhen Ton gesprochen. Wir sollten die Ausweise zeigen. Ich wollte meinen Ausweis rausholen, da hat mir ein anderer Zivi auf den Rücken geklopft und gemeint *„Hände an die Wand"*. Da durften wir so 'ne Viertel Stunde dastehen. Dann kamen VW-Busse voll mit behelmten Bullen, sogar das Visier war runtergeklappt. Wir mußten uns noch einmal hinstellen, sie haben uns noch brutaler abgeklopft, richtig so die Beine abgedrückt, in jeder Tasche rumgewühlt und so. Dann durften wir in den Wagen und sie sind mit uns zur Wache Budapester Straße gefahren. Ich durfte dort meine ganzen Sachen, alles, was ich in der Tasche hatte, auch meine Batsches von der Leder-
durfte dort meine ganzen Sachen, alles, was ich in der Tasche hatte, auch meine Batsches von der Leder-
jacke, in einen Kasten legen. Dann durfte ich die Jacke ausziehen, Schuhe aus und Socken runterkrempeln. Die Schuhe durfte ich nicht wieder anziehn. Dann in die Zelle. Oben war schon alles voll. Im Keller haben die noch Einzel-Zellen. In so eine bin ich gekommen. 1 1/2 Meter breit und an der einen Seite ein Holzbrett, wo man sich hinlegen kann. Die Zelle war ziemlich kühl durchlüftet. Die Mauern sind auch ziemlich kalt im Keller. Ich fror ohne Schuhe und Jacke. Ich hab mich dann hingelegt. Kaum daß ich gelegen hab, kommt da so ein Typ rein und brüllt. „Was ist das denn, legt der sich hier hin und schläft!". Das war einer von denen, die mich verhaftet haben, ein tierischer Schrank. Er brüllt dann weiter. Ich solle mich gefälligst hinstellen, ich hätte da nicht zu liegen. Wie der gebrüllt hat, hab ich mich lieber wieder hingestellt; außerdem wußte ich auch von Anderen, daß sie von den Zivis auf die Fresse gekriegt haben. Dann brüllt er noch, ob das klar ist. Ich habe genickt und so. Das war ihm dann nicht genug, ich sollte dann noch laut und deutlich *„Jawohl"* brüllen. Da war er erst zufrieden und ist gegangen. Warscheinlich habe ich, weil ich gemacht hab, was er wollte, nichts auf die Fresse gekriegt. Nachher, ich war total durchgefroren, war es mir dann egal und ich hab mich hingesetzt, das hättste echt nich ausgehalten.



Nachher ist dann noch ein Älterer reingekommen, der hat dann angefangen zu erzählen: *„Wir haben euch mitgenommen, weil das Karolinenviertel ein jugendgefährdeter Ort ist" Bla bla bla....*

Dann hat er noch gefragt, ob ich arbeite oder zur Schule gehe. Auf welcher Schule ich gehe, wer mein Lehrer ist und wie der Direktor heißt. Hab ich alles gesagt.

Dann mußte ich noch 2 Stunden warten, bis meine Mutter mich abholte. Meine Mutter haben sich echt Geschichten erzählt, wir hätten randaliert und so, mit Flaschen geworfen, obwohl da nun ja wirklich nichts los war.

Ach so, was ich noch vergessen habe: Als ich unten in der Zelle war, habe ich aus der Nebenzelle auch Gebrüll gehört und dann Schmerzensschreie. Und ich habe eben auch noch einen getroffen, der in der Nebenzelle gesessen hat, der hat auch erzählt, daß er auf die Fresse gekriegt hat, und der neben ihm soll auch auf die Fresse gekriegt haben.

***

Augenzeugenbericht D

Wir sitzen gegen 12 Uhr in der „Markstube". Aus Angst vor den Bullen sind nicht viele Punx da. Zivis gehen die Marktstraße entlang, kommen auf die „Marktstube" zu. Dann biegen 3 Mannschaftswagen um die Ecke. Alles geht so schnell, daß keiner mehr abhauen kann. Die Bullen kommen in die „Marktstube" rein und holen 5 Punx raus. Zur Budapester Wache. Die 3 Typen kommen in den Keller, die 2 Frauen werden oben nur durchsucht. Den einen Punk haben sie gleich laufen lassen. Die zwei anderen wurden ausgezogen. Sie wurden mit der flachen Hand auf die Eier geschlagen. Mehrere Bullen traten sie in den Magen und an die Schläfen. Der eine Punk, der um 10 Uhr verhaftet wurde, mußte sich nackt auf dem Boden legen, Schwimmbewegungen machen und sagen *„Ich bin ein Schwein"*. Die Anderen mußten im Chor aufsagen *„Wir*
sagen *„Ich bin ein Schwein"*. Die Anderen mußten im Chor aufsagen *„Wir*
dürfen nicht mehr ins Karoviertel, wir sind Punkerschweine". Dann wurden sie nach Neugraben, Harburg und Rahlstedt gefahren.

***

Augenzeugenbericht E

... Dann haben die uns mitgenommen auf die Wache, dort wurden wir unten in die Zelle geschafft, noch alles ganz normal so. Dann wurden wir jeder in eine Zelle geschafft, und dann hieß es: Ihr sollt Euch doch im Karoviertel nicht mehr blicken lassen, und dann hab ich erst einmal auf die Ohren gekriegt, dann kleine Faustschläge, Tritt in die Rippen, auch einen Tritt auf den Plexus und so und in die Nieren und anderen Stellen.

Erst war nur einer drin, dann kamen noch zwei Typen. Nach ner Zeit ging das noch mal los. Sie meinten, ich hätte noch nicht genug gekriegt, da ich nichts gesagt hatte....

Augenzeugenbericht F

Am Freitag, den 26.9. gegen 0.30 Uhr, stand an der Ecke Karolinenstraße / Feldstraße ein Mannschaftswagen, der mit behelmten Polizisten besetzt war.

Plötzlich kam aus der Karolinenstraße ein Pulk von neun oder zehn Punks und anderen Leuten hervor und ging auf den Mannschaftswagen zu. Vier oder fünf der Punker wurden in den Wagen befördert.

Die fünf anderen Typen blieben draußen und der Wagen fuhr die Feldstraße hinunter und verschwand auf dem Heiligengeistfeld. Die Typen (offensichtlich Zivilbullen) in ihren Jeans und Lederjacken, Pudelmütze und blondem Punkschnitt bogen ins Karolinenvierteil ab - kaum von anderen Leuten zu unterscheiden....

***

... und die Folgen:

Im Augenblick treffen sich kaum noch Leute im Karoviertel, weil sich da lauter Einsatzwagen rumtreiben, samt Zivis und sonstigen Bullen, die alles, was da an Punks rumlaufen, sofort „in Gewahrsam nehmen", wie sie sich ausdrücken....

Früher war es ja Punk: Lederjakke, halbwegs kaputte Hosen, ein bißchen wirre Haare und so. Guckt man sich im Augenblick die Hamburger Punks an, die wenigen, die überhaupt noch ins Viertel kommen, ist da kaum noch jemand mit Lederjacke dabei. Meistens sind das irgendwelche andere Jacken, Bundeswehrparkas etc. Und das deswegen, damit man aus 20 Metern nicht gleich von den Zivis ausgemacht werden kann, und wenn man Glück hat, wird man mit einem „normalen" Jugendlichen verwechselt. Also richtige Tarnung..."

(Augenzeugenbericht G)

***

Früher war das Karoviertel so'n halbwegs beliebter Treff für alle möglichen Leute und Typen. Da hat man fast jeden Tag irgendwelche neuen Leute kennengelernt und man hat tierisch Spaß gehabt. So im Gegensatz zur Schule oder Arbeit. Dann ist das nun ebenso gekommen jetzt, mit den ganzen Bullen und Zeitungskampagne. Man wird echt nur noch ge-
das nun ebenso gekommen jetzt, mit den ganzen Bullen und Zeitungskampagne. Man wird echt nur noch ge-
jagt, man hat'ne tierische Angst, wenn man überhaupt noch ins Viertel geht. Viele Leute bleiben weg aus „Einsicht" oder Angst und so. Jede zwei Schritte guckt man sich über die Schulter, ob da Zivis sind, überhaupt, ob da einer steht, hinter einem herläuft und einen catchen will. Ist eine ziemlich bedrückende Lage und das geht den meisten auf den Keks das Ganze... Die Bullen gehen unterschiedlich mit den verschiedenen Altersgruppen um. Wenn man unter 18 ist, lassen sie einen, nachdem man auf der Wache schikaniert wurde, von den Eltern abholen. Dann gibt's Ärger zu Hause, wie bei mir jetzt. Die über 18-jährigen werden zusätzlich noch tierisch lange festgehalten, einer bis morgens um 6 Uhr, oder andere wurden in weit abgelegenen Wachen rausgelassen und stehen denn da mitten in der Nacht und wissen nicht, wie sie nach Hause kommen können".

(Augenzeugenbericht H).

Nachbemerkung der Redaktion

Die vorstehenden Berichte schildern, wie sich Männer in Uniform immer dann verhalten, wenn sie unter Garantie absoluter Straffreiheit ihrem Sadismus freien Lauf lassen können – und sich dabei auch noch in der gehobenen Rolle von „Ordnundshütern" geistig einen abwichsen können. Das Ritual ist immer dasselbe – ob man nun die Gestapo nimmt, oder KZ-Gangster, Bullen in Paris oder New York – oder eben eine Horde deutscher Freunde und Helfer, die sich ohne öffentliche Kontrolle von Herzen „gehen lassen" können. Man vergleiche die hier geschilderte schweinische Mißhandlung von Jugendlichen mit der gepflegten Behandlung von Nazi-Gangstern wie Hoffmann durch Polizei und Justiz – und man hat ein zutreffendes Bild vom hiesigen Rechtsstaat.

Wahrscheinlich wird es Prozesse wegen dieser Augenzeugenberichte geben. Es gehört zum Handwerk der Sadisten in Uniform und ihrer Vorgesetzten, daß sie mit Prozessen reagieren, sobald allzu Konkretes aus ihrem Polizeialltag berichtet wird. Die beste Waffe dagegen wäre eine breite Solidarität auch von Journalisten und Zeitungen mit einem sozialdemokratischen und/oder liberalen Selbstverständnis, die ihrerseits Gegenöffentlichkeit um diese Polizeipraktiken schaffen helfen.

Instandbesetzung nun auch in Hamburg

12 Stunden war das Haus besetzt, 48 Stunden nach der Räumung war es weg — Polizei und die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA machten kurzen Prozeß bei der ersten Hausbesetzung am 27.9. in Hamburg nach langer „Friedenszeit". Die Polizei verstärkte inzwischen ihren „Objektschutz" — behauptet sie, denn bei so vielen leerstehenden Häusern dürfte sie für andere Aufgaben dann gar keine Zeit mehr haben.
Die Besetzer, eine Gruppe wohnungssuchender Jugendlicher, wollen auf jeden Fall weitermachen. In einer Presseerklärung schreiben sie zu ihrer Aktion:

Wir machen weiter!!

Mehrere Jahre standen acht Wohnungen im Haus Hospitalstr. 6 leer, billige Wohnungen in vergleichsweise guter Lage, mit geringem Aufwand zu renovieren. Sie standen nicht leer,



Diese Broschüre kann für Zwei Mark bezogen werden bei: „Werkstatt", Wohlwillstraße 18, 2000 Hamburg 4

weil sie keiner mieten wollte, sondern weil der Senat der SAGA, seinem Tochterunternehmen, das Haus mit der Auflage in Verwaltung gegeben hatte, es nicht mehr zu vermieten. Es sollte einer Straße weichen, um den Geschäftsinhabern im Einkaufszentrum eine bessere Zulieferung zu ermöglichen. Es ist fraglich, ob diese Straße überhaupt gebaut werden kann, da noch weitere Häuser fallen müßten, von denen eines unter Denkmalschutz steht.

So vergammelte also mehrere Jahre lang Wohnraum auf behördliche Anweisung, während in den Außenbezirken unmenschliche Betonsilos vom Typ Mümmelmannsberg hochgezogen werden und Tau-

Außenbezirken unmenschliche Betonsilos vom Typ Mümmelmannsberg hochgezogen werden und Tau-

sende von Menschen, die weder die Irrsinnsmieten, noch die Maklergebühren zahlen können, Wohnungen suchen.

Zu diesen Menschen gehören auch wir. Wir haben deshalb das Haus am Samstagmorgen besetzt, um es zu renovieren und mit der SAGA Mietverträge abzuschleßen. Noch am Samstagnachmittag jedoch ließ die SAGA, nach Abstimmung mit dem Bezirksamt, das Haus durch die Polizei räumen. Unmittelbar danach begann ein Abbruchtrupp dieses gemeinnützigen Unternehmens damit, das Haus endgültig unbewohnbar zu machen: sie rissen den Fußboden auf, und die Leitungen aus den Wänden, zerschlugen die Scheiben und vernagelten Fenster und Türen. Am Sonntagmorgen wurden dann die letzten Bewohner aus dem Hinterhaus ausquartiert, heute - Dienstag - ist das Haus bereits abgerissen. Nach Jahren nun eine „schnelle, unbürokratische" Lösung.

Natürlich wissen wir, daß eine Hausbesetzung „rechtswidrig" ist. Man kann wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch bestraft werden — um nur eine Auswahl zu nennen. Die Zerstörung von Wohnraum und der Abbruch von Häusern dagegen ist keines von beiden. Solange das „Recht" gegen die unmittelbaren Lebensinteressen der Bevölkerung eingesetzt wird, solange kommt mensch nicht daran vorbei, diese Interessen auch außerhalb der Legalität des Strafgesetzbuches durchzusetzen. Solange also Hausbesetzungen nicht erlaubt sind, solange müssen und werden wir verbotene Hausbesetzungen durchführen, um billig unter menschenwürdigen Bedingungen wohnen zu können. Die Reaktionen der Nachbarn haben uns Mut gemacht.

Acht Wohnungen wurden zerstört, hunderte stehen noch leer, tausende werden gebraucht.
Es gibt viel zu tun...

I n s t a n d b e s e t z u n g





Mit scharfgemachten Hunden gehen die Bullen gegen die rund 500 Demonstranten vor, die sich zum Schutz des besetzten Hauses und der Besetzer versammelt hatten.
Auf dem Bild unten erleidet einer der Beamten einen kleinen Berufsunfall. Der Köter, der eigentlich den am Boden liegenden Demonstranten „fassen" sollte, hat sich im Bein geirrt.





Das Haus ist geräumt — die Abbrucharbeiten können beginnen.

Wohnungsnot in Hamburg

Wohnungsnot in Hamburg

Mittlerweile suchen 60.000 Menschen in Hamburg eine Wohnung, davon über 10.000 Dringlichkeitsfälle. Es gibt 6.000 Obdachlose, für Studenten fehlen 5.000 Plätze und und und...
Mehrere Faktoren spielen hierfür eine Rolle, die genauso oder ähnlich auch für andere bundesdeutsche Großstädte gelten.
– Die Preistreiberei durch den jährlich fortgeschriebenen Mietenspiegel wirkt ebenso wie die ständig steigenden „Nebenkosten" als Lohnraub ersten Ranges.
– Die Zweckentfremdungsverordnung wurde so gut wie nie angewandt. Im allgemeinen bleiben Beschwerden schon bei Behörden und Gerichten hängen, obwohl nach übereinstimmenden Aussagen von Politikern und Experten eine neue Wohnungsnot herrscht - von den konkreten Erfahrungen der Wohnungssuchenden ganz zu schweigen.
– Trotzdem wird dies von den Gerichten meist abgestritten. Klagen auf Wuchermiete sind deshalb so gut wie aussichtslos, weil sich ja jeder auf dem (vogel)-freien Wohnungsmarkt was Passendes besorgen könne.
– Die Wohnungspflege hat stets Verständnis für die Sorgen der großen und kleinen Hausbesitzer. Bei Nichterfüllung der Instandsetzungspflicht werden „Geldmangel" („fassen Sie mal 'nem nackten Mann in die Tasche") ebenso akzeptiert wie die Menschenfeindlichen Planspiele der Stadt („Bei der herrschenden Planungsunsicherheit konnten wir dem Besitzer keine Ausgaben zumuten, wenn das Haus vielleicht sowieso bald abgerissen wird").
Nachdem ein paar Jahre so vergangen sind, muß man leider eine Unbewohnbarkeitserklärung ausstellen - so geschehen kürzlich in der Amandastraße im Schanzenviertel, wo seit 5 Jahren Anzeigen bei der Wohnungspflege vorliegen. Die Mieter mußten von einem Tag auf denselben wegen Einsturzgefahr dieses städttischen Hauses evakuiert werden - spektakuläre Spitze eines Eisberges.
– Durch massenhafte steuerbegünstigte Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen werden dem Markt Wohnungen entzogen. Ärzte, Rechtsanwälte, aber auch die Teure Heimat werden dadurch reicher.
– Der soziale Wohnungsbau geht gegen Null. Kein diesbezügliches Wahlversprechen wurde in den letzten Legislaturperioden eingehalten. Die skandalgeschüttelte städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA kauft Häuser auf Abriß und läßt sie verkommen.

Vertreibung und Zerstörung grössten Umfanges wird zur Zeit durch die diversen „Sanierungen" betrieben. Was jeder Mieter ahnt, was Fachleute (bis jetzt leider kaum öffentlich) bestätigen, was Behörden stets dementieren: **rund die Hälfte aller Mieter in Sanierungsgebieten muß sanierungsbedingt das angestammte Viertel verlassen und trifft es in der neuen Wohnung fast immer schlechter.** Alte, einkommensschwache, im Behördenjargon „cityuntypische" Bewohner sollen Dienstleistungsbetrieben (Banken, Versicherungen, Hotels, Kneipen, Arztpraxen usw.) und ihren gutverdienenden Angestellten platzmachen. Häuser weichen Tiefgaragen; Kindergärten und Kommunikationszentren sind nach der Sanierung genausowenig vorhanden wie vorher. Und wenn die Kinder dann versuchen, auf der neuen vierspurigen Straße zu spielen...
Besonders die Sanierungsvorbereitung und -durchführung wird zusehens angegriffen: Die menschenfeindliche Planung ist garniert mit „öffentlichen Anhörungen" und Sanierungsausschüssen, wo die Argumente der Mietervertreter in den Wind geschossen werden und in den Protokollen verfälscht erscheinen. Mieterorientierte Beschlüsse werden von den „politischen" Gremien verbogen und ins Gegenteil verdreht.

Bürgerbeteiligung als Alibi für wirtschafts- und autogerechte Stadtplanung.
Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, wenn viele Mieter sich wehren und Mieter- und Stadtteilinitiativen erstarken. Das Mieterinitiativen-Treffen in der Altonaer Dralle-Fabrik, das vor einiger Zeit schon eine gut besuchte Veranstaltung mit Amsterdamer Kraakern durchführte, erstellte eine Broschüre „Mietermitwirkung — ohne Wirkung", die sich mit den kleinen Erfolgen und größeren Mißerfolgen für die Mieter bei der „Bürgerbeteiligung" befaßt.

Eine weitere Initiative steht in den Startlöchern: „Mieter helfen Mietern" — gegründet von aktiven Mietern, Mitgliedern aus Mieter- und Stadtteilinitiativen, parteiischen Rechtsanwälten und Stadtplanern: ein „alternativer" Mieterverein.
Neben der Beratungs- und Untersuchungsarbeit wird dieser Verein auch Aktionen anderer Gruppen, die den Mietern dienen, unterstützen.
Angesichts der zunehmend verschärften Umwelt- und Stadtzerstörung muß die Entwicklung n e u e r Aktionsformen vorangetrieben werden. Dabei ist die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte im Kampf um diesen wichtigen Lebensbereich und gegen die wachsende Repression unbedingt notwendig.
Schaffen wir eine menschenwürdige Stadt!

A., Mitglied der Mieterinitiative Eimsbüttel und der Bunten Liste

Westberlin: Schußwaffen gegen Instandbesetzer

Schußwaffengebrauch gegen Demonstranten und Instandbesetzer, Bullenbrutalität gegen Festgenommene und ein Instandbesetzer seit dem 15.8.80 wegen „versuchten Totschlages" eingeknastet - das ist die vorläufige Bilanz polizeilichen und juristischen Umgehens mit den Westberlinern, die sich praktisch gegen die Zerstörung billigen Wohnraums wehren!

Was ist geschehen?

Anfang diesen Jahres wurde begonnen, eine Mauer um den Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg zu ziehen, eine Mauer, die auf die einhellige Ablehnung der Bewohner des Stadtteils stieß. Nachdem andere Proteste gegen diese Mauer erfolglos blieben, griffen u.a. Leute aus den besetzten Häusern zur Selbsthilfe und begannen, die Mauer einzureißen.

Der Polizeieinsatz ließ selbstverständlich nicht lange auf sich warten. *„Nachdem die erste Polizeistreife eintraf, versuchten wir langsam in Richtung Naunynstraße zu laufen. Der eine Polizist der Streife versuchte, einen Typen festzuhalten. Dabei sagte er 'wir müssen erst mal deine Personalien feststellen. Du hast ja noch den Hammer (Abbruchwerkzeug) in der Hand.' Der Typ riß sich los und wollte wegrennen. Wir waren jetzt schon im Laufschritt. Ich befand mich zu diesem Zeitpunkt hinter dem Polizisten. Der Polizist – er trug kein Jackett; deshalb war sein Pistolenhalfter gut zu sehen – rief dem Typen hinterher: 'Jetzt bleib aber stehen' und griff zu seiner Pistolentasche. In diesem Augenblick dachte ich: 'Das mußt du verhindern, sonst knallt er den übern Haufen' und wollte dem Polizisten mit einem Stuhlbein aufs Schlüsselbein schlagen, damit er Schmerz verspürt und die Tasche losläßt. Im Moment, wo ich zuschlug, machte der Polizist eine Richtungsänderung und bekam das Stuhlbein auf den Kopf. Ich drehte mich um, denn der zweite Polizist befand sich dicht hinter mir. Dieser faßte sich in sein Jackett und zog eine Pistole hervor (Ziehhalfter), blieb stehen und richtete seine Waffe auf mich (Abstand ca. 15m). In diesem Augenblick dachte ich: 'Jetzt mußt du rennen, sonst knallt er dich übern Haufen'. Ich rannte zwischen parkenden Autos Zick-Zack. Vor mir befanden sich mindestens 30 spielende Kinder. Nach ein paar Sekunden knallte es auch schon. Ich rannte jetzt in die Naunynstraße um die Ecke mit zwei anderen Typen in einen Hausflur und dann in einen Hof. Wir befanden uns in einer Sackgasse und kletterten in einen offenen Keller. Dort wurden wir verhaftet. Auf dem Weg zum Revier Friedrichstraße bekamen wir Handschellen auf den Rücken. Ebenfalls bekamen wir Schläge in Magen, Nieren und Leber."*

Freiheit für Manfred Wetzel

Derjenige, der diesen Bericht als Betroffener abgegeben hat, sitzt seit dem 15.8.80 in Untersuchungshaft mit Haftbedingungen, wie sie für politisch motivierte Gefangene üblich sind. Zunächst lautete der Haftbefehl auf *„schwere Körperverletzung"*, und Manfred Wetzel wurde - mit der Auflage, sich wöchentlich zweimal auf der Wache zu melden – am 2. Mai wieder freigelassen. Drei Monate nach den Geschehnissen, am 1. August 1980, wurde der Haftbefehl geändert und lautet seither auf **„versuchten Totschlag"** und deshalb - so das Gericht - bestände nun auch „Fluchtgefahr".

„Mit diesem neuen Haftbefehl wurde Herr Wetzel am 15.8.1980 verhaftet, als er sich auflagengemäß bei der Polizeiwache in der Friedrichstraße in Kreuzberg meldete" (aus einer Presseerklärung von Manfreds Verteidiger Elfferding).

Am 2.9.80 wollte nun das „Komitee zur sofortigen Freilassung von Manfred Wetzel" eine Pressekonferenz im Mieterladen Dresdener Straße abhalten. U.a. sollte eine Theatergruppe die Situation vom 1.Mai, die zur Verhaftung von Manfred geführt hatte, nachspielen. Doch dazu kam es nicht: *„In dem Moment, in dem die Theatergruppe aus der Hofeinfahrt in der Adalbertstraße kam, fuhr auch schon ein Mannschaftswagen der Polizei mit 10 Mann Besatzung (keine normale Polizeistreife!) gezielt auf die Theatergruppe zu"*. Zwei SEK-Beamte in Zivil (sind auch gleich am Ort) ziehen bei der Festnahme sofort und geschult ihre Pistolen, *„obwohl die beiden Festgenommenen nicht bewaffnet waren"* (Presseerklärung des Komitees vom 3.9.80).

„Kurze Zeit danach flogen aus der Menge Eier gegen die Polizisten. Für diese erneut Anlaß, gegen die Jugendlichen vorzugehen. Dabei stieß ein Polizist einen völlig unbeteiligten, etwa 30-jährigen Passanten um, so daß dieser mit dem Hinterkopf auf den Asphalt niederschlug und benommen liegenblieb. Die Ordnungshüter kümmerten sich nicht weiter um den Verletzten. Er wurde später von einem Unfallwagen der Feuerwehr abtransportiert" (Abend, 3.9.80).

Verteidigt die instandbesetzten Häuser

Diese Vorfälle stehen nicht alleine, vielmehr sind sie die Spitze der Diffamierungs- und Kriminalisierungsstrategie gegen die Hausbesetzer. So werden Hausbesetzer offen von „Zivilstreifen" bespitzelt, finden Razzien in der Nähe besetzter Häuser statt, werden willkürlich Festnahmen durchgeführt. Ferner gab es auch schon einen Versuch, ein instandbesetztes Haus zu räumen, der aber abgewehrt werden konnte.

Es ist klar: Dem Staatsapparat geht es darum, die Profite der Sanierungsträger zu sichern und die neue Jugendbewegung still zu bekommen. Schußwaffengebrauch und Todesschüsse - was Manfred Wetzel verhindern wollte - sollen legalisiert werden, zum „Alltag" gehören. Dafür wurde Manfred eingeknastet!

„In den nächsten Tagen berät der Innenausschuß über das weitere Vorgehen gegen Hausbesetzer. Hetzkampagnen von Presse und Politikern und Übergriffe deuten darauf hin, daß Räumungen kurz bevorstehen. Um in dieser Situation nicht alleine dazustehen, brauchen wir Eure Unterstützung!" (Aus einem Flugblatt der Instandbesetzer, vom 30.9.80).

Vom 5. - 10.10. findet deshalb eine Aktionswoche der Besetzer statt, die auch von anderen Westberliner Linken mitgetragen wird.

Am 10.10. um 17.00 Uhr wird vom Oranienplatz aus eine Demonstration stattfinden. Näheres kann über den Laden in der Oranienstr. 45, 1000 Berlin 36 erfragt werden

Westberliner Anti-Repressions Kommission des KB

Kirchenleitung bittet St. Petri-Besetzer zur Kasse

Mit Datum vom 22.9. bekamen 10 Pastor/inn/en aus der Nordelbischen Kirche von ihrer Kirchenleitung (KL) eine Rechnung zugeschickt: 1200 DM sollen sie jede/r bezahlen und gleich noch mitteilen, ob sie es bar überweisen oder sich vom Gehalt abziehen lassen wollen.

Worum geht's?

Interessierte Zeitgenoss/inn/en werden sich erinnern: vom 2.bis zum 18.April 79 hielten Atomkraftgegner die Hamburger Hauptkirche St.Petri besetzt. Sie protestierten dort einerseits gegen die zynische Leichtfertigkeit, mit der die Herrschenden schon wenige Tage nach dem Harrisburg-Spuk zur Tagesordnung des atomaren Aufbaus übergegangen waren. Gleichzeitig schützten sie den im Grohnde-Prozeß verurteilten Eso vor dem Antritt der Haftstrafe, indem sie mit ihm zusammen das Asylrecht der Kirche in Anspruch nahmen.

Neben etlichen anderen, die sich mit den Besetzern solidarisierten, waren damals 10 Pastor/inn/en direkt an der Besetzung beteiligt.

Eine derart volle und lebendige Kirche war der KL in Kiel – sonst froh über jeden neuen Gast – dann doch nicht recht: sie eröffnete gegen die Pastor/inn/en ein Amtszuchtverfahren, das im Juli'79 mit einem Verweis gegen alle 10 endete. Begründung: *„Verstoß gegen das Treueverhältnis zur Nordelbischen Kirche"*, *„Verstoß gegen die Pflicht zur Gemeinschaft der Ordinierten"* (d.s. alle Pastor/inn/en) und *„Eingriff in die Rechte des Kirchenvorstandes von St.Petri"*. Da einer Beschwerde der derart „Verwiesenen" nicht stattgegeben wurde, endete das Verfahren mit dieser Rüge, die weiter keine finanziellen o.ä. Konsequenzen beinhaltet.

Nun aber – über ein Jahr später – werden sie zur Kasse gebeten: die Kirchengemeinde St.Petri errechnete einen in der Kirche sorgsam verzeichneten Gesamtschaden von 29 166.62 DM. Darin sind enthalten Kosten u.a. für *„Plakatdruck und Aushangkosten für ausgefallene Motette am 7.4.79"* und sogar Schutzgitter vor den Emporen für evtl. neue Besetzungen (DM 6090.70)! Von der Gesamtsumme sollen die Pastoren nun je 1200 DM zahlen. Die Begründung dafür ist in sich so aufschlußreich, daß hier zitiert werden soll:

„Unabhängig davon, ob sie selbst unmittelbar die Beschädigung verursacht haben oder nicht, haften Sie auch bei

haben oder nicht, haften Sie auch bei

psychischer und interlektueller Beihilfe wie ein Mittäter für eingetretene Schäden, und zwar mit allen Beteiligten zusammen als Gesamtschuldner.... Wir machen sie darauf aufmerksam, daß die bisher bezifferte Schadenssumme voraussichtlich noch nicht den endgültigen Schadensbetrag darstellt. Die Geltendmachung weiterer Ersatzansprüche behalten wir uns daher ausdrücklich vor, wie z.B. auch Kirchensteuerausfälle, die dadurch entstanden sind, daß verschiedene Gemeindeglieder Ihre Beteiligung an der Besetzung von St.Petri zum Anlaß genommen haben, um aus der Kirche auszutreten, die wir als ersatzpflichtigen Schaden ansehen."

Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?

Dieses Vorgehen der kirchlichen Obrigkeit ist in dreierlei Beziehung aufschlußreich:

1. Das Vorgehen der KL offenbart ein Rechtsverständnis, das selbst im normalen bürgerlichen Recht kaum vorstellbar ist. Einmal ist da die Doppelbestrafung, da mit dem Verweis das kirchenrechtliche Verfahren bereits abgeschlossen war. Für dasselbe „Vergehen" wird mit diesem Brief ein neuer Prozeß in Gang gesetzt – ohne Rechtsmittelbelehrung übrigens. Zum anderen tritt das Kirchenamt gegen die Pastor/inn/en zugleich als Ankläger, Richter und Vollstrecker auf.

2. Schwerwiegender noch aber sind die gesamtpolitischen Aspekte, unter denen der Schritt der KL gesehen werden muß. Als sich angesichts der St.Petri-Besetzung und der Harrisburg-Ereignisse der Druck auf die KL verstärkte, zugunsten des Lebens gegen die Atomindustrie Stellung zu beziehen, wich sie noch mit scheinheiligen Argumenten aus; die Forscher seien sich ja noch uneinig, man müsse weitere Untersuchungen abwarten. Zugleich gab sie vor, *„die Sorgen derer (zu teilen), die angesichts der wachsenden Probleme in der Energieversorgung die Frage nach dem Schutz des Lebens stellen"* (Bischofsbrief, vom 16.7.79). Als Zeichen ihres guten Willens setzte sie sogar einen Umweltschutzbeauftragten ein. (Dieser hat übrigens nicht viel besseres vorgehabt, als unter dem Vorzeichen eines angeblichen AKW-Gegners diese von Aktionen wie bspw. die Kirchenbesetzungen nach der Gorlebenräumung abzuhalten – zum Glück erfolglos!)



Inzwischen hat es aber auch für die KL und ihren Umweltschutzbeauftragten Möglichkeiten genug gegeben, sich ein Urteil über die Vorgänge in Harrisburg und darüberhinaus zu bilden (vgl. dazu z.B. das Buch „Die Frauen von Harrisburg"). Kurzum: sie alle hätten gute Gründe genug gehabt, die Besetzung von St.Petri im Nachhinein zu legitimieren. Stattdessen aber reagiert sie mit verschärften Strafen. Je offensichtlicher also die Menschenfeindlichkeit von Atomanlagen und deren Betreiber wird, desto härter versucht die kirchliche Obrigkeit, eine offene Diskussion und erst recht das aktive Engagement von Pastor/inn/en zu unterdrücken.

Wess' Brot ich freß, dess' Lied ich sing ...

So wird dann auch verständlich, warum die KL gerade hier so plötzlich mit der Drohung kommt, die ausgefallenen Gelder durch Kirchenaustritte anläßlich der Petri-Besetzung von den Pastor/inn/en einzutreiben:

Zum einen waren es sicherlich nicht die Ärmsten, die gerade die Besetzung von St. Petri zum Anlaß nahmen, ihr Kapital besser anzulegen. Und auf

von St. Petri zum Anlaß nahmen, ihr

Kapital besser anzulegen. Und auf solch gutes Geld mag auch die Kirche nicht gern verzichten. **Aber genau das bedeutet andersherum betrachtet eben auch, daß die KL sich ihren Kurs von denjenigen vorschreiben läßt, die derartige Basisaktivitäten zum Anlaß nehmen, aus der Kirche auszutreten. Deutlicher konnte sich die KL gar nicht selbst das Zeugnis eines getreuen Lakaien des großen Geldes ausstellen.**

3. Der erwähnte Brief fällt mitten in die Auseinandersetzung um die öffentliche Strauß-Gegnerschaft von Pastor/inn/en (s.letzten AK). Es ist von der KL sicherlich bezweckt, in diese erfreulich einheitliche Kirchenopposition Zwistigkeiten hineinzutragen. Und die kirchenamtlichen Formulierungen fordern geradezu Distanzierungen heraus: mit dem Vorwurf der „psychischen und interlektuellen Beihilfe" bei strafbaren Handlungen übernimmt der Klerus das Vokabular, das politische und juristische Vorgehen der westdeutschen Chefankläger in den politischen Prozessen. Die Geldstrafen und die in Aussicht gestellten Erhöhungen durch Verrechnung mit den Austrittsschäden zielen auf finanzielles Aushungern der Kirchenlinken ab. Schon gar nicht inhaltlich, auch nicht mehr durch Ignoranz oder offene Demagogie, sondern durch die vergleichsweise brutale materielle Drohung reagiert der Klerus auf ungeliebte Basisaktivitäten. All das soll bewirken, sich von den „Mittätern" der St.Petri-Besetzung zu distanzieren. Aber darin liegt auch eine Herausforderung an die Kirchenopposition, nämlich den Vorwurf der „psychischen und interlektuellen Beihilfe" positiv zu wenden und daran die Kungelei von Thron und Altar aufzudekken.

Und all das ist auch eine Herausforderung an die Anti-AKW-Bewegung: zu überprüfen, inwieweit die wohlklingenden Gesprächsangebote kirchlicherseits noch ernst zu nehmen sind; die Frage also zu beantworten, inwieweit die Kirche noch in's politische Kalkül unseres Kampfes gegen lebensbedrohende Entwicklungen einbezogen werden kann.

Kirchen-Kommission

Hungerstreik beendet

Nach zwei Wochen haben die Aachener Hausbesetzer ihren Hungerstreik am 1. Oktober abgebrochen. Sie wollten mit ihrer Aktion, die mit viel Sympathie in der Bevölkerung aufgenommen wurde, gegen die Stadtsanierung mit Bagger und Spitzhacke demonstrieren. Auch nach dem Hungerstreik versicherten die Besetzer, daß sie ihre Häuser nicht freiwillig räumen und betonten bei einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister der Stadt, daß sie auch entschlossen seien, Gesetzesübertretungen in Kauf zu nehmen, um ihre Ziele zu erreichen (FR, 2.10.). Daraufhin war der Oberbürgermeister „erschüttert" und sah auf solcher Basis keine Verständigungsmöglichkeiten mehr.

Die Besetzer konnten bisher mehr als 3.000 Unterschriften gegen den geplanten Abriß der Häuser, den geplanten Bau eines Parkplatzes und die Verbreiterung einer Straße sammeln. Ihr Protest hat die Wohnungsnot in Aachen deutlich gemacht: 20.000 Wohnungssuchende einerseits, über 70 leerstehende Häuser andererseits. Trotz dieser Zustände bereitet die Stadt die Zwangsräumung und den Abriß der Goerdelerstraße vor. Die Besetzer stellen folgende Forderungen:



- Mietvertrage für die instandbesetzten Häuser.
- Sofortiger Anschluß an die Strom- und Wasserversorgung.
- Instandsetzung und Vermietung aller leerstehender Häuser zu sozial tragbaren Mieten.
- Kein weiterer Verkauf städtischer Wohnhäuser, strenge Überwachung des Zweckentfremdungsverbotes; kein Abriß von Wohnhäusern!

Wohnungskommission

Punktsieg für Hausbesetzer

Hannover! Hausbesetzer, die Anfang des Jahres fast vier Monate lang ein Haus besetzt hielten, können jetzt einen schönen Erfolg für sich verbuchen. Über das Martinswerk, ein 1974 von der evangelischen Studentengemeinde gegründeter Verein, erhalten sie Wohnungen, die dem Martinswerk wiederum von der Stadt zur Verfügung gestellt wurden, unter der Bedingung, daß die Wohnungen von den künftigen Mietern wieder instandgesetzt werden. Es handelt sich dabei um bisher leerstehende Wohnungen, von denen es in Hannover einige Hunderte gibt. Daß nun ausgerechnet die Besetzer die ersten Mieter sein werden, schmeckt der Stadtverwaltung überhaupt nicht. Aber das Martinswerk ließ sich von Erpressungsversuchen nicht beeindrucken.

Allerdings hat die Sache doch noch einen Haken. In dem Fall nämlich, daß von den Wohnungen *„Gefahren oder unzumutbare Belästigungen für die Umwelt"* ausgehen, kann die Stadt fristlos kündigen (Zeit, 12.9.80).

Trotzdem: ein wenn auch unfreiwilliges Zugeständnis der „Stadtväter" an die Forderungen der Besetzer ist nicht zu verkennen.

Wohnungskommission

Besetzt!

Augsburg: 50 junge Leute besetzten eine alte Villa, machten sie wieder bewohnbar und wollen nun in angrenzenden Gebäuden Handwerksbetriebe einrichten. Die Stadt will auf dem Gelände Verwaltungsgebäude errichten und hat bereits mit Strafanträgen und der Räumung gedroht. (SZ, 10.9.80)

Westberlin: Bausenator Ristock ließ nachzählen und kam zu dem erfreulichen Ergebnis, daß in Westberlin, besonders in Kreuzberg, mittlerweile 225 Wohnungen instandbesetzt sind! Eigentlich kein Wunder, denn immerhin stehen in Westberlin 7.000 Wohnungen leer...

Dortmund: Eine Woche lang besetzte die Dortmunder Selbsthilfe (DSH) ein Haus, um es für ihre Arbeit - Betreuung von Menschen in Landeskrankenhäusern - zu nutzen. Wegen angeblich bautechnischer Mängel ließ die Stadt das Haus räumen und abreißen. (taz, 18.9.80)

Hessische AKW-Gegner besetzen die AKW-Standorte

Am Wochenende vom 19. bis 21. September besetzten die hessischen AKW-Gegner trotz kurzer Mobilisierungszeit von nur gut einer Woche sämtliche in Hessen vorgesehenen AKW-Standorte. Diese Aktion sollte mal wieder darauf aufmerksam machen, daß nach wie vor fieberhaft in Hessen nach dem Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage gesucht wird, obwohl das ganze im Wahlkampf jetzt mehr hinter den Kulissen geschieht. Die AKW-Gegner wollten damit gleichzeitig klarstellen, „*daß sich die Anti-Atombewegung nicht durch die praktizierten Polizeistaatsmethoden wie bei der Räumung des Gorlebener Anti-Atomdorfes oder bei den gefährlichen Hubschrauber-Attacken auf Atomgegner bei Biblis einschüchtern lassen wird*" (aus der Pressemitteilung der hessischen BI's).

Während die überregionale Presse das Thema lieber nur am Rande behandelte, fanden die Aktionen in der Lokalpresse positive Resonanz.

Wölfersheim:

AKW-Gegner u. a. aus Butzbach, Friedberg und Bad Nauheim zogen zunächst in einem Demonstrationszug durch Wölfersheim und verteilten „Bürgerinformationen". Als sie vor dem Braunkohlekraftwerk der PREAG (zukünftiger Betreiber auch des AKWs) zu einem Gespräch vorgelassen werden wollten, wies sie schon gleich der Pförtner ab, nahm aber dennoch die schriftliche Petition gegen das geplante AKW entgegen.

Auf dem Standortgelände angekommen, errichteten sie eine kleine Zeltstadt und einen Informationsstand. Auf einem Zelt war groß zu lesen: Anti-AKW-Dorf. Mit der Ankündigung, in der nächsten Zeit eine Reihe von „breiten Informationsveranstaltungen" zu machen, wurde am Sonntag nach zwei Tagen Besetzung das Dorf wieder abgebaut. Die „Frankfurter Rundschau" — „FR" weiß zu berichten: „*Wenngleich Kraftwerksdirektor Gerd Haug noch vor drei Monaten auf Anfrage der FR verlauten ließ, von Protesten lassen wir uns ‚nicht schrecken', war ihm am Wochenende der Schreck offensichtlich doch gehörig in die Glieder gefahren, als er spontan äußerte: Das muß ich erstmal verkraften*" („FR", 22.9.80).

Leun:

Hier machten die Wetzlarer, Gießener und die Leuner AKW-Gegner eine gemeinsame Aktion: Einleitend veranstalteten sie am Freitag eine Informations/Diskussionsveranstaltung mit einem Ministeriumsvertreter (Dr. Schier), der für die Betreiber als „Sicherheitsfachmann in Sachen AKWs" gilt und u. a. Hirsch vom Öko-Institut. Nachdem Schier zu Beginn der Veranstaltung einen Unfall in Harrisburg „fachmännisch" leugnete, fehlten ihm nach einiger Zeit buchstäblich die Worte, um den Argumenten der AKW-Gegner noch etwas entgegenzusetzen.

Nach der Veranstaltung ging es dann gutgelaunt zum zu besetzenden Gelände, wo ebenfalls ein Dorf errichtet wurde.

Runkel:

Die Standort-Bi Runkel beteiligte sich ebenfalls an der Besetzung in Leun und errichtete auf dem eigenen Standort zusätzlich eine große Bretterwand, auf der sie ausführlich die „Vorzüge" der Atomenergie für die Menschen darstellte.

Kirchhain:

Mit Unterstützung der BI Marburg führte die Kirchhainer BI (inzwischen über 350 (!!) Mitglieder) am Samstag einen Informationstag auf dem Standortgelände durch. Während einer Platzbegehung wurden an den Begrenzungspunkten riesige Luftballonbündel an 50 m langen Schnüren in die Luft gelassen. So konnte man/frau auch aus etlichen Kilometern Entfernung sehen, wo zukünftig nach dem Willen von Karry und Börner AKW-Kuppeln und -Kühltürme in die Luft ragen sollen.

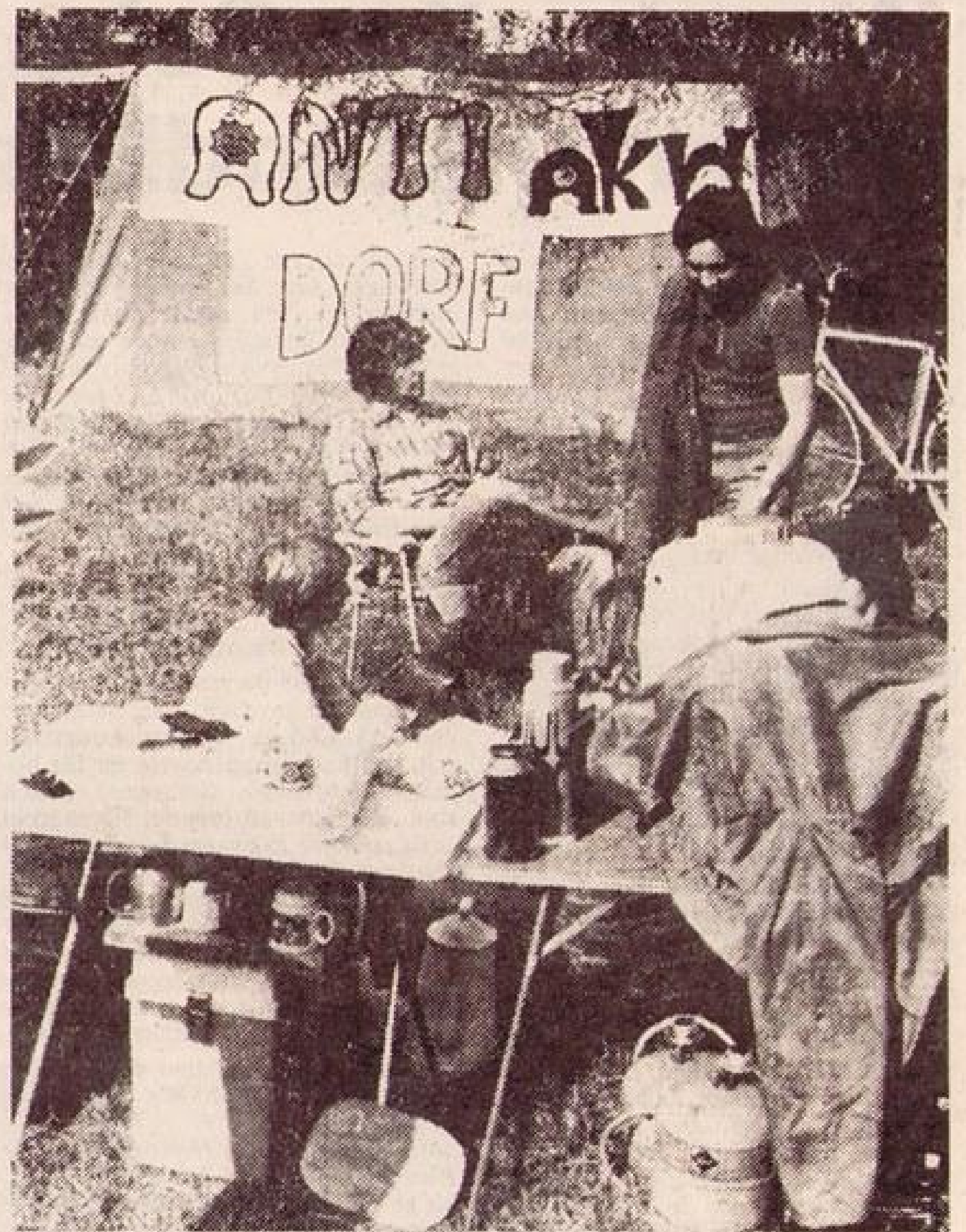
Mecklar:

Auf dem Platz bei Mecklar wurde vor allem von Mecklarern und Bad Hersfelder AKW-Gegnern ein Anti-Atom-Dorf aus Zelten errichtet. Die Bevölkerung Mecklars versorgte die Besetzer mit Lebensmitteln. Auf einer Infowand konnte sich jede(r) über die bisherigen Aktivitäten der BI Mecklar informieren.

Trebur:

Ebenfalls mit einem Zeltdorf wurde das dortige Standortgelände besetzt. Neben der AGU-Trebur beteiligten sich auch Judos und Jusos an den Vorbereitungen.

In einem Gästebuch konnten sich die Besucher des Dorfes eintragen, was wegen des großen Besucherstroms aber nur zum Teil realisiert werden konnte. Selbst Vertreter von SPD, CDU und FDP besuchten den Platz, um ungewöhnlicherweise ihre Solidarität auszudrücken. Vereinzelt ließen sich sogar Bundestagskandidaten dieser Parteien entschuldigen, daß sie nicht teilnehmen konnten. Zweifellos wird da eine Menge Wahlkampf dahinterstecken, aber auch in Nicht-Wahlkampfzeiten haben sich die Parteien auf Kreisebene schon öfter hinter die BI gestellt.



Anti-AKW-Dorf Wölfersheim

In BORKEN, EDERMÜNDE und MAINFLINGEN / MAINHAUSEN wurden ebenfalls Anti-AKW-Dörfer auf den im Standortsicherungsplan vorgesehenen Plätzen errichtet.

Auf dem STAUDINGER Gelände machte die BI östlicher Untermain eine Info-Ausstellung und wies mit kleinen Demonstrationsobjekten auf alternative Energiequellen hin.

Das Gelände FRANKFURT-FECHENHEIM ist ohnehin schon seit vielen Wochen besetzt (siehe AK 182 Seite 9).

Lediglich an einem der zwölf geplanten Standorte, in LEEHEIM, fand keine Besetzung statt. Dafür machte die BI aber einen Info-Stand im Ort und schloß sich so auch der landesweiten Aktion an.

Die Polizei mischte sich übrigens bei keiner der Aktionen ein.

Wh., KB/Gruppe Marburg

Sozialliberale Kahlschlagpolitik:

Nach gewonnener Wahl sollen 3 Millionen Bäume fallen

Die Räumung des von der BI gegen die Flughafenerweiterung besetzten Geländes am Frankfurter Flughafen und der Baubeginn der Startbahn West stehen unmittelbar bevor. Setzt sich die hessische Landesregierung mit dieser geplanten Maßnahme durch, so würde dies die größte Waldvernichtung in der Geschichte der BRD bedeuten !

Nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel bei seinen Verhandlungen am 9. und 10. September sämtliche Beweisanträge der Ausbaugegner ablehnte, wird jetzt die Entscheidung des Gerichts über die von Wirtschaftsminister Karry beantragte „sofortige Vollziehbarkeit" des Baubeginns für die nächsten Tage erwartet.

Dabei haben Landesregierung und Verwaltungsgericht ein für sie günstiges Timing gewählt. Die brutale Räumung und Abholzaktion wird voraussichtlich kurz nach den Bundestagswahlen stattfinden. Für diesen Tag X sind alle Ausbaugegner von der BI aufgerufen, auf den besetzten Platz zu kommen und die Schutzhütte der BI zu verteidigen.

Die Verhandlung des Verwaltungsgerichts war — wie schon vorher abzusehen — eine totale Farce. Verhandelt wurde lediglich über die Frage, ob das Prognosegutachten, das 1969 (!) erstellt wurde und zu Karrys Planfeststellungsbeschluß über den Bau der Startbahn West vom 23. März 1971 führte, vom damligen Gesichtspunkt her ordnungsgemäß erstellt worden ist.

Dabei wurde nicht untersucht, ob der geplante Bau der Startbahn heute noch notwendig ist, sondern es wurde „geprüft", ob „*unter dem Kenntnisstand der sechziger Jahre* (!) *zwei und drei richtig zusammengezählt wurde*" („Frankfurter Rundschau" — „FR", 16.8.80).

Wie falsch dieses Gutachten aus dem Jahre 1969 ist, belegt die Tatsache, daß damals mit 350.000 Flugbewegungen für 1978 gerechnet wurde, es dann aber nur 220.000 waren. Darum jedoch geht es bei diesem „Prozeß" gar nicht.

Alle Anträge der Ausbaugegner, neue Gutachten einzuholen, die die jetzigen Bedingungen berücksichtigen würden (insbesondere die verheerenden ökologischen Auswirkungen), wurden abgelehnt.

Mit keinem Wort wurde auch auf das sehr aktuelle Gutachten des englischen Experten Ted Hooton eingegangen. Denn aus seinem Gutachten geht deutlich hervor, daß 1985 die Kapazität des Frankfurter Flughafens m i t der neuen Startbahn etwa 51 Flugbewegungen pro Stunde, o h n e die neue Startbahn etwa 50 Flugbewegungen betragen würde!

„*Für die eine Flugbewegung sollen 3 Millionen Bäume abgeholzt und der Erholungsraum einer ganzen Region zerstört werden*" (aus BI-Info Nr. 6). Hinzu komm t noch, daß die Lufthansa ca. 25 % ihres Betriebes vom Frankfurter zum Münchner Flughafen verlegen will!

„*Wir sind nach den vielen Jahren ständiger Verweigerung durch die politisch Verantwortlichen dieses Landes nicht mehr bereit, uns auf das Verfassen von Resolutionen und das Formulieren von verbalen Protesten zu beschränken. Wir sind vielmehr fest entschlossen, das Gesetz des Handelns in die Hand zu nehmen und werden die geeigneten Schritte zur Wahrung unserer berechtigten Lebensinteressen selbst bestimmen*", schreiben 83 Naturschutzorganisationen aus dem Rhein-Main-Gebiet. In einem „Offenen Brief" an Ministerpräsident Börner und die Abgeordneten des Hessischen Landtags fordern sie die Absetzung von Wirtschaftsminister Karry (FDP) und die Einberufung einer Sondersitzung des Hessischen Landtags. Vergeblich jedoch; denn der Bau der Startbahn West ist und bleibt eine Gemeinschaftsproduktion a l l e r im Hessischen Landtag vertretenen Parteien.

Der Vorstand des FDP-Ortsverbandes Mörfelden-Walldorf trat — wie angekündigt — geschlossen zurück. Trotzdem führen sie Bundestagswahlkampf für die FDP, obwohl sie zunächst angekündigt hatten, sich nicht daran zu beteiligen! (Siehe AK 182.) Auch vom Rücktritt des FDP-Wahlkreiskandidaten ist bislang nichts zu hören gewesen, obwohl er dies angekündigt hatte, falls Karry nicht bis zum 15.9. zurückgetreten sei.

Hier wird deutlich, daß den großen Tönen der Kommunalpolitiker kaum etwas folgt.

Kurt Oeser, Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche und SPD-Sprecher von Mörfelden-Walldorf, ist schwer enttäuscht über das Ergebnis der Gerichtsverhandlung. Hatte er noch Ende März 1976 nach einem Beschluß des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes gesagt, „*nach diesem Beschluß und nach meinem persönlichen Eindruck wird diese berühmte Startbahn West niemals gebaut werden*" („FR", 1.4.76), scheint er sich heute bereits damit abgefunden zu haben, daß dasselbe Gericht heute zu einem anderen Ergebnis kommt.

Er wäre wohl auch kein Sozialdemokrat, würde er nicht jetzt noch immer für die Integration der Protestbewegung plädieren: „*Wir dürfen die Bürger, insbesondere die jungen Bürger nicht allein lassen. Denn wenn sich diese im Stich gelassen fühlen* (!), *wird sich eine Entwicklung einer gewissen politischen Radikalisierung nicht aufhalten lassen*". Und weiter heißt es in der „FR" über Oeser: „*Die Bürger, die sich bisher vorbildlich verhalten hätten, könnten in den Sog von Kräften und Gruppen kommen, die es auf Konfrontation anlegen*" („FR", 13.9. 1980).

So begrüßenswert und positiv der Kampf der Mörfelder SPD und von Pfarrer Oeser gegen die Startbahn West auch sein mag, so schädlich und in letzter Konsequenz verhängnisvoll ist ihr Versuch, die Protestbewegung auf i h r e Vorstellunen des Widerstands festzulegen. Dieses typische SPD-Verhalten — sich an die Spitze des Protestes zu setzen und dann zu bremsen, wenn es darum geht, Volldampf zu machen — dieses typisch sozialdemokratische Verhalten spaltet die Protestbewegung in die „vernünftigen" Bürger und diejenigen, die „es auf Konfrontation anlegen".

(Wobei die Frage erlaubt sei, ob damit auch schon die Naturschutzorganisationen gemeint sind, die vom Formulieren von Protestschreiben und Resolutionen die Schnauze voll haben.)

Sollten also die kommunalen SPD- und FDP-Politiker diese Spaltung vollziehen, wäre der Landesregierung in ihren Plänen sehr geholfen. Dann allerdings sollen sie sich nicht wundern, wenn bei den Anfang 1981 anstehenden Kommunalwahlen eine Anti-Startbahn-Liste auftritt, die durchaus SPD und FDP einige Ängste einjagen könnte.

Der Tag X

Die Landesregierung und der Hessische Verwaltungsgerichtshof tun alles, um die Entscheidung über den „sofortigen Vollzug" des Baubeginns so zu timen, daß der Protest möglichst gering bleibt.

So deutet alles darauf hin, daß die Landesregierung den voraussichtlichen Bundestagswahlerfolg der sozialliberalen Koalition dazu nutzen will, die unpopuläre Maßnahme des Baubeginns durchzusetzen.

Börner hat bereits angekündigt, wie er die Menschen, die aus Angst vor Strauß doch noch die korrupte SPD gewählt haben, verarschen will. Kürzlich behauptete er, die SPD-Wähler der letzten Landtagswahlen „*hätten der Landesregierung auch ihre Stimme für dieses Projekt* (Startbahn West; Anm. AK) *gegeben*" („FR", 18.9.80). Echt pervers, diese Argumentation, aber etwas in dieser Richtung könnte er auch nach dem 5.10. vonsichgeben.

Die Abholzung der 3 Millionen Bäume und die Räumung des besetzten Platzes wären durchaus mit dem Bürgerkriegsmanöver der Polizei- und BGS-Truppen bei der Räumung der „Freien Republik Wendland" vergleichbar. So rechnet die BI auch mit mehreren tausend Polizisten und BGSlern für den Tag X.

Ähnlich wie in Gorleben hat sich die BI auf ein „gewaltfreies" Konzept geeinigt. Da der zu zerstörende Wald jedoch ein riesiges Gelände ist, werden sich die Widerstandsaktionen nicht nur auf den Schutz der BI-Hütte konzentrieren. Die BI will auch die Abholzung des kostbaren Waldes durch Behinderungsaktionen verhindern.

Scheint die Entscheidung über einen Baubeginn auch unmittelbar bevorzustehen, so ist der Kampf gegen die Realisierung des Baus der Startbahn West noch lange nicht zuende.

KB/Gruppe Frankfurt, 1.10.80

Demonstration für die Stillegung des AKW Brunsbüttel

Am 4.10. trafen sich 1.000 AKW-Gegner auf dem Marktplatz von Brunsbüttel und zogen mit einer Demonstration durch die Stadt. Sie forderten die sofortige Stilllegung des Katastrophenreaktors und den Stop des Bonner Atomprogramms. Aufgerufen hatten Bürgerinitiativen aus Schleswig-Holstein, der Umweltschutzverband Schleswig-Holstein, der Landesverband der Grünen u.a. Für die Grünen war dies die zentrale Aktion zu den Bundestagswahlen.

Im Anschluß an die Demo riefen einige Gruppen noch zu einer „Mastbesichtigung" auf.

Interview mit Angelika Kammrad vom »Anachronistischen Zug«

Dieses Interview mit Angela Kammrad vom Sekretariat „Brecht statt Strauß" entstand während des Aufenthalts des „Anachronistischen Zuges" in Hamburg. Zu diesem Zeitpunkt war der „Anachronistische Zug" insgesamt schon weit mehr Stunden von der Polizei festgehalten worden – zuletzt fünf Stunden unmittelbar vor der Hamburger Aufführung in dem Waldstück „Bullenberg" bei Itzehoe – als die nur kurzzeitig inhaftierten Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann" nach dem Münchner Attentat. Zu diesem Zeitpunkt – sechs Tage vor dem geplanten Ende des Zuges in Bonn – hat uns in den Gesprächen mit Mitgliedern des Zuges am meisten die unbedingte Zuversicht beeindruckt, es bis Bonn zu schaffen, und sei es zu Fuß.

Frage: Kannst Du erzählen, wie es zu dem Zug kam, wie die Idee zu diesem Zug enstanden ist und wie alles angefangen hat.

A.: Nach dem ,,Anachronistischen Zug'' anläßlich der Wahl von Carstens zum Bundespräsidenten wurde ja eine Bilddokumentation (,,Deutsches Bilderbuch'') über diesen Zug gemacht. In diesem Bilderbuch — also bereits auf der Buchmesse 1979 — war die Idee angesprochen, diesen Zug in einer ganz anderen Weise, in einer ganz anderen Qualität erneut aufzuführen und zwar aus Anlaß der Kanzlerkandidatur von Strauß, die ja einiges zeigt über die Zustände hier in unserer ,,Demokratie'': daß es überhaupt möglich ist, daß dieser Mann sich zum Kandidaten aufstellt.

Und diese Idee wurde dann sehr lange, sehr breit diskutiert, mit einzelnen demokratischen Persönlichkeiten, in Gewerkschaftskreisen, also von meiner Seite vor allen Dingen, bis dahin, daß am 11. Juni 1980 ein Aufruf von 56 Persönlichkeiten dazu herausgekommen ist, die Menschen sich drum herum gesammelt haben, die Darsteller zusammengekommen sind und so.

herausgekommen ist, die Menschen sich drum herum gesammelt haben, die Darsteller zusammengekommen sind und so.

Frage: Kannst Du noch etwas dazu sagen, wie die Truppe sich zusammengefunden hat. Einige ziehen ja drei Wochen durch die Lande und haben doch sicher erhebliche Einbußen dadurch. Wie ist die Moral jetzt nach zwei anstrengenden Wochen?

A.: Also es schaut so aus, daß das eine sehr bunte Mischung ist hier, von Arbeitern, im Moment wohl keine Schüler, Studenten, Hausfrauen — weiß der Teufel. Und die Zusammensetzung ist auch so, daß die verschiedenen Organisationen und Parteien oder Parteilose oder Christen sich hier zusammengefunden haben. Zum Teil geht das zurück auf Menschen, die den letzten Zug mitbekommen haben, deswegen erneut angesprochen wurden oder sich bei mir gemeldet haben. Zur Moral der Leute hier: Die ist nach wie vor sehr gut, also man muß eines sagen, daß der Zug einerseits ja nun wirklich beweist, was er beweisen will — und zwar genau aufgrund der Reaktionen der Staatsgewalt diesem Zug gegenüber, die alles tut, um zu verhindern, daß die ,,Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes'', die wir ja darstellen, um zu warnen, vor dem, was sich hier zusammenbraut, von irgendjemand gesehen wird. Das ist also zu heiß, was wir da machen, und bei diesen ganzen Zensurmaßnahmen und Behinderungen ist es natürlich so, daß der Widerstandsgeist und unser Zusammenhalt wachsen. Wir tun hier innerhalb dieser 250 Menschen etwas, was es im großen Rahmen in der Bundesrepublik noch nicht gibt. Nämlich wir arbeiten über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg zusammen. Deswegen werden wir es auch schaffen, nach Bonn zu kommen.

Frage: Ein Kunstwerk in dieser Weise auf die Straße zu tragen, ist m.W. ziemlich neu in der Bundesrepublik. Wie seht Ihr — Ihr seid ja auch Schauspieler und Theaterleute, die diesen Zug initiiert haben — die Funktion einer solchen eingreifenden Kunst, und wie kommt es, daß Ihr diesen Zug in dieser für die Linke doch ungewöhnlichen Weise umgesetzt habt?

A.: Wenn man sich das Gedicht von Brecht anguckt, ,,Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy'' und sich überlegt, wenn man davon begeistert ist, wie man das aufführen soll, gibt es in der Tat nur die e i n e Möglichkeit, nämlich diesen Zug wirklich zu machen. Nur, in Bonn haben wir das zu Fuß gemacht, der hatte politisch auch etwas einen anderen Inhalt, aus einem anderen Anlaß heraus; und in dem Moment, wo du sagst, du willst das in der ganzen Bundesrepublik zeigen, kannst du nur noch Auto fahren. Diese Fahrzeuge tragen allesamt einen ganz bestimmten Charakter, sie tragen dazu bei, daß bestimmte Menschen, Personengruppen, Institutionen 1980 gut charakterisiert werden. Wir haben deswegen Bundeswehr-Unimogs genommen, wir haben deshalb einen Cadillac dazwischen und einige dicke Mercedes.

Zu unserem Kunstverständnis: Wie soll man das sagen – die Kunst wird hier verwendet, um zu helfen, Menschen zum Nachdenken zu bringen. Es ist also ein ganz wichtiges Mittel, wenn man will, ein Kampfmittel.

Frage: Speziell um die Anerkennung des Zuges als Kunstwerk hat es ziemlich lange Auseinandersetzungen gegeben, die bis heute nicht abgeschlossen sind. Wie würdest Du diese Angriffe bewerten, gegen was richten sich diese Angriffe, gegen welche Art von Kunst richten sich diese Angriffe, die sich vom Münchner Landgericht über das Kassler Gericht bis heute hinziehen?

A.: Das Problem jeder Rechtsprechung in der Bundesrepublik ist, daß sie davon ausgeht, Kunst sei unpolitisch oder hiernlos: alles — du weißt gar nicht, was das soll — kann als Kunst gelten. In dem Moment, wo Kunst politisch wird, kommen sie hier durcheinander, da stehen sie Kopf mit ihren Gesetzen, es haut nicht hin: Kunst hat unpolitisch zu sein. Jetzt ist das natürlich in höchstem Maß politische Kunst. Diese demokratische, antifaschistische Kunst auch unter die grundgesetzlich garantierte Freiheit der Kunst (Artikel 5 GG) fallen zu lassen, da stehen sie natürlich auch Kopf, es ist ihnen nicht so ohne weiteres möglich, da kommen sie halt dann daher: ,,Nein, es scheint uns eher eine Demonstration oder Versammlung zu sein.'' Und das war die

teres möglich, da kommen sie halt dann daher: ,,Nein, es scheint uns eher eine Demonstration oder Versammlung zu sein.'' Und das war die

Auseinandersetzung. Weil natürlich in dem Moment, wo du die Freiheit der Kunst in Anspruch nimmst, hast du natürlich ganz andere Probleme, als wenn sie dich als Demonstration betrachten und sagen: ,,Keiner darf Masken tragen.'' Das heißt also, alle unsere Darstellungsformen oder Transparente mit Stangen über 2 cm Durchmesser usw. werden unter dem Gesichtspunkt der Demonstration betrachtet. Das heißt, unsere ganzen Aufbauten wären überhaupt unmöglich, die ganze Darstellung wäre völlig unmöglich. Das haben sie versucht als erstes, uns als Demonstration zu behandeln, wobei es dann mehrere Gerichtsurteile allein schon in Bayern gab, und es kommen immer wieder Bundesländer daher, die es immer noch nicht gemerkt haben, daß dieses Kunstwerk als Kunstwerk bereits anerkannt ist. Von Bundesland zu Bundesland warten wir auf die Anerkennung als Kunst. Das ist Föderalismus.

Frage: Ihr seid ziemlich bewußt auch mit dem offenen Zug durch flache Land gefahren, weitab der großen Städte. Ich habe schon gehört, daß es dort in der Bevölkerung Polarisierungen gegeben hat, und auch Ausbrüche verhetzter Stimmung, gezielte Versuche, den Zug zu stoppen, ihn mit Jauche zu bewerfen. Kannst Du Deine Eindrücke davon erzählen, wie der Zug auf dem flachen Land gewirkt hat, wo es keine organisierten linken Kräfte gibt.

A.: Der Zug hat sicher polarisierend gewirkt. Der Zug hat in diesen Dörfern und Kleinstädten sicher zu ungeheuren Diskussionen geführt, wo wir durchgekommen sind. Und die Geschichte, daß eine Bierdose geflogen ist oder ein Bauer seiner Wut nicht anders Ausdruck verleihen konnte, als mit Jauche auf uns loszugehen, das ist die eine Seite. Die andere Seite, was wir erlebt haben, ist folgendes: Immer wenn wir Zwangsaufenthalt hatten, durch die Polizei mal wieder irgendwo im Wald oder kurz vor Dörfern festgehalten wurden, dann haben sich andererseits Menschen gezeigt, junge Leute, ältere Leute, die meinten: ,,Mensch, das ist doch der Zug aus der Tagesschau!'' Was, den gibt's wirklich? Was, der steht jetzt hier? '' ... Also, das ,,Weltgeschehen'' ist so zu ihnen ins Dorf gekommen. Die haben dann Vorschläge gemacht, wie: ,,Ihr müßt halt einfach alle 10 km tanken, damit wir Euch sehen.'' Das ist ungeheuer gut, wenn wir das in Dörfern hier haben. Das ist die andere



Darsteller des Anachronistischen Zuges bei ihrer unfreiwilligen Pause kurz vor Hamburg. Polizei und Staatsanwaltschaft wollten dem Herren (rechts im Bild) die Lederjacke ausziehen, weil dort das Konterfei von F.J. Strauß mit der Losung umrahmt war „Meine Ehre heißt Treue".

Darsteller des Anachronistischen Zuges bei ihrer unfreiwilligen Pause kurz vor Hamburg. Polizei und Staatsanwaltschaft wollten dem Herren (rechts im Bild) die Lederjacke ausziehen, weil dort das Konterfei von F.J. Strauß mit der Losung umrahmt war „Meine Ehre heißt Treue".

Seite der Reaktion: sehr viel Anerkennung, daß wir gerade es wagen, aufs Land raus zu gehen. Und wir hatten ungeheuer schöne Diskussionen gerade auch mit Bauern, die gegenüber den Städtern ihre Probleme auch darlegen, wie sie von hinten bis vorn beschissen werden. Gute Dinge sind da passiert, sehr gute Dinge ...

Es hat sich gelohnt, über Dörfer und Städte zu fahren, die Politik dort nicht weg zu lassen, oder vor allen Dingen, diese Menschen dort nicht den Ortspfarrern, CDU und CSU zu überlassen, eben hinzugehen.

Frage: Noch einmal zu den Behinderungen. In Bayern hat wohl die CSU ihre Anhänger mobilisiert, in anderen Bundesländern waren die Behinderungen etwas anderer Art, aber im Prinzip liefen sie wohl auf dasselbe hinaus. Siehst Du hier einen prinzipiellen Unterschied zwischen den einzelnen Bundesländern, seien sie nun CSU-, CDU- oder SPD-regiert?

A.: Also in Bayern war es hauptsächlich die Landesregierung, das bayrische Innenministerium, es waren nicht in der Hauptsache CSU- und JU-Mitglieder, die uns da gestört haben. Es war ungeheuer lustig, ehrlich gesagt, und zwar aus dem Grund, weil die JU in eine Rolle gedrängt war, die sie sonst immer den Linken zubilligt, wie es auch manchmal wirklich ist, wenn wir in der Minderheit sind, bei Strauß-Kundgebungen oder so. S i e standen da mit mickrigen Transparenten, fünf Leute, brachten ihren Protest dar, also die Rollen haben sich vertauscht, worauf natürlich den Figuren in unserem Zug, die ja zur ,,Sammlungsbewegung'' gehören, nichts anderes übrig blieb, als eben die JU-Mitglieder in die DDR oder ,,nach drüben'' zu schicken, wenn sie Protest üben wollen. Es war wunderbar. Es hat uns sehr viel Spaß gemacht, und offenbar hat die CSU und CDU zentral Transparente hergestellt, nämlich: ,,Dieser Zug wird unterstützt von SPD-Mitgliedern, FDP-Mitgliedern, Kommunisten''. Da kann ich nur sagen: Wunderbar! Richtig, wenn die das verbreiten! Stimmt! — Die sind nicht weit gekommen mit ihrem Protest.

Was anderes war der Pfarrer Völck, der in Sonthofen, ein Mann, der ja sonst auch bei der HIAG spricht — das hat sich dann später herausgestellt —, der seine Schau dort haben mußte und der auch heute noch unheimlich hochgepuscht wird von der ,,Welt'', vom ,,Bayernkurier'' und sonst was alles. Aber da muß man auch sagen, daß sich Protest von Seiten anderer Pfarrer aufgetan hat, denen das peinlich wurde, was da gelaufen ist.

Dann zu den anderen Bundesländern. Es steht einwandfrei so, daß jedes Bundesland so seine Pikanterien hat. In Bayern war das knallhart, jeden Tag, irgendwo sind wir gehangen, festgehalten worden, Beschlagnahmungen, Gerichtsprozesse, Tod und Teufel. Dann kamen wir nach Baden-Württemberg, was haben wir dort erlebt? Beschlagnahmungen. Dann kamen wir nach Hessen, ja was war los: In Hessen kamen sie schließlich aus dem Lernen von den vorhergehenden Bundesländern auf die Idee, zu sagen: Naja, beschlagnahmen tun wir nicht unbedingt, aber die kriegen alle ihre Routen nicht; die dürfen nicht mehr über die Dörfer und Städte fahren, die jagen wir am liebsten über die Autobahn. Sie wollten uns um alle Städte herumführen. Deswegen standen wir ja auch eine halbe Nacht auf dem Römerberg. Wir haben uns einfach nicht mehr weiterbewegt. Dann Niedersachsen mit der besonderen Pikanterie, der Kolonne auf der Straße den Polizeischutz zu entziehen. Niedersachsen fing an, mit Menschenleben auf der Straße zu spielen. Diese Kolonne ist drei Kilometer lang. Wenn da kein Polizeischutz da ist, dann bedeutet das Menschenleben. So ein ,,Spielchen'' haben die mit uns getrieben. Schleswig-Holstein, nun, das war unser 5-Stunden-Aufenthalt gestern; Schleswig-Holstein hat reagiert auf die Öffentlichkeit im Moment, da eindeutig ist, daß das Attentat von München ein faschistischer Überfall war, und hat deswegen natürlich doppelt und dreifach versucht, genau an der Stelle im Zug, wo diese Banden benannt sind, hinzuschlagen. Deswegen hingen wir ja fünf Stunden (im Waldstück: ,,Bullenberg'' bei Itzehoe, wo vor der Hamburger Aufführung der Zug gestoppt wurde). Nun sind wir in Hamburg, und ich muß ehrlich sagen, bevor ich nicht durch irgendwas durch bin, geb' ich keinerlei Auskunft, ob ich denke, daß es hier gut geht.

Man muß aber auch sagen, daß Kiel eine Ausnahme war, auch vom Ordnungsamt her, ich denke, das waren Menschen von der SPD, die eher etwas Panik hatten, das über die Bühne zu bringen. Franz Josef Strauß war ja da gleich hinter uns, nur 100 Meter weiter, und dort wurden wir nicht schikaniert. Da ist es einigermaßen gegangen. Und Hamburg: Noch sind wir nicht draußen ...

Es hat jeder seine Chance, jeder hat seine Chance, an diesem Zug zu beweisen, auf welcher Seite, wo und wie er steht. Das ist unsere Einstellung zu der Sache. Wir geben diese Chance jedem.

Frage: Ich habe gehört, daß auf dem Frankfurter Römer zum ersten Mal etwa 100 Neonazis aufgetaucht sind. Gibt es aus der Richtung Drohungen gegen den Zug, Erfahrungen, daß solche Schlägerbanden und ,,Wehrsportgruppen'' sich des Zugs annehmen wollen?

A.: Also, mir ist das nicht bekannt, daß auf dem Römer Neonazis waren — aber aus München ist es mir bekannt. In Frankfurt war folgendes los: Es gab Provokateure darunter noch und noch, und es war die Frage, wie wir das wirklich über die Bühne bringen. Das war ganz eindeutig, da wurde nur gewartet auf einen Knall. Aber es ist so, wir haben die besseren Nerven, es kam nicht zur Provokation, die sind abgelaufen, die Jungs da, die sind mit der Knarre im Hosenbund da rumgelaufen, die bekannten Menschen von der politischen Polizei, und vom Kriminalkommissariat, Wasserwerfer waren da und sonstwas. Nur, die dürfen uns nicht unterschätzen, wir lernen sehr viel aus den Maßnahmen da, provozieren tut uns so leicht keiner. Und was da war in München, in München war's brutal, da ist die JU, da sind wirklich solche Gruppen auch rumgelaufen. Die CSU wollte in der Tat ,,demonstrieren''. Aber auch dort hatten wir die besseren Nerven.

Frage: Ihr seid Strauß ja nun schon dreimal auf Eurem Weg direkt begegnet. Kannst Du die Situationen mal schildern. Es war ja wohl mindestens einmal sehr lustig?

A.: Das eine Mal war in Regensburg, wo zwei oder drei Stunden später Franz Josef Strauß auf demselben Platz sprechen mußte, auf dem wir waren. Er mußte in seiner Rede dann auch darauf eingehen, und es wird ihn sicher ärgern, so mit seiner Sammlungsbewegung konfrontiert zu werden. Es war dann so, daß bei Landsberg (ehemals Ort des alliierten Kriegsverbrechergefängnisses für Prominente wie Flick u.a. — Anm. AK) unsere Kolonne einen riesengroßen CSU-Bus sah; und wir freuten uns alle über diese Konfrontation: Zug und

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

CSU-Bus. Wir erfuhren später aus der Zeitung, daß es der arme Franz Josef Strauß war, der wegen uns anhalten mußte, und wir bangen ein wenig um die Karriere des Polizisten, der uns die Vorfahrt gegeben hat. Ich glaube, daß es dem nicht gut geht. Und das dritte Mal war dann in Kiel, wo er da auch kurz hinterher gesprochen hat.

Frage: Das vierte Mal wird ja dann in Bonn sein, und hoffentlich wird es da wie bisher: immer der Zug vorneweg und mit Vorfahrt!

A.: Wir haben natürlich geplant, in Bonn eine Aufführung zu machen, und wir hoffen auch, daß die Demonstration recht groß wird. Im Moment ist es in Bonn so, daß wir den Hofgarten nicht bekommen, da ist schon wieder Tod und Teufel los, sondern man will uns auf den kleinen 08/15-Münsterplatz stecken. Nun ist es ja so, daß gleichzeitig über den Zug ein Film gedreht wird und wir tatsächlich höchsten Wert legen auf die historischen Bezugspunkte, die wir suchen mit dem Zug — als ein Teil seiner Bühne und des Spiels; und ein solcher Punkt ist der Hofgarten, und da sagt halt die Universität: „Nein". Die Universität hat letztes Jahr zu Frau Hiob gesagt: „Kein Staatsstrom für Staatsfeinde", als sie das Gedicht sprechen wollte. Ihre Stellungsnahme ist natürlich dieses Jahr nicht anders. Das gilt es noch auszufechten.

Frage.: Gestern während des Zuges habe ich mich mit einem Mitglied der im Zug dargestellten „Wehrsportgruppe" unterhalten, ihn auf das Attentat von München angesprochen, und Euer Darsteller hat mich in echter Hoffmann-Manier angemacht, so in der Art „Geh' doch nach drüben, Kommunistenschwein". Kannst Du sagen, wie sich das Verhältnis von eigener Überzeugung der Schauspieler selbst und ihrer Rolle darstellt, welche Dinge da ablaufen, wie diese Spannung zwischen Rolle und Darsteller gelöst wird?

A.: Es ist für unsere Darsteller zum Teil furchtbar schlimm, diese Rollen zu spielen. Man merkt auch, wie furchtbar widerlich es ihnen ist, aber es ist tatsächlich auch so, daß in dem Maße, wie sie wirklich die Argumentation auch von dieser Sammlungsbewegung, von diesen Ärzten und weiß der Teufel was, was sich im Zug da befindet, übernehmen, daß in dem Maße in den Städten und auf den Straßen gegenüber den Menschen diese unheimlich gezwungen werden, Positionen zu ergreifen, wenn sie jemand anfährt. Es ist schon passiert, daß da CSU-ler in die linke Ecke abgedrängt wurden, fix und fertig waren und nichts mehr sagen konnten, eben weil sie in die DDR geschickt wurden und „nach drüben" und völlig perplex waren, und erst nach fünf Autos drauf kamen: „Aber da müßt doch I h r hin — das stimmt doch alles nicht!" So verdrehen sich dabei die Rollen, und die werden

dabei die Rollen, und die werden

dadurch in die Enge getrieben. Das hat sehr gute Auswirkungen, auch wenn das Reaktionäre sind, die so argumentieren, oder Menschen, die dazwischen stehen, — die müssen sich wirklich überlegen, was sie jetzt sagen, und das merken die auch genau. Aber schön ist das für unsere Schauspieler wirklich nicht. Das ist aber nur die eine Seite.

Die andere Seite ist, daß immer bei Beschlagnahmungen oder auch sonst auf den langen Wegen und so, entwickelt sich bei den einzelnen Strophen ein sehr schönes Eigenleben. Unsere Künstler haben künstlerische Vorstellugen während der Fahrt, wobei man dann die Richter und die Schwarzen Sheriffs übern Wagenrand spicken sieht, diese Vorstellungen sind immer für die vorher- und dahinterfahrenden Wagen, die dann Beifall klatschen, während wir fahren und so, und es ist auch so, daß unsere Richter Urteile fällen ... Aber das geht nun wirklich nicht, daß ich das fürs Interview erzähle...

Frage: Kannst Du uns vielleicht ein oder zwei Erlebnisse aus dem Zug schildern, die Euch besonders viel Mut gemacht haben?

A.: Bei jeder Autodurchsuchung oder jeder Beschlagnahmung merken die Menschen, die dabei sind, die sich vielleicht nur zwei Tage dem Zug anschließen wollten, — da merkst du immer wieder, daß die dann sagen: „So, jetzt bleib ich die ganzen drei Wochen!" Eine andere Geschichte war hier gestern Nacht in Hamburg, wo mir ein älterer Mann auffiel, der die Flugblätter des Sekretariats verteilte. Ich hab ihn dann gefragt, wer er sei, ob er organisiert sei und warum er da mithilft. Da sagt er, nein, er sei parteilos, aber dieser Zug sei ein Stück Zeitgeschichte, und es ist mit seine Vergangenheit, wie es damals gekommen ist, die da dargestellt wird, deshalb muß er das hier unterstützen.

AK: Vielen Dank für das Interview und viel Spaß noch bis Bonn.



Wir haben Angst vor diesem Staat

Strauß in Nürnberg – der Nürnberger Hauptmarkt ist erfüllt vom Jubel der 10.000-20.000 Strauß-Fans, angekarrt aus der gesamten Umgebung.

Für die Nürnberger Linke war dies immer schon ein Anlaß gewesen, den Protest gegen Strauß und die von ihm verkörperte reaktionäre Politik auf die Straße und natürlich auch auf den Hauptmarkt zu tragen. Aber es war in den letzten Jahren zunehmend schwerer geworden, den Protest direkt am Ort des Geschehens zum Ausdruck zu bringen. Allein einige wenige Transparente durch mehrere Polizeisperren zu bringen – mit Einzel-Taschenkontrolle, versteht sich – war schon eine Meisterleistung. Die Transparente dann auch noch gegen aufgepeitschte CSU-Fans zu verteidigen, war häufig nicht möglich.

Dies alles waren natürlich denkbar schlechte Voraussetzungen, beim diesjährigen Wahlkampfauftritt von Strauß einen möglichst breiten Protest zu organisieren, und nach den Erfahrungen in Hamburg und Bremen war die Stimmung, man könne „eh nichts machen", deutlich zu spüren.

Aber es sollte anders kommen, als viele erwartet hatten: Nürnberg erlebte am Abend des Strauß-Auftrittes eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre (abgesehen von den 1. Mai-Demonstrationen). Über 1.000 Menschen (manche reden sogar von 1.500) zogen von KOMM („selbstverwaltetes" Jugendzentrum) zur Lorenzkirche, um ihren Protest gegen die reaktionäre Strauß-Politik, gegen die Einschränkungen des Demonstrationsrechts, und ihrer Trauer und Wut über den Tod von Olaf Ritzmann auszudrücken. Nach einer Kranzniederlegung vor der Lorenzkirche zogen viele der Strauß-Gegner weiter zum (wenige 100 m entfernten) Hauptmarkt – sie mußten sich dabei eine peinlich genaue Überprüfung von Tascheninhalten gefallen lassen. (Den Demonstranten war in den Demonstrationsauflagen, verboten worden, „spontan" weiter in Richtung Hauptmarkt zu ziehen).

Nürnberg glich an diesem Abend einer ‚besetzten' Stadt: „Unten, auf dem Hauptmarkt, sah es schon zwei Stunden vor dem Eintreffen des Kanzlerkandidaten so aus, als müßten Vorkehrungen gegen das Ausbrechen eines Bürgerkrieges getroffen werden. Die Polizei hatte die Fleischbrücke und die Museumsbrücke und die anderen Zugänge doppelt und dreifach durch Gitter abgesperrt, hatte nur schmale Gassen offengelassen und kontrollierte jeden, der ihr verdächtig vorkam. Auch schlichte Bürger, die es nur zu der Kundgebung mit dem Kanzlerkandidaten zog, mußten ihre Taschen öffnen. Insgesamt waren 1.200 Beamte aufgeboten..." (NN, 1.10)

„Krieg" gab es dann gegen den Demonstrationszug: Bereits bei der Aufstellung, noch vor Beginn der Demonstration, wurde das Haupttransparent beschlagnahmt; „Wir trauern um Olaf – von der Polizei in den Tod gejagt" ist eine ‚verbotene Parole', die eine ‚Beleidigung' darstellt. Die Bullen versuchten sogar, die Personalien von allen Transparent-Trägern aufzunehmen, dies gelang den Herren in Grün jedoch nur bei einem. Proteste, die Einschaltung eines Rechtsanwalts, das Angebot zu Verhandlungen – alles half nichts, das Transparent war weg! Als Antwort auf diese Provokation wurde dann die Parole „Wir haben Angst vor diesem Staat" an der Spitze des Zuges getragen, gleichzeitig wurde die ‚verbotene' Parole lauthals gebrüllt. Aber schon nach einigen Metern gefiel auch dies den Herren Einsatzleitern nicht mehr: es sei verboten, die verbotene Parole durchs Megaphon zu rufen, sie würden es beschlagnahmen, wenn dies nicht unterlassen würde... Pech nur für die Bullen, daß man 1.000 Strauß-Gegnern nicht auch noch den Mund verbieten kann – die Parole wurde jetzt erst recht weitergerufen.

Einige Meter weiter kam es zur ersten Rangelei mit den Bullen: auch die Parole „Stoppt ihn – wir wollen keine zweite Diktatur" wurde beschlagnahmt – auch dies darf anscheinend in der Bundesrepublik nicht mehr gesagt werden! Und so ging es während der gesamten Demonstration weiter; bevorzugtes Angriffsziel waren vor allem die Plakate, die Strauß als Schlächter darstellen, mit der Unterschrift: Er versteht sein Handwerk. Mindestens vier der Demonstranten wurden kurzfristig festgenommen, zur ‚Feststellung ihrer Personalien', mindestens einer wurde erkennungsdienstlich behandelt. Der geschlossene Protest der Demonstranten bewirkte immerhin, daß drei Festgenommene ohne Personalienfeststellung wieder freigelassen werden mußten. „Laßt die Demonstranten frei – sperrt dafür den Hoffmann ein" – die Wut der Antifaschisten machte sich recht treffend in dieser Forderung Luft.

In einer kurzen Kundgebungsrede vor der Kranzniederlegung zum Gedenken an Olaf wurde auch erinnert an die Opfer des faschistischen Bombenanschlags in München, für deren Tod die Politiker aller Parteien verantwortlich sind. Erinnert wurde auch an die Verantwortung der SPD/FDP-Regierung für die Rechtsentwicklung, für die Einschränkung des Demonstrationsrechts und das Polizeiaufgebot an diesem Abend.

Nach den Protesten gegen Strauß auf dem Hauptmarkt trafen sich die Strauß-Gegner dann zum Feiern im KOMM, beim Rock gegen Rechts-Konzert, für das alle Musiker umsonst spielten. Die Freude über die erfolgreiche Demonstration brachte eine tolle Stimmung mit sich. Wesentlichen Anteil am Zustandekommen und dem erfolgreichen Ablauf der Demonstration haben einige Musiker aus der Rock gegen Rechts-Initiative, die trotz der verschiedenen Störmanöver aus sozialdemokratischer Ecke am Konzept der Demonstration festhielten, und die Vorbereitung und Organisierung wesentlich trugen. Die Demonstration muß nämlich vor allem deswegen als großer Erfolg eingeschätzt werden, da sich weder die DKP-Kreise, noch Jungsozialisten oder die SPD daran beteiligt haben, sondern am gleichen Abend zwei Spalter-und Ablenkungsveranstaltungen stattfanden: eine Kundgebung ‚Friedlich gegen Strauß' von einer der DKP nahestehenden Anti-Strauß-Initiative, sowie eine DGB-Kundgebung für die Opfer von München.

KB-Gruppe Nürnberg



Lüneburg: DKP/KB-Bündnis gegen Strauß

Vom 26.9. bis 2.10. fand in Lüneburg eine Reihe von „Veranstaltungen gegen Rechts" statt. In diesem Rahmen gab es am Samstag, dem 27.9., zeitlich abgestimmt auf den an diesem Tag durch Lüneburg ziehenden „Anachronistischen Zug" ein Straßenfest gegen Rechts. Dies wurde ein großer Erfolg mit über 500 Besuchern.

Neben den Büchertischen der mitwirkenden Initiativen (an den Hunger und Durst wurde auch gedacht) gab es ein kulturelles Programm mit dem „Theatersyndikat" aus Lüneburg und ihrem Stück „Achselnäße — eine deutsche Revue", mit Conni aus Lüneburg, die politische Lieder sang, der Lesung des Brecht-Gedichtes „Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy".

Dieses Fest wurde veranstaltet von der Initiative Lüneburger gegen Rechts, die u. a. durch ein seit Monaten laufendes Bündnis zwischen DKP und KB getragen wird.

Zu dieser neuen Bündnisbereitschaft der DKP gegenüber „Maoisten" erklärten DKPler in Gesprächen, daß sie die These 41 auf den KBW, nicht aber auf den KB beziehen.

Wir werden achtgeben, ob die DKP dieses Wahlversprechen, hier in Lüneburg mit der „Abgrenzung" Schluß zu machen, auch nach der Wahl einhalten wird.

KB/Gruppe Lüneburg

Demo gegen Strauß in Köln

Strauß auf der rechten Rhein-Seite, eine Anti-Strauß-Demonstration auf der linken Rhein-Seite — dieses Kunststück fabrizierte nicht etwa die Polizei — nein, die DKP plus Anhang aus KBW, Volksfront, GIM, Arpo usw. schaffte diese saubere Trennung.

Als bekannt war, daß Strauß am 22.9. im linksrheinischen Köln-Deutz auftreten würde, setzte die DKP alles daran, eine Gegendemonstration „vor Ort" zu verhindern. Ein Aufruf von Gewerkschaftern u. a. rief zur Demonstration in der Kölner City mit anschließendem „Volksfest" auf. Die Kölner Linke beugte sich ausnahmslos diesem Vorschlag — auch der KB pennte und unternahm keinerlei Anstrengungen, dieses Konzept zu durchkreuzen. Nach meiner Einschätzung hätten sicher einige Hundert Linke einem „alternativen Demonstrationsaufruf" in Deutz Folge geleistet. So waren nur etwa 100 Punks sowie einige „Grüne" in der Nähe des Strauß-Auftritts. Durch die City demonstrierten 3.000 bis 4.000 Leute in einem gähnend langweiligen Zug. An den Tod von Olaf und die Hamburger Exzesse erinnerten leider nur Flugblätter des KB, sonst kein Wort dazu. Das angekündigte „Volksfest" riß auch niemanden vom Hocker — und so waren gegen 21.00 Uhr nur noch die emsigsten Revis vor der Bühne und freuten sich, mit dieser „machtvollen gewerkschaftlichen Demonstration" dem Strauß eins ausgewischt zu haben. Na ja, wie sie's meinen.

Ein Genosse aus Köln

Trotz Strauß & Polizeiterror:

Demonstrationsverbot durchbrochen!

Gegen den Strauß-Auftritt am 24.9. in Bremen war von der gesamten Bremer Linken eine Demonstration in der Innenstadt geplant gewesen. Der Schauplatz der Straußrede, die Stadthalle, sollte weiträumig gemieden werden. Die Demo sollte betont friedlich ablaufen. (Zur Auseinandersetzung mit dem Demokonzept s.AK 185: „Bremer Linke auf Juso-Kurs?")

Dennoch, alle Versicherungen über eigene Friedfertigkeit und Einhaltung der Demonstrationsroute nützten nichts: Zwei Tage vor dem 24.9. erließ der SPD-Senat ein totales Demonstrationsverbot gegen Strauß. Zur Sicherstellung des Verbots kündigte er das größte Polizeiaufgebot der Nachkriegsgeschichte Bremens an.

Trotz der Verwandlung Bremens in eine Polizeifestung, trotz massivster Hetze in den Medien gegen die Straußgegner, durchbrachen 2-3ooo Menschen am 24.9. das Demonstrationsverbot und sorgten dafür, daß ohne Widerstand die demokratischen Rechte in Bremen nicht aufgehoben werden können.

Die Verbotsbegründung: Jederzeit anwendbar

Ausgerechnet eine von der SPD in Alleinverantwortung geführte Landesregierung hat mit dem Verbot am massivsten vorexerziert, was künftige CDU/CSU-Politik unter dem Stichwort „Innere Sicherheit" sein soll. Die Begründung für das Verbot könnte dabei Modellcharakter für die Zukunft haben: Die Erfahrungen hätten gezeigt, *„daß unverantwortliche Gewalttäter, auch von außerhalb kommend, jede Gelegenheit nutzten, um friedliche Demonstrationen für ihre Zwecke zu verfälschen"*. Originalton Senat: *„Auch eine große Zahl friedlicher Demonstranten ist in einem solchen Fall nicht mehr imstande, die gewalttätige Veränderung ihrer Demonstration zu verhindern"* (Bremer Nachrichten, 23.9.). Irgendwelche Beweise wurden nicht geliefert, man werde jeden Ansatz einer Demonstration *„im Keim ersticken"*
mer Nachrichten, 23.9.). Irgendwelche Beweise wurden nicht geliefert, man werde jeden Ansatz einer Demonstration *„im Keim ersticken"*
und *„auf jeden Fall sei zu empfehlen, auch nicht aus Neugier zu den Versammlungsstellen zu gehen"* (ebda.). Man müsse jedenfalls – so der Senatspressesprecher – *„mit dem Schlimmsten rechnen"* (Nordsee-Zeitung, 23.9.).

Gleichzeitig mit der Verbotsverfügung erschien in den Bremer Tageszeitungen eine große Anzeige der SPD, die verdeutlicht, daß sie inzwischen dazu übergegangen ist, ihre Auffassung von Demokratie mit den Mitteln polizeilicher Gewalt in die Köpfe der Demokraten zu prügeln. In der Anzeige heißt es: *„Wer nicht will, daß dieser Mann ohne Selbst-Kontrolle (hier ist Strauß gemeint! AK) Bundeskanzler wird, muß ihn reden lassen. Und danach, am 5.Oktober, für Helmut Schmidt stimmen. Das ist der demokratische (!) und konsequente Weg, Strauß zu verhindern."* Zwar sei das Demonstrationsrecht ein „unveräusserliches Grundrecht", aber es werde ja leider zur Zeit mißbraucht" – also, so die Konsequenz: Weg damit! Schließlich wird einerseits behauptet: *„Kein Sozialdemokrat wird sich darum am 24.September an Demonstrationen beteiligen"* (arme Sozialdemokratie!), andererseits damit der Polizei schon im Vorab das Signal zum ‚Knüppel frei!' gegeben:

„In der Abwehr der menschenverachtenden Angriffe auf Leben und Gesundheit stehen die Bremer Sozialdemokraten voll auf der Seite der Beamten; sie sind unsere Gewerkschaftskollegen."

In Bremen zeigt die SPD auf bisher nicht dagewesene Weise, was ihr politisches Konzept der Zukunft ist: Die Pläne der Reaktion unterlaufen – indem man sie selber in die Tat umsetzt.

Freiheit für Strauß: Das heißt auch in SPD-regierten Städten (wie hier in Bremen) Prügel für Linke

Die DKP: Bloss keinen Ärger

Nach Veröffentlichung des totalen Demonstrationsverbots war niemand überrascht, daß die DKP klein beigab.

Morgen kommt Franz Josef Strauß

Dazu erklären die Bremer Sozialdemokraten

Das Recht der freien Rede ist ein Grundrecht der Demokratie. Daß auch der politische Gegner frei seine Meinung äußern kann, dafür treten wir ein. Mit aller Entschiedenheit. Das sagen wir auch all jenen, die meinen, Strauß dürfe hier in Bremen nicht zu Wort kommen.

Wer nicht will, daß dieser Mann ohne Selbst-Kontrolle Bundeskanzler wird, muß ihn reden lassen. Und danach, am 5. Oktober, für Helmut Schmidt stimmen. Das ist der demokratische und konsequente Weg, Strauß zu verhindern.

Kein Bremer Bürger sollte Ihnen die Kulisse dafür bieten. Kein Sozialdemokrat wird sich darum am 24. September an Demonstrationen beteiligen. Wir werden an diesem Tag bei 40.000 Hausbesuchen die Bürger um ihre Stimme für Helmut Schmidt bitten.

Die Bremer Sozialdemokraten
SPD

aus: Bremer Nachrichten, 23.9.

Sie hatte sich ja schon während der Gespräche über eine Anti-Strauß-Aktionseinheit längst auf die Argumentationsebene der SPD-Regierung begeben: Eifrig wie selten hatte sie vor
Gespräche über eine Anti-Strauß-Aktionseinheit längst auf die Argumentationsebene der SPD-Regierung begeben: Eifrig wie selten hatte sie vor
„Gewalttätern aus den eigenen Reihen" gewarnt, war für strenge Sicherheitsmaßnahmen gegen „Chaoten" eingetreten und hatte in jedem zweiten Satz beteuert, man werde die Demonstranten von der Stadthalle fernhalten. Verständlicherweise enttäuscht und verbittert über die wirklich geringe Anerkennung der SPD für ihre Bemühungen klagte sie : *„Gerade mit dieser friedlichen Demonstration in der Innenstadt wollten wir doch beweisen, daß Bremen nicht die Stadt der Krawalle ist . . ."* (Bremer Nachrichten, 24.9.). Sie schaffte die Kurve jedoch schnell: Zwar sei das Demonstrationsverbot *„ein weiterer Schritt Rechtsentwicklung"*, zwar müßten mit dieser Argumentation *„selbst Werder-Heimspiele . . . verboten werden, weil hin und wieder einige Fans hinterher randalieren"* (wen wundert's – AK), aber: *„Aktionen gegen die Rechtsentwicklung (müssen) friedlich sein . . .sonst nützen sie nur Strauß und Neumann! Krawallmöglichkeiten, von wem immer sie auch ausgehen mögen, müssen ausgeschlossen sein! Deshalb sind Hoffnungen, heute das Demonstrationsrecht wahrzunehmen, verständlich – aber sie sind auch illusionär und gefährlich!"* (DKP-Flugblatt, 24.9.). Und der Sekretär der Konferenz Bremer ASten äußerte: *„Weil eine bewußt friedliche Demonstration geplant gewesen sei, dürfe sich auch durch das Verbot niemand provozieren lassen"* (Bremer Nachrichten, 24.9.). Wahrlich eine bestechende Logik!

Stattdessen boten die DKP'ler ein Alternativkonzept an: Ein Kulturprogramm am Stadtrand in der Uni-Mensa. . . Erfreulicherweise war die übrige Bremer Linke – außer SB und GIM, die ebenfalls offiziell ausstiegen, dann aber doch am 24. mitmachten – nicht bereit, das Demonstrationsverbot hinzunehmen. Über breit verteilte Flugblätter wurde dazu aufgerufen, am 24.9. nachmittags in der Innenstadt das Demonstrationsverbot zu durchbrechen, denn: **„Wann jemals war die Rechte durch Stillhalten und Zurückweichen (-etwa wie 1933?) zu schlagen?"**

Der 24.9. – Bremen besetzt !

Der 24.9. – Bremen besetzt !

Sage und schreibe 2.75o Polizisten (1.4oo aus Bremen, 836 aus Niedersachsen und Hamburg und 514 vom BGS) waren herangekarrt worden.

Die Stadthalle, Arena des Kandidaten, war bereits am Vortag „sturmfest" gemacht worden mit fest im Boden verankerten Schutzgittern (Weser-Kurier). Die Bürgerweide, normalerweise Bremens größtes Parkplatz-Reservoir vor der Stadthalle, vollständig geräumt und mit NATO-Draht umgeben, die gesamte Region um die Stadthalle und Bahnhof für Auto- und Fußgängerverkehr gesperrt. Nach 2o.oo Uhr war es nicht einmal mit Eintrittskarte möglich, zur Stadthalle vorzudringen.

Für Ortskundige: ganz oder zeitweise gesperrt waren die Holleralle, Findorffstr., Findorfftunnel, Breitenweg, Bahnhofsplatz, Gustav-Deetjen-Tunnel, Gustav-Deetjen-Allee, Hermann-Böse-Str. Parkallee, Herdentorsteinweg, Herdentor bis Sögestraße/Schlüsselkorb sowie die gesamte Innenstadt mit Marktplatz und Obernstraße (kleine Nebenstraßen nicht mitgezählt) – insgesamt also ein Gebiet von mehreren Quadratkilometern! Ebenfalls bereits am Vortag hatte maschinenpistolenbewaffnete Polizei begonnen, an allen Ausfallstraßen Verkehrskontrollen durchzuführen, und damit ein beträchtliches Verkehrschaos verursacht.

An den Sammelstellen für die Fahrraddemonstration in die Innenstadt wurden Menschen von ihren Rädern gezerrt und jede Menschenansammlung aufgelöst. Die Innenstadt glich einem einzigen Heerlager: Überall Mannschaftswagen, Wasserwerfer, Hundestaffeln.

„Wir lassen uns von diesen Nieten das Demonstrieren nicht verbieten !" Mit diesem Motto formierte sich mitten in dieser Polizeifestung vom Marktplatz aus ein Demonstrationszug mit über 2000 Teilnehmern, dem mit voller „Festbeleuchtung" sofort 1o Mannschaftswagen folgten – Hamburger Schutzpolizei, nebenbei bemerkt. Trotzdem ging es mit guter Stimmung durch die Fußgängerzone – unter diesen Bedingungen ein schöner Erfolg für die Bremer Linke!

Am Ende der Fußgängerzone ging dann allerdings nichts mehr: vorne Bullen, hinten Bullen, mittendrin auch Bullen, alle Nebenstraßen gesperrt. Polizeiketten trennten Kinder von ihren Eltern, Schwerbehinderte wurden auch nach Vorzeigen ihres Ausweises nicht mehr durchgelassen (TAZ, 29.9.). Nach einiger Zeit gelang es trotzdem, in kleineren Gruppen zum Marktplatz zurückzukehren und die Demonstration zu beenden; die Kaufhäuser waren inzwischen dabei, ihre Kunden aus Hinterausgängen auf die Straßen zu lotsen - „eine Sondermaßnahme" , wie es hieß, die vorderen Eingänge waren längst geschlossen. Nach dem Auflösen der Demonstration räumten



mehrere Hundertschaften brutal den fast leeren Marktplatz – von nun an wurde auf jede Menschenansammlung von mehr als 2o Leuten Jagd gemacht – chilenische Zustände in Bremen bis spät in die Nacht. Einige Streiflichter:

– als sich mehrere Hundert Demonstranten vor dem Bahnhof ansammelten, wurden sie bis in die Innenstadt getrieben, verfolgt von Hundertschaften, Wasserwerfern und Tränengasgranaten, der Herdentorsteinweg wurde mehrfach geräumt.

– Eine Gruppe von 2o Schaulustigen vor dem DGB-Haus sah sich plötzlich dem Beschuß von Tränengasgranaten ausgesetzt, eine gehbehinderte Rentnerin mußte von Demonstranten in Sicherheit gebracht werden, Fehlreaktionen erschrockener Autofahrer führten zu einem Auffahrunfall . . .

– die Gäste des Nobel-Lokals „Edelweiß" liefen tränenüberströmt auf die Straße, als sich eine Tränengasgranate in den Laden „verirrte"

– Tränengasschwaden zogen auch durch den Bremer Hauptbahnhof, den man nur noch mit gültiger Fahrkarte betreten konnte, die Bahnsteige waren von Bullen besetzt,

– der Verkehr brach völlig zusammen, Busse und Straßenbahnen fuhren schon lange nicht mehr, Polizeisperren und Wasserwerfer beherrschten die Innenstadt. Anwohner kamen nicht mehr zu ihren abgestellten PKW's, Presseausweise verloren ihre Gültigkeit, Journalisten wurden aus Telefonzellen gezerrt (TAZ, 29.9.), immer wieder kam es zu Prügeleinsätzen (Bahnschranke zum Güterbahnhof, Findorfftunnel etc. pp).

Die Polizeikräfte probierten an diesem Abend alles aus, was sie in den letzten Jahren „gelernt" haben, in einem Einsatz, über dessen „Reibungslosigkeit" SPD-Führung und Polizei noch Tage später ins Schwärmen gerieten. Während einer Pressekonferenz am 25.9. wurde nur bedauert, daß es „in Einzefällen erforderlich" gewesen sei, die Durchsetzung des Demonstrationsverbots mit „Nachdruck zu erzwingen". Nicht einmal „Gewaltakte" müssen mehr zur Begründung solcher Einsätze herhalten, um Gruppen von 2o Menschen, ob Passanten oder Demonstranten, auseinanderzujagen – für Bremen eine neue Qualität polizeistaatlicher Gewaltdemonstrationen in diesem Ausmaß!

Der Kampf geht weiter

Am Dienstag, dem 3o.9., wurde in Bremen noch einmal gegen das Demonstrationsverbot und die Polizeibelagerung demonstriert. Diesmal beteiligte sich auch die DKP und ihr Umfeld. Über 3.ooo Menschen marschierten mit, an der Kundgebung nahmen ca. 4.ooo Menschen teil.

Ernste Behinderung des „Anachronistischen Zuges"

Ernste Behinderung des „Anachronistischen Zuges"

Eigentlich war geplant gewesen, die Demonstration in Verbindung mit dem Besuch des „Anachronistischen Zuges" durchzuführen – übrigens wiederum gegen den erbitterten Widerstand der DKP. Der „Anachronistische Zug" traf jedoch erst mit vierstündiger Verspätung in der Bremer Innenstadt ein. Trotz einbrechender Dunkelheit wurde er aber auf dem Marktplatz von einer dichten Menschenmenge laut begrüßt.

Was selbst in Bayern nicht gelungen war, versuchte die Bremer SPD-Regierung aufs Neue. Sie hielt den Zug an der Landesgrenze fest und bemühte sich, ihm den „Kunstwerkcharakter" abzusprechen. Außerdem fahndete die Staatsanwaltschaft nach „neonazistischen Flugblättern" (!!). Das Bremer Stadt- und Polizeiamt machte dem Zug die bisher unverschämtesten Auflagen: Der Zug müsse Bremen „zügig" durchfahren und dürfe sich währenddessen „nicht künstlerisch betätigen", denn: **„irreparable Schäden an Leib, Leben und Sachgütern sowie Störung der verfassungsmäßigen Ordnung, der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs"** müßten befürchtet werden. Diese Auflagen wurden vom Verwaltungsgericht auch noch bestätigt; eine Beschwerde der Initiatoren beim Oberverwaltungsgericht dagegen faktisch abgelehnt: sie könne erst später bearbeitet werden wegen der „knappen Personalausstattung"!! (lt. Presseerklärung des „Anachronistischen Zuges").

Bei der Abfahrt des Zuges sprühte Polizei völlig ohne Grund in drei Fahrzeuge chemical mace.

Angesichts dieses Verhaltens *„muß sich die Bremer Landesregierung fragen lassen"* – so ein Sprecher der Initiative „Brecht statt Strauß" unter großem Beifall auf dem Marktplatz – *„wo sie sich von solchen Politikern unterscheidet, die ihr gestörtes Verhältnis zu den demokratischen Grundrechten nie verheimlichen konnten"*.

In Bremen spätestens bekam der „Anachronistische Zug" traurige Aktualität – diesmal durch die SPD.

KB/Gruppe Bremen



Mit NATO-Draht und Sperrgittern wurde das Gelände um die Bremer Stadthalle zu einer uneinnehmbaren Festung ausgebaut.

Grün oder Links?

Interview mit Jan Peters

Jan Peters kommt aus dem Spektrum des „Sozialistischen Büros“ (SB). Er ist Herausgeber und Mitautor folgender Bücher: **„Alternativen zum Atomstaat – Das bunte Bild der Grünen“** (Rotation, 79); **„Geschichte der Alternativprojekte“** (Guhl, 80); **„Neofaschismus – Die Rechten im Aufwind“** (SPV,79). Demnächst erscheint: **„Nationaler 'Sozialismus' von rechts – Beiträge zu einem neuen Trend“** (Guhl) und **„Der neue Rechtsextremismus – Fakten und Trends“** (Winddruck). Zu beziehen sind alle Bücher, wenn nicht anders erhältlich, über den *Buchvertrieb Josef Wintjes, Bahnhofstraße 42, 4250 Bottrop.*

AK: In der laufenden Programmdiskussion bei den Grünen wird von großen Teilen die Überwindung des Rechts-Links-Schemas propagiert.

Klaus Wolschner von der „tageszeitung“ spricht in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer „Fundamentalopposition“ unter Einschluß „wertkonservativer“ Positionen.

Wie stehst Du dazu?

J.P.: Immer wenn sich der Kapitalismus auf eine Krise zubewegt, gibt es ein ideologisches Rollback, begünstigt durch die abschreckende „realsozialistische“ Praxis im Ostblock und in China. Die ökonomistische „Fehlinterpretation“ des Marxismus durch den etablierten Parteikommunismus und die ständigen Menschenrechtsverletzungen durch die Politkommissare des Ostens tragen wieder einmal zur Neubelebung reaktionärer Ideologien an der Basis dieser Gesellschaft bei.

Für mich sind die „Grünen“ ein „national-revolutionär“ beeinflußtes Zweckbündnis: In Saarbrücken wurden zwar einige antimilitaristische und gewerkschaftsfreundliche Forderungen in das Bundesprogramm der „Grünen“ aufgenommen, die man dann aber, unter Druck des wertkonservativen Flügels und der Neuen Rechten, s o nicht mehr in das Wahlprogramm übernahm. Die Bundespartei hat hier lediglich eine Entwicklung mitvollzogen, die bei den Regionalwahlen in den verschiedenen Bundesländern bereits auszumachen war. Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein führten einen mehr konservativen Wahlkampf, in dem sie diese wichtigen Programmpunkte weitgehend negierten.

So wurde die Forderung nach der
punkte weitgehend negierten.

So wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich fallengelassen. Also kommen als Zielgruppe die 90,2 % aller Lohnabhängigen, die weniger als 2.500 DM netto verdienen, nicht mehr infrage, da diese Partei nur noch „materielle Einbußen der unteren Einkommen“ verhindern will. In diesem Kontext ist auch die grüne Polemik gegen den „quantitativen Lebensstandard“ zu sehen. Steuer- und sozialpolitisch sind die „Grünen“ eher auf CSU-Linie. Sie polemisieren gegen Inflation und Staatsverschuldung, sind für Sparsamkeit in der Führung des Staatshaushalts – wie vor allem Olaf Dinne & Co. in Bremen propagieren. Dafür soll die progressive Besteuerung der Arbeit zugunsten einer Energie- und Rohstoffsteuer – verbunden mit einer Hilfe für kleinere und mittlere Betriebe – abgebaut werden, was über die Verkaufspreise den Verbrauchern weitergegeben wird.

Ähnlich sieht es bei den Aussagen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung aus, wo die CSU noch rechts überholt wird, da den *„Rentnern ein unversteuertes Einkommen zugesichert wird, das den M i n d e s t lohn für Arbeitnehmer nicht unterschreitet“.* Angesichts der jeden Haushalt belastenden Kostenlawine ist das schon grotesk.

AK: Du müßtest aber Deine These von dem grünen „Zweckbündnis“ unter „nationalrevolutionärem“ Einfluß noch etwas mehr erläutern.

J.P.: Ja, genau. Die Jungkonservativen bzw. „Nationalrevolutionäre“ waren und sind die intellektuellen Wegbereiter des Faschismus. Oswald Spengler propagierte angesichts der kapitalistischen Krise den „Untergang des Abendlandes“ und den „Preussischen Sozialismus“ der monarchistischen Militärbürokratie. Eduard Stadtler formulierte seit 1918 die Leitideen des „Deutschen Sozialismus“, von dem vieles bis hin zum Antisemitismus in das NSDAP-Programm übernommen wurde; er bildete den „Verein für nationale und soziale Solidarität“, „Die Solidarier“, verfaßte 1919 das erste „Grüne Manifest“ und schrieb Propagandareden für General Schleicher, einem späteren Steigbügelhalter Adolf Hitlers.

Es wäre lohnend, einmal die inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen Gruhl und Spengler zu dokumentieren.

Moeller van den Bruck schrieb 1923 mit dem Buch „Das dritte Reich“ wohl eine der wichtigsten Programmschriften der später heraufkommenden faschistischen Bewegung.

Ein weiterer wichtiger theoretischer Beitrag war Edgar Julius Jungs „Herrschaft der Minderwertigen“. Diese und andere Jungkonservative sammelten sich im Berliner „Juni-Klub“, im „Politischen Kolleg“ und im „Deutschen Herrenklub“, die finanziell und ideell von Kirdorf, Thyssen, Flick, Stinnes, Haniel, Pferdmenges, Reusch und anderen Kapitalisten gefördert wurden. Nach 1945 saßen davon einige wegen Unterstützung der NSDAP auf der Anklagebank des internationalen Kriegsverbrecher-Tribunals.

1932, also ein Jahr vor der legalen Machtübernahme der NSDAP, stellte der „Deutsche Herrenclub“ unter Franz von Papen und Wilhelm von Gayl die komplette Reichsregierung, die bereitwillig der NSDAP den Weg ebnete, auch wenn sie anfangs mehr mit der „Deutschnationalen Volkspartei“ sympathisierte. Die Mehrheit der Jungkonservativen hielt nichts von der Parteiarbeit. Einige kritisierten auch den übersteigerten Irrationalismus der Hitlerpartei. Sie stießen dann teilweise unter Goerdeler, von Witzleben und Beckh zum konservativen Widerstand des 20. Juli 1944, da sie die objektiven Grenzen des imperialistischen Expansionismus voraussahen und die hohen Folgekosten scheuten. Nicht aber etwa aus irgendwelchen humanitären Gründen – wie uns heute suggeriert wird.

Die Jungkonservativen stehen in dieser Tradition, haben aus der Geschichte aber gelernt. D.h. sie schalten sich heute aktiv in die Politik der „Grünen“ ein, vermeiden aber den traditionell nazistischen Antisemitismus. Sie sind antimarxistisch – nicht unbedingt antikommunistisch –, antigewerkschaftlich und antiliberal, wie viele „Linke“ übrigens auch. Die weniger offen rassistische, nationalrevolutionär-ökologistische Orientierung in die Richtung einer antiindustriellen und ständestaatlichen „Volksgemeinschaft“ jenseits „von rechts und links“ mit grüner Askese

„Volksgemeinschaft“ jenseits „von rechts und links“ mit grüner Askese

ist für sie – bei Unterschieden im Detail innerhalb dieser Tendenz – typisch.

Die jungkonservative Neue Rechte ging etwa 1973 aus der neonazistischen NPD hervor. Der „Bund Deutscher Solidaristen“ (BDS) – früher „Solidaristische Volksbewegung“ –, die „Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation Sache des Volkes“ (NRAO) und ihnen nahestehende „nationalrevolutionäre“ Gruppen wie die „nationalbolschewistische“ Fraktion um die Zeitschrift „laser“ verbreiten ihre Ideologien über Mitgliedszeitschriften, die „Neue Zeit – Forum für die Sache der Völker“ und „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität“, die auch von grünen Parteimitgliedern gelesen werden.

Der gut informierte hessische Rundfunk-Journalist S. Kurtschinski, der längere Zeit unerkannt bei den „Nationalrevolutionären“ war, schätzt sie auf ca. *„1.000 Militante (mit) mehr als einhundert bundesrepublikanischen Stützpunkten“. „Die nationalrevolutionären Basisgruppen sind wahrscheinlich die gefährlichsten Rechtsradikalen. Es handelt sich nicht nur um tölpelhafte Waffenfetischisten, sondern ihr Konzept basiert auf Verschwörung, ihre Sprache klingt nach linkem Theorieslang, und vor allem: Öffentlichkeit und VS wissen nicht, wie sie vorgehen“* (siehe „Revolten von rechts“ in: „Neofaschismus – die Rechten im Aufwind“, SPV, Berlin 79).

Mitte 78 bildete sich aus „Nationalrevolutionären“ und JN-Mitgliedern in Koblenz eine „Grüne Zelle“, die seitdem die „Grüne Fahne“ als „Zentralorgan“ herausgibt. Wie die „Neue Zeit“, die NRAO in ihrem „Programm für Deutschland“ und das rheinland-pfälzische JN-Mitteilungsblatt „Junge Stimme“ sind die Koblenzer für *„Ethnopluralismus und genossenschaftlichen Sozialismus, ökologische und Kulturrevolution sowie nationale Selbstbefreiung (...)“.*

Aus diesen Koblenzer JN-Kreisen stammt auch das „Ökologische Manifest“, das Ende 78 von der NPD-Bundespartei übernommen wurde.

Wie die „Grünen“ sind die grünbraunen „Nationaldemokraten“ für *„nationale Einheit“*, den *„Vorrang der Ökologie vor der Ökonomie“*, gegen *„AKWs, kapitalistische und kommunistische Konzerne“* und für *„umweltbeachtendes Wirtschaften im lebensrichtigen Ordnungssystem der Solidargemeinschaft Volk“*. Hier hat Wolfgang Strauß, NRAO-Aktivist, JN-Schulungsreferent und Schriftleiter des UAP-Organs „Reichsarbeiterzeitung“, wohl entscheidend die Weichen mitgestellt. Im Herbst '79 hielt er auf dem JN-NRW-Kongreß dazu eine vielbeachtete Rede.

Die „nationalrevolutionär“-solidaristische Ideologie führt zwangsläufig in eine faschistisch-etatistische Entwicklung. Die Solidaristen schreiben in einer Selbstdarstellung (in den rechtskonservativen „nationalpolitischen Studien“ nachzulesen), daß *„der moderne* (italienische, J.P.) *Korporativismus demokratischen Charakters ist, wie die reichhaltige Literatur vor allem aus dem Umkreis des MSI* (der legalen neofaschistischen Partei Italiens, J.P.) *ausweist“*. Weiter heißt es dort: *„Nur wenn der Unternehmer seinen 'privaten' Status überwindet und in Körperschaften mit der Arbeitnehmerseite kooperiert, ist ein sinnvoller Lenkungsmechanismus möglich. Das kann nur funktionieren, wenn auch die Gewerkschaftsseite den Klassenkampfgedanken und totale Herrschaftsansprüche aufgibt (durch) Heranbildung einer v o l k s - orientierten Leistungs- und Funktionärshierarchie“.* Diese „Fabrikgenossenschaft“, –natürlich unter Ausschluß der freien Gewerkschaften –, hat zur Folge, daß *„Leitung, Besitz und Gewinn zu je einem Drittel auf Werkführer, Belegschaft und Staat“* entfallen sollen. „Genossenschaftlich“ heißt also, wie bei der GAZ und großen Teilen der „Grünen“, ständische Zuordnung aus naturrechtlich-katholischer Sicht nach dem Motto „Jedem das Seine“. Dabei geht es um die Einwirkung der oberen auf die unteren Stände – im elitären Sinne, wie früher in der nationalsozialistischen Praxis der „Volksgemeinschafts“-Ideologie. Verschleiert wird dadurch lediglich, daß die hierarchische Schichtung der Gesellschaft ungebrochen fortbestehen soll. Auch das ist in die Diskussion der „Grünen“ teilweise eingegangen.

Nach dem NRAO-Cheftheoretiker
gen.

Nach dem NRAO-Cheftheoretiker Henning Eichberg wachsen *„Ökologiebewegung, Antikapitalismus und nationaler Protest“* zusammen. Auf der Linken reiße *„zwischen herrschenden Sozialdemokraten, Kommunisten und jenen oppositionellen Sozialisten, ... die die nationale Frage auf die Tagesordnung setzten“*, eine Kluft auf, so daß die „nationalrevolutionäre“ Frontlinie die „nationale Identität“ gegen die Universalismen „Christentum, kapitalistischer Liberalismus und Marxismus“ darstelle.

AK: Du meinst, daß der neue Kurs der NPD immer mehr von „nationalrevolutionären“ Kräften bestimmt wird – oder sind das eher Randerscheinungen?

J.P.: Auf dem NPD-Parteitag in Ketsch im Dezember '79 stellte der frühere rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Helmut Schmitz ausdrücklich fest, daß die konservativen „Grünen“ *„von ihrer eigenen Anschauung her auf unserer Linie liegen“*. Und Günter Deckert, der Führer des militanten NPD-Flügels, votierte typisch „nationalrevolutionär“ für den „volks- und europabezogenen Befreiungsnationalismus“, die „Abwehr der nationalen Überfremdung“, die „Objektivierung der Zeitgeschichte“, „die nationale Wirtschafts- und Sozialordnung mit der Möglichkeit der Nationalisierung multinationaler Konzerne“ sowie „Umwelt- und Innenweltschutz“.

AK: Wie siehst Du in diesem Zusammenhang solche „Leitfiguren“ der konservativen Grünen wie Herbert Gruhl und August Haußleiter?

J.P.: Haußleiter kommt aus der rechtsnationalistischen „Deutschen Gemeinschaft“, die sich in die AUD auflöste. Richard Stöss hat in seinem sehr lesenswerten neuen Buch „Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der BRD“ (Westdeutscher Verlag) deren zahlreiche Kontakte zur 1952 verbotenen SRP, zur NPD und anderen rechtsextremen Gruppen ausführlich dokumentiert.

Vor 1933 sah sich Haußleiter, damals Schriftleiter des nationalistischen „Fränkischen Kuriers“, durch die *„dunkle Rumpelkammer der Demokratie“* verunsichert, und es begeisterte ihn die *„klare und autoritäre Führung des Staates“*. Später erlebte er, wie auf NSDAP-Parteitagen *„die Liebe Adolf Hitler entgegenschlug“*. Die DG unter seiner Führung stand in dieser geistigen Tradition; sie war für die „deutsche Erneuerungsbewegung“ gegen die „Klerikalen, Liberalen und Marxisten“, wobei er ungeniert selbst gegen die konservative Rebellion des 20.Juli wetterte und die SS-Leute für besonders gute Europäer hielt. Und er konnte in einer AL-Broschüre erklären, daß NSDAP/HJ fehlgeleitete Sozialrevolutionäre waren. –

Herbert Gruhl verfaßte sein GAZ-Manifest fast wortgleich mit dem 1919 in der jungkonservativen „tat“ veröffentlichten „Grünen Manifest“. In seinem Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ heißt es u.a., es müsse „unter Umständen eine Weltregierung“ geschaffen werden, die *„mit allen Machtmitteln ausgestattet wäre“*, wobei *„diese Diktatur unter Umständen härter sein müsse als die stalinistische es war“*.

Wilfried von Oven, ein ehemaliger Goebbels-Adjudant, rezensierte den Gruhl-Titel in der „Deutschen National-Zeitung“ vom 27.7.78 positiv und kam dabei zu dem Schluß, daß *„sich in der ernsthaften Zeitgeschichtsschreibung trotz der noch immer generellen Verurteilung und Verteufelung Hitlers und seiner Weltanschauung die Einsicht durchzusetzen beginnt, daß er es war, der die nach Gruhl und vieler anderer Meinung brennend gewordenen Probleme einer naturgerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkannte und anzupacken versuchte“.*

Gruhl scheint die Politik der „Trilateralen Kommission“ sehr zu schätzen – einem informellen Zusammenschluß sehr einflußreicher, internationaler Kapitalmanager, der die Leitlinien der Weltpolitik formuliert (und sich u.a. aus Vertretern der Carter-Administration und SPD-Rechten zusammensetzt – mit Verbindungen zum „Club of Rome“). In der Trilateralen-Schrift „The Crisis of Democracy“ (University Press, New York, 1975) heißt es jedenfalls

of Democracy“ (University Press, New York, 1975) heißt es jedenfalls

unmißverständlich: *„Wir erkennen, daß es potentiell wünschenswerte Grenzen des Wirtschaftswachstums gibt. Es gibt auch potentiell wünschbare Grenzen der unbestimmten Ausdehnung der politischen Demokratie“*. Die Trilaterale verordnet dafür folgende Radikalkur: Staatsdefizit, Schulden und Kaufkraft durch „harte Entscheidungen“ zu senken; und dem *„Volk die notwendigen Opfer aufzuerlegen, um eine effiziente Außen- und Militärpolitik zu führen“*. Genau auf dieser Linie liegen das Wirtschafts- und Sozialprogramm der „Grünen“ und der Ultrarechten, einschließlich Herbert Gruhls.

Was zum Teufel treibt „Linke“ in ein Bündnis mit solchen Neokonservativen und Ultrarechten?

AK: Die Basis der Grünen ist aber doch nicht ultrareaktionär?

J.P.: Viele naturliebende und eigentlich progressive Jugendliche gehen in Ermangelung einer demokratischen linken Alternative zu den „Grünen“. Gerade sie reagieren besonders sensibel, wenn ultrarechte Unterwanderungen bekannt werden. Bei der „Schickeria-Linken“ bin ich mir schon im Zweifel. Und manche ehemaligen K-Gruppen-Mitglieder landen bei den „Grünen“ im Bündnis mit diesen Rechten, weil sie sehr ähnliche demokratiefeindliche Vorstellungen vertreten. Die marxistisch-leninistische klassenlose Gesellschaft des „realen Sozialismus“ ist doch korporativistisch, wenn auch in abgemilderter Form, und hat mit dem Marxismus ebensoviel zu tun wie die katholische Kirche mit dem Urchristentum! Also die Basis, von den konturenlosen Linken, über die jungen Alternativler bis hin zu enttäuschten Liberalen, ist sicher nicht durchweg reaktionär. In Teilbereichen ist sie vielleicht sogar relativ fortschrittlich, aber die höheren Chargen werden mit zunehmender Rangordnung problematischer. Zum Beispiel:

Der Stuttgarter Seewald-Verlag, der F.J.Straußens „Programm für Europa“, rechtskonservative, militaristische und gewerkschaftsfeindliche Schriften herausbringt, stellte gerade „Die Grünen – Personen, Projekte, Programme“ vor. Olaf Dinne und H.W.Lüdke geben in diesem CSU-nahen Verlag einen Reader mit Beiträgen von Amery, Gruhl, Wilfried Heidt, Baldur Springmann, Roland Vogt und – leider – Holger Strohm heraus. D.Hasenclever schreibt auch in diesem Buch. Vor kurzem war er erst Interviewpartner der MSI-nahen faschistischen Gastarbeiterzeitung „Oltre Confine“, garniert mit einem Text des MSI-Führers Almirante.

AK: Siehst Du Anzeichen für eine rechte Offensive innerhalb der Grünen?

J.P.: Nach Schätzung der gut informierten „Gruppe Z“ macht das e n g a g i e r t e rechte Potential bei den „Grünen“ mindestens 12 bis 15 % aus, das über mehr politische Erfahrungen verfügt als viele standpunktlose „Linke“, die – wie manche Exstalinisten – anfällig sind für rechtere Ideologien.

Klausdieter Ludwig, einer der wichtigsten Wortführer der „Nationalrevolutionäre“, schreibt u.a. im Heft 4/80 der „Neuen Zeit“: *„Wir gestehen offen, daß wir heute immer noch die Mitarbeit der Linken begrüßen ... Notwendiger denn je ist aber heute ... der resolute Kampf gegen die Kadergruppen der orthodoxen Marxisten, die rücksichtslose Aufklärung über ihre Machenschaften, ihre personellen Verflechtungen, ihre finanziellen Hintergründe und ihr Zusammenspiel mit den etablierten Kräften.* **Es ist kein Zufall, daß Schily und seine AL-Gruppe ... einen Faschismusbegriff in die Diskussion der 'Grünen' einführen wollen, der es erlaubt, jeden Mißliebigen, ... der nicht auf der kommunistischen oder anarchistischen Linie liegt, als Faschisten abzustempeln ...**

1. Es muß Material gesammelt werden: Personen, Hintergründe, Lebensläufe, finanzielle Verflechtungen, organisatorische Verfilzungen, interne Papiere, aus denen die Arbeitsweise hervorgeht ...

2. ... muß das mit allen Mitteln an die Öffentlichkeit gebracht ... (und) allen Mitgliedern der 'Grünen' an die Hand gegeben werden ... *Fangen wir also an, gleich welcher Organisation wir angehören, ohne Rücksicht auf das, was uns in früheren Jahren vielleicht einmal getrennt hat. Die große*

das, was uns in früheren Jahren vielleicht einmal getrennt hat. Die große

Aufgabe sollte uns einen“.

AK: Du bist also –statt für die Grünen – eher für eine neue Sozialistische Partei?

J.P.: Die „Grünen“ müßten sich ganz klar von „nationalrevolutionären“ und neonazistischen Gruppen und Ideologien abgrenzen, sich also von Wertkonservativen und konservativen Kapitalismuskritikern trennen. Dann wären sie aber nicht mehr grün!

Ich wäre sehr für eine grundgesetzkonforme radikalreformistische linke und liberale Partei, etwa nach dem Vorbild der pazifistischen Sozialisten der Niederlande, die marxistische und anarchistische Strömungen erfolgreich vereinigen. Es dürfte also keine leninistische Partei sein, da alle bolschewistischen Revolutionen zur Diktatur geführt haben. Die russische Parteielite schuf einen anfangs am ludendorffschen „Kriegssozialismus“ orientierten autoritären Staatskapitalismus (s. Lenin, Werke, Bd.1, S.893), wobei Lenin den menschenverachtenden Taylorismus einführte. Trotzki forderte folgerichtig die „Militarisierung der Arbeit“ („Terrorismus und Kommunismus“, Hamburg, 1920, S.113). Er legte damit die Grundlagen für den stalinschen Revisionismus. Der aber – mit den Moskauer Schauprozessen, mit der sehr weitgehenden politischen Repression und der Liquidation fast aller Führungsleute des Roten Oktober – hat viel mit dem Faschismus gemeinsam. Sicher, aus privatkapitalistischer Sicht ist bereits das Staatseigentum eine Provokation. Für den Arbeiter und alle anderen Lohnabhängigen ist das aber sekundär, solange die Situation in der Arbeitswelt nicht radikal verbessert wird. Adolf Kozlik schrieb 1968 in „Volkskapitalismus“

Fortsetzung nächste Seite

Leserbrief zur Braun-Grün-Diskussion

Die — getarnte oder offene — Mitarbeit von Braunen in verschiedenen grünen Organisationen bewegt weiterhin die Gemüter: Nach wie vor wird z.B. in der ,,taz'' vertreten, hier würden Nebensächlichkeiten hochgespielt, wenn nicht gar Falschmeldungen in die Welt gesetzt. Verschiedene Artikel von Jan Peters in der ,,taz'', im ,,Arbeiterkampf'', in der ,,Neuen'' u.a. sollen so entkräftet werden. In diesem Zusammenhang ist der folgende Leserbrief interessant. Die darin erwähnte Podiumsdiskussion [2.3.79, Koblenz] soll, wie unlängst der,,taz'' zu entnehmen war, s o zwar angekündigt gewesen sein, aber in dieser Besetzung nicht stattgefunden haben. Immerhin wäre zu fragen, wie es zur P l a n u n g einer solchen grün-braunen Runde kommen konnte. Im übrigen aber legt der Leserbrief Fragen nach der Politik von Grünen wie Truss, Held und Otto nahe.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Am Dienstag, dem 21. November '78, habe ich eine Veranstaltung der Grünen-Listen-Bewegung besucht. Ein guter Bekannter von mir war damals Mitglied im ,,Zentralen Koordinierungsausschuß der grünen Bewegung in Rheinland-Pfalz''. Er lud mich als Sprecher der Vereinigung für Umweltschutz Mittelmosel e.V. nach Koblenz zu einer Veranstaltung der Grünen Liste Rheinland-Pfalz ein. Die Veranstaltung in der Gaststätte Binding-Fass begann um 20 Uhr mit einem sehr langen Vortrag von Lorenz Held, der als ehemaliger Aktivist der APO, bekannter Ökologe und unabhängiger Publizist, vorgestellt wurde. Dieser Mann ist Mitglied der ultrarechten ,,Arbeitsgemeinschaft Demokratische Neuordnung'' und schreibt rechten ,,Arbeitsgemeinschaft Demo- kratische Neuordnung'' und schreibt für faschistische Blätter wie ,,Nation Europa''. Sein Vortrag stand unter dem Thema: ,,Grüne Alternativen — weder rechts noch links, sondern vorne''; er befaßte sich sehr allgemein mit dem Thema Ökologie. Held stellte den dreißigjährigen Krieg als die größte ökologische Katastrophe der Menschheit heraus — wahrscheinlich, um von der neueren Geschichte abzulenken. Themen wie Befreiungsrevolution und nationale Identität wurden nur angeschnitten. Während der Diskussion wurden die ,,nationalrevolutionären'' Standpunkte dann näher präzisiert. Es stellte sich heraus, daß ein großer Teil der etwa 40 bis 50 Anwesenden Mitglieder der NPD und der ,,Jungen Nationaldemokraten'' oder ihrer Tarnorganisationen sind oder mit Neonazis sympathisieren.

Als ein Anwesender sich offen als NPD-Mitglied vorstellte, sagte mein Bekannter, daß er an einer Zusammenarbeit mit Faschisten nicht interessiert sei. Daraufhin meinte der NPD-Mann, auch er arbeite nicht mit Faschisten und Neonazis zusammen; von einigen Teilnehmern wurde er als Antifaschist bezeichnet und die Rolle der NPD für die Ökologiebewegung als nützlich charakterisiert. Der bei der Veranstaltung ebenfalls anwesende Wolfgang Truss, Vorsitzender der Grünen Liste Umweltschutz/Hessen, von dem ich mir ein klärendes Wort erwartet hatte, hatte nichts Eiligeres zu tun, als nur über organisatorische Fragen zu diskutieren.

Nach dieser Veranstaltung begann ich über die Grünen Listen nachzudenken und Material zu sammeln. Mein Bekannter schied aus dem Koordinierungsgremium der grünen Bewegung Rheinland-Pfalz aus und übergab mir einen Teil seiner Unterlagen. Aus diesen Unterlagen geht hervor, daß die Grüne-Liste in Rheinland-Pfalz bereits zum damaligen Zeitpunkt von Rechtsextremisten durchsetzt war und beherrscht wurde. Aus einer Liste der Mitglieder des Koordinierungsgremiums ist ersichtlich, daß diesem Gremium Neonazis angehört haben. Hinter den Namen der Mitglieder standen die Abkürzungen der Organisationen, denen sie angehören, unter anderem JN und GZK. Aber auch GAZ und AUD! Wobei sich hinter diesen Abkürzungen meines Erachtens nur die Jungen Nationaldemokraten und die nationalrevolutionäre Grüne Zelle Koblenz verbergen können. Die GZK ist in Koblenz als NPD-Tarnorganisation bekannt.

Nach diesen Erfahrungen habe ich selbst keine Veranstaltungen der Grünen mehr besucht; es ist mir aber bekannt, daß mehrere Veranstaltungen dieser Art stattgefunden haben. So sind mir die Ankündigungsplakate für eine Veranstaltung der Grünen Zelle Koblenz zugesandt worden, auf denen zu einer Podiumsdiskussion unter dem Thema: ,,Die Grünen stellen sich'' eingeladen wurde. Als Teilnehmer der Podiumsdiskussion, die für Freitag, den 2. März 1979, angekündigt wurde, in den Rot-Weiß-Stuben in Koblenz, wurden genannt:

— Dr. med. M.O. Bruker, Vorsitzender der WG Grüne Liste Rheinland-pfalz;
— Gerd Dittmann, Landesvorsitzender der AUD-Rheinland-Pfalz;
— Lorenz Held, unabhängiger Publizist;
— Peter Keuer, Landesbeauftragter der Grünen Aktion Zukunft-RLP;
— Helmut Schmitz, Landesvorsitzender der NPD Rheinland-Pfalz;
— Wolfgang Truss, Vorsitzender der Grünen Liste Umweltschutz-Hessen;
— Siegfried Bublies (Diskussionsleitung), Agrarstudent.

Von mindestens drei Teilnehmern dieser Podiumsdiskussion ist bekannt, daß sie Rechtsextremisten sind, nämlich: Held, Schmitz und Bublies. Bublies ist verantwortlicher Redakteur des rechtsextremistischen Blattes ,,Wir Selbst — Zeitschrift für Nationale Identität'' und (war?) stellvertretender JN-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz. Weiteren Aufschluß über die braun-grünen Zusammenhänge gibt die NPD-nahe ,,Mitgestaltungs''-Schrift der ,,Deutschen Bewegung für Demokratie'' (DBD) und der Sammlungsbewegung ,,Lebensordnung'', ,,Volk und Umwelt'', Nr. 4/1978. In dieser Zeitschrift befindet sich ein Beitrag von Georg Otto. Otto war früher Mitglied im Bundeskoordinierungsausschuß der Grünen Listen und ist meines Wissens heute Bundesgeschäftsführer der Partei ,,die Grünen''. Und hier scheint sich meines Erachtens der Kreis zu schließen. Nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit, scheinen sich Rechtsextreme unter die Grünen gemischt zu haben. In der neofaschistischen Zeitschrift ,,Wir selbst'' Nr. 4/80 schreiben auch heute noch Vertreter der Grünen, wie der Vorsitzende des Kreisverbandes der Grünen von Neuwied, Fred Pfeffer, freundlich-zustimmende Leserbriefe.

Wenn ich hier versucht habe, meine Erfahrungen mit den Grünen darzulegen, so möchte ich damit nicht alle Mitglieder der Grünen als Rechtsextremisten abstempeln. Mit Mitgliedern der Grünen Partei verbindet mich oft ehrliche Freundschaft, die aus dem gemeinsamen Engagement in den Bürgerinitiativen entstanden ist. Ich möchte aber eindringlich davor warnen, der These zu folgen, man könne weder links noch rechts, sondern vorne stehen. Diese These steht in der Tradition rechtsextremistischer Sprüche von Volksgemeinschaft, Volksinteresse und ,,Wir sitzen alle in einem Boot''.

NB.: Mein Bekannter erzählte mir auch, daß Georg Otto mehrfach an diesem Koordinierungsausschuß teilnahm und in ,,Volk und Umwelt'' schrieb, obgleich ihm bekannt war, daß beides von Rechtsextremisten kontrolliert war.

Über die nationalrevolutionäre Militanz der ,,Wir selbst''-JN-Gruppierung stand ein lesenswerter Artikel am 10.9.80 in der ,,Neuen'', aus dem die Leser mehr erfahren als aus der taz-Lektüre.

H.J.R.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

,,*Wirtschaftliche Macht ist Verfügung über Menschen vermittels der Verfügung über Dinge. Sie ist zugleich politische Macht*'' Karl Marx hat ja das ,,Kapital'' mit dem Ziel der Befreiung der Arbeit von den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geschrieben. Um aber einer neuen Partei näher zu kommen, müßten sich die lern- und kooperationsfähigen linken Gruppen darauf einigen, ein Massenblatt nach dem Vorbild der früheren ,,Anderen Zeitung'' (Hamburg) herauszubringen. Die AZ erschien 20 Jahre wöchentlich mit einer Auflage von 30.000 bis zur Gründung der DKP, die über eine Putschaktion die Zeitung dem Konkurs überantwortete. Herausgabe und Redaktion wurden von einem Kuratorium organisiert, in dem sehr unterschiedliche linke Gruppen wie der ,,Sozialistische Bund'', die ,,Vereinigung unabhängiger Sozialisten'', die DFU, der ,,Ausschuß zur Wiederzulassung der KPD'' u.v.a. saßen, wobei die Erfahrung mit der späteren DKP zu denken geben sollte. Die ,,Antifaschistischen Informationen'' funktionieren so ähnlich. Warum soll heute jede kleinere Gruppe auf ihrem Zentralorgan bestehen, anstatt gemeinsam, mit dem langfristigen Ziel der Annäherung, fruchtbare Kontroversen zu organisieren? Ein solches Blatt müßte vor allem innenpolitisch orientiert sein, die Materialfülle des AK garantieren, den überkommenen Nationalstaats- und Revolutionsbegriff kritisieren und sich mit der Modedisziplin der politischen Ökologie auseinandersetzen.

Denkbar wäre eine Konzentration der Kräfte von KB, ZL, Komitees, SAG, Teilen des SB wie dem Tübinger SZ und ähnlichen Gruppen.

Aber in der BRD scheint die Linke aufgrund ihrer leninistischen Traditionen eher getrennt untergehen als vereint vorankommen zu wollen.

Vielleicht führt der AK diese Diskussion? Zu wünschen wäre es.

Die SPD: Der Bock als Gärtner der Frauenfrage

Unter dem Titel ,,Die Ziege als Gärtnerin'' veröffentlichte der SPD-interne Pressedienst (ppp) einen Artikel gegen Alice Schwarzer und die ,,Emma'', der in seinen Aussagen und Frauenfeindlichkeiten weit über einen Streit SPD gegen A.S. hinausgeht. Beschimpft und angegriffen werden alle die Frauen und die Frauenbewegung, die in der SPD für sich keine Alternative sehen.

Anlaß für die Ausfälle ist der Wahlkampf und die ,,Emma''-Wahlbroschüre ,,Wahlboykott''. Nach Aussagen der SPD ist für A.S. die Idee des Wahlboykotts wie überhaupt ein großer Teil ihrer öffentlichen Äußerung nichts weiter ist als *„ausnahmslos kommerzieller Feminismus''* (aus dem ppp-Dienst nach ,,taz'', 18.9.). Mit der ,,selbstbewußten'' Einschätzung, daß alle Frauen, die sich ihrer Lage bewußt werden, verstärkt SPD wählen, setzt die SPD zu einem Rundumschlag gegen die Frauenbewegung an: Daß die Frauen heute noch *„die Folgen bei der schwierigen Durchsetzung der Indikationslösung zu tragen habe''*, liege an den Frauen selbst bzw. an A.S. . Sie habe mit der Kampagne „Ich habe abgetrieben'' das *„mobilisierte Frauenpotential vermarktet''* und *„auf das Niveau einer Publikumswerbeaktion im Stile eines ‚Rührstücks' herabgedrückt''*.

Lesbisch-sein — dafür findet die SPD hier nur den Ausdruck *„Lesbierinnen-Elend''*.

„Weibliche Werte ... wie Emotionalität, Sensibilität, Zärtlichkeit und Spontanität ... werden zur Inkarnation eines von Frauen getragenen neuen Bewußtseins, dessen öffentlicher Ausdruck der Feminismus ist''. Dies ist offenbar ein Zitat, daß A.S. irgendwann mal gesagt oder geschrieben hat. — (Es wird im ppp ohne Angabe zitiert). Über die Aussage läßt sich sicher streiten — streiten läßt sich aber nicht über den Kommentar der SPD dazu. Er ist einfach schweinisch: *Damit kitzelt sie zwar die elitären Bedürfnisse einer winzigen Minderheit unter den Frauen, aber gerade die deutsche Spielart eines solchen Feminismus sollte im Interesse der Vergangenheitsbewältigung der nationalsozialistischen Geschichte, die ja für die Frauen noch aussteht, besonders empfindsam registriert werden''*.

Zusammengefaßt unter der Schlagzeile von *„elitären Schlaglichtern eines herkömmlichen Illustriertenkonzepts''* werden dann

- die Beschwerde eines ,,Spiegel''-Titelbilds, das ein 12jähriges Mädchen zeigte (zum Thema ,,Kinderporno''),
- eine Panorama-Sendung über Abtreibung mit der Absaugmethode,
- ein Streitgespräch mit Esther Vilar,
- die Klage gegen den ,,Stern'' wegen diverser Titelbilder, die auch von andern prominenten Frauen unterstützt wurde.

Frau kann ja zu den einzelnen Aktionen stehen wie sie will, einige waren ja auch in der Frauenbewegung durchaus umstritten. Allerdings sind in jedem der genannten Punkte real existierende Probleme für uns Frauen enthalten, etwa Aufklärung (Absaugmethode) oder der Sexismus auf Illustriertentiteln. Das wird hier weggewischt und als lächerlicher Trick einer kleinen elitären, kommerzorientierten Feministengruppe hingestellt (alle Zitate aus ppp/„Emma''Okt.'80). Und das alles, um dann zur Wahl der SPD aufzurufen.

Nein — danke!

A.S. bricht endgültig (?) mit der SPD

Für A.S. scheint der Fall oder besser die Wahl der SPD damit erledigt zu sein. Nachdem sie jahrelang — zwar kritisch, aber immerhin — auf SPD/ASF-Wahlkampfveranstaltungen aufgetreten ist, hat sie aus diesem Anlaß eine Podiumsdiskussion der ASF in Düsseldorf mit der Bemerkung verlassen, daß *„es jetzt keine Gesprächsmöglichkeiten mehr miteinander''* gebe („FR'', 20.9.). Sie scheint außerdem auch mit einer „kritischen Unterstützung'' für die SPD gebrochen zu haben. In einer Stellungnahme, die sie in Düsseldorf verteilt hat, heißt es: *„Für sie sind die Angriffe der SPD ein Schlag ins Gesicht nicht nur für die Emma und Alice, sondern für alle Frauen, die in diesem vergangenen Jahr trotz alledem auf die Möglichkeit eines Dialogs und einer kritischen verändernden Auseinandersetzung mit der SPD gehofft hatten''. „Gewisse Machthaber in der SPD hätten mit diesen Angriffen gegen die Frauenbewegung dokumentiert, daß sie auf Kritik nur mit Diffamierung und Fertigmache reagieren könnten, von Frauenfragen nichts begriffen hätten und in Bezug auf unbequeme Frauen zu allem, absolut allem, fähig sind''* (zitiert nach „FR'', 20.9.).

Die ASF ist ohne Einfluß in der SPD

Durch diese offizielle Parteiäußerungen ist die ASF (Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Frauen) mit ihrer Bündnispolitik ganz schön ins Schwitzen gekommen. Gerade von ihnen wird ja immer wieder die Nähe zur autonomen Frauenbewegung gesucht. Eine halbherzige Ehrenrettung versuchte noch der „Linke'' im SPD-Vorstand, Peter von Oertzen. Er wollte gern das ganze Dokument als einen *„Ausrutscher''* und *„nicht als die Haltung der Partei zur Frauenfrage''* richtigstellen (nach „taz'', 25.9.). Wie wenig Wert real diese Empörung hat, zeigte sich, als wenige Tage nach Veröffentlichung des ppp-Dienstes ein Wahlkampf-Info mit den wesentlichen Passagen des Textes gegen A.S. erschien — **verantwortlich dafür zeichnete der Bundesvorstand der ASF!** Auf einer Podiumsdiskussion in Düsseldorf haben sich die stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende und die Sprecherin des ASF-Bundesvorstands sofort distanziert: **sie hätten das Info erst gesehen, als es schon fertiggestellt war!**

Wir wissen nicht, ob die beiden die Wahrheit sagen. Tatsache ist, daß die ASF als Arbeitsgruppe Frauen in der SPD keine eigenen Entscheidungen treffen kann, sondern dem Diktat des Parteivorstands unterliegt. Der entscheidet nämlich, ob er „seine'' Frauen mal enger - wie im Wahlkampf - oder mal weiter an der Leine hält.

Auch solche Vorschläge wie der von der ASF-Pressesprecherin, jetzt die *„SPD-Spitze mit Schreiben und Resolutionen einzudecken, um noch vor dem 5.Oktober zu erreichen, daß den Forderungen der Frauen mehr Gehör verschafft wird''* („FR'', 20.9.) zeigen nur die SPD-Borniertheit. Unsere Emonzipation und Unabhängigkeit geht nicht über den SPD-Vorstand — sondern g e g e n ihn!

Zwei Genossinnen

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg



Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

»Bürgerwehr« in Bremen
Bremer Grüne beteiligt

Bewohner des Bremer Stadtteils Ostertor haben sich zu einer reaktionären „Schutzgemeinschaft Ostertor/Remberti" zusammengeschlossen, die die *„anhaltende Ansiedlung von Problemgruppen wie Asylbewerber, resozialisierte Strafgefangene und Drogenabhängige"* („Weser-Kurier", 23.9.) verhindern will. Außerdem ist ihr die *„zunehmende Radikalisierung durch Extremisten"* und der *„psychische Terror gegen Andersdenkende durch Bedrohung und Flugblätter militanter Gewalttäter"* (ebenda) ein Dorn im Auge. Unterstützung wurde diesem *„Sammelbecken für Antidemokraten"* (FDP-Stellungnahme) bereits zuteil — die Beiratsmitglieder Hambusch (CDU), Riebe (SPD) und Hanna Ehmke (Bremer Grüne Liste/BGL) wollen in Zukunft die Interessen dieser Bürger mehr berücksichtigen.

Auslöser für die Gründung dieser „Schutzgemeinschaft" war bezeichnenderweise eine Vereinbarung zwischen den Besetzern des „Wiener Hofes" und der Stadt, in der die Bereitstellung von Ersatzwohnraum vorgesehen ist und durch die nun die dringend notwendige Sanierung hinausgeschoben werde. Gerade die „Wiener-Hof"-Besetzer sind als Kern des Widerstandes gegen die Sanierungspolitik des Senats seit Monaten Zentrum reaktionärer Hetze gewesen.

Faschistoide Parolen gegen Minderheiten, die angeblich die *„Verslumung des Viertels"* herbeiführen, sind das zweite Bein, auf dem sich diese „Bürgerwehr" organisiert.

Mitarbeiter der „Schutzgemeinschaft": Olaf Dinne

Selbst für die Linken, die ein traditionell kritisches Verhältnis zur BGL und insbesondere zu deren Chef Olaf Dinne haben, kommt die rasante Rechtsentwicklung dieser Leute auf a l l e n Gebieten der Politik überraschend. Die offene Mitarbeit von Dinne in der „Schutzgemeinschaft" bringt ihn in die Nähe der CDU und neonazistischer Kräfte, die mit der Parole „Ausländerstopp" antreten.

Der Bremer Landesverband der Bundesgrünen sah sich zu einer scharfen Absage an Dinne's Kurs veranlaßt: *„Wir halten es für unvereinbar, ökologische Politik mit Hilfe von Ressentiments gegen ‚Problem- und Randgruppen' durchsetzen zu wollen ... Sollte Olaf Dinne versuchen, seine derzeitige Isolation in der grünen Bewegung mit Hilfe eines Kurses rechts von der SPD zu durchbrechen, dann sehen wir schwarz bezüglich einer zukünftigen Zusammenarbeit mit ihm."*

Laut „taz" hat Dinne übrigens schon vor einigen Wochen geäußert, *„besetzte Häuser, deren Bewohner nicht zu einem friedlichen Abzug bereit seien, müßten notfalls geräumt werden"* (30.9.).

Sehr kritisch gegen die „Schutzgemeinschaft" äußerte sich auch die FDP, die sich durch die Wahl von Straßensprechern durch die „Schutzgemeinschaft" an die Blockwarte im Dritten Reich erinnert fühlt und auf die realen Gefahren für das Ostertor hinwies: *„Die Verhältnisse sind im Ostertor zumindest stabil, es droht eher eine Schickeriaszene als die Verslumung des Viertels"* („WK", 24.9.).

Dagegen macht sich der SPD-Ortsverein Altstadt zum Fürsprecher der *„berechtigten Interessen der Bewohner"*, für deren Durchsetzung freilich *„eine Schutzgemeinschaft nicht das geeignete Instrument"* sei. Dies könnte nämlich die angegriffenen Gruppen veranlassen, *„sich ihrerseits zusammenzuschließen"* (Bremer Nachrichten", 23.9.). Wir können das nur so verstehen, daß die SPD sich damit der Mittel rühmt, Linke und Drogenabhängige, Asylbewerber und ehemalige Strafgefangene lautloser und geschickter an den Rand der Gesellschaft zu drängen.

KB/ Gruppe Bremen

Nazis in Bremen — weiterhin unbehelligt von Justiz und Polizei

Ungefähr drei Monate nach dem letzten Überfall auf das KB-Büro in Bremen, bei dem eine Schaufensterscheibe zerstört und einige Auslagen gestohlen worden waren, wurde am 6. September die Scheibe erneut eingeschlagen, vermutlich von Mitgliedern derselben Gruppe — der zur terroristischen Rechten zuzuordnenden „NRAF" („Nationalrevolutionäre Arbeiterfront").

In derselben Nacht wurde auch der Türkische Arbeiterverein in Bremen-Walle angegriffen. Obwohl aufmerksame Nachbarn noch in der Nacht sofort die Polizei riefen und Anzeige erstatteten (sogar das Autokennzeichen soll der Polizei bekannt sein!), ist bis heute nichts geschehen.

Ein direkter Zusammenhang mit einer Flugblatt-Verteilaktion einer „Initiative gegen Ausländerintegration" am Vormittag desselben Tages läßt sich zumindest bisher nicht beweisen.

Diese neugegründete „Initiative" schlich sich mit Angabe eines gefälschten Namens sogar in das Bürgerhaus Weserterassen ein. Es handelt sich bei dieser Gruppe zweifellos um eine der NPD sehr nahestehende Neugründung. Einer der Sprecher und Verantwortlichen der „Initiative" — Reinhard Willnow — organisierte im September 1978 Propagandafahrten für die NPD. Bei der Versammlung im Bürgerhaus fanden sich hauptsächlich Antifaschisten ein, die gegen die Ausländerhetze der Nazis protestierten.

In Bremen-Nord blieb der NPD wieder einmal die Tür des Bürgerhauses Vegesack für ihre dort geplante Wahlkampfveranstaltung verschlossen. Per Gerichtsbeschluß war das Bürgerhaus gezwungen worden, den Nazis einen Raum zur Verfügung zu stellen. Antifaschisten hatten jedoch rechtzeitig mobilisiert. Die NPD wurde abgewiesen, da der Raum anderweitig vergeben war. Ca. 300 Antifaschisten versammelten sich trotzdem zu einer Demonstration. Damit ist die Sache allerdings nicht ausgestanden : Die nazifreundliche Rechtsprechung ermuntert die NPD, es immer von neuem zu versuchen. Sie hat sich für Oktober schon wieder angekündigt.

KB Bremen

Freispruch für Harting



Karl-Heinz Harting, Chef des berüchtigten und mittlerweile von den Behörden geschlossenen JN-Landeszentrum „Gut Barenbräucker", wurde am 18.9. vom Amtsgericht Unna des Vorwurfes der Körperverletzung und Sachbeschädigung f r e i - g e s p r o c h e n. Ebenfalls seine 4 mitangeklagten Gesinnungskameraden.

Das Gericht hatte einen Vorfall zu verhandeln, der sich am 12.5.79 im Anschluss einer antifaschistischen Demonstration gegen den Kamener Nazi-Hof ereignet hatte. Ein in Bonn akkreditiertes Fersehteam aus der CSSR, das anlässlich der Demonstration in Kamen weilte, hatte sich anschließend zum „Gut Barenbräucker" begeben um auch „die andere Seite zu hören". Noch vor Betreten des Hofes wurde das Team von 12 - 15 Neonazis tätlich angegriffen. An vorderster Front agierte Harting selbst, der gewaltsam die 80.000 DM teure Kamera an sich brachte und zertrümmerte.

Der Vorsitzende Richter Steller erklärte, der *„Freispruch sei hauptsächlich auf eklatante Versäumnisse der Untersuchungsbehörden zurückzuführen"* („WAZ", 20.9.). So hatte die ca. 100 Meter vor dem Hof postierte Polizei es nicht für nötig erachtet, die von Harting selbst benannten Mittäter *„an Ort und Stelle und auch nicht später zu vernehmen"*. Desweiteren hätten es die Beamten, die zuerst auf dem Hof waren, versäumt, *„die Personalien aller Anwesenden festzustellen"*.

Der Staatsanwaltschaft machte Richter Steller den Vorwurf, *„daß sie auf dieser wackligen Beweisgrundlage vorschnell Anklage erhoben habe, und sich selbst, daß diese Anklage überhaupt zugelassen wurde"*. („WAZ", 20.9.).

Die vom Gericht angeprangerten, objektiv eklatanten Versäumnisse der Behörden sind zweiffellos skandalös. Dies entbindet das Gericht jedoch keineswegs der Verantwortung für ein nicht minder skandalträchtiges Urteil.

Denn zumindest Hartings Täterschaft konnte im Prozess nicht in Zweifel gezogen werden. Die Betroffenen erkannten alle in ihm den Anführer des Überfalls. Der als Zeuge geladene Polizeiobermeister Werner D., am 12.5. mit dem Schutz des Nazi-Hofes betraut, *„bestätigte die Aussagen des Fernsehteams in dem Punkt, daß sie nicht auf das Hofgelände gefahren seien. Karl-Heinz Harting und Cyril Smolik hätten vor dem Tor miteinander gesprochen. Als der Kameramann ausstieg, stürzten sich sofort mehrere Männer auf ihn"*. B i s a u f H a r t i n g könne er aber keinen der fünf Angeklagten wiedererkennen" („WAZ", 20.9.). Letzteres dürfte kaum Erstaunen auslösen: Gab die Polizei doch Harting die Gelegenheit, s e l b s t die Täter auszusuchen . Auffallend an der getroffenen Auswahl ist denn auch, daß sich keiner der bekannten Aktivisten der JN-Bande unter den von Harting Genannten befindet.

Die Verteidigung Hartings hatte der Recklinghäuser Anwalt Wilhelm Schöttler übernommen. Schöttler hatte sich in der Vergangenheit u.a. durch die Verteidigung des kürzlich im Zusammenhang mit den tödlichen Bombenanschlägen auf Asylantenheime in Lörrach und Hamburg gefassten international bekannten Rechtsradikalen Roeder einen Namen gemacht. Zur ständigen Kundschaft seiner Sozietät zählen neben vielen anderen Nazis auch die terroristischen kroatischen Ustascha-Faschisten.

Über alle 3 Prozesstage hinweg vorfolgte Schöttler die ihm eigene provokative Verteidigungsstrategie. Analog zu Roeder — Wiesenthal Prozess, verlangte er zunächst einmal die Absetzung aller Richter, die Mitglieder des DGB oder/und der SPD seien.

Das Gericht konnte Schöttler nach einer längeren Verhandlungspause beruhigen; es habe kein mit SPD oder DGB Zugehörigkeit vorbelastetes Mitglied in seinen Reihen.

Ein bemerkenswerter Zwischenfall ereignete sich am zweiten Verhandlungstag. Der Journalist Klaus Rose hatte in einer Verhandlungspause Photos von den Angeklagten geschossen. Daraufhin forderte die Verteidigung mit Unterstützung des Gerichtes die Herausgabe des Filmes. Als Rose sich weigerte, *„erscholl das Kommando ‚Haltet ihn' und ein Zuhörer sowie mehrere Angeklagte stürzten herbei, um ihn aufzuhalten. Rose wurde gestoppt und gezwungen, den Film herauszugeben"* („WAZ", 12.9.). Hinsichtlich der späteren Urteilsfindung hatte diese vor dem Gericht in aller Offenheit demonstrierte rechtsradikale Militanz keinerlei Auswirkungen.

Antifa-Komission NRW



CDU und Neonazis

Auch wenn die CDU/CSU immer versucht, ihre "braune Seite" zu verleugnen — sie existiert. Welche Verbindungen die alten und neuen Kameraden der Union und der Naziszene zueinander unterhalten, deckt am Beispiel Hann. Münden unser Artikel auf ...... S. 4



Gesellschaft für freie Publizistik

Die Nazi-Szene in der BRD versucht über eine Reihe von Verlagen ihren braunen Dreck an den Mann/die Frau zu bringen. Zum Zwecke der besseren Koordination solcher Tätigkeiten wurde die "Gesellschaft für freie Publizistik" gegründet. Was sich hinter diesem "seriösen" Namen verbirgt, enthüllen wir auf ...... S. 23

Zu den verschiedenen Themen enthält das Heft sachkundige Übersichten, Zusammenstellungen über Namen und Zusammenhänge im rechten Sumpf. Für die antifaschistische Arbeit ist diese Nummer bereits ein wichtiges Hilfsmittel. Wir empfehlen unseren Leserinnen und Lesern dringend, sich das Heft zu bestellen — besser noch zu abonnieren (um auch rechtzeitig mit der nächsten Nummer beliefert zu werden). Genauere Informationen über das Info siehe auch AK 184.

Aus gegebenen Anlaß empfehlen wir übrigens auch, sich

Aus gegebenen Anlaß empfehlen wir übrigens auch, sich die Nr. 1 der „antifaschistischen Informationen" ebenfalls zu besorgen: sie enthält eine umfassende Übersicht über die WSG-Szene mit Stand vom Ostern 1980 vorgelegt beim antifaschistischen Bundeskongress in Ff/M.

Zwei Bitten des Info-Herausgeberkreises:

— bitte beteiligt euch mit faktenreichen Artikeln an der nächsten Nummer (Schwerpunkt: Neuer Rassismus, Sammlungsbewegung „Dritter Weg", Daten, Namen, Fakten zu Nazi-Banden. Redaktionsschluß (anders als im Heft angegeben): 19. 10.80, Beiträge an Redaktionsadresse.

— das Info hat Anlaufschwierigkeiten: bitte setzt euch für dessen Vertrieb, Bekanntwerden usw. ein. Versucht Spender/innen zu gewinnen oder spendet selbst auf oben genanntes Konto, Stichwort: Spende.

Bezugsmöglichkeiten

Bestellungen durch Überweisung auf das Postscheckkonto Nr. 9137-434 beim Postscheckamt Essen (Andreas Berlin). Bestellbedingungen: Preis für ein Einzelheft 2.50 DM plus DM 1,-

Essen (Andreas Berlin). Bestellbedingungen: Preis für ein Einzelheft 2.50 DM plus DM 1,-

Porto und Versand. Ab 20 Exemplaren portofrei. Ab 50 Exemplaren 20% Rabatt; Einzelbestellungen nur gegen Vorkasse, Gruppenbestellungen und Abos (notfalls) gegen Rechnung. Als Bestellung gilt die Einzahlung auf oben genanntes Konto oder Anforderungen über Redaktionsadresse. Das Abo für 3 Ausgaben macht 10 DM (einschl. Porto), es verlängert sich automatisch.

Ihr könnt das Heft auch über eure örtlichen Buchläden beziehen.

Antifakommission KB/ Gruppe Hamburg

Würzburg: Antisemitismus im katholischen Sonntagsblatt

Der „geistige Chefredakteur" des Würzburger Katholischen Sonntagsblattes, Monsignore Dr. Helmut Holzapfel, muß sich nun vor Gericht wegen Volksverhetzung und Beleidigung verantworten. Holzapfel hatte in einem Artikel im Sonntagsblatt, dem offiziellen Organ des Bischofs von Unterfranken, blanke Judenhetze betrieben.

Dort hieß es u.a.:

„Viele Juden vor allem in Osteuropa waren religiös und moralisch entwurzelt und suchten mit Pornographie, mit üblen Theater- und Kinostücken Geld zu verdienen — nicht anders als unsere heutigen Illustriertenbosse. Sie schwammen auf der Oberfläche einer morbiden Gesellschaft und führten ein Leben in Saus und Braus, während das Volk, das deutsche Volk, darbte". Außerdem hatten die Juden, so Holzapfel, *„einen unverhältnismäßig großen Anteil an Besitz und Vermögen"* u.a. deshalb, weil sie in der Säkularisation beschlagnahmte Kirchengüter erworben hätten. Damit seien sie aber so leichtsinnig umgegangen, daß es *„in der Weimarer Republik zum Bankkrach von Barmat und dann von Kutisker"* gekommen sei. Das sei heute auch nicht anders: *„Beim Kölner Bankkrach, der jetzt gerichtlich verhandelt wird, stehen wieder zwei Juden, Iwan Herstatt und Danny Dattel, im Vordergrund"* . (Herstatt ist übrigens kein Jude).

Dieser Artikel veranlaßte die „Gesellschaft für christliche und jüdische Zusammenarbeit" in Unterfranken zu einer Anzeige gegen Holzapfel. Ob es zu einer Verurteilung kommt, bleibt abzuwarten. Der leitende Oberstaatsanwalt Hermann Hess erklärte, es müsse geprüft werden, ob der Tatbestand der Volksverhetzung tatsächlich erfüllt sei. Dies setze nämlich zum einen die Störung des „inneren Friedens", zum anderen den Angriff auf die Ehre einer anderen Person voraus. Der Oberstaatsanwalt wörtlich: *„Das braucht aber bei abwegigen und oder falschen Gedanken noch lange nicht der Fall zu sein"*. Na denn! (alle Zitate aus: „Welt der Arbeit", 25.9.).

U., KB/Gruppe Göttingen

2. Juni-Prozeß:

Erlebnisbericht eines Prozeßteilnehmers

„Es täte, beiseite sei es angemerkt, auch gut, wenn fortschrittliche Organisationen ihre Anhänger öfter in die Gerichtsgebäude schickten. Die meisten Leute besuchen keine Strafprozesse, machen sich von der Luft, die da herrscht, keine Vorstellung, und weil es ihnen an juristischer Vorbildung mangelt, sprechen sie bei Diskussionen ins Blaue, ohne den Gegner selbst zu treffen." (Kurt Tucholsky, Deutsche Richter, 1930).

Ich glaube, ich habe mich nach 2 1/2 Jahren Prozeßgeschichte an so manche Schweinerei gewöhnt, und ich kenne die Fakten — den Verurteilungswillen des Staates, die Beweisnot der Bundesanwaltschaft und des Staatsschutzgerichtes, und ich weiß und wußte auch um den Hochsicherheitstrakt Bescheid.

Und das Wort „Vernichtungshaft" ist mir auch nicht fremd, obwohl ich es selten benutzt habe, weil es so „dramatisch" klingt.

Und ich bin ein Typ, und nicht einer von der sanftesten Sorte, und ich kann einiges ab, auch an Schweinereien. Und trotzdem mußte ich heute nach dem Schlußwort von Fritz Teufel einfach losheulen.

Fritz Teufel, angeklagt im *„Hexenkessel von Moabit wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni"* zusammen mit fünf weiteren ebenso tapferen wie aufrechten Genossen, von denen wir uns alle „eine Scheibe abschneiden" sollten. Die sollen nach 2 1/2 jährigem Prozeß auf weitere x-Jahre im Hochsicherheitstrakt verschwinden — zumindest dies; oder ist bereits ein neues „Stammheimer Wunder" geplant?

Wir wissen es nicht! Wir können dem Staat nur berechtigt mißtrauen und alles tun, damit diese Genossen lebend in unserer Mitte sein werden.

Was hat mich da so betroffen gemacht? Da hat sich einer an uns — die alte „Neue Linke" gewandt, aus einer extremen Situation, aus dem Hochsicherheitstrakt. Wir alle, von den Jusos angefangen, über die K-Gruppen zur Frauenbewegung bis zur „harten Scene". Alle sind gemeint.

Da hat einer um Hilfe gebeten, für sich und die Mitangeklagten. Und es steht zu befürchten, daß sein Ruf nach Solidarität und Freiheit für sich und die anderen ungehört in der zersplitterten Linken verhallt. Aber, er hat alle gemeint, die mal was mit der APO zu tun hatten, und diejenigen, die danach zur Linken gestoßen sind.

Da hat einer von drinnen einen Beitrag zur „Krisendebatte" der Linken geleistet: Einen in der vielzitierten ersten Person, einen der nach Luft und Leben schreit, weil Schlimmstes zu befürchten steht. Da hat einer was gemacht, was aus dem Knast heraus

und Leben schreit, weil Schlimmstes zu befürchten steht. Da hat einer was

gemacht, was aus dem Knast heraus selten ist: In erster Linie nicht politische Einschätzungen verbreitet, sondern schlicht Fakten dargestellt, Fakten aus fünfjähriger, quälender Knastzeit, Fakten, mit denen sich draußen viel zu wenig auseinandergesetzt wird: Die Situation der politischen Gefangenen, der Gefangenen überhaupt. Und die Situation der Linken draussen.

Dazu hat er nichts weiter gebraucht — und doch finde ich es ungeheuer viel — als seine Aufzeichnungen aus fünf Jahren Knast und einigem älteren Material.

Da hat einer vom Innenleben des Knastes in seinem Schlußwort erzählt, hauptsächlich dies, und ein klein wenig von der „Spaßguerilla", da hat einer den Mut gehabt, von sich zu erzählen — und damit auch von den anderen Angeklagten und ebenso den „normalen" Knackis, von denen die Angeklagten auch noch abisoliert wurden.

Aber, der Reihe nach:

Fritz hat am 27.9.80, dem zweiten Tag seines Schlußwortes aus seinem Knastalltag erzählt und begann damit, wie er zu Ausländern in der BRD steht. Er wollte schon bei seinem ersten „Gefängnisaufenthalt" türkisch lernen, um sich mit den im Knast häufig anzutreffenden Türken auch auseinandersetzen zu können.

Kommt darüber — unterbrochen von dem Vorsitzenden Richter Geus — auch kurz auf die Situation in der Türkei zu sprechen, den NATO- und insbesondere BRD-finanzierten Putsch, und das ist nichts anderes als das, was die Linke draußen dazu vertritt. Kommt darüber aber wieder auf seine Situation zurück, und was ihm der einfachste menschliche Kontakt im Hochsicherheitstrakt bedeutet: Das lächeln der türkischen Knastputzfrau, wenn die Gefangenen im Trakt Umschluß haben und diese einzige Frau im Knast sehen können. Kommt darauf, was ihm die Prozeßbesucher bedeuten, die doch immerhin recht kontinuierlich anwesend waren: *„Ohne die Zuhörer hätten wir das hier alles gar nicht ausgehalten"*, und betont, daß die *„verbotene Kontaktaufnahme mit den Angeklagten"* (intensives Anschauen zwischen Zuschauern und Angeklagten, mit den Augen „albern", blinkern, anlachen, mal Zeichen machen, daß man einen Brief auch tatsächlich erhalten hat) es ihnen in dem Hexenkessel von Moabit doch immerhin erleichtert hat, diesen Prozeß auch zu führen, was nicht immer ausgemachte Sache unter den Angeklagten gewesen sei. Aber, nachdem sie sich dazu entschlossen hätten, den Prozeß zu führen, habe sie das Gericht an allen möglichen interessanten Punkten ausgeschlossen, u.a. als Lorenz als Zeuge aussagte.

Und dann erzählt Fritz von der Post, die ihn während der nunf fünfjährigen Haft mit am Leben erhalten habe, weist darauf hin, daß er der Gefangene ist, der wohl die meiste Post von allen bekommt.

Als Beweis dafür hat er einen Karton dabei, „von Weihnachten '75", in dem ca. 200 Postkarten ver-

Als Beweis dafür hat er einen Karton dabei, „von Weihnachten '75", in dem ca. 200 Postkarten ver-

staut sind, die er nun einfach auskippt. Er beginnt von diesen Karten einige vorzulesen: Karten vom Leben draußen. Sagt dazu: Was für eine Beschäftigung für einen Revolutionär, Postkarten oder Briefmarken zu sammeln. Der Inhalt der Karten: zum großen Teil banal — aber wichtig, daß überhaupt an ihn geschrieben wird; wichtig, daß alle im Trakt nicht vergessen werden. In den Karten von draußen steht dann *„Haben Besuch von x. Uns geht es gut. Herzliche Grüße"*.

„Bin grad in Ferien im Schwarzwald. Hab Dich lieb."

Liest dann auch eine Karte mit einem Gedicht von einem anderen Knacki vor, kommt so wieder auf den Knast (um den es natürlich die ganze Zeit auch ging) zurück:

Plötzlich: Fliegengitter vor den Zellenfenstern. Doppelte Schlösser. Erst wenige Fliegengitter, dann immer mehr.

Da wird mal ein „Neuer" eingeliefert, der trommelt in der zweiten Nacht gegen die Wände seiner Zelle, und ruft *„Hey, Du, hast Du was zu lesen, ich brauch was zum Lesen."*

Fritz schreit zurück: *„Hier sitzt Fritz Teufel, bist wohl ein Neuer, sonst wüßtest Du, daß wir Fliegengitter haben, und nichts pendeln können. Klar habe ich was zu lesen, aber ich kann Dir leider nichts rüberschicken."*

Und, seit der Trakt steht: Fliegengitter an allen Fenstern, die zum Trakthof liegen. An all diesen Fenstern, und an anderen Fenstern auch. Mal eingerichtet angeblich wegen der „Terroristen", und heute Normalzustand für viele andere Knackis.

Mir ist es heiß und kalt den Rücken runtergelaufen, während Fritz versucht hat, diese Knastsituation auch schauspielend zu vermitteln.

„Kontaktsperre" — und damit ist dann auch das Wort zu den Hungerstreiks gefallen, und Fritz zitiert Bloch, der einmal sinngemäß gesagt hat: Elend reizt nicht immer zum Mitgefühl, sexuelles Elend z.B. ist selten dazu angetan, sich mit dem Leidenden zu solidarisieren. Aber einem nimmt man das Leid ab: Dem, der hungert, glaubt man sein Leid. — Hungerstreik als Waffe, um Aufmerksamkeit für seine Situation zu schaffen und Mitgefühl zu erregen. (Die anwesenden „Counters" unterbrechen ihn hier, und Fritz geht geduldig auf sie ein, versucht, einen Dialog anzufangen, den sie aber gar nicht wollen — sie hauen nach der Pause ab, weil sie das alles so „unpolitisch" fanden).

Und, er geht auch auf das sexuelle Elend im Knast ein, die einsamen Wixereien — und das gehört ja nun auch zur Situation im Knast. Und der Isolation.

Während dieser Ausführungen bis zur Pause wird Fritz noch mehrmals von Geus unterbrochen, aber Fritz und seine Verteidiger bekommen ihn ruhig und er kann ausreden: *„Herr Geus, wenn sie mich hier nicht reden lassen, ist ihr neues Image hin, und sie stehen in der Öffentlichkeit wieder als*

Geus, wenn sie mich hier nicht reden lassen, ist ihr neues Image hin, und sie stehen in der Öffentlichkeit wieder als

das da, was sie immer waren: Staatsschutzrichter.

Einen Vormittag in 2 1/2 Jahren will ich mal ungestört reden können, sonst lief hier ja die ganze Zeit ihr Programm, Herr Geus. Lehnen sie sich zurück, und lächeln sie sanft in sich hinein, es gibt hier ja nichts Urteilsrelevantes, das Urteil steht ja eh schon fest, und dadurch ändert sich im Prinzip auch nichts, daß Hochstein gefallen ist." Nach einer Pause dann: Ein bißchen Propaganda für die Spaßguerilla, die von ihm verstanden wird als eine Kampfmethode „im Herzen der Bestie" (Che über die Metropolen).

Humor als integriertes Merkmal des Kampfes; Humor als Notwendigkeit; als Überlebensstrategie im Knast; Humor vergißt nichts.

Im letzten Teil seines Schlußwortes kommt Fritz wieder auf Rainer Langhans zurück, dem bereits der erste Teil seines Schlußwortes am Prozeßtag davor gewidmet war. Kommt zurück auf die APO und was aus ihr geworden ist.

Fritz erzählt das Drehbuch einer Sendung, aus dem Jahre '71, die den Titel hatte: *„Was ist aus der APO geworden?"* Die lief damals im ersten Programm (Monitor). In der er zum letzten Mal in Freiheit interviewt wird, für die einen beginnt damals der Aufbruch in die ML-Zeiten, für die anderen — u.a. Fritz — die Illegalität. Auf der einen Seite die Betriebskader der „Roten Zellen", auf der anderen Seite Fritz als „Illegaler", und Rainer Langhans, der mit seiner aus APO-Zeiten gewonnenen Popularität eine Karriere im Pop-Geschäft beginnt, dem die APO „scheißegal" geworden ist, der aus der APO Kapital für sich schlägt.

Amnestie gab es damals auch, aber nicht für alle, und für Fritz eben auch nicht. Und Fritz wollte eine aufgrund eines windigen Prozesses verhängte Gefängnisstrafe von neun Monaten halt nicht absitzen: Illegalität!

Ziemlich deutlich wurde mir eins dabei: Es gibt nicht nur diesen einen Langhans, es gibt viele davon: Leute, die den Kampf aufgegeben haben und sich in den Nischen dieser Gesellschaft eingerichtet haben, Menschen, die eine Art linker Karriere gestartet haben, — und vergessen haben, wofür sie mal angetreten sind, in deren Leben Widerstand gegen die Lebensbedingungen hier keine Rolle mehr spielt. Auch ein Produkt dieser Entwicklung sind diejenigen, die sich höchstens noch für „Unschuldige" und Prominente einzusetzen bereit sind, denen es nur noch um den „Rechtsstaat" geht, aber nicht um Solidarität mit Linken, die der Klassenjustiz in die Klauen geraten sind. (Siehe die Antwort einiger „Prominenter" an Fritz auf dessen Kritik an ihnen, ‚taz' vom 22.9.80).

Danach ist Fritz erschöpft, er kann einfach nicht mehr, und sagt, daß das Publikum selbst die Schlüsse aus dem ziehen soll, was er da erzählt hat.

Natürlich — alle Zuhörer klatschen nach diesem Schlußwort.

Und nun das Gericht: Es ruft einen aus den Zuschauerreihen willkürlich nach vorn. *„Warum haben sie eben geklatscht?"* Alle Zuschauer beginnen

aus den Zuschauerreihen willkürlich nach vorn. *„Warum haben sie eben geklatscht?"* Alle Zuschauer beginnen

erneut zu klatschen. Dann: *„Der Saal ist zu räumen!"*, aber noch sind einfach zu wenig Bullen anwesend. Es sind nur drei mit Knüppeln da, aber Verstärkung ist sofort herbeigeholt. Als die Mitteltür aufgeht, und so 10 bis 15 Bullen mit voller Montur hereinkommen, wollen sie immer noch nicht sofort räumen. Da fängt Geus (Vorsitzender Richter) zu schreien an: *„Werden hier meine Anordnungen nicht befolgt? Ich habe gesagt: Räumen, und zwar bis auf die Straße!"* (Das ist schon mal passiert, und da gab's dann reichlich Prügel für die Zuschauer von den Bullen). Danach trauen sich die Bullen — die bekannten, verhetzten 17jährigen — hinter die Ballustrade in den Zuschauerraum. Mit gezogenem Knüppel greifen sie insbesondere die Frauen an. Eine wird an die Wand gedrückt, einer anderen werden die Oberarme brutal zusammengequetscht, wieder einer anderen werden die Arme auf den Rücken gedreht.

Natürlich waren wir schon im Aufbruch begriffen, wir haben nur noch auf den Genossen gewartet, den Geus nach vorn geholt hat. Der wird zu drei Tagen Prozeßausschluß verdonnert — wegen einmal Klatschens. Als der Polizeieinsatz beginnt, ist mal wieder ein verdächtiges Knacken aus der Glaskabine zu hören, in der Ralf, Ronald und Gerald sitzen: So , als wenn da wieder ein Stuhl zu Bruch gegangen wäre. Das haben die Angeklagten schon einmal gemacht, um die Zuschauer zu „entlasten" — die Bullen haben dann sozusagen eine zweite Front.

So geht dieser Prozeßtag zu Ende.

Die Solidaritätsbewegung muß größer werden und über das Prozeßende hinausgehen — wenn die Gefangenen endgültig im Knast und Hochsicherheitstrakten begraben wer-

ende hinausgehen — wenn die Gefangenen endgültig im Knast und Hochsicherheitstrakten begraben wer-

den sollen.

Kurz nach dem Prozeßende stehen mit ziemlicher Sicherheit Verlegungen in westdeutsche Trakte an. Das muß als erstes verhindert werden.

ALLE ZUSAMMEN FÜR DIE FREIHEIT DER ANGEKLAGTEN!

Ein Genosse



Frauenhaftanstalt Lehrter Straße/Berlin: Demonstration „Wir sind alle der 2. Juni" vom 20.9.80.

2. Juni-Prozeß: Nicht einmal die Schlußworte sollen wir hören

Am 27.9. begann Fritz Teufel mit seinem Schlußwort (siehe Bericht dazu in diesem AK). Gelang es Fritz und seinen Verteidigern noch, eine einigermaßen ungestörte Rede durchzusetzen, so signalisierte schon die Räumung der Zuschauerbänke durch vom Gericht angeordneten Bulleneinsatz an diesem Tag, daß nicht einmal die Schlußworte der Angeklagten vom Gericht geduldet waren.

Nachdem am 30.9. Till Meyer noch ausreden konnte (näheres dazu im nächsten AK), wurde Ronald Fritsch nicht nur unterbrochen, sondern ihm per Gerichtsbeschluß sein Recht auf ein Schlußwort aberkannt, denn Ronald hatte es gewagt, alle im Laufe des Prozesses gegen die Angeklagten verhängten „Disziplinar- und Ordnungsmaßnahmen" (u. a. diverse Ausschlüsse vom Prozeß und Haftstrafen) aufzuzählen. Zitiert nach den Gerichtsprotokollen, wobei er es sich selbstverständlich nicht nehmen ließ, die Anlässe für diese Gerichtspraktiken - knappe (aber treffende) Unmutsäußerungen über Richter und Bundesanwaltschaft - ebenfalls getreu den Protokollen vorzutragen.

Gerald Klöpper weigerte sich, mit seinem Schlußwort zu beginnen, „weil Ronni noch dran ist".

Ebenso bestand Ralf Reinders am 1.10. darauf, Ronalds Schlußwort zu Ende zu hören.

Das Gericht „wertete" diese Äußerungen kurzer Hand als „freiwilligen Verzicht" auf das letzte Wort und vertagte sich am 1.10. nach einer knappen halben Stunde auf Montag, 13.10., um dann das Urteil zu verkünden.

Freiheit für Ralf Reinders, Ronald Fritsch, Gerald Klöpper, Andreas Vogel, Till Meyer und Fritz Teufel!

Westberliner Antirepressions-Kommission des KB

Solidaritätsveranstaltung für die Freilassung der Gefangenen im Lorenz-Drenckmann-Prozeß

30 Leute waren bei der Veranstaltung im „Herrenberger Hof" am 17.9.80 in Stuttgart. Für die Veranstaltung versuchten wir, einen Anwalt aus dem Lorenz-Drenkmann-Prozeß und Karl Heinz Roth zu bekommen. Beides klappte aus terminlichen Gründen nicht.

Trotz dieser Handikaps lief der Abend erfolgreich, vor allem deshalb, weil eine Reihe neuer Leute an der Veranstaltung teilnahm.

Auf der Grundlage der Prozeß-Depesche und Arbeiterkampf-Artikeln wurde die Entwicklung im Lorenz-Drenkmann-Prozeß dargestellt. Darüber hinaus wurden die Parallelen zu Stammheimer Staatsschutzverfahren aufgezeigt, insbesondere des Folkerts-Prozesses (Fehlen eines Vertrauensanwaltes, Prozeß ohne Verteidigung). In diesem Prozeß laufen noch größere Schweinereien von Seiten der Justiz ab als im Lorenz-Drenkmann-Prozeß. Dazu kommt, daß die Stuttgarter Linke keine Stellung zu diesem Prozeß nimmt.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die Funktion der Zwangsverteidiger beleuchtet.

Am Ende der Veranstaltung zeichnete sich ab, daß sehr viele der Teilnehmer nach West-Berlin fahren wollten (zum Aktionswochenende 19. - 21.9. rund um den 2. Juni-Prozeß). Darüberhinaus wurde beschlossen, längerfristig in einer Initiative gegen Hochsicherheitstrakts zusammenzuarbeiten. Die Initiative will konkrete Solidaritätsarbeit in Form von Gefangenenbesuchen machen, deren Situation öffentlich machen und außerdem die Zusammenarbeit mit anderen Knastgruppen suchen.

Initiative gegen Hochsicherheitstrakts Stuttgart

Kontaktadresse: Initiative gegen Hochsicherheitstrakts, Stuttgart
c/o Kunterbunt
Olgastraße 137
7000 Stuttgart 1
Treffen donnerstags ab 19.30 Uhr
Tel.: 0711/6 07 14 60

Von der Rückkehr in die Unmenschlichkeit

— Eine Dokumentation zur justitiellen Menschenrechtsverletzung

,,Ein Schauer weht, korrekt und schnarzig, von Hinterpommern bis zur Pfalz: Der Gott der Deutschen offenbart sich in Form des höchsten Staatsanwalts. Ob Fels und Eiche splittern, ihn kann nichts mehr erschüttern.''
Erich Weinert, 1925

Vom Anfang

Im Sommer 1978 steht die fällige Fußballweltmeisterschaft in Argentinien vor der Tür. Diejenigen, die später, anläßlich der Olympiade im Jahre 1980, in Anbetracht von Kabul der Propaganda nicht genug tun können, um ,,Menschenrechte'' vor Sport zu stellen, kennen damals keine Folter. Nur noch Fußball, der angeblich ,,versöhnt'', sei es auch mit Elektroschocks und Papageienschaukel.

Die letzten Bedenken des Gewissens einer nicht unbelasteten Nation werden weggewischt und verdrängt. Mit den Repräsentanten eines kurz zuvor an die Macht gelangten Folterregimes verkehrt man per Handschlag: Nichts demoralisiert mehr als die Aussicht auf circensische Bestechung. Das oberste Prinzip des Teufels, die Zerstörung der Erinnerung, jenes

Nichts demoralisiert mehr als die Aussicht auf circensische Bestechung. Das oberste Prinzip des Teufels, die Zerstörung der Erinnerung, jenes

,,und ist so gut, als wär' es nie gewesen'', wäre mit jedem neuen ,,TOR''-Gebrüll einen Schritt vorwärts gekommen, weg von Auschwitz und VIDELAS Folterkellern.

Zu dieser Zeit, am 23. Juni 1978, morgens um 10 Uhr, geht ein Mann auf seine Studentenbude in einem Heidelberger Hinterhaus. Er hat eine Fahrkarte nach München in seiner Tasche und auch einige nicht ganz echte Utensilien, mit deren Hilfe er in die Gestalt eines Postboten schlüpfen will. In der bayerischen Landeshauptstadt will er seine ,,Post'' abgeben: einen Sprengsatz an die Adresse des argentinischen Generalkonsulats. Eine geringe Menge Sprengstoff soll ausreichen, um ein paar Steine aus der Mauer des Schweigens zu reißen. Er hat sich sorgfältig zuvor vergewissert, daß Menschen nicht zu Schaden kommen können. Aus diesem Grunde auch probiert er vorher — noch in Heidelberg — die Elektronik seines Sprenggeräts durch: das vorzeitig unter seinen Händen explodiert!

Hermann FEILING ist nicht auf der Stelle tot. Er überlebt den schrecklichen Unfall. Aber er ist blind danach und seine beiden Beine werden bis ins obere Drittel amputiert. Sein Körper ist von Brandwunden bedeckt.

Zwei Jahre darauf, im Sommer 1980, beschließt das Oberlandesgericht Frankfurt (OLG) auf Initiative der Bundesanwaltschaft, gegen ihn Anklage zu erheben. Schließlich packt ein Blinder in einem Rollstuhl doch ausgezeichnet in die Einsamkeit der Hochsicherheitstrakte, deren sensorisch deprivierende Einrichtung schließlich auf bei Gesunden eine Art von Blindheit, Wahrnehmungsunfähigkeit und perzeptiver Zerrüttung erzeugt. Zwei andere sollen mit ihm vor Gericht angeklagt werden: Hermann Feilings Verlobte Sybille STRAUB und die Silvia HERZINGER, die unter dem Tarrnamen ,,Friederike'' mit Feiling Kontakt gehabt haben soll. Beide Frauen soll Hermann Feiling in späteren Vernehmungen durch eine 1.300 Seiten umfassende ,,Aussage'' belastet haben.

Von Roland Freisler, dem Vorsitzenden des faschistischen Volksgerichtshofes, weiß man, daß er in mehreren Fällen darauf verzichtete, erblindete und verkrüppelte Menschen vor Gericht zu präsentieren und ihre ,,Aussagen'' zu verwenden. Der ,,Rechtsstaat'' kennt solche Scheu nicht! Feiling m u ß vor Gericht gezerrt werden, weil nur dadurch die besagten, angeblich von ihm stammenden 1.300 Seiten ,,Aussagen'' verifiziert werden können: die dem Behinderten zu seiner Pein so lange vorgelesen werden, bis sie wahr sind. Mag er dementieren, wie er will.

Denn daß er sich — wie er unermüdlich versichert — an diese ,,Aussagen'', die ein halbes Dutzend Menschen belasten, nicht erinnern kann, weil er sich bei ihrer Schöpfung in traumatischer Lage befand, ist insofern der Wahrheitsfindung überhaupt kein Problem, weil die dabei anwesenden Verhörspezialisten à la Berberich & Werz in trauter Eintracht mit anwesenden Polizeiärzten dafür um so sicherer deren ordnungsgemäßes Zustandekommen beschwören werden. Dabei belasten die angeblichen Aussagen im Grunde niemand anderen als die für den ,,anachronistischen Zug'' in der deutschen Justiz immer schon ebenso charakteristische wie fatale Zusammenarbeit von Arzt & Polizist.

Die Verhöre und Vernehmungen des todkranken Hermann Feiling waren nicht nur rechtsstaatlich nicht koscher, also ungesetzlich, sie waren auch Folter und beweisen jene merkwürdige Synchronisation in den Reihen des polizeilichen Imperialismus: Wer etwas gegen die Folter in Lateinamerika unternimmt, muß damit rechnen, hier selber gefoltert zu werden.

Vernehmungen in Deutschland

Vernehmungen in Deutschland

Hermann Feilings Unfall ereignete sich am 23. Juni 1978 gegen 10 Uhr. Unmittelbar danach mußten ihm beide Augen entfernt werden sowie die beiden Beine bis zum letzten Drittel des Oberschenkels. Sein Körper war von erheblichen Brandwunden bedeckt. Ein Schock von kaum vorstellbarer Dimension zeichnete im übrigen seinen Zustand aus. In der Nacht nach seinen schweren Operationen wurden ihm vier Ampullen des starken Schmerzmittels Dipidolor gespritzt.

,,Dipidolor ist ein morphinhaltiges Schmerzmittel, das nur bei besonders starken Schmerzen verordnet wird. (...). *Bei einigen Patienten stellt sich eine Euphorie ein, d.h. ein unrealistisches Gefühl des Wohlbefindens, außerdem Gefühle der Geborgenheit. Es erleichtert gedankliche Assoziationen, eine 'positive Grundeinstellung', Gedankenflucht...''* (Pharmazeutisches Lexikon).

Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärte das Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart, Feiling befinde sich in Lebensgefahr, am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe (Quelle: ,,Heidelberger Rundschau'', 26.6.78 und Aktennotiz RA Bayer).

Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKAs, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumachen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens Dressler, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die fünf Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zur Hand gingen.

Insgesamt war Hermann Feiling 4 1/2 Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die ,,Vernehmungen'' munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen Wechsung, den Feiling für einen Rechtsanwalt hielt — und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war. Noch während seines späteren Zwangsaufenthaltes in der Polizeischule Münster (!) erklärt man seinen merkwürdigen Status damit, daß er ,,Gast'' der Polizei sei, in deren Haus er ein ,,Appartement'' bewohne, welches sich im übrigen als die Waffenkammer dortiger Polizisten erwies (Aktennotiz S.B. 19.10.78).

,,Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewge Krankheit fort.''
Goethe

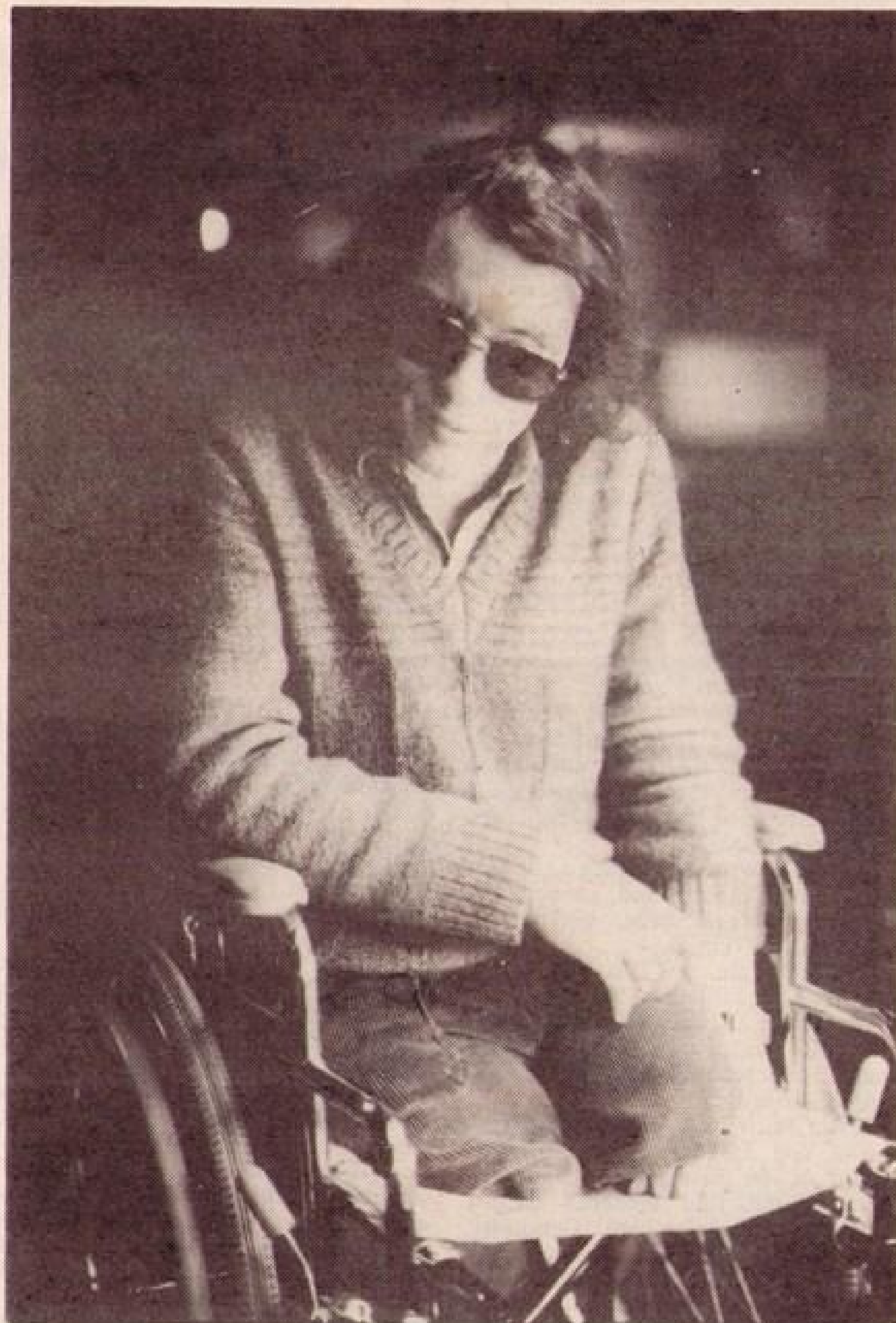
Feiling war also ein blinder und bewegungsunfähiger ,,Gast''. Wobei Gastlichkeit bekanntlich dadurch definiert ist, daß man andere ,,Gäste'' nicht empfangen darf, geschweige denn seinen eigenen Anwalt. Hermann versteht es, in diesem abgeschotteten Zustand seine Isolierung dadurch zu durchbrechen, daß es ihm trotz seines hilflosen Zustandes gelingt, Tonbandkassetten nach außen zu schmuggeln, auf denen er seine erpresserischen Umstände beschreibt und nach seinem Anwalt Stefan Bayer verlangt. Es gelangt sogar ein von dem erblindeten

auf denen er seine erpresserischen Umstände beschreibt und nach seinem Anwalt Stefan Bayer verlangt. Es gelangt sogar ein von dem erblindeten

Feiling mühsam unterzeichnetes Mandatsformular nach draußen.

Damit allerdings war nur die Gefahr akut, daß es jetzt eigentlich rechtsstaatlich hätte zugehen müssen: Der Anwalt besaß einen Anspruch auf den persönlichen Kontakt zu seinem Mandanten. Da man das aber auf keinen Fall wollte und konnte, mußte man sich etwas einfallen lassen, um aus dem nun offenbarer werdenden Verdacht zu entkommen, es handle sich bei Feiling womöglich um eine rechtswidrig festgehaltene Geisel der Polizei. Als Rechtsanwalt Bayer am 19. Okt. 78 in der Polizeischule Münster erscheint, wird ihm von dem Beamten Berberich eine Erklärung Feilings vorgelegt, worin der augenblicklich keinen Besuch durch Bayer wünscht. Bayers Wunsch, dies von seinem Mandanten mündlich bestätigt zu bekommen, wird abgelehnt.

Diese Abkehr von seiner ursprünglichen Absicht, die Feiling mit großer Mühe nach draußen schmuggelte, soll natürlich ,,freiwillig'' zustande gekommen sein. Am 24.10.78 schildert W.R. Meyer ein Telefongespräch mit seinem Jugendfreund Hermann Feiling, worin dieser die ,,Gründe'' für seinen Sinneswandel erklärt: *,,So sei ihm (Feiling) mitgeteilt worden, Rechtsanwalt Bayer sei ein 'Sicherheitsrisiko'. Wenn dieser zu ihm vorgelassen würde, könne die Sicherheit (!) nicht mehr gewährleistet werden, er müsse dann die Höhere Polizeischule verlassen''. ,,Dies sei ihm (Feiling) durchaus auch recht, da er die Abschirmung durch die Polizei nicht wünsche. Andererseits sei es jedoch so, daß sein Aufenthalt gleichzeitig mit der Behandlung in der Klinik gekoppelt sei. Es würden ihm dort die Prothesen angepaßt und er erhalte Unterricht in Blindenschrift. In der Klinik selbst seien sämtliche Plätze belegt (!), d.h. er habe seinen Aufenthalt in der Polizeischule, die ihm auf Pfleger u.ä. (!) stelle.''* Und weiter erinnert sich Mayer: *,,Feiling sagte, bei dieser Sachlage werde er wohl das Schreiben, das Berberich vorgelegt habe, unterzeichnen müssen''.*



Herrmann Feiling

Mit anderen Worten: H.F. wollte unbedingt seinen ihm rechtlich zustehenden Anwalt, aber die niederträchtige Auflage der ,,Beamten & Pfleger'' lautete, entweder Anwalt oder Behandlung! Stimmt dies, woran Mayer sich erinnert und was Feiling heute bestätigt, dann handelt es sich bei dem KHK Berberich um einen Straftäter von erheblicher unmenschlicher Energie: Gegen das Grundrecht auf freie Anwaltswahl wurde die Drohung des Entzugs des ebenfalls grundrechtlich gesicherten Patents der körperlichen Unversehrtheit gesetzt.

Überhaupt handelte es sich bei der Erlaubnis, daß Mayer mit Feiling direkt telefonieren durfte (der ansonsten in strengster Quarantäne gehalten war), um ein außergewöhnliches Ereignis. W.R. Mayer war Schulfreund von Hermann und politisch offenbar

in strengster Quarantäne gehalten war), um ein außergewöhnliches Ereignis. W.R. Mayer war Schulfreund von Hermann und politisch offenbar

so unverdächtig, daß man sich von der Ermöglichung eines selektiven Kontakts wohl einen ,,positiven'' Effekt in eigner Sache versprochen hatte. Tatsächlich war Mayer vor seinen Erlebnissen der Absicht gewesen, das ihm polizeilicherseits mitgeteilte geheime Kennwort zum Durchtelefonieren nicht dem Rechtsanwalt Bayer mitzuteilen (Aktennotiz 24.10.78). *,,In der Zwischenzeit sei er allerdings anderer Auffassung. Er könne überhaupt nicht verstehen und sei ganz geschockt, daß Hermann Feiling derart abgeschirmt und bewacht werde''.* Was Wunder, daß gegenüber dem unverdächtigen Jugendfreund Mayer, der sich durch Menschlichkeit unbeliebt gemacht hatte, das ,,Kennwort'' sofort ausgetauscht wird.

In diesem Zusammenhang sind weitere grundsätzliche Fragen zu H.F.'s Status angebracht. Der, wie gesagt, dadurch gekennzeichnet war, daß einerseits kein Haftbefehl verkündet war (im Knast hätte man ihn wohl weniger gut ,,betreuen'' können), andererseits aber die strengste Quarantäne vorlag. Plus der Einflußnahme auf den Gang der medizinischen und prothetischen Versorgung, und wo es im übrigen ein ,,Sicherheitsrisiko'' sein sollte, wenn der unverhaftete ,,Gast'' einer Polizeischule seinen Anwalt sehen möchte. Um diesen ganzen unerhörten Zustand einigermaßen kaschieren zu können, traf es sich ausgezeichnet, daß man wenige Tage nach der Explosion in Heidelberg ein Ehepaar K. verhaften konnte. Dieses war — aus Nürnberg kommend — in der Klinik Hermann Feilings eingetroffen, den es besuchen wollte. Dies Ehepaar, das deswegen für drei Monate in den Knast geriet und dessen Geschichte bis heute nicht restlos aufzuklären ist, wurde kurz darauf durch geschickt lancierte Pressemeldungen (,,Rhein-Neckar-Zeitung'', 7.7.78) wahlweise ausgewiesen als:

- Equipe zur ,,Befreiung'' des Hermann Feiling, wie auch
- als der Absicht des geplanten Mordes an ihm verdächtigt.

Von einer gefundenen ,,Pistole'' war die Rede, an die sich heute niemand mehr erinnern will. Und im übrigen wurden die K.'s auch nach drei Monaten sang- und klanglos entlassen, jegliches Ermittlungsverfahren gegen sie wurde eingestellt, von Mord war keine Rede mehr, wie im übrigen auch der Gedanke an die geplante ,,Befreiung'' des H.F., der immerhin auf der Beatmungsstation lag, ins Reich der Groteske verwiesen wurde. Nachträglich, versteht sich! Aber erreicht wurde so die Herstellung einer drohenden ,,Sicherheitslage''. Man konnte nun den Schwerverletzten, der ohnehin selber nichts nachprüfen und übersehen konnte, in eine Art von ,,Schutzhaft'' nehmen, denn er war ,,bedroht'', der ,,Freund & Helfer'' aber einzig und allein die Polizei.

,,Freund & Helfer'' aber einzig und allein die Polizei.

In der Dunkelheit

Hermann Feiling konnte sich in seiner Lage ohne fremde Hilfe nicht fortbewegen. Es war ihm versagt, mit andern als den anwesenden Personen zu sprechen: mit Polizisten, die pflegerische Kittel trugen, die er in solcher Verkleidung nicht zu identifizieren vermochte. Er hatte keine, aber auch gar keine Möglichkeit, seinen eigenen Willen gegen einen entgegenstehenden Willen der ihn umgebenden Personen durchzusetzen. Da er anders als ein ,,nur'' Blinder, der sich mit seinen eigenen Beinen in der Dunkelheit, die ihn umgibt, wenigstens noch vorantasten kann, für alles, was außerhalb der Reichweite seiner Hände ist, eine fremde Hilfe benötigt, muß diese totale Abhängigkeit von der Hilfestellung anderer ständig ein Gefühl der Dankbarkeit in dem Betroffenen erzeugen, was die Anstrengung fast unmenschlich erscheinen läßt, einen von seinen Bewachern unabhängigen und autonomen Wunsch zu äußern. Zu alledem kam eine katastrophale psychische Traumatisierung: Er befand sich nun plötzlich in der nahezu unvorstellbaren Lage, sich in einem von dem früheren völlig konträren Leben zu befinden. Anstatt der Welt aus Raum, Licht und Farbe ist er nun völlig bewegungslos in die absolute Finsternis gestürzt. Seine Existenz und die Existenz anderer erkennt er in Berührungen und in Stimmen. Nur diese Personen, die sich ihm ausschließlich in Stimmen darstellen, sind in der Lage, seine Reglosigkeit und Not zu lindern. Diese Personen haben daher Macht über ihn. Sie gebrauchen diese Macht auch unumschränkt da, wo sie ihm den Kontakt mit anderen Personen verweigern.

Der bekannte deutsche Blindengutachter Jacob beschreibt solche Erleb-

nisse bei Blinden: „*Im anfänglichen Schockstadium wird der Erblindete in tiefste Nacht geschleudert; der Erblindete hat kein Gesichtsfeld vor sich. Es handelt sich um eine primär räumliche Schwarzempfindung von sinnlicher Gewißheit und Allgegenwärtigkeit. Der Erblindete begreift dies als Verlorensein im dunklen Raum mit Angstbeklemmungen.* (...) *Mit dem Wegfall des optischen Tag-Nacht-Erlebens nach Sehverlust sind die Voraussetzungen für erhebliche Störungsvorgänge gegeben. Die Beziehungen zwischen Helligkeit und akustischer Reizfülle bzw. Dunkelheit und akustischem Reizrückgang sind für den Erblindeten gerade umgekehrt. Akustische Reizfülle bedeutet für ihm Umweltschwärze. Die Einengung des akustischen Reizfeldes und damit der weitgehende Wegfall von Überraschungsreizen während der Nacht läßt den bisher gewohnten Umschlag der Helligkeit erwarten.* (...) *Zwar entwickelt der Blinde eine zunehmende Sensibilität gegenüber Annäherungsempfindungen, jedoch bedeutet dies einen recht unzureichenden Ersatz und eine kaum verringerte Schutzlosigkeit gegenüber einer Vielfalt von Überraschungsreizen. Wo sich infolgedessen das Überraschungsfeld verdichtet und die optische Übersicht über auf den Blinden zukommende geballte Reizfelder verloren geht, steht der Blinde schutzlos den Umweltreizen gegenüber und erlebt Situationen vitalen Versagens.*“ (Jacob: Der Erlebniswandel bei Späterblindeten). Hermann selber beschreibt später eindrucksvoll diese Gefühle, die ihren Höhepunkt in gravierenden Erlebnissen der Selbstentfremdung finden, in der Angst, „verrückt“ zu werden.

Über die Produktion von Aussagen

Hermann Feiling wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Male „angehört“; ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt.

Die Ergebnisse dieser „Anhörung“ werden von den Ermittlungsorganen als „Aussagen“ bewertet. Hermann Feiling steht unter starkem Medikamenteneinfluß und wird von der Polizei selber noch offiziell als „lebensgefährlich verletzt“ bezeichnet. Ein Mensch wird also stundenlang (bis zu zehn Stunden) verhört, der über Nacht beinahe sämtliche seiner Orientierungen verloren hat, der ohne Raum- und Zeitgefühl ist, total abhängig von seiner Umwelt, der Staatsmit Rechtsanwälten verwechselt und in Kittel gesteckte Polizisten mit Pflegern. Dem keine rechtliche Belehrung zuteil wird.

„Ich fühle mich wie eine lächerliche Masse“

H.F. Tonbandkassette

Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet. Hermann Feiling, der sich heute an beinahe nichts mehr erinnern kann, schildert Fragmente seiner damaligen Wahrnehmung so: „*In der ersten Nacht hätte er überhaupt keinen Tag-Nacht-Rhythmus gehabt. Sie hätten ihm jemand in den Raum gesetzt. Er habe nie geschlafen. Der andre sei immer herumgelatscht und hätte Stories erzählt, er sei Jäger. — Er könne sich bei seiner ersten Vernehmung auch nicht an (rechtliche) Belehrungen erinnern, auch nicht an die Belehrung, daß er sich eines Rechtsanwaltes bedienen könne*“.

Letzterer hätte ihm wohl, wäre es ein Vertrauensanwalt gewesen, als erstes gesagt, daß er gegenüber seiner Verlobten ein gesetzlich verbrieftes Recht der Aussageverweigerung hatte. Später, als er die Möglichkeit dazu findet, äußert er auf den herausgeschmuggelten Kassetten seine Empfindungen in der Lage der Abhängigkeit von den „Polizeipflegern“. Dabei geben diese authentischen Erklärungen einen ersten Aufschluß über die „Qualität“ wie über das Zustandekommen jener „Aussagen“, die nun gerichtsverwertbar sein sollen:

„(...) *Dann brauche ich wirklich einen Anwalt, dem ich vertrauen kann* (...). *Wenn jemand, den ich wahrscheinlich gar nicht kenne, durch mich im Gefängnis sitzt.* (...) *Ich weiß gar nicht, was für eine Struktur ich habe* (...). *Wenn das stimmt, dann bin ich total falsch beraten worden.* (...) *Ich bin irgendwie halbwegs verloren. Es bleibt mir nur noch zu warten, was man mit mir macht.* (...) *Man hatte mir nicht die Zeit gelassen, mich wieder aufzubauen.*“

Sondern man hatte ihn, bevor er wieder auf elementare Kräfte seines Bewußtseins, seiner Menschlichkeit zurückgreifen konnte, zuvor ein wenig zerstört; und je zerstörter und zerrütteter das „Vernehmungssubjekt“, desto klarer und glaubwürdiger seine „Aussagen“. Die im übrigen noch dazu dienen müssen, die Existenz von einem halben Dutzend anderer Menschen zu vernichten.

Die Barbarei und Perversion dieses Verfahrens, einen vernehmungsunfähigen Menschen zu „Aussagen“ zu pressen, wird auch aus den folgenden Angaben Hermanns auf besagten Kassetten deutlich: „*Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist* (...) *daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte.*“ „*Ich war also mehr so in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann — also wie gesagt — um dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist — das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit — eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!*“

Später teilt er dann, illegal, seinen Freunden mit: „*Ich bitte ... zu verfolgen, was mit mir geschieht. Wo ich hingebracht werde und so.* (...) *Ich bin voll unter deren Fittichen. Die haben also nur ein paar Konzessionen gemacht, daß ich also diese Maßnahmen da behalte, also die Krankenhaustherapie für die prothetische Versorgung.* (...) *Nur um das möglich zu machen, haben die es eben gemacht, mir also ihren Haftbefehl zu eröffnen.*“

Da gegen H.F. aber niemals formell ein Haftbefehl verkündet wurde, der ja haftunfähig war, muß jemand ihn bewußt m i ß i n f o r m i e r t (also erpreßt) haben in der Absicht: Entweder du unterwirfst dich uns, oder wir vollstrecken den Haftbefehl und dann ist die Chance auf medizinisch-therapeutische Maßnahmen passé, samt dem Erlernen der Blindenschrift.

Und in seiner letzten Mitteilung aus einer Isolierstation des Modell Deutschland heißt es: „*Ich fühl' mich tatsächlich ein wenig entmündigt; aber man hat auch irgendwie eine Situation geschaffen, in der ich mich eigentlich nicht traue, traute, irgend etwas selbst noch zu wollen.* (...) *Es ist für mich unmöglich, irgendetwas ganz anderes zu sein. Dazu will man mich bringen, glaube ich jedenfalls, daß man da alle Register zieht, ich geh daran nicht — jetzt nicht — vollends kaputt, weil ich festgestellt habe, daß ich meine politischen Gedanken, meine persönliche Identität vielleicht wohl mal wieder finde.*“

Natürlich ist diese von Hermann geschilderte Vergewaltigung niemals eine, die von verbrecherischen Schergen arrangiert wurde, sondern es handelte sich um „Hilfe“, pflegerische, versteht sich, um „Hilfe“, die erst recht zum Triumph beim Fabrizieren der „Aussagen“ gelangt. Zu jenen, die Hermann Feiling im Krankenhaus „behilflich“ sind, ihm Sachen reichen, oder womöglich noch die Orange schälen, gehören in erster Linie Polizisten. Feiling wußte das nicht, konnte also auch nicht ermessen, wer in seiner nächsten Umgebung etwa der ärztlichen Schweigepflicht unterliegt, wenn er etwas sagt.

In einer Situation, wo er unter dem ungeheuren Druck der Ereignisse sprechen will und muß, sich selbst hören, d.h. e r l e b e n will, der unter Eindrücken von Selbstentfremdung und gestörter Körperwahrnehmung leidet, der kämpft, der sich an seine Umgebung klammert, seine Gequältheit herausbricht — Sprache ist seine e i n z i g e Kommunikationsform. Die „hilfreichen“ Polizisten „hören geduldig an“ und halten geduldig „vor“: grüne Farbe des Autos oder rote? Solange, bis er „ja“ sagt.

In den 1.300 Seiten steht nichts darüber, w i e das gegangen ist, sondern man liest die Summe der freigeschöpften Facts. Doch ganz ist die Folter, die hier geschah, nicht spurlos getilgt („HR“, 12/78): „*Der Arzt gab zu Protokoll, daß Feiling während der Vernehmungen zwar 'medizinisch', aber nicht 'juristisch' vernehmungsfähig gewesen sei.*“

Was stört aber einen deutschen Polizisten namens Berberich, Mitglied eines Heidelberger Elternbeirates, Gesetz & Juristerei, wenn nur noch ein Funken Leben in einem steckt? „*Während der Vernehmungen*“, so heißt es, „*war Feiling so erregt, daß ihm zusätzlich Valium zur Beruhigung gespritzt werden mußte*“. Aber gewiß ist jede dabei aufkommende Assoziation an Kaduck, Mengele und andere KZ-Spritzer nur ein Ausdruck perfider Mißgunst gegenüber einer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“.

„*Der Arzt (Dressler) sagte weiter aus, daß er die größte Zeit der Vernehmung im Raum anwesend war und dabei den Namen Sybille Straub nicht gehört habe. — Diese Aussage des Arztes ist insofern wichtig, weil in dieser Vernehmung — so die Polizei — Freiling seine Verlobte bis zur Verhaftungsreife belastet haben soll*“ („HR“, 12/78).

Da es mit den „Sinnen“ der verhörenden Beamten, deren An- und Abwesenheiten in kritischer Aussagelage, dem An- und Abschalten von Tonbändern zur Dokumentierung ohnehin eine spezielle Bewandnis hat, wodurch zusätzlich der Wert jener „Aussagen“ vernichtend qualifiziert wird, soll versucht werden, anhand der Dokumente dieser Herren eine Art Spurensicherung vorzunehmen.

Dossier über ein Verhör in Deutschland

Das Wesen der Gehirnwäsche, das der Kommunikationstheoretiker Watzlawick am Beispiel dieser bösen Paradoxie beschreibt, besteht nicht nur aus Irrealität und provokanter Nicht-Logik, sondern konstitutiv darin, eine Situation zu schaffen, wo die eine Seite der Beteiligten genau weiß, worauf sie hinaus will, während die andere Seite immer verwirrter werden muß: Am Ende bekommt alles seinen intendierten Sinn.

Am 24.6.78 beginnt das teuflische Verwirrspiel gegen den Hermann Feiling. Einen Tag nach der Explosion, Stunden nach der Operation: an einem vollkommen vernehmungsunfähigen Menschen. Der Polizeiobermeister i.K. (POM) Schäffer führt das Protokoll, das er zu verantworten hat. Ein Staatsanwalt, ein gewisser Wechsung, gehört ebenfalls zur Szene, der den dauernd bewußtlosen Feiling nicht über seine gesetzlichen Rechte belehrt, den Feiling mit seinem Rechtsanwalt verwechselt. Vernommen wird nicht, es wird „angehört“.

Ein POM wie der Schäffer ist in der Hierarchie ein kleiner Beamter, der weiter kommen will und stets darauf zu achten hat, daß er als Protokollführer nichts unterschreibt, was andere ihm — womöglich rechtswidrig — einbrocken. Dieser Polizeiobermeister formuliert daher mit evidenter Zurückhaltung eine in sich nicht einmal logische Charakterisierung dieses initialen Gesprächs: „*Ich kann das geführte Gespräch nur sinngemäß wiedergeben, da ich einige Male das Zimmer verlassen habe und da manchmal Feiling, weil er sehr leise sprach, sehr schlecht zu verstehen war.*“

W i r verstehen gut: Jemand hat da womöglich einen Drang verspürt, gelegentlich den Raum zu verlassen, damit er später sagen kann, er hat nicht alles mitbekommen. Aber auch dann, wenn er anwesend ist, kann er nur „sinngemäß“ reproduzieren, denn der frisch Operierte war kaum zu verstehen. Wie kann nun ein Polizist letztlich ein Gespräch „sinngemäß zusammenfassen“, wenn die Kunst, Sinngehalte in Abwesenheit zu erfassen, vielleicht bei Göttern der Antike, kaum aber bei POM's sonderlich gut ausgebildet sein dürfte?

Jener, der auch bei Anwesenheit vornehmlich mit den eigenen Sinnen beschäftigt gewesen sein dürfte, da Feiling nicht adäquat zu verstehen war.

Derart aber das Entrée auf die nun folgenden 1300 Seiten sogenannter „Aussagen“, in dessen Schlußbemerkung der vorsichtige SCHÄFFER sich noch einmal durch Hinweis auf die Verantwortung des höherrangigen Beamten SEITZ absichert. Ihm war nicht wohl bei der ganzen Geschichte.

Da es verständlicherweise in der Fortsetzung der Inquisition erst recht Probleme mit den „Sinnen“ gibt, mit dem elendig befindlichen „Verhörsubjekt“, den permanenten Ab- und Anwesenheiten, muß die eine 1300 Seiten umfassende „Aussage“ Dokumentation gleichfalls von eigener Art sein:

Ab Seite 006 wird zwar ein Tonband in die Sache eingeführt, dessen Objektivität aber immer dann abgeschaltet werden muß, wenn die Schöpfungsfreude der Beamten nach „sinngemäßer Zusammenfassung“ schreit. In der Regel dann — wir kommen noch darauf — wenn man tiefer ins Gespräch kommt. Am 28.6. eröffneten die Beamten BERBERICH und RAISCH (S. 0049) ein stundenlanges Marathonverhör mit dem schwerkranken F., dessen bereitwilligem Arzt keinerlei zeitliche Begrenzung solcher Prozedur in den Sinn kommt. Es hat seinen ersten Höhepunkt in der Aufforderung, FEILING möchte doch die Namen ihm bekannter Leute nennen, was dieser offenbar nicht will oder kann, weswegen man ihm kennerisch auf die Belastung durch seinen „Körperschaden“ hinweist, der auch andere ereilen möchte: „*F. macht eine längere Pause und atmet sehr stark.*“

„Aber das sollte doch gar nicht bedeuten“, fing Alice an; die Schwarze Königin jedoch fiel ihr ins Wort: „Das ist ja gerade das Traurige! Es hätte eben bedeuten sollen! Wozu, glaubst du denn, soll ein Kind gut sein, wenn es nichts bedeutet? Sogar ein Witz bedeutet irgendetwas — und ein Kind wird doch wohl noch mehr sein als ein Witz, will ich hoffen. Das könntest Du nicht bestreiten, selbst wenn du beide Hände dazu nähmst“
„Sie ist in einer Verfassung“, sagte die Weiße Königin, „in der sie gern etwas bestreiten möchte — nur weiß sie nicht genau, was!“
„Ein schlimmer, bösartiger Charakter“, bemerkte die Schwarze Königin, und darauf folgte eine längere, unbehagliche Stille“.

(*Lewis Carrol, Alice hinter den Spiegeln*)

Wir können gewiß sein, daß diese Polizisten, rücksichtsvoll wie nur noch der Kommissar im Tatort-Krimi, keinen Grund zur Humanität vor sich sehen, hat sich der Delinquent den Körperschaden doch selber erhandelt, weswegen solche „Belastung“ einzig als Herausforderung zu noch mehr Qual verstanden werden kann. — Wie gesagt, der FREISLER des VOLKSGERICHTSHOFES soll auf solche Szenen gelegentlich verzichtet haben. Hier macht es gar nichts (S. 0056), daß der total Unterworfene offenbar immer schwerer atmet: die heutige Humanität verfügt schließlich über Valium. Daß er am Ende „überhaupt nicht mehr“ zu verstehen ist, was macht das, solange nur das Rollenspiel eben so funktioniert, daß ein „das weiß ich nicht mehr genau“ den Beamten strategisch „unverständlich“ bleibt, wo doch das folgende, auf apodiktische Aufforderung geflüsterte „ja“ einen protokollarischen Sieg ergibt. Um genau zu sein: der offenbar kaum noch artikulationsfähige Mensch flüstert sein „ja“ nicht aufgrund eigener Erinnerung, denn er „kann sich nicht mehr genau erinnern“, sondern zum Vorhalt der Verhörer. Auf d i e s e Weise wurde der spätere Tatvorwurf eines Anschlages auf die AKW-Firma Klein, Schanzlin & Becker „erhärtet“.

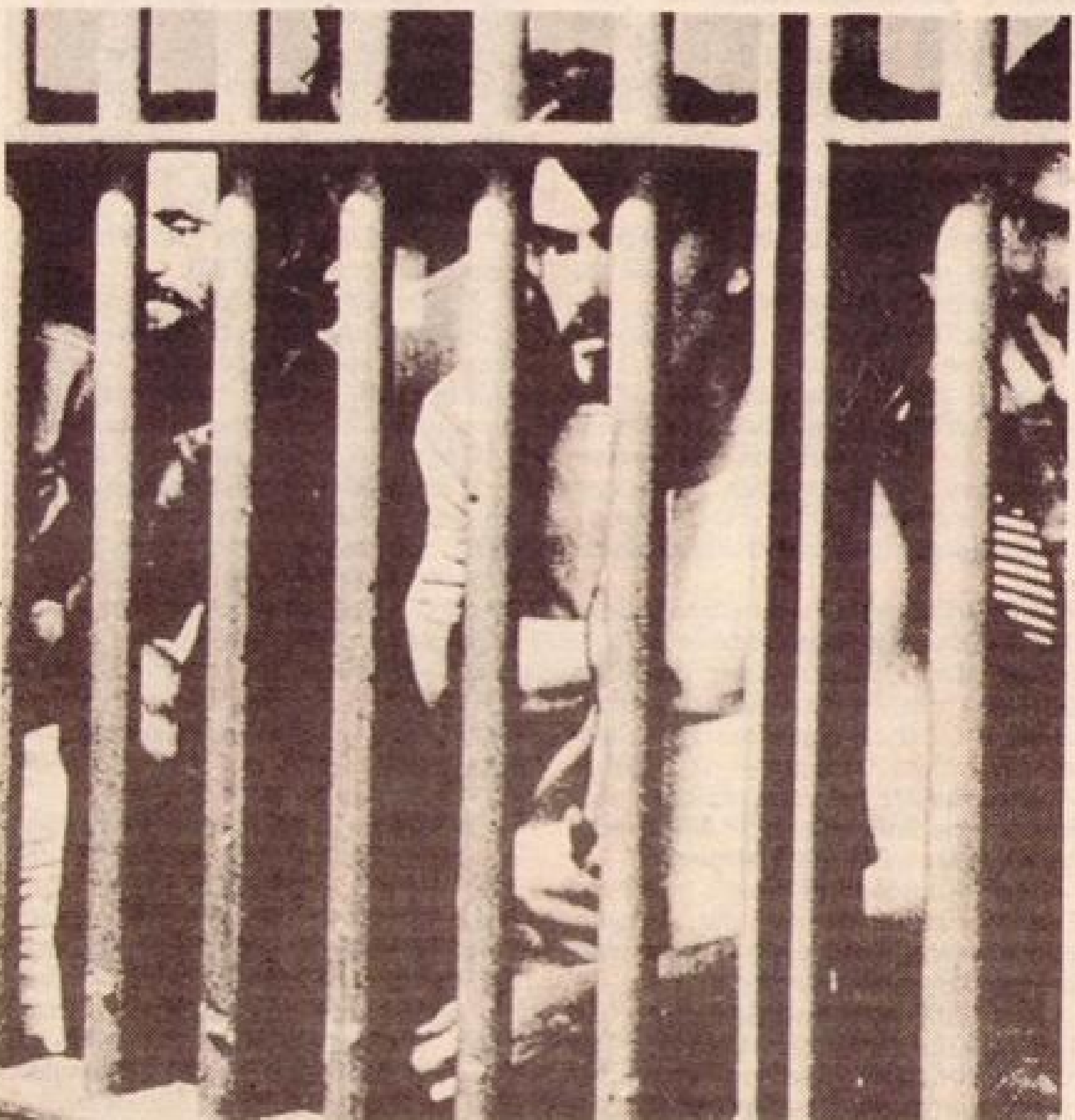
Insofern ist es auch bedeutungslos, daß dieser flüsternde, schwer atmende, total abhängige, von Valium gestützte Mensch in bezug auf Personenfragen permanent gravierende Widersprüche produziert — mal ist was rot gewesen, mal was braun — weil jeweils einen Tag darauf die Befrager die Widersprüche schon glätten. Mag denn auch (S. 0016 & 003) die eine später hochbelastete Person deutlich daran zu erkennen sein, daß sie signifikantes Hessisch babbelt, wenig später verwandelt sich das mühelos in reines Hochdeutsch.

Überhaupt ist die Fähigkeit deutscher Beamter, die geflüsterten „Aussagen“ geschockter Menschen, die sich in Lebensgefahr befinden, „sinnvoll“ zu transformieren um so ausgeprägter, je malader deren Zustand ist.

Für einen Linguisten dürfte bei der Durchsicht der angeblichen FEILING-Aussagen unschwer feststellbar sein, daß der Betroffene wenige Stunden nach der Operation auf wunderbare Weise stundenlang in eine reine Polizeidiktion verfällt, nämlich wie aus der Pistole geschossen kurz und knapp (auf Vorhalt, versteht sich) erfragte Maße sogar in Millimeterdifferenzen angeben kann, während derselbe in den späteren Verhören, eben wieder bei sich selber, in seiner eigenen, etwas langwierigen Sprache mit vielen ähs und kompliziertem Satzbau antwortet.

Damit ist aber nur bewiesen, daß der Zustand des Hermann FEILING während der Vernehmung anfangs nicht ungünstig, sondern eben günstig war. Mag es auch kreuz und quer

Fortsetzung nächste Seite



Politische Häftlinge im faschistischen Argentinien

Fortsetzung von der vorherigen Seite

gehen und manchmal überhaupt nicht mehr: „medizinisch" ist der Delinquent „aussagefähig", und passieren kann nichts, denn er hängt am Tropf und der Arzt erscheint jeweils für die Standarddurchschnittszeit deutscher Mediziner: 5 Minuten.

Doch wenn in der Folge immer öfter (S. 0063) das hier vorliegende menschliche Vernehmungsmaterial offenbar nicht ganz bei Sinnen ist, muß selbst im stromlinienförmigen Protokoll mal danach gefragt werden, ob „Herr F. der Vernehmung überhaupt noch folgen" kann. Eine sehr verständliche Frage, die der Betroffene aber zu deuten offensichtlich nicht mehr imstande ist, weswegen dazu nur weiter zu fragen ist: „Haben Sie verstanden?" Da aber die „Sinne" bei den POM's und KHK's BERBE—RICH, RAISCH oder Schäffer unschwer in der Lage sind, anderweitige „Sinnausfälle" selber sinnvoll zu überbrücken, mögen sie auch persönlich draußen vor der Tür gewesen sein, so ist bei einiger Beharrlichkeit selbst dem Halbtoten auf die Frage nach seiner geistigen Anwesenheit, deren Rezeption durch das Opfer der Protokollant im übrigen selber mißtraut, am Ende ein preußisch-knappes „Jawohl" zu entlocken. Woraufhin die Wahrheitsfindung weiteren Siegen entgegengeht:

F [*Frage*]: *Herr FEILING, in Ihrer ersten Vernehmung haben Sie als das Alter der Gruppenmitglieder zwischen 20 und 30 und bei der gestrigen Vernehmung zwischen 30 und 40 bezeichnet. Was ist richtig?*

A [*Antwort*]: *Also, w e n n m a n s o w i l l, zwischen 20 und 40.*

Somit wären also zunächst einmal alle infrage kommenden Täterpersonen im großzügigeren Rahmen von 20 - 40 untergebracht. Und darüberhinaus ist nicht nur der Widerspruch von gestern aus der Welt, sondern der Patient, der kaum noch folgen konnte, weiß jetzt, was m a n w i l l. Im übrigen kommt es da sehr auf den „guten Geschmack" an (S. 0070):

A [*FEILING*]: *Ja. Ja, wissen Sie, meine größte Sorge bei dem ganzen ist ja also, daß ich da die S. noch irgendwie groß reinreite* [...].

F [*Antwort*]: *Die S. sieht doch noch manierlicher aus als Sie.*

Damit war nicht nur der Altersrahmen 20 - 40 der Wahrheitsfindung geöffnet, sondern der Belastungsmöglichkeit gegenüber allen, die „noch manierlich" aussehen, Tor und Tür geöffnet.

Tags drauf ist der 29.6. und weil es wiederum um die „Sinne" und deren Reproduktionsfähigkeit geht, entsteht am besten wieder ein „zusammenfassender Aktenvermerk": „Herr F. wolle seine Gedanken direkt (als obs bislang indirekt zugegangen sei) einem Beamten mitteilen, weil er sonst die Gedankengänge evtl. wieder vergessen würde". Was logisch für einen Verzicht auf ein mitlaufendes Tonband spricht, dem bekanntlich hervorragenden Mittel gegen jede Art von Vergeßlichkeit, Unklarheit und Widersprüchen. Sicherer ist aber — etwa später vor Gericht — sich ungehemmt auf die eigene freischöpferische Sinnlichkeit zu stützen.

Zu diesem Zeitpunkt des Kampfes gegen Vergeßlichkeit waren bereits an die 6 Leute erfolgreich belastet.

Am 30.6. tauchen endlich die vom Wiesbadener LKA auf, die, in wahrscheinlicher Konkurrenz zu den Stuttgartern, unbedingt selber zu was kommen müssen — weswegen es jetzt erst so richtig intim wird (S. 0079):

B [*Frage*]: *Waren an dieser Straße Parkflächen eingerichtet?*

F [*Antwort*]: *Also keine besonderen, da konnte man natürlich am Straßenrand rechts parken* [...].

B: Herr FEILING, lassen Sie bitte den Arm etwas ruhiger liegen, da ist die Infusion ... [*unverständlich*].

F: Was ist denn los?

B: Nee, nee, ist nur vom Verbandsteil etwas losgelöst. Das muß erst gemacht werden. Da hat sich — glaub ich — die Infusion dort unten unter dem Pflasterstreifen etwas gelöst.

B: Oh, des is okay, die hängt da so rum.

Woraufhin man sich erneut einer Frankfurter Einbahnstraße widmet, welcher der Hermann über Stunden nicht so recht folgen kann. Ergebnislos wird die Befragung mittags abgebrochen. Kein Wunder — von daher — daß dies Verhör nachmittags wieder zu sich selber und die Wiesbadener zu einigen Erfolgen kommen:

„Die Vernehmung wurde nicht auf Tonband aufgezeichnet, die Aussage lediglich dem Sinn nach in Stichwörten handschriftlich" notiert.

Es mußte endlich wieder „Sinn" in die Sache kommen, denn auf der Sitzung zuvor hatte überhaupt nichts geklappt, waren die Rauchgewohnheiten verdächtigter Personen mal so und mal so, waren Haut- und Haarfarben kunterbunt verschieden, von dem ganzen Durcheinander sich abwechselnder anthropometrischer Merkmale ganz zu schweigen.

Da das mit dem auszuschaltenden Tonband doch nicht so ganz koscher wirken möchte und weil es lausige Rechtsanwälte gibt, die sich so etwas vor Gericht peinlich erklären lassen möchten, erlaubt sich die Sinnesschärfe des KHM BERBERICH den Versuch eines Persilscheins in der Form einer überaus logischen Schlußbemerkung (S. 0105):

„Das oben genannte Gespräch wurde auf ausdrücklichen Wunsch und unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes von Herrn Feiling nicht auf Tonband aufgenommen"; dessen „Gesundheitszustand" bekanntlich darunter litt, daß er überhaupt verhört wurde, nicht aber unter einem geräuschlos mitlaufenden Tonband. Wobei der danach noch folgende Hinweis, „es erfolgte auch keine (handschriftliche) Protokollierung" — logisch nur noch Rückschlüsse auf die lädierte mentale Lage der Beamten zuläßt, die offenbar nicht schreiben konnten.

Am 2.7.78 (S. 00138) haben sich jedoch die Verhörer sinnlich und handgelenkmäßig soweit erholt, daß die „Aussage" des Tages wenigstens wieder „sinngemäß und handschriftlich" protokolliert werden kann, weil man erkannt haben dürfte, daß die Methode des Ausschaltens des Tonbandes und des Anschaltens der „Sinngemäßheit" einen rascher vorwärts brachte.

Schließlich hatte sich am 2.7. auch Wichtiges ereignet: ein Ehepaar K. aus Nürnberg war verhaftet worden, das gekommen war, um Hermann im Krankenhaus zu besuchen — was 3 Monate U-Haft zum Ergebnis hatte.

Dieses Ehepaar war dem gezielten Gerücht nach gut genug dazu, den FEILING mal erschießen, mal — vom Tropf weg — befreien zu wollen. Die angeblich beschlagnahmte Pistole ist heute selbstverständlich verschollen. Dafür kann man davon ausgehen, daß der offenbar nicht genug betroffene FEILING von seiner bevorstehenden Ermordung informiert und ihm anempfohlen ward, sich ganz unter den „Schutz" der Polizei zu stellen.

Eine präzise Begründung für die ganze Affaire mit dem Ehepaar K. fehlt bis heute; und natürlich fehlt — im Zeitalter des zwar funktionierenden, aber ausgeschaltet zu haltenden Magnetophons — jeglicher Hinweis darüber in den Akten.

Die Bänder waren nun oft genug schon gestoppt und dem „Sinn gemäß" gehandelt worden, daß am 4.7. so etwas wie ein verspäteter rechtsstaatlicher Frühling ausbrechen konnte: Der KHM Aicheler vom LKA Stuttgart erinnert sich doch tatsächlich dem Feiling gegenüber an das Institut des Rechtsanwaltes und verspricht, sich um einen solchen zu kümmern. Woraufhin wir auf der Höhe der Seite 00148 plötzlich die bisher ganz ungewöhnliche Belehrung erfahren, nämlich am 5.7.78: *„Sie wissen, daß Sie vor der Polizei keine Angaben zu machen brauchen, daß Sie einen Verteidiger befragen können...".*

Glücklicherweise war der auch inzwischen aufgetrieben, ein Herr aus Ostfriesland, der den konservativen Eltern nahesteht, und der sich auch sonst insofern als ideal erweist, da er praktisch nur nominell in Erscheinung tritt und im übrigen mühelos in der Lage ist, den Hermann n i c h t auf sein gesetzlich verbrieftes Recht auf Aussageverweigerung gegenüber seiner Verlobten hinzuweisen und auch darüber nichts verlauten läßt, daß Feiling haftunfähig ist. Er betreut weiter seine Kanzlei in Emden und weiß seinen Mandanten in besten Händen, dem er rät, „nur alles zu sagen", und zwar in diesen Händen (S. 00182):

F [*Frage*]: *„Berlin? Wer beteiligt sich überhaupt bei der Zusammensetzung einer solchen Zeitung? — Herr Feiling, ich würde nicht so, den Mund, weil da so eine leichte Kruste ist."*

Wenn man nämlich schon sieht, daß jemand den Mund eigentlich gar nicht aufmachen kann, dann sollte man ihn weiter fragen. Und das geht lohnend bei der Herstellung von 1.300 systematischen Seiten nur über „sinngemäße Zusammenfassung". Schließlich schlägt ja auch der auf den Tod Verwundete nach stundenlangem Befragen andauernd aus dem „sinnvollen" Rahmen (S. 00239):

A [*Feiling*]: *„Er wurde geschildert als jemand dort, also ich hatt', ich hab mir das jetzt nicht weiter überlegt, aber ich dachte, das einfach schon deswegen, weil die ja äh, also ich mein, weil die auch zusammen, äh, dann wenn sie zusammen versuchen, 'n Auto aufzumachen oder so, daß, ich denk dann, daß es irgendein Ziel hatte oder so, nee".*

Das geht natürlich so nicht. Wie soll man darauf einen Prozeß aufbauen und Leute verurteilen? Weswegen uns die Methode dieser Art der Herstellung von Beweismaterial nicht nur den „Sinnen", sondern auch den Absichten der Frager nach gemäß erscheint.

Dies alles wäre unmöglich gewesen, der Gequälte womöglich „unsinnigerweise" krepiert, wäre nicht in unseren Beamten jener Zug zum Ausdruck gekommen, der schon in vormaligen „anachronistischen Zeiten" hervorragendes geleistet hat: jene innige Mischung aus Arzt & Polizist. Beeindruckend nämlich auch hier (S. 00259), wie deutsche Polizei ärztliche Funktionen übernehmen kann, die einen vielbeschäftigten Stationsarzt jeden Grund zur Präsenzpflege abnehmen. Wer immer auf der Suche nach einer Therapie im Sinne der „Milch" der frommen Denkungsart erpicht sein sollte, er mag sich getrost der Forderung nach mehr Polizei in deutschen Hospitälern anschließen:

F [*Frage*]: *Herr Feiling, es ist jetzt kurz vor 16 Uhr, können Sie der Vernehmung noch folgen?*

A [*Antwort*]: *Oh, ich kann schon folgen, ich bin en bißchen müd', aber d a s hätten Sie noch viel?*

F.: Mhm. Schon noch en bißchen. Wollen Sie mal en Schluck trinken und sollen wir ne kleine Pause machen?

(Wobei die „en bißchen" deutliche sprachliche Identität zwischen Frager und Befragtem keinen Grund zu Mißtrauen abgibt).

A: Also ich find, jetzt können wir noch en Moment weitermachen, ich meld mich dann schon.

F: Mhm, des is Milch!

A: Mhm. Ist gut.

Mag der Gepeinigte auch um 19.40 Uhr sich deutlich mit der Bemerkung wehren (S. 0041 8): „Ja, ich bau ein bißchen ab". Sofort ist die hausmedizinische Kur zur Stelle: „Wir geben Ihnen was zu trinken", woraufhin man fortfährt, einen Menschen zu verhören, der „abbaut".

In den Monaten August bis Oktober 1978 bespricht Hermann Feiling illegal Kassetten, die er ohne Wissen seiner Bewacher nach draußen lanciert. Er verlangt seinen namentlich genannten Anwalt und erklärt im übrigen, er blicke nicht durch, was eigentlich passiert sei: *„Ich hätte jedenfalls diese Aussage nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte. Ich möchte also diese Aussage zurücknehmen".*

Diese eindeutige, unmißverständliche Willensbekundung eines Menschen, der endlich seiner Sinne wieder mächtig ist, wird dann natürlich souverän im wenig später zu Ende gehenden Prozeß gegen Gerd Albartus nicht verwertet, sondern unter Hinweis auf den zur Akte geronnenen Aussageunsinn erledigt. Dies, obwohl der Düsseldorfer Senat die Tatsache der Schmuggelkassetten und ihren Inhalt als „wahr" unterstellt (Albartus Anklage). Er erklärt ihren Inhalt indessen „zwanglos" als das bloße Bemühen, andere wieder zu entlasten, weil die „Bedeutung" seiner „Aussage" ihm klar geworden sei: die ihm eben, was wir immer schon sagten, vorher nicht klar gewesen sein kann. Ein Verhör mit Menschen aber, die so unklar sind, daß sie die Tragweite des Geschehens nicht erfassen, gehört nicht nur in den Bereich der Inquisition, sondern in den des Verbrechens. Dieser Senat ist „zwanglos" (so wörtlich) imstande, den Inhalt der Kassetten zu entwerten, wo deren bloße Existenz, deren Zustandekommen nach Art und Weise alles über die unerhörte Behandlung Feilings sagt, die eben nicht „zwanglos" war. Warum denn muß jemand Kassetten nach draußen schmuggeln? Doch wohl nur, weil man ihn innen so manipuliert, ihm nicht zuhört, er nicht Herr der Lage ist und an seinen gesetzlichen Rechten gehindert wird, sein Anwaltswunsch eine Sabotage erfährt. Sagt somit die Form wie der Inhalt der Kassettenherstellung nichts darüber aus, wie die angeblich gerichtsverwertbaren „Aussagen" ertürkt wurden?

Arzt und Patient

Je bewußter aber ein Mensch sich zeigt, der nicht verrät und verkauft, sondern tapfer um seine bloße Existenz und Identität sich auch unter unwürdigsten Umständen müht, je deutlicher ein solcher also wieder er selbst wird, also tendenziell gesundet, desto notwendiger fehlt es an einer Kraft, die bisher noch nicht im Spiel war: an einem deutschen Psychiater. Zwar hatte zuvor bereits einer der Unverdächtigsten der Unverdächtigen, nämlich der „Leitende Polizeiarzt Weser-Ems", den Zustand des Feiling als unproblematisch diagnostiziert und auch die Berberich und Raisch hatten sich bekanntlich in der Art des ihnen eigenen subtilen Verhältnisses zur Menschenwürde pflegerisch um den Gesundheitszustand Hermanns verdient gemacht: Die Seele allerdings fällt immer noch in ein Extra-Ressort.

Am 13.11.78 taucht daher ein Professor Harlfinger als Psychiater auf, der auch dann zu einem „tiefenpsychologischen Bericht" Kompetenz hat, wenn er in seinem akademischen Werdegang von derlei Dingen nachweislich nie berührt wurde. Diesem auf die „Tiefe" orientierten Harlfinger, den die Bundesanwaltschaft en marche gesetzt hatte, um die „Aussage Feiling" für die Gerichte waterproof zu machen, diesem also bedeutet die Untersuchungsperson, daß sie „kein Vertrauen" zu ihm habe — was ihn selbstverständlich keinen Moment an jenem Gutachten verhindert, dessen logische Struktur tatsächlich die ganze „Tiefe" des wissenschaftlichen Vermögens hiesiger Psychiatrie ausdrückt.

Nämlich: Der Patient ist „bewußtseinsklar in allen Qualitäten und zeitlich und räumlich voll orientiert", weswegen alles in Ordnung ist, weil jeder in Ordnung ist, der in Anbetracht eines weißen Kittels meint, er sei wohl im Krankenhaus: denn damit haben wir den „Beweis" für die räumliche Orientierung. Wer nun obendrein noch Sommer und Winter einigermaßen unterscheiden kann, bei dem ist auch „zeitlich" alles in Butter. Nun hat der Mensch aber auch noch die lästige Störvariable „Gefühl" („Stimmung" etc.), weswegen es folgerichtig noch um die Feststellung geht, ob er „euphorischer" oder „depressiver" Stimmungslage sei.

Da aber in Hermann Feilings Lage von „Euphorie" kaum die Rede sein konnte, andererseits aber amputierte Beine und zugenähte Augenhöhlen noch keinen rechten Grund zur „Depression" hergeben, bleibt es dabei, wie die ganze Gesellschaft zu sein hat: normalverteilt unter der Glocke der Gauß'schen Kurve. „Er ist weder depressiv, noch euphorisch"! Denn das Wahre liegt allemal in der Mitte und niemals in der Frage, was er sonst wohl noch so sein möchte.

Diesem Psychiater erklärt H.F. „einfühlsam": *„Er sehe einen Großteil seiner Aussagen als Versuch, eine Situation zu bewältigen; teilweise seien das aber ziemliche Geschichten; in seinen bewußtlosen (!) Zeiten sei viel Falsches dabei gewesen; er habe niemandem etwas tun wollen, da habe er etwas zusammengeschustert, auch versucht, Dinge zu vertuschen, und nach plausiblen Erklärungen gesucht; auch mit Tricks habe er gearbeitet, damit das weiter gehe; er habe gedacht, wenn er jemanden erfinde, werde dieser damit auch nicht belastet."* (S. 104 Albartus Urteil)

Da aber diese schwerwiegende Erklärung weder „depressiv, noch euphorisch" an den Harlfinger herankam, meinte dieser mühelos, er habe mit dem Inhalt nichts zu tun; mag dieser auch psychologisch so relevant sein wie nur was: die Fakten und „Aussagen" gehörten dem Inhalt nach längst ihren Produzenten Berberich et.al. und einem Senat, der deren Produkte ganz „zwanglos" anerkennt.

Damit wurde eine erste prozessuale Entscheidung über den Wert der Aussagen Hermann Feilings bereits getroffen: bevor dieser noch zu seinem eigenen Prozeß Gutachter zu seinen Gunsten hätte bemühen können.

Da mag einer zu „bewußtlosen Zeiten" vor lauter Falschem noch das Richtige beabsichtigen: wo deutsche Polizisten verhören, bleibt kein Auge trocken.

Selbst wenn der Gequälte wieder Herr seiner Sinne, aufschlußreich und plausibel seine auf das bloße Überleben gerichtete Methode des Taktierens, Lügens und Vertuschens an der Wahrheit vorbei aufdeckt – was im übrigen für jeden Menschen von der ersten Seite an klar ist – nein, jetzt, wo er nicht mehr bewußtlos ist und endlich Sinn in die Sache kommen könnte, weil kein Berberich mehr „sinngemäß zusammenfaßt", da weiß sich der weder „euphorisch, noch depressive" Düsseldorfer Senat immun: *„Die Äußerungen des Zeugen Feiling lassen sich indessen (...) mit dem Unbehagen des Zeugen über die von ihm nicht gewünschten Folgen seiner Angaben für seine Freunde einfühlbar erklären."*

„Einfühlung" und Logik gleichermaßen: klar namlich, war er bewußtlos, konnte er nicht denken, also auch die Folgen nicht einschätzen, aber verhört werden kann er, wenn nur die Beamten die „Folgen" richtig sehen. Kann er aber wieder denken, dann stimmt das schon einfach deshalb nicht, sondern das vorher Vorgesagte, das nicht von ihm stammt. Wäre es da – im Sinne der Wahrheitsfindung – nicht gleich besser, hier endlich durchgängig die Methode des vorherigen festen Schlages auf den Kopf als fixen Verhörbestandteil einzuführen?

So, wie das in Argentinien und Bolivien der Fall ist – worüber die Wahrheit an den Tag zu bringen dieser Hermann Feiling ausgezogen war?

Zum bevorstehenden Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub & Silvia Herzinger vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main

Für das, was mit Hermann Feiling (und den anderen) geschah, hat der Staat heute einen „Strafanspruch". Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen; Die Termine dafür werden in allernächster Zeit mitgeteilt – w e n n es nicht gelingt, die Obzönität und Niedertracht eines solchen Prozesses generell zu verhindern!

„Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung".

Karl Kraus

Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Silvia durchzusetzen. Gegen alle drei Leute existiert nicht der geringste Beweis, außer den angeblichen „Aussagen" Feilings, die

– nach § 136 der STPO unverwertbar sind, weil Hermann sich in lebensgefährlicher Situation bei ihrem Zustandekommen befand, also „vernehmungsunfähig" war,
– die auch in sich – nimmt man sie einmal ernst – verworren, unklar und äußerst widersprüchlich sind,
– die von H.F. selbst – noch während seines polizeilichen „Spezialgewahrsams" – auf herausgeschmuggelten Tonbandkassetten nachdrücklich dementiert wurden,
– und bei denen eindrucksvoll belegt werden kann, wie sie unter Anwendung von „Methoden" wie der Verabreichung psychotroper Substanzen, der Androhung eines Haftbefehls (obwohl haftunfähig), unter Androhung der Verweigerung bzw. Verzögerung therapeutischer Maßnahmen, unter Verzicht auf notwendige rechtliche Belehrungen und im übrigen unter allem nur eben erdenklichen subtilen Druck und der Erpressung in hilfloser Lage zustande kamen.

Aufgrund dieser „Ergebnisse" kam Sybille in die Stammheimer Isolationshaft. Silvia nach Preungesheim. Sybille für 9 Monate. Die Aufhebung der Isolation wurde ihr für den „Fall" versprochen, daß sie selber „Aussagen" macht. Offenbar war man von der Stimmigkeit der „Aussagen" ihres Verlobten Hermann nicht so überzeugt. Sybille soll jetzt wohl w i e d e r in den Knast, obwohl dies zusätzlich für H. Feiling den katastrophalen Verlust seiner lebenswichtigen Bezugs- und Pflegeperson bedeuten würde.

Im Falle Silvia Herzinger genügte es als Voraussetzung für Knast und Verfolgung, daß Hermann einmal von einer „Friederike" gesprochen habe, seiner „Kontaktperson", die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt habe – was bekanntlich in Frankfurt für dutzende Linke zutrifft.

Bei alledem geht es der im Hintergrund federführenden Bundesanwaltschaft nicht allein um die Verurteilung und Bestrafung dieser 3 Menschen – sondern man zielt mit dem Verfahren auch auf „höhere Gründe".

Es geht um die gerichtliche Absegnung einer verfolgungsstrategisch sicheren Behandlung der „Revolutionären Zellen". Wobei aufgrund der Feilingschen 1300 Seiten zu beschließen ist, daß es sich bei den „RZ" nicht um autonome Gruppen handelt, die selbständig handeln, sondern um zentral inspirierte und organisierte Einheiten, was auf eine wesentliche rechtliche und polizeiliche Erleichterung ihrer Verfolgung, Behandlung und natürlich Verurteilung hinausliefe. Derart, daß zukünftig jeder, der recht spontan einen Hausmacher-Brandsatz gegen beispielsweise ein Bolivianisches Konsulat pfeffert, als abhängiger und diktierter Teil einer „großorganisierten kriminellen Vereinigung" anzusehen ist. Der also keinen eigenen Entschluß gefaßt hat, sondern den anderer nur vollzieht.

Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann Feilings übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des „Komplex RZ", die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel.

Schließlich sind durch Feilings „Aussagen" weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.

Wird also vom OLG Frankfurt der „Wahrheitsgehalt" der 1300 Seiten einmal grundlegend bestätigt, ist die angestrebte Verfolgung und Verurteilung weiterer Leute ein Kinderspiel: ihre Prozesse wären reine Blaupausen des vorangegangenen Verfahrens nach der Art des „kurzen Prozesses".

Von daher scheint die Lage für Recht und Justiz ausgezeichnet: das Verfahren bietet die enorme Chance, einem Verhandlungsunfähigen, in seiner Wahrnehmung stark beschränkten und an seiner „Prozeßsubjektivität" gehinderten Angeklagten, der sich an seine „Aussagen" in der Tat nicht „erinnern" kann, den ihm fremden Text womöglich von den Beamten, die ihn schufen, solange als „sein Produkt" vortragen zu lassen, bis die Sache unter Dach und Fach ist.

Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Gericht (das bis jetzt anders denkt) Hermann Feiling am Ende doch noch die Verhandlungsunfähigkeit zugesteht. Man wäre dann auf noch besserem Niveau, man hätte:

a) eine „Aussage" eines Bewußtlosen, aber von „bewußten" Beamten gezeugt, und

b) müßte man jetzt nur noch dies aussagenstiftende Subjekt aus dem Gerichtssaal verbannen, wo er ja doch nur dementiert und im übrigen seine bloße Anwesenheit zur wahren Anklage würde.

Damit wäre man nämlich erst recht eigentlich ganz unter sich: von der „Aussage" bis zur Verurteilung ohne das delinquente Subjekt. „Aussage" wie Prozeß liefen dann also in funktionabler Selbsttätigkeit ohne jenen, um den es angeblich die ganze Zeit sich dreht. Was macht es da, daß heutzutage selbst in Südkorea die zuvor Gefolterten noch den Gerichten zugeführt werden — und damit einer gewissen Öffentlichkeit!

Gelingt das, dann wären politische Prozesse endlich nur noch dazu da, das, was man aus einem Hilflosen herausgeholt hat, ohne jeglichen Kontrollvorgang durch eine Rechtsstaatlichkeit „Im Namen des Volkes", zu einer bloßen Angelegenheit einer „sinngemäß zusammenfassenden" Polizei zu machen.

Der angesetzte Prozeß wird nicht allein dadurch zum Verbrechen, weil er (bis jetzt) gegen einen verhandlungsunfähigen Menschen stattfinden soll, der obendrein haftunfähig ist, sondern weil vor Gericht erneut des-

sen Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden soll: weil vor Gericht erneut des-

sen Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden soll:

- psychisch dadurch, daß ihm zu seiner Pein unendlich lang etwas als sein Eigenes vorgetragen werden soll, worunter er zutiefst leidet, wovor er große Angst äußert, wogegen er sich wehrt,
- medizinisch dadurch, daß die wahrscheinliche Dauer eines aufwendigen Prozesses ihn an jeder Therapie und nicht zuletzt an einer ruhevollen psychosomatischen Rehabilitation hindert.
- dessen zunehmende „Epilepsieneigung" endlich durch den Streß eines Prozesses wirkungsvoll gefördert wird.

Wenn wir dazu aufrufen, diesem Prozeß allen Widerstand und Protest entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungsunfähigkeit Hermann Feilings hinweisen, dann nicht nur in dem vordergründigen Sinne, daß ein Sprengsatz ihm Augenlicht und beide Beine geraubt hat (was für einen Richter nur heißt, daß er sich das doch selber zuzuschreiben hat), sondern wir wehren uns gegen die Zerstörung, die Folter und Unrechtmäßigkeit, die ihn während der Vernehmung zu erlogenen „Aussagen" gepreßt hat und die ihn während des bevorstehenden Verfahrens erneut zum gequälten Objekt einer getürkten Prozeßfarce werden lassen soll. Die Herstellung von solchen „Opfern" gehört zum Ethos der Bundesanwaltschaft, zur Unsittlichkeit der deutschen Justiz.

Für uns ist der Hermann Feiling ein schwer getroffener Mensch, nicht aber ein bloßes „Opfer", das nun auch von uns noch behandelt und verwaltet werden müßte, sondern wir sehen in ihm einen aufrechten Menschen, der sich aktiv unter unmenschlichen Bedingungen schon damals gegen das wehrte, was ihm angetan ward. Einen lieben Freund, der heute vollbewußt und unter Verfügung über seine ganze menschliche und politische Identität gegen eine Barbarei kämpfen will, die ihm und anderen nun noch bevorsteht.

Es ist sicher richtig, daß Hermann Feiling für diesen Prozeß medizinisch wie psychosomatisch verhandlungsunfähig ist, daß eine häufiger auftretende Epilepsie ihn rechtlich ohne Einschränkung als „Prozeßsubjekt" ausschließt, daß alle Menschlichkeit und jede Psychologie gegen seine erneute Traumatisierung sprechen, das ist die eine Seite des Geschehens; die andre ist gewiß die, daß Hermann mit der nötigen Verachtung und Indignation voll verhandlungsfähig dem Gericht einen Prozeß erklären sollte, dem e r dessen Schandtat vorzuwerfen hat — nicht umgekehrt - soweit dies in seinen Kräften steht!

Entlastung und Solidarität

Zwei Jahre ist das alles her. Schon damals erschien eine kleine Broschüre, die sich in ihrem aufrüttelnden Inhalt gewiß nicht von dem vorliegenden Text unterschied: Die allgemeine Reaktion darauf war denkbar gering. Vielleicht deshalb, weil das, was manche inflationär „Betroffenheit" nennen, wohl nicht nur an Rang und Namen und Sensation gekoppelt ist, sondern wohl auch an Angepaßtheit.

War Hermann Feiling nicht doch Mitglied der „RZ"? Hatte er nicht wirklich an einem Sprengsatz manipuliert? Und bekennt sich Günther Sonnenberg, ebenso schwer verletzt, nicht zur RAF? Verblaßt dann nicht alle Gemeinheit zu einem klammheimlichen Schweigen bei denen, die bei Kleins Texten über die nirgendwo zu konstatierende „Rückkehr in die Menschlichkeit" in Beifall ausbrechen? Die Menschlichkeit ist manch einem wohl nicht unteilbar, schon gar nicht ist sie konkret: Es bedarf der „entlastenden Informationen" der Opfer gegenüber dem Staat, dem sie auch als „Täter" moralisch haushoch überlegen sind.

Sybille Straub, jetzt angeklagt, damals aufgrund unsinniger „Aussagen" in Stammheim, antwortet auf eine derartige Argumentation aus dem Knast:

Leserbrief

In der letzten „Heidelberger Rundschau" war ein Artikel über den Hermann und mich. (...) Erstaunlich finde ich einen Satz: „...kaum jemand scheint zu wissen, wie sie lebten, daher gibt es auch so gut wie keine entlastenden Informationen". Es erstaunt mich nicht nur zu erfahren, daß ich scheinbar ein sehr geheimnisvolles Leben führte. Ich wundere mich auch darüber, diesen Satz von Leute zu hören, von denen ich bisher annahm, daß sie die Schnüffelpraxis der Staatsorgane kritisierten. Aber vielleicht trifft diese Kritik beim Hermann und mir nicht zu? Vielleicht sind wir „Unpersonen"?

Es bedarf „entlastender Informationen"? — Gegenüber wem sich

Es bedarf „entlastender Informationen"? — Gegenüber wem sich rechtfertigen? Gegenüber diesem Staat:

- *in dem z.B. die Zahl der Kinderselbstmorde steigt;*
- *in dem z.B. Frauen immer noch gezwungen sind, unter entwürdigenden Bedingungen abzutreiben;*
- *der z.B. gewaltsam den Bau von Atomkraftwerken betreibt;*
- *in dem ein ehemaliger Marinerichter des Naziregimes jahrelang Ministerpräsident war (und das ist nur die Spitze des Eisbergs);*
- *dessen Konzerne die Armen der Erde auspressen;*
- *der gute Beziehungen pflegt zu offen faschistischen Diktaturen;*
- *usw.?*

Rechtfertigung gegenüber einem Staat, der, um unmenschliche Verhältnisse abzusichern, u.a.

- *die Staatsbediensteten mit Berufsverboten einschüchtert;*
- *der fieberhaft bestrebt ist, seine Bürger total zu kontrollieren;*
- *der politische Gefangene zerstörerischen Haftbedingungen unterwirft;*
- *in Strafverfahren die Rechte der Verteidigung und der Angeklagten zunehmend einschränkt (im Mai entnahm ich einer Meldung der „RNZ", daß Generalbundesanwalt Rebmann im Heidelberger Headquarter der US-Army mit Experten über Fragen der Militärgerichtsbarkeit beriet)?*

Gegenüber Staatsorganen, die mich verhaften aufgrund einer angeblichen Aussage meines Freundes, der schwer verletzt und behindert ist? Die mich gleich nach Stammheim brachten und mich erst einmal weitgehend isolierten?

I c h bedarf der Entlastung?

Venceremos, Sybille Straub
z.Zt. JVA Stuttgart-Stammheim

* * *

Ein fast unvorstellbarer Prozeß

Viele sagen: „Einen solchen Prozeß kann ich mir nicht vorstellen!" Genauso sagen einige: „Strauß als Bundeskanzler kann ich mir nicht vorstellen."

Daraus läßt sich eine menschlich verständliche Abwehrreaktion gegen etwas erkennen, was man sich eben durchaus vorstellen kann und muß.

Das gilt auch für den angesetzten Prozeß gegen Hermann, Sybille und Silvia.

Sicher, erinnert man sich an ihre eigenen Gesetze und Verfahrensnormen, an ihre Menschenrechtspostulate, dann ist eine derartige Pein ein „Unding". Der Angeklagte Feiling verfügt kaum über die als Norm gesetzten Fähigkeiten eines „autonomen Prozeßsubjekts", was vor allem die ungeschmälerte Verhandlungsfähigkeit voraussetzen würde. Er kann nicht einmal seine Anklageschrift l e s e n , geschweige denn seine angebliche „Aussage". Er soll sich zu etwas äußern, woran sich zu erinnern ihn eine generelle Amnestie hindert. Menschen, die er angeblich belastet haben soll, kann er weder positiv noch negativ identifizieren. Hunderte von vorliegenden möglichen „Sachbeweisen", Gegenständen, Spuren, kann er nicht — wie es die Strafprozeßordnung (StPO) vorschreibt — in „Augenschein" nehmen.

Das, was ihm als ein Eigenes vorgetragen werden dürfte, ist ihm nicht nur fremd, sondern ungeheuerlich: Dieser Umstand und der Streß eines monatelangen Verfahrens bedeuten einen neuerlichen, möglicherweise irreparablen „Schaden", einen weiteren Eingriff gegen seine Menschenwürde, sein Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Die wahrscheinliche Dauer des Verfahrens hindert ihn überdies an notwendigen therapeutischen Initiativen. Die Gefahr weiterer epileptischer Krämpfe Hermanns, der im Rollstuhl dem Hohen Gericht seine Aufwartung machen soll, ist wahrscheinlich.

Wer eigentlich bringt den aus eigener Kraft Bewegungsunfähigen zum Prozeß, wer holt ihn ab?

All das sind üblicherweise handfeste juristische Gründe, die für eine Verhandlungsunfähigkeit sprechen: Bei Danny Dattel, der Tausende von Sparern der Herstatt-Bank um ihre Einlagen brachte, wurde erfolgreich ein früheres „Auschwitz-Trauma" gegen seine Verhandlungsfähigkeit eingewandt. Das mag korrekt gewesen sein. Aber warum hat dann nicht jeder ein Recht auf sein Trauma? Bei seinem Chef Iwan Herstatt genügte der schlichte Hinweis auf einen labilen Kreislauf. Dutzende von KZ-Schergen sahen nie ein Gericht wegen geringfügiger konstitutioneller Probleme.

D i e s e r Prozeß aber wird stattfinden. Die Angeklagten sind schließlich „links" einzuordnen. Und hat der

Hauptangeklagte doch die Stirn besessen, einen Sprengsatz, der seinen Adressaten nicht einmal traf, gegen

Hauptangeklagte doch die Stirn besessen, einen Sprengsatz, der seinen Adressaten nicht einmal traf, gegen die Folter eines Landes einzusetzen, dem „wir" im AKW-Geschäft aufs engste verbunden sind. Dieser Prozeß wird stattfinden, und er soll auch stattfinden. Denn die Schändlichkeit zu verschweigen, die dieser ganze Vorgang impliziert, hieße mitschuldig werden.

Was bleibt zu tun?

Für Hermann Feiling ist es im Grunde gleich, ob er für verhandlungsfähig erklärt wird — oder nicht: Der Prozeß gegen ihn und die beiden andern wird ohnehin stattfinden. Für seine seelische und körperliche Zukunft mag es einen Unterschied bedeuten, ob Hermann am Prozeß teilnehmen muß — oder nicht. Aber dieser Unterschied ist so groß nicht, wenn er davon auszugehen hätte, daß „Aussagen" gegen andre Menschen, die ohne sein Zutun entstanden, vor Gericht Verwendung finden, wo er sie nicht einmal dementieren darf, wenn man ihn ausschließt. Der „Segen" eines möglichen und rechtlich eigentlich selbstverständlichen Ausschlusses von der Verhandlung ändert nichts an deren unmenschlichen Voraussetzungen und bösen Absichten. Im Falle des Ausschlusses müßte er erleben, daß in seinem Namen Ungeheuerliches geschieht, wogegen er sich wiederum nicht wehren kann. Die bereits einmal vollzogene Vergewaltigung fände nur einen weiteren Höhepunkt.

Wir verstehen und unterstützen daher Hermann Feilings erklärte Absicht, zwar gerichtlich bestellte Gutachter anzuerkennen, wenn diese und das Gericht seine Verhandlungsunfähigkeit attestieren, daß er aber n i c h t akzeptieren wird, daß damit der einzige und unmittelbare Zeuge eines gespenstischen Geschehens — er selber — zum Zwecke der glatteren Verhandlungsführung eliminiert werden soll. Hermann Feiling will sich deshalb dann — im Rahmen seiner Kräfte und Möglichkeiten — auch dann vor Gericht zu Wort melden und zur Wehr setzen, wenn man ihn dort ausgeschlossen wissen möchte.

Die Forderung auf Anerkennung der Verhandlungsunfähigkeit ist richtig. Menschlich wie juristisch. Aber sie trifft nicht einen ganzen Prozeß der Vernehmungsfolter, der erpreßten Aussagen, der abgeschalteten Tonbänder, der willkürlich belasteten Menschen, der Drohungen und Entwürdigungen, einen Prozeß, der nicht zuletzt noch gegen andere Menschen sich richtet.

Hermann Feilings Wunsch ist es, daß *öffentliche Empörung und Widerstand* sich gegen den Prozeß selber richten, der lediglich dem Zweck dient, die geschehene ungeheuerliche Barbarei formalrechtlich zu legitimieren.

In Ansehung der Ereignisse, die zu diesem Prozeß führten, kann auch unsere Forderung auf nichts weniger hinauslaufen als auf die:

- Aufhebung und Außerkraftsetzung aller Ermittlungsverfahren und der Anklage gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger;
- Notwendigkeit von Strafanträgen gegen die Staatsanwälte und Beamten der politischen Polizei, die den vernehmungsunfähigen H.F. auf der Intensivstation verhörten;
- materielle Entschädigung für den dabei angerichteten körperlichen Schaden und die seelische Traumatisierung; zur Finanzierung prothetischer und therapeutischer Maßnahmen für Hermann;
- materielle Satisfaktion gegenüber Sybille und Silvia für die zu Unrecht abgesessene Zeit im Gefängnis.

Dabei ist es das wichtigste Ziel, den geplanten Prozeß u n m ö g l i c h zu machen. Der dann, wenn er sich nicht verhindern lassen sollte, dennoch „unmöglich" zu machen ist: als ein Tribunal gegen eine menschenverachtende Justiz.

Das geht nur, wenn der bald anstehende Prozeß gegen die Drei zu einer breiten Kampagne von Protest und Widerstand einer in- und ausländischen Öffentlichkeit wird, an die wir uns heute wenden, weil dieser Prozeß auch alle betrifft. Dabei ist zu sehen, daß eine derartige prozessuale *Perversion* — ohne vorherige ähnliche Ereignisse herabmindern zu wollen — in der *Geschichte der politischen Justiz seit 1945 einmalig ist*. Bereits einmal hat sich ein Gericht, im Falle von Günther Sonnenberg, rücksichtslos über die Versehrtheit eines Menschen hinweggesetzt. In der Sache gegen Feiling, Straub und Herzinger soll dies die triumphal verrechtlichte Inkarnation erfahren: und zwar vom Verhör eines bewußtlosen, erpreßten und lebensgefährlich Verletzten bis hin zu seinem Prozeß, bei dem er (möglicherweise) vorsichtshalber ebenfalls beiseite geschafft werden soll durch seinen Ausschluß.

Hermann, Sybille, Silvia und wir sind darauf angewiesen, daß die einzige Umgangsform mit diesem drängen

Hermann, Sybille, Silvia und wir sind darauf angewiesen, daß die einzige Umgangsform mit diesem drängenden Aufruf sich nicht darin erschöpft, diese Blätter zur Dokumentation bestehenden Unrechts einfach abzuheften. Die erneute Vergewaltigung Hermann Feilings, die atemberaubende Anklage und Verurteilung gegen Sybille und Silvia darf nicht stattfinden!

Darum wäre es gut, wenn die Forderung nach seiner Aufhebung alsbald virulent würde; und daß auch — wenn es eben unmöglich sein sollte, ihn zu verhindern — daß dann ebenfalls keiner tatenlos zuschaut, wie Hermann FEILING wieder als stummes, abgeschaltetes „Opfer" im Rollstuhl vor einem vergewaltigenden Gericht agiert, wo es darauf ankommt, wenn er seine Stimme und Möglichkeiten gegen den „anachronistischen Zug" in der deutschen Justiz erhebt, ihn dabei zu unterstützen.

Wir meinen, daß der stattfindende Prozeß keine stromlinienförmige Durchführung erfahren darf, keinen reibungslosen, glatten Ablauf im Sinne einer zynischen Justiz.

SOLCHE AUFRUFE SIND SCHON SO ALT UND ABGEGRIFFEN WIE ASCHE IN UNSEREM MUND –

Wir hoffen aber,
unsere Solidarität und unsere Empörung in der Verfolgung von Hermann, Sybille & Silvia so nahebringen zu können, daß Ergriffenheit das Ergebnis ist,
woraus folgen Empörung und Widerstand, und gewiß die notwendige Tatkraft und Phantasie:

- **durch Veröffentlichungen in der Presse**
- **durch Briefe, Unterschriften und Proteste von Prominenten und denen, die es nicht sind**
- **durch die empörte Teilnahme am Prozeß**
- **durch die Verbreitung dieser Broschüre**
- **durch Plakate und Dokus**
- **durch Besetzung und „Verführung" von Kirchen und ihren Vorständen**
- **durch Aufkleber und die Arbeit von Mediennetworks (Hermanns Kassetten!)**
- **und vor allem durch den Widerstand gegen eine Justiz und einen Staat, der solche Prozesse möglich macht,**

um der geplanten Vergewaltigung von Menschen durch eine erbärmliche Justiz ein Schnippchen zu schlagen.

Hermann, Sybille, Silvia und wir sind darauf angewiesen, daß diejenigen, die wir hoffentlich unruhig gemacht haben, nicht zur weiteren „Tagesordnung" übergehen,
sondern sich mit uns in Verbindung setzen, uns schreiben und anrufen, damit wir unsere Ideen und Vorhaben planen & austauschen können,
um gemeinsam

DEN PROTEST & WIDERSTAND VERMITTELN ZU KÖNNEN!

Unsere beiden Anschriften stehen auf der ersten Seite – ihr könnt beide benutzen, wir tauschen ohnehin alle Informationen aus.

Wir werden diesen langen Text an ein paar tausend Leute schicken, wohl wissend, daß das erste Ergebnis – schon von den Porti her – ein finanzieller Ruin sein wird.

Wir bitten dringend, kostenlos Exemplare zum Verbreiten bei uns zu bestellen. Und wir möchten diesen Text auch gern ins „ausländische" übersetzen: w e r hilft uns dabei?

Wir werden weitere Aufrufe & Informationen herstellen und verschikken, und brauchen dazu

GELD

GELD

- **für Anwälte**
- **für Plakate und Veranstaltungen**
- **für ein Lesegerät namens OPTACON für Hermann, das es ermöglicht, unter Ausnutzung der Nervenendigungen des Fingers normale Zeitungen & Bücher zu lesen, die es in Blindenschrift nicht gibt (8.000 DM)**
- **für Telefonate ins In- und besonders ins Ausland**
- **und vor allem für unbedingt notwendige, für ganz wichtige, aber teure GUTACHTER.**

Dafür liegt jedem Text eine ZAHLKARTE bei; bitte überseht auch die nicht.

Wir warten jetzt, auf jede Reaktion!

D I E I N I T I A T I V E

Spendenkonto:
A. Häuser
Kto.-Nr. 181553-757
Postscheckamt Karlsruhe

U N T E R S C H R I F T E N L I S T E
– An die Öffentlichkeit, das Bundesjustizministerium und das OLG Frankfurt –

Ich f o r d e r e,
die Aufhebung der Anklage gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger. Der geplante Prozeß stellt ein Unrecht und eine Unmenschlichkeit dar.
Er basiert einzig und allein auf der nach § 136 StPO rechtsunwirksamen Vernehmung eines lebensgefährlich verwundeten, psychisch auf das schwerste traumatisierten Menschen.
Wir verurteilen solche Vernehmungsmethoden und Prozesse nicht nur in lateinamerikanischen Gorilla-Diktaturen, sondern genauso dann, wenn sie hier in der Bundesrepublik stattfinden.
Sollte ein derartiger „Prozeß" dennoch stattfinden, kündigen wir unseren entschiedenen Widerstand dagegen an.

Name: Vorname: Anschrift: Tel.:

Unterschrift:

(Ausfüllen, ausschneiden und bitte schicken an:
Initiative Hermann, Sybille & Silvia, 637 Oberursel 5, Postfach 35 (WISK)
Telefon 06171/73212)

Irren ist menschlich — Aussondern schadet allen!

Löst die psychiatrischen Großkrankenhäuser auf!

Zum ersten Mal in der Geschichte der BRD findet eine Großdemonstration mit Sternmarsch nach Bonn am 19. Oktober 1980 zur Durchsetzung einer gesundheitspolitischen Forderung statt. Die deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP), eine Vereinigung von fortschrittlichen Menschen, die in der westdeutschen Psychiatrie arbeiten, wendet sich als Veranstalter „an alle Bürger, Organisationen und Institutionen, die sich von den Mißständen in der Psychiatrie betroffen fühlen" (aus dem Aufruf).

Als Begründung stellt die DGSP fest:

„Psychiatrische Großkrankenhäuser und -Anstalten sind ‚Stätten der Entwürdigung und Entrechtung von Mitbürgern unter fragwürdiger Legitimation. Die totale Institution wirkt auf Insassen und Personal behindernd und kränkend. Die Wiederherstellung der Menschenrechte der Betroffenen erfordert ohne Verzug die Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser und -Anstalten. Für die Auflösung benötigen wir eine breite Mobilisierung der Bürger und Institutionen. Zu diesem Zweck beschließen wir, im Oktober '80 einen Sternmarsch nach Bonn durchzuführen. Wir rufen alle Mitbürger zur Teilnahme an dieser Demonstration auf. Wir fordern eine Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser und -Anstalten durch den Aufbau von Alternativen, die es erlauben, die psychosozialen Probleme der Menschen in ihren gesellschaftlichen Alltag einbezogen, aufzunehmen und zu behandeln"

(Resolution, verabschiedet auf der Mannheimer-Kreis-Tagung der DGSP und auf dem Gesundheitstag am 18. 5. 80).

Wer ist die DGSP und wie sind ihre Forderungen entstanden?

1. Die Psychiatrie während und nach dem Faschismus

Die DGSP entstand in einer Situation, als die Psychiatrie in der BRD zum Politikum geworden war: Im Faschismus waren 60.000 - 120.000 „Geisteskranke" ermordet worden; man ließ Menschen in den Anstalten systematisch verhungern, Zwangssterilisationen waren an der Tagesordnung. Nach 1945 wurde in denselben Mauern weiter Psychiatrie betrieben. Es mangelte an Psychiatern, Neurologen beherrschten die „Fachkrankenhäuser" und Universitäten; die körperlich biologische Seite stand im Vordergrund: *„Geisteskrankheiten sind Gehirnkrankheiten"* (Wilhelm Griesinger, „Vater der modernen Deutschen Psychiatrie", 1817 - 1868).

Andere Ansätze, die in der Weimarer Republik recht weit vorangetrieben worden waren, wurden vom Faschismus ausgemerzt, wie z. B. die Tiefenpsychologie/Psychoanalyse und die Sozialepidemiologie (sozialwissenschaftlicher Ansatz: Wie sind Krankheiten in der Gesellschaft verteilt und welchen sozialen Einflüssen unterliegen sie?); die entsprechenden Wissenschaftler/Praktiker waren emigriert. Hinzu kam ein enormer Personalmangel, Überfüllung und abgelegene Lage der psychiatrischen Landeskrankenhäuser (LKHs).

2. Der Skandal „Psychiatrie"

Während im Ausland bereits in den 50er und 60er Jahren die Öffentlichkeit auf solche Zustände aufmerksam geworden war und entsprechende Reformen in die Wege geleitet wurden, geschah in der BRD lange Zeit nichts. Erst gegen Ende der 60er Jahre wurde hierzulande der Skandal Psychiatrie offensichtlich. Gleichzeitig begannen die Einflüsse der APO- und Studentenbewegung auch in diesem Bereich wirksam zu werden: Die wichtigen antipsychiatrischen Texte von Laing und Cooper wurden in's Deutsche übersetzt, wenig später die ersten Berichte aus Italien

Beeinflußt wurden auch Menschen, die hier in der Psychiatrie arbeiten. Viele Treffen und Tagungen wurden organisiert; eine von ihnen sollte „Geschichte machen": Im Frühjahr 1970 trafen sich in Mannheim (damals noch wenige) Menschen, die die Westdeutsche Psychiatrie verändern wollten. Im Herbst desselben Jahres gründeten sie die DGSP. Seitdem findet im Mai jedes Jahres die „Mannheimer-Kreis-Tagung" statt (in wechselnden Städten), im Oktober die Jahrestagung der DGSP.

3. Die Psychiatrie-Enquete

Gleichzeitig konnte auch der Bundestag nicht mehr am Skandal Psychiatrie vorbei: 1972 übertrug er die Durchführung des „Berichts zur Lage der Psychiatrie" der „Aktion psychisch Kranke", die ein Jahr zuvor auf Betreiben des CDU-Bundestagsabgeordneten Walter Picard entstanden war. Dieser Bericht, kurz: Psychiatrie-Enquete oder auch nur Enquete genannt, an dem weit über 200 „Experten" ca. 4 Jahre gearbeitet haben, sollte in den 70er Jahren die Psychiatrie-Diskussion in der BRD bestimmen.

Bereits 1973, 2 Jahre nach Beginn der Arbeit, veröffentlichte die Sachverständigenkommission einen Zwischenbericht, in dem von *„elenden, menschenunwürdigen Umständen"* die Rede war.

1975 war die Enquete fertig und wurde dem Bundestag zugeleitet. Ihr Ergebnis war niederschmetternd: „menschenunwürdige Umstände", Überfüllung und bauliche Überalterung der LKHs, eine unzureichende ambulante Versorgung durch die niedergelassenen Nervenärzte, zehntausende nicht krankenhausbedürftige Menschen in den LKHs usw. (für weitere Einzelheiten s. Buchempfehlungen). Entsprechend war die Hauptforderung der Enquete die nach Sofortmaßnahmen, um durch Neubauten und Renovierungen die „Gewährleistung eines Grundstandards allgemeiner Lebensbedingungen" sicherzustellen. Daneben stand eine Fülle von Einzelforderungen und -konzepten, wie Verkleinerung der LKHs, stärkere Betonung der ambulanten Hilfe (durch Schaffung „Sozialpsychiatrischer Dienste", in denen ein gemischtes Team aus mehreren Berufen versucht zu helfen, ohne daß eine Aufnahme ins Krankenhaus notwendig wird), mehr psychiatrische Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern, Integration der Beratungsstellen, die noch sehr zersplittert sind (Erziehungsberatung getrennt von „Ehe-, Familien- und Lebensfragen" und Drogenberatung) usw.

Verwirklicht wurde vor allem die Grundforderung: Milliardenbeträge flossen in Neubauten und Renovierungen. Gleichzeitig wurden tatsächlich viele LKHs verkleinert. Es entstanden Psychiatrische Abteilungen an einer Reihe von Allgemeinkrankenhäusern. Doch außer ein paar Modellversuchen (als Alibi) war's das auch schon.

> Die Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HGSP) c/o UKE-Psychiatrie, Martinistraße 52, 2 HH 20, Telefon 468 32 10/20, hat alle Mitarbeiter psychiatrischer Anstalten bzw. Abteilungen und andere Interessierte zu einer Diskussion eingeladen:
>
> **am 10.10.80, um 19.00 Uhr**
>
> **im Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6**

4. Reformen? — Alles Schwindel!

Heute, rückblickend, stimmt das Ergebnis traurig. Zwar sind viele Menschen aus den LKHs entlassen worden — doch der größte Teil von ihnen „lebt" jetzt in Heimen, wo die Zustände oft noch schlimmer sind (z. B. sind in Dortmund durch die Arbeit der Dortmunder Selbsthilfe die Skandale in den Heimen von St. Georg bekanntgeworden). Für die Direktoren und Träger der LKHs war die Verringerung der Patientenzahl ein Aushängeschild ihrer „Fortschrittlichkeit" — doch für die Betroffenen hat sich nichts geändert. Ein Schwindel, der erst in den letzten Jahren aufgeflogen ist.

Oder die Psychiatrische Abteilung am Allgemeinkrankenhaus: Wiederum gerade hier in Dortmund ist durch die Auseinandersetzungen um die psychiatrische Abteilung am evangelischen Krankenhaus Lütgendortmund (wo exzessiv Elektroschocks und Psychopharmaka verabreicht werden, s. „Klüngelkerl" ab Januar 1980) offensichtlich geworden, daß eine solche Abteilung nicht automatisch besser ist als ein LKH. Nach wie vor werden außerdem die „schwierigen Fälle" schließlich nach Aplerbeck in die geschlossenen Abteilungen geschickt, was bedeutet, daß Zweiklassenpsychiatrie praktiziert wird.

In Dortmund befinden wir uns dabei noch in der „glücklichen" Lage, daß wir das LKH vor der Haustür haben. Doch wie sollen die Angehörigen von Menschen aus Bottrop, für das „unser" LKH ebenfalls zuständig ist, hier Besuche machen? Noch schlimmer trifft es die Bochumer, für die das 100 km entfernte LKH Eickelborn zuständig ist. Und diese Situation wird durch Neubauten nur noch zementiert.

5. Aussondern? — Nein danke!

Das dritte zentrale Thema ist die Aussonderung von Menschen, die in den letzten Jahren verstärkt geschieht, nicht nur in der Psychiatrie. Immer neue Gruppen und Untergruppen werden geschaffen, für die immer neue Sondereinrichtungen aufgebaut werden: „lernbehinderte" Kinder werden aus den „normalen" Schulen rausgenommen und in Sonderschulen gesteckt; „verhaltensgestörte lernbehinderte" Kinder wiederum werden aus diesen „normalen" Sonderschulen aussortiert und auf Sonder-Sonderschulen geschickt. Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel Italien, wo versucht wird, nach einem bestimmten Schlüssel behinderte Kinder in normalen Schulklassen zu halten.

Verteidigt werden solche Sondereinrichtungen bei uns gern mit dem Argument, daß sie aufgrund ihrer Spezialisierung bessere Förderungs- und Hilfsmöglichkeiten anbieten könnten. Was jedoch verlorengeht ist der Kontakt zwischen „Normalen" und „Behinderten". Wie es für die Letzteren besser wäre, nicht im Ghetto (Behindertenzentrum am LKH noch weiter draußen) leben zu müssen, so wäre es für die „Gesunden" verdammt wichtig, diese Erfahrung des Umgangs mit Schwächeren zu machen. Stattdessen aber wird aussortiert, wer nicht mehr reibungslos im Arbeitsprozeß funktioniert.

Und da die wirtschaftliche Krise die Auslese auf dem Arbeitsmarkt verschärft hat, gibt es viel leichter Reibungen: Menschen, die noch vor wenigen Jahren „ganz normal" gearbeitet haben, werden für behindert erklärt und in die „Werkstatt für Behinderte" geschickt. (Sie tauchen so auch nicht in der Arbeitslosenstatistik auf.)

Schmerzlich für viele DGSP-Mitglieder ist dabei, daß sie selbst an solchen „Reformen" mitgewirkt haben. Sie konnten seinerzeit noch nicht alle Konsequenzen übersehen, als sie etwa die LKHs verkleinerten, indem sie die Insassen in Heime schickten. Ihr sicherlich guter Wille ist ausgenutzt, umfunktioniert worden; sie sind zu Mittätern wider Willen geworden. Anstatt der Psychiatrisierung der Gesellschaft entgegenzuarbeiten und sich selbst immer mehr überflüssig zu machen, haben sie durch den Aufbau immer neuer Sondereinrichtungen an der Expansion ihrer Berufe, der Expansion der Psychiatrie fleißig mitgebastelt.

6. Diskussion innerhalb der DGSP

Gerade solche Fragen sollen auf dieser DGSP-Tagung in Dortmund **(Gesamtschule Scharnhorst vom 16. - 18. 10. 80)** von zentraler Bedeutung sein. Doch es geht nicht nur um Bestandsaufnahme und Selbstkritik. Es geht auch um die Zukunft, um Alternativen.

Auf der letzten DGSP-Jahrestagung im November 79 in Freiburg war es endlich so weit gewesen: Diejenigen, die die Wurstelei und Taktiererei leid waren, setzten sich durch, und das Schlußplenum nahm (damals noch mit knapper Mehrheit) die Forderung nach Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser an. Damit wurde auch denen eine Absage erteilt, die zuerst bis ins kleinste ausgetüftelte Alternativen in der Hand haben wollen: die Zielrichtung muß vorher schon klar sein.

Diese LKHs, wie wir sie heute haben, sind nicht in der Lage, Menschen gesund zu machen, im Gegenteil! Die Position ist nun klar formuliert.

An dieser Stelle trifft sich die DGSP jetzt auch mit denen, deren Unzufriedenheit schon Jahre vorher in radikalen Forderungen mündete: den Beschwerdestellen. Sie sind zu dieser DGSP-Tagung eingeladen, es gibt eine Arbeitsgruppe zum Verhältnis von Psychiatrie-Mitarbeitern/innen und Beschwerdestellen.

Schließlich geht es auf der Tagung auch darum, Erfahrungen aus der Arbeit in verschiedenen Alternativen Projekten (z.B. Wohngemeinschaften) auszutauschen und der Minimalforderung nach Verwirklichung weiterer Modellversuche/Projekte Nachdruck zu verleihen — in einer Situation, in der die CDU durch ihre Länderfinanzminister schon dies zu sabotieren versucht, indem sie die vom Bund für Modellversuche zur Verfügung gestellten Gelder ausschließlich zum Krankenhausneubau verwenden will.

Bei der Forderung nach Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser richtet sich der Blick zwangsläufig nach Italien, wo seit dem neuen Psychiatrie-Gesetz von 1978 dieser Prozeß bereits im Gange ist. Auf der Tagung werden Italiener anwesend sein, mit denen über ihre Erfahrungen und Schwierigkeiten diskutiert werden kann — ein sachlicher Gegenpol zu den oft diffamierenden „Berichten" in unserer Presse und den gefärbten Stellungnahmen Westdeutscher Psychiater alter Schule.



Innerhalb der DGSP ist die Auflösungsforderung nicht unumstritten. Es gibt die unterschiedlichsten Positionen: von antipsychiatrischen, die nicht nur die Großkrankenhäuser infragestellen, sondern psychiatrische Einrichtungen überhaupt, bis hin zu pragmatischen, die die LKHs lediglich verkleinern und humanisieren wollen.

Diese Widersprüche erklären sich u. a. daraus, daß viele maßgebliche DGSP-Mitglieder mittlerweile selbst Klinik-Direktoren sind — nachdem der „Mannheimer Kreis" 1970 noch diskutiert hatte, keine Chef- und Oberärzte zuzulassen.

Doch es gibt in der DGSP niemand mehr, der diese LKHs, wie sie heute funktionieren, verteidigen würde. Der Vorstand bringt es in seinem Aufruf zum Sternmarsch auf den gemeinsamen Nenner, wenn er von einem *„aus dem letzten Jahrhundert stammenden Versorgungssystem"* spricht.

Wichtig ist jedoch, daß diese Demonstration nicht nur Sache der DGSP bleibt. Beteiligen müssen sich:

— die Mitarbeiter der LKHs, die zwar berechtigte Sorgen um ihre Arbeitsplätze haben, die jedoch selbst mithelfen müssen, Bedingungen zu schaffen, unter denen ihre Tätigkeit nicht mehr darin besteht, Menschen einzusperren und zu verwahren, sondern ihnen zu helfen: d.h. vor Ort ambulant zu arbeiten;

— die Angehörigen „psychisch Kranker", die nicht pauschal als Verursacher abqualifiziert werden können; die Anspruch auf Hilfe von Profis haben, wenn ihnen die Probleme über den Kopf wachsen; die aber auch Anspruch darauf haben, daß ihre „kranken" Verwandten nicht 100 km entfernt in die Anstalt kommen;

— die Gewerkschaften, die sich zum einen für sinnvollere, befriedigendere Arbeitsplätze für das Psychiatrie-Personal einsetzen müssen, und die zum anderen nicht ihre Kolleginnen/en im Stich lassen dürfen, die in den Anstalten leben müssen;

— die Beschwerdestellen, geht es doch hier um ihr ureigenstes Anliegen;

— die Teilnehmer/innen des Gesundheitstages in Berlin, ist doch die „Krankheit der Psychiatrie" auch Teil der „Krankheit der Medizin" als ganzer (3-Minuten-Medizin; beherrschende Stellung der Technik im Krankenhaus, wo der Patient zur Nummer wird usw.); außerdem hat der Gesundheitstag am 18. Mai 1980 ebenfalls die (telefonisch übermittelte) Auflösungsresolution angenommen, nachdem sie kurz vorher am selben Vormittag von der „Mannheimer-Kreis"-Tagung verabschiedet worden war;

— und schließlich alle, die sich gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung, gegen Kriegstreiberei und Wachstumsideologie zur Wehr setzen, geht es doch hier darum, daß nicht mehr Menschen, die schwächer sind, als Ausschuß abgeschoben werden.

Dementsprechend bunt soll dieser Sternmarsch werden, alle diese Aspekte sollen ihren Ausdruck in Forderungen und Transparenten finden, ohne daß die Hauptforderung „Auflösung der psychiatrischen Großkrankenhäuser" verwässert wird.

Dirk

Buchempfehlungen zur weiteren Information:

1. Dörner u.a. (Hrsg.): Der Krieg gegen die Psychisch Kranken. Psychiatrie-Verlag, 1980, 15,-
   Über den Massenmord an „Geisteskranken" im Faschismus und die Nachwirkungen heute.
2. Finzen/Schädle-Deininger (Hrsg.): „Unter elenden, menschenunwürdigen Umständen", die Psychiatrie-Enquete. Psychiatrie-Verlag 1979, 10,-
   Neben einer Kurzfassung der Enquete eine Sammlung von Kommentaren zur Entwicklung der Psychiatrie in der BRD bis hin zur Stellungnahme der Bundesregierung zur Enquete, die erst 1979 (4 Jahre nach ihrem Erscheinen) kam.
3. Sil Schmid: Freiheit heilt; Bericht über die Demokratische Psychiatrie in Italien. Wagenbach 1978, 7,50;
4. Jörg Bopp: Antipsychiatrie. Syndikat 1980, 18,-.
   Ein sehr informatives, gut lesbares Buch über die verschiedenen Konzepte, die — nicht ganz richtig — unter dem Begriff „Antipsychiatrie" zusammengefaßt werden; damit gleichzeitig auch eine Kritik der herrschenden Psychiatrie; enthält auch einen wichtigen Abschnitt über Italien.
5. Dr. med. Mabuse — Zeitung im Gesundheitswesen. Nr. 18 (erscheint erst im Oktober kurz nach der Tagung), 1,50. Darin (wahrscheinlich) ein längerer Artikel, der die hier nur kurz angesprochenen Probleme ausführlich diskutiert



Amsterdam: 10.000 demonstrierten für freie Abtreibung

Am 27. September fand in Amsterdam eine nationale Aktion für die Freigabe der Abtreibung statt. Organisatorin war der Dachverband „Wij Vrouwen Eisen“ („Wir Frauen fordern“), in dem sich fast alle Befürworter/innen der Abtreibungs-Freigabe zusammengeschlossen haben. Aus dem Ausland waren gekommen: eine Vertreterin der NAC (National Abortion Campaign), eine Frau von der GACEHPA (Gruppe der Aktion für ein zentrales Krankenhaus) aus Belgien, eine Frau aus der BRD (von den Organisatorinnen des Tribunals gegen den § 218 in diesem Jahr), eine Vertreterin aus Spanien und Frauen der ICASC (International Contraception Abortion Sterilisation Campaign). Zu der Aktion war aufgerufen worden, weil eine Verschlechterung der holländischen Abtreibungspraxis zu befürchten ist. Nach dem Gesetz ist die Abtreibung in den Niederlanden immer noch strafbar. In den letzten Jahren hatte sich die Praxis jedoch stark verbessert. Seit 1970 gründete die Stiftung Stimezo (Stiftung für medizinisch verantworteten Schwangerschaftsabbruch) Kliniken, in denen die Frauen für den Eingriff nur den Kostenpreis zahlen müssen (in Holland wird die Abtreibung nicht von den Krankenkassen getragen). Um die relativ liberale Handhabung der Abtreibung in Holland in den Griff zu bekommen, hat die Zentrum-Rechts-Regierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Abtreibung erschweren soll. Dieser Entwurf sieht vor:

– die Abtreibung bleibt weiterhin im Strafgesetzbuch. Ärzte, die sich nicht an die vorgeschriebenen Bedingungen halten, werden strafrechtlich verfolgt.
– Der Arzt allein entscheidet über die Abtreibung.
– Den Frauen wird nach der Beratung eine „Bedenkzeit“ von 5 Tagen auferlegt. (Das würde auch die Bedingungen für Frauen, die aus dem Ausland nach Holland zum Abbruch kommen, erschweren, weil sie dann fast eine Woche Urlaub nehmen müßten.)
– Durch ein kompliziertes Genehmigungssystem kann der Gesundheitsminister das Errichten von Abbruchkliniken erschweren.

Der Aktionstag begann mit einer großen, bunten und kämpferischen Demonstration durch die Innenstadt von Amsterdam, an der 10.000 Menschen, vorwiegend Frauen, teilnahmen. Nach Aussagen der Holländerinnen war es die bisher größte Demonstration gegen die Abtreibungsbedingungen in Holland. Starker Protest erhob sich, als die Demonstration an einer Kreuzung vorbeizog, an der sich provozierend ein Häuflein rechter, klerikaler Abtreibungsgegner aufgebaut hatte.

Die Demonstration endete im Vondelpark, in dem viele bunte Informationsstände aufgebaut waren. In mehreren Zelten berichteten Frauen über die Abtreibungsbedingungen in Holland und im Ausland. Von den ausländischen Gästen wurden Grußadressen verlesen. Frauen-Musikgruppen, Kabarettgruppen, Rock- und Punkgruppen sorgten für ein reichhaltiges Kulturprogramm. Gegen Abend endete die Aktion mit einer Resolution, in der gefordert wird: Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch! Abtreibung in die Krankenversicherung! Die Frau entscheidet selbst!

Eine Sympathisantin aus Göttingen u. Sy. (AG Frauen Hamburg)





Beratungs- und § 218-Frauengruppentreffen in Frankfurt

30 – 40 Frauen aus ca. 15 verschiedenen Städten nahmen an dem Treffen der Beratungs- und §218-Frauengruppen am 20./21.9. in Frankfurt teil. Diskutiert werden sollten u.a. die weiteren politischen Perspektiven im Kampf gegen den § 218, die Bündnisarbeit mit Verbänden, Parteien und Organisationen sowie über Prostaglandine.

Wegen des geplatzten Sternmarsches der Pro Familia auf Mainz (s. AK 184), an dem sich die Frauengruppen beteiligen wollten, und daraus entstandener Pannen bei der

Frauengruppen gemacht haben. Dieser Vorschlag wurde sehr kontrovers diskutiert. Dabei ging es einmal um die schlechten Möglichkeiten der Durchführung, zum anderen auch um die Frage, ob wir dies als offensiven Schritt ansehen würden oder ob wir uns dadurch nicht in die Defensive drängen lassen. Auch diesen Punkt wollen wir das nächste Mal mit mehr Material (Film aus Frankreich) ausführlicher besprechen.

Im Hinblick auf die (vorerst!?) letzten Äußerungen aus rechts-klerikalen Ecken zum § 218 (Hirtenbrief,

Beratungs- und § 218-Frauengruppentreffen in Frankfurt

30 – 40 Frauen aus ca. 15 verschiedenen Städten nahmen an dem Treffen der Beratungs- und §218-Frauengruppen am 20./21.9. in Frankfurt teil. Diskutiert werden sollten u.a. die weiteren politischen Perspektiven im Kampf gegen den § 218, die Bündnisarbeit mit Verbänden, Parteien und Organisationen sowie über Prostaglandine.

Wegen des geplatzten Sternmarsches der Pro Familia auf Mainz (s. AK 184), an dem sich die Frauengruppen beteiligen wollten, und daraus entstandener Pannen bei der Verschickung der Einladungen waren nicht so viele Frauen gekommen wie erwartet.

So wurden am ersten Tag nicht Arbeitsgruppen gebildet, in denen die verschiedenen Themen diskutiert werden sollten, sondern im Plenum die zwei aktuellsten bzw. dringlichsten Punkte „Bündnisarbeit“ und „weitere Perspektiven“ besprochen.

Aufgrund der Erfahrungen, die die Frauengruppen bei der Planung des Sternmarsches, der dann von der Pro Familia kurzfristig abgeblasen wurde, mit Pro Familia gerade gemacht hatten, versuchten wir, das Verhältnis der Frauenbewegung zu diesem Verband grundsätzlich zu klären. Es stellte sich heraus, daß die Erfahrungen der Frauengruppen mit Pro Familia ganz unterschiedlich sind: während an einigen Orten die Pro Familia starkes Interesse hat, mit der Frauenbewegung zusammenzuarbeiten, gibt es an anderen Orten kaum Kontakt zwischen Beratungs- bzw. §218-Gruppen und Pro Familia. Einig waren wir uns darin, daß die inhaltlichen Ziele der Sexual- und Schwangerenkonfliktberatung der Pro Familia oft mit unseren übereinstimmen. Wie stark frau sich jedoch um eine Zusammenarbeit mit bzw. auch Mitarbeit innerhalb von Pro Familia bemühen soll, ist umstritten.

Wir beschlossen, diesen Punkt auf dem nächsten Treffen anhand von mehr Erfahrungsberichten und eines Thesenpapiers der Freiburger Frauen weiter zu diskutieren.

Keine Fixierung auf Pro Familia, sondern eigenes offensives Auftreten mit Großaktionen in der nächsten Zeit, schlugen einige Frauen vor, als es um die Frage der weiteren Arbeit gegen den § 218 ging. Eine Frau warf ein, daß wir uns angesichts der andauernden Hetzkampagne gegen Abtreibung und auch angesichts der Gefahr einer CDU/CSU-Regierung nach dem 5. Oktober überlegen sollten, nicht nur ungewollt schwangere Frauen zu beraten, sondern auch selbst Abtreibungen durchzuführen, wie es früher schon französische, italienische und z.T. auch westdeutsche Frauengruppen gemacht haben. Dieser Vorschlag wurde sehr kontrovers diskutiert. Dabei ging es einmal um die schlechten Möglichkeiten der Durchführung, zum anderen auch um die Frage, ob wir dies als offensiven Schritt ansehen würden oder ob wir uns dadurch nicht in die Defensive drängen lassen. Auch diesen Punkt wollen wir das nächste Mal mit mehr Material (Film aus Frankreich) ausführlicher besprechen.

Im Hinblick auf die (vorerst!?) letzten Äußerungen aus rechts-klerikalen Ecken zum § 218 (Hirtenbrief, Stellungnahme der Caritas zum Kommissionsbericht) – deutliches Zeichen, daß wir in nächster Zeit nicht damit rechnen können, in der Öffentlichkeit nicht mehr als Massenmörderinnen hingestellt zu werden – diskutierten wir, wie wir nicht nur unsere Forderung nach ersatzloser Streichung, sondern auch unsere Begründung dafür breiter in die Öffentlichkeit tragen können. Nicht nur der § 218 im StGB muß weg, sondern auch das öffentliche Bewußtsein, die Tabuisierung von Abtreibung und allem, was mit Sexualität und Verhütung zu tun hat, muß geändert werden. Letztendlich führt nämlich auch diese Tabuisierung zu den Restriktionen und „subtilen“ Repressionen, denen ungewollt schwangere Frauen selbst dort ausgesetzt sind, wo die Möglichkeiten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs gegeben sind.

Wir müssen also zum einen ständig unsere Argumentation für die ersatzlose Streichung des § 218 gegen die Fristenregelung als Gegenargumentation zur Hetzkampagne öffentlich machen (dazu wurde die Erstellung eines bundesweiten, regelmäßig erscheinenden Infos in Erwägung gezogen), zum anderen, vor allem im süddeutschen Raum, für die Ausschöpfung der bestehenden Möglichkeiten und gegen den „Boykott“ der sozialen Indikation von Ärzten, Krankenhäusern, Kirche und Politikern kämpfen.

Am Sonntag teilten wir uns in zwei Arbeitsgruppen auf, in denen über Prostaglandine und über Verhütungsmittel bzw. welche Politik mit beiden gemacht wird, kurz diskutiert wurde. Auch diese Diskussionen werden auf dem nächsten Treffen weitergeführt.

Am 6./7. Dezember wollen sich die Beratungs- und §218-Frauengruppen das nächste Mal treffen, hoffentlich diesmal mit mehr Beteiligung. Das Treffen findet dann in Köln im Frauenzentrum Eifelstraße statt. Anmeldungen bitte dort.

Eine Genossin der KB-Frauengruppe Frankfurt

Aktionswoche der Pro Familia

„Die existentiell bedrohte Lage des rheinland-pfälzischen Landesverbandes, ... das restriktive Verhalten einer Landesregierung, minimale öffentliche Finanzierung, Gleichbehandlung statt Gleichstellung mit anderen (kirchlichen) Beratungsstellen, bevorstehende Schließung von Beratungsstellen, Angriffe auf sexualpädagogische Arbeit, Diffamierung der Schwangerenberatung ...“ (Info-Blatt der Pro Familia Mainz) waren der Hintergrund, auf dem die diesjährige Bundesarbeitstagung der Pro Familia die Durchführung einer bundesweiten Aktionswoche und eines nationalen Sternmarsches auf Mainz beschlossen hatte.

Ziel der Aktionswoche sollte sein, durch die Darstellung der Pro Familia-Arbeit und der existentiellen Schwierigkeiten von Pro-Familia-Beratungsstellen mehr Bündnispartner und Unterstützung in der Öffentlichkeit zu gewinnen, um langfristig eine sichere und gleichmäßige Finanzierung aller Pro-Familia-Beratungsstellen zu erreichen und damit ihre Weiterexistenz nach Ablauf des Modellprogramms zu ermöglichen.

Während der geplante bundesweite Sternmarsch drei Wochen, bevor er stattfinden sollte, völlig gekippt wurde (vgl. AK 184), fanden die Aktionstage vom 15. – 20.9. in vielen Städten statt – trotz massiver Behinderung und insgesamt schwacher Mobilisierung innerhalb der Pro Familia:

– So verweigerte der Landesverband Schleswig-Holstein die Annahme des Informationsmaterials über die Planung der Aktionstage.
– Die Pressekonferenz zu Beginn der Aktionswoche mußte anstatt in Bonn in Frankfurt abgehalten werden, weil der Vorsitzende des Ortsverbandes der Pro Familia sich weigerte, die Räume der Bonner Geschäftsstelle dafür zur Verfügung zu stellen.
– In der letzten Ausgabe des Deutschen Ärzteblattes brachte Dr. Petersen, Mitglied der Pro Familia Niedersachsen, seine reaktionären Ansichten zum § 218 in bekannter Hetzmanier zum Ausdruck.
– Die Listen, mit denen bundesweit Unterschriften zur Unterstützung der Pro Familia Rheinland-Pfalz gesammelt werden sollten, die Plakate und Flugblätter, die zentral für die Aktionstage mobilisieren sollten, sind spät oder überhaupt nicht bei den einzelnen Pro Familia-Verbänden angekommen.

In einigen Städten ist es trotz dieser Erschwernisse zu einigen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten während der Aktionswoche gekommen: So hat die Pro Familia BREMEN zu einem Fest eingeladen, auf dem sie ihre Arbeit vorgestellt und über die Situation in Rheinland-Pfalz berichtet hat. Außerdem führte sie zusammen mit dem Frauenbuchladen und der §218-Frauengruppe eine Podiumsdiskussion durch.

In HAMBURG nahm die dortige Pro Familia ebenfalls Kontakt mit Frauengruppen auf, um auf einem offenen Abend über die Situation der Pro Familia in Rheinland-Pfalz und der Planung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums in Hamburg zu diskutieren. Mit dem Kinderhaus Heinrichstraße veranstaltete sie Diskussionen über Sexualberatung.

In MAINZ fand eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Familienplanung statt Gebärzwang“ statt, die von einem breiten Bündnis (Pro Familia, Humanistische Union, ASF, Frauengruppen u.a.) getragen wurde. In Mainz wurde die Beratungsstelle für eine Woche geschlossen und dafür mit Info-Ständen in der Stadt und einem „Tag der offenen Tür“ über die Arbeit der Pro Familia informiert.

Statt des Sternmarsches führte der Ortsverband Mainz eine Abschlußkundgebung auf dem Rathausplatz durch, die von ca. 300 – 500 Menschen besucht wurde. Eingerahmt in einem Kulturprogramm waren die Beiträge sehr vielfältig: die Pro Familia Mainz berichtete von ihrem Kampf um den Erhalt der rheinland-pfälzischen Beratungsstellen; eine Frau las aus dem Buch von Uta König „Gewalt gegen Frauen“ vor; aus Großbritannien berichtete eine Frau von der NAC (National Abortion Campaign) von der dortigen Bewegung gegen die Abtreibungsgesetze; die Mainzer Frauen sangen Anti-Kirchenlieder zum Thema § 218.

Kritik wurde laut von einer Frau aus der Vorbereitungsgruppe des Tribunals gegen den § 218, die zum Schluß die Empörung der §218-Frauengruppen darüber zum Ausdruck brachte, daß der geplante Sternmarsch der Pro Familia, der von den Frauengruppen aktiv unterstützt worden war, auf solch undemokratische und unpolitische Weise verhindert worden war. Sie machte deutlich, daß es zwar viele Gemeinsamkeiten zwischen der Pro Familia und der Frauenbewegung gebe, was die Ziele der inhaltlichen Arbeit angeht, daß die Frauenbewegung aber ein anderes Verständnis vom Kampf gegen den § 218 hat als offensichtlich bestimmte Kräfte innerhalb von Pro Familia.

Im großen und ganzen haben sich wohl nicht allzu viele Ortsverbände besonders aktiv und enthusiastisch an der Gestaltung der Aktionswoche beteiligt. Aus einigen Städten ist uns noch bekannt, daß dort Info-Stände gemacht, „Tage der offenen Tür“ veranstaltet und Flugblätter verteilt wurden (u.a. Frankfurt, Freiburg, Dietzenbach, Westberlin).

Der eigentliche Plan aber, einen gemeinsamen „Streik“ der Beratungsstellen durchzuführen und in dieser Zeit massiv Öffentlichkeitsaktivitäten zu veranstalten, ist von den wenigsten Ortsverbänden umgesetzt worden.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Recht(s)sprechung in Vergewaltigungs-Prozessen



Dieser Artikel behandelt im wesentlichen die Rechtsprechung bei Vergewaltigungsprozessen. Grundlage dafür war vor allem ein Aufsatz von Alisa Shapira in der Zeitschrift „kritische Justiz", erschienen 1977.

Uns ist erschreckend klar geworden, daß wir es hier nicht nur mit Klassenjustiz, sondern auch mit Männerjustiz zu tun haben.

Obwohl die Dunkelziffer der nicht angezeigten Vergewaltigungsdelikte enorm hoch geschätzt wird, ist Vergewaltigung das Verbrechen mit der höchsten Freispruchsquote.

Die Prozeßführung, ein Grund für die hohe Dunkelziffer, ist ungeheuer diskriminierend für die vergewaltigte Frau.

Eine weitere Möglichkeit, einen wenn auch geringen Einfluß auf den Prozeß zu nehmen, besteht in der Nebenklägerschaft der Frau, die aufgrund der uns bekannten Fälle dringend zu empfehlen ist.

Grundlage für die Arbeit von Alisa Shapira sind Urteile und Urteilsbegründungen des Bundesgerichtshofes (BGH) zu Vergewaltigung, sowie Kommentare von namhaften Rechtswissenschaftlern zu diesem Thema.

Zur Einschätzung dieser Urteile muß man folgendes wissen. Zum BGH gelangen nur schwerwiegende Fälle; als minder schwer eingestufte bleiben sowieso in den unteren Instanzen stecken. Zur Beurteilung durch höhere Instanzen dürften nur ‚Extremfälle' gelangen. So sind bei vielen der vom BGH beurteilten Fälle junge Mädchen die Opfer, an deren Glaubwürdigkeit zu zweifeln der Justiz unangebracht erscheinen dürfte. Zum anderen ist es bei vielen der vom BGH beurteilten Fälle bei der Tat zu erheblichen Verletzungen gekommen, wodurch die Beweisfrage entschärft wurde.

Zur Bedeutung für die Rechtsprechung allgemein ist zu sagen, daß dem BGH als oberster Instanz er-
dem BGH als oberster Instanz er-
hebliche Definitionsmacht bei der Interpretation der Normen des Strafgesetzbuches zukommt.

Die Kommentare von Rechtswissenschaftlern dienen ebenso als Grundlage für die Urteilsfindung und werden von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten benutzt.

Der Aufbau des folgenden Artikels richtet sich nach der Systematik des Tatbestandes. Wichtig ist hier zu wissen, daß nach herrschender Juristen -Meinung das Einverständnis der Frau schon den Tatbestand der Vergewaltigung aufhebt (objektiver Tatbestand). Auch der Irrtum des Mannes (subjektiver Tatbestand) über das Einverständnis der Frau als „Tatbestandsirrtum" läßt den V o r s a t z des Mannes entfallen, und seine Vergewaltigung ist in dem Fall nicht strafbar.

„Vergewaltigung" und „Sexuelle Nötigung"

Seit dem 4. Strafrechtsreformgesetz wurde für Sexualdelikte der Begriff „Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit" durch die Bezeichnung „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung" ersetzt. Dieser Betonung des Rechtes auf den eigenen Körper werden die – sowohl im Gesetz und in Gesetzeskommentaren angeführten als auch in der Rechtssprchung angewandten – Tatbestanddefinitionen nicht gerecht. So lautet der Vergewaltigungsparagraph § 177: *„Wer eine Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zum ausserehelichen Beischlaf mit ihm oder einem Dritten nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter 2 Jahren bestraft".* Das Erfordernis des „Beischlafs", d.h. des vaginalen Geschlechtsverkehrs, für den objektiven Tatbestand der Vergewaltigung deutet daraufhin, daß es hier um die „Verhinderung unerwünschter Zeugung" und damit um eine „geordnete Fortpflanzung" geht. Stünde das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau als das zu schützende Rechtsgut an erster Stelle, so wäre eine Differenzierung zwischen „Vergewaltigung" und „sexueller Nötigung" unsinnig.

Der § 178, sexuelle Nötigung, lautet: *„Wer einen anderen mit Gewalt oder durch Drohung mit Gefahr für Leib und Leben nötigt, außereheliche sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu 10 Jahren bestraft".* In einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) heißt es dann auch: *„Nicht eindeutig hat sich feststellen lassen, ob der Angeklagte darauf aus gewesen ist, den Geschlechtsverkehr mit dem Mädchen zu erzwingen oder n u r andere unzüchtige Handlungen an ihr vorzunehmen"*(1). Daß das sexuelle Selbstbestimmungsrecht der Frau mit und ohne Geschlechtsakt gleich schwer verletzt sein kann, interessiert die Justiz nicht, entscheidend ist vielmehr: „... *Es ist in Gesellschaft und Staat von eminenter Bedeutung, ob als Sexualordnung das Matrimoniat (= die Ehe, Anm. d.V.) ... oder etwa die Verfassung einer über die in einer Primatengruppe geltenden Verhaltensweisen noch hinausgehenden Kommune (gilt), in der man nicht weiß, wer die Väter der in der Gruppe lebenden Kinder sind"* (2). Vergewaltigung ist demnach nicht jede Verletzung der Frau, sondern nur diejenige, die unerwünschte Folgen haben könnte.

Vergewaltigung in der Ehe

Dies wird auch daran deutlich, daß durch den § 177 StGB nur die Erzwingung des a u ß e r e h e l i c h e n Beischlafs überhaupt strafrechtlich verfolgt wird. Vergewaltigung in der Ehe kann laut momentaner Rechtsprechung bestenfalls als Nötigung (§ 240 StGB) angezeigt werden. Per Ehevertrag wird der Frau das Recht über ihren Körper genommen und sie zum dienenden Objekt degradiert.

Hierzu schreibt A. Shapira: *„Die gegenwärtige Negierung der ehelichen Vergewaltigung steht in der Tradition der Auffassung von Vergewaltigung als Verletzung des männlichen Eigentumsrechtes an der Frau: Wie kann ein Mann sich gewaltsam etwas aneignen, was ihm von Rechts wegen schon gehört? Ausdruck dieses sexuellen Besitzrechtes ist es auch, daß zu den ehelichen Pflichten im Rahmen des § 1355 BGB* (= Bürgerliches Gesetzbuch, Anm. d.V.) *die Geschlechtsgemeinschaft gezählt wird, was einseitig zu Lasten der Frau geht. Frauen sind verpflichtet, ihn ‚gewähren zu lassen', während es umgekehrt schon aufgrund der physiologischen Bedingungen schwerfallen dürfte, einen Mann gegen seinen Willen zur Erfüllung seiner ehelichen Pflichten zu bringen"*(3). Es entspricht der Doppelmoral der Gesetzeshüter, Ehen als sittliches Rechtsgut zu schützen, in denen Ehefrauen vergewaltigt werden. Nach Juristenlogik werden Vergewaltigungen nur dann bestraft, wenn sie die Fähigkeit der Frau beeinträchtigen, eine „anständige Gattin" und Mutter „legitimer" Kinder zu werden.

„Minder schwere" Fälle – die Beurteilung der Frau nach ihrem Wert

Zwar wird heute nicht mehr vom Schutz der „Geschlechtsehre" als das durch den § 177 zu schützende Rechtsgut" gesprochen; trotzdem spielt dieser Gedanke überall dort eine Rolle, wo das „Vorleben" der Frau oder persönliche Daten und Eigenschaften der Frau in irgendeiner Form die rechtliche „Würdigung" des Tathergangs beeinflussen.

Die Fragen nach dem „Vorleben" der Frau gehen in die Beurteilung der Tat mit ein. Es wird leicht vom früheren sexuellen Verhalten der Frau auf ihr Verhalten während der Vergewaltigung geschlossen! Läßt sich an ihrem früheren sexuellen Verhalten eine Abweichung von der ‚Norm' feststellen, wird ihr die Vergewaltigung nicht mehr geglaubt, bzw. ihr selbst dafür die Schuld in die Schuhe geschoben. Besonders deutlich kommt diese Haltung zum Ausdruck gegenüber Prostituierten und Frauen, die zu ihrem Vergewaltiger früher einmal sexuellen Kontakt hatten. So urteilte der BGH: „... *Es besteht hinsichtlich der Schuld ein sehr erheblicher Unterschied, ob eine unbescholtene Frau oder ob eine Prostituierte, die sich allgemein zu unzüchtigen Handlungen hinzugeben pflegt, das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens wird"* (4). Die Kategorie „verdorben" und „unverdorben" spielt auch beim BGH eine entscheidende Rolle. Als „minder schweren" Fall klassifizierte er demnach eine Vergewaltigung nach längerer Bekanntschaft, trotz Körperverletzung (!), mit folgender Begründung: *„Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß*
dieser junge Kroate in das Mädchen
nicht von der Hand zu weisen, daß dieser junge Kroate in das Mädchen geradezu vernarrt war, und daß er, durch das ihm häufig gestattete Zusammensein ermutigt, schließlich gewaltsam das durchgesetzt hat, was er sich als ‚Mann' schuldig zu sein glaubte" (5). Wenn der Vergewaltiger also ein Bekannter ist, ist die Frau unglaubwürdig, da sie schließlich wissen muß, daß ER irgendwann von seinem Besitzrecht Gebrauch machen wird. Noch deutlicher wird in einem Kommentar ein ähnlich gelagerter Fall als „minder schwer" klassifiziert: „... **Gewalt gegen ein Mädchen, mit dem der Täter wiederholt Intimverkehr hatte, das aber aus irgendeiner Lust und Laune heraus sich ausnahmsweise den Wünschen des Täters widersetzte"** (6).

Besonders zynisch ist die Interpretation eines anderen Rechtswissenschaftlers, der Vergewaltigung d a n n als „minder schwer" wertet, wenn der Täter eine *„echte Liebesbeziehung anstrebt"* (7). Gedanklich steht er damit im tiefsten Mittelalter, wo die Schuld der Vergewaltigung durch die Heirat zwischen Täter und Opfer getilgt werden konnte und der Vergewaltiger damit seiner Strafe entging (8).

Die Frau, die von ihrem Freund oder Verlobten vergewaltigt wird, gilt als „legitimes Opfer", weil sie zu seinem Besitz gehört. Je eheähnlicher die Verhältnisse, desto mehr hat der Mann ein Besitzrecht über den Körper der Frau. Hat sie einmal „Ja" gesagt, so hat sie das Recht auf ihren Körper verwirkt (Ehefrau/Freundin) oder zumindest ihre „Geschlechtsehre" verloren (wenn sie sexuelle Erfahrungen gemacht hat). Rolf Butzmühlen stellte dazu treffend fest: „... *Was hier also geschützt wird, ist die sexuelle Unberührtheit der Frau im Interesse ihres zukünftigen Ehemannes. Eine sexuell erfahrene Frau hat bereits gegen die voreheliche Virginität* (= Jungfräulichkeit, Anm. d. V.) *verstoßen, sie kann nicht geschützt werden, weil sie das zu schützende ‚Gut' nicht mehr besitzt"* (9).

Entsprechend dieser Logik ergab eine israelische Studie, daß bei Witwen und geschiedenen Frauen die Rate der Verurteilung von Vergewaltigern am geringsten war (9a).

Gewalt und Drohung als Elemente des objektiven Tatbestandes

„Der objektive Tatbestand besteht darin, daß die Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zum ausserehelichen Beischlaf mit dem Täter oder einem Dritten genötigt wird" (10). Der Gewaltbegriff in der Rechtsprechung hat sich zwar vom ausschließlich physischen Gewaltdelikt auch auf die Einbeziehung psychischer Bedrohung erweitert und wurde zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verwässert, wie uns das reichlich von Prozessen gegen Linke bekannt ist. Es gibt z.B. Urteile, nach denen bei einer Demo gegen Fahrpreiserhöhungen bereits ein Sitzstreik auf den Schienen als Gewalt gegen den Strassenbahnfahrer gewertet wurde. Bei Vergewaltigung dagegen muß *„die körperliche Gewalt geeignet sein, die Frau widerstandsunfähig zu machen und zwar in einem mechanisch–physischen Sinn"* (11). Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der BGH
physischen Sinn" (11). Es ist daher nicht verwunderlich, wenn der BGH
in einem Fall, in dem der Täter wegen **Entführung und Körperverletzung** verurteilt wurde, folgendes zum Gewaltbegriff ausführte: *„Mangels Darlegung näherer Umstände ist es nicht erkennbar, wie es dem Angeklagten möglich gewesen sein soll, einem 20jährigen Mädchen gegen seinen Widerstand hintereinander die genannte Anzahl von Gläsern Alkohol einzuflößen, da der Täter jeweils, nachdem er ein Glas eingeflößt hatte, dieses immer wieder neu einschenken mußte, wozu er – jedenfalls kann dem Urteil nichts anderes entnommen werden – beide Hände benötigte. Es erhebt sich daher die Frage, warum das Mädchen in der Zwischenzeit nicht den Wagen verlassen hat, zumal der Angeklagte im Augenblick des Eingiessens sie nicht hätte festhalten können, oder weshalb es nicht das Glas während oder nach dem erneuten Einfüllen aus der Hand geschlagen hat"* (12).

Hier wird von der Frau erhebliche körperliche Aktion verlangt, damit die Aktion des Mannes als „Gewalt" anerkannt wird. Verbale Ablehnung reicht also nicht aus, sondern frau muß erstmal ordentlich zuschlagen, damit sie überhaupt eine Chance hat, daß r e i n r e c h t l i c h „Gewaltanwendung" vorliegt – und dies, obwohl die Entführung und Körperverletzung sogar gerichtlich festgestellt wurde.

Noch deutlicher wird der BGH mit folgender Ausführung: *„Nicht jede Drohung mit einer den Tatbestand der einfachen Körperverletzung erfüllenden Handlung ist eine Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für den Leib i.S.* (im Sinne, d.V.) *der Strafvorschrift über die Vergewaltigung. Bei der Frage, ob z.B. die Androhung von Schlägen hierunter fällt, kommt es darauf an, ob bei ihrer Verwirklichung mit einer erheblichen Körperverletzung des Bedrohten zu rechnen ist"* (13). Es ist blanker Zynismus, den **energischen Widerstand** der Frau zum **entscheidenden Beweismittel** für die an ihr vollzogene Vergewaltigung zu machen, wenn sogar Menschenjäger Eduard Zimmer-

Fortsetzung nächste Seite

Vergewaltigung

Wer hat je davon gehört
daß eine Frau einen Mann
vergewaltigt habe

gewöhnlich heißt es
Frauen verführen
Männer erliegen
der Verführung mitunter so sehr
daß sie erliegend der Verführung
der Frau
die Frau vergewaltigen

(Was will die denn
die lebt ja noch)

Der Tatbestand der Verführung
ihrerseits widerspricht
dem Tatbestand der Vergewaltigung
seinerseits
die Gerichte entscheiden
über den Reinheitsgrad
der
nach eigener Aussage
vergewaltigten Frau
der Reinheitsgrad wird als getrübt angesehen
wenn
　　sie sich in Gefahr begeben hat
　　sie alleine durch die nächtliche Stadt
　　　　durch den Park
　　　　zum Tanzen geht
　　sie sich ansprechen läßt
　　in die Wohnung eines Mannes geht
　　sie setzt sich der Gefahr aus
wenn sie eine Ehe eingeht

Fortsetzung von der vorherigen Seite

mann in einer großen Fernsehillustrierten den Frauen empfliehlt, in einer derartigen Situation das **willige Opfer** zu spielen.

Gleichzeitig darf frau nicht vergessen, daß es nicht nur gesellschaftlich verpönt ist, als Frau körperliche Gewalt auszuüben, sondern daß wir es in den seltensten Fällen überhaupt gelernt haben, mal ordentlich hinzulangen.

Ein weiteres typisches Beispiel, wie dehnbar der „Gewaltbegriff" ist und wie dementsprechend nach Männerlogik über bestimmte Vergewaltigungen geurteilt wird, ist der Fall einer 19jährigen Tramperin, die entführt und vergewaltigt wurde. Der Vergewaltiger bekam Freispruch. In der Begründung dazu heißt es: *„Der dem Verlangen* (des Mannes, Anm. d. V.) *entgegenstehende Wille kam nur sehr zaghaft zum Ausdruck. Sie widerspach im wesentlichen nur mit Worten und machte keinen energischen Versuch, sich dem Angeklagten durch Flucht zu entziehen. Auch ihr Versuch, an der Ampel auszusteigen, mag für den Angeklagten nicht ohne weiteres als ernsthafter Widerstand erkennbar gewesen sein. Zudem wurde der Angeklagte gegenüber der Zeugin zu keiner Zeit handgreiflich und hat ihr auch nicht gedroht, wenngleich die Zeugin sein ungestümes Verlangen nach Geschlechtsverkehr teilweise als drohend empfunden hat"* (14).
Obwohl sonst Entführungen als schwere psychische Beeinträchtigung betrachtet wird und nach den Entführern wahnwitzige Fahndungsaktionen veranstaltet werden (Lorenz, Oetker), wurde hier nicht einmal die Tatsache der Entführung vom Gericht geahndet, geschweigedenn als Gewalt begriffen (15).

Da die Rechtsprechung davon ausgeht, daß zwischen Gewalt und Beischlaf ein Kausalzusammenhang bestehen muß (16), wird sie als eine Art der Herbeiführung der Vergewaltigung legitimiert. Das heißt: *„Wenn der Täter die Frau durch Gewalt lediglich in eine Lage verbringt, in der er die Einwilligung in den Geschlechtsverkehr erwartet, so ist der Tatbestand nicht erfüllt"* (17). In diesem Fall kommt also auch keine versuchte Vergewaltigung in Frage!

Ähnlich Rechtswissenschaftler Maurach: Gewalt ist dann nicht nach § 177 strafbar, wenn sie sich gegen bloßes *„Sträuben gegenüber nicht unwillkommener Gewalt"* richtet (18). Mit dieser Auslegung des Gewaltbegriffes unterstellt er allen Frauen, daß es zu ihrem normalen weiblichen Verhalten gehört, den Geschlechtsverkehr erst einmal abzulehnen, auch wenn sie ihn eigentlich wollen. Er fordert regelrecht dazu auf, das Nein der Frau nicht ernst zu nehmen, da eben jeder Widerstand der Frau als typisch weibliches „Sträuben" verstanden werden kann. In dem Terminus *„nicht unwillkommene Gewalt"* ist weiter die Vorstellung enthalten, daß Frauen ‚genommen werden wollen', Sexualität für sie in dem gewaltsam Erobertwer-
men werden wollen', Sexualität für
sie in dem gewaltsam Erobertwerden' besteht. Dieser Meinung ist wohl auch der BGH, wenn er schreibt: *„Wer mit Gewalt unzüchtige Handlungen an einer Frau vornimmt, um sie geschlechtlich zu erregen und dadurch (!) zur Einwilligung in den Geschlechtsverkehr geneigt zu machen, ist nicht wegen versuchter Notzucht, sondern wegen Nötigung zur Unzucht ... zu bestrafen"* (19).

Dazu A. Shapira: *„Zu einer solchen Abgrenzung kann der BGH nur dann gelangen, wenn er der Meinung ist, daß es überhaupt möglich ist, Frauen durch Gewalthandlungen zu erregen. Da Gewalt nur unter Zufügen von Schmerzen denkbar ist – vorsichtiges, zärtliches Berühren ist wohl nicht möglich, wenn man eine sich wehrende Frau festhalten muß – ist der BGH wohl der Meinung, daß Frauen sexuelle Lust beim Erleiden von Schmerzen empfinden"* (20). Dahinter steckt die These vom „weiblichen Masochismus", die bereits von Freud entwickelt wurde und eine wesentliche Grundlage in der gesamten Rechtsprechung zur Vergewaltigung darstellt. Wir wollen darauf in einem gesonderten Artikel nochmal näher eingehen.

Der Gewaltbegriff bei sexueller Nötigung

Der Paragraph der sexuellen Nötigung kommt immer dann zum Tragen, wenn ein sexueller Angriff auf die Frau stattgefunden hat, jedoch es dabei zu keinem vaginalen Geschlechtsverkehr gekommen ist.

Mit welcher Willkür über solche Fälle entschieden wird, machen die beiden folgenden Beispiele deutlich. Ein wegen Vergewaltigung und Körperverletzung vorbestrafter Täter hatte ein 15jähriges Mädchen erst mit Schlägen eingeschüchtert und anschließend zum Oralverkehr gezwungen. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt. In der Begründung dafür heißt es: *„Sie selbst bestätigte, daß jemand an der Toilettentür geklopft habe, sie sich aber aus Angst nicht gewehrt habe. Diese Begründung erscheint nicht einleuchtend, da sie gerade in diesem Falle, wenn sie mit Gewalt zu sexuellen Handlungen gezwungen worden ist, Hilfe von außen hätte erhalten können. Auch das von mehreren Zeugen bestätigte Verhalten ihrer Tochter nach der Rückkehr aus der Toilette läßt nicht auf ein unmittelbar zurückliegendes unangenehmes Ereignis schließen. Erfahrungsgemäß gibt sich das Opfer eines Sexualdeliktes nicht mehr in einer völlig unauffälligen Art und Weise mit dem Täter ab, wenn es – wie hier in einer Gaststätte – seinem unmittelbaren Machtbereich entkommen ist"* (21).

Alltagspsychologie und Klischeevorstellungen des Richters finden hier freien Lauf. Weder die Schläge noch die sehr wahrscheinliche Schockeinwirkung werden bei diesem Urteil berücksichtigt.

Der nächste Fall: Ein Mann greift einer älteren Frau auf einem Weg plötzlich an den Busen und unter den Rock. erst als sie sich wehrte, hat er von ihr abgelassen. Dieses für uns nur zu bekannte Beispiel aus dem Alltag ist angeblich keine sexuelle Nötigung: *„Ein Verbrechen der sexuellen Nötigung liegt nicht vor. Der Tatbestand dieses Verbrechens erfordert einerseits einige Erheblichkeit der sexuellen Handlung, andererseits Gewalteinwirkung, von der bei überraschender sexueller Handlung nicht gesprochen werden kann"* (22).

Konkret heißt das, jeder Angriff auf eine Frau wird erstmal gesetzlich legitimiert. Bei **erfolgreichem Wehren** der Frau wird das Ausmaß der angewandten Gewalt des Mannes als unerheblich erachtet. Der „bloße" körperliche Angriff bleibt somit straffrei, vor allem dann, wenn die Frau keine erhebliche Körperverletzung aufweisen kann.

Gewalt im Zusammenhang mit betäubenden Mitteln

Grundsätzlich wird unter Gewalt auch die Anwendung betäubender Mittel (Alkohol) verstanden. Sie wird nur dann als „Gewalt" interpretiert, wenn sie gegen den Willen des Opfers geschieht. *„War die Frau allerdings mit der Beibringung der Mittel einverstanden, hat sie z.B. gemeinsam mit dem Täter Alkohol getrunken, so ist sie selbst an der Herbeiführung ihrer Widerstandsunfähigkeit beteiligt und ihre anschliessende Vergewaltigung ist nicht tatbestandsmäßig"* (23). Je mehr also eine Frau alkoholisiert ist, desto ungestrafter kann ein Mann sie vergewaltigen.

Frau stelle sich einmal vor: zwei Typen gehen in die Kneipe und trinken zusammen, anschließend nimmt der eine dem anderen die Brieftasche weg. Da dieser zu betrunken ist, kann
der eine dem anderen die Brieftasche weg. Da dieser zu betrunken ist, kann
er sich nicht mehr wehren. Das Gericht wertet dies dann als „minder schweren" Fall, weil das Opfer betrunken war! Der vergewaltigten Frau dagegen wird vorgeworfen, daß sie durch Alkoholtrinken ihre Widerstandsfähigkeit aufgehoben und sie sich selbst dadurch in Gefahr gebracht hat! Zustimmend kommentiert hier Hanack, ein als fortschrittlich geltender Rechtswissenschaftler: *„Es wird zudem übersehen, daß sich die Frau durch ihr Verhalten selbst in die Gefahr begibt, und daß letztlich nicht der Dritte, sondern sie selbst ihre Widerstandsfähigkeit aufhebt... Denn die allmähliche Abschwächung der Widerstandskraft beruht im Grunde auf mangelnder Aufmerksamkeit oder einem ‚Sich–gehen–lassen' der Frau, ist aber, bei allen bösen Absichten des Täters, auch im kritischen Stadium des Umschlagens zur Widerstandsunfähigkeit kein Einwirken ohne ihren Willen... Es geht aber nicht an, solche Einwirkungen, die im Grunde gewissermassen Hilfsmittel erotischer Werbung oder Stimulation bei Täter und Opfer sind, als Gewalt zu kennzeichnen"* (24).

Eine Frau darf sich nach dieser Logik nie „gehen lassen"; sie darf auch keinen Alkohol trinken, denn falls sie anschließend vergewaltigt wird, war sie selbst die Verführerin oder hat es nicht anders gewollt, denn *„... derartige Mittel (werden) von der Frau bewußt oder unbewußt nur zu oft zur gewünschten Selbstenthemmung benutzt"* (25).

Seine eigenen Vergewaltigungsphantasien kommen beim Rechtswissenschaftler Maurach zum Vorschein: *„... wenn das Opfer die Hemmungen, die es vor dem Beischlaf verspürt, wegspült oder wenn es sich von der süßen Willenlosigkeit während des Aktes einen erhöhten Reiz verspricht'* (26). Kommentar überflüssig.

Der subjektive Tatbestand

Bei der Feststellung des subjektiven Tatbestands soll geprüft werden, wie der Täter das Verhalten des Opfers aus seiner Sicht interpretieren konnte. Die deutsche Rechtsprechung geht davon aus, daß bei einem Geschlechtsverkehr der Mann im „Normalfall" der Angreifer ist und auf Widerstand bei der Frau stößt. Sie fordert daher – zusätzlich zur Erfüllung des objektiven Tatbestands – daß der Vergewaltiger den von ihm gebrochenen Widerstand für einen ernstlichen hält (= subjektiver Tatbestand) und damit v o r s ä t z l i c h gehandelt hat. Dem Täter muß also zu jedem Zeitpunkt der Tat subjektiv klar gewesen sein, daß die Frau nicht einverstanden war. Aus Urteilen sind folgende Argumentationen bekannt:
Der Täter kann nicht nur angeben, daß er nur den ‚typisch weiblichen' Widerstand gebrochen hat, obwohl die Frau zwar zunächst protestiert hat, das gehöre sich eben für eine anständige Frau – schließlich habe sie eben doch 'nachgegeben'. Er kann sich auch so aus der Affäre ziehen, indem er behauptet, daß seine ‚Partnerin' sexuell erregt gewesen wäre und von ihm erwartet habe, daß er ihre moralischen Bedenken zerstreue. Schließlich habe er ja als erfahrener Liebhaber gelernt, sich durchzusetzen. Nur der naive und unerfahrene Mann würde auf die anfängliche Ablehnung der Frau hereinfallen und auf das Erreichen seines Zieles verzichten. Der Vergewaltiger muß also eine Weigerung der Frau nicht ernstnehmen, auch kann er die Aufgabe ihres Widerstandes als Einwilligung interpretieren. So argumentiert der BGH im „Lederpeitschenfall": *„In diesem Verhalten* (Einschließen und Bedrohen mit der Lederpeitsche, d. Verf.) *lag bereits ein Anfang der Ausführung des Notzuchtverbrechens. Die B. entschloß sich in ihrer Verzweiflung nach der Bedrohung mit der Peitsche, dem A. ‚nun vorzuspielen, daß sie mit einem Geschlechtsverkehr nun einverstanden sei'. Das geschah in der Hoffnung, daß ihr noch Schlimmeres erspart bleibe. Sie forderte den A. sogar mit den Worten ‚Nimm mich' auf. A. glaubte an die Bereitwilligkeit der B. Er hatte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr das Bewußtsein, jetzt noch Gewalt anzuwenden; vollendete Notzucht war daher trotz Vereinigung der Geschlechtsteile nicht anzunehmen. Das hinderte jedoch nicht die Strafbarkeit wegen versuchter Notzucht"* (27).

Dazu meint Alisa Shapira: *„Selbst nach massiver Gewaltanwendung ist es dem Mann also noch gestattet zu glauben, die Frau gebe freiwillig nach, wenn sie nur ein entsprechendes Wort verlauten läßt. Diese hohe Gültigkeit, die dem Wort der Frau, die sich in einer für sie gefährlichen Situation befindet, zuerkannt wird, ist sehr erstaunlich, wenn man bedenkt, daß ihre verbalen Aussagen nicht ernstge-*
nommen, nicht als ernsthafter Wider-
re verbalen Aussagen nicht ernstgenommen, nicht als ernsthafter Widerstand gewertet werden, wenn sie sich g e g e n den Geschlechtsverkehr mit dem Mann richten. Sagt die Frau nein, braucht der Täter dies noch nicht als Widerstand zu interpretieren. Sagt sie ja, darf er ihr glauben, selbst nach der Bedrohung mit der Lederpeitsche" (28).

Die Gewalt darf auch so lange anhalten, bis ein e r h e b l i c h e r Widerstand geleistet wird. Erst wenn dieser erhebliche Widerstand der Frau gebrochen wird, ist der objektive und subjektive Tatbestand der Vergewaltigung erfüllt. **Dies bedeutet, daß die Frau erhebliche Verletzungsrisiken in Kauf nehmen muß, bevor der Vergewaltiger rechtlich verpflichtet ist, ihr zu glauben, daß sie keinen Geschlechtsverkehr mit ihm haben will!**

„PROVOKATION" der Vergewaltigung

Die „Provokation" einer Vergewaltigung durch die Frau stellt einen – gesetzlich nicht ausdrücklich fixierten – Schuldminderungsgrund dar (29). Wird ihr Verhalten als bewußt tatfördernd angesehen, gilt die Tat nicht mehr als eigentliche Vergewaltigung. Falls es doch zu einer Gerichtsverhandlung kommt, hat der Täter gute Chancen, freigesprochen zu werden (30). Hanack hält den Tatbestand der Provokation als typisch für eine Vergewaltigung. Er schreibt: *„Häufig ist aber die Situation so, daß die Frau den Angriff in erheblicher Weise provoziert hat bzw. dem Täter sogar in ihrem Verhalten sexuell entgegengekommen ist, daß eine Frau gegenüber dem Werben des Mannes mit ihrem Widerstand ‚spielt' kann als eine geradezu typische Gegebenheit angesehen werden"* (31). Der Sexualwissenschaftler Amir versteigt sich sogar zu der Behauptung: **„In gewisser Hinsicht ist das Opfer immer Ursache des Verbrechens"** (32).

Es ist natürlich ein Leichtes, der Frau altbekannte frauenfeindliche Klischees zu unterstellen: Hat sie vielleicht einen zu kurzen Rock angehabt, oder war die Bluse zu eng, trug sie keinen BH ‚oder provozierte sie den Täter durch das enge Sitzen im Auto (33)? Eventuell ging sie sogar soweit, daß sie dem Täter anfangs Hoffnungen gemacht hat, sich aber später aus irgendeinem unverständlichen Grund wieder zurückgezogen hat? Für Männerhirne wird die Vergewaltigung dann noch verständlicher, wenn davon ausgegangen wird, daß Männer ihren Geschlechtstrieb nur schwer unter Kontrolle bringen können. Falls der Geschlechtstrieb erst mal in Gang gekommen ist, ließe *„er sich nicht mehr aufhalten, denn die sexuelle Spannung,"* in der der Mann sich befinde, dränge *„nach Auflösung, die wegen ihrer Ablehnung n u r g e w a l t s a m geschehen"* könne. (34) Mit dieser Ideologie werden nicht nur die peinlichen Fragen an die Frau vor Gericht legitimiert, sondern ihre Aussage erscheint auch dann sehr zweifelhaft, wenn sie dem Mann nicht genau nachweisen kann, daß er einen haarklein ausgetüftelten P l a n für seine Vergewaltigung gehabt hat.

Entsprechend dieser Klischees urteilen natürlich auch die höchsten Richter. In einem Vergewaltigungsfall nach „längerer Freundschaft" wertete der BGH: *„Auf jeden Fall hat das Mädchen trotz seiner ständigen Erklärungen doch, wenn auch unbewußt, mit dem Feuer gespielt.* **Dies alles konnte das letzte brutale Vorgehen des jungen Mannes, so verwerflich es war, doch menschlich** (das muß wohl männlich heißen, Anm. d. Verf.) **irgendwie verständlich erscheinen lassen"** (35).

Bei soviel Anteilnahme muß jedem Chauvi das Herz höher schlagen. Der „Ermessensspielraum" des Richters in Fällen mit „provokantem" Verhalten der Frau wird an folgendem Beispiel deutlich: Das Verfahren einer Frau, die zum Oralverkehr gezwungen worden war, wurde mit dieser Begründung eingestellt: *„Ebenso haben alle anwesenden Zeugen bestätigt, daß sie bereits vorher im Lokal mit offener Bluse herumgelaufen sei und den Beschuldigten zu Intimitäten ermuntert hätte. Unter diesen Umständen sind ihre Angaben zu unzuverlässig, um darauf eine Anklage zu stützen"* (36). Die Zeugenaussagen, die bestätigten, daß die Frau vor der Tat geschlagen wurde, gingen in das Urteil n i c h t ein! (37).

Auch wenn amerikanische Untersuchungen zu dem Schluß kommen, daß von 191 Vergewaltigungen nur 4% der Opfer anfängliches Entgegenkommen gezeigt zu haben scheinen (38), wird der Vorwurf der Provokation durch das Opfer aufrechterhalten. Hierzu A. Shapira: *„Der Begriff der Provokation ist besonders geeignet, den Verhaltensspielraum der Frauen einzuengen: Wann ist ihr Körper ein Reiz für den Mann? Wenn sie einen Minirock anzieht? Wenn sie mit schwingenden Hüften eine dunkle Straße entlanggeht? Oder erst. wenn*
schwingenden Hüften eine dunkle Straße entlanggeht? Oder erst, wenn
sie mit Berührungen einverstanden ist? Man beachte, daß auf den Mann bezogen diese Fragen kaum einen Sinn ergeben: Wann stellt der männliche Körper für die Frau eine sexuelle, einen gewaltsamen Angriff hervorrufende Provokation dar?" (39).

Aufgrund dieser Beispiele ist uns klar geworden, daß wir es hier mit der frauenfeindlichsten und verstaubtesten Ideologie in der Rechtssprechung zu tun haben. Es ist für uns erschreckend, daß dadurch täglich Frauen diskriminiert und für „schuldig" erklärt werden.

Gleichzeitig finden wir es nicht nur beschämend, sondern unverantwortlich für einen „linken" Rechtsanwalt, überhaupt noch eine Verteidigung für einen Vergewaltiger zu erwägen bzw. zu übernehmen. Als Frauen und als Betroffene sollten wir nicht nur die Gerichte für spektakuläre und phantasievolle Aktionen zum Schauplatz öffentlicher Auseinandersetzung machen, sondern verstärkt auch die Zusammenarbeit und Diskussion mit denjenigen Rechtsanwälten suchen, die dazulernen bzw. uns dabei unterstützen wollen.

Außerdem wäre zu überlegen, inwieweit wir eine Kampagne starten, daß Verwaltigung in der Ehe auch strafrechtlich verfolgt wird.

2 Genossinnen des KB Nürnberg

Anmerkungen

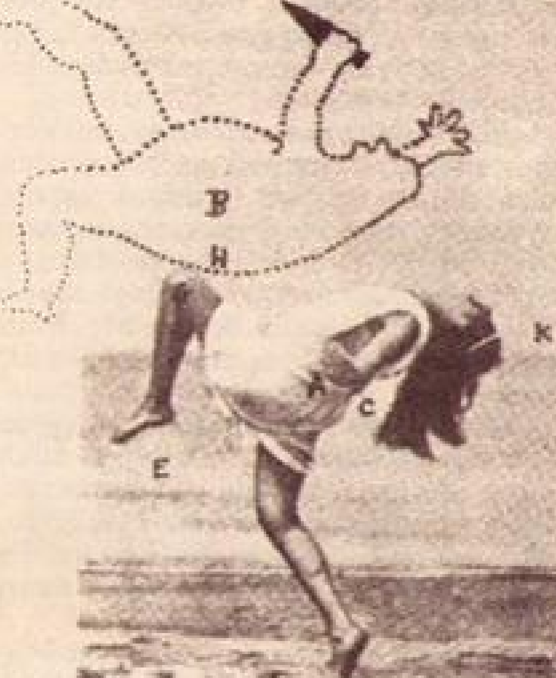
(1) BGHSt 11/26, zit. in: Alisa Shapira, Rechtssprechung zur Vergewaltigung, in: Kritische Justiz, Jahrgang 10, Heft 3, 1977.
(2) Dreher, Die Neuregelung des Sexualstrafrechts, eine geglückte Reform?, in JR 1974, 46, zit. in Shapira, a.a.O., S. 230
(3) Shapira, a.a.O., S. 231
(4) BGH MDR 1973, 555, zit. in: Shapira, S. 323
(5) BGH MDR 1963, 62, zit. in: Shapira, S. 233
(6) Petters-Preisendanz, § 177, zit. in: Shapira, S. 232
(7) Dreher, § 177 4 B b. Zit. in: Shapira, S. 233
(8) Vergl. Brownmiller, Gegen unseren Willen, Ffm 1978, S. 32 ff
(9) Butzmühlen: Vergewaltigung, Lahn-Gießen 1978, S. 96
(9a) Leslie Sebba und Sohel Cahan, Sex Offenses: „The Genuine and the Doubted Victim", in Victimology, Bd. 5, 1975, zit. in: Erica Fischer et al, Gewalt gegen Frauen, Köln 1977, S. 67
(10) Schönke-Schröder, § 177 Rz 1, zit. in: Shapira, S. 233
(11) Shapira, S. 234
(12) BGH NJW 1960 639, zit. in: Shapira, S. 234
(13) BGH, MDR 1975, 22, zit. in: Shapira, S. 234
(14) Ruth Schlötterer; Vergewaltigung, Opfer und Gesellschaft und die allgemeine Betroffenheit der Frau, Vorabdruck, Nbg, S. 77
(15) Schlötterer; S. 77
(16) Vergl. Shapira, S. 236 f.
(17) LK § 177 Rz 3, zit. in: Shapira, S. 237
(18) Vergl. Hanack, Gutachten Rz 54, zit. in: Shapira, S. 235
(19) BGH NJW 1965, 1284, zit. in: Shapira, S. 237
(20) Shapira, S. 237 f
(21) Schlötterer, S. 77
(22) Schlötterer, S. 76
(23) BGH NJW 1960, 639, und im Anschluß daran OLG Celle NJW 1961, 1079, zit. in: Shapira, S. 235
(24) Hanack, Gutachten Rz 48 ff., zit. in: Shapira, S. 236
(25) Hanack, Gutachten Rz 50, zit. in: Shapira, S. 236
(26) Maurach, Zum Deliktcharakter und Auslegung der Notzuchtbestimmung des § 177 StGB in NJW 1961, 1052, zit. in: Shapira, S. 236
(27) BGH MDR 1973, 191, zit. in: Shapira S. 239
(28) Shapira, S. 239
(29) Shapira, S. 239
(30) Butzmühlen, S. 88
(31) Hanack, 1969, S. 51 f., zit. in: Butzmühlen, S. 89
(32) Amir, 1971, S. 259, zit. in: Butzmühlen, S. 89
(33) Schlötterer, S. 70
(34) Butzmühlen, S. 89
(35) BGH MDR 1963, 62, zit. in: Shapira, S. 240
(36) Urteilsbegründung, zit. in: Schlötterer, S. 70
(37) Vergl. Schlötterer, S. 92 f.
(38) Vgl. Butzmühlen, S. 90
(39) Shapira, S. 240



Naht ein Chauvi dir am Strande, halt das Standbein fest im Sande.



Zack – das Spielbein stößt den Schuft mühelos hoch in die Luft.



Gleich das Knie noch hinterher – wenn man's kann, ist's gar nicht schwer.



Stampf zum Schluß den
Schweinehund
bis zum Nabel in den Grund!



Naht er sich auf festem Boden,
gibt es andere Methoden:



Raube ihm mit flinker Hand
erst einmal den sich'ren Stand.



wenn er so den Halt verlor,
schleuderst du ihn hoch empor.

»Ich kann Vergewaltiger verstehen«

Am 22. und 26. September wurde vor der Großen Strafkammer des Kieler Landgerichts der Fall einer äusserst brutalen Vergewaltigung verhandelt. Ein 39-jähriger Mann, der wegen Zuhälterei, Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung vorbestraft und dessen Reststrafe auf Bewährung ausgesetzt war, hatte unter dem Vorwand, sein Schloß würde klemmen, eine junge Frau angesprochen und sie gebeten ihm zu helfen. Als sie mit ihm ging, stürzte er sich auf sie, würgte sie fast bis zur Bewußtlosigkeit und drohte: „Hör auf zu schreien, sonst stech ich Dich ab!" Als sie vor Angst darauf einging, forderte er zunächst ein Bad von ihr, erzwang, daß sie ihn streicheln mußte, und vergewaltigte sie dann. Anschließend forderte er von ihr, daß sie auf den Strich für ihn gehen solle. Zum Schein sagte sie zu. Dann gab sie vor, telefonieren zu müssen. Er bewachte sie bis zur Telefonzelle. Dort konnte sie vor ein Taxi springen, es anhalten und entkommen. Sie hatte blutunterlaufene Würgemale am Hals, ein verletztes Auge und leidet noch unter starken Angstzuständen und Schlafstörungen.

Von dieser brutalen Vergewaltigung erfuhren wir erst nach dem ersten Prozeßtag durch einen Bericht in der Lokalzeitung.

Der Verteidiger des Mannes: ein „LINKER"

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Otten, ist ein bekannter linker Anwalt in Kiel.

Voller Empörung hatten sich ca. 30 Frauen und 10 Männer zur Unterstützung der Frau am 2. Prozeßtag eingefunden. Und was sie dort an Widerlichkeit in der „Argumentation" eines linken Anwalts erleben mußten, ist wohl beinah beispielslos:

Zunächst bestand er auf einem Lokaltermin und darauf, daß sich die vergewaltigte Frau nochmals so hinfallen lassen sollte, wie sie damals gefallen bzw. gestoßen wurde. Schließlich mußte dann eine andere Frau den Aufprall „spielen".

Später verlangte der Anwalt, daß der Fall mit einer Puppe, die genau das Gewicht und die Größe der Frau hat, nachgemacht wird (hat das Gericht abgelehnt).

Dann machte er „Geräuschproben", um zu beweisen, daß der Fall in Nachbarwohnungen hätte gehört werden müssen.

Seine ganze Argumentation und Verteidigung lief darauf hinaus, daß er ständig versuchte, die Frau als Prostituierte hinzustellen. Zu diesem Zwecke hatten die Eltern des Angeklagten eine Detektei eingeschaltet, die – welch Zufall – im Heimatort der vergewaltigten Frau einen Zeugen gefunden hat, dem sie angeblich vom „Anschaffen" erzählt hat. Merkwürdigerweise war der Detektiv für die Verhandlung nicht aufzutreiben. Und die Nachforschungen des Richters im Heimatort ergaben natürlich auch nichts dergleichen. (Eine Sauerei, daß das Gericht solche Anschuldigungen offensichtlich für erheblich hält – warum sonst die Überprüfung?). Im weiteren behauptete er, der Vergewaltiger habe geglaubt, eine Prostituierte vor sich zu haben, und ihr 200 DM gegeben. In seinem Plädoyer meinte er, daß das Geld nicht bei der Polizei oder im Krankenhaus gefunden wurde, beweise gar nichts. Sie hätte es ja gleich verschwinden lassen können. Und natürlich forderte er Freispruch. Das Gericht entschied auf 4 Jahre Freiheitsentzug und drohte im Wiederholungsfall mit Sicherheitsverwahrung.

Von den Zuhörer(inne)n in einer Prozeßpause zur Rede gestellt, begründete Otten seine Verteidigung mit der ganzen Formalkacke („Jeder hat das Recht auf eine Verteidigung") und betonte, daß er die Verteidigung freiwillig übernommen habe. Zu allem Überfluß meinte er dann noch, daß er ja sehr schonend verteidigt habe: „Ich hätte die Frau ja auch zum Weinen bringen können"...

Und gänzlich offen zeigte er seine Frauenverachtung, als er sagte: „Ich kann Vergewaltiger verstehen".

Das muß frau ihm wohl aufs Wort glauben. Folgerichtig hat er auch sein Büro (oder wer sonst???) mit dem Hinweis versehen: „Otten liebt Vergewaltiger" ...

Eine Kieler Genossin

Mach den Rest nur mit den Füßen:
Frau, laß es den Chauvi büßen!

(aus PARDON)

Frankfurt: »Wir sind die Frauen, vor denen die CDU immer warnt ...«

„Wir onanieren, wir treiben ab, wir sind lesbisch" – mit diesen Sprüchen um den Bauch bewaffnet und einigen Stellschildern bauten wir uns mit 10 Frauen vor dem Haus Dornbusch auf. Dort lud Marianne Strauß zu einer Kaffee- und Kuchen-Talk-Show ein unter dem Motto „Wir haben eine Demokratie in Deutschland und auch eine Hausfrau und Mutter darf hier reden." (MS,„FAZ", 18.9.). Wir wollten die 600 überwiegend weiblichen Besucher darauf aufmerksam machen, daß wir mit der Familienidylle a la Strauß und den familienpolitischen Vorstellungen der CDU, von Christa Meves vertreten, nichts am Hut haben.

An der Aktion beteiligt waren autonome Frauen, Frauen von der Initiative „Frauen gegen Strauß", der Volksfront, der Kommunistischen Liga und vom KB.

Wir versuchten zu Beginn der Veranstaltung – immer noch mit den Schildern um den Bauch – in die Veranstaltung hineinzukommen, wobei uns die Ordner zurückzudrängen versuchten. Einer der Ordner schob dabei ständig sein Bein einer Frau zwischen die Oberschenkel. Das ist nur eines der krassesten Beispiele. Nach langen Verhandlungen legten wir die Schilder ab, wobei sogar noch eine jämmerliche Plastiktüte durchsucht werden mußte (die Panzerfäuste, Molotow-Cocktails und die Stinkbomben konnten leider nicht geortet werden ...).

Mittlerweile war es so voll geworden, daß wir vor den offenen Saaltüren standen, eine Störaktion wäre von den Ordnern ohne Aufsehen abgeblockt worden, so daß wir beschlossen, die Aktion zu beenden. In der FAZ wurde das dann so abgefeiert: „Aber da auch in der abschliessenden Diskussion keiner der Verleumder auftritt, hat Marianne Strauß zwei Stunden lang seltsam ins Leere gefochten." Na, hoffentlich ... Auch von der TAZ-Redakteurin wurden wir leider nicht bemerkt!

KB-Frauengruppe, Frankfurt

> **„Der Orgasmus der Frau ist in seiner nackten Form im Grunde eine höchst künstliche Anpassung an das männliche sexuelle Erleben. Er geht von dem anatomischen 'Rest', der Klitoris, aus und ist deswegen eigentlich für die Frau ein Rückschritt in die infantile Sexualität. Die große Liebe der Frau, die keine Onanistin war, geht nicht phallisch als Anstieg und abrupter Abfall der Spannung vor sich, sondern sie schwingt in weichen Rhythmen, und für sie gibt es eigentlich kein Ende; denn für sie ist das Ende der männlichen Erregung im Grunde die Hoffnung auf einen großen, langanhaltenden, erregenden Anfang: nämlich die Hoffnung, ein Kind empfangen zu haben."**
> **('Meves, Christa: Ehealphabet, Freiburg, 1973')**
> **Aus: Kinder, Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert. Zur Familienpolitik der CDU/CSU. Broschüre von KB-Genossinnen.**

»Bullen stehen vor Gericht siehe da, man glaubt es nicht«

Diese Parole, die den Bullen vor dem Hamburger Strafjustizgebäude galt, als der Anachronistische Zug vor- die Straße gekommen und versuchte, mit den Bullen zu reden – ohne Erfolg. schung für die Verteidigung: Er hielt es durchaus für möglich, daß die Prellung vom Zeitpunkt des Bullen-

»Bullen stehen vor Gericht siehe da, man glaubt es nicht«

Diese Parole, die den Bullen vor dem Hamburger Strafjustizgebäude galt, als der Anachronistische Zug vorbeiging, wurde von einigen Frauen besonders begeistert gerufen; wußten sie doch, daß es wirklich mal welche erwischt hatte.

Eine Frau aus Altona hatte den Mut besessen, zwei Bullen, die sie bei ihrer nächtlichen Streife – besser Streifzug – belästigt, geprügelt und in Handschellen zur Wache geschleppt hatten, anzuzeigen.

Am 11.9., 22.9. und 2.10. war der Prozeß: Im November letzten Jahres ging Frau K. – sie ist um die 30 – bepackt mit Koffer und Reisetasche gegen 1/2 5 Uhr morgens durch Ottensen. Nach einem Streit mit ihrem Freund hatte sie ihre Sachen gepackt. Die kaum 20jährigen Polizisten Jürgen Westermann und Uwe Meyer fuhren vorbei und kurbelten die Scheibe runter: „Wohin des Weges, junge Frau?" Frau K. reagierte nicht. Die Bullen fuhren erstmal um den Pudding und kamen dann wieder vorbei. Diesmal stieß der Fahrer ein anmachiges „Juchu" aus. Frau K. gab zurück, sie wolle in Ruhe gelassen werden.

Die Bullen kamen ein drittes Mal vorbei, kurbelten die Scheibe herunter. Frau K. fühlte sich ziemlich bedrängt und belästigt und gab ihnen das auch zu verstehen.

Die „Freunde und Helfer" stiegen aus und verlangten den Ausweis. Sie müßten sich wohl recht stark fühlen in Uniform, meinte Frau K. – „Linke Sau, du bist ja besoffen", bekam sie zu hören. „Nazischweine", war daraufhin ihre Antwort. Daraufhin wurden die beiden noch massiver: Ein Bulle riß an ihrem Arm, ihre Sachen flogen durch die Luft, er schlug sie gegen die Brust. Frau K. wehrte sich. Schließlich wurden ihr die Arme auf den Rücken gedreht, Handschellen angelegt, und sie wurde ins Auto verfrachtet.

Von dem Lärm war eine Frau aufgewacht und rief „Lassen Sie doch die Frau los" aus dem Fenster. Auch Frau K.'s Freund war inzwischen auf die Straße gekommen und versuchte, mit den Bullen zu reden – ohne Erfolg.

Auf der Wache erstatteten die Bullen Anzeige gegen Frau K. wegen Körperverletzung (der eine blutete am kleinen Finger) und Beleidigung („Nazischweine"). Frau K. mußte pusten (sie machte angeblich einen besoffenen Eindruck); Ergebnis: völlig negativ.

Diese Anzeige wurde inzwischen eingestellt. Ihre starken Prellungen ließ sich Frau K. am Morgen im Krankenhaus attestieren.

Anwalt Schüler und Anwältin Mattern ließen ihre Schützlinge im Prozeß folgendes zum besten geben: Sie wollten der armen Frau, die sich so schwer abschleppte, helfen. Aber statt froh zu sein, wurde sie hysterisch, schrie herum, fiel die Bullen an, ihr Freund dann auch noch, und schlug dem einen ins Gesicht. Deshalb mußten die Handschellen auch her. Sie hätte den Krach mit ihrem Freund wohl an den Bullen abreagiert.

Danach ging es hauptsächlich um die Frage, ob die unbestreitbaren Prellungen nicht von dem Freund stammen müßten, denn in der kurzen Zeit – der Arm war auf der Wache schon blau – würde man keinen blauen Fleck sehen können.

Weiterhin interessierte die Verteidigung, ob Frau K. sich denn nun unter Kontrolle gehabt habe oder nicht doch etwas hysterisch gewesen sei.

Anwalt Schüler schlug vor, den Revierführer – er saß mit einer ganzen Reihe seiner Untergebenen aus der Wache Mörkenstraße im Zuschauerraum – dazu befragen, daß die Bullen doch ständig angewiesen würden, hilfsbereit zu sein.

Für den dritten Prozeßtag beantragte die Verteidigung, einen Sachverständigen zu hören, der erklärt, daß die Prellung am Arm nicht von den Bullen stammen könne.

Staatsanwalt Gräve griff nicht in den Prozeß ein.

Der Sachverständige Dr. Hildebrandt hingegen war eine Enttäuschung für die Verteidigung: Er hielt es durchaus für möglich, daß die Prellung vom Zeitpunkt des Bullenangriffs stammte. Eine andere Frage beschäftigte ihn in diesem Prozeß aber immer wieder: „Wie kam denn die Frau in die Handschellen?"

Die Antwort, die ihm der Staatsanwalt in seinem Plädoyer gab, wird ihn wohl nicht befriedigt haben, warf sich Herr Gräve doch für die brutalen Frauenfeinde in Uniform mächtig ins Zeug. Das Verhalten von Frau K., „dieser angeblich hilflosen Person", sei so „unverschämt", „rüpelhaft", ihr Schimpfen so „unflätig" gewesen, daß sie sich nicht über ihre Behandlung zu wundern brauche. Wörtlich: „Sie hat Glück gehabt, nur mit blauen Flecken davongekommen zu sein". Sein Fazit: „Die Beamten haben in legerer Form ihre Pflicht getan".

Er forderte natürlich Freispruch.

Die Anwälte bedankten sich in ihren Plädoyers dafür, daß der Staat die Beamten nicht im Regen stehen läßt und begründeten ansonsten ihre Freispruchforderungen vor allem mit der politischen Gesinnung von Frau K. und ihrem Freund. Besonders letzterer hatte sich erdreistet, ausgerechnet als Jurastudent vor Gericht auszusagen, er habe Polizisten öfter als Schläger in Uniform erlebt. Sowas ist natürlich unglaubwürdig.

Angesichts dieser Einstimmung bereitete der Urteilsspruch noch eine kleine Überraschung: zwar Freispruch bezüglich der Freiheitsberaubung, aber Verurteilung wegen „Körperverletzung im Amt in einem minder schweren Fall". Die Bullen müssen jeder 1.800 DM Geldstrafe zahlen. Eine läppische Strafe, aber doch ein Erfolg, der auch andere Frauen ermutigen sollte, Bullenterror nicht widerstandslos hinzunehmen.

Die Anwesenden der Revierwache Mörkenstraße diskutierten das Urteil allerdings mit heftiger Empörung. Ob sie dagegen Einspruch erheben?

Nach Berichten einer Frau aus Altona und einer Göttinger Genossin

Frauen im Faschismus: Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien

Während Pinochet die Wiederkehr des Jahrestages seines faschistischen Putsches benutzte, um sich seine „Verfassungsmäßigkeit" bestätigen zu lassen, ist doch heute vielfältiger Widerstand gegen das Regime aktiv. Die folgenden Auszüge aus einem in der britischen, antifaschistischen Zeitschrift „searchlight", August 80, veröffentlichten Artikel zeigen in aller Deutlichkeit, die in nichts milder gewordenen Grauen des Faschistenregimes in Chile (und der anderen lateinamerikanischen Diktaturen) – und die dagegen entwickelten Formen des Widerstandes: des Widerstands von Frauen. Über die konkrete Information hinaus ist der Artikel (von T. A. Salazar) deshalb auch ein Anstoß, die grundsätzliche – und sträflich vernachlässigte – Rolle der Frau sowohl für als auch gegen den Faschismus als überhaupt nicht theoretisch-allgemeines, sondern ganz konkretes und aktuelles Problem aufzugreifen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Leben im Gefängnis (Aus Gesprächen mit ehemaligen politischen Gefangenen)

„Wenn eine Frau verhaftet wird, wird sie nicht nur so wie Männer behandelt, d. h. mit der üblichen Folter, mit der die psychische Kraft eines Menschen gebrochen werden soll, beispielsweise durch Anwendung hochentwickelter Techniken, die empfindlichsten Körperteile mit Elektroschocks zu foltern. Die USA haben 2 Milliarden Dollar für die Ausbildung und Ausrüstung der brasilianischen Polizei seit 1964 ausgegeben, im Rahmen eines internationalen Entwicklungsprogramms, und Panama ist die Zentrale für lateinamerikanische Streitkräfte. Nach einem Programm, das von dem brasilianischen Minister für Öffentliche Sicherheit koordiniert wird, sind bisher 100.000 Polizisten ausgebildet worden („Hidden Terrors", Lanutth 1978).

Man hat verfeinerte Techniken der sexuellen und psychologischen Mißhandlung von Frauen entwickelt; es gibt zum Beispiel Soldaten, die darauf trainiert sind, mit den Händen innere Sexualorgane der Frauen auseinanderzureißen; Hunde werden eingesetzt, die darauf dressiert sind, Frauen zu vergewaltigen; Frauen werden gleichzeitig sexuell erregt und geprügelt ... Im Konzentrationslager angekommen, hörte die sexuelle Belästigung nicht auf. Eine Frau kann dort jederzeit vergewaltigt werden, sei es von hohen Offizieren oder sei dort jederzeit vergewaltigt werden, sei es von hohen Offizieren oder sei es, weil ein einfacher Soldat zufällig ein Auge auf sie geworfen hat. Diese Situation ist schon für sich genommen eine systematische alltägliche Folter.

Auf der anderen Seite gibt es die ständige mündliche Belästigung; Gefängniswächter schreien Frauen an: ‚Ihr blöden Kühe seid hier, weil ihr jemanden liebt, aber ihr seid verrückt, eure Freunde und Männer sind längst in Europa und haben die Parteikasse mitgehen lassen, und eure Führer haben euch hier zurückgelassen, damit ihr für etwas bezahlt, was ihr gar nicht gemacht habt.'

In den Augen eines einfachen Soldaten haben die Frauen zweifach gesündigt: Sie haben ihre Familien im Stich gelassen, und sie mischen sich in die Politik ein, was Männersache ist. Also sind sie keine Frauen mehr, sie sind ‚putas'.

Frauen dürfen von draußen keine Bücher empfangen – obwohl es Männern in manchen Gefängnissen erlaubt ist –, weil sie angeblich dumm und am Lesen uninteressiert sind. Wenn das aber so ist, warum ist dann Bücherentzug eine Repressionsmaßnahme?

Viele Kinder sind im Gefängnis geboren worden und gestorben. Auch hierbei ‚vergißt' man die Rolle der Frau als Mutter und daß es doch hauptsächlich auf die Erhaltung der Familie ankommt. Umgekehrt jedoch, wenn eine Frau nach einer Vergewaltigung schwanger ist und eine Abtreibung verlangt, fällt ihnen ein, daß das gegen Gottes Willen sei und daß sie überhaupt stolz sein sollte, ein Kind von einem Soldaten – einem wahren Sohn des Vaterlands – zu bekommen."(...)

Leben in „Freiheit"

Frauen sind als erste betroffen, wenn die Arbeitslosigkeit steigt und der Mann arbeitslos oder eingesperrt ist. Aufgrund der massiven staatlichen Sparmaßnahmen (in Chile) sind Schulen und Kindergärten geschlossen worden und viele Frauen wurden in die Prostitution gezwungen, um Geld verdienen und für ihre Familien sorgen zu können.

Das Problem Chiles, sagt Pinochet, ist, daß viel zu wenig Leute vorhanden sind. (Ungefähr eine Million Menschen sind ins Exil getrieben worden und können nicht zurückkehren). Also ruft er die Frauen auf, ihre „historische Rolle" zu übernehmen, nämlich noch billigere Arbeitskräfte zu produzieren. Er hat alle Arten der Empfängnisverhütung verbieten lassen. Die Frauen sind dadurch in eine um so verzweifeltere Lage gebracht worden, als alle Sozialleistungen für Mütter, einschließlich Mutterschaftsurlaub für berufstätige Frauen, abgeschafft worden sind.



Widerstand der Frauen

Trotz des Verbots politische Betätigung und trotz brutaler Repression ist es Frauen gelungen, sich zu organisieren. Zunächst waren die Gruppen sehr klein und arbeiteten eng mit kirchlichen Organisationen zusammen, um die Freilassung ihrer Verwandten zu erwirken. Inzwischen sammen, um die Freilassung ihrer Verwandten zu erwirken. Inzwischen sind aus vielen dieser Gruppen aktive Widerstandsorganisationen geworden, die für den Wiederaufbau echter Gewerkschaften, für politische Freiheit und für konkrete Einzelforderungen kämpfen. Ein Beispiel ist der Kampf der Mapuche-Frauen, die sich gegen das rassistische Programm der chilenischen Junta stellen, die Indianer zu chilenisieren. (...)

Ein andres entscheidendes Problem, dem sich die Frauen gegenübersahen, seit das gegenwärtige Regime in Chile die Macht übernahm, ist die medizinische Versorgung. Das staatliche Gesundheitswesen, das unter Allende jeder Familie das Grundrecht auf Gesundheit garantierte, ist durch ‚private Medizin' ersetzt worden. Vorher gab es in jedem Slum-Viertel ein gewisses Maß an ärztlicher Versorgung, das in Anspruch genommen werden konnte. Heute kann sich medizinische Betreuung nur beschaffen, wer sich den Luxus eines Arztbesuchs leisten kann.

In ganz Lateinamerika haben Frauen sich gegen die Benutzung ihrer Körper für die Experimente europäischer und amerikanischer Arzneimittelhersteller aufgelehnt. Vielen Frauen ist Depo Provera injiziert worden, ein in der USA verbotenes Mittel, das aber in Panama, Bolivien, Ecuador und Columbien, um nur ein paar Länder zu nennen, nach wie vor angewendet wird.

Frauen haben mehrere Initiativen und Projekte aufgebaut, die von internationalen Organisationen unterstützt werden; so arbeitet in Großbritannien die Latin American Women's Group speziell daran, Polikliniken, d.h. kleine Krankenhäuser aufzubauen, die in die Gegenden Chiles gebracht werden können, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Gruppe unterstützt auch die Nicaraguanische Frauen-Initiative, die Milch für Kinder fordert.

Auch auf dem Bildungssektor sind die Frauen zu Verteidigungskämpfen gezwungen. Freilich hatten hier Frauen nie die gleichen Chancen wie Männer; das jetzige Regime in Chile macht es Frauen jedoch fast unmöglich, eine weiterführende Ausbildung zu erhalten. Studienfächer, die früher Frauen offenstanden, sind jetzt für sie gesperrt, besonders solche, die zu traditionell männlichen Berufen führen wie Bergbau und Ingenieurwesen. Die Begründung lautet, Ausbildung für Frauen sei Verschwendung von Zeit, Geld und Energie, weil Frauen ja schließlich ins Haus gehörten.

Inzwischen gibt es eine nationale Frauenorganisation in Chile, die die Unterdrückung von Frauen an die Öffentlichkeit bringt. Sie sieht sich der reaktionären Frauengruppe gegenüber, die von der „First Lady der Nation", der Frau Pinochets, geführt wird. Diese Gruppe ist gegen die ständig wachsenden feministischen Organisationen zu Felde gezogen und hat sie „trojanisches Pferd des internationalen Kommunismus" genannt. Carter wird von ihnen deshalb kritisiert, weil er diese Entwicklung nicht stoppen kann („La Segunda", Dez. 79).

Die reaktionäre Presse hat während der vergangenen zwei Jahre ein unglaubliches Interesse an „Frauenrend der vergangenen zwei Jahre ein unglaubliches Interesse an „Frauenfragen" an den Tag gelegt. Neuere Artikel beschreiben die internationale Frauenbewegung nicht ausschließlich als eine Art kommunistischer Verschwörung, sondern auch so, daß die Männer schuld an ihrer Existenz sind. Seitenweise wird berichtet, wie schlecht die chilenischen Männer Frauen behandeln, wie ungerecht die Gesellschaft gegenüber Frauen ist – auf dem Arbeitsmarkt, in der Erziehung und Politik.

So wird einer Art Bewegung der Zugeständnisse das Wort geredet, *„andernfalls wir unsere Frauen an die Touristen verlieren könnten, weil diese es verstehen werden, sie richtig zu behandeln"* („El Mercurio", März 80).

Trotz aller dieser Schwierigkeiten arbeitet die chilenische Frauenbewegung, langsam aber erfolgreich; sie stellt Untersuchungen an und kritisiert öffentlich die Angriffe der Junta auf die Frauen, und sie steht mit der Frauenbewegung in Europa, Südafrika und in anderen Teilen Südamerikas in Verbindung. (...)

Eine Sommerschulung — einmal anders

Verschiedene westeuropäische revolutionäre Organisationen, mit denen der KB im Rahmen der „Europäischen Koordination" zusammenarbeitet – einer „Koordination", die sich erstmalig anläßlich der Wahlen zum Europäischen Parlament zusammengesetzt hat, und die ca. 15 revolutionäre Organisationen Westeuropas umfaßt-, haben die Tradition, allsommerlich eine Schulungswoche zu veranstalten. Ich selbst, eine ehemalige KB-Mitgliederin und noch immer KB-Sympathisantin, die ich vor fast drei Jahren nach Frankreich übergesiedelt bin, habe zweimal an einer derartigen „Sommerschulung" der französischen Organisation OCT teilgenommen. Dieses Jahr bin ich zur Sommerschulung unserer englischen „Schwesterorganisation" BIG FLAME gegangen – und ich war und bin begeistert!

Women's Power

Wir waren ungefähr 70 Erwachsene und 25 Kinder in diesem schönen Landhaus in der Nähe von Leeds. Gleich zu Anfang war ich überrascht über die große Anzahl von Frauen. Frauen, zu einem großen Teil aus der Arbeiterklasse, geschieden, mit Kindern. Und dann die große Anzahl von Sympathisantinnen, die ihre Kinder genommen hatten und gekommen waren, um mehr über BIG FLAME kennenzulernen.

Aber in Wirklichkeit war es nicht so sehr die ANZAHL der Frauen, die mich beeindruckt hat, sondern ihre SELBSTSICHERHEIT, die SOLIDARITÄT zwischen ihnen, ihre FEMINISTISCHE(1) KLARHEIT und WACHSAMKEIT, kurz die reale Kraft der Frauen, das reale Gewicht des Feminismus(1) im Leben der Organisation. Und es ist klar, daß diese „women's power" in sehr vieler Hinsicht ihre Konsequenzen gehabt hat: in der Art, wie die ganze Schulung organisiert war; in der Art, wie die Diskussionen geführt wurden; in einem sehr viel weniger frauenfeindlichen und menschlicheren Verhalten der männlichen Genossen; im Umgang mit den Kindern usw.

(1)Wenn ich im Laufe dieses Artikels von „Feminismus" spreche, so verwende ich diesen Begriff in dem Sinne, wie er allgemein – mit der BRD als einziger Ausnahme – in den Organisationen der revolutionären Linken Westeuropas gebraucht wird, die allesamt den Feminismus für sich in Anspruch nehmen: Feminismus als Anerkennung der Notwendigkeit eines BESONDEREN Kampfes gegen die besondere Unterdrückung der Frau (wobei dann innerhalb des Feminismus zwischen bürgerlicher und sozialistischer Strömung oder zwischen Klassenkampf- und Geschlechterkampf-Strömung unterschieden wird).

Anders politisch arbeiten

Anders politisch arbeiten

Im Gegensatz zu anderen Schulungen war das Ziel bei BIG FLAME absolut nicht, maximal viele Themen in minimal kurzer Zeit durchzuhecheln und sich womöglich noch im Zeitraffer auf eine „globale politische Linie" zu „vereinheitlichen", sondern es ging darum sicherzustellen, daß jeder und jede in die Diskussion einbezogen war.

So waren es nicht die „großen Führer", die „in die Geschichte eingehende Beiträge" hielten, sondern die Referate wurden von der- oder demjenigen gehalten, die oder der sich dafür interessierte, und an den Diskussionen nahmen ALLE teil. Die Beteiligung der Frauen war sichergestellt durch ihre eigene Kraft, aber zusätzlich dadurch unterstützt, daß die Diskussionsleitung immer in Händen von Frauen war. Außerdem wurde eine Regelung „positiver Diskriminierung" angewandt, die die Frauen zu Lasten der Männer begünstigte.

Vollversammlungen gab es sowieso nur selten und immer zeitlich begrenzt, um zu verhindern, daß Genossen und Genossinnen faktisch von der Diskussion ausgeschlossen werden aufgrund von Konzentrationsschwierigkeiten.

So fanden die Diskussionen hauptsächlich in kleineren Gruppen statt; und wenn es normal war, jedes Mal, vor Diskussionsende eine Auswertung des Diskussionsverlaufs vorzunehmen, so war es ebenso normal, daß sich die Frauen der verschiedenen Gruppen nochmal unter sich trafen, um für sich die Bilanz zu ziehen.

Keine Trennung zwischen der „großen Politik" und der „technischen Organisierung"

Die diversen Aufgaben, die sich aus der Organisierung einer solchen Schulung ergeben, sind von ALLEN IN GLEICHER WEISE, kollektiv und ohne Geringschätzung gegenüber dem, was als „politischer" erscheinen könnte, erfüllt worden. Wir waren in Gruppen aufgeteilt, die täglich eine andere Verantwortlichkeit zu übernehmen hatten. Und wenn eine Diskussion auch noch so wichtig und interessant war; wenn mensch zu der Gruppe gehörte, die an diesem Tag für die Reinigung des Hauses zuständig war, mußten halt erst die Klos saubergemacht werden, bevor mensch zur Diskussion gehen konnte, und dies schloß die Leitungsgenossen ebenso ein wie alle anderen. Ich finde, diese kollektiven Arbeiten waren ausgesprochen positiv: positiv in Hinblick auf das Wohlergehen der Gesamtheit und positiv, weil diese die sozialen und politischen Beziehungen zwischen den Genossen und Genossinnen innerhalb der Gruppe unheimlich begünstigt haben.

Es gibt noch einen weiteren Punkt in diesem Zusammenhang zu erwähnen: Zu Beginn der Vollversammlungen gab es fast immer Gelegenheit, Probleme der allgemeinen Funktionsweise auf den Tisch zu bringen; diese Probleme wurden als genauso wichtig wie irgendein Thema der „großen Politik" anerkannt. Übrigens haben auch die Kinder davon profitiert: Eines Tages sind sie in die Vollversammlung gekommen, um eine Erhöhung ihres Taschengeldes zu reklamieren und um die Schlafenszeit hinauszuschieben.

Die Interessen der Kinder und auch der Eltern respektieren

An die „Kinderfrage" ist nicht so herangegangen worden, daß, „da sie nun mal da waren", ‚man' sich nun ‚leider Gottes' auch um sie kümmern mußte", sondern es ist versucht worden, das Ganze so zu gestalten, daß es ihnen wirklich gefällt, daß diese Schulungswoche für sie eine richtige Ferienwoche würde.

Einen ganzen Tag lang und, zu einem anderen Zeitpunkt, während einer ganzen Nacht war jede „Arbeitsgruppe" (siehe oben) einmal für die Kinder verantwortlich. Dieser „Kinderdienst" (scheußliches Wort) wurde jeweils mit dem Kinderverantwortlichen (übrigens ein Mann) vorbereitet, damit mensch im voraus wußte, mit wem er oder sie es am nächsten Tag „zu tun bekommen" würde und welches die Interessen, welches die Probleme der betreffenden Kinder sind. Gemäß dem Alter und den Wünschen der Kinder haben wir dann eine Menge netter Sachen zusammen gemacht: Baden, Angeln, Kuchenbacken, Einüben und Vorspielen eines Theaterstücks, Kinderfilme, „children's party", Ausflüge, Spiele, Tanzen, Turnen ...

Da Erwachsene und Kinder jeweils einen ganzen Tag lang zusamweils einen ganzen Tag lang zusammen waren, hatten die Kinder schon Gelegenheit, ein Minimum an Beziehung zu den betreffenden Erwachsenen aufzubauen – und umgekehrt. Und da die „Kinderbetreuung" (furchtbarer Ausdruck) tags und nachts gewährleistet war, konnten die Eltern an der gesamten Schulung in der gleichen Weise teilnehmen wie jeder andere Genosse oder jede andere Genossin ohne Kind(er).

Freizeit

Es gefällt mir nicht besonders, von „Freizeit" zu sprechen, weil dieser Begriff nicht so richtig dem entspricht, was in Leeds tatsächlich abgelaufen ist. Wenn ich von „Freizeit" spreche, beinhaltet das, daß es etwas anderes gab, ein Gegenteil, obwohl es gerade bezeichnend für diese Schulung war, daß es keine Trennung zwischen „Politik" und „Freizeit" gab, daß die politische Arbeit genauso „erholsam" war wie die Freizeit politisch.

Oder ist es „unpolitisch", daß jederzeit kollektive Aktivitäten angeboten wurden? Ist es „unpolitisch", daß der erste Abend einer Frauenfete gewidmet war, mit Spielen, Tanz, Liedersingen, wo wir Gelegenheit hatten, uns schon mal ein bißchen kennenzulernen, um hinterher in einer besseren Position zu sein, um uns zusammen für unsere Interessen einzusetzen? Ist es „unpolitisch", abends gemeinsam Filme, Videobänder, Dias anzusehen und hinterher darüber zu diskutieren, wenn wir Lust hatten? Oder eine Theatergruppe aus Leeds einzuladen, die uns ein Stück über die schlechten Wohnbedingungen vorspielte? Oder eine „Alternative Olympiade" mit konkurrenzfreien Spielen zu organisieren?

Hat es wirklich nichts mit einer bestimmten politischen Konzeption zu tun, wenn sich abends alle zusammen in der Bar des Hauses einfinden, um jede(r) mit jeder/m zu diskutie-

Fortsetzung nächste Seite

Frauen Sommer-Uni in Westberlin

Wie jedes Jahr hat vom 29.9. – 4.10. die Frauen-Sommer-Universität in Westberlin stattgefunden.

4000 – 5000 Frauen sind gekommen, die verschiedensten Themen standen zur Debatte:

- Frauen und Gesundheit
- Frauen in sozialen Berufen
- Feministischer Widerstand
- Frauen international
- Lesben
- Frauen in Betrieben
- Frauen in der Geschichte
- Gewalt gegen Frauen (Notrufgruppe)
- Frauen und Kultur
- Frauen und Wahlen (hierzu gab es leider nur eine große Veranstaltung).

Dieses Jahr haben wir KB-Frauen erstmals eine eigene Veranstaltung mit dem Thema „Autonomie und Fraunestatut im KB; Frauen in linken Organisationen" gemacht.

Mehr als 100 Frauen diskutierten sehr solidarisch mit uns über unsere Situation als Frauen im KB und über ihre eigenen Erfahrungen in Basisbewegungen und gemischten Organisationen.

Egal, in welchen Zusammenhängen die Einzelnen stecken, a l l e haben mit Chauvinismus und den patriarchalischen Strukturen zu kämpfen, und die Frauen waren sehr interessiert daran, wie wir den Frauenkampf innerhalb des KB führen. Wir haben uns sehr gefreut, daß es möglich war, daß Unorganisierte, KB-Frauen und Frauen aus anderen Organisationen diskutierten, welche Möglichkeiten wir haben, Strukturen zu schaffen, in denen wir nicht vor patriarchalischem Terror kapitulieren müssen, sondern jegliche chauvinistische Tendenz bei Männern wirksam bekämpfen können.

In der nächsten Nummer des Arbeiterkampf werden wir ausführlich über die Diskussion berichten.

2 Sympathisantinnen des KB

ren, anstatt gezwungen zu sein, sich außerhalb der Termine allein „durchzuschlagen" oder sich einer Clique anzuschließen?

Ja, vielleicht ist es „unpolitisch", daß wir nach der Hälfte der Schulung einen ganzen Tag lang alle zusammen einen Ausflug in die schöne Umgebung von Leeds gemacht haben, aber selbst da bin ich mir nicht so ganz sicher ...

Und wo bleibt nun die Politik, die „richtige"?

Da muß ich nun alle Z-Fans enttäuschen: Denn als ich mich an diesen Artikel gesetzt habe, habe ich mich ganz bewußt entschlossen, kein „präzises Protokoll der politischen Diskussionen" anzufertigen. Das soll nicht heißen, daß die Termine nicht interessant gewesen wären, sogar sehr: kollektives Lesen eines Stücks aus „Lohn, Preis und Profit" von Marx; eine Diskussion über Gramsci; die Entwicklungsgeschichte des Marxismus von Marx bis heute; Marxismus und Feminusmus; Marxismus und Antirassismus; Zimbabwe etc. Es war ermutigend zu sehen, wie diese Organisation bei jeder Frage nicht bei den Klassikertexten stehenblieb, sondern sich bemühte, auch die Fortentwicklung einzubeziehen, sowohl auf der theoretischen Ebene, als auch auf der Ebene der Erfahrungen ihrer eigenen Praxis. Für BIG FLAME ist der Marxismus nicht ein „fertiges Gebäude", sondern eine „aufzubauende, wiederaufzubauende und ständig zu renovierende Siedlung" ...

Halt! Ich will hier, an dieser Stelle, nicht über das sprechen, was auch in ihren Texten, in ihren Zeitungen zu finden ist — ich wollte mich auf das beschränken, was nicht in schriftlicher Form existiert, was ich erfahren habe, indem ich eine gute Woche zusammen mit ihnen verbracht habe.

BIG FLAME — sozialistische Insel in einer kapitalistischen Welt?

BIG FLAME — sozialistische Insel in einer kapitalistischen Welt?

Ich habe mich in diesem Artikel bemüht, das herauszustellen, was ich als positive Ansätze erlebt habe; mir ist klar, daß ich dabei Gefahr gelaufen bin, diese zu verabsolutieren, andere Aspekte zu vernachlässigen, Probleme zu unterschlagen. Sicherlich würde auch ein Bericht eines Mitglieds oder einer Mitgliederin von BIG FLAME über die Schulung ganz anders ausfallen als der meine; denn er oder sie würde nicht das betonen, was ich herausgestellt habe (weil dies für ihn oder sie eher eine Selbstverständlichkeit (2) wäre, während es für mich eine ganz neue Erfahrung war), sondern würde die Probleme und Widersprüche herausarbeiten, um weiter vorwärtsschreiten zu können. Die Frauen von BIG FLAME z. B. betrachten sich nicht unbedingt als „sehr stark" in der Organisation, sondern finden wohl eher, daß der Feminismus dort noch viel weiter fortgeschritten sein könnte ...

(2) Ich weiß, daß ein Teil der hier geschilderten Praktiken von BIG FLAME auch im KB durchaus üblich und „selbstverständlich" geworden ist.

Ich meine aber dennoch, daß das Beispiel von BIG FLAME zeigt, daß auch schon heute gewisse Veränderungen möglich sind, Veränderungen in der Art, wie wir politisch arbeiten, Veränderungen unserer Beziehungen zueinander — unter der Bedingung, daß wir es w o l l e n ; daß wir uns a u c h d a f ü r e i n s e t z e n ; daß wir es nicht, wie die Gruppe Z z. B., die meint, kommunistische Organisationen wären ein reines „Zweckbündnis", auf den St. Nimmerleinstag verschieben; und daß wir uns nicht von der Krise auffressen lassen ...

Wie BIG FLAME es in einer Einführungsbroschüre in seine Politik ausgedrückt hat: *„Keine strikte Trennung zwischen dem, was wir vor und nach der Revolution machen! Wir haben keinerlei utopistische Illusion, daß Inseln sozialistischer Humanität und persönlicher Freiheit innerhalb des Kapitalismus erbaut werden können, aber wir sehen die Notwendigkeit, die Probleme der Veränderung aller sozialer Beziehungen aufzugreifen und eine Verbindung herzustellen zwischen einer sozialistischen Politik und den Problemen des Privatlebens, der Sexualität und der Kultur. Die Revolution, die wir ohne diese Dinge vorbereiten, wird immer die Saat autoritärer Degeneration in sich tragen".*

Eine westdeutsche Genossin in Frankreich auf Besuch in England

P.S. Auf der phantastischen Frauenfete am ersten Abend der Schulung von BIG FLAME haben wir uns erlaubt, nach dem wundervollen Lied von Patti Smith zu singen und zu tanzen, indem wir es veränderten: „Because the night belongs to WOMEN, because the night belongs to US ...". AND NOT ONLY THE NIGHT!

Bericht vom nationalen Mütter-Treffen des KB am 7.9. in Hannover

Wir waren ca. 20, vorwiegend aus Hamburg, einige aus Hannover, Braunschweig und Lüneburg.
Folgende Papiere lagen vor:
— Ein Diskussions-Papier von Sa. zur Diskussion um Mütter auf der nationalen Frauen-VV in Göttingen am 10.2.80, das vielen Müttern noch nicht bekannt war.
— Ein Zitatenpapier aus dem Buch von A. Mc. Bride, „Das normalverrückte Dasein als Hausfrau und Mutter", aus dem Kapitel „Mutterschaftsmystik".
— Diskussionspunkte zur Änderung des Mütter-Passus im Frauen-Statut.

Wir einigten uns, anhand der Zitatensammlung mit der Diskussion zu beginnen.

1. *„Und wohlgemerkt: die Mutter ist nicht nur für das Glück ihrer Kinder verantwortlich, sondern man erwartet von ihr auch, daß sie ihren Mann glücklich macht (offenbar wuchs der ohne die Fähigkeit auf, selbst dafür zu sorgen). (. . . .). Die Last der Verantwortung für jedermanns Glück ist erdrückend und produziert ein Heer von frustrierten und unglücklichen Müttern".* Mütter bestätigten dieses Zitat mit eigenen Erfahrungen, daß z.B. der Partner eifersüchtig auf die enge Beziehung zwischen Mutter und Kind wird und von der Frau mehr Zuwendung fordert. Sie fühle sich dann verantwortlich, beiden gerecht zu werden. Auch fühle sie sich schnell dafür verantwortlich, wenn das Kind stärkere Ansprüche an sie stelle, anstatt den Vater an seiner eigenen Verantwortung für seine Beziehung zum Kind zu packen, an der er arbeiten muß.

ziehung zum Kind zu packen, an der er arbeiten muß.



— Eine Genossin brachte den Einwand, daß dies wohl auch ein Zeitproblem sei, wenn z.B. der Mann ganztägig arbeitet und sie durch Teilzeitarbeit mehr mit dem Kind zusammen sei.
Dies wurde durch gegenteilige Beispiele widerlegt, wo Ersatzeltern, die z.B. nur einmal wöchentlich mit den Kindern zusammen sind, sehr gute Beziehungen zum Kind haben können. Andererseits sei es nicht automatisch so, daß in „normalen Familien", wo die Mütter mit ihren Kindern zu Hause sind, sie die beste Beziehung zum Kind haben, weil die Kinder oft neben der Hausarbeit „herlaufen". Auch in anderen Beziehungen erfahren wir, daß die Intensität in erster Linie eine Frage der Qualität und nicht der Quantität ist.
— Es wurde weiter eingewandt, daß oft gar nicht das Vertrauen zu den Männern da ist, daß sie zu langfristigen Beziehungen zu Kindern in der Lage sind, und daß wir uns somit automatisch als Hauptverantwortliche fühlen.
— Einige Mütter fühlten sich nach der Geburt ihres Kindes als asexuell. Einerseits interpretierten wir dies als eine Art Mutterschaftsmystik, die noch bei uns selber vorhanden ist, andererseits wurde dies auch an uns herangetragen. Z.B. zieht frau plötzlich ein Nachthemd an, weil sie sich nicht mehr dem „Schönheitsideal" entsprechend findet. In einem anderen Fall wurde eine Beziehung abgeblockt, weil frau ja nur einen neuen Vater für ihr Kind suche. Kolleginnen, die Mütter sind, gehen auch nicht mehr aus.

Mütter haben eben mit i h r e m Leben abgeschlossen, sie leben jetzt für ihre Kinder, sie haben keinen Anspruch mehr auf Spaß und Vergnügen etc.

2. *„Aber die Mutterschaft ist immer noch ein Thema, das von der Emanzipationsbewegung meistens gemieden wird. Dafür gibt es viele Gründe. Zunächst einmal sind viele Frauenrechtlerinnen, die über ihre Probleme schreiben, keine Mütter, und so können sie über die Rolle auch nichts aus eigener Erfahrung sagen. Mutter-sein ist eine zeitraubende Angelegenheit, und deshalb haben jene, die am besten in der Lage wären, diese Rolle richtig einzuschätzen, keine Gelegenheit nachzudenken, um darüber schreiben zu können".*
— Z.B. ist es vielen Mütter-Genossinnen bisher nicht gelungen, ihre geplanten Artikel zu schreiben — einerseits weil der eigene Anspruch sehr hoch ist, andererseits weil keine Unterstützung da ist, um dies zeitlich zu ermöglichen und weil die unterstützende Diskussion fehlt.
— In den bisherigen Mütterartikeln fehlten konkrete Hinweise, wie eine Mutter zu den angestrebten Zielen kommen kann.
— Es wurde von der Erfahrung berichtet, daß Mütter von anderen Genoss(inn)en gar nicht mehr einbezogen werden — auch in Freizeitaktivitäten— zu denen vorher sehr intensive Beziehungen bestanden.

Einige Genossinnen fühlten sich abgeschoben, nicht als Frau mit Kind ak-

Einige Genossinnen fühlten sich abgeschoben, nicht als Frau mit Kind ak-

zeptiert.
— Dagegen wurde eingewandt, daß Genossinn/en ohne Kinder auch andere Interessen haben und wahrnehmen. Oft wird jedoch auch am „Feierabend" der Mütter nicht auf die Aufrechterhaltung der Beziehung zur Mutter „geachtet". In diesem Zusammenhang stellten wir fest, daß die Mütterinteressen objektiv nicht gegen die Kinderinteressen stehen müssen, es aber in dieser Gesellschaft tun, da Kinder als Privatangelegenheit der Eltern, insbesondere der Mütter, betrachtet werden.
— Daß in einer Organisation, die den Anspruch hat, für den Sozialismus zu kämpfen, eben auch andere Verhaltensweisen gegenüber Kindern und Müttern zu fordern sind, als in der Restgesellschaft an der Tagesordnung sind.
— Es wurde infrage gestellt, ob nicht eine zu große Trennung zwischen den Kindern und den Erwachsenen vorgenommen wird. Welche Bemühungen werden unternommen, Kinder bzw. Erwachsene miteinzubeziehen, d.h. die Interessen von Kindern und Erwachsenen zu vereinbaren?
— Von einigen wurde dagegengehalten, daß dies nicht im Interesse der Kinder sei, daß die Interessen eben doch ziemlich auseinandergingen.
— Einig waren wir uns darin, daß solche Versuche (und auch konkrete Anforderungen) auf jeden Fall nicht sinnvoll seien, wenn bestimmte Erwachsene das Zusammensein mit Kindern ablehnten, auch wenn als genereller Anspruch das Akzeptieren der Kinder bestehen bleibe.
— Eine praktische Unterstützung und das spezielle Eingehen auf die Kinder bei Terminen wurde von vielen Müttergenossinen abgelehnt, da das Interesse des Kindes nicht ist, an einem Termin teilzunehmen, und da die anderen Genoss/inn/en einen berechtigten Anspruch hätten, einen vernünftigen Termin durchführen zu können. Von ihnen wurde eher Verständnis für ihr Wegbleiben gefordert. Hierin wurde jedoch von einigen Genossinnen die Gefahr gesehen, daß das Pendel jetzt umschlägt: von anfangs massiven Forderungen an alle Organisationsmitglieder, sich — durchaus gegen die Interessen der Kinder — um praktische Unterstützung zu bemühen, würde heute der Weg des geringsten Widerstands gegangen; Genoss/inn/en, die abblocken, werden in Ruhe gelassen.

Es wurde erneut betont, daß Kinder- und Mütterfeindlichkeit auseinandergehalten werden müssen; das Kind habe sein Leben, die Mutter ihr Leben, die Mutter habe zwar noch den Gesamtüberblick über das Leben des Kindes. Es sollten sich keine Illusionen gemacht werden, daß es in der kommunistischen Organisation besser aussieht als in der übrigen Gesellschaft.
— Als Forderungen an die kommunistische Organisation wurden formuliert: 1. Es muß jederzeit möglich sein, auf regulären KB-Terminen über Probleme mit Kindern oder der Mütter zu sprechen. 2. Mütter müssen mit ihren Terminwünschen berücksichtigt werden.

ihren Terminwünschen berücksichtigt werden.

— Wir stellten fest, daß an Wohnzusammenhänge viel höhere Ansprüche gestellt werden als an die Organisation. Wenn sich Genoss/inn/en entschließen, mit Kindern zu leben, würden zwar die Umstellungs-und Anfangsschwerigkeiten akzeptiert, jedoch auch die Bereitschaft, auf die Interessen der Kinder und Mütter einzugehen, gefordert. Einige Genossinnen wohnen aus der Befürchtung, diese hohen Ansprüche in einer WG nicht realisieren zu können, zu zweit, um den Kindern und sich selbst den Frust des Scheiterns zu ersparen. Dagegen wurde gehalten, daß das Leben zwischen Eltern und Kindern genauso risikoreich ist und da viel größere Angst ist, daß die Kinder eines Tages allein dastehen, ohne *andere* Bezugspersonen. Andere Mütter wiederum nehmen allerlei Rücksichten, um die WG nicht zu verlieren. Z.B. eine Genossin hat vor den Türen der anderen Riegel angebracht, weil die ihre Zigaretten in den Zimmern rumliegen lassen und so die Gefahr einer Tabakvergiftung jederzeit bestand (Das Kind hatte bereits eine gehabt). Die Genossin hat Angst, das sofortige Abstellen dieser Kinderfeindlichkeit zu fordern, weil sie befürchtet, daß keine Einsicht da ist und sie evtl. gezwungen ist, mit ihrem Kind allein zu leben, was sie berechtigterweise nicht will.

Vielleicht ist dieser Bericht ja einmal der Anlaß für eine Diskussion und Veränderung in dieser u.a. WG's zugunsten der Kinder und Mütter.

— Eine andere Mutter berichtete, daß sie ihr Kind anhält, am Morgen die anderen WG-Mitglieder nicht zu wekken. Wir waren schließlich der Meinung, daß dies ein Thema zwischen den betreffenden Erwachsenen und den Kindern ist und daß die Mutter nicht die Aufgabe hat, wie ein Wachhund hinter ihrem Kind herzulaufen.

Zu diesem Themenkomplex soll weiterdiskutiert werden, welches heute langfristige Mütter-Forderungen sind und welche bereits heute unverzichtbar sind.

II. Diskussion zum Statutvorschlag

Im Entwurf heißt es: *„6. Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frau sein, eine besondere Unterstützung für Mütter und schwangere Frauen ist daher notwendig. Hausarbeit und Kindererziehung ist Sache von Mann und Frau"* (Hamburger Vorschlag).
Aus Bochum kam dagegen folgende Formulierung: *„5. Mutter werden darf nicht zum Rückschlag für die persönliche und politische Entwicklung der Genossinnen gemacht werden. Eine besöndere Unterstützung für Mütter und schwangere Frauen ist daher notwendig; die Teilnahme an allen bisherigen Terminen muß gewährleistet sein, auch wenn frau dessen 'Funktion' nicht mehr in vollem Maße ausüben kann. 6. Hausarbeit und Kindererziehung ist Sache von Mann und Frau".*

von Mann und Frau".

Der Punkt, alle bisherigen Termine zu gewährleisten, wurde schon früher in Übereinstimmung mit den

Der Punkt, alle bisherigen Termine zu gewährleisten, wurde schon früher in Übereinstimmung mit den

Bochumer Genossinnen abgelehnt. Weiter diskutierten wir, daß wir kein Interesse an Diskussionen haben, bei denen wir keine „Funktion" haben, d.h. nicht in deren Zusammenhang stehen und keine Aufgaben wahrnehmen.

- Müttergenossinnen wollen, daß es ihnen und ihren Kindern als Recht zugestanden wird, daß sie ausreichend Zeit miteinander verbringen können.
- Umstritten war, was wir uns unter „besonderer Unterstützung" vorstellen, was wir für Ansprüche an die Organisation haben bzw. haben können und was wir davon im Statut formulieren.
- Einmal wurde sowohl eine direkt politische Unterstützung (z.B. der Kinderinitiativarbeit) als auch eine indirekt politische durch Entlastung der Mütter von organisatorischen Arbeiten (Putzen, Renovierung in der Ini etc.), um ihnen Zeit für die politische Arbeit zu schaffen, gefordert.
- Dagegen wurde nur die direkte politische Unterstützung gefordert, da die Kinder unsere eigene Verantwortung seien.

Es tauchte erneut die Frage auf: Ist Emanzipation und Muttersein vereinbar?

- Es wurde die Gefahr gesehen, die Kinder als Privatangelegenheit zu betrachten und nicht zu sehen, daß die Eltern, spz. die Mutter, bei der „Aufzucht" der Kinder eine explizit gesellschaftliche Rolle hat. Es wurde aufgrund der noch bestehenden Widersprüche zwischen uns zunächst eine Übergangsformulierung vorgeschlagen. Wir sehen uns aufgrund der gerade erst begonnenen Diskussion unter den Müttern noch gar nicht in der Lage, einen fundierten Alternativvorschlag zu entwickeln.

Übergangsformulierung:
„6a. Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frau sein. Eine besondere Unterstützung für Mütter und schwangere Frauen ist daher notwendig.
6b. Mütter haben jederzeit das Recht, sich um ihre Problematik zusammenzusetzen und zu beraten.
6c. Mütter haben das Recht, entsprechend ihrem Anteil in der Organisation, mindestens aber eine Vertreterin ihrer Mitte in die Frauenleitung zu wählen.
6d. Haushalt und Kindererziehung ist Sache von Mann und Frau".

Um unsere Widersprüche untereinander weiter zu klären, soll auf dem nächsten Müttertreffen am **Sonntag, 12.10.. ab 11.00 Uhr in Hannover** über folgende Artikel diskutiert werden:
1. Bilanz einer Mutter (AK 177)
2. Sind wir zu hart zu unseren Kindern? (AK 180).

Im Auftrage der Mütter-VV
Eine Genossin aus Hannover, unterstützt von einer Hamb. Genossin.

Ein Gespenst geht um im KB: Die Lesbianisierung

Vor knapp eineinhalb Jahren riefen wir zum ersten KB-Lesbentreffen auf, seit Anfang des Jahres haben wir endlich eine überregionale Lesbengruppe: Anerkennung als „ordentliche Kommission", Abdruck unserer Artikel, Beteiligung an der Frauenleitung und Verankerung von Lesbenzellen im Statut – die Lesben im KB können zufrieden sein, könnte frau meinen. Wir sind es keineswegs, denn allzu offensichtlich trügt hier der schöne Schein: Wollten wir mit Hetero-Genossinnen *inhaltlich* über die Lesbenfrage diskutieren, stießen wir wiederholt auf völliges Unverständnis. Als wir auf der vorletzten Frauen-VV anregten, die Genossinnen sollten sich mal dazu äußern, was sie davon hielten, wenn die KB-Lesbengruppe in der Frauenleitung vertreten wäre, war nicht eine einzige Genossin in der Lage, etwas dazu zu sagen, außer, daß es doch völlig klar wäre, daß wir dort vertreten sein müssen. Warum es den Genossinnen so klar ist, hätten wir wirklich gern gewußt.

Ganz ähnlich ging es uns, als wir die Verankerung von Lesbenzellen im Statut forderten. Es gab tatsächlich keine einzige Genossin, die Widersprüche zu dieser Forderung hatte. Erst als wir auf der letzten Frauen-VV in einem Sketch unsere Forderung erklärten, traute sich die eine und andere zu sagen, daß ihr die Forderung erst jetzt klar würde. Peinlich, peinlich.

Und sollte immer noch jedefrau der Ansicht sein, die Genossinnen des KB hätten die „Lesbenfrage" auf der Platte, so empfehlen wir dringend die neue Frauenbroschüre zur Familienpolitik der CDU/CSU zur Lektüre: seitenlang wird hier auf Christa Meves, der geneigten Leserin seit längerem als das westdeutsche Pendant zu Anita Bryant bekannt, eingegangen. Daß es hier möglicherweise irgendeinen Zusammenhang mit der Homosexuellendiskriminierung im Allgemeinen und mit der Lesbendiskriminierung im Besonderen geben könnte, das ist den Autorinnen dieser Broschüre nicht ins Köpfchen gekommen...

Dieser Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit, oder besser: zwischen Form und Inhalt, beschäftigte uns bei der Vorbereitung auf die letzte Frauen-VV. Was bedeutet unsere Lesbenpolitik eigentlich für

Köpfchen gekommen...
Dieser Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit, oder besser: zwischen Form und Inhalt, beschäftigte uns bei der Vorbereitung auf die letzte Frauen-VV. Was bedeutet unsere Lesbenpolitik eigentlich für



die „durchschnittliche Hetero-Genossin"? Bisher dient die KB-Lesbengruppe wohl hauptsächlich als Indiz für die Lernfähigkeit der kommunistischen Bewegung: was früher als Ausdruck bourgeoiser Dekadenz bekämpft wurde, gilt jetzt – bei uns! – als hochoffizielles Politikum!

Doch *wer* hat hier eigentlich *was* gelernt? Kommt die Haltung der Genossinnen der von „superfeministischen" Genossen gleich, die eben noch nicht besonders viel begriffen haben?

Diese Art der „Solidarität" ist uns zu billig, egal, ob in der Frauen- oder Lesbenfrage, deshalb gehen wir jetzt in die Offensive:

Kampf der Zwangsheterosexualität – auch im KB!

„Zwangsheterosexualität" ist *mehr* als die reaktionäre Ideologie von der „natürlichen" Überlegenheit gegengeschlechtlicher Beziehungen – Zwangsheterosexualität ist herrschende Realität, sie wird exzessiv gelebt und zur Schau gestellt: Hetero-Pärchen dominieren „Scene"-Kneipen genauso wie gutbürgerliche Restaurants, Kinosäle (selbst, wenn Frauenfilme gezeigt werden) und Feten; viele Wohngemeinschaften zerfallen – bei näherem Hinsehen – in multiple Kleinfamilien-Idylle. Freud und Leid der Heteros sind Thema Nummer eins – auch beim „gemütlichen Teil" von KB-Terminen: unsere Anteilnahme wird vorausgesetzt – und sollten wir die mal verweigern, gelten wir als borniert. *Unsere* Wünsche oder Probleme sind dagegen kein Thema – und falls doch mal jemand danach fragt, müssen wir vorab stundenlang über das „kleine 1mal1" des Lesbisch-Seins referieren ... wir sind eben Exotinnen!

Isoliert betrachtet sind dies natürlich Kleinigkeiten, nicht zu vergleichen mit manifester Lesbendiskriminierung. Doch der he-terroristische Alltag konfrontiert uns mit X-und-neunzig solcher „Kleinigkeiten":

– sei es die Genossin, die sich so mir nichts dir nichts zu einer Aktivistin unserer Gruppe ins Bett legt – grad' so, als hätte lesbe keine Gefühle;

– sei es die Genossin, die eine Beziehung mit einer anderen Genossin unserer Gruppe explizit ablehnt und sie dann im Folgenden ständig umarmt – ganz schwesterlich, versteht sich!;

– seien es die (endlich, endlich!) angesetzten Lesbendiskussionen in der KB-Frauengruppe, die spätestens beim Thema Sexualität in Verhütungsdiskussionen umfunktioniert werden –

das ist ganz normale Lesbendiskriminierung. Deshalb kann die Solidarität der Heteros solange nur halbherzig bleiben, bis sie anfangen, viele ihrer *eigenen*, „selbstverständlichen" Hetero-Gebärden infrage zu stellen!

Jetzt werdet ihr uns sicher vorwerfen, wir wollen ja doch nur „alle Frauen lesbisch machen" – wohl in der Hoffnung, daß wir uns davon schnell wieder distanzieren. Doch darauf lassen wir uns nicht ein: natürlich haben wir ein verdammtes Interesse daran, daß es, schon hier und heute, möglichst viele Lesben gibt! Eine soziale Identität als Lesben können wir z.Zt. nur in subkulturellen Zusammenhängen entwickeln; sowie wir uns unter Heteros bewegen, müssen wir einen wichtigen Teil von uns selbst – Erotik und Sexualität –

und heute, möglichst viele Lesben gibt! Eine soziale Identität als Lesben können wir z.Zt. nur in subkulturellen Zusammenhängen entwickeln; sowie wir uns unter Heteros bewegen, müssen wir einen wichtigen Teil von uns selbst – Erotik und Sexualität –

„vor der Tür" lassen, oder wir laufen Gefahr, von Hetero-Frauen brüsk in die Schranken der „Normalität" zurückgewiesen zu werden. Deshalb wollen wir *natürlich*, daß sich die Lesben-Scene möglichst verbreitert – nur können wir nicht so ganz nach Belieben andere Frauen „lesbisch *machen*" (leider! – Anm. d. Schreiberin).

Mögliche Veränderungen durch die Frauenbewegung

Früher haben wir Frauen nur als (mehr oder minder) bedrohliche Konkurrentinnen oder einfach als „dumme Ziegen" kennengelernt. Durch die Zusammenarbeit in den Frauengruppen nehmen wir sie (und uns) plötzlich als denkende Menschinnen wahr – gleichzeitig wächst unser Selbstbewußtsein, und unser Politikverständnis verändert sich: wir trennen nicht mehr schematisch zwischen „privat" und „politisch" – so werden aus Mitkämpferinnen häufig auch Freundinnen.

Parallel dazu bekommen wir ein kritischeres Verhältnis zu Männern: aus „Märchenprinzen" werden Typen, deren ehemals bewunderter politischer „Durchblick" entmystifiziert ist – vieles entpuppt sich als Schaumschlägerei, ein evtl. Rest-Vorsprung ist aus objektiven Bedingungen erklärbar geworden. Wir nehmen jetzt auch andere Eigenschaften wahr – wie die (relative) emotionale Unfähigkeit der Typen, die uns zunehmend nervt. Schließlich wird noch die Notwendigkeit der Schwänze für eine uns befriedigende Sexualität infrage gestellt: penetriert wird nur noch als *eine* Variante, wenn überhaupt...

Solche Widerspruchsentwicklung geht natürlich nicht automatisch – sie kann auch abgeschwächt werden, z.B. wenn sich die Diskussionen in der Frauengruppe im wesentlichen immer wieder um die Typen dreht, die Frauen also (ganz traditionell) ihre eigenen Interessen hintenan stellen. Oder auch wenn die notwendige Kritik an den Chauvis abgeblockt wird – nach dem Motto: was nicht sein darf, kann auch nicht sein.

Trotzdem sind heute viele Hetero-Feministinnen an einem Punkt, wo ihr Frauen-Engagement in einem zunehmend als antagonistisch empfundenen Widerspruch zu ihren Männerbeziehungen gerät: Wir entwickeln einen zunehmend umfassenden Frauenstandpunkt, weil wir ständig sensibler werden für unsere Unterdrückung: Nur mit anderen Frauen können wir uns hierüber direkt – als gemeinsam Betroffene – auseinandersetzen. Männern dagegen müssen wir erst unsere Empfindungen vermitteln (was meist mühsam ist und manchmal auch gar nicht gelingt), bevor wir mit ihnen über unsere Erfahrungen als Frauen sprechen können. Hinzu kommt die emotionale Verarmung der Typen und ihre immer wiederkehrenden Rückfälle in den Chauvinismus ... So stellten viele Feministinnen irgendwann mal fest, daß Hetero-Beziehungen sie viel mehr Energie kosten als sie selbst daraus bekommen können – und ziehen einen Schlußstrich darunter.

Ob diese Frauen später „Bewegungslesben" werden, hängt natürlich ganz davon ab, wie sich ihr Verhältnis zu *Frauen* weiterentwickelt! Doch:

Was sind eigentlich „Bewegungslesben"?

„Bewegungslesben" – so nennt lesbe Frauen, die durch die Frauenbewegung lesbisch geworden sind; häufig wird dieses Wort mit einem

Was sind eigentlich „Bewegungslesben"?
„Bewegungslesben" – so nennt lesbe Frauen, die durch die Frauenbewegung lesbisch geworden sind; häufig wird dieses Wort mit einem

leicht negativen Unterton ausgesprochen – so, als seien diese Frauen eben doch keine „richtigen" Lesben. Im Einzelfall mag diese Skepsis berechtigt sein, jedoch nicht prinzipiell: Daß ca. 95% aller Frauen heterosexuell sind, ist ja durchaus nicht „natürlich", zeigt vielmehr, wie einschneidend sich die „normal-gesellschaftlichen" Einflüsse auf das gesamte Gefühlsleben auswirken – die ursprüngliche Bisexualität wird zur ausschließlichen Heterosexualität pervertiert. Doch – Göttin-sei-Dank! – können wir uns auch nach unseren Kinderjahren noch verändern, und dies nicht nur bezüglich unseres Bewußtseins. Und deshalb *kann* das Engagement in der Frauenbewegung bei Hetero-Feministinnen auch auf ihre Sexualität als eine Art „Anti-Sozialisation" wirken, sie haben ihr Come-out und sind danach „waschechte" Lesben!

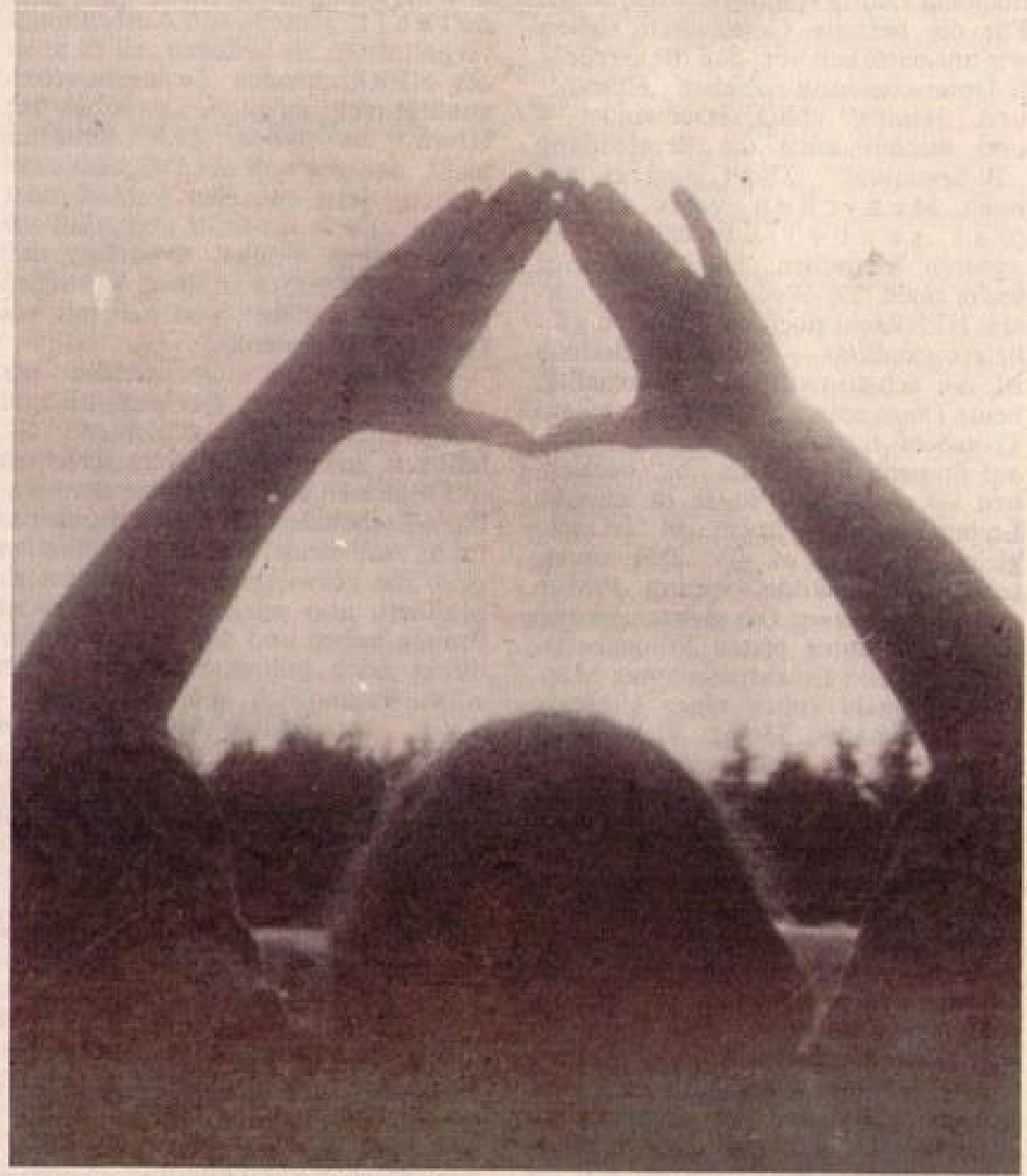
Viel häufiger treffen wir in der Bewegung jedoch auf Frauen, die nicht-mehr-hetero sind, die einfach ein Bedürfnis nach intensiveren Freundschaften mit anderen Frauen entwikkeln – ohne dieses jedoch schon als (u.a.!) *sexuell* wahrzunehmen. Daß sie von sich selbst behaupten, in *keine* „Schublade" zu passen, hat wenig zu sagen: Das Coming-Out hat nun mal die Eigenschaft, daß frau es meist erst im Nachhinein als solches erkennt ...

Die Angst vorm Lesbisch-werden

Wenn wir diese Frauen also fragen, warum sie das Wort „lesbisch" so weit von sich weisen, sind die Begründungen hierfür meist ähnlich: eine Mischung aus Mythen und berechtigten Ängsten vor der Lesbendiskriminierung ...

Die Mythen

„Ich fahr erotisch/sexuell eben nur auf Typen ab":
Hier wird getan, als handele es sich um Naturkonstanten! Daß das nicht der Fall ist, läßt sich z.B. an der historischen Wandlung von Schönheitsidealen belegen: Erst wurde für die Venus von Milo geschwärmt, später für barocke Rembrandt-Gestalten, dann für Twiggy und inzwischen ist auch die wieder „out". Viele Hetero-



Frauen kennen ähnliche Veränderungen jedoch auch aus ihrer eigenen Geschichte: Als angepaßte Mädchen sind sie auf möglichst „männliche Männer" abgefahren, mit keimendem Frauenbewußtsein folgten dann die Softies, die heute für viele schon wieder passé sind. Und: Bevor frau auf irgendwas „abfahren" kann, muß sie erstmal „richtig" hingucken – also mit der Bereitschaft, dieses „etwas", bzw. konkret: einen Frauenkörper, *möglicherweise* als erotisch wahrzunehmen –, meist fällt die Klappe aber schon vorher. Höchstens in bestimmten „ausgeflippten" Situationen (wie z.B. auf einer guten Fete oder bei einem Wochenende mit der Frauengruppe) genehmigen sich diese noch-nicht-Lesben vielleicht ein solches Erlebnis – denn dabei bleibt ihnen der Rückzug offen, sie können sich im Alltag wieder distanzieren ...

tionen (wie z.B. auf einer guten Fete oder bei einem Wochenende mit der Frauengruppe) genehmigen sich diese noch-nicht-Lesben vielleicht ein solches Erlebnis – denn dabei bleibt ihnen der Rückzug offen, sie können sich im Alltag wieder distanzieren ...

„Ich hab mich noch nie in eine Frau verliebt":
Was ist denn – bitteschön – „Liebe"?! Wenn Frauen z.B. im Ehe-Knast nur für andere da sind, sich selbst verleugnen, dann tun sie es „aus Liebe" – immer wieder wird dieses Wort *gegen* uns verwandt, als Verschleierung von HERRschafts-mechanismen.

Wir sollten auf dieses absolute, unhinterfragbare Wort verzichten – und wir können es auch: In der Frauenbewegung haben wir gelernt, unsere Bedürfnisse genauer zu beschreiben – wir brauchen Auseinandersetzung, Wärme, Zärtlichkeit, Erotik, Lust ... (irgendwie problematisch kann dabei nur letzteres sein – und darauf sind wir oben schon eingegangen).

„Ich kann mir nicht vorstellen, mit einer Frau zu schlafen":
Frau kann es sich nicht vorstellen, weil sie sich konkrete Phantasien in dieser Richtung nicht zugesteht – denn was sonst könnte daran so horror-artig sein? An die Macker-Märchen von den Schwanz-Ersatz-Stücken *kann* doch einfach keine Feministin ernsthaft glauben! Und wenn frau ihren eigenen Körper kennt und mag – und weiß, wie sie sich



einen Orgasmus machen kann ... dann ist es eigentlich doch nicht so schwierig, sich vorzustellen, daß das gleiche zu zweit mehr Spaß macht (und frau – wenn sie will – noch ein paar Möglichkeiten mehr hat)!

Berechtigte Ängste vor Lesbendiskriminierung

Frau hat z.B. Angst, daß – wenn sie sich jetzt als „lesbisch" bezeichnete – von ihr entsprechende „Erfahrungen" erwartet würden. Sicher ist es „Normal-Bürgern" kaum verständlich zu machen, wenn Frauen sich ohne „handfesten Grund" zu solch einer Minderheit „bekennen" ... und selbst in der Bewegung gilt es häufig als „gegeben", daß schon alle Lesben sexuelle Erfahrungen mit Frauen gemacht haben – obwohl dieses Kriterium „im Prinzip" natürlich abgelehnt

„handfesten Grund" zu solch einer Minderheit „bekennen" ... und selbst in der Bewegung gilt es häufig als „gegeben", daß schon alle Lesben sexuelle Erfahrungen mit Frauen gemacht haben – obwohl dieses Kriterium „im Prinzip" natürlich abgelehnt

wird: Solange unsere Identität von „Bettgeschichten" abhängt, bleiben wir – typisch weiblich – auf unsere Sexualität *reduziert*! Für uns bedeutet Lesbisch-Sein dagegen, daß wir uns *hauptsächlich auf Frauen beziehen* – wie das konkret aussieht, hängt von unseren aktuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten ab; und weil diese öfters „widrig" sind, gibt es eine ganze Menge „jungfräulicher Lesben"! Oder: Frau hat Angst, die gute Freundschaft mit einer Hetero-Frau kaputtzumachen durch ihren Wunsch nach Zärtlichkeit oder Sexualität. Das ist eine – leider! – sehr reale Angst, und es hat wenig Sinn, wenn frau sich dann einzureden versucht „ich mag sie ja gar nicht wirklich, denn sie ist so schrecklich fixiert auf Typen" – das ist glatter Selbstbetrug. Vielmehr sollten wir *versuchen*, wenn wir uns stark genug fühlen, unsere Gefühle ernst zu nehmen und die Abwehr der Hetero-Frau hinterfragen. Wenn wir unsere Bedürfnisse schon „freiwillig" unterordnen, – wer sonst kann sie dann ernst nehmen?! Und schließlich: Woher nimmt frau eigentlich die Sicherheit, solch eine Freundin als „hoffnungslos männerfixiert" abzustempeln?

Oder: Frau hat Angst, von anderen und in der Folge von sich selbst als „Monster" wahrgenommen zu werden, wenn sie sich sexuelle Bedürfnisse gegenüber Frauen eingesteht. Auch diese Angst ist völlig berechtigt und betrifft nicht nur „Umbruch-Frauen"! Die allermeisten Lesben hatten irgendwann mal *manifeste* Angst vor ihresgleichen – ein guter Teil davon kann und muß bewältigt sein, wenn frau sich selbst als lesbisch bezeichnet. Doch gewisse Reste bleiben – und die alltägliche Konfrontation mit Hetero-Normalität und Lesbendiskriminierung läßt sie immer wieder aufkeimen. Dies ist ein wesentlicher Grund, warum wir versuchen, möglichst viel mit anderen Lesben zusammen zu sein – nicht nur im Sub, sondern in Gruppen, Zellen und am liebsten überall: Nur so können wir eine andere „Normalität" *erleben*!

Es gibt sogar noch eine ganze Reihe weiterer „berechtigter Ängste" ... und trotzdem würde keine von uns mit einer Hetero-Frau tauschen wollen!

Einige kritische Anmerkungen zur „Bi-Sexualität"

Dieses heiße Thema haben wir bisher ausgespart — damit's zum Schluß nochmal richtig spannend wird! Also: Für die befreite Gesellschaft stellen wir uns natürlich vor, daß die verrückte Unterscheidung zwischen „Homo-" und „Hetero" völlig verschwindet — und hiermit auch die Bezeichnung „Bi-Sexualität": Dann wird es nur noch Menschen geben, die sich (u.a.) sexuell verhalten — zu anderen Menschen. Doch das wird leider noch 'ne Weile dauern — vorerst HERRscht noch die Zwangsheterosexualität — und genau deshalb ist die ach-so-natürliche Bisexualität heute kaum emanzipatorisch zu leben! Trotzdem treffen wir immer wieder auf Frauen, die sich als „bi" bezeichnen — manchmal sogar in unseren Lesbengruppen... Doch: „bi" ist nicht gleich „bi" — es gibt sehr unterschiedliche Gründe, warum Frauen sich so definieren: Die meisten Lesben haben vor ihrer ersten Frauenbeziehung sexuelle Erfahrungen mit Männern gemacht (nach einer Umfrage von S. Schäfer: 55 %). Viele dieser Frauen haben sich während ihres Coming-Outs wahrscheinlich für eine gewisse Zeit als „bisexuell" bezeichnet.

Andere Frauen sind im Grunde lesbisch, halten aber dem gesellschaftlichen Druck nicht stand: Um möglichst nicht mal sich selbst ihr „nur"-Lesbisch-Sein eingestehen zu müssen, schlafen sie ab und zu mit einem Typen und reden hierüber mehr als über ihre Frauenbeziehungen. Ein sehr krasser Fall dieser Art wird in dem Bisexualitäts-Lied der „Flying Lesbians" beschrieben: *„Bei ihr hol ich mir Zärtlichkeit, bei ihm hol ich mir Sicherheit"* ... (von den Lesben, die S. Schäfer interviewt hat, praktizieren immerhin 20 - 25 % diese Form von „Arbeitsteilung"!)

Und dann gibt es natürlich auch noch die ganz rrrevolutionären Bi-Frauen — „weg mit allen Schubladen und Kategorien" ist ihre Parole; mit einer Mischung aus Freund und Kinsey kann frau diese Forderung sogar „wissenschaftlich fundieren"... Daß sie selbst irgendwie Beziehungen mit Frauen und Männern führen, halten sie uns als „Beweis" vor, daß frau auch heute schon so leben könne, wenn sie nur wolle (!). Wie ihre Beziehungen allerdings konkret aussehen, darüber wird kaum gesprochen, denn das würde der schönen Theorie ihren Glanz rauben. Übrigens hält auch Kinseys „überwältigendes Tatsachenmaterial" zu diesem Punkt einer kritischen Überprüfung nicht stand: Der größte Teil jener Leute, die sich — der offiziellen Auswertung zufolge — ziemlich „ausgewogen" homo- und heterosexuell verhalten (Kinsey lehnt die Unterscheidung psychosexueller Identitäten grundsätzlich ab!), entpuppt sich bei näherem Hinsehen als heterosexuell, mit einigen schwulen/lesbischen „Ausrut-
einigen schwulen/lesbischen „Ausrut-
schern" in der Pubertät. Als typischer Liberaler wollte er den Homosexuellen helfen, indem er die realen Unterschiede zwischen uns und den „Normalen" verschleierte ...

Kann heute überhaupt — von einzelnen, versteht sich — eine Sexualität „jenseits der Kategorien" gelebt werden, ohne sich und anderen dabei etwas vorzumachen? Unserer Meinung nach nicht, wir halten eine derartige Position sogar für ausgesprochen unpolitisch! Ebenso, wie es im Kapitalismus nicht möglich ist, sich als einzelne/r jenseits von Ausbeutungsverhältnissen zu bewegen, ist es unter der HERRschenden Zwangsheterosexualität nicht möglich, „zwischen den Ufern" zu stehen. D.h. natürlich nicht, daß wir von allen Genossinnen fordern, jetzt entweder lesbisch oder hetero zu sein; es heißt aber, daß wir von solchen Frauen erwarten, daß auch sie öffentlich zu ihren lesbischen Beziehungen stehen und sich mit uns Lesben solidarisieren.

Grundsätzlich unterscheiden wir vor allem zwischen Beziehungen und gelegentlichen Bettgeschichten. Ul. hält z.B. gelegentliche Bettgeschichten mit Männern auf Grundlage einer stabilen Lesbenidentität für unproblematisch. An. meint, daß es auch Frauen gibt, die vorwiegend Beziehungen zu Männern und gelegentlich welche zu Frauen haben und daß es uns (weder direkt noch indirekt) schadet, wenn solche Frauen sich untereinander anfreunden. Auch für diesen Fall stellen wir die Forderung, sich immer mit uns zu solidarisieren, d.h., die Frauenbeziehungen nicht schamvoll zu verschweigen, weil das möglicherweise den „Marktwert" sinken läßt.

Weiter fordern wir von Hetero-Frauen, Lesben mit ihren Experimenten in Ruhe zu lassen. Das mag erstmal verrückt klingen, da frau sich nicht immer ganz rational aussuchen kann, in wen sie sich verliebt, deshalb soll diese Forderung ein wenig erläutert werden: Ausgehend von unserer Analyse dieser Gesellschaft, in diesem Fall der HERRschenden Zwangsheterosexualität, sind wir der Ansicht, daß eine Frau hier und heute nie mit einem Mann konkurrieren kann! Während eine lesbische Beziehung in erster Linie Diskriminierung, soziale Ächtung etc. mit sich bringt, bedeutet eine Beziehung zu einem Mann (neben Herrschaftsverhältnis, Rollenklischee) eine Erhöhung des gesellschaftlichen Status , d.h., eine Frau profitiert u.a. von den Privilegien des Mannes, mit dem sie befreundet ist. Und da wir auch in der Linken nicht frei von gesellschaftlichen Zwängen sind, meinen wir, daß eine Beziehung zwischen einer Hetero-Frau und einer Lesbe zu Lasten der Lesbe gehen muß. Als Lesbe bezieht frau sich eben völlig auf Frauen — und zuviele Lesben haben die Erfahrung machen müssen, von einer Heterofrau, die dem gesellschaftlichen Druck nicht standhalten konnte, total kaputt gemacht worden zu sein.

Und was wir damit tun können ...

Unabhängig von diesem Streit bleibt aber festzustellen, daß wir an die Auseinandersetzung mit „Bi-Frauen" wohl wesentlich differenzierter range-
wohl wesentlich differenzierter range-
hen müssen als dies bisher üblich war: Coming-Out-Frauen sollten wir nicht unter überstürzten Entscheidungsdruck setzen: Die Unterstützung ihrer zarten lesbischen Neigungen ist hier viel wichtiger als Prinzipien-Reiterei wegen irgendwelcher „noch-Beziehungen" zu Männern! Wenn Frauen allerdings für sich schon klar haben, daß ihre Frauenbeziehungen eigentlich besser laufen — dann sollten wir ihnen nach Möglichkeit helfen, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, — und das heißt im wesentlichen: zeigen, wie frau sich gegen He-Terror wehren kann!

Völlig abgrenzen müssen wir uns allerdings auch weiterhin gegen jene Propagandistinnen der Bi-Sexualität: Sie unterscheiden nur zwischen einer überhistorisch-„natürlichen" Sexualität und „einseitigen Fixierungen" — egal ob hetero oder homo. Damit negieren sie nicht nur unsere Analyse der herrschenden Zwangsheterosexualität, sondern diskriminieren uns auch persönlich. Und das lassen wir uns von niemandem gefallen — egal, wie „progressiv" diese Leute sich geben!

Unsere Erwartungen an „Nicht-mehr-Hetero-Frauen"

• Grundlage irgendwelcher lesbischer „Experimente" muß unbedingt ein positives Verhältnis zu Frauen sein! Wer aufgrund von (frauenbewegungstypischen) Konflikten mit Männern deshalb einfach auf Frauen auszuweichen versucht, fliegt — eher früher als später — damit auf die Schnauze: Das Lesbenleben ist zwar schöner, aber bestimmt nicht einfacher als das Hetero-Leben! An diesem Punkt sind wir ziemlich empfindlich: Zu viele Lesben haben schon total beschissene Erfahrungen mit „experimentierfreudigen" Hetero-Frauen gemacht.

• Verlangt deshalb auch von keiner Lesbe, daß sie sich legitimiert, wenn sie allen (noch-)nicht-Lesben gegenüber Distanz wahrt!

• Setzt Euch mit der Lesbenfrage auseinander und engagiert euch gegen den He-Terror! Doch: Wo immer ihr euch unter Lesben begebt (egal, ob privat, im Sub oder in einer Gruppe), bedenkt, daß wir ein ungleich stärkeres Interesse an euren Frauenbeziehungen (mit allem drum & dran), als an euren (noch-)Freundschaften mit Männern, Verhütungsproblemen u.ä. haben!

Eine Möglichkeit ist auch, eine „Umbruch"-Gruppe zu bilden, d.h. eine Gruppe von Frauen, die sich eben nicht als explizit lesbisch definieren können, die aber auch nicht hetero sind. Ein „Umbruch"-Gruppe ist häufig viel geeigneter zu klären, was frau will, als z.B. eine Lesbengruppe, die sich meist andere Schwerpunkte gesetzt hat.

Und unsere Erwartungen an Heteras

• Überlegt euch mal, wo euer eigenes Verhalten „hetero-chauvinistisch" ist: Es ist z.B. völlig klar, daß ihr grundsätzlich daran interessiert seid, mit anderen Frauen über eure Hetero-Beziehungen zu reden — anzugreifen ist allerdings die Selbstverständlichkeit, mit der ihr (meist) alle Frauen mit diesen speziellen Problemen konfrontiert. Für Lesben und häufig auch für „Single"-Frauen sind derartige Gespräche wenig interessant; und selbst Hetero-Frauen wollen manchmal lieber über sich und andere Frauen, statt über Männer reden!

• Setzt euch mit uns und eurer Angst vor uns auseinander (z.B. anhand von Artikeln und dem Lesbenfragebogen); auch praktische Unterstützung ist nicht nur am „Gay-Pride-Day" gefragt ...

• Helft mit, eine neue AG Sexualität aufzubauen, oder kümmert euch um unser anderes Steckenpferd, die Familienideologie (sollte es nicht zumindest im KB und in der Frauenbewegung möglich sind, Eheschließungen zu verhindern?!).

• Bezieht die Lesbenfrage in eure eigene Untersuchungsarbeit mit ein, unterstützt unsere Archivarbeit, helft mit, unsere Zeitungen und Broschüren zu vertreiben.

• Achtet in eurem Arbeitsfeld darauf, welche Rolle Lesben dort spielen (z.B. eine vorantreibende, verstecken sie sich, etc.).

• Gründet überall Frauenzellen, soweit nicht einschlägige Gründe dagegen sprechen, setzt euch unter Frauen ernsthaft über eure Beziehungen untereinander auseinander und verbringt nicht die ganze Zeit damit, über Typen zu reden!

Wir werden immer lesbischer!!!

Lesbengruppe des KB

Fegefeuer in Ingolstadt

Nachdem einer Schwulengruppe aus Ingolstadt (dem „Verein Sexuelle Gleichgesinnte Ingolstadt", VSGI) die Eintragung in das Vereinsregister verboten worden war (wir berichteten im AK 184), geht die Stadt Ingolstadt nun weiterhin gegen jegliche öffentliche Darstellung von Schwulen vor.

Die Nürnberger Schwulengruppe „Fliederlich" hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Ablehnung durch das Amtsgericht Ingolstadt am 26.6. einen Informationsstand in der Innenstadt angemeldet, um gegen dieses Verbot die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dieser Stand und das Auftreten der Schwulen wurden damals ohne Angaben von Gründen verboten. Erst nach einem Protestbrief an das Ordnungsamt wurde eine Begründung nachgeschoben. Es war darin die Rede von „derartiger Propaganda", die eine „Unvereinbarkeit mit der öffentlichen Ordnung" sei.

Es wurde von der Nürnberber Gruppe nun ein zweiter Antrag gestellt, worauf wiederum eine Ablehnung kam, die allerdings in einigen Punkten etwas deutlicher ausfiel.

Nach Auffassung der Stadtverwaltung ist *„ein Informationsstand zu Fragen der Homosexualität nicht genehmigungsfähig"*. Dies wird u.a. so begründet: *„Aufgrund der Tatsache, daß die Allgemeinheit Homosexualität als unsittlich ablehnt, ist die Stadt Ingostadt im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, das Sittlichkeitsempfinden der Bevölkerung durch eine Versagung des Informationsstandes zu wahren... Außerdem besteht die konkrete Gefahr, daß sich sittlich verletzt fühlende Personen zu spontanen Maßnahmen, wie Beschimpfungen, Beleidigungen oder Tätlichkeiten hinreißen lassen.... Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Fußgängerzone von vielen Kindern und Jugendlichen frequentiert wird, die vor derartigen, unmittelbaren Konfrontationen zu schützen sind".*

Ganz abgesehen davon, daß hier die Schwulenfeindlichkeit und Hetze nur so von selbst spricht, wird damit von der Stadtverwaltung noch ein Schritt weiter in Richtung Meinungsunterdrückung gegangen. Alle Meinungen, die nicht der Allgemeinheit entsprechen, sollen deshalb verboten werden können. Aber so geht es nicht!

Die Nürnberger Schwulen wollen notfalls einen Informationsstand per Gerichtsbeschluß durchsetzen. Zur Bekanntgabe dieser Zustände haben mehr als zehn Schwule aus Nürnberg am Samstag , 13.9. eine Flugblattaktion in Ingolstadt durchgeführt. In dem Flugblatt wird eine Zitatensammlung aus Schreiben der Stadtverwaltung wiedergegeben, mit denen diese die Schwulenarbeit in Ingolstadt zu unterdrücken versucht.

Meiner Meinung nach fehlt in dem Flugblatt aber die Darstellung des ganzen Hintergrundes; wie nämlich die Notwendigkeit des Informationsstandes sich ergeben hatte: Das Verbot der Eintragung in das Vereinsregister von Ingolstadt. Dies ist sehr wohl ein weiterer Baustein in dem schwulenfeindlichen Konzept der Stadtverwaltung. Dieses Vereinsverbot ist deshalb aus dem Flugblatt herausgelassen worden, weil die betroffene Schwulengruppe VSGI sich ausdrücklich von einer weiteren öffentlichen Protestaktion gegen das Verbot distanziert hat. Mehr noch, sie hatten die Nürnberber Schwulen, die ja eigentlich ihre Solidarität beweisen wollten, aufgefordert, in ihrem Flugblatt alle Zusammenhänge zu dem Vereinsverbot rauszulassen. Schließlich hatte sich der VSGI in einem Brief an die Stadtverwaltung auch noch schriftlich von der Flugblattaktion oder jeglicher anderen „illegalen Aktion" von vornherein distanziert.

Hofft der VSGI auf diesem Wege eine Anerkennung als Verein bzw. eine Akzeptierung als Schwule durch die Stadtverwaltung zu erreichen? Das ist bestimmt eine Illusion. Trotzdem gilt unsere Solidarität dem VSGI und allen Schwulen in Ingolstadt. Zur Zeit hat der VSGI ein zweites Mal eine Eintragung in das Vereinsregister beantragt, da eine Einspruchsfrist gegen die erste Entscheidung versäumt wurde. Bei einer Weiteren (wahrscheinlichen) Ablehnung wollen die Schwulen dies gerichtlich durchsetzen.

Wer dem VSGI schreiben will:
VSGI
F.u.T. de Groot
Goethestraße 140
8070 Ingolstadt

N., Nürnberg
Schwulengruppe des KB

Westberlin

Die Beratungsstelle für Schwule und Lesben in West-Berlin kann ihre Räume jetzt beziehen. Sie wird im Hallerschen Tor, Hollemannstraße/Ecke Lindenstraße sein. Für den Aufbau und die Renovierungsarbeiten wird dringend Geld benötigt. Alle Spenden, seien es einmalige oder regelmäßige durch Beitritt in den Förderverein, sind mehr als willkommen.

Spenden können überwiesen werden auf das Postscheck-Konto Berlin: 438 279 – 108

Schwule aktiv — hier in diesem unserem Land ...

Nachdem im letzten AK Schwule weltweit aktiv waren, sollen jetzt die westdeutschen Aktivitäten zur Sprache kommen – und das sind gar nicht so wenig. Das Wahljahr an sich dürfte dafür nicht mehr als den Startschuß abgegeben haben. Das Rennen verdanken wir den Grünen, deren klare und überzeugende Stellungnahme für die Rechte Schwuler allüberall im politischen Wettkampf für Bewegung gesorgt hat.

Ob bei den Jusos (Schwusos) oder bei den Judos (Schwudos), ob innerhalb von Gewerkschaftsjugenden oder sogar unter den „richtigen Linken" der SDAJ/MSB (DeSI) - allerorten melden sich die Schwulen zu Wort. Diese positive Wende, das überraschende Auftreten von Schwulen dort, wo sie nicht erwartet wurden (schon gar nicht von den eigenen Partei-Freunden), hat jedoch bald einen unangenehmen Beigeschmack bekommen. Mit süßsaurem Gesicht zwingen sich Wahlkämpfer von SPD und FDP auf Anfrage zu rosigen Wahlversprechen, ja äußern sich gar „beschämt" über Rosa Listen und geloben ernst Besserung. Ja, ja, ich höre es wohl, allein mir fehlt der Glaube...

Im Folgenden ein kurzer Überblick darüber, was in der, mit der und von der Schwulenbewegung angestellt wird.

Rosa Listen — Dauerbrenner!

Am Anfang standen zaghafte Anfragen an Landtage und Bürgerschaften, Ahnungen und Vermutungen und lapidare Ausflüchte und Dementis. Dies änderte sich in diesem Sommer mit einem Schlag.

Nach der empörenden Fotosafari der Hamburger Sittenbullen während der Schwulendemo am 28.6. sorgte der einschlägig bekannte Corny Littmann mit seinem Hammer für weitreichende Folgen. Das Klirren der mißbrauchten Klappenspiegel fand ein großes Echo in der Presse und machte das Thema erstmals allgemein bekannt. Alles Fortschrittliche – und was sich so schminkt – antwortete mit einem spitzen Aufschrei. Huch, gibt's denn sowas?! *„Nichts habe ihn in den letzten Monaten derart tief beschämt, so ein zerknirschter Bürgermeister Klose, wie die Bespitzelung Homosexueller durch Einwegspiegel in der Hansestadt. Auch sei angeordnet worden, die sogenannten ‚Rosa Listen' umgehend zu vernichten"* („Hamburger Morgenpost", 18.9.). Da biste baff!

Noch am 4.9. hatte sein Parteigenosse Kalbitzer auf dem „Rosa-Listen-Tribunal" im Audimax nichts Genaues gewußt und alles heruntergespielt. *„Ich gehöre ja auch zu denen, deren Daten vielleicht gespeichert sind und zwar seit dem Jahre 1936. Ich habe damit immer leben können. Man muß nun nicht auch die Angst immer heraufbeschwören."*

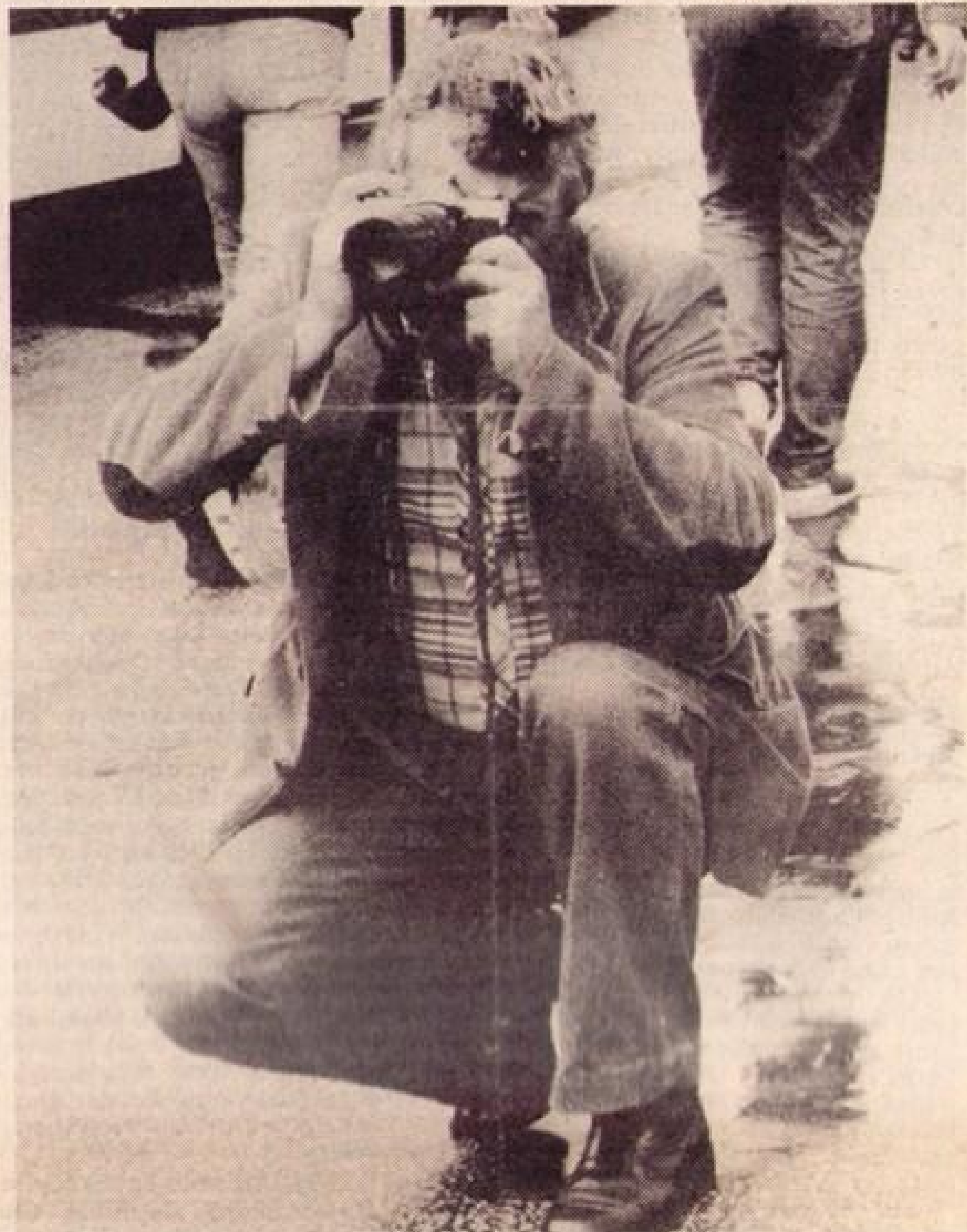
Diese und weitere interessante Einzelheiten sind in den von der

können. Man muß nun nicht auch die Angst immer heraufbeschwören."
Diese und weitere interessante Einzelheiten sind in den von der

DeSI (Demokratische Schwuleninitiative) herausgegebenen Veranstaltungsprotokollen vom 26.6. und vom 4.9. nachzulesen. Die unverschämte Entfernung einer Vertreterin Hamburger Frauengruppen auf der zweiten Veranstaltung durch Beschneidung des Titelfotos und „Kürzung" der Teilnehmerliste stößt hieran zwar übel auf, kann aber der lobenswerten Veröffentlichung nur einen Kratzer versetzen.

Die Broschüre kostet DM 2,50 und ist erhältlich über: DeSI, Friedhelm Mönter, Postfach 55 06 47, 2000 Hamburg 55.

Über die Schwulendemo, die



Fotosafari und die Spiegel-Affäre informiert vorbildlich eine Broschüre des „Hamburger Schwulen- und Lesbenverbundes" (siehe auch AK 181, S. 31). Sie kostet DM 4,– und ist erhältlich über: HSLV, Jan Feddersen, Oelkersallee 5, 2000 Hamburg 50.

Anonyme Alkoholiker — für Schwule!

Die Symptome des Alkoholismus sind jedem bekannt, weniger schon die Krankheitsursachen. Der soziale Druck auf Menschen kann gerade für Schwule zur „Problemlösung" Trin-

sind jedem bekannt, weniger schon die Krankheitsursachen. Der soziale Druck auf Menschen kann gerade für Schwule zur „Problemlösung" Trin-

ken führen. Aus dieser Erkenntnis haben sich Betroffene innerhalb der Anonymen Alkoholiker in Hamburg zusammengesetzt und eine Gruppe für alkoholkranke Homosexuelle gebildet. *„Wir glauben, daß aufbauend auf eine 45jährige Tradition dieser weltweiten Organisation, eine Arbeit in den zwölf Schritten am sinnvollsten ist, da sie uns, die „bereits trokken" sind, geholfen haben. So verzichten wir bewußt auf jeden therapeutischen Touch, den sich andere Gruppen gerne zulegen."* (DU & ICH, Okt. 80).

Treffpunkt der Homosexuellen Anonymen Alkoholiker: Jeden Dienstag 20.00 Uhr im Goldbek-Haus, Moorfurtweg 9, 2000 Hamburg 60. Außerdem ist anonymer Kontakt möglich über die Landesgruppe Hamburg der Anonymen Alkoholiker Tel.: 040/ 271 33 53.

Schwuler Oktober — in Westberlin

Vom 10. bis 26. Oktober geht's rund in Westberlin. Auf rund 50 verschiedenen Veranstaltungen wird zwei Wochen lang ein umfassendes Programm ablaufen – vom „Internationalen-Gay-All-Star-Festival" im Tempo-

denen Veranstaltungen wird zwei Wochen lang ein umfassendes Programm ablaufen – vom „Internationalen-Gay-All-Star-Festival" im Tempo-

drom (Zelt) an vier Abenden über „Gay Jogging" (Waldlauf) bis zum Workshop schwuler Ärzte und Therapeuten. Genaues Programm und Auskünfte über: Horst Wachholz, Hohenzollerndamm 17, 1000 Berlin 31.

Schwules auf der Gegenbuchmesse in Frankfurt

Die 4. Gegenbuchmesse vom 7.- 12. 10. wird auch Rosarotes bieten. Am 11.10. findet um 15.00 Uhr eine Lesung und Diskussion „Schwule Autoren" statt, die von der „Homosexuellen Emanzipation" veranstaltet wird. Mit dabei auf der Gegenbuchmesse ist Gerd Wolter aus München. Sein Buch „Männerbeschreibungen" (nicht zu verwechseln mit ‚Männerbilder') ist eine Sammlung von *„Lyrik, Prosa und Berichten über Schwules Leben, Kindheit, Sterilisation und andere Männersachen"*.

Wiesbadener Gestalten

„Wir sind 'ne schwule Gestalttherapiegruppe und suchen noch ebensolche Männer, die mitmachen (versuchen) wollen. Wir arbeiten mit einem Therapeuten in Frankfurt zusammen."
Kontakt: Viola Fliederwild,
K.-F.-Ring 76, 6200 Wiesbaden.

Heiße Weihnacht in Altenmelle

Die berühmt-berüchtigten Thriller-Girls der IHB laden zum vierten Altenmelle-Treffen vom 20. bis 26. Dezember ein. Wer in Bonn noch nicht von ihnen die Hucke vollgekriegt hat, kann ja da mal die Rute schwingen.
Kontakt: Palais Schamlos im AJZ, Heeperstr. 132, 4800 Bielefeld 1.

Wiedergutmachung

Neben dem Thema Rosa Listen hat auf allen Veranstaltungen der Schwulenbewegung die Forderung nach Wiedergutmachung an den Männern und Frauen mit dem Rosa Winkel breiten Raum eingenommen. Unter den Erklärungen der zuständigen Politiker hier zwei recht unverschämte, aber beileibe nicht ungewöhnliche Beispiele.

In einem Schreiben des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium vom 19.4.79 heißt es: *„Nicht jedes Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung ist Verfolgter im Sinne des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG). Nach § 1 dieses Gesetzes ist hierfür Voraussetzung, daß das Opfer der NS-Verfolgung aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse,*

setzung, daß das Opfer der NS-Verfolgung aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse,

des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist und hierdurch bestimmte Schäder erlitten hat. Entscheidend ist, wie die Verfolger den Betroffenen beurteilt haben und aus welchen Gründen sie gegen ihn eingeschritten sind." Die Verfolger ... welche Gründe ... kotz! (Das Zitat stammt aus einem Aufruf der Grünen zu einer Veranstaltung der Fachgruppe Schwule und Lesben am 3.10. in Hamburg mit Emo Schulz aus Würzburg, einem ehemaligen schwulen KZ-Häftling).

Auf Anfrage des Vv'74 schreibt das Bundesministerium der Finanzen am 19.8.80: *„Anspruchsgrundlage für die allein wegen Homosexualität in einem Konzentrationslager inhaftierten Personen ist das Allgemeine Kriegsfolgengesetz (AKG) vom 5. November 1957. Ich muß jedoch darauf hinweisen, daß heute Ansprüche weder nach dem BEG noch nach dem AKG angemeldet werden können, weil die Antragsfristen des BEG mit dem 31. Dezember 1969 und des AKG mit dem 31. Dezember 1959 endgültig abgelaufen sind."* (DU & ICH, Okt. 80).

Vorbereitung einer neuen Eiszeit — CSU und Homosexualität

Was sich da zusammenbraut – und nicht nur in München – kommt immer nur bröckchenweise an die Oberfläche. So meinte der CSU-Abgeordnete Lorenz Niegel in Bonn, *„es sei abwegig, daß sich die ungehinderte Praktizierung der Homosexualität aus dem Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit ergebe. Wenn die Rechtsgemeinschaft im Strafrecht die Homosexualität unter Erwachsenen toleriere, so folge daraus noch lange nicht ihre Erhebung zum Grundrecht"* („FR", 26.8.80).

Ein CSU-internes Schreiben zur Argumentationshilfe im Wahlkampf trägt den Titel: *„Für Homosexuelle, Kommunisten und Gewaltverbrecher: Das wahre Gesicht der FDP"* („Hamb. Morgenpost", 3.9.80). Für die CSU sieht das wahre Gesicht der FDP so aus: *„...Antikirchenpapier, Sorge für ungehinderte Entfaltung der Perversitäten, Abbau des Schutzes vor Gewaltverbrechen, Hilfe für Kommunisten zur Unterwanderung des Staatsapparates, Schürung von Unruhen ..."* (DU & ICH, Okt. 80).

In Frankfurt wurde sogar das Ekel persönlich einmal deutlich: *„Toleranz (erfordere) Intoleranz gegen das Böse"*. Wenn's um's Böse geht, da ist er ganz Fachmann: *„Das Böse ist die anarchistische Auflösung von Werten und Ordnungen: wäre etwa staatliche Unterstützung aller Formen des Zusammenlebens einschließlich der homosexuellen Verbindungen, völlige Abtreibungspflicht ..."* („FAZ", 1.9.80).

Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger!

Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger!

Hei., Hamburg
Schwulengruppe des KB

Eine Selbstkritik, die ich nicht unterschreibe. Nochmal zur Beethovenhalle

Unter dem Titel „Beethovenhalle" – die Diskussion geht weiter" erschien in AK 184 eine Selbstkritik der Schwulengruppe des KB. Kritisiert wird ein Nachtrag zur Podiumsdiskussion „Parteien auf dem Prüfstand" in der Bonner Beethovenhalle, der in AK 182 als „Richtigstellung" erschienen war.

„Die ‚Richtigstellung' war zwar eine persönliche Stellungnahme von vier Genoss/inn/en, aber es ist für uns alle ein sattes Armutszeugnis, daß wir vor Rolfs Brief überhaupt nicht dran dachten, diesen Mist öffentlich zu kritisieren." Es ist schon ganz schön happig, daß wir mit der „Richtigstellung" einiges verzerrt bis falsch dargestellt haben, was uns Rolf genau nachgewiesen hat.

Trotzdem unterschreibe ich die Selbstkritik der Schwulengruppe des KB nicht, denn sie schießt an einigen Stellen über ihr Ziel hinaus.

Aber erst einmal zu dem, was wir falsch machten, als wir die „Richtigstellung" herausbrachten. Ich bin nämlich einer der vier, die jenen Artikel unterschrieben hatten.

Im letzten Abschnitt sind wir regelrecht über die Lederschwulen hergefallen. Wir erwähnten sie nur, wenn es um Fast-Prügeleien, CDUler und Polzei geht. Das rückt Lederschwule allerdings in ein falsches Licht. So einheitlich rechts haben sich Lederschwule nicht benommen. Indem wir das aber trotzdem vorspiegelten, schürten wir Vorurteile gegen Lederschwule überhaupt: Vor solchen Leuten sollten sich Lesben und Schwule in Acht nehmen ...

Ähnlich übel ist, daß wir die Leute, die nach Bonn gefahren waren, um was über die Parteien zu erfahren, gründlich übergangen haben. Die hatten natürlich allen Grund, sauer zu sein, weil die Veranstaltung platzte.

Peinlich ist außerdem, daß wir den Veranstalterkreis falsch benannten, die Fernsehsendung „Spätere Heirat nicht ausgeschlossen" als heterroristisch bezeichneten, ohne es zu belegen (Der Name kann doch für sich selbst sprechen).

Hier ist eine scharfe Kritik vollkommen berechtigt, ja nötig. Klar, daß ich die Vorwürfe gegen Lederschwule, wie wir sie in dem Artikel machten, voll zurücknehme.

In der Selbstkritik der Schwulengruppe des KB in AK 184 werden jedoch scheinbar nebenbei Behauptungen gemacht, die ich gar nicht teile.

Es ist doch Spekulation zu schreiben: *„Diese Veranstaltung hätte ein hervorragendes Beispiel werden können, wie wir uns ins Bewußtsein der Hetero-Öffentlichkeit bringen können"*. Tatsächlich zeigten Schwule, wie unsolidarisch sie miteinander umgehen. Und zwar waren das nicht allein die, die störten, die pfiffen, sondern auch die, die Ruhe und Ordnung schaffen wollten. Ein Schwuler holte allerdings die Polizei.

Und was ist so toll daran, wenn Lesben und Schwule eine Podiumsdiskussion mit SPD, FDP, CDU machen (Parteien, die uns unterdrücken), um diese mit unserem *„Elend und den daraus stammenden Forderungen der ‚perversen Minderheit' (zu) konfrontieren?"*

Ob Lesben und Schwule mit Parteien flirten oder nur die Parteien mit Lesben und Schwulen flirten, ist doch nicht so einfach zu unterscheiden. Das kann auch zu einem gefährlichen Spiel werden.

Im Eifer des Gefechts rutschten einige Schnitzer in den Artikel „Beethovenhalle – die Diskussion geht weiter". Da ist von *„schwulen Sektierern und den Provokateuren von der ‚Indianerkommune' und der ‚Oranienstaße'"* die Rede. Im AK war bisher wenig zu lesen, was die „schwulen Sektierer" alles verbrochen haben. Immerhin hat doch wohl kaum jemand Lust, mit Sektierern und Provokateuren zu tun zu haben. Wir sollten mit solchen Vorwürfen vorsichtig sein.

Und was soll das? Es soll ein „Schwulenmotto" sein: „Wird gegen dich gehetzt, so suche dir Menschen, gegen die du selber hetzen kannst."

Ich werde in Zukunft darauf achten, daß mir solche Schnitzer nicht mehr passieren.

U., Schwulengruppe des KB

Kampf um Denkmal für Stonewall Rebellion

New York – Am Ort der historischen Stonewall Rebellion in Greenwich Village soll ein Denkmal der Lesben- und Schwulenbewegung errichtet werden. Freilich ist es noch nicht so weit, denn wohlhabende Anwohner haben eine verlogene Kampagne dagegen eingeleitet.

Auf einer Sitzung der Bezirksversammlung (Community Board No.2) am 8.9. konnten Lesben und Schwule nun ihre Argumente einbringen. So sagte Preston Woods, schwuler Kandidat der Workers World Party im Village; *„Der Kampf der lesbischen und schwulen Menschen für unsere Rechte ist wie der Kampf von Selma und Soweto. Er ist Teil des Kampfes gegen jede Unterdrückung. Wir stehen neben den Schwarzen, Latinos, Indianern, Asiaten und armen Menschen, neben all denen, die ausgebeutet und diskriminiert werden. Und diese Heuchler werden unseren Kampf nicht aufhalten!"*

Viele der reichen Reaktionäre, die sich gegen das Denkmal zusammengetan haben, versuchten ihre schwulenfeindlichen Vorurteile durch schleimige Ausreden zu verdecken wie „Der Park ist zu klein". Nun, in eben diesem kleinen Christopher Street Park haben zahllose Schwulendemos ihren Anfang gehabt und wer den Hansaplatz in Hamburg oder den Stachus in München kennt, weiß, daß dort für so ein Denkmal immer noch Platz ist.

Einer der Sprecher verwies auf die denkwürdigen Tage von 1969 und erinnerte daran, daß er heute noch immer für die gleichen Forderungen auf die Straße gehen müsse, in einer Gesellschaft, die Schwule und Lesben nicht gegen Diskriminierung schütze. (Workers World, 12.9.80)

Über den Ausgang des Denkmalkampfes werden wir berichten, dann hoffentlich mit Fotos der Gedenkstätte.

USA-Kommission

„Der abstoßendste Wahlbeitrag"

AP, München

Die bayerische FDP hat gegen den CSU-Bundestagsabgeordneten Günther Müller eine einstweilige Verfügung wegen einer Wahlanzeige beantragt. In der Anzeige heißt es: „Haschbrüder, Homosexuelle gehören zu den Zielgruppen, bei denen die FDP auf Stimmenfang geht. Zum FDP-Wahlprogramm gehört die Abschaffung der Gesetze gegen den Terrorismus. Generalsekretär Verheugen versprach eine Änderung der Sexualgesetze. In Zukunft wird ein 50jähriger straffrei mit einer Neunjährigen verkehren können und ein 60jähriger mit einem achtjährigen Knaben."

In einer Stellungnahme der FDP hieß es, Müller habe das „traurige Verdienst, den bisher abstoßendsten Beitrag zum Wahlkampf geliefert zu haben".

„Welt", 25.9.80

Kinderarbeit in der BRD

Interview mit H.v.d. Haar, einem der Autoren des Buches „Kinderarbeit in der BRD"

300.000 Kinder – so die Untersuchung von H. und E.v.d. Haar m ü s s e n in der BRD arbeiten, um Lohn zu verdienen. Wir hatten freundlicherweise die Gelegenheit, mit den Autoren des Buches ein Interview zu machen. Es ist unseres Wissens bisher die e i n z i g e und ausführlichste Untersuchung, die sich mit etwas beschäftigt, was es in unserem Lande ja eigentlich nicht mehr gibt und Vorschläge macht, etwas dagegen zu tun.

Elke Stark-von der Haar
Heinrich von der Haar

KINDERARBEIT



in der

BUNDESREPUBLIK

und im Deutschen Reich
Eine Bestandsaufnahme über Ausmaß und Folgen der Beschäftigung von Kindern und über den gesetzlichen Kinderarbeitsschutz
Mit zahlreichen Dokumenten und einer Unterrichtseinheit

Verlag Die Arbeitswelt

Frage: Wie sind Sie dazu gekommen, das Problem der Kinderarbeit in der BRD zu untersuchen? Was waren Ihre Beweggründe?

Antwort: Es gibt zwei Gründe für unsere Untersuchung über die Kinderarbeit in der BRD.

– Zum einen haben wir selber folgenreiche Erfahrungen mit eigener Kinderarbeit gemacht. Wir haben früher selbst gegen Lohn gearbeitet, in der Landwirtschaft, in einer Kerzenfabrik, in einer Wäscherei und in anderen Bereichen.

– Zum anderen sind wir in den 70er Jahren vermehrt auf neue Formen der Kinderarbeit gestoßen. Zu nennen wäre hier die „Probearbeit" von Haupt- und Sonderschülern bei Unternehmern, meist ohne Lohn. Im Zusammenhang mit der beruflichen Perspektivlosigkeit ist auch die Kinderprostitution aktuell geworden, und schließlich muß man hier noch die ausländischen Kinder anführen.

Frage: In welchen Branchen müssen noch heute Kinder arbeiten und in welchem Ausmaß tun sie das?

Antwort: Wir sind in unserer Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß insgesamt mindestens 300.000 Kinder in der BRD gegen Lohn arbeiten.

– 70.000 Kinder tragen Zeitungen
Kinder in der BRD gegen Lohn arbeiten.

– 70.000 Kinder tragen Zeitungen aus. Die Belastung eines Zeitungsjungen darf nicht unterschätzt werden. In der Regel umfaßt ein Zeitungsträgerbereich 80 bis 110 Zeitungsexemplare. Wenn man bedenkt, daß eine Zeitung 100 g wiegt, am Wochenende sogar 500 g, dann ist das für Kinder Schwerstarbeit nach 4 - 5 Stunden Schule und Schulweg und 1 - 2 Stunden Hausaufgaben. Die Zeitungsjungen haben schon mindestens einen 8-Stundentag wie erwachsene Arbeiter.

– Wenigstens 100.000 Kinder arbeiten regelmäßig in der Landwirtschaft gegen Lohn. Vor allem in kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten die Kinder im Alter von 10 - 14 Jahren immer noch mit – z. B. Unkraut bei Rüben und Kartoffeln hacken; das wird aber auch häufig in großen Betrieben noch von Kindern gemacht. Nicht selten werden gleichzeitig Kinder zum Kartoffelsammeln, Unkrautjäten usw. eingesetzt.

Über die zeitliche Belastung der Kinder gibt es leider keine statistischen Angaben; nach eigenen Erfahrungen können wir allerdings sagen, daß viele Kinder schon vor der Schule arbeiten müssen (z. B. Schweine oder Kühe füttern) und nach der Schule wieder, insbesondere während der Erntezeit. Und das nicht nur einige Stunden, sondern häufig bis spät abends, 21 - 22 Uhr, so daß sie vielfach keine Schularbeiten mehr machen können.

– Ein weiterer Bereich der Kinderarbeit ist die Heimarbeit; dieser Bereich wird am meisten totgeschwiegen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß mit den 300.000 erwachsenen Heimarbeitern ca. 50.000 Kinder mehr oder weniger regelmäßig mitarbeiten. Die meisten Heimarbeiter arbeiten in der Schmuck- und Spielzeugherstellung, in der Elektrobranche und der Kunststoffverarbeitung, sowie in der Textilindustrie. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich, daß in Dörfern sehr viele Frauen – häufig auch alleinstehende Frauen – den größten Teil ihres Lebensunterhaltes durch Heimarbeit decken. Mir fällt ein Beispiel ein, wo Frauen 12 Stunden pro Tag Lampenschirme geflochten haben. Dabei haben immer Kinder mitgeholfen und das wieder nicht nur für einzelne Stunden, sondern sofort nach der Schulzeit gings ran und in den Ferien sowieso.

– Jeder kennt den Bereich der Kinderarbeit im Einzelhandel. Hier arbeiten mindestens 30.000 Kinder, in Tante-Emma-Läden, auf Wochenmärkten oder an Verkaufsständen. Häufig handelt es sich scheinbar um einfache Tätigkeiten wie Waren austragen, Botengänge erledigen, Waren auf- und abladen. Allerdings muß man sehen, daß Kinder auch als volle Arbeitskräfte in der Saison arbeiten oder als Lückenbüßer für einzelne Stunden. Nach dem Bericht der Gewerbeaufsicht in Baden-Württemberg arbeitete z. B. ein 12-jähriger türkischer Junge an Markttagen schon ab 5 Uhr; er mußte auf- und abladen und Waren verkaufen. Ein anderes Beispiel: ein Hauptschuldirektor teilte der Gewerbeaufsicht mit, daß der Inhaber eines Lebensmittelgeschäftes nachmittags 10 schulpflichtige Kinder beschäftigte. Das Gewerbeaufsichtsamt ermittelte daraufhin lediglich ein Kind, das zugab, mehrere Wochen gegen Bezahlung in Geschäft und Lager gearbeitet zu haben.

– Sehr überrascht hat uns, daß die Gewerbeaufsicht über sehr viele Beispiele der Kinderarbeit in der Industrie berichtet. Es wird immer wieder fälschlicherweise behauptet, Kinderarbeit gebe es in der Produktion höchstens noch in Familien- oder Kleinstbetrieben.

Wir haben Kinderarbeit vorwiegend in Fabriken der Nahrungsherstellung, der Bekleidung, der Metall- und Holzverarbeitung und in Bauunternehmen festgestellt. Einige Beispiele dazu aus Gewerbeaufsichtsberichten:

– In einem größeren Gerüstbauunternehmen arbeitete ein 11-jähriges Kind täglich von 7 - 18 Uhr mit nur 2 Stunden Pause. Es mußte schwere Bohlen und Werkzeuge auf ein Gerüst schleppen.

– Ein bayerischer Unternehmer ließ 25 Kinder an der Drehbank, an der Schleifmaschine und der Exenterpresse – teilweise sogar ohne Schutzvorrichtungen – im Akkord Rundeisen biegen, bohren, drehen, stanzen; zwei Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren mußten ohne Schutzbrille schweißen.

– In einem Holzverarbeitungsbetrieb wurden 9 Kinder im Alter von 13 -
schweißen.

– In einem Holzverarbeitungsbetrieb wurden 9 Kinder im Alter von 13 - 14 Jahren in den Osterferien mit Lohnsteuerkarte beschäftigt.

– Eine Fotofirma in Hamburg beschäftigte ca. 10 Kinder zum Umpacken von Fotomaterial. Nachgewiesenerweise arbeitete mindestens an einem Tag ein 9-jähriges Kind 8 1/2 Stunden lang. Besonders schlimm in diesem Fall ist, daß eine Frau die Kinder angetrieben hat: Bis dann und dann müßt ihr fertig sein, jetzt wollt ihr schon wieder eine Pause usw. Die Kinder wurden im Stückakkord entlohnt.

– Nicht zu vergessen sind auch die 20.000 Kinder im Werbefernsehen, bei Sportveranstaltungen, im Film, beim Zirkus, sowie die Kinderprostitution.

Frage: Was hat sich am „Einsatz" der Kinder im Laufe der Jahre geändert, in der Art der Arbeit und im Ausmaß?

Zweifellos hat sich das Ausmaß der Kinderarbeit in der BRD allein schon in Folge der technischen Entwicklung verringert. Während in der Weimarer Republik noch sicher mehr als 2.000.000 Kinder gearbeitet haben, und das häufig noch mehr Stunden am Tag als heute, und während in den 50er Jahren allein in der Landwirtschaft sicher mehr als 500.000 Kinder gearbeitet haben, arbeiten heute immerhin noch mindestens 300.000 Kinder.

Die Art der Arbeit hat sich gegenüber den 60er Jahren zum Teil verändert. Abgesehen von den aktuellen Formen wie Probearbeit, Kinderprostitution und Arbeit ausländischer Kinder wäre hier zu erwähnen, daß in den 60er Jahren häufig die Arbeit von Schülern vor allem Gymnasiasten sehr heftig diskutiert wurde. Viele Eltern hatten damals Sorgen, daß die Kinder, die für zusätzliche Anschaffungen, wie z. B. ein Kofferradio, Fahrrad gearbeitet haben, die Schule und das Abitur nicht schaffen würden. Heute sind die Sorgen der Eltern und auch die Gründe, warum Kinder arbeiten gehen, teilweise andere.

Frage: Aus welchen „anderen" Gründen gehen heute Kinder arbeiten, und welche Kinder sind das, die heute schon arbeiten gehen müssen?

Meistens sind es Kinder aus lohnabhängigen Familien mit niedrigem Einkommen: also aus kinderreichen Arbeiterfamilien, aus Heimarbeiterfamilien, aus Familien in denen der Vater arbeitslos ist, aus obdachlosen Familien ...

Es ist doch paradox, daß Kinder, deren Elternteil arbeitslos ist, nun für das Familieneinkommen schuften gehen müssen. In vielen Fällen verdienen Familien so wenig, daß sie sich gezwungen sehen, ihre Kinder arbeiten zu lassen.

Viele Eltern sind aufgrund ihres geringen Einkommens nicht dazu in der Lage, ihren Kindern das nötige Taschengeld zu geben, sodaß sie die Kinder mehr oder weniger auffordern, doch arbeiten zu gehen. Es gibt aber auch Fälle, wo Kinder das verdiente Geld zu Hause abgeben müssen. Weil der Anstieg der Löhne von Arbeitern mit niedrigem Einkommen nicht Schritt gehalten hat mit der Inflation, sehen sich seit Beginn der 70er Jahre immer mehr Eltern gezwungen, durch ihre Kinder das Nötige zum Lebensunterhalt zusammenzukriegen. Die Firma Müller Druck GmbH in Schwandorf duldete z. B., daß Kinder ihren Müttern bei der betrieblichen Arbeit helfen, um deren geringen Lohn aufzubessern.

Die momentane Arbeitslosigkeit führt sogar soweit, daß Kinder umsonst arbeiten gehen. Angesichts der Sorge um einen Ausbildungsplatz, wegen der massenhaften Jugendarbeitslosigkeit, sehen sich viele Kinder gezwungen, für einen Ausbildungsplatz zur „Probe" zu arbeiten.

Ein Schüler der letzten Hauptschulklasse z. B. verdingte sich auf „Probe" bei einem Handwerksmeister in der Hoffnung auf eine spätere Lehrstelle. Der Junge arbeitete so intensiv, daß er den Hauptschulabschluß nicht mehr schaffte. Der Meister daraufhin kühl: Er stelle als Lehrling nur jemand ein, der den Hauptschulabschluß habe.

Die meisten Kinder arbeiten 3 - 4 Stunden täglich zur Probe. Wie kann man danach noch Schularbeiten machen? So wird man durch die Probezeit noch der Chance beraubt, zumindest einen guten Schulabschluß zu machen.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Farthmann bestätigte mehrere hundert Fälle, in denen Fir-

beitsminister Farthmann bestätigte mehrere hundert Fälle, in denen Fir-

men Hauptschüler verbotenerweise zur „Probe"-Arbeit „eingeladen" haben.

Ganz grob geschätzt kann man annehmen, daß sich jedes Jahr etwa 10.000 Abgänger von Haupt- und Sonderschulen zu solchen „Probe"-Arbeiten gezwungen sehen.

Kinder, die auf den Strich gehen, kommen zum großen Teil aus Heimen. Jährlich reißen in der BRD 20.000 Mädchen von zu Hause aus, wovon jede 4. nach einer nordrhein-westfälischen Untersuchung auf den Strich geht. Diese Tätigkeit wird zwar normalerweise nicht als Arbeit betrachtet; wir meinen aber doch, daß es sich hier um eine Lohnarbeit handelt. Schließlich kassiert der Zuhälter gerade bei diesen Kindern häufig 50 bis 75 % des Verdienstes. Häufig kommt noch eine persönliche Abhängigkeit der Kinder gegenüber ihren Zuhältern dazu. In jeder Großstadt gibt es Zuhältergruppen, die sich auf minderjährige Ausreißerinnen spezialisiert haben. Die Spezialbehandlung, die den Mädchen zuteil wird, übersteigt die Klischeevorstellungen von Schauerromanen: so wurde ein 14-jähriges Mädchen von einem Zuhälter in München krankenhausreif geschlagen, weil es zu seinen Eltern zurückwollte. Einem anderen 14-jährigen Mädchen zertrümmerten ihre „Beschützer" einen Aschenbecher auf dem Kopf, um sie gefügig zu machen.

Frage: Worin sehen Sie die Gründe, daß Kinder auf dem Strich arbeiten gehen?

Sicherlich nicht darin, daß die Kinder egoistisch und geldhungrig sind, wie immer wieder behauptet wird. Wir sind in unserer Untersuchung vieler Einzelfälle zu dem Schluß gekommen, daß es eher an der fehlenden Berufs- und Lebensperspektive



Foto aus dem Buch „Kinderarbeit ..."

und an dem fehlenden Halt der Kinder liegt. Gerade Haupt- und Sonderschülern, vor allem aber den Heimkindern bietet diese Gesellschaft keine Zukunft. Die Kinder, die in den Heimen meistens verwahrt und tagtäglich gedemütigt werden, ahnen, daß auch sie bald zu dem Heer der arbeitslosen Jugendlichen gehören werden. Daß sie da nicht einsehen, wozu sie im Heim bleiben oder lernen sollen, ist verständlich. Ebenso verständlich ist, wenn sie flüchten in eine Welt, die ihnen wenigstens kurzfristig Erfolg und Lebensunterhalt verspricht – auch wenn sie damit vollends in das soziale Elend abrutschen. Unverständlich ist jedoch, daß Unternehmer diese Misere rücksichtslos ausnutzen und daß der Staat die Kinderprostitution weitgehend verschweigt.

Frage: Welche Schäden haben Sie in Ihrer Untersuchung als Folge der Kinderarbeit feststellen können? Es wird immer betont, daß die Kinderarbeit den Kindern Spaß macht und ihnen auch positive Lernerfahrungen vermittelt.

Die Kinderarbeit kann den Kindern manchmal auch Spaß machen. Die lohnabhängige Kinderarbeit, um die es jedoch hier geht, ist in den meisten Fällen monoton und stumpfsinnig, sodaß die Kinder in ihrer körperlichen, aber auch in ihrer sozialen und geistigen Entwicklung erheblich gestört werden können.

Kinder im Wachstumsalter tragen durch regelmäßige, große Belastungen, wie es der 8-Stunden-Tag für sie darstellt, bleibende Gesundheitsschäden davon. In vielen dokumen-

gen, wie es der 8-Stunden-Tag für sie darstellt, bleibende Gesundheitsschäden davon. In vielen dokumen-

tierten Fällen führt die Kinderarbeit, vor allem, wenn es sich dabei um Nacht- oder Akkordarbeit handelt, zu dauernden, häufig lebenslangen Schäden, vielfach Skelettschäden wie z. B. Rückgratverkrümmungen.

Über den normalen Streß und über die psychische Belastung gibt es leider keine Untersuchungen. Bekannt sind allerdings viele Fälle von Kinderarbeit, wo es zu schweren Unfällen gekommen ist.

So verunglückten 1978 in der BRD 16 Kinder, davon 9 unter 10 Jahren, bei ihrer Erwerbsarbeit tödlich. In der Landwirtschaft verunglücken ca. 5000 Kinder pro Jahr.

Sehr unfallgefährlich ist die Kinderarbeit an Maschinen:

– Ein 9-jähriger bediente die Schrotmühle; er wurde vom Treibriemen erfaßt und schwer verletzt. Ein 12-jähriger versuchte, sperrige Garben beim Dreschen zurechtzurücken; er versuchte dies vom Messerschutzkasten aus und geriet dabei in den Kasten: ein Bein wurde ihm dabei abgehäckselt.

– 2 Kinder eines italienischen Arbeiters wurden in einem metallverarbeitenden Betrieb an einer hydraulischen Kalibrierpresse beschäftigt, an der die vorgeschriebenen Sicherheitseinrichtungen nicht existierten. Der Jüngere, ein 10-jähriger, verlor dabei die Hälfte des Zeige- und Mittelfingers der rechten und den halben Zeigefinger der linken Hand.

– Ein 14-jähriger wurde zum Betanken und Einseifen der Wagen vor Einfahrt in die Waschstraße eingesetzt: Der Schüler versuchte einen Wagen, der schon von der Transportkette gezogen wurde, zurückzuschieben, weil sich eine Waschbürste nicht in die Normalstellung einstellte; dabei geriet er in die transportierende Gleiskette, sodaß ihm der Fuß oberhalb des Knöchels amputiert werden mußte.

Die Gewerbeaufsicht berichtet immer wieder von Fällen der Kinderarbeit, wo Unfälle passiert sind. In den meisten Fällen kommt nämlich die Kinderarbeit nur ans Tageslicht, wenn es zu einem Unfall gekommen ist.

Frage: Wenn man von solchen erschreckenden Folgen der Kinderarbeit hört, drängt sich einem die Frage auf, wie der gesetzliche Schutz der Kinder aussieht und ob er ausreicht?

Im Unterschied zu früher, vor der Reform – der sogenannten Reform – des Jugendarbeitsschutzgesetzes von 1976, wo die Kinderarbeit lediglich „gelegentlich" erlaubt war, ist sie heute sogar r e g e l m ä ß i g erlaubt, und zwar 2 - 3 Stunden für über 13-jährige Kinder für bestimmte Tätigkeiten: Austragen von Zeitungen, Erntearbeiten, Handreichungen beim Sport.

Das neue Gesetz ist durch einen Widerspruch charakterisiert: einerseits ist Kinderarbeit grundsätzlich verboten, andererseits bieten die Ausnahmen einen so weiten Spielraum, daß das Gesetz keine wirksame Handhabe bietet, gegen Kinderarbeit vorzugehen. Wenn die Kinderarbeit 2 Stunden erlaubt ist, dann wird der Gewerbeaufsichtsbeamte nicht feststellen können, wie lange das Kind schon gearbeitet hat, ob 4 Stunden oder eben nur 2.

Zum anderen ist die Kinderarbeit ja erlaubt, wenn die eigenen Kinder zum Beispiel im Unternehmen der Eltern arbeiten, was z. B. bei kleineren Betrieben in der Bauwirtschaft, im Handel, nicht zu vergessen in der

Eltern arbeiten, was z. B. bei kleineren Betrieben in der Bauwirtschaft, im Handel, nicht zu vergessen in der

Landwirtschaft immer noch eine große Rolle spielt.

Erlaubt wurde durch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz auch die Kinderarbeit im Werbefernsehen, die vorher gänzlich verboten war.

Frage: In Ihrem Buch schreiben Sie, daß Recht und Rechtswirklichkeit erheblich auseinanderklaffen, also, daß diese gesetzlichen Regelungen ständig unterlaufen werden.

Daß das gelockerte Kinderarbeitsverbot massenhaft unterlaufen wird, hängt einerseits damit zusammen, daß wegen der geringen Entlohnung der Kinderarbeit Unternehmer sehr hohe Gewinne machen können, zum anderen sind die Kinder sehr gefügig, da sie nicht auf Schutzrechte pochen können.

Die massenhaften Verstöße hängen aber auch damit zusammen, daß kaum Kontrollen stattfinden. Die Gewerbeaufsichtsämter beklagen sich zu Recht immer wieder darüber, daß sie zu wenig Personal für die Kontrollen haben. Z. B. München mit ca. 2 Millionen Einwohnern hat nur 2 Beamte, die sich mit Kinderarbeit befassen, und das nur nebenher.

Außerdem werden Kontrollen häufig schon vorher bekannt; die Unternehmerverbände teilen dies den Unternehmern per Rundschreiben mit, sodaß sie die Kinder rechtzeitig nach Hause schicken können.

Die effektivste Kontrolle, die es gegeben hat, nämlich in den 60er Jahren die sog. Schullisten, sind abgeschafft worden. Bis 1964 waren alle Kultusministerien dazu verpflichtet, Schullisten zu führen. Die Lehrer hatten die Kinder über ihre Kinderarbeit zu befragen. Das Ergebnis wurde in die Schullisten eingetragen, die die Gewerbeaufsichtsämter dann

ausgewertet haben. Nach Einstellung der Schullisten sank die offizielle Zahl der gemeldeten Fälle von Kinderarbeit rapide.

Ein weiterer Grund, daß in Krisenzeiten wie 74/75 die Anzahl der offiziell gemeldeten Verstöße immer weniger wird, liegt an den Drohungen der Unternehmer, bei wirksamen Kontrollen Ausbildungsplätze zu verringern. Die Gewerbeaufsichtsämter „verzichten" aus diesem Grunde dann zum Teil auch auf Kontrollaktionen. So schreibt z. B. die Gewerbeaufsicht Rheinland/Pfalz: „*Um im Zeichen hoher Jugendarbeitslosigkeit ungünstige Auswirkungen auf die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer zu vermeiden, stand im Vordergrund der gewerbeaufsichtlichen Tätigkeit die Information, die Aufklärung und Beratung der Jugendlichen und Arbeitgeber. Bei etwa festzustellenden Verstößen sollte, sofern es sich nicht um schwerwiegende Fälle handelte, sehr sorgfältig geprüft werden, ob die Zielsetzung des Gesetzgebers nicht besser durch Ermahnung des Arbeitgebers und entsprechender Nachkontrolle erreicht werden kann. Nur bei gravierenden Verstößen war ein Bußgeldverfahren einzuleiten.*"

Die geringen Kontrollen führen dazu, daß die bekanntgewordenen Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz in sehr geringem Umfang, höchstens 5 %, registriert werden.

Frage: Sie haben im Laufe des Interviews schon mehrmals über schwere Unfälle, zum Teil sogar tödliche Unfälle, bei der Kinderarbeit berichtet. Wie werden diese Verstöße gegen das Kinderarbeitsschutzgesetz geahndet bzw. wieviel „Buß"geld müssen die, die Kinder als Arbeitskräfte einsetzen, im Durchschnitt zahlen?

Da überwiegend die schweren Verstöße bekannt werden, müßte man annehmen, daß sie mit hohen Geldstrafen oder mit Gefängnisstrafen geahndet werden, wenigstens nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz. Denn dort heißt es: „*Wer vorsätzlich ein Kind beschäftigt und ein Kind in Gesundheit oder Arbeitskraft gefährdet, wird mit einer Geldstrafe bis zu 20.000 DM oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Wer fahrlässig handelt, wird mit Geldbuße oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.*"

Dieser Strafrahmen wird aber in keinster Weise ausgeschöpft. Man kann sogar sagen, daß der Gesetzesbruch der Unternehmer durch milde Urteile und in vielen Fällen sogar durch Einstellung des Verfahrens begünstigt wird.

Die Staatsanwaltschaft sah z. B. in einem Fall, in dem ein 15-jähriges Mädchen über 22 Uhr hinaus in einer Gaststätte (mit Schulversäumnissen) beschäftigt ist, eine Gefährdung als nicht gegeben an und stellte das Verfahren ein.

In einem anderen Fall erstattete das Gewerbeaufsichtsamt Anzeuge gegen einen Subunternehmer, der ein 13- und ein 14-jähriges Kind, einen 17-jährigen Jugendlichen und eine 22-jährige Erwachsene von 22 Uhr bis 6 Uhr mit Akkordarbeit beschäftigt hatte. Der Arbeitgeber, schon mehrmals vorbestraft, wurde vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 300 DM verurteilt.

In Berlin-West kamen alle Unternehmer bei 58 Verstößen, die von 1976 - 79 registriert worden sind, im schlimmsten Falle mit einer Geldbuße davon. Es wurden 28 Geldbußbescheide und 4 Verwarnungen mit Verwarnungsgeld erlassen. Die Geldbußen schwankten zwischen 30 DM und 1125 DM. Im Durchschnitt kostet es also den Unternehmer, der Kinder ausbeutet, und dabei zufällig entdeckt wird, lediglich 224 DM. Diese geringe Gebühr nennt sich „Buß"geld.

Die Behörden legitimieren diese Situation noch durch das Ausstellen von Lohnsteuerkarten, ohne daß sie die jeweilige Aufsichtsbehörde unterrichten. So stellte z. B. eine Gemeinde in Bayern für 13 Kinder von 30, die in einer Spielwarenfabrik arbeiteten, Lohnsteuerkarten aus. Es liegt auf der Hand, daß Unternehmer diese Situation ausnutzen und die Ansicht vertreten, Kinderarbeit sei legal, wenn ordnungsgemäß Lohnsteuerkarten vorgelegt werden können.

Behörden dulden und organisieren sogar auch in anderen Bereichen Kinderarbeit. Die Jugendämter in den Großstädten vermitteln, wie in den 50er Jahren, heute noch Pflegekinder in Familien in kleineren Dörfern. Im Vogelsbergkreis lebten 1979 z. B. 66 Berliner Kinder, die vom Jugendamt dorthin vermittelt worden waren. Das Jugendamt in Westberlin betont, daß es immer genug Familien gibt, die bereit sind, Kinder aufzunehmen. Die „Frankfurter Rundschau" berichtete dazu, daß dem Jugendamt solche Familien besonderen Kummer bereiten, die die 550 DM pro Monat Pflegegeld, die es pro Kind gibt, als günstigen Nebenerwerb betrachten. Gerade im landwirtschaftlichen Raum käme es oft auf einen Esser mehr nicht an und eine billige Arbeitskraft werde in der Landwirtschaft immer gebraucht, weiß Frau Wenzel vom Berliner Jugendamt zu berichten. Dieser Passus im Artikel der „FR" läßt die Vermutung zu, daß sich seit 1956 nicht viel geändert hat. („Hütekinder" Buch S. 48/ 1. und 2. Absatz).

Frage: Früher war der Kampf gegen die Kinderarbeit ein Schwerpunkt im Kampf der Arbeiterbewegung. So bekannte Leute wie Zetkin, Dunker und auch Hoernle haben den Kinderschutz propagiert und auch dafür gesorgt, daß durch eigene Recherchen den zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit klargemacht wurde, wie die Lage der arbeitenden Kinder aussieht. Wie steht Ihrer Meinung nach die Arbeiterbewegung bzw. die Linke zum Problem der Kinderarbeit?

Teile der Arbeiterbewegung und nahezu die gesamte akademische Linke hat leider das Problem der Kinderarbeit in den 60er und 70er Jahren nahezu völlig unberücksichtigt gelassen.

Es gibt zu dem Komplex keine wissenschaftlichen Untersuchungen.

Nur sehr selten, und wenn, dann höchstens in einer Gewerkschaftszeitung wie der „ran", fanden sich Meldungen über grobe Mißstände im Bereich der Kinderarbeit.

Die Vernachlässigung dieses Problembereichs in den 60er und 70er Jahren hängt offensichtlich mit dem sog. Wirtschaftswunder zusammen. Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut, Jugendarbeitsschutzprobleme usw. haben zwar immer existiert, sind aber damals teilweise aus dem Blickfeld geraten. Es ist unbedingt nötig, daß dieses scheinbar gesellschaftliche Randproblem Kinderarbeit aufgearbeitet wird. Dazu gehören auch die aktuellen Entwicklungen in der Kinderarbeit.

Frage: Was ist Ihrer Meinung nach nötig, um die desinteressierte Haltung den arbeitenden Kindern gegenüber aufzubrechen und welches sind Ihre aktuellen Forderungen, um die Situation dieser Kinder zu verbessern?

Es ist nötig, daß die Ankündigungen der Gewerkschaften, wieder im Bereich der Kinderarbeit und insbesondere im Bereich der Probearbeit aktiv zu werden, umgesetzt werden.

Sowohl die Kinder als auch die Eltern müssen verstärkt über die gesundheitlichen, bildungsmäßigen und sozialen Folgen der Kinderarbeit informiert werden. In diesem Zusammenhang ist der Kampf für höhere Löhne der Eltern einerseits und für Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen andererseits sehr wichtig, damit der Kinderarbeit generell der Boden entzogen werden kann.

Es empfielt sich, daß die sog. Schullisten über Kinderarbeit, die die Art der Tätigkeit, Dauer der Arbeit und Arbeitgeber usw. festhalten, wieder erstellt werden, und daß der Staat verpflichtet wird, mindestens einmal jährlich über den Umfang der Kinderarbeit zu berichten.

Bei Verstößen müssen höhere Strafen verhängt werden, dazu ist eine konsequente Auslegung der Strafbestimmungen im Interesse der Kinder nötig.

Frage: Wie sollen die letzten Forderungen bzw. ein wirksamerer Kinderschutz überhaupt durchgesetzt werden?

In einzelnen Fällen haben Gewerkschaftskollegen und Lehrer Kinderarbeitsfälle aufgedeckt. Es ist nötig, daß solche Fälle öffentlich gemacht werden, daß die Namen der Unternehmer benannt werden und die Gewerbeaufsicht eingeschaltet wird.

Ein wirksames Kinderarbeitsverbot kann nur durchgesetzt werden, wenn Kollegen aus Berufen und Branchen, in denen viele Kinder beschäftigt sind, sich kontinuierlich dem Kinderschutz widmen und mit der Jugendvertretung und dem Betriebsrat zusammenarbeiten.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn Organisationen, wie der Kinderschutzbund oder terre des hommes und andere, dieses Problem der Kinderarbeit aufgreifen und darüber berichten, sowie Kinder, die durch die Kinderarbeit geschädigt sind, unterstützen.

Ähnliches empfielt sich auch für Lehrer oder für die GEW insgesamt. Die Behandlung des Themas Kinderarbeit in der Schule, darf sich nicht beschränken auf Kinderarbeit im letzten Jahrhundert bzw. auf Kinderarbeit in der 3. Welt, sondern sollte auch die Problematik in der BRD behandeln.

Ich kann aus eigener Erfahrung davon berichten, daß ein großer Teil der Schüler, im Durchschnitt etwa ein Drittel, umfangreiche Erfahrung mit geleisteter Kinderarbeit gemacht hat. Schüler haben mir viele grobe Verstöße gegen das Kinderarbeitsschutzgesetz erzählt. Alle Lehrer usw. sollten ihre Schüler dazu befragen. (Ergebnisse können an H.v.d. Haar geschickt werden, der eine Dokumentation über Kinderarbeit in den 80er Jahren plant – Anm.AK).

Frage: Welche Einwände bekommen Sie zu hören, wenn Sie für einen besseren und konsequenteren Kinderarbeitsschutz eintreten?

Gegen ein effektives Kinderarbeitsverbot wird häufig eingewandt, warum eigentlich Kinder und Jugendliche nicht das Recht haben sollten, zu arbeiten, warum es ihnen qua Gesetz verboten werden sollte. Diese Leute beklagen sich oft darüber, daß die Kinder häufig gesehen werden als noch-nicht-Erwachsene, die eben geschont oder gar rausgehalten werden müssen aus dem sog. bösen feindlichen Leben. Diese Position betont, daß Arbeiten auch Erfahrung von Verantwortung und Selbstdisziplin ist, und daß deshalb auch Kindern, die das ja auch lernen sollen, die praktische Erfahrbarkeit nicht verwehrt werden dürfe, zumal unser jetziges Schulsystem die Arbeitswelt nur literarisch vermittle.

Diese Position müßte nachweisen, daß Kinder durch diese Lohnarbeit wirklich etwas lernen können. Schließlich handelt es sich ja bei der Kinderarbeit überwiegend um monotone, stupide Arbeiten, die für eine allseitige Entwicklung der Kinder denkbar schädlich sind. Da ist den Kindern mehr durch ausgedehnte Betriebserkundungen und Praktika in großen Industriebetrieben unter Anleitung und Kontrolle der Schule und Gewerkschaften in Anlehnung an den polytechnischen Unterricht geholfen, als durch regelmäßige Lohnarbeit unter Obhut von mittleren und Kleinunternehmern, bei denen häufig nicht mal eine Jugendvertretung oder ein Betriebsrat existiert.

Die Position, daß die Kinder das Recht haben sollten zu arbeiten, und zwar mit Bezahlung, damit sie auch Erfahrung von eigenständiger Verantwortung und Selbstdisziplin haben können, unterstellt, daß die Kinder sich frei entscheiden könnten. Dies ist jedoch doppelt falsch. Einerseit müssen sie arbeiten, weil sie von den Eltern kein Taschengeld bekommen oder das Familieneinkommen verbessern müssen usw.; andererseits läßt ihnen der Unternehmer keinen Spielraum zur Entwicklung von Verantwortung im Betrieb. Insofern haben sie keine Freiheit.

Ich frage Sie also, wer muß hier Verantwortung lernen: die Kinder? Oder eine Gesellschaft die ihre Kinder zur Akkordarbeit, Nachtarbeit, Prostitution und zum sogenannten Kadavergehorsam erzieht?

AK: Ich danke Ihnen für das Interview.

Hinweis: Sämtliche Beispiele stammen aus dem Buch von H. v.d. Haar „Kinderarbeit".

Kinderkommission Bremen/Hamburg

Elke Stark-von der Haar
Heinrich von der Haar
Kinderarbeit in der Bundesrepublik und im Deutschen Reich
Eine Bestandsaufnahme über Ausmaß und Folgen der Beschäftigung von Kindern und über den gesetzlichen Kinderarbeitsschutz
Mit zahlreichen Dokumenten und einer Unterrichtseinheit
176 Seiten
DM 14,80
ISBN 3-88114-224-X

Zum Nutzen der Pharmaindustrie

Menschenversuche an Säuglingen in der Kieler Universität

„*...Es handelt sich um Kinder mit gesunden Nieren im Alter von vier bis zehn Monaten bzw. zwei bis vier Jahren, die kurz vor ihrer Entlassung aus der Klinik standen und mindestens 24 h vor der Carbenicillin-Gabe kein anderes Antibiotikum bekommen hatten*".

Was hier, 1971, in der Zeitung „Arzneimittelforschung" beschrieben wird ist ein Menschenversuch an den wehrlosesten Opfern, die man sich für derlei „Handwerk" aussuchen kann: an Säuglingen und Kleinkindern. Es war nicht der einzige, den der Medizinprofessor Claus Simon und andere Kieler Mediziner in den vergangenen Jahren vorgenommen haben. Die „Fachwelt", d.h. die Halbgötter mit dem hohen Berufsethos, wunderten sich nicht über die in zahlreichen Fachzeitschriften dargestellten Forschungsmethoden der Kollegen aus Kiel, genauso wenig wie die „Forscher im Dienste des Menschen" in den Pharmakonzernen – die hatten ihren Nutzen von den Ergebnissen der Versuche.

Zu weit gingen die Versuche des Prof. Simon lediglich zwei anderen Medizinprofessoren aus Kiel, die intern scharfen Protest einlegten. **Öffentlich bekannt wurde der Skandal an der Uniklinik erst Ende August durch die FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Jahre zu spät!**

Die Universität, vertreten durch einen CDU-Bundestagskandidaten, beeilte sich mitzuteilen, daß von Menschenversuchen nicht geredet werden könne. Auch sei all das, was der Prof. Simon u.a. sich zusammengeforscht hatten, ausgesprochen legal gewesen. Das Kultusministerium ist der gleichen Ansicht.

Die Versuche des Prof. Simon

Keinesfalls Menschenversuche, sondern ganz legale Untersuchungen im Rahmen des ärztlichen Heilauftrages warem demnach u.a. folgende „Forschungsvorhaben", die in Kiel durchgeführt wurden:

– Die Erprobung des neuen Antibiotikums „Cephalexin" an Erwachsenen und Kindern, über die Simon im Oktober 1970, also vor genau 10 Jahren in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" berichtete. Erprobt u.a. an 45 Kindern zwischen drei Wochen und zwölf Jahren. Die Versuchspersonen bekamen dieses Medikament nur einmal, was für die Behandlung von Infektionen ungewöhnlich ist. Sie bekamen auch nur ein Viertel der Menge, die als sichere Tagesdosis gilt, d.h. gegen die Krankheit sicher wirkt.

Im Bericht über das Medikament findet sich kein Hinweis, gegen welche Infektion das Antibiotikum denn nun helfen soll. Umso mehr Raum nimmt allerdings die Schilderung ein, welche Konzentration des Mittels bei acht Blutentnahmen nach Verabreichung vorgefunden wurde. Die Ergebnisse des Aufsatzes finden sich in der Ärzteinformation der Pharma-Konzerne Hoechst/Glaxo und Eli Lilly über neu auf den Markt gebrachte Präparate wieder („Spiegel", 35/1980).

– Versuche mit „Gentamicyn", über die Simon u.a. 1973 berichtete. Bei diesem Medikament (das wird am Anfang des Berichtes erwähnt) war bekannt, daß bei Säuglingen mit einer schweren Enteritis (eine Darmerkrankung) angesichts mangelnder Funktionsfähigkeit der Nieren bei hoher Dosierung „unerwünschte Nebenwirkungen" auftreten können. Der „Stern" nennt gar die Gefahr der Taubheit. Trotzdem wurde das Medikament an 12 Säuglingen und Kleinkindern im Alter von 14 Tagen bis 4 Jahren ausprobiert, um herauszubekommen, daß hohe Dosen dieses Mittels bei mangelhaft funktionierenden Nieren zu einer giftigen Konzentration im Blut führen können (nach einem Gutachten von Prof. Samson).

– Versuche mit Naxilidinsäure, über die eine Doktorarbeit von 1971 berichtet. Darin wird vorab dargestellt, daß schon schwere Nebenwirkungen dieses Mittels festgestellt worden seien: gehäuftes Erbrechen, Drucksteigerung im Gehirn, Vorwölbung der Fontanelle (der noch nicht durch Knochen abgeschlossenen Stelle eines Säuglingskopfes), Klaffen der Schädelnähte. Auch an der Uni Kiel war das Mittel in früheren Jahren angewandt worden; bei 17 von 101 Kindern traten z.T. schwere Nebenwirkungen auf. Trotzden durfte das Mittel noch einmal an 47 Kindern, darunter 35 Säuglingen, ausprobiert werden.

– Verbunden sind solche Versuche mit häufigen Blutabnahmen, um die Konzentration der Antibiotika im Blut festzustellen. Säuglinge und Kleinkinder müssen das bis zu 16 mal in 10 Stunden über sich ergehen lassen, wobei – so menschenfreundlich ist man in Kiel – die Schnittwunde mit einem Mittel offen gehalten wird, um nicht immer wieder neu zustechen zu müssen.

– Ein Versuch mit „Clindamyzin", über den 1972 aus Kiel berichtet wurde, wurde „nur" an erwachsenen Versuchspersonen ausgeführt. Den „Forschern" (Brandl, Arkenau u.a.) war unklar, ob dieses Medikament bei Patienten mit eingeschränkter Leberfunktion eingesetzt werden könne; also wurde es an Menschen mit einer Lebererkrankung ausprobiert! Ergebnis: die Anwendung ist zu gefährlich, man solle ein anders Antibiotikum anwenden.

Ergebnis der Forschungen in Kiel ist u.a. das „Standardwerk" „Antibiotika-Therapie in Klinik und Praxis" von Prof. Simon, über das sich z.B. der Arzneimittelkonzern Sharp & Dohme so freute, daß er es fast allen westdeutschen Ärzten zuschickte.

Kritik, aber keine Öffentlichkeit

Wie erwähnt, wurde die Forschung von Prof. Simon zwei Kollegen von der Uni zu arg.

1974 bemängelte der Dekan (so eine Art Vorsitzender) des Fachbereiches Medizin der Uni, daß für die Versuche im Rahmen einer Doktorarbeit „*eine Einwilligung der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten nicht eingeholt wurde. Ich muß sie von Rechts wegen darauf hinweisen, daß die Durchführung solcher Untersuchengen unzulässig ist*".

1976 schrieb der Promotionsausschuß, der für Doktorarbeiten zuständig ist: „*Bei der Mehrzahl Ihrer bisher vergebenen Themen wenden sie Antibiotika beim Menschen ohne Indikation an. Derartige Untersuchungen fallen unter die Deklarationen von Helsinki bzw. Tokio*". Diese Deklarationen des Weltärztebundes setzen Grenzen für Arzneimittelversuche, sie untersagen z.B. die klinische Prüfung von Arzneimitteln an Kindern, sofern diese Mittel nicht unbedingt zur Heilung der Kinder erforderlich sind („*ohne zwingende Indikation*"). 1978 griff die Kommission erneut einen Menschenversuch an: „*Der Einsatz gesunder Versuchspersonen und das mit der Infusion hoher Penicillindosen verbundene Risiko ist daher im Zusammenhang mit Ihrer Fragestellung wohl kaum zu verantworten*".

Mehr als zwei Jahre nach diesem letzten kritischen Brief erfährt die Öffentlichkeit von den Versuchen. Offenbar läßt es sich munter ins Blaue forschen an westdeutschen Unikliniken, bis Skandale ans Licht kommen.

Was ein Medizinprofessor macht, kann kein Unrecht sein!

Das ist kurz zusammengefaßt die Reaktion von Uni und Kultusministerium auf Fragen nach den Menschenversuchen. Das Ministerium erklärte, es sei tatsächlich bei einigen Antibiotika auch Kindern Blut abgezapft worden, um die richtige Dosierung für diese Altersstufe herauszubekommen. Dies sei jedoch regelmäßig „*im Rahmen einer notwendigen ärztlichen Behandlung*" geschehen. Wieso dann Kinder kurz vor ihrer Entlassung,
nach 24 Stunden ohne Antibiotika, mit einem Mittel gegen schwere infektiöse Verbrennungen „ärztlich notwendig behandelt" worden sind (s. Anfang dieses Artikels) oder wieso Kindern nur einmal ein Medikament und dann nur in einer geringeren als der „sicheren" Dosis gegeben wurde (s.o. „Cephalexin"), bleibt dem medizinischen Laien schleierhaft. Nun, genau das führt die Uni auch gegen Kritiker ins Feld: Solche Vorwürfe kämen eben heraus, wenn Laien medizinische Bücher lesen!... Eine ausbaufähige Argumentation: Prof. Kaltefleiter sei daran erinnert, daß nach 1945 auch Laien über die Nazi-Ärzte zu Gericht gesessen haben. Vielleicht ist da auch ein falsches Bild entstanden?

Ein besonders wunder Punkt ist für Ministerium und Uni, daß die Eltern der Kinder keine Einwilligung zu irgendwelchen Versuchen oder häufigen Blutentnahmen zu Versuchszwecken gegeben haben, sondern nur zu allen Maßnahmen, „*die zur Klärung und Behandlung der Krankheit notwendig sind*". Nach Meinung des Ministeriums reichte diese Einwilligung. Ein von der FDP in Auftrag gegebenes Gutachten sieht das anders. Dies kommt nach Durchsicht von 61 Arbeiten zu dem Ergebnis, das einzelne Maßnahmen nicht zur Heilung der Krankheit notwendig waren, sondern Versuchscharakter trugen. Darüber hätten die Eltern gesondert aufgeklärt werden und ihre Einwilligung geben müssen. Desgleichen zu Blutentnahmen, die über das zur Heilung notwendige Maß hinausgehen – was in einigen Fällen dem Gutachten zweifelsfrei festzustehen scheint. Ob allerdings juristische Konsequenzen folgen, erscheint noch sehr zweifelhaft. Uni und Ministerium stehen nach wie vor zu ihrem Professor.

Kinderkommission Hamburg

Ein Entlassener berichtet vom Streik:

SEW-Schlägerbande gegen Arbeiter

Am 18.9. 1980 begann im Westberliner Teil des DDR-Betriebs „Deutsche Reichsbahn" ein Streik. Ausgelöst wurde er auf dem Container-Bahnhof „Hamburg-Lehrter-Bahnhof". Vorausgegangen waren Unmutsäußerungen der dort Beschäftigten über die neuen Lohnmaßnahmen der DR. Diese sahen zwar leichte Lohnerhöhungen vor, doch waren sie im Verhältnis zu den Preissteigerungen viel zu niedrig. Durch den geplanten Abbau von Nachtschichten und dem damit verbundenen Wegfall von Schichtzula-



gen ergab sich sogar eine reale Lohnsenkung von 70-90 DM im Monat. Des weiteren wurde die hohe Anzahl von Überstunden (bis zu 140 im Monat, bis zu 1000 im Jahr) kritisiert. Der Lohnabzug im Krankheitsfall und im Urlaub sowie der fehlende Kündigungsschutz kamen noch hinzu. Am 17.9. zündete dann der Funke. Nach der Frühstückspause gingen die Beschäftigten des Container-Bahnhofs nicht gleich wieder an die Arbeit, sondern besprachen die neue Lage. Die Arroganz des Dienststellenleiters, der die Eisenbahner als „Wichtigtuer" und „Dummköpfe" beschimpfte und der verlangte, sie sollten gefälligst arbeiten gehen, gab dem Ganzen den Rest. Einer sagte etwas von Streik. Darauf der Leiter der Dienststelle: ihr paar Männekens? Am anderen Morgen ruhte dann in West-Berlin der Güterverkehr. Am nächsten Tag brach der S-Bahn-Verkehr zusammen, die ersten Angehörigen von technischen Dienststellen schlossen sich an. Am Freitag, den 19.9., rollte außer dem Personenfernverkehr gar nichts mehr.

rollte außer dem Personenfernverkehr gar nichts mehr.

Am 18.9. reagierte die Reichsbahndirektion schon auf den Streik: Sie erklärte alle Beteiligten, die nicht in 20 Minuten wieder die Arbeit aufnehmen würden, für entlassen. Außerdem drohte sie jedem, der am 18.9. um 15Uhr an der Vollversammlung teilnehmen würde, mit Rausschmiß. Dennoch kamen am Nachmittag ca. 500 Leute zusammen und wählten ein Streikkomittee. In dieses Streikkomittee wurde von jeder Diensstelle ein Vertreter gewählt (insgesamt 20). Es wurden auch schon die Entlassungen gezählt, zu diesem Zeitpunkt waren es 18.

Vom Streikkomittee wurden dann die folgenden Forderungen formuliert und von der Vollversammlung angenommen (siehe nebenstehenden Kasten). Viele blieben nach Beendigung der Vollversammlung gleich im Betrieb, da es hieß, Bahnpolizei wolle in der Nacht den Bahnhof räumen; die Nacht verlief aber ruhig. Am nächsten Tag wurden dann die Streikposten auf verschiedenen Stellwerken verstärkt, die Presse meldete sich, die RBD kappte das bahninterne Telefonnetz, es blieb nur das Postnetz übrig. Dafür bauten uns Westberliner C-B-Funker ein Nachrichtennetz auf, und es wurde ein Kurierdienst eingerichtet. Die Bahnpolizei verhielt sich an diesem Tag noch ruhig. Auch der folgende Tag verlief noch ruhig, wenn man von der Presse absieht, die den ganzen Tag herumschwirrte, sowie den Delegationen aus Schulen und Betrieben und den Privatpersonen, die uns Solidaritätsgrüße, Geld und Sachspenden (Lebensmittel) brachten. Das konnten wir auch gut gebrauchen, da wir natürlich keine Streikkasse hatten (für den DDR-Gewerkschaftsbund FDGB gibt es keinen Streik und demzufolge auch keine Streikkasse). Die spontane Solidarität der Westberliner war übrigens großartig. Offensichtlich wurde vielen erst jetzt klar, daß es die „Reichsbahn" überhaupt gibt, und daß es eben kein „finsteres kommunistisches Verschwörernest" ist, sondern ein Betrieb mit normalen Durchschnittsbürgern.

Am Abend des 19.9. reagierte die RBD zum ersten Mal öffentlich auf die Forderungen der Streikenden. Die DDR-Nachrichtenagentur ADN berichtete, daß **„einige Gruppen von Terroristen und Provokateuren"** den Bahnbetrieb in Westberlin störten und dabei von Westberliner Behörden unterstützt würden. Die Empörung unter den Streikenden war gewaltig.

Diejenigen, die bis dahin noch Mitglieder der SEW waren, schmissen ihr Parteibuch endgültig weg. In einem Haus in der Nachbarschaft, in dem bis dahin alle Bewohner Mitglieder in der SEW waren, wohnte am anderen Morgen kein SEW-Mitglied mehr.

Am 20.9. abends wurde dann das letzte Druckmittel eingesetzt. Durch einige geschickte Manöver wurde die Bahnpolizei abgelenkt und das Stellwerk ZOW auf dem Bahnhof Zoo besetzt. Dadurch wurde der Personenfernverkehr von und nach Berlin unterbrochen. Nun lief endgültig nichts mehr. Die Reisenden mußten auf dem Bahnhof übernachten, bis der Westberliner Senat als Streikbrecher in die Bresche sprang und einen Busverkehr in die BRD organisierte. Kurz nach der Besetzung von ZOW kam die Bahnpolizei der DDR. Mit Äxten und Brechstangen wurde das Stellwerk gestürmt und die Einrichtung zerstört. Auf die Hilferufe der Besetzer kam Westpolizei und vertrieb die BaPo. Die BaPo behauptete zwar, die Zerstörungen seien von den Streikenden angerichtet worden, aber wenn man so etwas in aller Öffentlichkeit macht, wirkt es etwas unglaubwürdig, zumal die Fahrdienstleiterin von ZOW sich voll auf die Seite der Streikenden stellte.

Wie „terroristisch" sich die Streikenden verhielten, zeigt sich auch daran: Am 19.9. nachmittags wurden in HuL einige Container, in denen sich verderbliche Lebensmittel befanden, den Empfängerfirmen ausgeliefert, um zu zeigen, daß wir nicht die Bevölkerung schädigen wollten. Am Montagmorgen, dem 22.9., wurde das Stellwerk ZOW allerdings freiwillig wieder geräumt, um noch einmal guten Willen zu zeigen.

Dann begingen die Streikenden allerdings einen folgenschweren Fehler. Erbittert durch die Haltung der RBD und von Äußerungen Westberliner Politiker verlockt, erklärten sie, daß sie in Zukunft die RBD als Verhandlungspartner ablehnen würden und forderten den Senat auf, mit den Alliierten über eine Übernahme der Westberliner Eisenbahnbetriebe durch den Senat oder die Bundesbahn zu

Westberliner Eisenbahnbetriebe durch den Senat oder die Bundesbahn zu

verhandeln. Die absolute Ablehnung durch den Regierenden Bürgermeister Stobbe wirkte wie ein Schock. Alle fühlten sich von den Westberliner Politikern verraten: Die Stimmung sank in den Keller. Der Senat erklärte, es dürfe nichts am Status Westberlins verändert werden (Viermächtevereinbarung u.dgl.). Als ob dieses ein Signal für die BaPo war, begannen diese, reihenweise die besetzten Stellwerke zu räumen, ohne daß die Westpolizei jetzt den Streikenden zu Hilfe kam. Als letztes wurde der Container-Bahnhof HuL gehalten. In der Nacht zum 24.9. war dann alles zu Ende. Auf Anraten der Alliierten wurde der Bahnhof geräumt. Zuerst wurde er von den Streikenden gereinigt und aufgeräumt, dann wurde er von der Westpolizei inspiziert und über den Zustand ein Protokoll aufgenommen. Das wurde ausdrücklich deshalb gemacht, um zu verhindern, daß Zerstörungen durch die Bahnpolizei den Streikenden angelastet werden konnten. Anschließend fand eine Demonstration der Streikenden zum Wedding statt, und das neue Streikbüro wurde bekanntgegeben.

Die Forderungen der Streikenden

1. Einstellung der entlassenen Kollegen und keine weiteren Entlassungen und Repressalien in Form von Disziplinarmaßnahmen.
2. Angleichung an die Besoldung bei der Deutschen Bundesbahn im Rahmen eines kündbaren Tarifvertrages.
3. Verbesserung der sozialen Leistungen (Lohnfortzahlung bei Krankheit, 4 Tage mehr Urlaub, freie Arztwahl).
4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Überstundenabbau.

Zentrales Streikkomittee der DR-Westberlin
Heidestraße Containerbahnhof
(Verabschiedet auf der Streikversammlung am 18.9. '80)

Das Verhalten der SEW

Die „SOZIALISTISCHE EINHEITS-PARTEI WESTBERLINS"(SEW) verhielt sich wieder einmal bezeichnend. Ihr Lügenblatt „Die Wahrheit" war natürlich auf SED-Kurs. Seitenlang wurde über Miet- und Preiserhöhungen gejammert und in einem Atemzug Arbeiter, die die Zeitung beim Wort nahmen und für Lohnerhöhungen streikten, als „Verbrecher und Terroristen" bezeichnet. Die SEW verstieg sich sogar zu so absurden Behauptungen, in Westberlin würden Provokateure zu Streiks gegen Lohnerhöhungen hetzen. Solche Lügen, Beleidigungen und Verleumdungen genügten ihr aber offensichtlich nicht. Es wurde aktiv in den Streik eingegriffen: in Form von Schlägerbanden. Mitglieder der SEW wurden mobilisiert und in schlimmster Sturmtrupp-Manier losgeschickt, um für den Kapitalisten die Drecksarbeit zu machen. Mitten in der Nacht kam eine Horde SEW-isten auf den Bahnhof Zoo und versuchte, das Stellwerk ZOW zu stürmen und die Streikenden zu vertreiben. Als sie von der Westberliner Polizei daran gehindert wurden, zogen sie gröhlend wieder ab. Dafür waren sie drei Tage später auf dem Güterbahnhof Moabit erfolgreicher. Als die BaPo kam, war schon eine SEW-Bande da und wies ihre

eine SEW-Bande da und wies ihre

Erfolge vor: ein verletzter Arbeiter und ein zerstörtes Stellwerk. Solch frühkapitalistisches Banditentum wurde dann in „Die Wahrheit" als *„spontaner Volkszorn Westberliner Bürger"* gefeiert. Dazu gehört auch, daß in der „Fahrt Frei in Westberlin" (einem sonst ziemlich nichtssagenden Beiblatt der DDR-Zeitung „Fahrt Frei"), die brutale Niederschlagung des Streiks gefeiert wurde.

Die SEW war zumindest in ihrem Betrieb, der DR, schon immer der beste Erzieher in Sachen Antikommunismus: So schön konnte die Springer-Presse gar nicht hetzen, wie die SEW das praktizierte.

Ein am Streik Beteiligter

Hamburger Stahlwerke: Billiger Strom oder Entlassungen

Die Hamburger Stahlwerke (HSW) drohen Massenentlassungen an, wenn ihnen der Strompreis heraufgesetzt wird.

Anfang der siebziger Jahre war HSW das Vorzeigeobjekt sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Hamburg. Mit Steuergeldern wurden den HSW 23 Hektar Industriegelände an seeschifftiefem Wasser überlassen und ein Kai für 20 Millionen DM gebaut. Als entscheidender Bonbon wurde den Stahlwerken ein extrem niedriger Strompreis angeboten (zuletzt 4,9 Pfennig pro Kilowattstunde). Die Hamburgischen Elektricitätswerke (HEW) wollten jetzt diesen Strompreis auf 8 Pfennig anheben. Die HEW haben einige Schwierigkeiten „billigen. Atomstrom" zu liefern, weil das AKW-Brunsbüttel dauernd schnellabgeschaltet werden muß und eigentlich auf den Schrott gehört. Der HSW-Geschäftsführer Grosse erklärte zur Preiserhöhung: *„Das ist nicht zu verkraften . Falls kein Kompromiß erreicht wird, dürfte es Entlassungen geben. Wie viele, das weiß heute niemand."*

Die Stadt Hamburg soll also wieder einspringen, vor allem wohl, um auf die HEW einzuwirken, den Preis einzufrieren (die HEW ist zu 72% Staatseigentum).

Grosse sieht dazu eine gute Chance. Nach 10 Jahren kann der Hamburger Wirtschaftssenat sein Prunkstück doch nicht einfach fallen lassen.

Wie es auch ausgeht, scheint die Entlassung von 100 Beschäftigten im Bereich der Stahlerzeugung bereits beschlossen zu sein.

SEW/SED zum Streik bei der Reichsbahn:

»Provokateure« »Terroristen« »Kalte Krieger« ...

Den Lesern wollen wir nicht vorenthalten, mit welch a n t i k o m m u n i s t i s c h e m Dreck die SEW-Zeitung „Die Wahrheit" und auch das SED-Organ „Neues Deutschland" für eine weitere gründliche Diskreditierung des Sozialismus sorgten, und welches Verhältnis diese „Arbeiterparteien" zu den streikenden Reichsbahnern an den Tag legten.

Die „Wahrheit" begann am ersten Tag nach dem Streik ja noch vergleichsweise harmlos und wußte von *„Arbeitsniederlegungen"* zu berichten, die *„zu einer Reihe von Störungen"* im Eisenbahn- und S-Bahn-Verkehr geführt hätten. Ohne jedoch auf die Lohnforderungen einzugehen, wurden sie als *„erklärlich"* umgedichtet angesichts der Politik der „Teuerung" des Westberliner Senats. Daß sich die Lohnforderungen der Reichsbahnarbeiter an ihren Arbeitgeber, die DDR-Reichsbahnführung, richtete und auch richten mußten — davon kein Wort. Der Senat sei der *„Hauptverantwortliche"*. Außerdem wurden die Westberliner Massenmedien aufs Korn genommen, denen es um eine *„Zuspitzung der Situation in und um Westberlin"* gehe. Zu allem Überfluß erklärte die „Wahrheit" in ihrem Kommentar großspurig: *„Auch die Beschäftigten der Westberliner Reichsbahnbetriebe sind von Sorgen und Nöten betroffen, die für sozialistische Arbeits- und Lebensverhältnisse in der DDR längst Vergangenheit sind"* („Wahrheit", 18.9.80).

Für diese paradiesischen Zustände in der DDR können sich allerdings die Reichsbahnarbeiter schlecht etwas kaufen und so recht glauben tun sie wohl auch nicht daran ...

Am nächsten Tag, dem 19.9., begann die „Wahrheit" ihre Hetze gegen die Arbeiter; unter der Überschrift *„Kalte Krieger müssen gestoppt werden!"* wurde der Streik sozusagen als „äußerst komplizierte Aktion" der Springerpresse, natürlich von „langer Hand" vorbereitet, umgemünzt und bereits — anstelle von „Arbeitsniederlegungen" — von *„aktiven Provokationen"* gesprochen. Es werde der Versuch unternommen, *„in Westberlin eine Kehrtwendung in Richtung kalten Krieg und Frontstadtpolitik zu organisieren"* („Wahrheit", 19.9.).

Aber es sollte noch toller kommen. Am 22.9., übrigens zwei Tage bevor das „Neue Deutschland" diesen Tenor aufnahm, sprach die „Wahrheit" von *„t e r r o r i s t i s c h e n Gruppen"*, die *„immer deutlicher zu kriminellen*

„terroristischen Gruppen", die „immer deutlicher zu kriminellen

Methoden übergehen" und mit *„brutaler Gewalt"* den Eisenbahnverkehr unterbrochen haben. Bürgermeister Stobbe würde „Elemente" unterstützen, die die „arbeitswilligen" Reichsbahner *„auf widerliche Weise terrorisieren, sich zum Mitkämpfer von Franz Josef Strauß und seiner aggressiven Politik"* machen. Es handele sich gar nicht um einen Lohnkonflikt, sondern um *„eine ausgemachte politische Provokation"* von *„Rädelsführern terroristischer Aktionen"*. „Terrorgruppen" würden einzelne Stellwerke überfallen (damit ist die legitime Besetzung der Stellwerke aufgrund eines Beschlusses des Streikkomitees gemeint!) und Fahrdienstleiter mit Gewalt an der Dienstausübung gehindert — an sich ein übliches Vorgehen streikender Arbeiter gegen Streikbrecher. Das „Neue Deutschland" wußte am 24.9. dazu ergänzend zu berichten, daß die *„Gruppe von Terroristen ... vorsätzlich Leben und Gesundheit der Eisenbahner ... auf das Spiel"* setzen würden. Deshalb: *„Diesen verbrecherischen Elementen muß schnellstens auch von den verantwortlichen Stellen in Westberlin das Handwerk gelegt werden"* („ND", 24.9.80). Und auch „Die Neue" bekam in einem „Wahrheit"-Kommentar vom 25.9. ihr Fett weg. Unter der Überschrift *„Mieses Denunziantentum"* wurden dem „Neue"-Redakteur nochmals klar gemacht, daß es sich *„nicht um einen Lohnkonflikt, sondern um eine politische Provokation handelt"*, die genau *„in das Wahlkampfkonzept eines Franz Josef Strauß gepaßt"* hätte.

Den Gipfel leistete sich die Westberliner Ausgabe der Reichsbahn-Postille „Freie Fahrt". Sie stellte den Streik in eine Reihe von Attentaten und Anschlägen auf die Reichsbahn und griff auf den 19.8.52 zurück, wo ein Reichsbahnarbeiter von *„Westberliner Faschisten heimtückisch ermordet"* wurde. Es wäre angesichts dieser widerlichen und arbeiterfeindlichen Hetze, der weiteren Diskreditierung des Sozialismus durch die „realen Sozialisten" einfach naiv zu glauben, hier würde sich allein die ganze politische Unfähigkeit und Bankrott der SED und SEW zeigen.

Wer Arbeiter als Terroristen, Provokateure, Wahlkämpfer für Strauß usw. diffamiert, die schlichte Tatsache eines Kampfes der Arbeiter um höhere Löhne und soziale Verbesserungen einfach ignoriert — wenn die Reichsbahndirektion zu keinem Zeitpunkt des Streiks Verhandlungsbereitschaft zeigte — dem ging es um mehr: Die Reichsbahnführung der DDR hatten überhaupt kein Interesse, auch nur eine müde Mark rauszurücken, sondern packte die Gelegenheit beim Schopfe, sich durch eine widerliche Hetzpropaganda mindestens 250 Reichsbahnkollegen auf diese Weise zu entledigen. Wer so mit den Arbeitern umgesprungen ist, wollte offenbar auf diesem Wege weitere Rationalisierungen vornehmen.

Daß dies auch das eigentliche Ziel
tere Rationalisierungen vornehmen.

Daß dies auch das eigentliche Ziel dieser Kampagne war, zeigt sich darin, daß nur noch drei S-Bahn-Strecken in Westberlin aufrechterhalten werden. Für die DDR-Führung ist der Güterverkehr ein einträgliches Geschäft, nicht jedoch die S-Bahn. Das verbrecherische daran ist, daß die „realen Sozialisten" diese Art von Stillegungen eiskalt auf dem Rücken der Reichsbahnarbeiter ausgetragen haben.

DDR-Kommission

Schlägertrupp behindert Betriebsratswahl

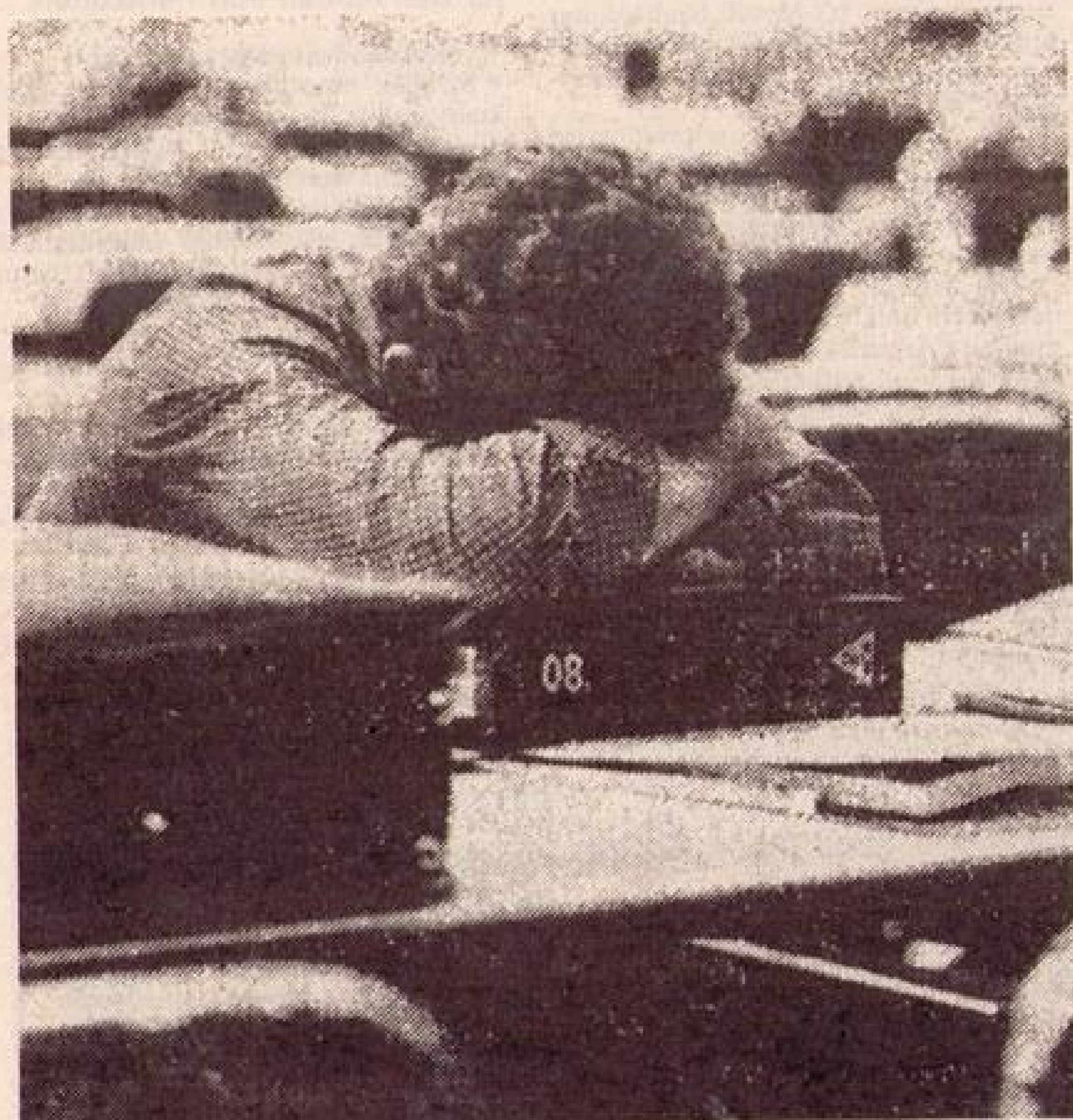
„Bei der Tisch- und Polstermöbelfabrik Laausser in Großbottwar/Nordwürttemberg ist das Betriebsklima arg gestört", schrieb das Hamburger Abendblatt am 26. September. Zwei Dolmetscher des DGB erklärten: *„So etwas haben wir in unserem ganzen Leben noch nicht gesehen."*

Die 400 Beschäftigten der Firma Laausser wollten endlich einen Betriebsrat wählen. Bislang hatte der Firmenchef solche „Ansinnen" unterbunden. Die Geschäftsleitung führte das auf das *„ganz hervorragende Betriebsklima"* zurück, daß bislang gar kein Betriebsrat nötig gewesen sei.

Ende September fand nun doch in diesem Betrieb die erste Betriebsversammlung zur Wahl eines Wahlvorstandes statt. 300 Kollegen trafen sich in einem Raum ohne Tische und Stühle. Geleitet wurde die Sitzung von zwei Funktionären der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Als vier Namen zur Wahl vorgeschlagen worden und die ersten Stimmen abgegeben worden waren, bestieg Otto Laausser fürchterlich erregt den Tisch mit der Wahlurne, forderte andere Kandidaten und die Nichtanerkennung der Wahl. Dabei zerrte er Stimmzettel aus der Karton-Wahlurne und zerriß sie in der Luft. Die zwei Gewerkschaftsfunktionäre wiesen ihn darauf hin, daß er während der Betriebsversammlung nur Rederecht habe, wenn ihm das Wort erteilt werde. Dann sollte er des Saales verwiesen werden. In diesem Moment griff ein 20köpfiges Rollkommando, aufgehetzt von der Rede des Firmenchefs, ein. Die Gewerkschaftsfunktionäre wurden angegriffen und mit Schlägen und Fußtritten aus dem Saal geprügelt.

Die Holz und Kunststoff Gewerkschaft hat sofort Strafantrag gestellt wegen Nötigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung. Sie hat den Firmenchef wegen Behinderung der Wahl eines Wahlvorstandes nach § 119 des Betriebsverfassungsgesetzes angezeigt.

13. Gewerkschaftstag der IG Metall



Impressionen vom IGM-Gewerkschaftstag

Seit dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall im Jahte 1977 hatte vor allem ein Ereignis das Innenleben der Gewerkschaft aufgewühlt: Der Stahltarbeiterstreik 1978/79.

Der abrupte Abruch des Streiks ebenso wie die Festschreibung der 40-Stunden-Woche zu einem Zeitpunkt, als der Streik gerade zu greifen begann, hatte in drastischer Weise kampfbereiten Gewerkschaftsmitgliedern die Allmacht des Vorstands vor Augen geführt. Die vor den Kopf gestoßenen Funktionäre der Streikbetriebe — hier stellvertretend zitiert die Vertrauensleute von Mannesmann-Huckingen — forderten damals, ihre Erfahrungen wendend:

„1.Konsequenzen für die Tarifkommission ...

2.Änderung der Bestimmung über Mehrheit bei Urabstimmungen. Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat."

Und: *„Unsere Kritik an den Kollegen Janssen, Mayr und Loderer wird erst auf dem Gewerkschaftstag Konsequenzen finden können. Wir sagen aber heute schon, daß alle drei Kollegen für eine Wiederwahl unsere Stimmen nicht erhalten werden."*

Damit waren schon im Februar 1979 die wesentlichen Themen angerissen, die tatsächlich dann auch auf dem nunmehr abgeschlossenen 13.Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin kontrovers diskutiert wurden.

Daß diese Themen trotz ihrer Brisanz aber nicht so hohe Wellen schlugen, wie es nach dem Stahlstreik hätte erwartet werden können, dürfte nicht nur in dem zeitlichen Anstand

te erwartet werden können, dürfte nicht nur in dem zeitlichen Anstand



Helmut Schmidt — hier im Gespräch mit Loderer — hat von der IGM-Führung auch in der nächsten Zeit keine Querschießer zu erwarten.

zu den auslösenden Ereignissen begründet sein. Eine wesentliche Rolle dafür, daß die Auseinandersetzungen *„zwar heftig und ausdauernd, aber wie mit gedämpften Trommelklang"* (FAZ) geführt wurde, spielten mit Sicherheit zwei politische Schritte, die der IGM-Vorstand bereits im Vorfeld des Gewerkschaftstages getan hatte: die Ausbootung des schärfsten Kritikers aus dem Stahlarbeiter-Streikmdes früheren Mannesmann-Betriebsratsvorsitzenden, Herbert Knapp; und die kompromißlos durchgezogene, hart ablehnende Linie des Vorstands in der Frage der Nachschlagsforderungen im letzten Herbst.

Die Stellung von Tarifkommission und Bezirksleiter

Noch ehe die entsprechenden Anträge zur Beratung aufgerufen waren, entzündete sich die Debatte an den Geschäftsberichten der Vorstandsmitglieder. Delegierte aus dem Bezirk

entzündete sich die Debatte an den Geschäftsberichten der Vorstandsmitglieder. Delegierte aus dem Bezirk

Stuttgart und der Betriebsratsvorsitzende von Opel Rüsselsheim, Richard Heller (Verwaltungsstelle Darmstadt), kritisierten, daß die drei wesentlichen Konflikte der letzten Zeit, der Stahlstreik, die Nachschlagsfrage und die Tarifrunde 79/80 (der Vorstand hatte sich über das ablehnende Votum der hessischen Tarifkommission hinweggesetzt) in den Geschäftsberichten weitgehend ausgeklammert waren.

Die Ankündigung des Vorstands, daß eine neue Kommission aus Mitgliedern der Tarifabteilungen beim Vorstand und den Bezirksleitern gebildet werden soll, kommentierte Heller laut „taz" (24.9.) so: *„Das ist, als wolle man mit der Einsetzung von Staatssekretären den Bundestag überflüssig machen."* Gefordert wurde eine Entscheidungsparität zwischen Tarifkommissionen und Vorstand und damit eine deutliche Beschneidung der Machtbefugnisse des Vorstands, der bislang alle tarifpolitischen Entscheidungen von der Aufstellung bis zum Ausrufen des Streiks aus eigener Machtvollkommenheit treffen kann; die Tarifkommissionen können lediglich Empfehlungen aussprechen.

Loderer verteidigte die alte Konzeption rundweg: *„Was wir brauchen, sind keine neuen Gremien sondern das alte Maß der organisatorischen Disziplin."* Und erntete damit reichlich Beifall. Sattsam bekannt ist auch Loderers Argument, daß nur bei voller Handlungsfähigkeit des Vorstandes, also ohne jede Eingriffsmöglichkeit der Bezirke, man der immer stärkeren Zentralisation auf Seiten der Kapitalisten gewachsen sei.

Diese Debatte wurde drei Tage später an den entsprechenden Anträgen fortgeführt und verlief recht hitzig. Dabei stand die bisher übliche Praxis, daß die in einem Tarifbezirk ausgehandelten Abschlüsse per Vorstandsbeschluß auch in den anderen Bezirken übernommen werden, im Mittelpunkt.

Einer der Sprecher für eine Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, der Stuttgarter Bezirksleiter Steinkühler, machte allerdings deutlich, daß der Streit gar nicht um die etwaige Ablehnung von Tarifbe-

Steinkühler, machte allerdings deutlich, daß der Streit gar nicht um die etwaige Ablehnung von Tarifbe-

schlüssen aus anderen Gebieten gehe, als vielmehr darum, soetwas besser an die Mitglieder verkaufen zu können. Steilkühler: Die Leute *„nehmen es übel, wenn sie nicht selber durch Diskussion zur Einsicht kommen dürfen."* Die Debatte brachte schließlich die erste Kampfabstimmung kurz vor Ende des Kongresses, wobei die Befürworter einer Stärkung der Tarifkommissionen mit 247 gegen 304 Stimmen unterlagen.

Nach dieser Niederlage war offenbar die Luft raus. Als die Diskussion zu dem schon auf mehreren Gewerkschaftstagen gestellten Antrag kam, daß die Bezirksleiter zukünftig zu wählen seien statt vom Vorstand angestellt zu werden, gab es nur noch wenige Fürstimmen für diesen Antrag.

Vorstandswahlen: keine Gegenkandidaten

Zuvor hatten bereits die Vorstandswahlen stattgefunden. Ohne Gegenkandidaten wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Fortsetzung nächste Seite

OFFENER BRIEF Berlin, am 22.September 198o

An
das Präsidium
und die Delegierten
des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages
der IG Metall

Mit Befremden haben die vom 13. ordentlichen Gewerkschaftstag berichtenden Journalisten zur Kenntnis genommen, daß die Pressestelle der IG Metall - offenbar mit Billigung des geschäftsführenden Vorstandes - unsere Kollegen von der in Berlin herausgegebenen "Tageszeitung" (taz) von der Berichterstattung über die IG Metall ausgeschlossen hat. Die Kollegen der "taz" bekommen keine Presseerklärungen, Auskünfte und Einladungen mehr. Ihre Vertreter sind, wie offiziell mitgeteilt wurde, auf Konferenzen der IG Metall "nicht erwünscht".

Wir halten diese Entscheidung für unverständlich und undemokratisch. Sie widerspricht sowohl dem Prinzip einer freien Berichterstattung wie auch den Grundsätzen, wie sie immer wieder in offiziellen Beschlüssen der IG Metall zur Pressefreiheit und Öffentlichkeit in der Demokratie zum Ausdruck gebracht werden.

Wir schließen uns der Meinung unseres Kollegen Hanno Kühnert an, der im 1. Programm des WDR kommentierte:"Es geht nicht an, und kann in der Öffentlichkeit nicht geduldet werden, daß die Gewerkschaft einzelne Organe und Publikationen wegen mangelnden Wohlverhaltens boykottiert. Die Gewerkschaft hat die demokratische Pflicht, auch unsachgemäße und fehlerhafte Kritik zu ertragen."

Diese Sätze gelten unserer Meinung nach für alle Medien und Presseerzeugnisse, soweit sie nicht gegen geltende Gesetze verstoßen. Wir fordern die IG Metall daher auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Es wäre für uns nicht nachvollziehbar wenn die mit 2,7 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft der Welt sich nicht in der Lage sähe, eine einmal getroffene Entscheidung zu korrigieren.

Unterschriften

31 Journalisten - u.a. vom Spiegel, der Frankfurter Rundschau, Stern, Stuttgarter Zeitung, Courage, Westdeutsche Allgemeine, Tagesspiegel, Stuttgarter Nachrichten, Vorwärts, Konkret, Die Zeit - unterschrieben diese Protestresolution gegen die Pressezensur, die der Vorstand der IG Metall gegen die TAGESZEITUNG verhängt hat.

Hamburger Hafen:

Erfolge im Kampf gegen neue Schichtregelung

Die Auseinandersetzungen bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus/ HHLA — siehe Bericht im letzten AK — fanden am Freitag, dem 26. September, einen vorläufigen Abschluß. Nach dreiwöchiger Mehrarbeitsverweigerung der Kollegen des Container-Terminals Burchardkai wurde die bekämpfte Betriebsvereinbarung über eine wochenweise Vermittlung zur Nachtschicht ausgesetzt. Unternehmensleitung und Betriebsrat einigten sich darauf, ab 6.10. bis 28.11.80 in einem Test auszuprobieren, ob die alte Regelung — nur einmal pro Woche die Verpflichtungsmöglichkeit zur III. Schicht — ausreicht, um die Schiffe am Burchardkai auch nachts abzufertigen. Die der Arbeitszeitordnung entsprechende Arbeitsruhe von zehn Stunden zwischen I. und III. Schicht, die der konkrete Auslöser des Konflikts um die Nachtarbeit war, soll dadurch eingehalten werden, daß die Kollegen wahlweise in der I. oder der III. Schicht zwei Stunden weniger arbeiten.

Durch diesen Test ist die Betriebsvereinbarung über die wochenweise Nachtschicht allerdings nicht vom Tisch, denn bei Abfertigungsschwierigkeiten wird sie sofort wieder praktiziert. Der Betriebsrat konnte jedoch erreichen, daß die Geschäftsleitung sich für diesen Fall zu sofortigen Verhandlungen über eine neue Regelung verpflichtet hat, wozu sie rechtlich nicht hätte gezwungen werden können.

Dieser Erfolg — Aussetzen der umstrittenen Betriebsvereinbarung, Test und Verhandlungsbereitschaft der Geschäftsleitung — geht eindeutig auf das Konto der betroffenen Kollegen. Ihr Protest, ihre konsequente Mehrarbeitsverweigerung über drei Wochen, die bei den meisten ein empfindliches Loch in den Geldbeutel gerissen hat, zwang zuerst den Betriebsrat, sich öffentlich von seiner eigenen Zustimmung zur Betriebsvereinbarung zu distanzieren, und dann die Geschäftsleitung, von ihrer kompromißlosen Haltung abzurücken.

Die Situation hatte sich allerdings für die HHLA beträchtlich zugespitzt. Die Front der Kollegen war auch in der dritten Woche nicht abgebröckelt, im Gegenteil. In den anderen Abteilungen erklärten sich über 500 Kollegen auf Unterschriftenlisten solidarisch mit den Burchardkai-Kollegen. An einzelnen Schuppen wurde bereits dazu übergegangen, ebenfalls die Mehrarbeit abzulehnen. 1.000 Waggons waren für den Container-Terminal aufgelaufen, ohne abgefertigt zu werden, und von den Reedern wurden die ersten Schiffe vom Burchardkai abgezogen. Alle paar Tage versammelten sich 300 bis 400 Kollegen in der Arbeitspause, um die neuesten Informationen von Betriebsräten und Vertrauensleuten zu erhalten und die Situation zu diskutieren. Für die Versammlung am 19. September forderten die Kollegen, daß der Arbeitsdirektor Sohst erscheinen sollte, eher würden sie die Pause nicht beenden. Direktor Sohst weigerte sich zuerst, erkannte dann allerdings den Ernst der Lage und erschien dann doch — empfangen von einem längeren, recht lauten Begrüßungskonzert aus Pfiffen und Buhrufen.

Zum Anheizen der Stimmung hatte die HHLA-Geschäftsleitung vor allem dadurch beigetragen, daß sie als sogenannte Lösung des Konflikts dem Betriebsrat einen kontischicht-ähnlichen Schichtplan für alle im Container- und Roll-on/roll-off-Bereich Beschäftigten vorlegte, der an die Stelle der umstrittenen Betriebsvereinbarung treten sollte. Dieser Schichtplan beinhaltete eine totale Veränderung und Verschlechterung der Arbeitszeiten: tageweises Umsetzen von der I. auf die II., von der II. auf die III. Schicht usw., am Sonnabend Pflichtarbeitszeit von 7.00 bis 19.00 Uhr (bisher bis 13.00 Uhr) und einige andere Unverschämtheiten mehr. Bei einem solchen Schichtplan würden die Kollegen überhaupt keinen kontinuierlichen Lebensrhythmus mehr haben.

Diesen Schichtplan hat die HHLA schon lange in der Tasche und um diese neue Schichtenregelung geht es ihr in der Konsequenz. Ein ähnlicher Schichtplan lag der ÖTV bereits zu den Rahmentarifverhandlungen Ende letzten Jahres als Forderung vor und im Januar dann dem Betriebsrat, da die Gewerkschaft nicht zugestimmt hatte. Die jetzt abgeschlossene und von den Kollegen bekämpfte Betriebsvereinbarung über die wochenweise Vermittlung zur III. Schicht wurde dann auch von Arbeitsdirektor Sohst als Minimalforderung für neue Arbeitszeiten und als ersten Einstieg in einen Schichtplan bezeichnet. Gegen die Einführung einer in Richtung Kontischicht gehenden Arbeitszeit waren aber die Kollegen, die Vertrauensleute und viele Betriebsräte von Anfang an Sturm gelaufen. So wurde dann auch die jeẑt erneute Vorlage eines solchen Schichtplanes vom Betriebsrat als familienfeindlich und indiskutabel abgelehnt.

Nicht zuletzt durch die Neuauflage eines solchen Schichtplanes durch die HHLA-Geschäftsleitung war die Stimmung unter den Kollegen vom Container-Terminal derart aufgeheizt, daß die Zeichen auf Sturm standen. Zur Pausenversammlung am 26. September hatte sich die Mehrheit der Kollegen darauf vorbereitet, die Arbeit so lange nicht wieder aufzunehmen, bis die HHLA einlenkt und wieder zu den alten Arbeitszeiten zurückkehrt. Diese Haltung blieb der Geschäftsleitung nicht verborgen. Am selben Tag bot sie dem Betriebsrat den Test an und setzte ab dem 6. Oktober die wochenweise Vermittlung zur Nachtschicht außer Kraft.

Für die Kollegen und den Betriebsrat steht jetzt an, im Verlaufe des bis 28. November laufenden Testes der HHLA zu beweisen, daß wochenweise Vermittlung zur Nachtarbeit oder sogar kontischichtähnliche Arbeitszeiten nicht notwendig sind, um im Hafen auch in der Nacht die Lichter nicht ausgehen zu lassen. Daß die HHLA daran interessiert ist, den Test platzen zu lassen, um auf ihre Schichtpläne zu pochen, ist allen Kollegen klar. Aber bis zum 28. November ist noch lange Zeit. Die Kollegen werden aufgrund des nicht bewältigten Arbeitsanfalls Gelegenheit genug haben, um die durch die Mehrarbeitsverweigerung entstandenen Lohnverluste wieder auszugleichen. Und mit gefülltem Geldbeutel und dem Bewußtsein, in ihrer Kampfkraft ungebrochen zu sein, werden die Kollegen der HHLA dann erneut zeigen, was eine Harke ist, sollte sie im November wieder mit wochenweiser Nachtschicht oder den von ihr angestrebten neuen Schichtplänen ankommen.

Ein Hafengenosse

Anm.: Leider haben wir im letzten AK aus der Presse den Fehler übernommen, daß angeblich bisher die Nachtschicht im Hafen freiwillig geleistet wird. Das ist nicht richtig. Bisher konnte man bei der HHLA einmal pro Woche zur Nachtschicht vermittelt werden und der entstandene Konflikt dreht sich um eine Verpflichtung zur wochenweisen Leistung von Nachtschicht.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Der Vorsitzende Loderer und sein Stellvertreter Hans Mayr erreichten mit 89,7 Prozent und 87,8 Prozent sogar noch etwas mehr Stimmen als vor drei Jahren. Außer dem Hauptkassierer Fischer (83,7 Prozent) wurden die übrigen acht Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands in einem Wahlgang bestätigt.

Nicht durchsetzen konnte sich der Vorstand allerdings bei einem der letzten Tagesordnungspunkte des Kongresses: der Verlängerung der Amtszeit des Vorsitzenden Loderer von drei auf vier Jahre. Eine große Mehrheit lehnte diesen Antrag ab.

Damit ist eine Vorentscheidung gefallen für die Nachfolge Loderers,der zum letzten Mal kandidierte. Hans Mayr wird somit beim nächsten IGM-Kongreß 1983 im Alter von 62 noch für eine volle Amtsperiode kandidieren können. Die Kontinuität straff zentralistischer Politik dürfte damit gewährleistet sein - gilt Mayr doch heute schon als derjenige, der mit seinem Ressort „Organisation" eigentlich die Fäden aller Vorgänge in der IGM in der Hand hat.

Loderers Grundsatzreferat

Ein besonders düsteres Kapitel dieses Kongresses ist das von Eugen Loderer gehaltene Grundsatzreferat. Es geriet zu einem erschreckenden Dokument der Hilflosigkeit dieses ach so mächtigen Gewerkschaftsführers.

Loderer propagierte eine *„neue Reformoffensive"*, die *„über die Zwänge des Kapitalismus hinaus und an den Zwängen des totalitären Sozialismus vorbei führen"* solle, bekannte sich zum Rentabilitätsprinzip in der Wirtschaft und will auch fortan das Letztentscheidungsrecht der Unternehmer nicht antasten.

Auf Seiten der Kapitalisten sah Loderer ein *„Programm der Restauration"*, und ging auf den verschärften Klassenkampf von oben ein: Tabu-Katalog, Aussperrung und die Angriffe auf die Montan-Mitbestimmung waren die Stichworte.

Angesichts dieser Generaloffensive der Unternehmer machte Loderer einen grotesken Vorschlag. Die Unternehmer sollten einen Verhaltenskodex akzeptieren, nach dem sich beispielsweise Großunternehmen, die *„gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Einfluß"* haben, freiwillig zu einem Verzicht auf Massenentlassungen verpflichten. Denkbar wäre auch ein Einwirken von Arbeitgeber-Verbänden in Richtung Preisdisziplin. Außerdem sollte die Wirtschaft eine Selbstverplichtung zur Produktion von umweltfreundlichen Produkten eingehen. Als Beitrag zum Schutz der Jugend sollten die Hersteller von Genußmitteln auf Werbung für Nikotin und Alkohol verzichten, ebenso solle es keine Werbung mehr geben für Tabletten und ähnliches.

Das soll also nach Loderer die Antwort sein auf die in den 80er Jahren anstehende gewaltige Rationalisierungskampagne, auf Tabu-Katalog und politische Reaktion der Kapitalisten. Derartig trostloses war bislang auch von Loderer selten zu hören.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Anmerkungen zu: Thesen zur Entwicklung im DGB (AK 184)

Ich bin einverstanden mit der Einschätzung bis dahin, wo von den Hintergründen die Rede ist.

„Gewerkschaftliche Erfolge fallen nicht mehr wie reife Früchte in den Schoß , mit Säbelrasseln und linken Sonntagsreden ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Die **Ansprüche der Gewerkschaftsmitglieder** *an ihre jeweilige Führung steigen, da auf individuellem Weg der Lebensstandard und der Arbeitsplatz nicht zu sichern sind."(Zitat aus AK 184).*

Das sehe ich nicht so optimistisch. Sieht man mal vom Stahlarbeiterstreik und einigen anderen Auseinandersetzungen ab, wo die Mitglieder direkt beteiligt waren, so werden massiv bisher **keine Ansprüche von Seiten der Mitglieder** gestellt. Innerhalb der meisten Gewerkschaften spielen sich – im Moment jedenfalls – die Auseinandersetzungen im wesentlichen im Funktionärskörper ab. Die Differenzen auch in den höheren Funktionärskreisen gehen m.A.n. darauf zurück, mit welcher Politik der **politische Einfluß** unter den Mitgliedern langfristig erhalten bleibt. Schließlich haben die meisten der höheren Hauptamtlichen immer noch ein sozialdemokratisches Parteibuch.

R.schreibt: *„Wie nun eine für die Mitglieder erfolgreiche gewerkschaftliche Politik zu erreichen ist, ist der entscheidende Hintergrund für die Auseinanderstzungen im DGB."* Ich würde eher sagen, die Auseinandersetzung geht darum, ob mit der bisherigen Politik der „Sozialpartnerschaft" die Mitgliederzahlen gehalten werden können.

Zum Schluß möchte ich noch R. unterstützen, diese Entwicklung weiter zu untersuchen.

G., Nürnberg

Metallunternehmer perfektionieren Jagd auf Kranke

Als ein „Sonderrundschreiben des Verbandes der Metallindustrie" hat der Stuttgarter IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler ein Papier vorgestellt, mit dem die „Jagd auf Kranke perfektioniert" werden soll.

In diesem Sonderrundbrief wird wieder einmal zum Ausdruck gebracht, daß für die Kapitalisten die arbeitende Bevölkerung nur einen Kostenfaktor darstellt.

Die Arbeiter und Angestellten werden hierin auf die aus ihnen herauspreßbare Arbeitskraft reduziert. Schonungslos wird aufgezeigt, daß diejenigen, die nicht wunschgemäß „verwertbar" sind, auszusondern und auszustoßen sind.

Ein Sprecher des Bundesverbandes der Metallarbeitgeber bestritt zwar, daß es sich um ein Rundschreiben von Gesamtmetall handelt; er räumte jedoch ein, daß das Papier in den Betrieben zur Anwendung kommt.

Bestätigt wurde von Gesamtmetall in Köln außerdem, daß es eine legitime Aufgabe der Industrie sei, den immer häufiger offenbar werdenden *„Mißbrauch des ungerechtfertigten Krankfeierns"* zu steuern.

Mit einer Stellungnahme der IG Metall-Führung dokumentierte am 2.10. die „FR" das Rundschreiben auszugsweise.

Arbeitszeitkontrolle für alle Mitarbeiter

„Um die Arbeitszeit aller Mitarbeiter genauestens kontrollieren zu können, sollen für jeden Karteikarten angelegt werden. Auf diesen Karteikarten ist die Dauer und die Häufigkeit der Fehlzeiten festzuhalten. Dabei muß ein Katalog möglicher Fehlzeiten angegeben werden, der wie folgt aussieht:
— entschuldigte Fehlzeiten
— tatsächliche und scheinbare Krankheiten
— Bummelzeiten ohne Entschuldigung
— Fehlzeiten durch Urlaub"
(aus dem Rundbrief).

Nach diesem Katalog gilt alles bis auf die Ruhepause nach der täglichen Arbeitszeit als Fehlzeit. Zusätzlich unterliegt der kapitalistischen Willkür, ob eine Krankschreibung berechtigt ist oder nicht.

Im Kapitel „Gesamtstatistik über Fehlzeiten" wird angeregt, die Daten des eigenen Betriebes mit denen ähnlicher Betriebe zu vergleichen.

Im Kapitel „Differenzierung der Arbeitnehmer" wird angeregt, die einzelnen Arbeitnehmergruppen zu differenzieren und gegenüberzustellen:
— Arbeiter gegen Angestellte
— Männer gegen Frauen
— Westdeutsche gegen Ausländer.

Im Abschnitt „Ursachen der Fehlzeiten" wird empfohlen, daß neben sachlichen Ursachen für Fehlzeiten die Ursachen vor allem in der Lebensführung und Lebenshaltung der Arbeiter zu suchen sind.

Damit ruft der Rundbrief unverhüllt dazu auf, die Beschäftigten umfassend zu überwachen und sogar noch außerhalb der Betriebe zu bespitzeln, z.B. auf Häufigkeit der Kneipenbesuche, täglichen Alkohol- und Zigarettenverbrauch.

Vorgeschlagene Maßnahmen für den Abbau von Fehlzeiten

- Gespräch beim Vorgesetzten;
- Einsatz besonders geschulter Spezialisten für Mitarbeitergespräche;
- „unzuverlässige" Arbeitnehmer nicht mehr weiterzubeschäftigen;
- „unzuverlässige" Arbeitnehmer nicht mehr einzustellen und deshalb vor jeder Einstellung Auskunft beim bisherigen Arbeitgeber einholen;
- alle Neueingestellten ärztlich untersuchen zu lassen, um sie rechtzeitig „ausmustern" zu können;
- Rausschmiß beim geringsten Zweifel an Gesundheit, Leistung und Lebenswandel vor Ablauf von sechs Monaten, damit der Kündigungsschutz umgangen wird;
- Abgabe von Entschuldigungen sind nur noch bei einer zentralen betrieblichen Stelle möglich, da Entschuldigungen bei den Vorgesetzten nicht gewährleisten, daß im Betrieb „eine einheitliche Linie" bezüglich der Entschuldigungen eingehalten wird;
- Sonderurlaub nur noch in Ausnahmefällen;
- Sofortige Verwarnung bei nicht anerkannten Entschuldigungen, bei der dritten Verwarnung muß die Kündigung ausgesprochen werden, da so etwas auch vorbeugend auf andere wirkt;
- Aufwiegeln der Belegschaft gegenüber kranken Mitarbeitern, da die Fehlzeiten „zu Lasten der übrigen" gehen würden.

Nach Meinung der Gewerkschaftsführer bedeutet dieser Maßnahmenkatalog eine Kriminalisierung aller Beschäftigten. Das System der „Schwarzen Listen" wird perfektioniert und vor allem zu einem überbetrieblichen Informationsaustausch ausgebaut.

Für sogenannte „leistungsschwächere" Kollegen oder auch nur vorübergehend häufiger krank gewesene wird es danach fast aussichtslos, einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen.

„Maßnahmen" im Einzelfall

- Das sogenannte Sozialgespräch soll nur noch durch Spezialisten geführt werden;
- nach dem Sozialgespräch ist der Arbeitnehmer anzuschreiben und der besprochene Sachverhalt festzuhalten. Dabei sind „bedeutsame" arbeitsrechtliche Maßnahmen anzukündigen;
- erst danach ist die Kündigung auszusprechen.

Die Erfahrungen von Betriebsräten und Gewerkschaftern, daß die „Sozialgespräche" dazu dienen, den Rauswurf vorzubereiten, wird hiermit ausdrücklich bestätigt. Dabei geht es darum, die Kündigung so abzusichern, daß es auch Juristen schwerfällt, dagegen anzugehen.

Im Abschnitt „Allgemeine Maßnahmen" heißt es im Rundbrief:
- Kontakte mit Ärzten am Ort auf Geschäftsleitungsebene;
- Beschwerden über Ärzte bei der kassenärztlichen Vereinigung;
- laufender Kontakt mit den Krankenkassen.

Zufällig wurde bereits vor über einem Jahr bei den Hamburger Aluminiumwerken aufgedeckt, wie die Unternehmensleitung mit der Krankenkasse (AOK) Kontakt hält. In der

Fortsetzung nächste Seite

Liebe Mitarbeiter!

Seit Jahren bewegen wir uns auf dem schmalen Pfad der Konjunktur, und es ist uns gelungen, eine Zukunftssicherung zu erreichen, die als Basis für weitere Jahre Gültigkeit haben kann. Die Geschäftsleitung ist nicht mehr bereit, die Bemühungen durch personelle Probleme in Frage zu stellen.

In den nächsten Wochen werden wir ohne Rücksicht auf arbeitsgerichtliche Folgen nur noch die Prinzipien eines vernünftigen wirtschaftlichen Erfolges in Betracht ziehen.

Ein Verlust von 10 bis 15 Mitarbeitern ist bei dieser Entwicklung einkalkuliert worden. Es wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß eine konkrete Auslese stattfinden wird, weil die derzeitige Arbeitsmoral und das fehlende Qualitätsdenken keine Basis für die folgenden Zeiten bilden kann.

Die Zeit für Krankfeiern, Müßiggang, Erholung auf dem Arbeitsplatz gehört der Vergangenheit an. In Zukunft werden Leistung und Nutzen miteinander verglichen.

Allen, die sich dieser neuen Ordnung nicht anpassen wollen, empfehlen wir einen sofortigen Wechsel des Arbeitsplatzes. Jedes Mitglied des Betriebes muß die äußerste Leistung erbringen. Die Zeit der humanen Beurteilung von Leistung und Nutzen ist vorbei!!!

Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer sollen sich rechtzeitig für einen Wechsel entscheiden. Ausländischen Mitarbeitern empfehlen wir eine wörtliche Übersetzung dieser Information.

Deutschland ist ein Land, das durch Leistung gewachsen ist. Für Faulenzer ist hier kein Platz!!! Das gilt für deutsche und ausländische Mitarbeiter.

Geschäftsleitung

aus: Frankfurter Rundschau vom 3.10.80

zu stellen.

In den nächsten Wochen werden wir ohne Rücksicht auf arbeitsgerichtliche Folgen nur noch die Prinzipien eines vernünftigen wirtschaftlichen Erfolges in Betracht ziehen.

Ein Verlust von 10 bis 15 Mitarbeitern ist bei dieser Entwicklung einkalkuliert worden. Es wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß eine konkrete Auslese stattfinden wird, weil die derzeitige Arbeitsmoral und das fehlende Qualitätsdenken keine Basis für die folgenden Zeiten bilden kann.

Betriebes muß die äußerste Leistung erbringen. Die Zeit der humanen Beurteilung von Leistung und Nutzen ist vorbei!!!

Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer sollen sich rechtzeitig für einen Wechsel entscheiden. Ausländischen Mitarbeitern empfehlen wir eine wörtliche Übersetzung dieser Information.

Deutschland ist ein Land, das durch Leistung gewachsen ist. Für Faulenzer ist hier kein Platz!!! Das gilt für deutsche und ausländische Mitarbeiter.

Geschäftsleitung

aus: Frankfurter Rundschau vom 3.10.80

GEW-Aktion '80: Was steckt hinter den »Massenklagen«?

Es war die GEW-Führung selbst, die die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung der Lehrer zum zentralen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten gemacht hat. Daß die GEW hier für die Lehrer keine Erfolge hat durchsetzen können, wird man der Führung angesichts der bildungspolitischen Großwetterlage kaum vorwerfen können, wohl aber, daß die GEW-Füh-

malen Unterschriftensammlungen, für die die Kollegen nicht mehr zu begeistern sind, herauszustreichen: *„Die Unterschriften auf dem Vollmachtsformular sind keine Unterschriften, mit denen lediglich Unmut, Ärger und Verbitterung kundgetan werden, es ist präziser Auftrag an den jeweiligen Landesvorstand der GEW, den Unterschreibenden gegenüber*

rer ist, kann sie auch keine Verbandsklage führen. Ein Verwaltungsgericht würde auch nie allgemeine Aussagen über die Lehrerarbeitszeit machen, sondern immer über den Einzelfall des klagenden Lehrers entscheiden, wobei dann eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Urteile möglich ist. Daß die GEW ggf. diesen Weg gehen will, deutete Ilse Brusis bereits an, als

GEW-Aktion '80: Was steckt hinter den »Massenklagen«?

Es war die GEW-Führung selbst, die die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung der Lehrer zum zentralen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten gemacht hat. Daß die GEW hier für die Lehrer keine Erfolge hat durchsetzen können, wird man der Führung angesichts der bildungspolitischen Großwetterlage kaum vorwerfen können, wohl aber, daß die GEW-Führung heute weniger denn je ein Konzept hat, wie sie der Durchsetzung ihrer Forderung näher kommen will.

Mit der zweistündigen Arbeitsniederlegung in drei Bundesländern am 13.11.79 hatte die GEW zaghaft den richtigen Weg beschritten. Da dieser Weg jedoch eine politische Konfrontation mit dem Dienstherrn, der den beamteten Lehrern das Streikrecht bestreitet, beinhaltet, mochte die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung diesen Kurs nicht steuern. Auf der anderen Seite hat sich der juristische Weg zur Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung der Lehrer als untauglich erwiesen. Eine in Niedersachsen durchgeführte Klage führte dazu, daß für einen großen Teil der Lehrer die Unterrichtszeit sogar verlängert wurde (Lüneburger Urteil).

Schließlich macht sich noch unter den Lehrern eine zunehmende Unlust breit, sich an folgenlosen Unterschriftensammlungen, Demonstrationen , Aktionen etc. zu beteiligen.

Alles in allem also keine guten Bedingungen für die Gewerkschaftsführung, um sich auf dem Ende Oktober anstehenden Gewerkschaftstag 8o in ihrer Politik bestätigen zu lassen und eine kämpferische Umorientierung der Gewerkschaftspolitik zu verhindern.

So wurde denn bereits im Frühjahr in den Frankfurter Vorstandsetagen eine Aktion ausgebrütet, deren wesentlichstes Ziel darin besteht, Aktivitäten vorzutäuschen: die „Massenklage" war geboren.

Im Juli („Erziehung und Wissenschaft" 7/80) stellte Erich Frister die „GEW-Aktion 80" der Mitgliedschaft vor. Danach sollen in den einzelnen Landesverbänden Unterschriften unter folgenden Text gesammelt werden: *„Die unterzeichneten Lehrer beantragen hiermit bei ihrem Dienstherrn, dem Kultusminister des Landes. . ., die Herabsetzung ihrer Pflichtstunden, so daß die allgemeine Arbeitszeitregelung von 4o Stunden in der Woche auch für sie Geltung erlangt. Sie beantragen ferner, diesen Antrag förmlich zu bescheiden und bevollmächtigen den Vorsitzenden des Landesverbandes der GEW. . . für ihre Vertretung gegenüber dem Dienstherrn".*

In der Begründung der Aktion legte Frister großen Wert darauf, die Unterschiede dieser Aktion zu normalen Unterschriftensammlungen, für die die Kollegen nicht mehr zu begeistern sind, herauszustreichen: *„Die Unterschriften auf dem Vollmachtsformular sind keine Unterschriften, mit denen lediglich Unmut, Ärger und Verbitterung kundgetan werden, es ist präziser Auftrag an den jeweiligen Landesvorstand der GEW, den Unterschreibenden gegenüber dem Dienstherrn außergerichtlich und gerichtlich zu vertreten".*

Bei Lichte besehen unterscheidet sich diese Unterschriftensammlung von anderen lediglich dadurch, daß ihr Adressat nicht der Dienstherr, sondern die GEW-Führung ist. Die GEW hat bereits erklärt, daß sie die Unterschriften unter Verschluß halten wird und auch bei einer etwaigen Prozeßführung nicht bekanntgeben wird: *„Keiner der sich beteiligenden Kollegen muß befürchten, daß irgendein Vorgang im Zusammenhang mit der Erteilung der Vollmacht an die GEW in seine Personalakte Eingang findet, da die Aktion so angelegt ist, daß kein Kollege als einzelner Handelnder auftritt, sondern die GEW stellvertretend für die Lehrer handelt"* (Ilse Brusis in NDS 17/8o). Wie sieht nun diese stellvertretende Handlung der GEW aus?



Ilse Brusis (Vorsitzende der GEW-NRW): *„Die GEW handelt stellvertretend für die Lehrer".* **Ist es da ein Zufall, wenn der Karikaturist der ‚NDS' (Zeitung der GEW-NRW) politisches Handeln mit dem Handel einer Krämerseele verwechselt?**

Erich Frister machte in seinem schon erwähnten Artikel lange Ausführungen über die Untauglichkeit individueller juristischer Verfahren: *„Den Beamten auf den Verwaltungsrechtsweg verweisen, heißt, ihn in seiner Auseinandersetzung mit dem Dienstherrn zu isolieren und bedeutet letztlich eine uferlose Verzettelung und Atomisierung der seitens der Bediensteten gegen den Dienstherrn zu richtenden Forderungen".*

Genau dies würde aber ein juristisches Vorgehen der GEW zwangsläufig mit sich bringen. Da die GEW kein Tarifpartner der beamteten Lehrer ist, kann sie auch keine Verbandsklage führen. Ein Verwaltungsgericht würde auch nie allgemeine Aussagen über die Lehrerarbeitszeit machen, sondern immer über den Einzelfall des klagenden Lehrers entscheiden, wobei dann eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Urteile möglich ist. Daß die GEW ggf. diesen Weg gehen will, deutete Ilse Brusis bereits an, als sie bemerkte, daß es für die Klage genüge, *„einige wenige Kollegen auszuwählen, die sich in diesem Fall mit der Namensnennung einverstanden erklären"* („NDS" 17/8o).

Doch so weit ist es noch nicht. Vorerst scheint sich die GEW-Führung auf das Sammeln der Unterschriften zu beschränken, wobei es auch der Führung noch unklar zu sein scheint, was sie denn mit den gesammelten Unterschriften anfangen will. Eins steht jedoch fest: Auf dem Ende Oktober in Mainz beginnenden Gewerkschaftstag werden die bis dahin gesammelten Unterschriften als großer Erfolg der GEW abgefeiert werden und dazu dienen, über die Perspektivlosigkeit bei der Durchsetzung der Arbeitszeitverkürzung hinwegzutäuschen.

In den Landesverbänden Bremen, Hessen und Westberlin läuft die Unterschriftensammlung gegenwärtig noch nicht. Eine politische Kritik kam dabei lediglich aus Hessen, wo der Landesvorsitzende Harnischfeger feststellte: *„Das Gericht wird mit hoher Wahrscheinlichkeit unserer Argumentation nicht folgen"* („FR", 22.9.). Die Folge könnte dabei nicht nur eine Festschreibung der gegenwärtigen unbefriedigenden Arbeitszeitregelung, sondern auch eine Verschlechterung für die Lehrer sein.

Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Fortsetzung von der vorherigen Seite

HAW-Gesellschafterversammlung stellte ein AOK-Vertreter Hilfestellung gegen *„bei der Krankschreibung allzu großzügige Ärzte“* in Aussicht.

Als Vorschriften für die Anzeige- und Nachweispflicht empfiehlt der Rundbrief:

- Grundsätzlich von allen Arbeitnehmern, auch von den Angestellten, ein ärztliches Attest bei Krankheit zu verlangen;
- Grundsätzlich auch bei Kurzerkrankungen auf dieses ärztliche Attest nicht zu verzichten;
- wenn die Arbeitnehmer kein ärztliches Attest vorlegen, muß im Wiederholungsfall gekündigt werden;
- Hinweis darauf, daß ärztliche Atteste angezweifelt werden können, da es keine gesetzliche Vermutung für die behauptete Erkrankung gäbe;
- damit Kranke als „scheinbar Kranke“ überführt werden können, Beweissicherung über Äußerungen des Betreffenden in Aktenvermerken, das muß schriftlich festgehalten werden;
- diese Aktenvermerke müssen von Zeugen unterschrieben werden;
- beim geringsten Zweifel Vorladung zum Vertrauensarzt;
- im Zweifelsfall die Lohnfortzahlung verweigern und dies dem Arbeitnehmer schriftlich mitteilen.

Die Forderung, auch bei Kurzerkrankungen nicht auf ein ärztliches Attest zu verzichten, bedeutet auch eine Ohrfeige für die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Vor anderhalb Jahren verkündeten die IGM-Führer stolz, daß im neuen Manteltarifvertrag für Norddeutschland eine liberalere Handhabung bei Kurzerkrankungen erreicht worden sei. Ein Musterbeispiel wie Tarifbestimmungen im konkreten unterlaufen werden.

Noch dreister ist allerdings die unverfrorene Aufforderung, das Lohnfortzahlungsgesetz zu mißachten. Das ist ein skrupelloser Einschüchterungsversuch. Der kranke Kollege wird hierdurch gezwungen, sein Recht auf Lohnfortzahlung vor dem Arbeitsgericht durchzusetzen, was sich wochenlang hinziehen kann. Unabhängig davon, daß die Ungewißheit wie das Verfahren ausgeht, Druck ausübt, kann natürlich kein Arbeiter einen längeren Zeitraum ohne Lohnzahlung durchstehen, ohne in soziale Not zu geraten.

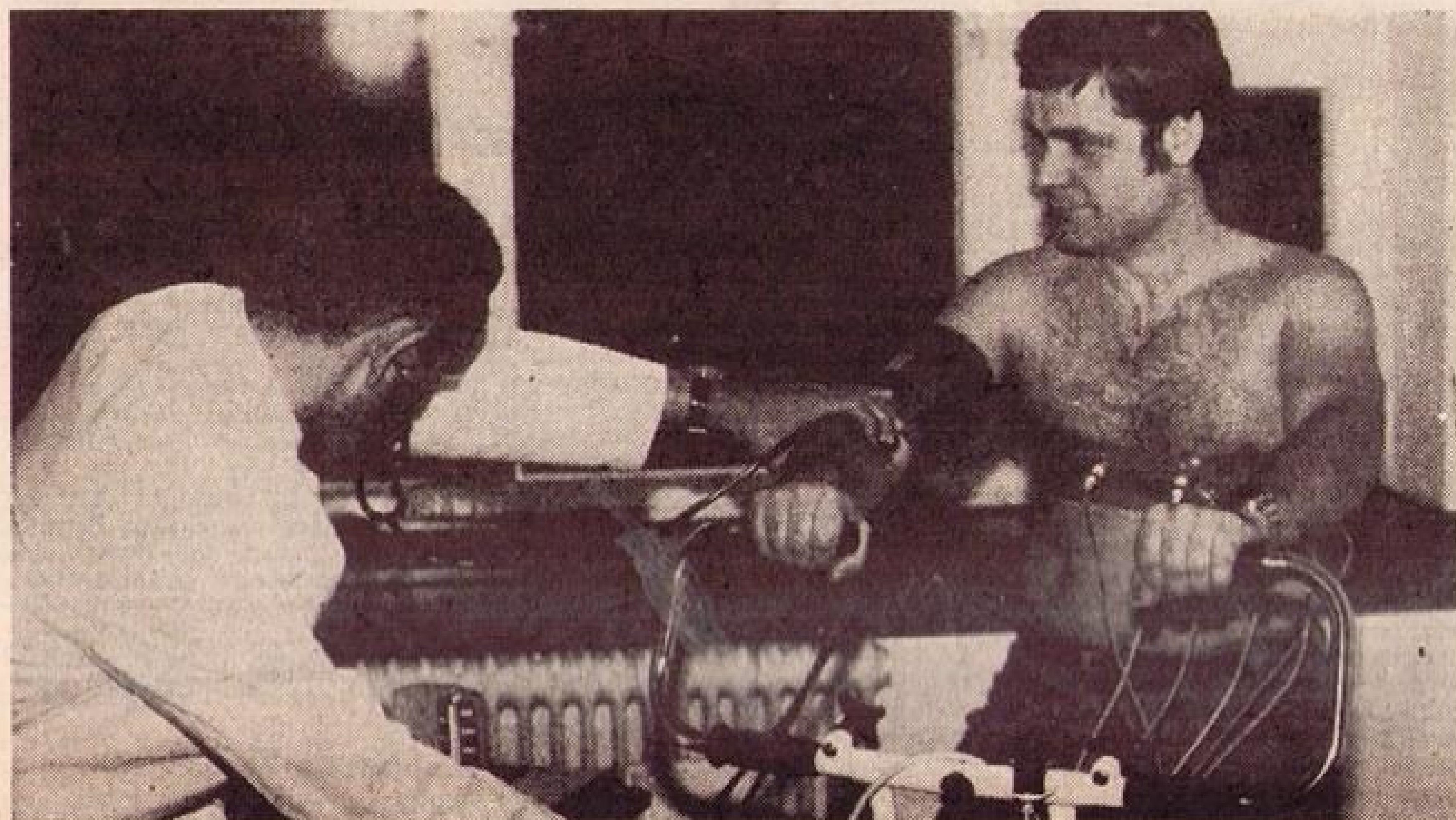
Zentrale Kampagne gegen „Faulenzer, Quatschtanten, Nichtstuer und Aufrührer“

Es sieht so aus, als ob mit dem Sonderrundschreiben der Arbeitgeber eine zentral von oben gesteuerte Jagd auf Kranke eingeleitet werden soll. Bekanntlich sind die Fehlzeiten, die angeblich sogar teilweise über dem europäischen Durchschnitt liegen sollen, den Unternehmern schon lange ein Dorn im Auge.

Die in dem Sonderrundbrief genannten Maßnahmen sind dabei teilweise durchaus nicht neu, sondern werden bereits seit längerer Zeit praktiziert. Der jetzt bekanntgewordene Maßnahmenkatalog soll offensichtlich eine insgesamt härtere Gangart einleiten und ein möglichst einheitliches Vorgehen in den Betrieben gewährleisten.

Was hier auf die Arbeiter und Angestellten zukommt, verdeutlicht ein bemerkenswerter Brief, den die Geschäftsleitung eines Glasverarbeitungsbetriebes in Rheinland-Pfalz an die Belegschaft verschickte (siehe Faksimile).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Olympianorm für Arbeiter

Stellt Grundig die Farbfernseher-Produktion in Italien ein?

Nachdem die gesamte Farbfernsehindustrie in den 70er Jahren rapide Umsatzsteigerungen hatte, zeichnen sich ab 1978 niedrigere Zuwachsraten ab. Zu hoher Krankenstand der Belegschaften, zu geringe Produktivität, zu hohe Lohnkosten sind die Ursache der Firmenmisere nach Ansicht des Grundig-Vorstands. Konzentration der Fertigungsstätten, Rationalisierung oder Stillegung der bestehenden Werke, heißt die Medizin, um wieder konkurrenzfähig zu bleiben.

Angelockt durch Steuervorteile – 10 Jahre steuerfreie Produktion – eröffnete GRUNDIG 1969 in Rovereto in der Nähe von Trient (Italien) ein Farbfernsehwerk. Ein weiteres kleineres Werk wurde in der Nähe von Mailand, in Binasco, eröffnet. In beiden Werken wurden Farbfernseher ausschließlich für den italienischen Markt produziert. Nachdem die italienische Tochter nicht mehr die gewohnten Zuwachsraten erzielte – 1979 angeblich 10 Mio. DM Verluste – gab es erst Klagen von Seiten der Geschäftsleitung. Obwohl die Löhne und die Anzahl der Feiertage unter westdeutschem Niveau liegen, sei der Krankenstand zu hoch. Die Anzahl der Stunden für Krankheit, Betriebsversammlungen, Bildungsurlaub, Mutterschaftsurlaub wurden einfach addiert. Die Ausfallzeit sei zu hoch, sie müsse gesenkt werden, so die Werksleitung (nach „Süddeutsche Zeitung“ vom 30.10.79).

Dies ist eine Praxis, die auch in den bundesdeutschen Grundigwerken nicht unbekannt ist. Unter Fehlzeit fällt alles, was nicht Tarifurlaub ist.

Im Juli 1980 kündigte die Grundig Elettronica (GE) dann eine dreiwöchige Kurzarbeit im Anschluß an die Werksferien an. Noch im Juli wurde mit dem italienischen Betriebsrat folgendes vereinbart:

- Voraussichtliche Neuinvestitionen in Höhe von 1 Mrd. Lire (ca. 2,2 Mio. DM) mit dem Ziel, das bisherige Produktionsniveau mit höherer Produktivität zu erhalten.
- Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze und der Qualifikation.
- Desweiteren sicherte die Geschäftsleitung genaue Informationen über die neue Produktionstechnologie, die voraussichtliche Tagesproduktion und Produktivitätssteigerung zu.

Das alles entpuppte sich jedoch bald als ein Stück Papier.

Nach Ende der Kurzarbeit – am 5. September – kündigte die G.E. 400 Entlassungen an. Davon 289 in Rovereto und 107 in Binasco. Eine weitere böse Überraschung erlebten die italienischen Arbeiter(innen), als sie aus dem Urlaub zurückkamen:

Die Werksleitung hatte bereits Stanzen (für Metallverstrebungen) abtransportieren lassen. Der Abtransport der Stanzen und die angekündigten Entlassungen stießen auf ziemliche Empörung. Um weitere Verlagerungen zu verhindern, wird seitdem der Ausgang des Werks besetzt. Jeweils eine Abteilung hält abwechselnd eine Stunde am Tag Wache am Tor und kontrolliert die herausfahrenden Wagen. Der Betriebsrat und die zuständige Metallarbeitergewerkschaft, die FLM, stellen folgende Forderungen an die G.E.:

- Genaue Informationen über die Kapitalverbindung Grundig/Phillips.
- Entwicklung eines Investitionsplans, der eine Modernisierung der Anlagen ausweist.
- Und darüber hinaus wird eine Erweiterung der Produktion auf andere Bereiche als Farbfernsehproduktion verlangt. Zielsetzung ist die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze.

An die italienische Regierung stellte die Belegschaft und die FLM weitere Forderungen:

- den Massenentlassungen zu widersprechen,
- und nicht zuzulassen, daß multinationale Konzerne nach Italien Waren einführen dürfen, ohne dort Produktionsstätten zu unterhalten.

Am 15.9.80 fand ein Gespräch zwischen der FLM und der G.W. statt, bei dem die FLM die Forderung nach einem Sozialplan für die 400 gekündigten Arbeiter(innen) stellte. Die G.E. war jedoch zu keinerlei Konzessionen bereit. Voraussetzung für weitere Verhandlungen sollte ein Stillhalteabkommen zwischen FLM und G.E. sein. Im Klartext: Die FLM sichert zu, weitere Kampfmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze zu unterlassen, dann wäre die Werksleitung zu Verhandlungen bereit.

(In der Bundesrepublik wurde immerhin ein Sozialplan gewährt, von derartigen Stillhalteabkommen wurde bisher nichts bekannt.) Die FLM war zu diesem Tauschgeschäft nicht bereit. Am 16.9.80 streikte der größte Teil der Grundigbelegschaft in Rovereto. Von 8 - 12 Uhr demonstrierten die Arbeiter(innen) durch die Stadt, um die Bevölkerung auf ihren Kampf aufmerksam zu machen.

KB/Gruppe Nürnberg

- Desweiteren sicherte die Geschäftsleitung genaue Informationen über die neue Produktionstechnologie, die voraussichtliche Tagesproduktion und Produktivitätssteigerung zu.

Das alles entpuppte sich jedoch bald als ein Stück Papier.

Nach Ende der Kurzarbeit – am 5. September – kündigte die G.E. 400 Entlassungen an. Davon 289 in Rovereto und 107 in Binasco. Eine weite-

derartigen Stillhalteabkommen wurde bisher nichts bekannt.) Die FLM war zu diesem Tauschgeschäft nicht bereit. Am 16.9.80 streikte der größte Teil der Grundigbelegschaft in Rovereto. Von 8 - 12 Uhr demonstrierten die Arbeiter(innen) durch die Stadt, um die Bevölkerung auf ihren Kampf aufmerksam zu machen.

KB/Gruppe Nürnberg

Farbfernseher: Konzentrationsprozeß schreitet voran

„Farb-TV-Markt noch lange nicht gesättigt“, so lautete 1977 die Überschrift in der Werkszeitung des größ-

(ITT) investierten außerdem im Ausland, kauften Werke auf oder bauten neue Farbfernsehwerke.

ten, Gehäuse-Spritzautomaten, Lakkierautomaten, automatische Qualitätskontrolle, Rationalisierung in

Farbfernseher: Konzentrationsprozeß schreitet voran

„Farb-TV-Markt noch lange nicht gesättigt“, so lautete 1977 die Überschrift in der Werkszeitung des größten bundesdeutschen Farbfernsehherstellers. Weiter hieß es: *„Auf dem Farbgerätemarkt ist noch lange keine Sättigungssgrenze abzusehen. Nach Ansicht der Grundig AG wird sich das gegenwärtige Absatzniveau von jährlich 2 bis 3 Millionen Stück mindestens noch für die nächsten 10 Jahre (!) halten lassen“*, (Grundig-Report 4/77).

Schon ein Jahr später, 1978, wurden die ersten Krisenerscheinungen sichtbar: Anfang 1979 meldeten Grundig, Loewe-Opta, Nordmende und AEG-Telefunken für den Bereich Farbfernsehen Kurzarbeit an, 800.000 Farbfernseher lagen „auf Halde“.

Farbfernsehmarkt noch nicht gesättigt?

Bereits 1978 hatten in

der BRD	50 %
Japan	20 %
den USA	90 %
der EG	40 %

der Haushalte einen Farbfernseher. 1980 sind es in der BRD bereits über 70 % der Haushalte.

Ständige Erweiterung der Fertigungskapazitäten und Neuinvestitionen bestimmten die Jahre 1975 bis 1978. Allein in der BRD stieg die Produktion von Farbfernsehgeräten von 1974 bis 1978 auf fast das Doppelte.

Dazu folgende Tabelle:

Gesamtproduktion Farb-TV BRD (nach ZVEI)

1973: 2,077	1977: 3,638
1974: 2,355	1978: 4,019
1975: 2,254	1979: 3,817 (!)
1976: 2,978	1980:(1.Quartal) 1,439

Mio. Stück (das sind über 200.000 Stück mehr als im 1.Quartal 1979). Das sind allerdings nur die Produktionszahlen aus der BRD. Die größten U-Elektronikhersteller wie Grundig, Philips, AEG-Telefunken, SEL (ITT) investierten außerdem im Ausland, kauften Werke auf oder bauten neue Farbfernsehwerke.

Allein Grundig eröffnete 1978 in Wien ein neues FFS-Werk mit einer geplanten Jahresproduktion von 500.000 Geräten, kaufte das spanische Fernsehunternehmen INTER auf, investierte in Frankreich (Fleurance) und Italien (Rovereto). In Taiwan wurde ein neues Werk, u. a. für die Produktion von Farbfernseh-Chassis (1.000 pro Tag), eröffnet.

Die Farbfernsehproduktion machte weltweit bei den meisten U-Elektronikfirmen über 50 % des Umsatzes aus, d. h. Farbfernseher stellten die wesentliche Quelle der hohen Profite dar. War die Umsatzentwicklung in der Gesamtbranche insgesamt rosig, so gab es im FFS-Bereich besonders viel abzuschöpfen. Dazu folgende Zahlen:

Umsatzentwicklung U-Elektronik (Jahresdurchschnittliche Veränderung pro Beschäftigten):

1970/73	1973/76	1970/76
+ 11,2 %	+ 9,8 %	+ 10,5 %

Produktionsentwicklung real (jahresdurchschnittliche Veränderung gegenüber Vorjahr):

1975	1976	1977	1978	1979
-4,6%	+18%	+13,6%	+2,6%	-10,9%

Umsatz Farbfernseher (nur Grundig)

1971/72:	100
1973/74:	221
1974/75:	257
1975/76:	310
1976/77:	329
1977/78:	359

(Quelle: Grundig Geschäftsbericht 1977/78).

Produktivität wird weiter gesteigert

Die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung sind auch im Bereich Farbfernseherproduktion noch nicht ausgeschöpft. Neue Technologien werden angewendet, die Produktion wird automatisiert (Bestückungsautomaten, Gehäuse-Spritzautomaten, Lakkierautomaten, automatische Qualitätskontrolle, Rationalisierung in Verpackung und Transport usw.). Die neuen Technologien rentieren sich jedoch erst bei Konzentration der Fertigungsstätten und Fertigung in hohen Stückzahlen. Im Moment beherrschen die Gruppen Grundig/Philips, Thomson-Brandt (Saba, Nordmende) und AEG-Telefunken den bundesdeutschen Farbfernsehmarkt, zusammen haben diese drei Herstellergruppen einen Marktanteil von über 50 %. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik noch 11 Unternehmen der U-Elektronik:

	FFS-Marktanteil:	
Grundig	23 %)	
Philips	14 %)	zusammen
Loewe-Opta	)	fast 40 %
Saba	) Thomson-	
Nordmende	) Brandt	20%
AEG-Telef.	)	
SEL (ITT)	)	11 - 13 %
Blaupunkt		
Wega/Sony		
Körting/Gorenje		
Metz		

Japanische Importe – Gefahr für unsere Arbeitsplätze ?

Die so gefürchtete japanische Einfuhr machte im Farbfernsehbereich im Zeitraum 1978/79 erst 3,5% aus, wobei die westdeutschen Unternehmer selbst immerhin von 3,8 Mio. produzierten Farbfernsehern 1,47 Mio. exportierten. Die gesamte U-Elektronikbranche hatte 1979 einen Exportanteil von 47%, hauptsächlich ins westeuropäische Ausland. **Im Klartext: diejenigen, die nach Einfuhrstop für japanische FFS-Geräte rufen, führten im letzten Jahr selbst noch fast 50% der gesamten Produktion aus.**

Einfuhrbeschränkungen in den USA für japanische Farbfernseher im Jahre 1978 führten zwar zu sinkenden japanischen Importen, die japanischen Elektronikkonzerne investierten dafür in den USA und produzierten vor Ort. Bei der laufenden antijapanischen Kampagne geht es selbst für die westdeutschen Farbfernsehhersteller nicht um Einfuhrbeschränkungen, sondern darum, ein geeignetes Klima in der Öffentlichkeit für weitere Konzentrations- und Rationalisierungsbestrebungen zu schaffen.

Auch die marktbeherrschenden europäischen Unternehmen liegen in der Produktivität hinter den japanischen Herstellern. Einigen japanischen Herstellern gelang bereits die Produktionszeit eines FFS-Gerätes auf eine Stunde zu drücken. In der Regel liegt die Herstellungszeit in Japan bei 2,5 Stunden. In der BRD liegen die Zeiten wesentlich darüber. Dazu einige Beispiele:

Produktionszeit pro Farbfernseher, 1979/1980

		Ziel:
SEL Bochum	3 Std. 20 Min.	2 Std. 10 Min.
Saba	5 Std.	
Philips		Senkung um 8 % geplant
Thomson-Brandt	4 Std.	2,36 Std.

Brauchte man in der BRD im Jahre 1970 noch ca. 10 Stunden, so liegt der Durchschnitt heute bei 4-5 Stunden. Ziel der europäischen Hersteller ist die Senkung der Produktionszeit auf 2 Stunden pro FFS-Gerät.

Steigerung der Kapazitäten – Wer soll das kaufen ?

Da die Massenarbeitslosigkeit steigt und das Lebensniveau der europäischen Arbeiter insgesamt sinkt, ist in Europa nicht mit steigendem Absatz zu rechnen. Dennoch sollen die Kapazitäten ausgebaut werden. Mit Massenentlassungen und drastischem Belegschaftsabbau schmeißen die FFS-Hersteller (und die anderen Unternehmer) ihre möglichen Käufer raus.

Nur einige Beispiele: Im FFS-Werk Grundig-Nürnberg (Werk 16) waren im Jahre 1978 noch 2.300 Arbeitnehmer beschäftigt, Ende 1980 werden es nurmehr 1.500 sein. In zwei Jahren ein Abbau von 34%!

Das FFS-Werk Fleurance/Frankreich wurde geschlossen.

Die Werksschließung in den Werken Rovereto und Binasco (Italien) mit insgesamt ca. 1.800 Beschäftigten deutet sich an.

Leiterplatten sollen bei Grundig automatisch bestückt werden, geplant ist die Anschaffung von 40 Automaten und die Konzentration der Leiterplattenproduktion in Nürnberg.

Aus anderen Firmen: SEL/ITT schließt 2 von 3 britischen Werken (950 Beschäftigte betroffen), die Produktion wird in Bochum konzentriert und soll dort auf 1 Million pro Jahr verdoppelt werden. AEG-Telefunken schließt das Werk Hannover II mit 1000 Beschäftigten, die Produktion wird in Celle (Modulbestückung und Montage), Braunschweig (Boxen u. Gehäuse) und Hannover I (Vorfertigung und Leiterplatten) konzentriert. In Celle wurde investiert mit dem Ziel, die Belegschaft von 8.700 auf 6.200 zu reduzieren.

Nordmende (Thomson-Brandt) hat die FFS-Produktion jetzt in Bremen konzentriert, das Werk in Verden, wo bisher Baugruppen gemacht wurden, wurde aufgegeben. Seit der Übernahme durch Thomson-Brandt wurde die Belegschaft um 1.000 reduziert, allein in Bremen um über 500.

Die neuerliche Kurzarbeit im Juli 1980 im FFS-Bereich läßt weiteren Personalabbau erwarten.

Eine Genossin aus Nürnberg

Cossiga gestürzt – FIAT-Entscheidung verschoben



Die 40. Nachkriegsregierung Italiens unter dem christdemokratischen Ministerpräsident Cossiga ist gestürzt. Nach einer Abstimmungsniederlage über das sogenannte „wirtschaftliche Stabilitätsprogramm" mit 297 gegen 298 Stimmen im römischen Abgeordnetenhaus trat Cossiga am 27. September zurück. Anläßlich dieser Regierungskrise erklärte FIAT-Chef Agnelli, man werde die bereits eingeleitete Entlassung von 15.000 FIAT-Arbeitern erst einmal drei Monate aufschieben, und die drei großen italienischen Gewerkschaften verzichteten vorerst auf die Ausrufung eines landesweiten Generalstreiks,

»Diese Stadt kann diese Massenentlassungen nicht ertragen«

Turins Bürgermeister Novelli

der am 2. Oktober stattfinden sollte.

Der Sturz Cossigas kommt in einem Augenblick größter politischer Spannung in Italien: Bis Ende nächsten Jahres will FIAT in Italien 24.000 Beschäftigte entlassen. Darüberhinaus würden weitere zigtausend Kollegen in den Zulieferbetrieben ihre Stellung verlieren und sich auf einem Arbeitslosenmarkt wiederfinden, der heute bereits nach offiziellen Angaben 1,7 Millionen Menschen umfaßt. Gegen diese Pläne wehren sich die FIAT-Kollegen entschieden. Sie

Arbeitslosenmarkt wiederfinden, der heute bereits nach offiziellen Angaben 1,7 Millionen Menschen umfaßt. Gegen diese Pläne wehren sich die FIAT-Kollegen entschieden. Sie

puschen ihre Gewerkschaften, in den Verhandlungen, in die sich die Regierung als Vermittler eingeschaltet hatte, hart zu bleiben. An dem Wochenende, an dem Cossiga zurücktreten mußte, waren die Verhandlungen wieder einmal ohne Ergebnis abgebrochen worden. Die FIAT-Kollegen im ganzen Land hatten schon seit zwei Wochen mit wechselnder Intensität die Fabriken bestreikt. Täglich wiederholten sich Meldungen wie diese: *„Bei der FIAT-Tochter Lancia in Chivasso (Turin) halten die streikenden Arbeiter die in der vergangenen Woche begonnene Blockade des An- und Abtransportes aller Waren und fertigen Fahrzeuge aufrecht. Seit Mittwoch sperren die Arbeiter auch im Hauptwerk Mailand-Desio, der FIAT-Tochter Autobianchi, den Abtransport der dort hergestellten Wagen A 112 und FIAT-Panda. Auch aus den Mailänder Lastwagenwerken OM der FIAT-Gruppe wird der Abtransport fertiggestellter LKW verhindert. Nachdem Streikende die FIAT-Hauptverwaltung in Turin blockiert haben, wurde der Arbeitsplatz der Verwaltungsspitzen an einen geheimen Ort verlagert"* („Süddeutsche Zeitung", 19.9.80).

Ein Brief vom Chef

Am 25. September nun schrieb der FIAT-Direktor, der bereits die Entlassung von 15.000 Arbeitern eingeleitet hatte und diese ungeachtet der massiven Streiks durchziehen wollte, den „lieben Arbeitern" einen Brief, in dem er um Verständnis für die Entlassungen warb, da ansonsten FIAT im internationalen Konkurrenzkampf nicht mehr bestehen könnte. Wohl wissend um den Zorn der Kollegen, die nun die Zeche für eine über Jahre verfehlte Modellpolitik des Konzerns bezahlen sollen, bat er ausdrücklich in dem 100.000fach herausgeschickten Schreiben, die „Freundlichkeit und Geduld zu haben, den kurzen Brief ganz bis zum Ende zu lesen." Mit der Geduld der Kollegen war es aber bereits vorbei. Am 23. September beschlossen die grossen Gewerkschaften CGIL (PCI-nahe), UIL (sozialistisch) und CISL (christdemokratisch) einen Generalstreik Anfang Oktober. Am 25. September führten 1,5 Millionen Metaller einen nationalen Streik durch.

Die Kollegen blieben nicht in den Fabriken: immer wieder wurden für kürzere Zeiten Autobahnen abgesperrt und Eisenbahnknotenpunkte blockiert.

Die Forderungen der Arbeiter lauten vor allem:

– Rücknahme der angekündigten Entlassungen;
– Verhandlungen in Turin;
– Bildung einer handlungsfähigen und entscheidungsbereiten Regierung.

Auch an dem Tag, an dem Agnelli seinen Brief schrieb, zeigten die Kollegen ihre Wut und Empörung, aber auch ihre Kampfbereitschaft.

50.000 hatten sich in Turin auf der Teststrecke von Mirafiori versammelt. Sie bedachten den Sozialisten (die zu der Zeit mit in der Regierung Cossiga waren) Fabrizio Cicchitto, kaum daß er die Versammlung mit „liebe Freunde und Genossen" angeredet hatte, mit einem Pfeifkonzert und Sprechchören („Hau ab nach Rom"), behandelten den christdemokratischen Deputierten Alberto Garocchio „noch schlechter" (die „Repubblica" spricht von einem „Kamikaze-Unternehmen"). Für den PCI-Vertreter Minuccia gab es nur Applaus, als er die FIAT-Direktion scharf angriff, und selbst die Rede des CGIL-

»Turin hat sich seit Ende der sechziger

»Turin hat sich seit Ende der sechziger Jahre zu einer Hauptfront der italienischen Arbeitskämpfe entwickelt. Hier ist das soziale Klima derart gestört wie in keiner anderen Stadt Italiens.«

Bayernkurier, 27.9.

Generalsekretärs Marianetti folgten die mißtrauischen FIAT-Arbeiter mit „außerordentlicher Zurückhaltung und Kälte" („La Repubblica", 25.9.).

FIAT-Kollegen haben Kampferfahrungen

Eine Untersuchung, die kürzlich durchgeführt wurde, hat ergeben, daß die Beschäftigungsdauer der FIAT-Arbeiter im Durchschnitt bei über 10 Jahren und das Durchschnittsalter zwischen 37 und 46 Jahren liegt. Eine Entlassung würde eine akute Gefährdung ihrer Existenz bedeuten, zumal von einer längerfristigen sozialen Sicherung im Arbeitslosenfall nicht die Rede sein kann. Und es geht auch um die Frage, ob ein Großunternehmen einfach Menschen wie Vieh behandeln kann: heute in großer Stückzahl eingekauft und morgen wieder auf den Markt geworfen. FIAT war in seiner Personalpolitik noch nie zimperlich.

Gleich nach dem Kriege spielten die Kommunisten beim Aufbau von Vertretungsorganen der Arbeiterschaft eine entscheidende Rolle. Als 1948 ein Attentatsversuch auf den PCI-Führer Togliatti verübt wurde, und die Democrazia Cristiana und Unternehmer mit massiver amerikanischer Hilfe die Kommunisten aus vorheriger gemeinsamer Regierungsarbeit ausbooteten, besetzten FIAT-Arbeiter die Betriebe und setzten Führungskräfte fest. Nach zwei Kampftagen, dem erfolglosen Warten auf das Zeichen zum Aufstand, konnten die Arbeiter von Gewerkschaft und Partei zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit bewegt werden. Die Unternehmer gingen in die Offensive, das Tempo der „Restrukturierung und des technologischen Sprungs" in den FIAT-Betreiben wurde beschleunigt, die Befugnisse der Betriebskommissionen wurden begrenzt, in den nächsten Jahren wurden 2.000 Leiter und Kader der PCI ausgeschlossen. Diese Repressionspolitik koppelten die FIAT-Fürsten mit einem Zuckerbrot für die „Anständigen": sie lassen Häuser und Ferienheime für die Arbeiter bauen und entwickeln ein ausgeklügeltes Prämien- und Zulagensystem. Turin wird d i e FIAT-Stadt, und „la Stampa" die Turiner Tageszeitung, die auch heute noch von den Arbeitern gelesen wird, gibt Agnelli höchstpersönlich heraus.

In der Folgezeit flackern immer wieder Arbeitskämpfe auf, oft Abteilungsstreiks gegen die Gewerkschaften durchgesetzt, die Tendenz ist aber insgesamt rückläufig und 1955

In der Folgezeit flackern immer wieder Arbeitskämpfe auf, oft Abteilungsstreiks gegen die Gewerkschaften durchgesetzt, die Tendenz ist aber insgesamt rückläufig und 1955

kommen sie ganz zum Erliegen.

Auch an den Streiks um die Erneuerung des Metalltarifvertrages im Frühjahr 1962 beteiligten sich die FIAT-Arbeiter anfangs nicht. Als aber die (damals sehr) unternehmerfreundliche UIL ein separates, völlig unzureichendes Abkommen mit der Geschäftsleitung abschließt, entlädt sich die Wut der Arbeiter in der Erstürmung des Sitzes der UIL in Turin. Drei Tage lang kommt es in Turin zu heftigsten Straßenkämpfen. Die Presse und selbst die Arbeiterorganisationen sprechen in Kommentaren von „Provokationen", von „faschistischen Jugendlichen", die vom Kapital bezahlt seien. In Wahrheit handelt es sich vorwiegend um Lehrlinge aus dem Süden, eine extrem ausgebeutete soziale Schicht, die zum Arbeiten gut genug waren, denen aber menschenwürdige Lebensumstände verweigert wurden. Damit tritt eine soziale Gruppe in die Klassenauseinandersetzungen, die für die späteren Kämpfe bei FIAT eine entscheidende Bedeutung erlangen wird: der „Massenarbeiter", ohne fundierte Ausbildung, seinem früheren Wohnort entwurzelt, zusammengepfercht zu Tausenden in barackenähnlichen Unterkünften, ausgeliefert einem Fabrikationsablauf, der sich mit einsetzender Rezession von 1963 noch beschleunigt und maschinisiert, ohne jegliche gewerkschaftliche Erfahrung, aber auch ohne jahrelange ideologische Bearbeitung durch reformistische Gewerkschafts- und Arbeiterführer.

Der heiße Herbst '68

Sie bilden die spontane Avantgarde, als 1967 die Kämpfe für die 44-Stunden-Woche und die Durchsetzung von Renten beginnen. Unter dem Eindruck der militanten Kämpfe der Studentenbewegung und beeinflußt durch junge Arbeiter- und Studentenkader, die in Abgrenzung zu den hohl gewordenen Einschätzungen der Altlinken die entscheidende Bedeutung dieser jungen Autonomiebewegung erkannt haben, finden sie neue Formen des Kampfes: Zurückweisung des Delegationsprinzips, antiautoritäres Verhalten und Einsetzung von Vollversammlungen auf allen Ebenen bewirken eine Vervielfachung des Kampfpotentials und ermöglichen eine rasche Eingliederung von 15.000 neuen Arbeitern, die FIAT gerade aus dem Süden „besorgt" hatte, ohne jedoch für ihre Unterbringung zu sorgen.

Gewerkschaften und Parteien sind isoliert, Gruppen wie „Lotta Continua" und „Potere Operaio" bilden sich und beeinflussen die Kämpfe. Dabei entwickelt „Lotta" die Linie der „Zuspitzung der Krise". „Nehmen wir uns die Stadt" wird mit allen dazugehörigen Formen des zivilen Ungehorsams, der eigenmächtigen Tarif- und Preissenkungen und Häuserbesetzungen für eine Zeit zum neuen, durchschlagenden Element einer politischen Bewegung, die in Kritik des Leninismus der Organisationsfrage nicht mehr den entscheidenden Stellenwert in den Klassenkämpfen zumißt. Dieser Kampf weist weit über die Fabriktore und auch über Turin hinaus und wird symbolhaft für die Entwicklung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Herausbildung einer neuen Linken nicht nur in Italien. Tatsächlich gelingen dieser Bewegung bei FIAT große Erfolge:

– die 40-Stunden-Woche;

dung einer neuen Linken nicht nur in Italien. Tatsächlich gelingen dieser Bewegung bei FIAT große Erfolge:
– die 40-Stunden-Woche;

– erhebliche Lohnerhöhungen;
– bessere Krankenversorgung;
– Recht auf Verhandlungsfreiheit;
– Recht auf Versammlung im Betrieb.

Damit hatten sich die FIAT-Arbeiter erkämpft, was ihren Kollegen in anderen europäischen Ländern bereits zugestanden war.

Die spontanen Arbeitskämpfe nahmen wieder ab, Gewerkschaften und PCI gewannen wieder an Bedeutung; 1975 zog die PCI zusammen mit den Sozialisten in die Turiner Stadtverwaltung ein. Die FIAT-Bosse schlagen zurück, versuchen ihre Gewinnmargen wieder zu vergrößern. Sie nehmen eine Umstellung der Produktion vor, um die innerbetriebliche Opposition zu zerschlagen. Auslagerung der Produktion, verstärkte Inanspruchnahme von Heimarbeit (!), dauernde Umsetzung von Teilen der Belegschaft, Einführung neuer Technologien sind die Eckpfeiler der neuen Unternehmerstrategie. Im Herbst 1974 wird eine Arbeitslosenversicherung eingeführt, die es Agnelli ermöglicht, Arbeiter flexibler zu beschäftigen und zu entlassen. Von September 1973 bis September 1975 werden fast 12.000 Arbeiter entlassen. Dann geht alles seinen Gang – bis vor ein paar Monaten.

Agnellis Schachzug

Heute nun will sich Agnelli die betriebliche Handlungsfähigkeit wieder sichern, die er vor den 68er Kämpfen hatte. Zwar wurden bereits zwei Stunden nach dem Sturz Cossigas die angekündigten Massenentlassungen drei Monate verschoben (bis vorerst nach Weihnachten); dennoch hat die FIAT-Leitung verfügt, daß ab sofort 24.000 Arbeiter bis zum Jahresende nicht beschäftigt werden. Während dieser Zeit beziehen sie 90% ihres bisherigen Einkommens aus öffentlichen Geldern. Dies ist ein geschickter Schachzug: Einerseits ist die endgültige Entlassung etwas verschoben; sie würde bei der jetzigen explosiven Stimmung ohnehin zu einer äußerst explosiven, unkalkulierbaren innenpolitischen Zuspitzung führen. Andererseits wird sie aber doch indirekt vorbereitet. Gewerkschaften und Arbeiter haben es allerdings durchschaut: auch nach Agnellis „Kurswechsel" haben sie den Totalstreik in den FIAT-Betrieben fortgesetzt. Darüberhinaus bereiten sie die Besetzung einiger Betriebe vor. Wenn auch der Herbst eine Saison verminderter Autonachfrage ist, so sind diese Streiks doch wirksam, zumal sie auch die zur Zeit sehr gefragten Modelle „Panda" und „Autobianchi 112" einschließen („FR", 3.10.).

Es pfeift der Wind

Nicht nur bei FIAT ist die Unruhe unter den Arbeitern groß. Bereits im August veröffentlichte die linksliberale Wochenzeitschrift „Panorama" unter der Überschrift „Demokratie in der Fabrik – Es pfeift der Wind" einen Artikel, der vom wiedererstarkten Selbstbewußtsein der italienischen Arbeiterklasse, auch gegenüber ihren Führern handelt: *„Die Beziehung von Arbeitern und Gewerkschaftsführern hat mittlerweile einen Riß. Deshalb fürchten die Gewerkschaftsführer in Rom wie anderswo, daß die Proteste vom Juli, lautstark vorgetragen in den großen Versammlungen, zu den bedeutensten Kennzeichen des kommenden Herbstes der Arbeiter werden."* (4.8.).

vom Juli, lautstark vorgetragen in den großen Versammlungen, zu den bedeutensten Kennzeichen des kommenden Herbstes der Arbeiter werden." (4.8.).

Mittlerweile gibt es es auch Streiks in der Stahl-, Chemie- und Bauindustrie. Letztere hat bereits zu einem Generalstreik aufgerufen. Einen neuen „Weltrekord" gibt es sogar von den Alfa-Romeo-Arbeitern zu melden: Nachdem endlich der Vertrag von Alfa mit dem japanischen Autohersteller Nissan (Marke „Datsun") über den gemeinsamen Bau von jährlich 60.000 Mittelklassefahrzeugen abgeschlossen war (den FIAT aus Konkurrenzgründen außerordentlich bekämpft hatte), blieben erst einmal 41% der Beschäftigten des Alfa-Sud-Werkes bei Neapel zuhause – natürlich mit ärztlichem Attest, versteht sich. Die Normal-Quote beim „assenteismo" (Abwesenheit) beträgt bei Alfa Sud nur 19%.

Italienkommission KB/Hamburg

»Mehrere leitende Angestellte bei FIAT wurden von Killern der Roten Brigaden erschossen. Unter diesen Zuständen litt besonders die Arbeitsproduktivität.«

Bayernkurier, 27.9.

Bolivien: Seit 30 Jahren verhindert das Militär die Demokratie

Viele Bolivianer erinnern sich in diesen Tagen an die Revolution vor 28 Jahren. Damals war es die MNR (National-Revolutionäre-Bewegung), die einen eindeutigen Wahlsieg errungen hatte. Das Militär riß daraufhin die Macht an sich und weigerte sich, der MNR die Regierung zu übergeben. Wenige Monate später, im Jahre 1952, brach die bewaffnete Revolution unter der militärischen Führung des jungen Siles Zuaso aus, dem heutigen Präsidenten der bolivianischen Untergrundregierung.

Was passierte in der Zwischenzeit?

1952 setzt die Regierung Paz Estenssoro eine Reihe von Reformen durch, wobei als Wichtigste die Verstaatlichung der Minen der Zinnbarone Patino, Aramayo und Hochschild im Gebiet von Oruro und Cochabamba zu nennen sind, sowie eine Agrarreform, die die Abschaffung aller Formen der Leibeigenschaft und die Verteilung eines großen Teils der Ländereien an die Bauern vorsah. 1952 wurde auch die bolivianische Arbeiterzentrale gegründet (COB), die sich zur größten Gewerkschaftsvereinigung des Landes entwickelte. Da Paz Estenssoro das kapitalistische System jedoch grundsätzlich bejahte, stand er bald im Widerspruch zu seiner sozialen Basis: *„Zunächst wurden die Arbeitermilizen, die den MNR an die Macht gebracht hatten, zugunsten einer neuen, von den USA aufgebauten Armee aufgelöst; später veranlaßten ökonomische Schwierigkeiten den rechten Flügel der Bewegung, sich immer stärker an die USA anzulehnen, die schließlich im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt" die Modernisierung des Landes mitfinanzierten."*

Dieser Kurs wurde auch von Siles Suazo mitgetragen, der von 1956 bis 1960 Präsident des Landes war. Als der MNR einen von der USA, der BRD und der internationalen Entwicklungsbank vorgelegten „Dreiecksplan" akzeptierte, der die Rationalisierung des Bergbaus und die Aufhebung der Arbeiterkontrolle zum Inhalt hatte, zerfiel der MNR endgültig in verschiedene Flügel.

So ist es nicht verwunderlich, daß es nach einer zweifelhaften Wiederwahl Paz Estenssoros zum Präsidenten zu einem Aufstand der Armee kam, dem sich auch Bergarbeiter und Studenten anschlossen. Die

ten zu einem Aufstand der Armee kam, dem sich auch Bergarbeiter und Studenten anschlossen. Die

Macht in der Militärjunta übernahm bald General Barrientos, dessen Regime die Verfolgung der demokratischen Kräfte verschärft aufnahm. Barrientos ließ 1965 mehr als 1500 Bergarbeiter und Bauern ermorden. Die Armee besetzte die Bergbauzentren, um den Widerstand der gegen die brutale Repression streikenden Arbeiter zu brechen. Von März bis Oktober 1967 kämpften Partisaneneinheiten unter der Führung von Ernesto Che Guevara im Südosten des Landes. Ihnen gelang es jedoch nicht, sich ausreichend in der Bevölkerung zu verankern.

Die regulären Truppen konnten schließlich mit Unterstützung von „US-Beratern" die Guerilla aufreiben. Am 9. Oktober 1967 wurde Che gefangengenommen und wenig später von den Gorillas ermordet. Im Oktober 1970 zwangen riesige Kampfaktionen der Massen den Gorilla Miranda zum Rücktritt und verhalfen dem antiimperialistischen Präsidenten Torres an die Macht.

1971 putschte Hugo Banzer, unterstützt von den USA und Brasilien, gegen den gewerkschaftsfreundlichen Torres. Unter Banzer begann ein starker Exodus fortschrittlicher Kräfte des Landes. Trotz der unglaublichen Repression kam es immer wieder zu militanten Aktionen der Arbeiterklasse. 1976 führten die Minenarbeiter einen Generalstreik durch. Die Armee besetzte die Zufahrtswege zu den Minen, unterbrach die Strom-,

den Minen, unterbrach die Strom-,

Wasser- und Lebensmittelzufuhr, um die Mineros auszuhungern. Die Mineros hielten trotzdem fast 50 Tage durch. Die Diktatur wurde stark geschwächt. Ein Jahr später, nach der Rückkehr von einer USA-Tournee, kündigte Banzer die mehrfach versprochene Demokratisierung des Landes für 1978 an.

Am 28. Dezember 1977 begannen vier Bergarbeiterfrauen in La Paz einen unbefristeten Hungerstreik für die totale Amnestie, der nach 22 Tagen und nachdem sich über 1200 Personen angeschlossen hatten, siegreich beendet wurde. Domitila Barrios de Chungara wurde in diesem Streik bekannt.

Im ganzen Land bildeten sich Hausfrauenkomitees (insges. 34), deren Arbeit durch Domitila koordiniert und aufgebaut wurde. Unmittelbar nach dem erfolgreichen Hungerstreik wurden die von Banzer eingesetzten Gewerkschaftsführer aus den Büros hinausgeworfen. In den drei folgenden Monaten wurden demokratische Wahlen in fast allen Gewerkschaften abgehalten, bei denen die Linke einen überwältigenden Sieg davontrug. Damit wurde ein demokratischer Prozeß eingeleitet, der jetzt von der kriminellen Militärjunta jäh unterbrochen wurde (Über die politische Entwicklung bis zum letzten Putsch haben wir im AK berichtet).



Zur Rolle der Linken

Zur Rolle der Linken

Seit über drei Jahrzehnten spielte die Nationalrevolutionäre Bewegung (MNR) einen entscheidende Rolle im politischen Geschehen des Landes. Nach ihrem Zerfall sammelte sich der rechte Flügel unter Paz Estenssoro in der MNR-H (Historische MNR), während ein Großteil der Linken sich in der MNRI (MNR-Linke) unter Hernan Siles Suazo vereinigte. Der revolutionäre Teil konzentrierte sich in der „Revolutionären Partei der Linken" (PRIN) unter dem populären Gewerkschaftsführer Juan Lechin Oquendo. Im Vergleich zu den beiden anderen Gruppierungen war die PRIN zwar zahlenmäßig relativ klein, ihre politische Bedeutung dafür aber umso beträchtlicher, da Lechin seit 25 Jahren der Generalsekretär der bolivianischen Gewerkschaftszentrale COB ist, auf die er einen erheblichen Einfluß hat.

Die Linken des Landes versuchten Anfang des Jahres 1978, eine Linksfront aufzubauen. Im „Pacto de Caracas" einigten sich die MNRI und der MIR (eine linkssozialdemokratische Bewegung) auf die Bildung einer oppositionellen Front, der alle Parteien der Linken angehören sollten. Damit war auch der endgültige Bruch zwischen der MNRI und der MNR-H intendiert. Unter dem Namen UDP (demokratische Volksunion) kam es dann im April zu einem relativ weit gefächerten Wahlbündnis, der auch die kleine revisio-

bündnis, der auch die kleine revisio-

nistische KP (PCB) angehörte sowie die Indio-Bewegung Tupaj Katari (MRTK).

Maßgeblichen Einfluß auf die Politik der UDP behielten aber die Initiatoren MNRI/MIR, die ein Programm durchsetzten, das auf die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten, einen nationalistischen Wirtschaftskurs und Reformmaßnahmen zugunsten der Arbeiterklasse "nd der Bauernschaft abzielte.

Ein zweites Bündnis stellte die revolutionäre Front der Linken (FRI) dar, deren Führung die Peking-orientierte PCBML übernahm. Insbesondere arbeiteten in ihr die PRIN von Juan Lechin, die revolutionäre Partei der Arbeiter (PRTB) und die POR (Vanguardia). Kandidaten dieses Bündnisses für die Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft waren Lechin und Domitila. Die relativ kleine sozialistische Partei stellte sich allein zur Wahl.

Interessanterweise scherten 1979 die Peking-orientierten Kräfte aus der Front der revolutionären Linken (FRI) aus und unterstützten den Rechtsblock um Paz Estenssoro. Zurück blieb die PRIN-Allianz, die von den Kräften um Juan Lechin getragen wurde.

Domitila zog sich jedoch 1979 enttäuscht von diesem Wahlbündnis zurück, das es nicht geschafft hatte, die Linke zu einigen. Domitila wandte sich weider ganz der gewerkschaftlichen Basisarbeit zu. Insbesondere versuchte sie, über die politischen Blöcke hinweg einer möglichen Spaltung der Einheitsgewerkschaft COB entgegenzuwirken und arbeitete dann mit am Aufbau der „Komitees zur Verteidigung der Demokratie" (Conade).

Zur Rolle der UDP

In allen drei Wahlen (1978,1979, 1980) gewann trotz plumper Wahlmanipulationen der Militärs die UDP, im Juni 1980 mit fast 40 % der Stimmen.

Die UDP versuchte, sich als Klassenbündnis darzustellen, welches den Nationalismus der Revolution des Jahres 1952 weiterentwickelt und ihm die sozialistische Perspektive gibt. (So äußerte sich Jaime Paz Zamora, Vizepräsident der gegenwärtigen bolivianischen Untergrundregierung kürzlich in einem Interview der peruanischen Zeitung „Marka"). Die UDP beabsichtigte jedoch nicht eine Verstaatlichung der Banken und der mittleren Bergwerksunternehmen und hatte auch keinerlei sonstige Sozialisierungsabsichten.

In der Frage der Rolle der so putschträchtigen bolivianischen Streitkräfte und der nationalen Polizei vertrat die UDP, daß sie im Rahmen der Verfassung an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben gemeinsam mit dem Volk beitragen müsse, ohne dabei ihre Hauptfunktion, die nationale Verteidigung (von was ?? d. Verf.) zu schmälern

müsse, ohne dabei ihre Hauptfunktion, die nationale Verteidigung (von was ?? d. Verf.) zu schmälern

(„El diario", La Paz 20.4.79). Dies widerspricht nicht nur allen internationalen Erfahrungen, sondern insbesondere auch den Erfahrungen in Bolivien.

Quellen: Bolivien, Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, eine Pressedokumentation 11/12-79, Hg. Institut für Ibero-Amerika-Kunde, Hamburg
Lateinamerika, Analysen und Berichte 3, Berlin 1979
Lateinamerika Nachrichten 84 und 85
Brief eines Entwicklungshelfers,
„Marka", Bürgerliche Presse

Lateinamerikakommission

Dombesetzung in Köln
El Salvador libre!

Am Freitag, den 26.9.80 gegen 10.00 Uhr besetzten etwa 100 Leute, hauptsächlich Mitglieder von Studentengemeinden und auch einige Geistliche, den Kölner Dom. Ziel der Aktion war es, auf die gegenwärtige Repressionswelle in El Salvador aufmerksam zu machen. In einer Erklärung wiesen die Besetzer darauf hin, sie hätten den Dom *„nicht besetzt"*, sondern dort *„stellvertretend für das Volk von El Salvador Asyl gesucht"*. Die Besetzer forderten ein Gespräch mit dem zur Zeit auf der Welt-Bischofssynode in Rom weilenden Kardinal Höffner oder mit einem anderen kompetenten Mitglied der deutschen Bischofskonferenz. Geplant war, die Besetzung bis Sonntag aufrecht zu erhalten und inner- und außerhalb des Doms über die Militärjunta zu informieren.

Der Hausherr, *„Generalvikar Feldhoff, erklärte am Freitagnachmittag den Demonstranten, er sei unter keinen Umständen bereit, unter Druck zu verhandeln und nannte die Besetzung Hausfriedensbruch"* („KStA", 27.9.80).

Aufgrund einer lockeren Telefonmobilisierung innerhalb Kölns war die Besetzung gegen 19.00 Uhr auf 250 Menschen angewachsen – die Linke glänzte mit Ausnahme einiger GIM.ler und BUNTE LISTE/WEHRT EUCH-Mitglieder durch Abwesenheit. Um 19.30 Uhr wurde nach einem letzten Ultimatum der Dom abgeschlossen, die Anwesenden einigten sich, bei einem eventuellen Polizeieinsatz passiven Widerstand zu leisten. Um 20.20 Uhr kamen etwa 20 Bullen unter Führung von Polizeirat Jürgen Sengespeik in den Dom und verhandelten mit den Besetzern. Als die lockere Tour nicht half, kamen gegen 21.30 Uhr ca. 60 - 70 Bullen und räumten brutal den Dominnenbereich. Etwa 30 Besetzer wurden festgenommen. Auch außerhalb des Doms kam es zu Übergriffen. *„Bei weiteren Handgemengen am Domeingang wurden mehrere Personen verletzt. Ein Verletzter wurde nach Angaben der Feuerwehr von einem Rettungswagen ins Marienhospital gebracht. Mit Pfui-Rufen bedachten beim Abtransport der vorläufig festgenommenen Demonstranten umstehende Passanten die Polizei"* („KStA", 27.9.80). Das Domkapitel hat Strafantrag wegen Hausfriedensbruch gestellt.

Ein Genosse aus Köln

Warum unterstützt die BRD das Kokaingeschäft?

Der aktuell wirksamste Hebel zur Bekämpfung der Militärjunta von außen wäre derzeit ein absoluter Wirtschaftshilfe- und Kreditstopp. Über die leere Staatskasse können auch Kredite aus Argentinien und die Millionenbeträge der Kokain-Mafia nicht hinweghelfen. Die Auslandverschuldung Boliviens betrug bereits im Jahre 1978 die astronomische Zahl 2.510.000.000 US Dollar („El Diario", La Paz 22.2.78).

Bereits im August 1980 meldete das US-Außenministerium, daß mehrere Mitglieder der Militärjunta am Handel mit dem Rauschgift Kokain beteiligt sind („MoPo", 15.8.). Die BRD-Regierung, die mit einem aufwendigen Propagandefeldzug und zweifelhaften Gesetzen gegen die Drogengefahr vorzugehen vorgibt, leistet hier wahre „Entwicklungshilfe", denn die Anerkennung einer Diktatur, in deren Schoße sich Vertreter des Big Business der internationalen Rauschgiftmafia befinden, zeigt die ganze „Ernsthaftigkeit" von Bemühungen, das „Drogenproblem" weltweit in den Griff zu bekommen.

Polen nach den Streiks
Arbeiterklasse und »realer Sozialismus»

Mit ihren Streikaktionen in den Monaten Juli bis September hat sich die polnische Arbeiterklasse die Anerkennung des Streikrechts und des Rechts auf Bildung autonomer (nicht vom Staat und Staatspartei abhängiger) Gewerkschaften erkämpft. Es handelt sich dabei - scheinbar, wie noch zu zeigen sein wird! - um Rechte, die in allen großen kapitalistischen Staaten längst erkämpft und anerkannt sind. Für die Länder des „realen Sozialismus" schaffen diese Rechte ganz neue Bedingungen, indem sie das Organisationsmonopol der Staatsparteien und das Dogma der harmonischen Gesellschaft (in der Streiks überflüssig sind) praktisch in Frage stellen. Die „Realsozialisten" bemühen sich daher, die Anerkennung dieser Rechte durch den polnischen Staat als eine vorübergehende (möglichst kurzfristige) Ausnahme zu interpretieren, die lediglich aufgrund erheblicher Fehlpolitik der polnischen Führung notwendig geworden sei – ansonsten aber nach wie vor in der „realsozialistischen" Gesellschaft normalerweise einen Platz haben dürfe. Der in Polen deutlich gewordene Bruch zwischen der regierenden Staatspartei und der regierten Arbeiterklasse soll also möglichst schnell soweit „repariert" werden, daß der Staat an die Zurücknahme der jetzt erkämpften Arbeiterrechte gehen könnte.

Je länger aber die als Provisorium interpretierten neuen Arbeiterrechte in Polen Bestand haben, umso größer wird die Chance sein, daß diese Rechte verändernd auf die gesamte polnische Gesellschaft und darüber hinaus auf das „realsozialistische Lager" wirken. Daraus ergibt sich zum einen, daß die polnische Führung erheblichem Druck der anderen „realsozialistischen" Staaten (vor allem Sowjetunion und DDR) auf rasche Aushöhlung und Zurücknahme der neuen Arbeiterrechte ausgesetzt sein wird; zum anderen wird der polnische Staat aber von dieser Seite auch mit erheblicher Unterstützung zum Abbau der materiellen Quellen der Unzufriedenheit rechnen können.

Die neu erkämpften Arbeiterrechte entfalten in Polen bereits eine Dynamik, die deutlich über den unmittelbar zwischen Arbeitern und Regierung ausgehandelten Rahmen hinausgeht. Diese Dynamik zeigt sich darin, daß nun auch andere Teile der polnischen Gesellschaft (Intellektuelle, Studenten, Bauern) ihre Rechte auf autonome Organisierung anmelden – ein Prozeß, der sich rasant ausbreitet und bisher seitens des Staates nicht auf schwerwiegenden Widerstand zu stoßen scheint. Diese Organisationsbildungen verbleiben immer noch im

auf schwerwiegenden Widerstand zu stoßen scheint. Diese Organisationsbildungen verbleiben immer noch im

relativ engen Rahmen der Vertretung berufsständischer Interessen. Insofern kollidieren sie noch nicht direkt mit dem politischen Monopolanspruch der Staatspartei. Die Arbeiter waren für ihre autonomen Gewerkschaften sogar ausdrücklich genötigt, die „führende Rolle der Partei" anzuerkennen. Mehr als ein formales Zugeständnis ist dies freilich nicht: Unter den Bedingungen des politischen Monopols einer Staatspartei tendiert jede autonome (d.h. hier: vom Staat unabhängige) Organisationsform (Gewerkschaft, Freizeitclub, Kirche etc.) dazu, auch Funktionen einer politischen Opposition zu übernehmen. Dies wird so auch und erst recht mit den neuen Gewerkschaften in Polen sein, falls der polnischen Führung nicht rasch das Kunststück gelingen sollte, die autonomen Gewerkschaften zu zerschlagen oder zu korrumpieren. Überdies beinhaltet die Freigabe des Rechts zur Bildung autonomer Gewerkschaften mit Notwendigkeit auch das Recht auf eine autonome Gewerkschaftspresse – was gleichfalls zur Durchbrechung des politischen Monopols der Staatspartei beitragen wird.

Die in Polen erkämpften Arbeiterrechte stehen also in krassem Widerspruch zum System des „realen Sozialismus", der auf dem allumfassenden Monopol einer „führenden" Staatspartei aufbaut und demokratische Rechte nur in einem entsprechend beengten Rahmen gewährt. Das alte gesellschaftliche System kann deshalb auf Dauer mit den neuen Arbeiterrechten nicht koexistieren: Es muß diese Rechte aufheben oder es wird von ihnen gesprengt.



Was sich die polnischen Arbeiter erkämpft haben

Die Vereinbarungen zwischen der polnischen Regierung und den Streikkomitees enthalten die „klassischen" Arbeiterrechte, wie sie in den meisten kapitalistischen Ländern im Laufe des 19. Jahrhunderts erkämpft und durchgesetzt wurden – Streikrecht und Koalitionsfreiheit (Bildung von Gewerkschaften). **Insofern haben die polnischen Arbeiter sich jetzt überhaupt erst Ausgangsbedingungen hergestellt, die in kapitalistischen Ländern längst vorhanden sind. Ein Schritt hin zum Sozialismus, wie einige Linke meinen, sind diese Erfolge der polnischen Arbeiter also nur im allerweitesten Sinn.**

An dieser Stelle ist ergänzend darauf hinzuweisen, daß diese Arbeiterrechte in den kapitalistischen Staaten keineswegs so klar und gesichert sind, wie es bei sehr oberflächlicher Betrachtung scheinen könnte: Der DGB beispielsweise ähnelt in vielem der polnischen Staatsgewerkschaft vor dem Streik. Der Aufbau autonomer Gewerkschaften müßte auch in der

dem Streik. Der Aufbau autonomer Gewerkschaften müßte auch in der

BRD erst erkämpft werden – gegen das Tarifvertrags-Monopol des DGB (und einiger kleinerer staatstragender Gewerkschaften), gegen politische Entlassungen oppositioneller Gewerkschafter, u.a.m. – Eng damit verbunden ist, daß es ein autonomes Streikrecht in der BRD nicht gibt und daß der politische Streik hierzulande generell einem starken Kriminalisierungsdruck unterliegt.

Was den Aufbau autonomer Gewerkschaften in Polen angeht, so haben die Kampferfolge der streikenden Arbeiter dazu lediglich die Voraussetzungen geschaffen. Die praktische Umsetzung der formal zugestandenen Autonomie wird auf vielerlei Hindernisse und Schwierigkeiten stoßen, bei denen letzten Endes die Autonomie wieder auf der Strecke bleiben könnte. Die neuen Gewerkschaften könnten von der Staatspartei korrumpiert und „unterwandert" werden (wofür es schon einige Anzeichen gibt), sie könnten aber auch sehr stark ins Schlepptau des reaktionären katholischen Klerus geraten, oder sie könnten durch Verbürokratisierung und Verselbstständigung einer Führungsschicht verkalken. Gegenüber allzu optimistischen Ansichten lehren alle Erfahrungen, daß die Verwirklichung von Arbeiterautonomie ein schwierig Ding ist, das nicht durch schönklingende Bekenntnisse oder allersauberste Absichten allein zu bewerkstelligen ist. Jeder größere Kampf der Arbeiterklasse bringt aber mit Regelmäßigkeit in Teilen der Linken überspannte, unrealistische Erwartungen hervor, bei denen der Kult der „Spontaneität" (d.h. der „reinen" Arbeiterbewegung, die angeblich einer eigenen politischen Partei gar nicht bedarf) im Vordergrund steht. Zu erinnern ist an linke Reaktionen auf den französischen Mai 1968, auf die Fiat-Streiks, auf die Septemberstreiks in der BRD 1969 .... Im Falle der letzten Streiks in Polen hat vor allem die Gruppe Z es übernommen, derartige Thesen gegen die Notwendigkeit einer revolutionären Partei (vorerst nur für die Länder des „Realen Sozialismus") zu vertreten („Z", Nr. 7).

Die Abgrenzung von solchen Illusionen und Idealismen soll den Erfolg der polnischen Streiks nicht verkleinern: **Die polnische Arbeiterklasse hat, indem sie sich die Anerkennung der „klassischen" Arbeiterrechte erkämpfte, einen historisch notwendigen, progressiven Schritt getan.** Für die Länder des „realen Sozialismus" gilt (genauso wie für die kapitalistischen Länder), daß sich die Arbeiterklasse ein Höchstmaß an politischer Demokratie erkämpfen und bewahren muß, um auf dem Wege ihrer Emanzipation voranzukommen. **Die in Polen erkämpften demokratischen Rechte schaffen Raum, um die realen Klassengegensätze dieses Gesellschaftssystems zur Austragung zu bringen.** Im Gegensatz dazu stand un-

sellschaftssystems zur Austragung zu bringen. Im Gegensatz dazu stand un-

ter den Bedingungen des totalen politischen und gewerkschaftlichen Monopols der Staatspartei eine falsche, die Arbeiterklasse desorientierende Widersspruchstellung zwischen dem Staat einerseits und der gesamten (höchst unterschiedlich interessierten) Opposition, mit dem reaktionären katholischen Klerus als Rückgrat andererseits, im Zentrum der Auseinandersetzungen. Indem sich die Arbeiterklasse nunmehr autonome Organisationen aufbaut, entstehen die Voraussetzungen, um eigene politische Interessen der Arbeiterklasse zu formulieren und für diese zu streiten, statt sich ideologisch im Schlepptau des reaktionären Klerus zu bewegen.

Arbeiterklasse und Demokratie

Neben den „klassischen" Arbeiterrechten hatten die polnischen Arbeiter einen Katalog von allgemein-demokratischen Forderungen aufgestellt (Auf die sozialen und tariflichen/beruflichen Forderungen, die gleichfalls aufgestellt wurden, gehe ich nicht ein). Die allgemein-demokratischen Forderungen beinhalten: **„Freilassung aller politischen Häftlinge"; „Aufhebung aller Verfolgung wegen Überzeugungen"; Pressefreiheit und Redefreiheit; „Zugang der Vertreter aller Glaubensbekenntnisse zu den Massenmedien"** (Aus den 21 Forderungen des überbetrieblichen Danziger Streikkomitees).

Diese Forderungen nützen offensichtlich nicht nur der Arbeiterklasse. Die Forderung nach Zugang des Klerus zu den Massenmedien nützt sogar der Arbeiterklasse direkt überhaupt nicht, sondern schadet ihr.

Lenin hat im Stadium der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland die These vertreten: Das Proletariat ist unbedingt an der Durchsetzung möglichst weitgehender politischer Demokratie (gegen den halbfeudalen Zarismus) interessiert; zugleich sei aber festzustellen, daß diese Demokratie auch der Bourgeoisie nutzt, und sogar zunächst **mehr der Bourgeoisie nutzt als dem Proletariat** (Vgl. insbesondere: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", Juli 1905). Ohne schematische Übertragung gilt diese These Lenins auch für das Polen von heute wie überhaupt für das „realsozialistische Lager": Solange das Maß an politischer Demokratie so gering ist, schart sich die gesamte Opposition (die sehr unterschiedliche Interessen repräsentiert) um die Forderung nach mehr Demokratie. Die Arbeiterklasse kann gar nicht umhin, sich diese Forderung zu eigen zu machen. Ebenso an dieser Forderung interessiert sind aber auch der reaktionäre Klerus, das liberale Kleinbürgertum, die Nostalgiker des kapitalistischen Westens usw. usf., und ebenso natürlich die Imperialisten selbst.

Unter den gegebenen Verhältnissen in Polen ist zunächst nicht zu er-

Unter den gegebenen Verhältnissen in Polen ist zunächst nicht zu er-

warten, daß aufgrund des von den Arbeitern erkämpften politischen Freiraums in erster Linie progressive, revolutionäre Kritik an den herrschenden Verhältnissen geübt werden wird. Im Gegenteil ist zu erwarten, daß dieser Freiraum in erster Linie verstärkte reaktionäre Propaganda des katholischen Klerus und bürgerlich-liberale Kritik an den herrschenden Verhältnissen bringen wird. **Dies spricht (siehe Hinweis auf Lenin) durchaus nicht gegen die Erkämpfung politischer Demokratie, aber es spricht doch sehr gegen die blinde Illusionsmacherei mancher westlicher Linker hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Polen.**

Im Konkreten sieht es jetzt so aus, daß die katholische Kirche Polens den „Zugang zu den Massenmedien", den ihr die Arbeiterklasse erstreikt hat, sofort für die Verbreitung von allerreaktionärstem Schrott im Stil der CSU-„Hirtenbriefe" benutzt: Gegen den „moralischen Verfall" der Familie, gegen „unmoralisches Leben", gegen Abtreibungen usw. usf. **Der Vergleich mit Ländern oder Regionen, in denen die katholische Kirche starken Einfluß hat, demonstriert unzweifelhaft, daß mehr Freiheit für die Kirche gesamtgesellschaftlich keineswegs mehr, sondern durchweg weniger Demokratie und persönliche Freiheit bedeutet.** Es ist deshalb auch eine Torheit, die ungebremste reaktionäre Propaganda des Klerus zu verwechseln mit der Religionsfreiheit, die im Sozialismus ja zu respektieren ist. Daß die polnischen Arbeiter ausdrücklich auch für die Freiheit der katholischen Indoktrination und Einschüchterung gestreikt haben, spiegelt den Entwicklungsstand wider und muß insofern als im konkreten Fall „unvermeidlich" hingenommen werden. Dies heißt aber nicht, daß prinzipiell der demokratische Kampf im „realen Sozialismus" so geführt werden muß, daß er Freiraum für die Reaktion schafft. Die Fragestellung, um die es hier geht, ist bekannt aus dem alten Streit um die Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen" in den „realsozialistischen" Ländern. (Das war insbesondere ein alter Streit zwischen dem KB und den Trotzkisten). Bekanntermaßen führen wir in der BRD den demokratischen Kampf durchaus nicht als einen Kampf für die Demonstrationsfreiheit der NPD und der Hansa-Bande, als einen Kampf für mehr Einfluß der katholischen Kirche in den Massenmedien, als Kampf für die Freilassung jener ohnehin wenigen Nazis, die als solche (und nicht wegen Bombenanschlägen etc.), also wegen ihrer politischen Überzeugung und Aktivität, im Knast sitzen. Wir prangern im Gegenteil die übergroße Toleranz des Staates gegenüber den Nazis an und erklären diese Toleranz aus der Logik der herrschenden Verhältnisse. Für die Forderung nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen", Rede- und Pressefreiheit für alle Strömungen der Opposition im „realen Sozialismus" werden mehrere Argumente angeführt: Von manchen Linken wird behauptet, daß in den „realsozialistischen" Ländern eigentlich gar keine, höchstens aber unbedeutend wenige Reaktionäre existieren. Verwiesen wird auf die Tatsache, daß die Staaten des „realen Sozialismus" jede Opposition als reaktionär und konterrevolutionär abstempeln. Reaktionäre und konterrevolutionäre Tendenzen, soweit ihre Existenz im „realen Sozialismus" von diesen Linken überhaupt zugegeben wird, seien ein Produkt eben dieses diktatorischen (despotisch etc.) herrschenden Systems, müßten also gegen dieses System verteidigt werden. (Verteidigt in dem Sinn, daß wir sämtliche demokratischen Freiheiten zur Äusserung und Verbreitung dieser Tendenzen fordern müßten). Wären diese Linken wenigstens logisch, so müßten sie eigentlich von den türkischen Putschgenerälen auch die Freilassung der paar inhaftierten Faschisten, Wiederzulassung der faschistischen Presse, Aufhebung des Verbots der faschistischen Gewerkschaft usw. fordern.

Richtig ist an den Argumenten dieser Linken, daß weder wir noch die „realsozialistische" Arbeiterbewegung sich die Definition der dortigen Staatsparteien über Reaktion und Konterrevolution zu eigen machen können, ebenso wenig wie wir uns im Geringsten auf die Seite der politischen Justiz dieser Staaten schlagen können. Diesem Dilemma ist aber nicht mit dem ‚Modell Gordischer Knoten' beizukommen, d. h. mit der

nicht mit dem ‚Modell Gordischer Knoten' beizukommen, d. h. mit der

Forderung nach Freiheit für alles und jeden in diesen Ländern. Es wird geradezu Ausdruck für die Bewußtseinsentwicklung der „realsozialistischen" Arbeiterbewegung sein, wieweit sie dazu kommt, den demokratischen Kampf nicht als Kampf für die Freiheit von allem und jedem, sondern auch mit antireaktionärer Stoßrichtung zu führen. Das müßte beispielsweise heißen: Einschränkung des ohnehin starken Einflusses der katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft, statt diesen Einfluß auch noch auszuweiten; Abschaffung des Religionsunterrichtes an den Schulen, statt Steigerung der Stundenzahl usw. usf.

Arbeiterklasse und Partei(en)

Auf entsprechende verfängliche Fragen westlicher Journalisten nach dem Verhältnis der neuen Gewerkschaften zur Staatspartei und zum polnischen Gesellschaftssystem antwortete ‚Streikführer' Walesa: *„Das interessiert uns doch nicht. Wir führen uns selbst. Wir sind Gewerkschaften und nur Gewerkschaften. In die Rolle der Partei greifen wir nicht ein... Das System interessiert mich doch überhaupt nicht. Wir wollen Herr im eigenen Haus sein. Laßt mich doch mit dem System in Ruhe. Ich will meine Gewerkschaften. Nach dem System schaue ich nicht. Ich bin typischer Gewerkschafter"*. (zit. nach „TAZ", 4.9.).

Es gibt Linke, die über diese Äusserungen in Entzücken ausbrechen und darin den „Standpunkt der wirklichen Arbeiterklasse" zu entdecken meinen. Wahrscheinlicher ist aber, daß Walesas Antworten einfach nur als taktisch geschicktes Ausweichen vor dem kritischen Punkt der ganzen Sache zu verstehen sind, statt als ernstgemeinte Standortbestimmung.

Bekanntermaßen enthält die Vereinbahrung zwischen den streikenden Arbeitern und dem polnischen Staat

Fortsetzung nächste Seite

SOLIDARNOŚĆ

Fortsetzung von der vorherigen Seite

ein Bekenntnis zur führenden Rolle der Staatspartei und zum System des „realen Sozialismus". Diese Klausel drückt in erster Linie das Bestreben b e i d e r Seiten aus, der sowjetischen Führungsmacht Vorwände für eine Intervention zu entziehen.

R e a l **allerdings stellt bereits die bloße Existenz der neuen Gewerkschaften eine wesentliche Durchlöcherung des Führungsmonopols der Staatspartei dar. Denn nunmehr gibt es für einen sehr wichtigen Sektor im Leben der stärksten Klasse des Landes, für die ‚gewerkschaftlichen' Interessen der Arbeiterklasse,autonome Organisationen, die sich f a k t i s c h dem Führungsmonopol der Staatspartei nicht nur entziehen, sondern die ihrem definierten Zweck nach geradezu ein Kampfinstrument g e g e n die Politik des Staates sind.**

Die von Walesa gebrauchten Begriffe des „typischen Gewerkschafters" und der „Nur-Gewerkschaften" geben real wenig Sinn, da die „unmittelbaren" Interessen der Arbeiter (im Betrieb, am Arbeitsplatz) nicht mechanisch von allen sonstigen wirtschaftlichen und politischen Belangen zu trennen sind. Daß Walesa dies selbstverständlich w e i ß, ergibt sich schon aus den Danziger Streik-Forderungen, die über die „unmittelbaren", „rein gewerkschaftlichen" Interessen der Arbeiter weit hinausgingen.

Die neuen Gewerkschaften werden nicht umhin kommen, sich in nächster Zeit mit der gesamten volkswirtschaftlichen Planung ihres Landes auseinanderzusetzen. Denn die Tatsache ist ja offensichtlich, daß bei der b i s h e r i g e n Politik des Staates die Mittel für eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterklasse (wie auch der Bauernschaft und der Intellektuellen) schlichtweg n i c h t v o r h a n d e n sind, daß die polnische Volkswirtschaft r u i n i e r t ist. Es bedarf also seitens der neuen Gewerkschaften einer kritischen Analyse der bisherigen Wirtschaftspolitik (im weitesten Sinne dieses Begriffes) und der Entwicklung eines alternativen Modells. Auf diese Realität bezieht sich auch die Gruppe Z, wenn sie der polnischen Arbeiterklasse empfiehlt, *„unter Berücksichtigung der objektiven ‚Daten' i h r e Bedürfnisse und Prioritäten als Grundlage und Inhalt der Planungsprozesse d u r c h z u s e t z e n"* („Z" Nr. 7, S. 23). ‚Durchsetzen' ist dabei aber erst der zweite Schritt, dem zunächst, siehe oben, die D e f i n i t i o n eigener Bedürfnisse und Prioritäten der Arbeiterklasse auf der **Ebene der volkswirtschaftlichen Planungsprozesse** v o r a u s g e h e n

n i t i o n eigener Bedürfnisse und Prioritäten der Arbeiterklasse auf der **Ebene der volkswirtschaftlichen Planungsprozesse** v o r a u s g e h e n

müßte. Mit dieser Definition haben die neuen Gewerkschaften jedoch noch nicht einmal b e g o n n e n.

Allein dieser Gesichtspunkt zeigt schon, daß die neuen Gewerkschaften entweder s e l b s t mehr und mehr die Aufgaben eines a l l s e i t i g e n Gegenpols gegen die Staatspartei übernehmen müssen oder daß n e b e n den Gewerkschaften eine derartige Organisation entstehen muß. Diese Organisation könnte man dann als p o l i t i s c h e P a r t e i bezeichnen. Diese Überlegung läßt sich noch weiter führen: „**W e n n das Führungsmonopol der Staatspartei dauerhaft durchbrochen wird, ist es ganz und gar unwahrscheinlich, daß sich alternativ zur Staatspartei nur e i n politischer Gegenpol bildet.** Denn je mehr der despotische Druck entfallen würde, der bisher noch alle Opposition relativ eng zusammenschließt, und je mehr insbesondere die Arbeiterklasse wieder zum politischen Subjekt wird – umso wahrscheinlicher würde auch das immer deutlichere Hervortreten u n t e r s c h i e d l i c h e r Konzepte über die Volkswirtschaft, über die Lenkung des Staates usw. Dies alles müßte (immer vorausgesetzt, daß der in Gang gekommene Prozeß nicht abgebrochen wird oder aus anderen Gründen im Sande verläuft) zur Entstehung einer V i e l z a h l von politischen Parteien und Organisationen führen, die in Konkurrenz zur Staatspartei, aber auch zueinander treten.

Die Entstehung m e h r e r e r Parteien mit unterschiedlichen Programmen ist (in Klassengesellschaften) ein g e s e t z m ä ß i g e r' Vorgang, der sich überall dort durchsetzt, wo das Monopol einer Staatspartei nicht repressiv durchgesetzt wird. Eine solche „Spaltung" auch der Arbeiterbewegung in Parteien könnte positiv nur im Verlauf eines langdauernden Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung und der Überzeugung aufgehoben werden.

Nun hat sich aber die „Gruppe Z" in der Nr. 7 ihrer Zeitschrift aufgemacht, unter dem Stichwort „Partei-Fetischismus" gegen die historische Erfahrung zu polemisieren, daß die Arbeiterklasse sich eine revolutionäre Partei schaffen muß, um die Gesellschaft revolutionär zu verändern. Michael Stamm bringt diese Polemik im Leitartikel der letzten Ausgabe der Z auf den Kalauer herunter, die „**Gemeinsamkeit**" zwischen Marchais (Chef der französischen KP) und dem KB bestehe darin, „**daß beiden a p r i o r i die führende Rolle einer KP ans Herz gewachsen ist: dem einen die bestehende, dem anderen eine neu zu schaffende**". Dies dokumentiere *„das Desinteresse beider o.g. Strömungen"* (des KB und der PCF) *„an der Befreiung der Arbeiterklasse"* (S. 23).

Als Argument gegen die Notwendigkeit einer revolutionären Partei führt Stamm an, daß eine solche Partei auch gar nicht mehr durchsetzen könnte, als es die polnischen Arbeiter jetzt schon getan haben: Indem die Arbeiter sich (vorerst freilich nur auf dem Papier) das Recht erkämpft haben, zu den Fragen der Wirtschaftsplanung, Tarifpolitik usw. g e h ö r t zu werden, sei „**eine Art von Eroberung der ‚politischen Macht'**" geradezu schon *„impliziert"*. Hierfür bemüht Stamm allerlei auf dem Wörtchen „WENN" aufbauende Konstruktionen, die nur den Mangel haben, daß sie mit dem wirklichen Leben nicht viel zu tun haben, wie etwa:

– *„W e n n es den polnischen Arbeitern gelingt"*, entscheidenden Einfluß auf den staatlichen Planungsprozeß zu nehmen, d a n n könne es eine Auflösung des Gegensatzes von Partei/Staat und Massen geben.

– *„W e n n ihnen die Schaffung unabhängiger Gewerkschaften gelingt, w e n n sie ernstmachen mit der schrittweisen Aufhebung der Trennung von ‚Erziehern' und zu ‚Erziehenden' ..., w e n n sie tatsächlich an ihren Forderungen festhalten, ‚statt für die Historie für die Leute' kämpfen, d a n n wird ihnen gar nichts anderes übrig bleiben, als den Staatsapparat ... umzuwandeln".* (S. 23 und 24).

Teilweise beinhalten diese „Wenn"-Sätze auch schlichte Plattheiten: W e n n es beispielsweise den Arbeitern gelänge, entscheidenden

Teilweise beinhalten diese „Wenn"-Sätze auch schlichte Plattheiten: W e n n es beispielsweise den Arbeitern gelänge, entscheidenden

Einfluß auf die Planungsprozesse zu nehmen, dann w ä r e das selbstverständlich schon ein gutes Stück Aufhebung des Gegensatzes von Staat und Massen, dann w ä r e das sogar schon ein gutes Stück Umwandlung des Staatsapparates.

Die Frage, die Stamm nicht beantwortet, ist aber, wie w a h r s c h e i n l i c h die Erfüllung seiner „Wenn"-Sätze ist – und ob die Wahrscheinlichkeit nicht vielleicht d o c h davon mit abhängt, daß eine (oder mehrere) revolutionäre Partei(en) der Arbeiterklasse aufgebaut wird. Seine „Wenn"-Sätze beweisen also gar nichts zum Thema der revolutionären Partei. Außerdem wird bei den neuen Konstruktionen der Gruppe Z die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ganz ausgeblendet: Der starke reaktionäre Einfluß des polnischen Klerus, die Interessen des imperialistischen Westens, die Interessen der Sowjetunion und des „realsozialistischen" Blocks ...

Alle diese Faktoren zusammengenommen, ergibt sich, daß g e r a d e unter derart komplizierten Verhältnissen wie in Polen A L L E S davon abhängt, ob und wie bald politische Parteien der Arbeiterklasse entstehen, die zur Organisierung des a l l s e i t i g e n Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse wesentliche Beiträge leisten. Die Streiks und Erfolge der polnischen Arbeiter haben die V o r a u s s e t z u n g e n dafür verbessert. Eben deshalb wird die polnische Bürokratie – die ihrerseits zusätzlich unter starkem Druck aus der Sowjetunion und der DDR steht – die von den Arbeitern für ihre Organisierung erkämpften Freiräume zu liquidieren versuchen.

Kt., Hamburg

Zur Berichterstattung der RGW-Kommission zu Polen

Die Berichterstattung der RGW-Kommission über die Ereignisse in Polen in den letzten drei AKs (Nr. 183 - 185) gibt zu einigen kritischen Anmerkungen Anlaß. Insgesamt wird hier dem Leser folgendes Bild vermittelt: Klassenbewußte Arbeiter haben erstmals in so massiver Weise in einem Land des RGW für bessere materielle Versorgung, für ihre politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Rechte gestreikt, haben weitgehende Zugeständnisse der „neuen Bourgeoisie" in Polen erkämpfen können und damit Signalwirkung für weitere Teile der Bevölkerung gehabt, ebenfalls für ihre Rechte einzutreten. Dem unbefangenen Leser drängt sich der Eindruck geradezu auf, mit der neuen Gewerkschaft „Solidarität" ginge nun alles seinen sozialistischen Gang. Dieses statische Verständnis der Vorgänge in Polen etwas zu relativieren, soll Aufgabe der folgenden Anmerkung sein.

„Sieg der Entspannungspolitik"

In einer Fernsehdiskussion Anfang September meinten Brandt und Genscher, die Streiks in Polen — von der hiesigen Bourgeoisie als endgültiger Niedergang des Marxismus gefeiert — seien ein konkreter Erfolg der „Neuen Ostpolitik" seit 1969. Ebenso schrieb der „Spiegel": *„Erst sie* (die „Entspannungspolitik" — Anm. AK) *öffnete vielen Ostbürgern die Augen für die unerhörte Diskrepanz zwischen den Ansprüchen des Systems einerseits und seinen Leistungen andererseits"*. In der Tat hat die „Neue Ostpolitik" als Zersetzungsstrategie gegenüber den RGW-Staaten und als Versuch der Gewinnung neuer Märkte u.a. erreicht, daß Polen mit 20 Milliarden Dollar beim westlichen Finanzkapital verschuldet ist („Zeit", 29.8.80), daß Polen *„zur Hälfte in seinem Außenhandel mit den westlichen Märkten verbunden war"* (Miroslaw Wojciechowski in „Spiegel", 25.8.80) und dementsprechend die polnischen Arbeiter für die Zinsen u.a. des westdeutschen Finanzkapitals arbeiten mußten. Das zur Deckung der Auslandsschulden exportierte Fleisch — polnischer Schinken ist hierzulande überall zu haben — fehlt natürlich zur Befriedigung der Bedürfnisse der polnischen Bevölkerung. Außerdem heißt das natürlich, daß kapitalistische Produktionsformen „importiert" werden wie Produktion für einen kapitalistischen Markt, „Steigerung der Produktivität" durch Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter etc. Es ist bezeichnend, daß Wojciechowski im „Spiegel" schreibt: *„Mitte der siebziger Jahre wurden die rosigen Aussichten plötzlich getrübt. Die allgemeine Wirtschaftsflaute in der Welt begrub Polens Exporthoffnungen, zumindest*

ten plötzlich getrübt. Die allgemeine Wirtschaftsflaute in der Welt begrub Polens Exporthoffnungen, zumindest

in dem Umfang, den wir uns ausgemalt hatten. Über Polen brachen schwere, böse Zeiten herein."

Insofern haben Brandt/Genscher durchaus recht, wenn sie die Destabilisierung der VR Polen als Erfolg der „Entspannung" feiern. Zum einen können sie den Kapitalismus als positive Alternative zur *„jammervollen Mangelwirtschaft des Ostens"* („Spiegel") ideologisch verkaufen — und zwar nicht nur dem „eigenen" Proletariat, sondern ebenso z.B. der polnischen Arbeiterklasse. Zum anderen werden die RGW-Staaten dem kapitalistischen Markt schrittweise einverleibt.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: **Ich bin weit davon entfernt, den polnischen Arbeitern etwa vorzuwerfen, mit ihrem Streik und der damit verbundenen Destabilisierung der VR Polen seien sie auf besonders geschickte Schachzüge des Imperialismus hereingefallen. Streiks sind und bleiben ein legitimes und notwendiges Mittel für die Arbeiter aller Länder, für die Verbesserung ihrer materiellen Situation, für politische und soziale Rechte zu kämpfen.** Die große Geschlossenheit und der Mut, womit die polnischen Arbeiter ihren Kampf geführt haben und weiter führen, verdient unsere Anerkennung und uneingeschränkte Solidarität. Allein der ungeheuer große Zulauf, den die neue Gewerkschaft zu verzeichnen hat, beweist, daß die Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft einem realen Bedürfnis der polnischen Arbeiterklasse entspricht und nicht das Werk irgendwelcher finsteren Dunkelmänner ist. Aber ebenso sicher dürfte sein, daß der Imperialismus alles daran setzen wird, die Entwicklung in der VR Polen zu seinen Gusten zu beeinflussen — und dazu gehört auch Einflußnahme auf die neue Gewerkschaft „Solidarität", wie z.B. über die amerikanische „Gewerkschaft" AFL-CIO.

Widersprüche im Volk — oder antagonistischer Klassenwiderspruch?

Mao schrieb 1957 in seinem Aufsatz „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke": *„Im Jahre 1956 traten in einzelnen Gegenden kleine Gruppen von Arbeitern und Studenten in den Streik. Die unmittelbare Ursache für die Unruhestiftung war, daß einige ihrer materiellen Forderungen nicht befriedigt wurden. ... Doch eine wesentlichere Ursache für die Unruhen war Bürokratismus in den Leitungen"*. Und weiter: *„Aber das Entstehen solcher Unruhen kann uns veranlassen, Lehren zu ziehen, den Bürokratismus zu überwinden sowie die Kader und die Massen zu erziehen. In diesem Sinne kann sich Schlechtes in Gutes verwandeln"*. Kann auch der Streik der polnischen Arbeiter dazu beitragen, den Bürokratismus in der VR Polen zu überwinden? Ist dies in dieser Form überhaupt noch möglich in einem RGW-Staat? Sind die aufgeworfenen Fragen noch „Widersprüche im Volk" oder herrscht dort eine neue Klasse, eine „neue Bourgeoisie"?

Die RGW-Kommission benutzt in ihrem Artikel in AK 185 mehrfach

„neue Bourgeoisie"?

Die RGW-Kommission benutzt in ihrem Artikel in AK 185 mehrfach

den Ausdruck „neue Bourgeoisie" zur Charakterisierung der polnischen Machthaber. Eine Seite weiter wendet sich „ein GIM-Mitglied" im Rahmen der Trotzki-Debatte vehement gegen eine solche Einschätzung und charakterisiert die RGW-Staaten als „bürokratische Arbeiterstaaten", die einen „großen Schritt weiter sind in Richtung Sozialismus" als die imperialistischen Staaten. Im Vorfeld des 1. KB-Kongresses hat es gerade um diese Frage eine umfangreiche Debatte gegeben (UW 25, 27, 28, 30, 32), die m.E. noch keineswegs abgeschlossen und zugunsten der Theorie von der „neuen Bourgeoisie" entschieden ist.

Zur neuen Gewerkschaft

Unabhängig von der Entscheidung dieser wichtigen Frage kann man wohl aufgrund bisheriger Erfahrungen davon ausgehen, daß die polnischen Machthaber „freiwillig" nicht den Weg zum Sozialismus finden werden. Haben aber die polnischen Arbeiter selbst und vor allem ihre neue Organisation die Kraft und die politischen Voraussetzungen, zur „Überwindung des Bürokratismus" anzutreten und eine sozialistische Entwicklung der VR Polen voranzutreiben? Wer die Artikel der RGW-Kommission liest, könnte zu diesem Eindruck gelangen. Insgesamt werden die Streikkomitees uneingeschränkt positiv dargestellt. Kein Wort der Kritik z.B. an der Religiosität der Streikführer wird da geübt. Wie insgesamt in Polen, so hat die katholische Kirche großen ideologischen Einfluß auch unter den Streikenden — die Übertragung von Gottesdiensten im polnischen Fernsehen war eine ihrer Forderungen. Möglicherweise hat sich im gegenwärtigen Stadium des Kampfes der Glaube sogar als einigende Kraft und vorteilhaft für die Geschlossenheit der Streikenden dargestellt, aber mit Sicherheit wird er ein starker Hemmschuh bei der Entwicklung einer eigenständigen Politik im Interesse der polnischen Arbeiter sein. Rosa Luxemburg hat in ihren „polnischen Schriften" sehr anschaulich den negativen Einfluß gerade der katholischen Kirche auf das Denken der Menschen dargestellt. Im AK ist hiervon kein Wort zu lesen.

Die „taz" vom 1.9.80 gibt einige Sprüche aus der Streikzeitung der Leninwerft wieder, u.a. folgenden: „Proletarier aller Länder, ich entschuldige mich bei euch. — Karl Marx". Am gleichen Tag sagt im ARD-Fernsehen ein „Streik-Sympathisant" aus Polen, der Marxismus gehöre ins 19. Jahrhundert, für das 20. Jahrhundert brauche man „etwas Neues". Der AK geht auch auf solche Dinge nicht ein.

Ich will keineswegs alle Mitglieder der neuen Gewerkschaft als religiöse Fanatiker und Antikommunisten hinstellen, aber eine etwas differenziertere Haltung gegenüber dem „ideologischen background" einiger Streikführer halte ich für realistischer als die statische Schwarz-Weiß-Argumentation der RGW-Kommission.

Es ist klar, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe in der VR Polen gewissermaßen noch in den Kinderschuhen steckt und es ist im Interesse

der Klassenkämpfe in der VR Polen gewissermaßen noch in den Kinderschuhen steckt und es ist im Interesse

der polnischen Arbeiterklasse und der Proletarier in allen Ländern zu hoffen, daß die neue Gewerkschaft eine fortschrittliche, sozialistische Entwicklung nehmen wird. Aber dies ergibt sich nicht zwangsläufig und automatisch, sondern wird mit harten Auseinandersetzungen, mit Niederlagen, Rückschlägen und ständigen Bewährungsproben verbunden sein.

A., KB/Gruppe Marburg

Trotzki statt Lenin und Mao

Auf meinen Artikel „Zur Trotzki-Debatte" im AK 184 antwortete im AK 185 ein Mitglied der trotzkistischen GIM. Der GIM-Genosse wirft mir vor, daß ich meine These, Trotzki habe keine Alternative zur stalinistischen Bürokratisierung gehabt, mit Trotzki-Zitaten aus dem Jahre 1920 belegte. Ich sehe allerdings durchaus einen Zusammenhang, wenn Trotzki 1920 schreibt: „ ... *der im Bau begriffene sozialistische Staat braucht die Gewerkschaften nicht zum Kampf um bessere Arbeitsbedingungen...*"(1), und 1936 behauptet: *„Eine vergesellschaftete Wirtschaft, die technisch dem Kapitalismus überlegen ist, könnte in der Tat vollkommen, sozusagen automatisch, ihrer sozialistischen Entwicklung sicher sein..."*(2). Der Ökonomismus Trotzkis zieht sich wie ein roter Faden durch viele seiner Schriften.

Im übrigen zeigen diese Zitate, daß Trotzki sehr wohl den Begriff des „sozialistischen Staates" verwandte, was der GIM-Genosse bestreitet.

F a l s c h ist auch die Behauptung des GIM-Genossen: „**Im Sozialismus gibt es keinen Staat, weil er überflüssig geworden ist...**". Der Sozialismus ist die Periode der Herrschaft der Arbeiterklasse über die Bourgeoisie, die u.a. mit Methoden des Zwanges, d.h. eines Staates ausgeübt wird. Erst im Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, ist der Staat abgestorben, da dann keine Klasse mehr über eine andere herrscht.

Der GIM-Genosse stellt selbst fest, daß Trotzkis „Kampf gegen die Bürokratisierung" erst 1923 begann. Da war Lenin 5 Jahre zuvor, im April 1918, schon erheblich weiter: *„Es gibt eine kleinbürgerliche Tendenz zur Verwandlung der Mitglieder der Sowjets in ‚Parlamentarier' oder, andererseits, in Bürokraten. Dagegen muß man kämpfen, indem man a l l e Mitglieder der Sowjets zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung heranzieht"* (3) (Hervorheb. v. Lenin). Daß Trotzki zu dieser Zeit keinen Kampf gegen den Bürokratismus geführt hat, ist kein Zufall. **Hat Trotzki doch um 1920, wie ich in meinen Beiträgen in AK 179 und AK 183 belegte, insbesondere in der Gewerkschaftsfrage die Rolle des V o r r e i t e r s der Bürokratisierung gespielt, was ihm von Lenin u.a. den Vorwurf des „waschechten Bürokratismus" (4) einbrachte.** Weder der GIM-Genosse noch andere Kritiker unserer Trotzki-Artikel sind bisher auf die von uns ausführlich dargelegten Vorschläge Trotzkis von 1920 (Abschaffung des Streikrechtes, Konzentrationslager für ‚undisziplinierte' Arbeiter, ‚Militarisierung der Arbeit') eingegangen. **Ebenso gehen unsere trotzkistischen Kritiker bislang leider über die dargestellten tiefgehenden Differenzen zwischen Trotzki und Lenin schlicht hinweg. Nicht so schüchtern, Genoss/inn/en! Kommt uns bitte nicht mit der Plattform der ‚Linken Opposition' in der KPdSU von 1928. Damals hatte Trotzki in der Partei faktisch nichts mehr zu melden, war hoffnungslos in die Minderheit geraten und konnte von daher viel erzählen bzw. versprechen. Ausschlaggebend ist, wie Trotzkis Position war, als er im Sowjetstaat noch politische Verantwortung trug.**

Es gehört zur Tragik der russischen Revolution, daß die bolschewistische Partei keineswegs eine „leninistische" Partei war, obwohl dies von interessierter Seite gern anders dargestellt wird. Lenin war o f t m a l s in der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

Partei und ihrem Zentralkomitee in der Minderheit, er hatte in den innerparteilichen Auseinandersetzungen keinen ‚festen Bündnispartner'.

Daher ist der Versuch der Trotzkisten, Lenin und Trotzki als ein treu vereintes Gespann darzustellen, ebenso geschichtsfälschend wie die Bemühungen von anderer Seite, Lenin und Stalin als einiges Führungsduo des revolutionären Sowjetrußland zu präsentieren.

Lenin hat uns in bezug auf die Analyse der Entwicklung der russischen Revolution (und nicht nur dort!) weit mehr zu bieten als Trotzki. So stellte Lenin auf dem VIII. Parteitag der Bolschewiki im März 1919 fest: *„Gen. Rykow, der auf wirtschaftlichem Gebiet die Tatsachen sehr gut kennt, sprach von der neuen Bourgeoisie, die es bei uns gibt. Das stimmt. Sie entsteht nicht nur aus den Reihen unserer Sowjetangestellten – in geringfügigem Maße kann sie auch von da kommen, sie entsteht aus der Mitte der Bauernschaft und der Kleingewerbetreibenden, die vom Joch der kapitalistischen Banken befreit und heute vom Eisenbahnverkehr abgeschnitten sind"* (5) (Hervorheb.v.mir – der Verf.).

Wenn Lenin 1919 feststellte, daß es Ansätze einer neuen Bourgeoisie in der Bürokratie gab, dann zeigt er damit die Gefahr der Restauration kapitalistischer Verhältnisse durch die Bürokratie auf. Lenin sah sogar die Gefahr der Entstehung einer imperialistischen Politik des Sowjetstaates ohne Wiederherstellung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Lenin warnte davor, daß *„wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschlittern und dadurch unsere prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus untergraben"* (6) (Hervorheb.v.Lenin). In diesem Zusammenhang warnte Lenin ausdrücklich (und zu Recht, wie sich zeigen sollte) vor Stalin.

Im Kampf gegen diese Tendenzen vertrat Lenin das Konzept der Massenlinie, d.h. der Mobilisierung der außerhalb der Partei stehenden Massen der Werktätigen. Diese Konzeption wurde weder von Trotzki noch von Stalin, sondern erst von Mao Tse Tung wieder aufgegriffen.

Nebenbei noch zwei Fehlinterpretationen des GIM-Genossen. 1.) Es ist richtig, daß sich das Trotzki-Buch „Terrorismus und Kommunismus" gegen die Hetze der Sozialdemokraten um Kautsky & Co. gegen
pretationen des GIM-Genossen. 1.) Es ist richtig, daß sich das Trotzki-Buch „Terrorismus und Kommunismus" gegen die Hetze der Sozialdemokraten um Kautsky & Co. gegen
die russische Revolution richtet. In dieser Hinsicht bringt es auch einige positive Sachen. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Trotzki, was seine Vorschläge zum Aufbau des Sozialismus anbelangt, eine falsche, weil bürokratische Herangehensweise an den Tag legt. 2.) Ich habe nicht behauptet, daß Trotzkis „Verratene Revolution" sich insgesamt nur auf der Erscheinungsebene bewegt. Ich bezog dies konkret auf Trotzkis Behauptung, Stalinismus und Faschismus stellten „symmetrische Erscheinungen" dar. In dieser Frage bleibt er auf der Erscheinungsebene stehen.

Die UdSSR – ein Arbeiterstaat?

Für Trotzki war die stalinistische Sowjetunion, für seine Anhänger ist auch die heutige UdSSR ein „Arbeiter-Staat", wenn auch „bürokratisch deformiert". So schreibt der GIM-Genosse im AK 185: *„...die ökonomische Basis des Arbeiterstaates, die vergesellschafteten Produktionsmittel, die Planwirtschaft, das Außenhandelsmonopol ist erhalten geblieben"*. Der GIM-Genosse bezeichnet die sowjetische Bürokratie sogar als *„schmarotzende(n) Teil der Arbeiterklasse"*.

Die sowjetische Bürokratie ist aus trotzkistischer Sicht also keine Klasse.

Was sind nun Klassen im marxistischen Sinn? *„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen"* (7).

Trotzki stellte 1936 vollkommen richtig die *„Aneignung eines enormen Anteils am Volkseinkommen durch die Bürokratie"* und *„Ausbeutung des Staatsapparates"*(8) fest.

Die Bedingung der Aneignung fremder Arbeit wäre also erfüllt. Die Bürokratie hat auch nach trotzkistischer Auffassung die politische Macht und damit die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Folglich unterscheidet sie sich von der Arbeiterklasse in bezug auf den Platz, den sie in der gesellschaftlichen Produktion einnimmt wie auch in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln.

Daß die Mitglieder einer Klasse über die Produktionsmittel individuell verfügen, ist in der von Lenin oben dargestellten marxistischen Klassendefinition keine notwendige Bedingung.

Es gibt eine Reihe von historischen Beispielen, wo eine herrschende Klasse „kollektiv" die Produktionsmittel besaß. Die katholische Kirche z.B. besaß im Mittelalter riesige Ländereien, auf denen Hunderttausende von Bauern arbeiteten. Die Beziehungen zwischen dem Landbesitzer Kirche und den Bauern waren feudal. Gleichzeitig verfügten Bischöfe, Kardinäle o.ä. nicht über ein individuelles Besitzrecht an diesem Großgrundbesitz, sondern nur die Kirche als Institution.

Die Trotzkisten werfen die Erkenntnisse der marxistischen Staatstheorie über den Haufen, wenn sie behaupten, die Arbeiterklasse in der UdSSR sei lediglich politisch, nicht jedoch ökonomisch enteignet. Da die Arbeiter die Produktionsmittel nicht individuell, sondern über ihren Staat besaßen, sind sie auch ökonomisch enteignet, wenn sie die politische Macht im Staat verlieren.

Wenn die Sowjetunion noch ein ‚Arbeiterstaat' wäre, dann könnte die Arbeiterklasse die Bürokratie noch auf friedlichem Wege entmachten und brauchte nicht den Staatsapparat zu zerschlagen, wie es der GIM-Genosse fordert.

Es ist klar, daß die neue Bourgeoisie nicht von heute auf morgen, durch einen Putsch an die Macht gelangt. Die Bürokratie wird vielmehr allmählich stärker, sichert ihre Privilegien, und unterdrückt ihre Kritiker, bis sie schließlich zur herrschenden Klasse, zur neuen Bourgeoisie wird.

Die Trotzkisten stehen mit dem dialektischen Materialismus eindeutig auf dem Kriegsfuß, wenn sie die heutige Sowjetunion noch als „bürokratischen Arbeiterstaat" ansehen. Seit 1920, als Lenin diese Einschätzung traf, sind meiner Ansicht nach in der UdSSR derart viele gesellschaftliche Veränderungen im Interesse der Bürokratie erfolgt, daß durchaus von einem Umschlagen von Quantität in Qualität, vom Arbeiterstaat zum Staat der neuen Bourgeoi-
Interesse der Bürokratie erfolgt, daß durchaus von einem Umschlagen von Quantität in Qualität, vom Arbeiterstaat zum Staat der neuen Bourgeoi-
sie, die Rede sein kann. (Das Gesetz vom Umschlagen von quantitativen Veränderungen in qualitative ist eines der Grundgesetze des dialektischen Materialismus.)

Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus?

Wir müßten anerkennen, so der GIM-Genosse, daß die RGW-Länder *„etwas qualitativ anderes sind als die imperialistischen Staaten"*. Mit ‚qualitativ anders' kann nur gemeint sein, daß diese Staaten einen anderen gesellschaftlichen Inhalt haben als die imperialistischen Länder, daß dort folglich nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist. Ich bin allerdings der Auffassung, **daß die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen RGW-Länder bürgerliche Staaten sind, wobei die Form der Herrschaft der neuen Bourgeoisie sich zweifelsohne wesentlich von der der westlichen Bourgeoisien unterscheidet.** Die Herrschenden im RGW gehen nicht nur ökonomisch einen kapitalistischen Weg, sondern produzieren auch bürgerliche Ideologie, sei es im Erziehungswesen, in Fragen der Sexualmoral, in der Frauenfrage, im Militärwesen etc.pp..

Der GIM-Genosse spricht sich für *„ein Bündnis mit der herrschenden Bürokratie im Falle eines imperialistischen Angriffs"* aus und greift damit auf eine Forderung von Altmeister Trotzki zurück.

Die neue Bourgeoisie der Sowjetunion hat in den letzten Jahrzehnten mehr als einmal eine großmacht-chauvinistische, imperialistische Politik betrieben (z.B. Einmarsch in die CSSR 1968, Grenzprovokationen gegen die VR China 1969, völkermörderischer Krieg in Eritrea seit 1978).

Die heutige Sowjetunion können Kommunisten nicht mehr verteidigen. Im Falle eines Krieges zwischen den imperialistischen Ländern und der UdSSR müßten Revolutionäre, müßte der KB die Haltung des ‚revolutionären Defätismus' einnehmen, d.h. die Kriegsanstrengungen der ‚eigenen' Bourgeoisie so weit wie möglich sabotieren. Unser ‚Bündnispartner' wäre in diesem Falle nicht die neue Bourgeoisie der UdSSR, sondern die oppositionellen revolutionären Kräfte, die gegen die Kriegsanstrengungen ‚ihrer' Herrschenden kämpfen.

Anders liegt der Fall bei Vietnam und Cuba. Diese Länder unterdrücken (im Gegensatz zur UdSSR) keine anderen Völker und sind als antiimperialistische Staaten wichtige Stützen im weltweiten Befreiungskampf. Eine klare Sache, daß wir Cuba und Vietnam gegen Angriffe des Imperialismus und seiner Handlanger, wie der VR China, verteidigen! (Im letzteren Fall kommen unsere trotzkistischen Freunde dummerweise ins Schwimmen, wenn die „beiden Arbeiterstaaten" China und Vietnam gegeneinander kämpfen...).

Die Forderung Trotzkis nach „bedingungsloser Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus" ist im Übrigen geeignet, außenpolitische Eskapaden der UdSSR wie die Besetzung Afghanistans zu unterstützen. Denn wer wollte bestreiten, daß von den reaktionären und CIA-beeinflußten afghanischen Banden eine gewisse Gefahr für die UdSSR ausgeht? Die mit der GIM rivalisierende „Trotzkistische Liga Deutschlands" (TLD) kann sich zumindest rühmen, mit ihrem Wunsch nach „Sieg der Roten Armee in Afghanistan" Trotzkis Unfug konsequent zu Ende gedacht zu haben.

Der Genosse der GIM ist der Auffassung, wir hätten in bezug auf Trotzki „einiges gutzumachen".

Da müssen wir den Genossen enttäuschen. Wir haben keinesfalls vor, Trotzki in den Rang eines „großen Revolutionärs und Theoretikers" wie Lenin und Mao zu heben. Wir vergessen nicht, daß die Trotzkisten das sozialistische China der Kulturrevolution als „bürokratisch" und „stalinistisch" verleumdeten, in trauter Übereinstimmung mit den Revisionisten, die die Kulturrevolution als „militärisch-bürokratische Diktatur" diffamierten.

Wir vergessen nicht, was die GIM kurz nach dem Tode des Genossen Mao Tse Tung schrieb: **„Mit dem Abtreten Maos von der politischen Bühne und der Zerstörung mancher Mythen um seine politischen Konzeptionen haben sich die Chancen für eine authentische Wiederherstellung des Marxismus in China, in Theorie und Praxis, bedeutend gesteigert"** („was tun", 28.10.76).

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1 Leo Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, Hamburg 1920, S. 118.
2 Leo Trotzki: Verratene Revolution, Dortmund 1979, S. 50
3 W.I.Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (1918), in: Werke, Band 27, S. 263
4 W.I.Lenin: Werke, Band 32, S. 25
5 W.I.Lenin: Werke, Band 29, S. 175
6 W.I.Lenin: Werke, Band 36, S. 596
7 W.I.Lenin: Werke, Band 29, S. 408f.
8 Leo Trotzki: Verratene Revolution, S. 243.

Betr. Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen KB und Gruppe Z

Im AK 184 haben Mitglieder des KB und der ‚Gruppe Z' zur Spaltung des KB (im Dezember 1979) und zu Möglichkeiten einer „Wiederannäherung" geschrieben. Im Anschluß an diese Artikel hat die ‚Gruppe Z' dem KB Vorschläge zur „Zusammenarbeit und Auseinandersetzung zwischen KB und Gruppe Z" übergeben. Vom KB wurde dieser Brief beantwortet. Die wesentlichen Inhalte dieses Briefwechsels dokumentieren wir im Folgenden.

Die Vorschläge der ‚Gruppe Z' konzentrieren sich insgesamt auf Unternehmen, die uns mehr spektakulär als derzeit nutzbringend erscheinen (Podiumsdiskussionen, öffentliche Streitgespräche). Wir haben demgegenüber in unseren Vorschlägen den Schwerpunkt auf konkrete Zusammenarbeit und systematische, planmäßige Organisierung der Auseinandersetzung gelegt.

LG des KB

Brief der ‚Gruppe Z' an den KB

Brief der ‚Gruppe Z' an den KB

Liebe Genoss(inn)en,

wir wollen hier unsere euch schon vor einigen Tagen fernmündlich mitgeteilten Stellungnahmen zu verschiedenen Themen etc. schriftlich bestätigen:

1.)In eurem Artikel „Ein Jahr nach der Spaltung des KB" (AK 184, S. 43) habt ihr uns indirekt – wenn wir das richtig verstanden haben – zwei Angebote zur Zusammenarbeit gemacht. Ihr habt geschrieben: *„Sinnvoll freilich wäre eine Ergänzung dieser faktischen ‚Arbeitsteilung' (beispielsweise in der Wahlbewegung) durch eine kontinuierliche und systematische Beratung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen"*.

Ohne eure These einer bestehenden „faktischen Arbeitsteilung" zwischen unseren Gruppen hiermit zu akzeptieren, unterstreichen wir hier noch einmal (!) unsere Bereitschaft zu einer solchen „Beratung und Zusammenarbeit". Wie euch bekannt ist, haben wir eine solche Beratung/Diskussion bisher schon auf Mitglieder-„ebene" gesucht, was allerdings – ihr wißt das – keinen nennenswerten Erfolg hatte. Darum interpretieren wir jetzt euren Vorschlag einer Zusammenarbeit „auf allen Ebenen" erst einmal in Richtung Beratung/Zusammenarbeit auf „leitender Ebene", was ja auch euer Artikel zum „Revolutionären Block" nahelegt (vergl. „Z" Nr. 6, S. 35 ff). Wir wären also mit eurem Angebot einverstanden und bitten euch, dieses zu präzisieren, uns also mitzuteilen, wie eine solche Beratung/Zusammenarbeit konkret aussehen könnte und wie sie sich denn später in Richtung auf „allen Ebenen" weiterentwickeln könnte. Unsererseits möchten wir eine solche Zusammenarbeit etc. erst einmal für das Gebiet der alternativen Wahlbewegung (Grüne Partei, Bunte und Alternative Listen, Kommunal- und Parlamentsarbeit) vorschlagen. Eine Zusamenarbeit etc. auch auf anderen Gebieten politischer Praxis wollen wir von einer Gedeihlichkeit auf dem von uns vorgeschlagenen Praxisfeld abhängig machen. Dazu machen wir euch – gewissermaßen als ‚Einstieg' – folgenden konkreten Vorschlag: Ein Steitgespräch zwischen unseren Gruppen zur Politik (in) der Grünen Partei. An einem solchen Streitgespräch sollten von beiden Seiten zwei oder drei Mitglieder teilnehmen. Das Streitgespräch sollte auf Tonband aufgezeichnet und danach im AK publiziert werden. Da – wegen des Wahltermins am 5. Oktober – eine Publikation des Streitgesprächs im nächsten AK, der u.W. am 6. Oktober (also bloß einen Tag nach der Wahl) erscheinen wird, nicht sinnvoll ist, weil ein vorher stattgefundenes Streitgespräch die Wahlergebnisse nicht mehr einbeziehen kann und darum an Aktualitätswert einbüßen würde, schlagen wir einen Termin für das Streitgespräch erst später vor, aber so gelegen, daß es im übernächsten AK (Nr. 187) abgedruckt werden kann.

2.)Im selben AK-Artikel („Ein Jahr nach der Spaltung des KB") macht ihr uns noch den Vorschlag: *„Nicht weniger sinnvoll und wichtig wäre eine gezielte politisch-ideologische Diskussion"*. Auch damit wären wir im Grundsatz einverstanden und bitten euch, eure Vorstellungen dazu zu präzisieren. Unsererseits schlagen wir als ‚Einstieg' in diesen Komolex eine öffentliche Podiumsdiskussion zum
im Grundsatz einverstanden und bitten euch, eure Vorstellungen dazu zu präzisieren. Unsererseits schlagen wir als ‚Einstieg' in diesen Komolex eine öffentliche Podiumsdiskussion zum
Thema „Polen und der Sozialismus-Begriff der Linken" vor. Jeweils zwei Mitglieder des KB und der Gruppe Z, sowie ein ‚neutraler' Diskussionsleiter (z.B. ein Mitglied des SB?) säßen dabei auf dem Podium. Gegebenenfalls könnte auch dies Streitgespräch nachträglich im AK (oder anderswo) dokumentiert werden.

3.)In eurem Brief vom 3.7.80 an uns (der den Artikelaustausch zur rückblickenden KB-Spaltung – abgedruckt im AK 184 – einleitete) habt ihr (bzw. euer Gen. Kt.) die Begrenzung des Artikel-Volumens auf 6-700 Zeilen damit begründet, daß ihr „den AK mit dem Thema nicht überfrachten, sondern die Diskussion ggfalls. lieber über mehrere AK's hinziehen" wollt. Wir akzeptieren diesen Vorschlag. Konkret dazu möchten wir vorschlagen, entweder für AK 186 oder 187 wiederum einen Artikelaustausch zu diesem Thema vorzunehmen. Es sollte dabei aber nicht nur das Volumen wiederum kontingentiert werden, sondern auch der Inhalt präzisiert, damit wir vermeiden, aneinander vorbeizuschreiben (was u.E. zu lasten der Leser geht). Konkret schlagen wir vor, daß beide Seiten auf den jeweils anderen Artikel (aus AK 184) antworten, also sich der im AK 184 von der ‚Gegenseite' angerissenen Problematik zuwenden (und anderes erstmal vermeiden). (..).

4.)Die Hamburger Ortsleitung der Gruppe Z hat beschlossen, euch das Angebot eines öffentlichen Streitgesprächs zu den Bundestagswahlen und der Grünen Partei zu unterbreiten. Dieses öffentliche Streitgespräch müßte in jedem Fall noch vor dem Wahltermin am 5. Okt. stattfinden, so daß wir hierzu euren sehr schnellen Bescheid benötigen, damit wir die technischen Vorbereitungen treffen und die Mobilisierung dazu einleiten können. Was die Größenordnung einer solchen Veranstaltung anbelangt, schlagen wir einen Raum für etwa 300 Personen vor. (...).

Mit freundlichen Grüßen
Leitung der Gruppe Z
24.9.

Brief des KB an die ‚Gruppe Z'

Liebe Genoss(inn)en,

nach der uns eine Woche zuvor zugegangenen telefonischen Vorankündigung haben wir euren Brief mit allergrößtem Interesse gelesen. Leider fanden wir dabei wenig konkrete Ansatzpunkte für eine stärkere Entfaltung der „Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit" zwischen KB und Gruppe Z. Hierzu wollen wir euch hiermit ein paar Vorstellungen unsererseits präsentieren.

Vorweg: Ihr scheint vergessen zu haben, daß ihr nicht mehr im KB seid, sondern seit nun bald einem Jahr als eigenständige Organisation mit eigenen Publikationen existiert. Daraus ergibt sich, daß ein Artikelaustausch nicht ausschließlich im AK stattfinden kann, sondern (wie das Wort Austausch schon sagt) die Einbeziehung eurer eigenen Publikationen beinhalten muß – also eure Bereitschaft, entsprechende Artikel von uns in der „Z" zu publizieren. In einigen Fällen wäre auch die Herausgabe gemeinsamer Broschüren
Publikationen beinhalten muß – also eure Bereitschaft, entsprechende Artikel von uns in der „Z" zu publizieren. In einigen Fällen wäre auch die Herausgabe gemeinsamer Broschüren
oder ein mehr ‚interner' Austausch über KB-Rundbriefe und „Z-Diskurs" zu überlegen.

Unsere bisherige Erfahrung ist leider, daß von euch sogar der Abdruck zweier schlichter und kurzer Richtigstellungen (oder Gegendarstellungen, ganz wie ihr wollt), um den wir euch gebeten hatten, in der „Z" abgelehnt worden ist – wir wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Eure Vorstellungen von einem Austausch scheinen also sehr einseitig zu Lasten des KB zu gehen. Von dieser Illusion müßt ihr euch freimachen. Das einseitige Angebot von uns an euch, zur Spaltung des KB einen Artikel im AK zu veröffentlichen, war eine Ausnahme; die Regel kann nur gleichberechtigter Austausch sein.

Zu 1: Ihr spekuliert ganz überflüssigerweise. Wenn wir schreiben „...auf allen Ebenen", dann meinen wir auch tatsächlich „... alle Ebenen". Was ihr diesbezüglich über unsere Auffassungen zum revolutionären Block schreibt, ist eure Interpretation, mehr nicht. Im Gegensatz zu dem Eindruck, den ihr in eurem Brief erneut zu wecken versucht, findet praktische Zusammenarbeit an einigen Stellen schon statt, auch wenn diese selbstverständlich ausbaufähig ist. Eben diesen Ausbau systematisch anzugehen, war der Sinn unseres Vorschlags im AK 184. Leider seid ihr darauf in eurem Brief nicht eingegangen. Denn was ihr unter Punkt 1 als einzigen konkreten Vorschlag dazu macht, fällt unserem Verständnis nach nicht unter das Stichwort „Zusammenarbeit", sondern unter „Auseinandersetzung" (das von euch angeregte Streitgespräch).

Damit die von uns vorgeschlagene und von euch offensichtlich prinzipiell positiv aufgenommene Zusamenarbeit nicht verloren geht: Wir schlagen vor, daß regelmäßig (z.B. monatlich plus spezielle Gelegenheiten) Diskussionen zwischen Vertretern der „Z"-Leitung und dem LG des KB stattfinden, die insbesondere der Koordination und Beratung un-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorherigen Seite

serer Politik angesichts der nach den Wahlen zu erwartenden Auseinandersetzungen in und um die Grüne Partei dienen sollen. Diese Treffen sollten unmittelbar nach dem 5.10. beginnen. Wieweit die Ergebnisse solcher Debatte jeweils öffentlich gemacht werden sollen, wäre dann zwischen uns k o n k r e t zu entscheiden. Dabei stehen wir prinzipiell eurem Vorschlag eines zu publizierenden Streitgesprächs (nach entsprechender Vorklärung – siehe dazu unter Punkt 2!) mit Sympathie gegenüber. Das könnte dann allerdings nicht in der von euch gewünschten Form (ausschließliche Veröffentlichung im AK – vgl. dazu die Vorbemerkung) geschehen.

Wir schlagen außerdem ein zentrales Treffen zwischen KB und Gruppe Z auf ‚Wahlarbeiter'-Ebene vor, das ebenfalls zu einem frühen Zeitpunkt nach dem Wahltag stattfinden sollte.

Weitere Vorschläge und Vereinbarungen könnten dann in diesem Rahman gemacht werden.

Zu 2: Ihr schlagt unter dem Punkt „gezielte politisch-ideologische Diskussion" einzig und allein eine Podiumsdiskussion zum Thema Polen/Sozialismusbegriff" vor. Das Thema scheint uns relativ willkürlich gewählt und nicht sehr präzise umrissen.

Zur Form der Podiumsdiskussion haben wir im Januar 1979 (gegenüber der „KPD") als damals ‚vereinheitlichte', von eurem Genossen Willi persönlich mitformulierte Haltung geschrieben: *„Solche ‚öffentlichen Streitgespräche' sind, wenn sie nicht nur zum unfruchtbaren Schau-Ringen abgleiten sollen, eigentlich n u r d a n n sinnvoll, wenn zwischen den Beteiligten schon durch eine Polemik in der Presse eine solide G r u n d l a g e gelegt ist, wenn eine bestimmte S t r u k t u r der Diskussion halbwegs klar ist. Ansonsten läuft erfahrungsgemäß auf der Suche nach billigen Pluspunkten der eine hierhin und der andere dorthin, ohne daß ein Dialog zustande kommt".* (vgl. AK 146, S. 64).

Diese Ansicht scheint uns nach wie vor wohlbegründet. Hinzu kommt, daß ihr nach unseren bisherigen Beobachtungen (Musterbeispiel dafür: Der Artikel von Langer und Willi im AK 184) nicht bereit oder nicht fähig seid, euch auf Auseinandersetzungen mit unseren Positionen wirklich einzulassen, sondern statt dessen inhaltsleere Schimpfworte gegen bestimmte AK-Artikel, zu denen ihr euch i n h a l t l i c h noch nicht geäußert habt, von euch gebt. Wenn ihr diesen Stil fortsetzen wollt, solltet ihr das konsequenterweise als M o n o l o g tun.

Alternativ zu eurem Vorschlag

Alternativ zu eurem Vorschlag (Polen-Podiumsdiskussion) schlagen wir euch vor, sich zum nächstmöglichen Zeitpunkt „auf Leitungsebene" zusammenzusetzen, um einen ‚Katalog' und ‚Fahrplan' für eine „gezielte politisch-ideologische Auseinandersetzung" auszuarbeiten. Diese Ausarbeitung soll eine Themenliste, eine Reihenfolge nach Schwerpunkten, einen Zeitplan, Festlegungen über die Veröffentlichungsform und eventuell bereits Strukturen zu den ersten Themen beinhalten.

Zu 3: Der Artikel von Langer und Willi im AK 184 hat uns zu der Überzeugung gebracht, daß es derzeit sinnlos wäre, d i e s e n Streit ö f f e n t l i c h fortzuführen, zumal das öffentliche Interesse daran gering sein dürfte. Wir schlagen euch deshalb alternativ vor, Antworten auf diese Artikel im Austausch als KB-Rundbrief und „Z-Diskurs" zu publizieren. (Euch steht es selbstverständlich frei, die Antworten zusätzlich auch in der „Z" zu veröffentlichen, falls ihr das für sinnvoll haltet).

Zu 4: Aus den unter Punkt 2 genannten Erwägungen sind wir zum derzeitigen Zeitpunkt gegen das von euch vorgeschlagene „öffentliche Streitgespräch zu den Bundestagswahlen und der Grünen Partei", das zudem ohnehin nur von KB/„Z"-internem Interesse wäre (vgl. auch die von euch anvisierte Teilnehmerzahl). (...).

Mit solidarischen Grüßen
LG des KB
Hamburg, 30.9.



Die ersten Wahlergebnisse der Grünen liegen vor und einige Genossen am Boden.

Betreff: AK-Diskussion

Ich lese den AK nun seit etwa 4 Jahren regelmäßig und möchte euch nun auch einige Worte im Rahmen eurer AK-Diskussion schreiben.

Über die Frage des Lay-outs hinausgehend scheint es mir wichtig, den AK selbst einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Um es ganz hart zu sagen; der AK hat, z.B. im Vergleich zu 1977, nicht nur an Käufern, sondern auch erheblich an Aussagekraft für die Linke verloren. Dabei bezieht sich dies keineswegs auf die Artikel im einzelnen. Beiträge wie „Direktive 59" oder die Berichterstattung und Einschätzung über den Türkei-Putsch (AK 185) sind treffend und genau recherchiert. Die Antifa-Berichterstattung ist immer noch sehr ausführlich, Berichte in der Art eures Artikels über die italienische Psychatrie oder das Interview mit Peter Brosch sucht man in anderen Zeitungen der revolutionären Linken meist vergeblich, von euren Frauen- oder Schwulenseiten ganz abgesehen.

Jedoch was – meiner Ansicht nach – im Vergleich zu früher kaum mehr da ist, das ist eine zumindest mittelfristige Planmäßigkeit, Kontinuität und Schwerpunktsetzung. Zu oft hat man den Eindruck, daß Artikel einfach deswegen gedruckt werden, weil sie halt vorliegen, und andere Sachen fehlen, weil eben gerade niemand etwas dazu geschrieben hat. Daß das, was geschrieben und gedruckt wird, eher dem Zufall als der politischen Notwendigkeit oder einem von eurer Organisation vorgegebenen Plan folgt. So fehlt oft der Zusammenhang zwischen grundsätzlicheren Artikeln und Kurzmeldungen. Es kommt auch vor, daß Themenbereiche, mit denen sich der AK lange und ausführlich beschäftigt hat, ohne Begründung fast vollständig fallengelassen werden. Ein Beispiel dazu: Etwa zur Zeit des Münsteraner Kongresses der Bunt/Alternativen Listen war zu lesen, daß der Bunt/Alternativen Wahlbewegung besonders auf kommunaler Ebene weiterhin große Bedeutung zukommt. Nicht lange vorher waren die Kommunalwahlen in NRW mit erheblichen Erfolgen für fortschrittliche Wahlbündnisse, über die im AK auch relativ ausführlich berichtet worden war. Etwa ein halbes Jahr später, bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, gab es außer einem kurzen Artikel nach der Wahl keine Berichterstattung, obwohl auch dort eine Reihe Bunt/Alternativer Listen kandidiert und den Sprung in die Stadtparlamente geschafft hatten.

Es gibt auch seit längerem keine Berichterstattung über die vorliegenden Erfahrungen in der Parlamentsarbeit dieser Gruppen in NRW, obwohl sicher auch dies dazu beitragen könnte, die Diskussion über die Bunt/Alternative Wahlbewegung in der Linken vorwärtszubringen. Zu den anstehenden Kommunalwahlen in Hessen hat es - zumindest in jüngerer Zeit – überhaupt keinen Artikel gegeben. Im AK 184 wurde eine Einladung zu einem Kongreß fortschrittlicher kommunaler Wahlbündnisse in Bielefeld abgedruckt. Vielleicht wäre es möglich gerade im Vorfeld dieses Kongresses und in der Berichterstattung zum Kongreß selbst wieder zu einer ausführlichen Behandlung dieses Themas zurückzufinden und auch eine aktuelle Einschätzung des KB zu diesem Bereich abzugeben.

Ein anderes Beispiel ist die Rubrik „Wohnungskampf". Gerade jetzt, wo an vielen Universitätsstädten zu Beginn des Wintersemesters damit begonnen wird, Zeltdörfer für die Studenten aufzubauen, die kein Dach über dem Kopf finden werden, fehlt diese Rubrik schon seit zwei AK-Ausgaben! Dabei wäre es u.U. gerade jetzt möglich, mit einer ausführlichen Berichterstattung über Aktionen und Hausbesetzungen, grundsätzlicheren Artikeln über die Wohnungssituation in den Großstädten, Vermittlung von Erfahrungen aus z.B. dem Häuserkampf in Frankfurt, Amsterdam und Freiburg, also mit einer über mehrere AK's gehenden kontinuierlichen Pressearbeit dort Fuß zu fassen. (Vielleicht irre ich mich auch, ihr könnt das sicherlich besser einschätzen als ich).

Noch ein letztes: Vielleicht könntet ihr auch im Vorfeld der Anti-AKW-Bundeskonferenz in Kassel mal wieder als Organisation mit Vorschlägen, wie's weitergehen soll, in der Anti-AKW-Bewegung (z.B. Großdemo in Gorleben) Stellung nehmen. Dies ist etwas, was in manchen Bereichen, eben auch im AKW-Bereich, im AK seit längerem fehlt; daß ihr über die Berichterstattung hinaus euch wieder öfter selbst zu Wort meldet und schreibt, wie die Position des KB zu dieser oder jener Frage ist. Auch dies würde dem AK sicher guttun.

Natürlich gibt es auch Beispiele, wo dies sehr gut klappt; vor allen Dingen die Anti-Strauß-Pressearbeit. Hier ergänzen sich Kurzberichte und längere Stellungnahmen (wie die von Engelmann im AK Nr. 185), da wird zu Aktionen aufgerufen und über die Vorbereitung dieser Aktionen berichtet, die Haltung der Linken und der SPD wird untersucht, und es entsteht ein Gesamtbild, das sich von AK zu AK fortsetzt, und es wird jeweils auf die vorhergehende Berichterstattung aufgebaut. Auch Stellungnahmen des KB als Organisation fehlen in diesem Bereich nicht.

Aber in zu vielen Bereichen ist der AK momentan eben nur auf dem Niveau eines sehr guten linken Nachrichtenmediums und zuwenig ein Instrument, die Positionen des KB gezielt und planmäßig in die jeweiligen Bewegungen hineinzutragen. Gerade eine Wendung in diese Richtung könnte aber der richtige Weg sein, das Interesse am AK bei vielen Linken wieder zu steigern.

Mit solidarischen Grüßen
Kl., Aichwald



Ein Bild aus guter alter Zeit: Der AK wird auf offener Straße angeboten und kommt offenbar an.

AK-Verkauf

„Wer seinen Kopf verlor, dem tut er oftmals weh."

Stanislaw J. Lec

Liebe Leute,

wir sollten versuchen, etwas Boden unter die Füße zu kriegen, und uns dem Sog der aufkommenden Panik ein bißchen entgegenstellen, die allmählich droht, uns die Beine unterm Arsch wegzuziehen.

Zählen wir eins und eins zusammen und sehn wir zu, was wir dann mit dem Ergebnis machen – denjenigen, die uns „terrible simplificateurs" schimpfen, können wir später antworten.

1. Der AK ist das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes (ich schreib den Namen bewußt aus, liebe Leser) und nochmals
1. Der AK soll demnach „kollektiver Propagandist" und, mehr noch, „kollektiver Organisator" sein (– ich weiß, Lenin ist nicht sehr beliebt heutzutage, doch Vernunft bleibt Vernunft, auch wenn sie manchmal nicht allzu hoch im Kurs steht).

Zähl'n wir das mal zusammen und sehn zu, was da rauskommt:

2. Der AK soll dazu dienen, kommunistische Politik zu machen – die Politik des KB.

Was folgt daraus? Kommunistische Politik ist immer noch – ihrem ursprünglichen Selbstverständnis nach (ich sehe hier von Herrn Bahro und Konsorten ab) – Politik für Arbeiter, später im günstigen Fall Politik der Arbeiter; es tut mir leid, aber das ist so: ohne Basis in der Arbeiterklasse (so heißt das ja ...) kein Kommunismus. Wer das nicht sehn will, mag ein netter Mensch sein, ein Kommunist ist er nicht.

Es ist demnach nur logisch, wenn eine kommunistische Zeitung ihren Anspruch auch im Namen ausdrückt – und „Arbeiterkampf" ist da nicht das allerschlechteste. Und, liebe Leute, die Zeitung heißt nun mal so ... (weitere Hinweise in dieser Richtung möcht ich mir sparen – ich will nicht vom Zaunpfahl zur Telegrafenstange übergehen müssen).

Wer da meint, per Namensänderung unsere Basis verbreitern zu können, weiß nicht, was Politik ist: Entweder wird sich hier der Kommunismus langsam, aber klar und eindeutig unter seinem wirklichen Namen durchsetzen oder aber überhaupt nicht – niemals aber auf Filzpuschen per „Sowieso, vormals Arbeiterkampf"; das ist doch hanebüchen!

Wer sich schon durch den Namen „Arbeiterkampf" abschrecken läßt, der wird vermutlich auch in anderen Bereichen etwas schreckhaft sein – dann soll er sich eben erst noch etwas Mut antrainieren, bevor er den AK kauft. Von so etwas kann unsre Politik nicht abhängen dürfen – sonst sollten wir den Laden gleich dichtmachen.

Im Klartext: Der AK wird nicht deswegen weniger gekauft, weil er AK heißt (wer das denkt, der kann nicht denken), sondern weil er nichts Nennenswertes zu sagen hat. Mault nicht, Leute, das ist so. Die Sache liegt auf der Hand, wenn wir an die Zeit der Anti-AKW-Demos denken – da waren die Leute weniger schreckhaft ...

Die Auflage wird sich demnach nur steigern lassen, wenn der AK aussagekräftiger wird. Das ist meinetwegen auch eine Frage des Lay-outs, der Artikelform, pipapo – aber erst in zweiter, dritter, vierter Linie. Der AK wird dann gekauft, wenn der KB den Lesern Wichtiges (nicht immer Neues – Leute, herhören: nicht unbedingt Neues! alberner Aktualitätsschwachsinn!)-wenn der KB den Lesern also Wichtiges zu sagen hat, und wenn die Leser erkennen, daß, was der KB für wichtig hält, für sie auch wichtig ist. Punkt. DAS ist der Knackpunkt. Die Auflage des AK wird in dem Moment steigen, wenn der KB entsprechend vermittelte, relevante politische Aussagen zu machen hat. Was zur Zeit nicht der Fall ist. Worauf sich also – meiner unmaßgeblichen Meinung nach – die zukünftige Diskussion richten sollte.

Nochmal griffig zusammengefaßt: Das Überleben des AK ist keine technische, sondern eine politische Frage (fast hätte ich gesagt „eine revolutionäre Frage" – aber dann wären die Schreckhaften wieder vom Stühlchen gepurzelt, und wie sollen sie weiterdenken, wenn sie sich andauernd zu Boden distanzieren ?... es ist mitunter gar nicht so einfach ...).

mit solidarischen Grüßen
Jörg

Leserbrief

Die ›heilige Kuh‹ schlachten?

Im letzten Arbeiterkampf machte b. aus Saarbrücken einige Vorschläge zur Verbesserung des AK-Verkaufs. Unter anderem schlug b. vor, die „heilige Kuh" des KB zu schlachten, also dem Arbeiterkampf einen neuen undogmatischen Namen zu geben und die Titelseite *„etwas aufgelokkerter"* (?) zu gestalten.

„...geben wir unserem Zentralorgan aus verkaufstaktischen Gesichtspunkten einen anderen Namen. Die erste Seite darf nicht die möglichen Interessenten, die z.B. die ‚Saarhexe' kaufen, abschrecken." (Die „Saarhexe ist eine saarländische Alternativ-Zeitung.)

Hierzu möchte ich nur kurz einiges für die weitere Diskussion zu bedenken geben:

Die Vorstellung, eine spürbare Verbesserung des Verkaufs durch eine derartige Schlachtung zu erreichen, halte ich für illusorisch. Denn es ist keineswegs nur der Name, der die Käufer/innen abschreckt, sondern die Tatsache, daß es sich hier um eine k o m m u n i s t i s c h e Zeitung handelt. Wenn wir auf diesem Wege etwas erreichen wollten, müßten wir wohl oder übel auch verschweigen, daß die Zeitung vom K o m m u n i s t i s c h e n Bund herausgegeben wird, müßten wir schließlich auch die Überschriften, die beim Durchblättern „unangenehm" in's Auge fallen und anschließend die Inhalte der Zeitung g r u n d s ä t z l i c h ändern. Es sind nicht nur unsere Namen und Titel, unsere Worte, die heute von vielen - auch innerhalb der Linken - abgelehnt werden; es ist in erster Linie unsere politische Einschätzung und Praxis, die nicht mehr so akzeptiert wird.

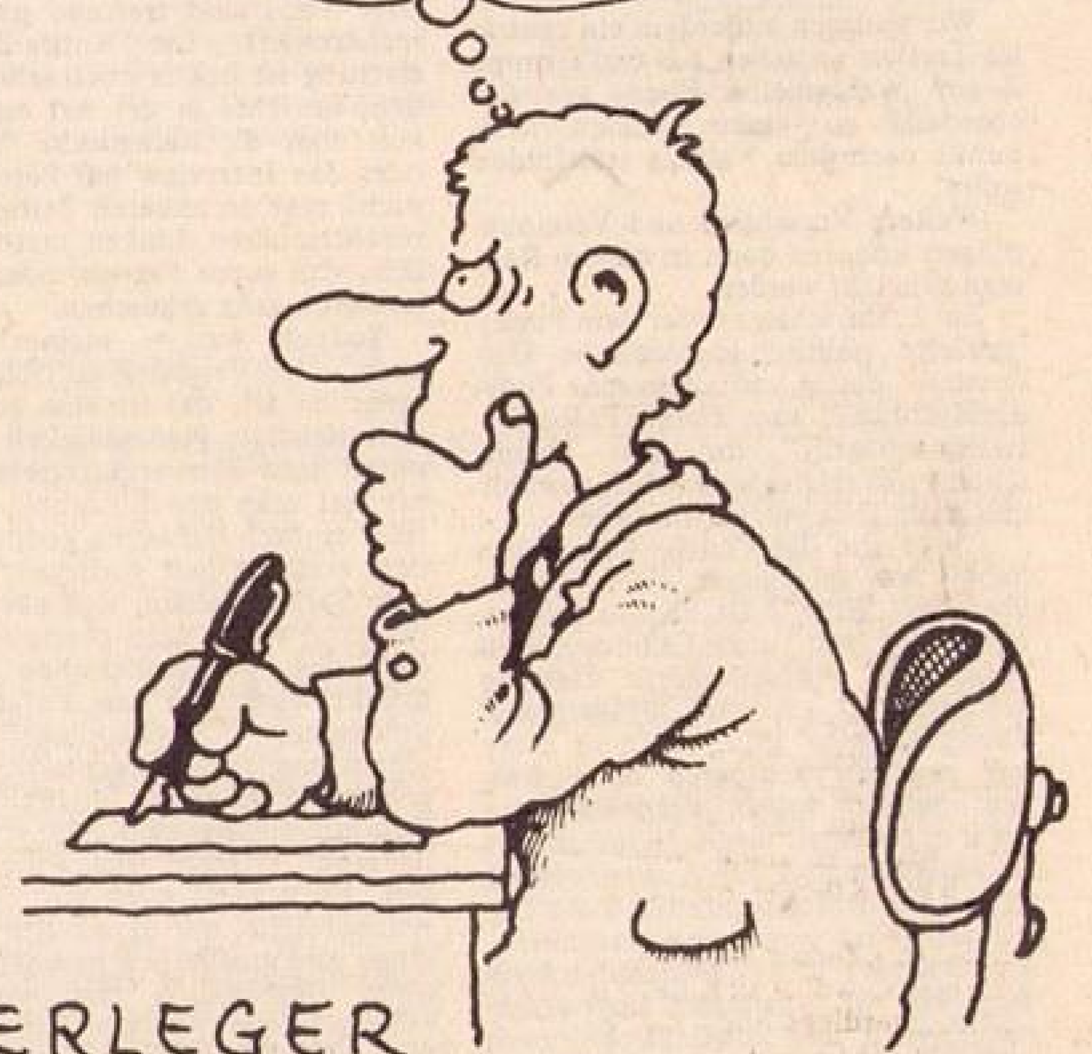
Eine Diskussion um die Namensänderung allein erscheint mir oberflächlich und zum Teil unehrlich, nämlich dort, wo es - und das ist nicht selten ! - gar nicht einfach um einen hübscheren Namen geht, sondern um ein bestimmtes Konzept, um auf gewachsenen Anti-Kommunismus und Desinteresse an kommunistischen Ideen zu reagieren. Den Vergleich mit dem Bunt Buch-Verlag, der sich wohlweislich nicht Arbeiterkampf-Verlag nenne, halte ich für unzulässig. Dieser Verlag kann und soll - im Gegensatz zum Arbeiterkampf - nicht als das Organ unserer Organisation verstanden werden. B. und andere Schlachtlustige sollten sich überlegen, ob es ihnen im Tiefsten ihres Herzens nicht doch um eine g r u n d s ä t z l i c h e V e r ä n d e r u n g d e s C h a r a k t e r s unserer Zeitung geht, ob sie nicht tatsächlich eine Zeitung wollen, die eher der genannten „Saarhexe" oder einer Bunte Liste -Zeitung ähnelt. D a r ü b e r sollten wir dann diskutieren !

Mir erscheint es fragwürdig, ob eine A n p a s s u n g an das derzeitig vorherrschende Bewußtsein einen Beitrag zur Verbreitung kommunistischen Gedankengutes - und das ist ja unser vorrangiges Ziel - leisten würde.

Eine Genossin des SSB

Wie sieht die Türkei in Wirklichkeit aus?
Dieser Band zeigt und

4. FRANKFURTER



1. Vorgeschichte

1968 fand zum ersten Mal eine Gegenbuchmesse in Frankfurt statt. SDS und APO hatten zu einem Boykott der "bürgerlichen Geschäftemacher" aufgerufen und rund 7o Literaturzeitschriften und Kleinverlage in einem Keller des Studentenhauses versammelt.
Die Berliner "ca ira presse", einer der Hauptinitiatoren der Messe, formulierte die politische Motivation so: *"Der Apparat (bürgerliche Verlage und Vertriebsorganisationen) integriert alles, macht's zum Dekor, verwertet es eilig. Unsere Worte müssen sich in der Handlung bestimmen, das bedeutet, daß wir zur Selbstorganisation übergehen müssen. Also weg von den bürgerlichen Verlagen, den Rowohlts, Hansers, Wagenbachs, Heynes usw."*
Während die1.Frankfurter Gegenbuchmesse in der Hauptsache durch die politischen Inhalte der Studentenbewegung bestimmt war, hatte es mit der "Literarischen Pfingstmesse" seit 1963 in unregelmäßigen Abständen den Versuch gegeben, Produktionen von Kleinverlagen und Mini-Pressen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Im Mai 1968 fand, als letzte Veranstaltung dieser Art die "Literarische Messe" in Frankfurt statt. Aber obwohl im Vorwort zum Katalog angekündigt wurde, hier fände eine Dokumentation auch der "politischen Tendenzen der Gegenwart" statt, fehlte der Literarischen Messe die politische Brisanz und Aussagekraft der wenige Monate später stattfindenden Gegenbuchmesse.
Mit dem vorläufigen Rückgang der durch die Studentenbewegung initiierten Politisierung veränderte sich auch das äußere Erscheinungsbild der Minipressen. Die Gegenbuchmesse fand zunächst keine Fortsetzung. Norbert Kubatzki, "Vater der 1. Mainzer-Minipressen-Messe" knüpfte 197o vor allem an die Tradition Horst Bingels an, einem der Hauptinitiatoren der Literarischen Messen. Hauptanliegen war es, Bücher und Zeitschriften von Kleinverlagen vorzustellen, ein politisches Programm gab es nicht. Aber obwohl die Mainzer Minipressen-Messe von ihrem Charakter her nur eine Dokumentation der allgemein vorherrschenden Richtungslosigkeit war, gelang es ihr doch, in der Öffentlichkeit ein Bewußtsein für die Existenz der Kleinverlage herzustellen.
Insgesamt gab es 5 Messen in Mainz, die letzte nach längerer Pause im Mai 1979.

2. Die "neue" Gegenbuchmesse

2. Die "neue" Gegenbuchmesse

1977, während ihrer Frühjahrstagung, beschloß die Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage und Autoren (AGAV) noch im selben Jahr parallel zur internationalen Buchmesse in Frankfurt die Gegenbuchmesse wieder zu beleben.
In den folgenden Monaten kam Leben in die damals noch aus 2o mehr oder (mehr) weniger aktiven Mitgliedern bestehende Organisation, deren Tätigkeit sich bis zu diesem Zeitpunkt in der Hauptsache auf alljährliche Treffen und die theoretische Konzeption einiger gemeinsamer Projekte in der alternativen Szene beschränkt hatte. Jetzt gab es Aufgaben zu lösen, denen der kleine Kreis an Aktiven schier nicht gewachsen war: geeignete Räume waren zu finden, Vorfinanzierungen mußten geleistet werden, Einladungen an Verlage, Veranstaltungskoordinationen, Aufbau, Standaufteilungen, Werbung etc. Aber irgendwie ging es dann doch. Als am 1o.Oktober im Theater am Turm die "offizielle" Eröffnung stattfand, war die Öffentlichkeit schon lange vorher durch zahlreiche Presseberichte auf das bevorstehende Spektakel aufmerksam gemacht worden und die erleichterten Organisatoren konnten vor großem Publikum ihre Statements in die bereitstehenden Fernsehkameras sprechen.

Während zunächst noch nicht feststand, ob man diese Veranstaltung würde wiederholen können, wurde während der nächsten Frühjahrstagung der AGAV beschlossen, die Gegenbuchmesse in jedem Jahr als "Alternative" zur Internationalen Buchmesse zu institutionalisieren. Zu diesem Entschluß hatte zum einen das breite Echo bei Presse und Publikum, zum andern aber auch das Interesse der Städte Mainz und Frankfurt beigetragen. In Mainz gab es zu diesem Zeitpunkt bereits Bestrebungen, die Minipressen-Messe neu zu beleben und man trat an die AGAV heran, um sie als Organisator zu gewinnen. Gleichzeitig erklärte sich die Stadt Frankfurt bereit, die Gegenbuchmesse zu unterstützen.
Nach anfänglichen Überlegungen, auf beiden Hochzeiten zu tanzen, fiel die Entscheidung für Frankfurt und damit für die große "Alternative Umzugsmesse": Im TAT wollte man nicht bleiben, weil es dort Schwierigkeiten mit der Hausverwaltung gegeben hatte. 1978 war man dann im "Haus Gallus" und, nachdem auch diese Räume im nächsten Jahr nicht mehr in Frage kamen, weil dort sonst der Turnunterricht einer Schule hätte ausfallen müssen..., zog man '79 ins "Haus der Jugend" um. Auch 198o wäre eigentlich wieder ein Umzug fällig gewesen, denn aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse hatte die AGAV versucht, die zur Zeit leerstehende alte Mensa der Universität
engten räumlichen Verhältnisse hatte die AGAV versucht, die zur Zeit leerstehende alte Mensa der Universität
Frankfurt zu mieten. Nach langem Hinhalten von Seiten des Studentenwerkes und schließlich einer vorläufigen unverbindlichen Zusage war die Mensa dann plötzlich anderweitig vermietet (obwohl die AGAV bereits während der 79er Messe ihr Interesse angemeldet hatte).
Das Problem ist geblieben. Nachdem 1978 die anfängliche Neugier, die 1977 noch die Hallen der 1.Gegenbuchmesse gefüllt hatte, etwas verebbt war, mußten Veranstalter und Aussteller 1979 plötzlich mit einem Besucheransturm fertig werden, der gemessen am Verhältnis Besucher/Quadratmeter der Internationalen Buchmesse in nichts nachstand. Dazu kam das immer größer werdende Kontingent an Ausstellern, so daß man sich in den Stoßzeiten nur noch mit Mühe von Stand zu Stand schieben lassen konnte.
Während eines kritischen Gesprächs mit den Ausstellern nach der Messe kamen denn auch die Probleme auf den Tisch: man habe sich gefühlt wie in einem Warenhaus, Kontakt zum Publikum war nicht mehr möglich, Bücher wurden nur noch über den Ladentisch geschoben – Geld einkassiert. 1978 war es für Doppelaussteller noch eine Erholung, nach der Buchmesse abends auf die Gegenbuchmesse zu kommen, 1979 ging der Streß nur weiter.

Man wird in diesem Jahr die Konsequenzen ziehen. Da keine größeren Räume zur Verfügung stehen, wird man versuchen, den vorhandenen Platz besser zu nutzen. Grundproblem dabei: Die Zahl der Aussteller nimmt ständig zu, ebenso wie die Zahl der auszustellenden Titel. Während es vor vier Jahren nur einige wenige "renommierte" Kleinverlage waren, die aufgrund ihrer langfristigen Arbeit mit einem umfangreichen Programm aufwarten konnten, hat es in der Zwischenzeit bei vielen Newcomern eine Stabilisierung und Expansion gegeben, und die Zahl der Kleinverlage, denen es gelingt, über Jahre hinaus ihre Produktion fortzusetzen, hat sich ständig vergrößert. Gleichzeitig, mit zunehmender Anerkennung der Gegenbuchmesse gibt es immer mehr Doppelaussteller und "Überläufer".
Man wird zunächst versuchen, das Problem mit baulichen Veränderungen anzugehen. Statt, wie in den vergangenen Jahren, fest montierte Stellwände mit Gängen und Kojen anzubieten, soll 198o mittels flexibler Standeinheiten das statische Gefüge der Messe durchbrochen werden. Diese neue Konzeption, neben der die herkömmlichen Standeinheiten weiter bestehen, soll es Verlagen ermöglichen, ihre Stände zu Kommunikationseinheiten zusammenzulegen und den kontaktfeindlichen Charakter der "Kaninchenställe" zu durchbrechen. Gleichzeitig sollen in den Räu-
den kontaktfeindlichen Charakter der "Kaninchenställe" zu durchbrechen. Gleichzeitig sollen in den Räu-
men Ruhepunkte geschaffen werden, die dem Publikum die Möglichkeit geben, sich dem Gedränge und Geschiebe zwischen den Ständen zu entziehen.
Das Problem der Räumlichkeiten wird in den nächsten Jahren fortbestehen. Einerseits möchte die AGAV nicht, daß sich diese Veranstaltung zu einem unübersehbaren Koloß auswächst, andererseits gibt es aber noch Möglichkeiten, mit den vorhandenen, und auch mit einer größeren Ausstellerkapazität eine Messe durchzuführen, die den Besucher nicht überfordert und den ursprünglichen Charakter der Gegenbuchmesse erhält.
Aber an Räumlichkeiten wird die Gegenbuchmesse nicht scheitern. Die Veranstalter sind wild entschlossen, auch in den nächsten Jahren weiterzumachen. Nach drei relativ gut verlaufenen Messen konnten die Anfangsschwierigkeiten weitgehend aus dem Weg geräumt werden und auch die finanzielle Situation ist gesichert. Neben den Eigenmitteln, die durch Eintrittsgelder und Standgebühren aufgebracht werden, zahlen die Stadt Frankfurt und das Hessische Kultusministerium in jedem Jahr einen Zuschuß, der in diesem Jahr pro Behörde von DM 3ooo auf DM 5ooo angehoben wurde.

3. Inhalte

Im Kapitel über die Vorgeschichte der Gegenbuchmesse wurde gesagt, die Mainzer Minipressen-Messe habe inhaltlich an die Literarischen Pfingstmessen angeknüpft, ohne politischen Anspruch - in der Hauptsache als Dokumentation der bestehenden Kleinverlage.
Dieser Vorwurf läßt sich zunächst auch auf die 77er Gegenbuchmesse anwenden. Abgesehen davon, daß es natürlich auch eine Reihe linker Verlage gab, bestand die Messe in der Hauptsache aus einer Sammlung di-

GegenBuchMesse

verser Alternativ- und Kleinverlage. Auch 1978 unterschied sich darin kaum, obwohl es hier bereits ein "Rock gegen Rechts"-Konzert gab und obwohl die Presse im allgemeinen von einer Messe der Linken, Anarchos und Chaoten sprach.

1979 gab es zum erstenmal ein Motto: „Wort gegen Rechts", – eine Initiative, die sich innerhalb der AGAV in Anlehnung an „Rock gegen Rechts" gebildet hatte und die während der Messe auf einer Diskussionsveranstaltung vorgestellt wurde. Gleichzeitig nahm auch die Zahl der politisch orientierten Veranstaltungen im Rahmenprogramm zu: Da gab es einen Lesungsabend von und mit Knastautoren, eine Veranstaltung über Alternativbewegung und Gewerkschaften, ein "Rock gegen Rechts"-Konzert und anderes mehr.

Die heutige Gegenbuchmesse wird von ihrer politischen Aussagekraft her nie die Geschlossenheit der 68er Messe erreichen, aber die historischen Bedingungen haben sich auch geändert und damit auch die politische Landschaft der Linken. Die Bewegung ist vielfältiger geworden.

Bei der Auswahl der Aussteller gibt es in dem Sinne keine Zensur, als es Verlage und Autoren der unterschiedlichsten alternativen und linken Couleurs gibt. Literarische und gezielt politisch orientierte Verlage stellen nebeneinander aus, und bei den "Politischen" spielt es keine Rolle, ob sie DKP, KPD, KB oder anarchistisch orientiert sind.

Eine eindeutige Zensur allerdings gibt es nach rechts, wobei sich das Problem bisher allerdings noch nicht gestellt hat, da die Gegenbuchmesse im öffentlichen Bewußtsein inzwischen einen eindeutigen Stellenwert bekommen hat und konservative, reaktionäre oder faschistische Verlage schon deswegen nicht auf die Idee kommen, dort auszustellen.

Obwohl es keine durchgängig gemeinsame politische Plattform gibt, lassen sich doch einige Aussagen über die Aussteller machen, die eine Gemeinsamkeit herstellen und die die Frage beantworten: Warum eine Gegenbuchmesse?

Der Witz ist abgedroschen:"Warum seid ihr gegen Bücher?" Das diesjährige Messeplakat wird diesem Mißverständnis deshalb auch typographisch entgegenwirken: Man schreibt sich GegenBuchmesse. Warum also gegen die Buchmesse? Sie ist ein Anhaltspunkt, - die Stelle, wo sich die Degeneration des bürgerlichen Literaturmarktes alljährlich am spektakulärsten zeigt. Da versammeln sich tausende von internationalen Ausstellern, um ihre neuesten Titel vorzustellen, – die Buchmesse ist der Höhepunkt, auf den die Verlage das ganze Jahr hinfiebern, nach dem sie ihre ganze Produktion ausrichten. Und was passiert dann dort? Das Defile der Viehherden, wie es in einem ZEIT-Artikel mal hieß. Morgens strömt das Fachpublikum, nachmittags die Menge der Laien; beguckt, begrapscht berühmte Autoren, sammelt tütenweise Prospekte (die zuhause ungelesen in den Papierkorb wandern), führt Geschäftsgespräche, bestellt, oder wie es heißt: ordert, läßt sich schieben, schubsen, schwitzt, sinkt erschöpft in die Sessel der überteuerten Cafeterias und schleicht abends erschöpft von dannen, ohne eigentlich etwas erlebt zu haben. An den Ständen reibt man sich die Hände ob des guten Geschäftes oder betrachtet frustriert die Jahresproduktion auf den Regalen, die offensichtlich danebengeplant war. Bussiness, Buchfabriken, Autorenmühlen. In der absoluten Perversion: z.B. Beckenbauer, der, frisch aus dem Hubschrauber gestiegen, für seinen Ghostwriter signiert; oder gar im letzten Jahr Carstens, dessen Begleitmannschaft Demonstranten halb tot schlägt.

Aber die Buchmesse ist nur der Kumulationspunkt, an dem es alljährlich zu einer Eskalation des degenerierten Literaturbetriebes kommt. Eine detaillierte Kritik würde an dieser Stelle zu weit führen. Aber wir wollen über die Ansprüche, die in linken und alternativen Verlags- und Autorenkreisen artikuliert werden, aufzeigen, warum wir eine andere Art von Buch- und Verlagswesen für nötig halten, wobei die Gegenbuchmesse nur eine logische Fortsetzung dieser Ansprüche ist.

Gemäß der Erkenntnis vieler linker und alternativer Betriebe, daß die zur Zeit vorherrschenden Produktionsbedingungen keine freie Entfaltung der tatsächlichen Produktivkräfte von Kritik und Phantasie ermöglichen, versuchen Verlage und Autoren der "Szene" wieder zu dem zurückzukommen, was die Literatur tatsächlich ausmacht: Ausschlaggebend soll nicht der mögliche Umsatz eines Buches sein, sondern der Inhalt. Sei es im konkret-politischen oder im literarischen Bereich,– es gibt da keine Marktanalysen, die feststellen, was sich gerade am besten verkaufen läßt. Vielmehr geht es darum, politisch relevante Inhalte zu vermitteln, oder z.B. Autoren, die aufgrund von fehlenden Beziehungen oder Literaturpreisen nicht beachtet werden, einzig auf der Grundlage der Qualität ihrer Texte eine Möglichkeit zur Veröffentlichung zu geben. Aus dieser Einstellung resultieren auch die entsprechenden Arbeitsweisen. Nicht das Machtgefälle Verleger-Autor oder Verlagschef-Angestellter bestimmt das Verhältnis zueinander, sondern der Versuch, wieder über menschliche Kommunikationsweisen miteinander zu verkehren.

Die hier angesprochenen Ansätze können nur skizziert werden. Selbstverständlich müssen auch Alternativverlage darauf achten, daß sie ihre Bücher verkaufen, selbstverständlich klappt die Geschichte mit den "anderen" Arbeitsbedingungen durchaus nicht immer, und selbstverständlich gibt es auch im linken Bereich schwarze Schafe, die im Grunde nach gut-kapitalistischen Arbeitsmethoden arbeiten. Und schließlich ist auch nicht viel mehr damit gesagt, wenn man von politisch wichtigen Aussagen oder qualitativ guten Texten spricht. Aber das sind Fragen die hier nicht mehr erörtert werden können. Es war vor allem wichtig, die Tendenz aufzuzeigen, und – davon abgeleitet – die Intentionen der Gegenbuchmesse zu erklären. Dort nämlich soll, vom Prinzip her ein ähnlicher Kumulationspunkt wie die Internationale Buchmesse, gezeigt werden, was im Laufe eins Jahres im alternativen und linken Literaturbereich getan wird. Ein Kumulationspunkt deswegen, weil die wenigsten Verlage die Mittel haben, ihre Arbeit überregional bekannt zu machen und eine GegenBuchmesse deshalb, weil man dies unter anderen Bedingungen tun möchte, als das alljährlich zur selben Zeit an anderem Ort geschieht.

Wie oben bereits angedeutet, ist das nicht leicht, aber der Ansatz ist gelungen und man wird aus den Fehlern der vorangegangenen Messen lernen. Und das merkt man scheint's inzwischen auch an "höherer" Stelle: *"Das ist schon eine sympathische Alternative – nix Aktenkoffer, nix Mercedes, nix Rudi Carell. Dafür ein Hauch von Literatur"*(F.J. Raddatz in der ZEIT über die Gegenbuchmesse 79).

Cornelius Retting

Am 7. Oktober 1980, 12 Uhr Mittags geht es wieder los.
Über 120 Verlage, Zeitungen und Initiativen stellen im Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12 in Frankfurt ihre Bücher, Broschüren, Plakate etc. vor, die die alternative Kultur in diesem Jahr hervorgebracht hat.
Dazu soll es viel kommunikativer losgehen. Nicht mehr nur alternativer Jahrmarkt, Flohmarkt, sondern viel Raum und Zeit soll den gemeinsamen Gesprächen gegeben werden. Nicht Verkauf allein, sondern miteinander reden, klönen ist das Motto. Diese Gegen-Buchmesse hat ein interessantes Rahmenprogramm mit Kabarett (Raphael und Mumm), Autorenlesungen und Veranstaltungen (z.B. zum Knast in der BRD). Zum Abschluß gibt's eine große Fete mit den Gruppen Rotblut und Checkpoint Charlie.
Alles in allem – es lohnt sich nach Frankfurt aufzubrechen.

Öffnungszeiten von 11 - 22 Uhr von 7. - 12. Oktober im Haus der Jugend Deutschherrenufer 12.

Dienstag, 7.10.80

19 Uhr AGAV Autorenlesung, Moderation: Gabriele Casper, Eintritt DM 2,-

Mittwoch, 8.10.80

16 Uhr Vorführung und Diskussion über Film und Buch Sürü/Die Herde mit Nihad Behram, Direktor der Y. Güney-Film-Gesellschaft
19 Uhr Der Zombie aus dem Bayernland oder: Wenn's in der Hölle heiß wird „Kabarett für Alle" mit Raphael & Mumm, Eintritt DM 7,-

Freitag, 10.10.80

Thema Knast
15 Uhr Italien vom 7. April 79 bis heute – zur Festnahme der Verteidigung. Podiumsdiskussion mit Arbeitsgruppen, Organisation: Hendrik Bicknaese
17 Uhr Film: Hochsicherheit in Deutschland, Erstaufführung
19 Uhr „Magna-Charta für Gefangene" Schreiben im Knast: Widerstand oder Anpassung? Podiumsdiskussion und Lesung von und mit Autoren aus dem Knast (z.B. Robert Jaroway, Werner Schlegel, Ernst Walter Otto, Kuno Bärenbold), Moderation: Peter Schult, Eintritt für den ganzen Tag DM 7,-

Samstag, 11.10.80

15 Uhr Schwule Autoren. Lesung und Diskussion, Eine Veranstaltung der Zeitschrift „Homosexuelle Emanzipation"
19 Uhr Politische Sozialisation. Konkrete Utopie, eine Veranstaltung des Sozialistischen Büro, Offenbach (Diskussion)

Sonntag, 12.10.80

11 Uhr AGAV Autorenlesung zum Frühschoppen, Moderation Christoph Schubert
16 Uhr Große Abschlußfete, mit den „Rock gegen Rechts" -Gruppen Checkpoint Charlie und Rotblut. Außerdem Kabarett mit Tom Tom C. Breuer, Eintritt DM 7,-

Alle Veranstaltungen finden im „Haus der Jugend" statt. Der Saal ist ausgeschildert. (Achtung: getrennter Eingang von der Messe!)
Die Abschlußfete steigt im Messegelände selbst, im großen Saal.
Die Eintrittsgelder zu den Veranstaltungen beinhalten gleichzeitig den Messeeintritt von 1 Mark.

des Drehbuches mit 16 Farbfotos aus dem Film.



Türkei-Solidarität

500 Menschen (darunter ganze 30 Westdeutsche) demonstrierten am 27.9. in Nürnberg gegen den faschistischen Putsch in der Türkei, und gegen den Terror der Grauen Wölfe.

Zum allerersten Mal hatten zu einer solchen Aktion sämtliche türkischen Organisationen, unabhängig von sonstigen politischen Differenzen, gemeinsam aufgerufen.

Von den westdeutschen Organisationen hatte der ‚Arbeiterbund' mit einem eigenen Flugblatt für diese Demo mobilisiert; Genoss(inn)en der Volksfront und des KB waren da sowie eine Reihe unorganisierter Linker, die in der Ausländerarbeit aktiv sind. Von der Seite der Nürnberger Linken ein peinlich schwaches Bild!

* * *

Frankfurt. Gut besucht war am 27.9. eine Demonstration gegen den Militärputsch mit 1.500 Teilnehmern. Zwei Drittel davon waren allerdings Türken, die von den Organisationen Devrimci Yol, Halkin Kurtulusu und einer Gruppe „Proletarische Solidarität" mobilisiert wurden. Die westdeutschen Demonstranten waren hingegen eher der übliche ‚harte Kern' der Frankfurter Linken (KB, AStA, KL,GIM, Anarchistische Förderation u.a.). Die Demonstration führte vom chilenischen zum türkischen Konsulat und sparte nicht mit Kritik am SPD-Wahlkreiskandidaten, Hans Matthöfer.

* * *

Frankfurt. Der SPD-Ortsverein Nordend I forderte Matthöfer auf, „*sämtliche finanziellen Zusagen und Kredite an die Türkei zurückzunehmen und zumindest solange zu stornieren, bis dort demokratische Verhältnisse eingekehrt sind.*" Nirgends auf der Welt könne dem Militär zugebilligt werden, Parlamente aufzulösen und Gewerkschaften zu verbieten. Das Asylrecht müsse uneingeschränkt gelten – gerade für Menschen, die jetzt aus der Türkei in die Bundesrepublik fliehen müßten.

* * *

Am 27.9. fand in Köln eine regionale Demonstration demokratischer und linker kurdischer Organisationen gegen den Militärputsch statt. Aufgerufen hatten: Komitee der Einheit für Demokratie in der Türkei, die Sympathisanten der „Iscinin Sesi", Solidaritätskomitee für die Zeitung „Gercek", KOMKAR-Föderation der Arbeitervereine Kurdistans in der BRD, das Büro der Zeitung „Kitle" in Europa, Türkischer Arbeiterverein Düsseldorf, Sympathisanten der K.U.K. Nationale Revolutionäre Demokraten, AKSA, Fortschrittlich-Demokratische Arbeitervereine Kurdistans.

Eine Aktionseinheit mit westdeutschen Linken war ganz offensichtlich nicht geplant. Etwa 4000 Kurden, darunter viele Frauen und Kinder, zogen zwei Stunden lang in einer sehr kämpferischen Demonstration durch Köln. Auch deutsche Parolen wie „Stoppt die Junta" und „Hoch die internationale Solidarität" wurden oft gerufen. Leider folgten höchstens zwei Dutzend Linke dem Demonstrationsaufruf. Durch Zeitungs- und Broschürenverkauf traten nur der KB und die GIM öffentlich in Erscheinung.

Unschön war, daß eine Gruppe 10 - 14 jähriger Jugendlicher, offensichtlich Fans des 1. FC Köln, am Neumarkt die Demonstration mit Rufen wie „Ausländer raus" begleitete – auf Gespräche ließen sich die aufgehetzten Jugendlichen nicht ein. Es scheint, als ob die NPD-TV-Spots ihre Wirkung nicht verfehlen.

Ein Genosse aus Köln

Türkei: Militärs lassen die Maske fallen

Wer es immer noch nicht sehen will, der muß auf dem demokratischen Auge erblindet sein:
Die Militärjunta hat mit der „Demokratie" genau so wenig zu tun wie alle anderen Militärs auf der Welt auch. Ebenso ist inzwischen die Legende vom „unblutigen Putsch" in sich zusammengebrochen.

Erweiterung des Kriegsrechtes

Während die Militärs einerseits ihre „zivile" Regierung einsetzten, veröffentlichten sie gleichzeitig eine „Bekanntmachung der Militärregierung" über das neue Kriegsrecht, in dem die Befugnisse von Militärgerichten, Kriegsrechtskommandanten und Sicherheitskräften gegenüber der Zeit vor dem Putsch ausgeweitet wurden:

Insbesondere wurde die Möglichkeit von Inhaftierungen ohne Einschaltung von Gerichten von 15 auf 30 Tage verdoppelt, die Entfernung von Beamten aus ihren Ämtern durch die Militärkommandaturen erleichtert (Berufsverbote) und den Sicherheitskräften größere Freiheit beim Schußwaffengebrauch (gezielter Todesschuß auch Verdächtiger) eingeräumt. Die Befugnisse der Kriegsrechtskommandanten sind im Kriegsrechtsgesetz Nr. 1402 geregelt. Dieses ermöglicht die umfassende Kontrolle aller Mitteilung in Wort, Schrift, Bild und Film, sowie in Briefen und Telegrammen; das Verbot von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern; die Beschlagnahme von Publikationen und die Schließung von Druckereien.

Die Kriegsrechtskommandanten erhalten umfassende Befugnisse, die ihnen erlauben, alle gewerkschaftlichen Aktivitäten, Streiks, Bummelstreiks, Urabstimmungen auf Dauer zu unterbinden, Betriebsbesetzungen und ähnliches zu verhindern, Demonstrationen und Versammlungen in geschlossenen Räumen sowie unter freiem Himmel zu verbieten, gegebenenfalls auch zu gestatten, dann jedoch den Ort zu bestimmen, die Versammlungen und deren Verlauf zu kontrollieren oder zu beobachten. Sämtliche Aktivitäten von Vereinen können verboten oder genehmigt werden. Produktion, Lagerung und Vertrieb von „lebensnotwendigen Gütern" kann unter Kontrolle der Kriegsrechtskommandanten gestellt werden. Die Kommandanten haben auch das Recht, Lokale, Bars, Cafehäuser, Theater, Kinos jederzeit zu kontrollieren und gegebenenfalls zu schließen.

Öffentliche Einrichtungen, Banken, staatliche Betriebe, deren Gebäude, Personal und Fahrzeuge können zweckentfremdet werden, z.B. Schulen können als Kasernen benutzt werden. Der Lehrbetrieb in Grund-, Mittel- und Oberschulen kann dauernd oder vorübergehend eingestellt werden, Studenten, die Ruhe und Ordnung gemäß das Kriegsrecht stören, können dauernd oder zeitweise exmatrikuliert werden. Auch die Befugnisse der militärischen Sondergerichte sind erweitert worden. Über die Dauer der Untersuchungshaft entscheiden die Kriegsrechtskommandanten, ansonsten beträgt sie 30 Tage. Personen, die Befehle der Kriegsrechtskommandanten nicht beachten, können mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden, Personen die Gerüchte verbreiten, um Aufruhr zu stiften, mit bis zu zwei Jahren Gefängnis oder mit Geldstrafen belegt werden, die einem durchschnittlichen Arbeiterverdienst entsprechen. Wenn Presseorgane derartige „Straftaten" begehen, verdoppelt sich die Strafe. Die von Militärgerichten verhängten Strafen können nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, gegen sie kann auch keine Revision eingelegt werden.

Nicht alle Kriegsrechtsverordnungen wurden bekanntgemacht. Man kann aber davon ausgehen, daß alle zusammengenommen eine perfekte Notstandsregelung ergeben („TAZ", 29.9.80).

Die Justiz soll per Militärrichter wieder funktionsfähig gemacht werden. Die Anzahl der bisher 600 Militärrichter wird aufgestockt.

Einer wirksamen Verteidigung sind nach Berichten von Anwälten die letzten Möglichkeiten genommen. Prozeßvorbereitung findet maximal zweimal 10 Minuten in der Woche unter Aufsicht von Offizieren statt. Beschwerden über die Behandlung in den Gefängnissen sind verboten: *„Beschwert sich ein Gefangener dennoch", so ein Anwalt, „bekommt er vor meinen Augen einen Knüppel ins Kreuz. Ob ein Gefangener einen Anwalt hat oder nicht, ändert am Ergebnis des Prozesses kaum etwas"* („TAZ", 29.9.80).

Weiterhin wurden sämtliche Bürgermeister, die einer politischen Partei angehören, abgesetzt und durch Armeeoffiziere ersetzt. Dies betrifft vor allem die kurdischen Provinzen.

In der Mitteilung des Sicherheitsrates hieß es, künftige Ernennungen würden von den jeweils örtlichen Kriegsverwaltungen nach eingehender Prüfung der in Frage kommenden Kandidaten vorgenommen. Jeder entlassene Bürgermeister, der wieder in sein Amt eingesetzt werden wolle, müsse alle Kontakte zu politischen Parteien einstellen („Neue", 30.9.80) Auch die Verhaftungswelle schwellt weiter an. Offiziell sind keine Zahlen bekannt gegeben worden.

Es kann damit gerechnet werden, daß schon über zehntausend verhaftet worden sind („FR", 3.10.80). Die Verhafteten kommen im wesentlichen aus den kurdischen Provinzen und den Großstädten Ankara und Istanbul.

Trotzdem rechnen die Linken, daß der eigentliche Schlag der türkischen Militärs noch aussteht.

Neben diesen Repressionsmaßnahmen zeigt die Junta auch mit anderen Maßnahmen, daß in der Türkei eine totale Zwangsgesellschaft etabliert werden soll: Ein Haar- und Kleidererlaß wurde veröffentlicht, demzufolge männliche Beamte Koteletten und Haare stutzen müssen; Krawattenzwang wurde angeordnet; Frauen dürfen keine Hosen sondern nur noch Röcke tragen; auch Make-Up wurde aus den Amtsstuben verbannt („FR", 3.10.80). Jugendliche, die Kord- oder Jeanshosen trugen, wurden festgenommen und mit der Maßgabe entlassen, Anzüge zu tragen. Auch den Journalisten, die zur Pressekonferenz der neuen Regierung kamen, war Krawattenzwang auferlegt. Interessant ist allerdings, daß die bürgerliche Presse d i e s e Maßnahmen zum Anlaß nimmt, jetzt davon zu sprechen, daß die Militärs die „Zügel straffer halten", während der Putsch an sich eher Anlaß für Beruhigungspropaganda war.

Anläßlich dieser Maßnahmen war dann auch der „FR"-Reporter gezwungen zuzugestehen: *„Das neue türkische Regime zeigt inzwischen alle Merkmale der klassischen Militärdiktatur, inclusive einer gehörigen Portion Puritanismus"* („FR", 23.9.80).

„Ausrottung des Terrorismus"

Vergangene Woche wurde von den Militärs die neue „Zivil"regierung vorgestellt. Elf der 21 Zivilisten haben bereits Kabinettsverantwortlichkeit in den Militärregierungen von 1960 und 1971 getragen. Kontinuität wird also gewahrt.

Neben den Militärs, die in dieser Regierung wichtige Ressorts wie Inneres, Erziehung, Öffentliche Dienste, Gesundheit, Jugend und Sport sowie Verkehr innehaben, spielen wichtige Technokraten, deren Verbindung zum Monopolkapital bekannt ist, eine wichtige Rolle. So Turgut Özal, der jetzige stellvertretende Ministerpräsident und verantwortlich für die Wirtschaftsplanung und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Özal war der zuständige Mann der Regierung Demirel, der die Kontakte zu den USA und der EG, insbesondere der BRD, bei den Wirtschafts- und Militärhilfeverhandlungen für die Türkei innehatte. Özal ist außerdem Vorsitzender des türkischen Kapitalistenverbandes. Wirtschaftsminister Kocatopcu war Direktor der größten türkischen Glasfabrik und gilt als einer der wichtigsten Kapital-Leute. Finanzminister Erdem ist der ehemalige Chef der türkischen Staatsbank.

Es ist nicht weit hergeholt, wenn behauptet wird, daß diese Leute nicht erst nach dem Putsch aktiv wurden, sondern an der Planung unmittelbar beteiligt waren. Ihre besten Verbindungen zur EG und den USA sprechen für sich.

Enge Anlehnung an die EG

Überraschendes war der ersten Regierungserklärung der „zivilen" Regierung nicht zu entnehmen. Zu sehr ist diese Regierung „his masters voice".

So wurde als ein Ziel der Regierung die Erarbeitung einer neuen Verfassung angegeben. Dabei sollen wesentliche Änderungen im Partei- und Wahlrecht vorgenommen werden und die „Funktionsfähigkeit der Justiz" wiederhergestellt werden. Die „unkontrollierten Freiheiten" sollen abgebaut, die Polizei modernisiert werden.

Der Verfassungsexperte Aydin Yalcin konkretisierte im „Spiegel" vom 22.9.80 diese Anliegen. So sprach er davon, daß *„unser bisheriges System die Schaffung von Splitterparteien"* gefördert hätte. *„Zusammen mit den zentrifugalen politischen Kräften beschworen sie eine Situation herauf, die am besten mit der Lähmung der Weimarer Republik zu vergleichen war".*

So schwebt diesem „Experten" vor: *„Wenn wir Regierung und Parlament aktionsfähig machen wollen, müssen die Splitterparteien verschwinden, ein neues Wahlgesetz her".*

Konkret soll das dann so aussehen: *„ ... wir denken an ein Zweistufen-Wahlsystem: In der ersten Wahlphase gilt diejenige Partei als Gewinner, die mindestens 51 % der Stimmen erzielt, in solch einem Wahlkreis ist die Wahl dann vorbei. Bekommt keine Partei die 51 %, wird in einem zweiten Wahlgang nur noch zwischen den beiden stärksten Einzelparteien gewählt. ... Übrigens sind die Parteien, die von dem neuen Parteiengesetz betroffen würden, Sammelbecken von Extremisten, die unsere Demokratie bedrohen".*

Weitere wichtige Änderungen sollen in der Justiz vorgenommen werden. Das türkische Verfassungsgericht hatte bisher wichtige demokratische Möglichkeiten. Da die Richter materiell sehr unabhängig waren, konnte es schon einmal passieren, daß vom Parlament verabschiedete undemokratische Maßnahmen vom Verfassungsgericht abgelehnt wurden.

Nach den Vorstellungen des „Verfassungsexperten" soll es *„künftig nur noch beratende Funktion haben. ... Denn das letzte Verfassungsgericht war ein Hemmschuh für die Demokratie. Ecevit wurde von den machtbesessenen Richtern gezwungen, alle politischen Terroristen freizulassen. Demirel durfte sein Wahlgesetz nicht durchbringen".*

Als weitere Aufgabe sehen die Militärs die „Sanierung" der Wirtschaft an. Hier denken sie daran, im wesentlichen das Programm der gestürzten Regierung Demirel fortzuführen. Ein Programm, dessen Bedingungen im wesentlichen von dem Internationalen Währungsfond und den kreditgebenden Imperialisten – voran die BRD – erarbeitet worden sind.

So sollen die Investitionsmöglichkeiten für die Privatindustrie und für das ausländische Kapital verbessert werden. Weitere Priorität erhält der Energiesektor. Da die Ölimporte bisher die größten Lücken in die defizitäre Devisenkasse rissen, soll auf die einheimische Kohle zurückgegriffen werden, sowie das Atomprogramm forciert werden („TAZ", 29.9.80).

Herausgepreßt werden soll das nötige Geld aus der Bevölkerung. So wurden bereits Preiserhöhungen für Benzin und Zucker angeordnet. Desweiteren werden die Gewerkschaften zur Verantwortung gezogen. Ein Anlaß des Putsches war ja gerade, daß die Streikbewegung drohte, sich noch weiter auszudehnen – und praktisch mit einem Generalstreik zu rechnen gewesen wäre...

„Die Syndikate haben bei uns alles verdorben", so die Auskunft des Präsidenten der Kammerunion („FAZ", 27.9.80). Ursache dieser Streikbewegung war gerade die Wirtschaftspolitik der gestürzten Regierung Demirel mit einer Inflationsrate von bis zu 100%.

Nicht die „Wiederherstellung demokratischer Voraussetzungen", sondern die Durchsetzung der imperialistischen Wirtschaftspolitik ohne bürgerliche Opposition und gewerkschaftliche Rechte sind die Ziele der faschistischen Junta. Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß natürlich die Türkei beste Beziehungen zu den Ländern der EG halten wird und die Kampfkraft der türkischen Armee auf einem Höchststand gehalten wird.

Daß diese Politik Anerkennung findet, zeigt sich daran, daß die Auftraggeber der türkischen Militärs bereits neue Kredite über 92 Mio. Dollar durch den Internationalen Währungsfond (IWF) bewilligt haben. Ein eindeutiges Signal für die Kreditwürdigkeit der Türkei.

Während sich der stellvertretende Ministerpräsident Özal in Washington aufhält, um an der dort stattfindenden Jahrestagung von IWF und Weltbank teilzunehmen, hat die Bundesregierung ihre Bereitschaft unterstrichen, zu diesem Zweck ihr Kapital bei der Weltbank aufzustocken („Neue", 1.10.80).

Türkei-Kommission